



# Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 147 5.2.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

## China will Bündnis mit dem US-Imperialismus

Der Besuch Deng Xiaopings hat die Bestrebungen der chinesischen Führung noch um einiges deutlicher gemacht, auch die USA in ein Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion und gegen die mit dieser verbündeten Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt einzubeziehen. Nicht zufällig wählte Deng die USA auch als Standort, um die bisher unversämte Kriegsdrohung gegen Vietnam auszusprechen.

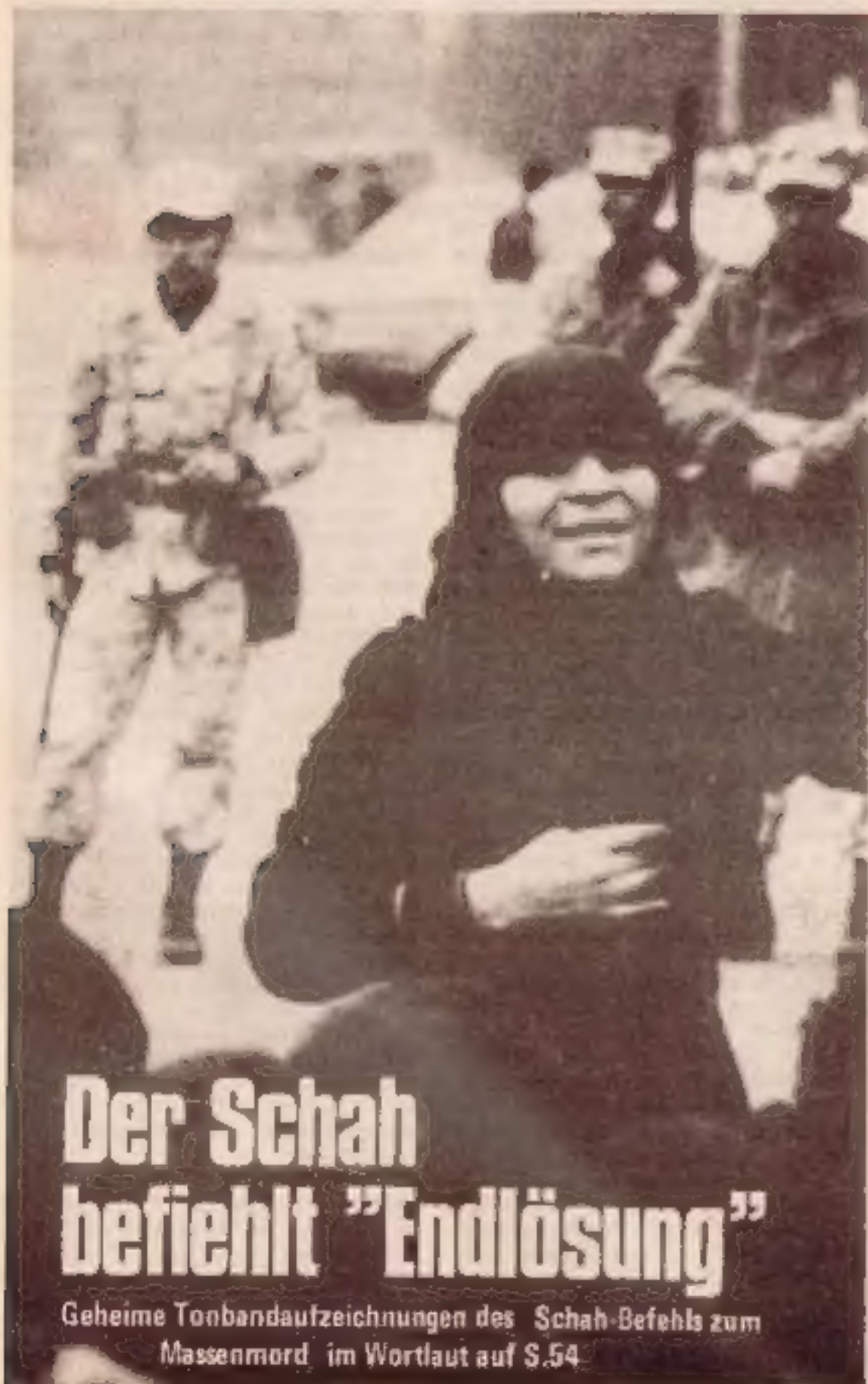
Die chinesische Führung hat nun auch in Worten – in Taten hatte sie es schon seit längerem – endgültig in Worten – in Taten hatte sie es schon seit längerem – endgültig Schluss gemacht mit ihrer Politik gegen die beiden „Supermächte“, Sowjetunion und USA. Übrig geblieben ist ein Bündnisangebot an den Imperialismus.

Was konkret während des Besuchs von Deng in den USA besprochen wurde, ist aus den offiziellen Veröffentlichungen kaum herauszufinden. Man mag annehmen, daß Deng und Carter beim Austausch freundschaftlich-verbindlicher Erklärungen geblieben, oder man mag über gegenseitige Geheimabsprachen spe-



Fortsetzung Seite 3

## Iran vor dem Bürgerkrieg?



**Der Schah befiehlt "Endlösung"**

Geheime Tonbandaufzeichnungen des Schah-Befehls zum Massenmord im Wortlaut auf S. 54

Die iranischen Militärs haben keine Zweifel daran gelassen: stürzt die vom Schah eingesetzte „Zivil“-Regierung Bakhtiar, so ist spätestens dies der Anlaß für einen Militärputsch. Der wichtigste Führer der Opposition, Ayatollah Khomeiny, hat es bisher nicht auf eine Machtprobe ankommen lassen. In dem Augenblick, in dem Khomeiny die Zusammensetzung des islamischen Revolutionsrates und die Bildung einer Regierung bekannt gibt, wäre diese Machtprobe da. Die Einsetzung eines Revolutionsrates wäre der Aufruf zum Sturz der Regierung Bakhtiar.

Dies ist der Grund, warum sowohl Bakhtiar als auch Khomeiny derzeit auf Zeitgewinn arbeiten. Bakhtiar hat die Einreise Khomeinys zunächst durch die militärische Besetzung des Teheraner Flughafens hinausgeschoben. Aber auch Khomeiny ist nicht unmittelbar nach Abreise des Schahs in den Iran zurückgekehrt. Die seit Wochen angekündigte Bildung eines islamischen Revolutionsrates wird immer wieder hinausgeschoben.

Khomeiny hat inzwischen zu erkennen gegeben, daß auch er zu Kompromissen bereit ist, und er hat auf seiner ersten Pressekonferenz in Teheran zugegeben, daß er Kontakte zu den Militärs unterhält (Tagesschau, ARD, 3.2., 20 Uhr 15). Gespräche werden aber auch mit der – von ihm immer wieder als „illegal“ angegriffenen Regierung Bakhtiar und den USA geführt. Wie weit die von Khomeiny gezeigte Kompromissbereitschaft gehen wird und ob sie auf eigene politische Interessen und Absichten zurückzuführen oder Folge des Drucks ist, der sowohl vom iranischen Regime und vom US-Imperialismus als auch von rechten bürgerlichen und religiösen Oppositionellen ausgeht, wird, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, daß mit der Bildung eines islamischen Revolutionsrates und einer Regierung die bewaffnete Konfrontation zwischen der Bevölkerung und dem iranischen und ausländischen Militär da wäre.

Fortsetzung Seite 2

## Betrug bei der Stahl-Urabstimmung?

Nach der Urabstimmung der Stahlarbeiter, mit der der sechswöchige Streik beendet wurde, äußerte sich das für die Tarifpolitik verantwortliche IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Jansen gegenüber dem „Handelsblatt“ zufrieden: „Ich freue mich darüber, daß die Mehrzahl der abstimmenden Kollegen dem Ergebnis zugestimmt hat.“ (H8, 12.1.79).

Inzwischen sind ernstzunehmende Zweifel aufgekommen, ob die von der IG Metall veröffentlichten Zahlen korrekt sind. Bereits kurz nach der Urabstimmung wurde der Verdacht

geäußert, daß die IGM-Führung Stimmhaltungen als JA-Stimmen ausgezählt hat. Der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ (Nr. 266 vom 27.1.) veröffentlichte jetzt einen Vergleich des „offiziellen“ Gesamtergebnisses mit einer Reihe von Teilergebnissen, der den Verdacht der Manipulation sehr nahelegt. Der Leiter der Abteilung Organisation beim IGM-Vorstand in Frankfurt, Breiting, hat zu den Vorwürfen bisher geschwiegen.

Fortsetzung Seite 2

## Nazi-Terroristen aufgefliegen

Es bleibt dabei: Schonbehandlung für bewaffnete Nazis

Am 29.1. und 1.2. fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen im Raum Ostwestfalen eine große Zahl von Schusswaffen, Sprengstoff sowie Nazi-Literatur und Nazi-Utensilien, samt Uniform und Gasmasken.

Da all dies miteinander verbundenen Nazi-„Kampfgruppen“ gehörte, war eine entsprechend beschiedene Behandlung in den Medien garantiert. Man muß schon die Lokalpresse lesen, um überhaupt Informationen über diese „Kampfgruppen“ zu bekommen. Selbst die liberale Presse begnügte sich mit Kleinmeldungen.

Zu den gängigen offiziellen Verschleierungen solcher Nazi-Banden gehört auch die Tatsache, daß weder der Name des inhaftierten „Rädel-führers“ noch die Namen der vorübergehend festgenommenen Bandenmitglieder bekanntgegeben werden. Typisch ist auch, daß die „Neue Westfälische“, die immerhin als einzige Zeitung überhaupt! am 1.2. zwei Fotos von Bandenmitgliedern veröffentlichte (uniformiert und mit Maschinenpistole im Arm!), die Gesichter der Nazis durch große weiße Flächen völlig unkenntlich machte. So rücksichtsvoll ist man natürlich nur, wenn es um Nazi-Terroristen geht. Eine Mithille der Bevölkerung, von der Polizei und Presse gegen 11 Nazi-Terroristen stets lautstark gefordert, soll von vornherein unmöglich gemacht werden, wenn es um Nazis geht. Zur Polizei-Routine gegenüber Nazis gehört auch, daß von

wohl insgesamt 12 Festgenommenen überhaupt nur einer in U-Haft genommen wurde, während man die übrigen gleich laufen ließ!

Die erste Polizeiaktion gegen die Nazi-„Kampfgruppen“ fand am Montag, dem 29.1. statt. Durchsucht wurden Wohnungen in Albaxen und Stahle (Kreis Höxter), in Bad Karlshafen (Nordhessen) sowie in Bayern und Holzwinden (Niedersachsen). Die Ausbeute war stattlich: 8 Kilo Sprengstoff; vier Maschinenpistolen; ein automatisches Gewehr G-3; „mehrere“ Pistolen und Gewehre; dazu Uniformen, Stahlhelme, Gasmasken, allerlei Nazi-Plunder sowie Akten-Material der „Kampfgruppen“. Mindestens sieben der Nazis wurden festgenommen (die lokale Presse spricht auch von neun oder zehn Festnahmen), aber nur einer davon, ein 26-jähriger aus Bad Karlshafen, wurde in U-Haft genommen.

Die zweite Polizei-Aktion fand am Donnerstag, dem 1.2. statt. Es gab fünf Hausdurchsuchungen in Höxter, Lügde, Böttingen und Polle. Ausbeute: eine Maschinenpistole und weitere Schusswaffen. Fünf Festnahmen, offenbar aber auch nur vorübergehend.

Die Bande, die jetzt teilweise unter dem Namen „Kampfgruppe Ostwestfalen“ in den Medien firmiert, war offenbar in mehrere „Kampfgruppen“ untergliedert, die jeweils fünf bis sechs Mitglieder

Fortsetzung Seite 2

## Seveso in Hessen

Weil es dem Darmstädter Chemiekonzern Merck zu teuer war, über 120.000 Tonnen Giftmüll in Fässer abzufüllen und in eine Giftmülldeponie zu schaffen, hat die BRD einen „neuen“ Umweltkandal. Tatsächlich haben die Kapitalisten und die Behörden jahrzehntelang in krimineller

Weise einen Zustand herbeigeführt bzw. geduldet, der nur mit einer gefährlichen Umweltvergiftung enden konnte, wie sie jetzt offensichtlich ist: Seit mindestens 2 Jahren ist die Milch von 54 Erzeugerbetrieben aus der Umgebung verunreinigt – erst

jetzt wird diese Milch aus dem Verkehr gezogen! Nach der Einlagerung hochgiftiger Substanzen aus den USA in der Müll-Deponie Herfa in Nordhessen ist dies bereits der zweite „dicke“ Umweltkandal der Börner-Regierung. Dabei muß man daran erinnern, daß die SPD im zurückliegenden Landtagswahlkampf die Strohgebäude hatte, Hessen als „grünes Musterland“ anzupreisen und sich selbst als „größte Bürgerinitiative“ in Sachen Umweltschutz (Zitat Holger Börner) zu verkaufen!

Fortsetzung Seite 3



## Betrug bei der Stahl-Urabstimmung?

Fortsetzung von Seite 1

Im einzelnen sieht die „ID“-Rechnung wie folgt aus: Die Teilergebnisse von Stadt Duisburg, Stadt Dortmund, Krupp Geiswaid und Mannesmann-Holzhausen, Siegen-Niederschelden, Klöckner Bremen, Klöckner und Geotgariehlütte Osnabrück ergeben eine Summe von 83 705 Stimmberechtigten, also gut die Hälfte der von der IGM angegebenen 154 065 stimmberechtigten Stahlarbeiter. Die IGM gibt an, daß insgesamt 14 051 Kolgen nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hätten (= 9,12% der Stimmberechtigten). In dem vom „ID“ herangezogenen Teilergebnis findet sich aber schon die Zahl von 12 784 Stimmenthaltungen (= 15,27%). Für die vom Teilergebnis nicht erfaßten 70 360 stimmberechtigten Stahlarbeiter verbleiben also ganze 1 267 Stimmenthaltungen — eine Beteiligung an der Urabstimmung von 98,2 Prozent, während es im erfaßten Gebiet nur 84,7 Prozent waren. Oder anders ausgedrückt: in dem vom „ID“ erfaßten Teilbereich haben nach dieser Rechnung mehr als zehnmal so viel Kollegen nicht an der Abstimmung teilgenommen wie in dem nicht erfaßten Gebiet ... Der „ID“ rechnet weiter: „Bekanntgeworden sind auch die Teilergebnisse der Stadt Hagen, der Thyssenhütte Oberhausen, der Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld. Von diesen drei Städten kennen wir noch nicht die genaue Zahl der Stimmberechtigten. Bei den Thyssen-Edelstahlwerken im Krefeld gab es angeblich eine Wahlbeteiligung von 89%, nur bei Hagen und Oberhausen nur 10% Enthaltungen an (vorsichtig geschätzt), so kommen wir zu einer Summe von 14 206 Enthaltungen bei 97 398 Stimmberechtigten. Die IG Metall jedoch gibt nur 14 051 Enthaltungen für den gesamten Stahl-Wahlbereich an. Somit hätten die übrigen 56 667 Wahlberechtigten 16 822 Stimmen abgegeben. Das entspräche einer Wahlbeteiligung von 100,3%. Traumhaft!“

Nach „ID“-Rechnung müßten in den jetzt noch verbleibenden Gebieten, um die „offiziellen“ IGM-Zahlen zu erreichen, von den 56 596 übrigen Stahlarbeitern 64,3% mit Ja (= Annahme des Ergebnisses) gestimmt haben und nur 35,7% mit Nein (= Ablehnung) — vorausgesetzt, es hat sich niemand enthalten. Doch auch aus diesen Betrieben liegen einzelne Grob-Ergebnisse vor, die bei 50 Prozent Nein-Stimmen liegen.

Nach Auskunft des „ID“ stammen die herangezogenen Einzelergebnisse zum großen Teil von der IG Metall-Verwaltungsmitteln. Dazu „Kollege“ Breitingen von der IGM-Vorstandsverwaltung: „Die sind wertlos, das sind keine offiziellen Resultate.“ Wenn die IGM-Führung eine reine Werte hätte, wäre es ihr ein Leichtes, den schwerwiegenden Verdacht der Wahlmanipulation zu entkräften — sie bräuhete nur die Einzelergebnisse zu veröffentlichen. Dazu Breitingen: „Aber die geben wir nicht der Presse.“

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate setzt sich die IGM-Führung dem schweren Verdacht der Wahlmanipulation aus. Noch frisch in Erinnerung ist die Manipulation bei den Daimler-Benz-Betriebsratswahlen in Stuttgart. Dort wurden ca. 1500 gefälschte Stimmzettel zugunsten der IG Metall-Liste in den Wahlurnen gefunden. Die Wahl mußte vom Arbeitsgericht für ungültig erklärt und wiederholt werden. Die IGM-Liste steckte schwere Verluste gegen die linke Hoss/Mühlens-Liste ein. Angesichts des starken Protests in den Stahlhütten gegen den miserablen Tarifabschluß und gegen die dafür verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre taten die IGM-Führer gut daran, schleunigst den schweren Verdacht einer erneuten Wahlmanipulation zu entkräften — sofern sie es können.

Vorerst macht die IGM-Führung noch in Sicherheit. Loderer und Jansen brüsten sich mit der Mehrheit für den Tarifabschluß. Noch hat keine der großen Zeitungen die vom „ID“ vorgelegten Fakten aufgegriffen. Die linke Presse hat beim jetzigen Stand der Dinge die Verantwortung dafür, daß diese Nachricht nicht „unterbleibt“. Schaffen wir die Öffentlichkeit, um die IGM-Führer zu zwingen, die Karten aufzudecken!

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 1

### Zur Situation im Iran

Mit der militärischen Besetzung des Teheraner Flughafens und der verbotenen Einreise Khomeinis wurde von der Regierung Bakhtiar eine blutige Auseinandersetzung provoziert. In der Nacht vor der erwarteten Ankunft Khomeinis ordnete die Regierung die unbedingte Durchsetzung des Demonstrationsverbotes durch das Militär an. Ausdrücklich erteilte die Regierung Schießbefehl („FR“, 27.1.79).

Die Folge waren mindestens weitere 1.000 Tote in Teheran und tagelange dauernde blutige Auseinandersetzungen. Erstmals machten auch Demonstranten von Schusswaffen Gebrauch und töteten mehrere Soldaten.

Da die Menschen trotz Demonstrationsverbotes und vieler Tote sich nicht davon abbringen ließen, für die Rückkehr Khomeinis zu demonstrieren, stimmte die Regierung Bakhtiar am Dienstag schließlich einer Rückkehr Khomeinis zu.

Khomeini wurde mit unbeschreiblichem Jubel von der iranischen Bevölkerung empfangen. Viele Millionen Menschen waren auf den Beinen. Aber wird er die Erwartungen der Menschen erfüllen?

Der mehr als ein Jahr dauernde aktuelle Kampf gegen das Schah-Regime hat enorme Veränderungen im politischen Bewußtsein und alltäglichen Leben der iranischen Menschen gebracht, die auch den Spielraum Khomeinis für Kompromisse eingeengt. In vielen Städten Irans wird die öffentliche Ordnung nicht mehr akzeptiert. Anordnungen der Verwaltung werden einfach ignoriert. Vielerorts haben sich v.a. die Verteilung des Öls und der Nahrungsmittel. In den Versorgungskomitees, die von allen Linken unterstützt werden, arbeiten alle oppositionellen Gruppen zusammen. Politische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen finden im allgemeinen an der Universität statt.

In den Fabriken, die alle bestreikt werden, finden regelmäßig politische Versammlungen statt, die von den neugebildeten Fabrikräten durchgeführt werden. In den Fabriken finden regelmäßig politische Versammlungen statt, die von den neugebildeten Fabrikräten organisiert werden. Einmal in der Woche werden Vollversammlungen mehrerer Fabriken veranstaltet. Obwohl es im Iran keinerlei kulturelle Veranstaltungen mehr gibt, herrscht keine Langeweile. Viele Familien sind wegen des Ölmanipulations zusammengezogen. Eifrig werden politische Diskussionen geführt.

Die im Streik stehenden Steuer- und Zollbeamten haben aus ihren Kassen Gelder für Propagandakampagnen der Opposition abgezweigt. Der Streikfond der Zeitungsangestellten ist inzwischen auf 500.000 DM angewachsen. Beeindruckend ist das Kommunikationsnetz der Opposition. Nachrichten werden sehr schnell im ganzen Land verbreitet. So sah sich beispielsweise die Regierung genötigt, Übergriffe der SAVAK in einem Ort schon sechs Stunden später im Fernsehen zu dokumentieren, da sich die Nachricht im

ganzen Lande ausgebreitet hatte.

Fortsetzung von Seite 1

hatten. Insgesamt wird von 15 Mitgliedern der Bande gesprochen. Tatsächlich sprechen einige Umstände dafür, den Umkreis der Bande sogar noch größer anzunehmen.

Die Bande hatte u.a. einen regelmäßigen Treff in einer Gaststätte in Holzminde (Weserbergland), Fürstenbergerstraße, wo halböffentlich fröhliche Anlässe wie „Führer Geburtstag“ begangen wurden — ohne daß dies anscheinend besonderen Anstoß erregte. Die Polizei äußerte sich zunächst „verwundert“, daß die Existenz der Bande „völlig unbekannt“ geblieben sei, obwohl doch in den betreffenden Dörfern jeder jeden kennt. Inzwischen weiß man: Die Nazi-Banden hatten in abgelegenen Waldgebieten „Unterstände“, „Schützengräben“, Schießstände usw. angelegt, wo sie regelmäßig „Übungen“ veranstalteten. Und, wie die lippische Landeszeitung (2.2.) schreibt: „Inzwischen steht auch fest, daß zumindest ein Teil der Bewohner in den Orten Albxen und Stahle ... Kenntnis von der Existenz dieser Neonazi-Gruppe hatte, dies aber als „Kinderunfall“ und „Soldatenpielererei“ abtat.“ Kein Wunder, daß so gedacht wird, wenn auch das „Westfalenblatt“ am 1.2. munter über die aufgefliegene Bande schrieb: „Es ist schwer, hier von zielstrebigem Neonazismus zu sprechen, eher von jungen Herköpfen, denen der Sinn für

## Iran vor dem Bürgerkrieg?

Die Krankenhäuser sind ein Zentrum der politischen Diskussionen und des Informationsaustausches. Dies ist der Grund, weshalb Militär und SAVAK so scharf gegen Krankenhäuser und Ärzte vorgehen. Zum Teil wurden acht bis zehn Tage alle Säuglinge ermordet.

Die in vielen Orten schon vollständige Selbstverwaltung der Bevölkerung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Polizei, Militär und SAVAK in ihren Grundstrukturen vollständig intakt sind. Erst kürzlich wurde die Polizei vollständig neu mit Schindeln, Stöcken und Wasserwerfern ausgerüstet (Informationen aus den Beiträgen der CISNU und des Journalisten U. Tilgner auf der Westberliner Iran-Veranstaltung vom 2.2.79).

Meldungen über Streiks und Demonstrationen beim Militär, von der Teilnahme einzelner Einheiten an Demonstrationen, von bewaffneten Auseinandersetzungen unter Militärangehörigen häufen sich. Besonders betroffen von Protesten scheint die Luftwaffe zu sein. So mußte der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Abbas Gharabaghi, zugeben, daß sich verschiedene Protestbewegungen in der Luftwaffe entwickeln und daß „unglücklicherweise auf Grund schlechter Propaganda gewisse Elemente der Luftwaffe an Demonstrationen teilnehmen. Sie werden nach dem Kriegesrecht verfolgt werden“ („Le Monde“, 30.1.79).

Diese Erscheinungen bedeuten aber noch keine Zersetzung der Armee. Von den rund 400.000 Armeemitgliedern sind 160.000 Berufssoldaten, die hoch bezahlt werden. 50.000 gehören der besonders ausgebildeten „kaiserlichen Garde“ an. Hinzu kommen 40.000 amerikanische Militärberater und etwa die gleiche Anzahl „ziviler“ Berater. Der stellvertretende Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Robert Huyser, hält sich seit einiger Zeit in Teheran auf („Welt“, 13.1.79).

### Planen die USA eine Intervention?

Auf seiner ersten Pressekonzferenz im neuen Jahr erklärte der amerikanische Präsident Carter zu Iran:

„Wir haben weder die Absicht noch die Fähigkeit oder den Wunsch, in die inneren Angelegenheiten von Iran einzugreifen, und wir haben bestimmt nicht die Absicht, andere Länder in die inneren Angelegenheiten Irans einzufügen zu lassen. Selbst wenn wir die Ereignisse hätten voraussehen können, die sich in Iran abspielten, oder in anderen Ländern, wäre unsere Fähigkeit, diese Ereignisse zu bestimmen, sehr beschränkt. Wir haben gewiß keinen Wunsch und auch nicht die Fähigkeit, massive Kräfte nach Iran hineinzuschicken oder in irgendein anderes Land, um den Ausgang von innerpolitischen Konflikten zu entscheiden. Wir haben nicht die Absicht, so etwas jemals in anderen Ländern zu tun. Wir haben es in Vietnam „errichtet, und es gelang nicht gut.“

eine funktionierende Demokratie fehlt.

Die ostwestfälische Bande hätte wahrscheinlich noch lange Schießübungen und halböffentlichen Hitler-Kult veranstalten können, wenn sie nicht durch zwei Einbrüche bei der Polizei dumm aufgefallen wäre:

Am 20. August 1978 waren Banden-Mitglieder in ein Krankenhaus eingedrungen und hatten dort Handfunkengeräte und eine Funkanlage mitgenommen.

Außerdem waren Banden-Mitglieder in dem Schützenhaus in Albxen eingedrungen und hatten zwei Kleinkaliber-Gewehre geklaut.

Die Polizei gibt, wie in solchen Fällen üblich, erst einmal sehr starke Töne von sich: „Diese kriminelle Vereinigung ist sehr ernst zu nehmen, man darf sie keinesfalls bagatelisieren.“ (Bielefelder Polizeipräsident Funk); es handele sich bei den bisherigen Entdeckungen nur um „die Spitze des Eisbergs“, es werde weiter ermittelt (Oberstaatsanwalt Weichert, Dortmund). Außerdem wie diese sind als Routine anzusehen, gleichzeitig wird schon an der Verwicklung der Spurensuche gearbeitet: „Fragen nach Kontakten zu anderen neonazistischen Organisationen in Ostwestfalen wehrte Weichert (Oberstaatsanwalt) allerdings mit dem Hinweis auf weitere Ermittlungen ab: „Wir sind immer noch beim Zugreifen.“ (Neue

„Neue Zürcher Zeitung“, 20.1.79).

Diesen frommen Carter-Versprechen steht entgegen, daß die USA schon begonnen haben, Truppen in dieser Region zu massieren (vgl. dazu Artikel in dieser Ausgabe). Wesentlicher allerdings ist, daß die iranische Armee vollständig zur Verfügung des US-Imperialismus steht.

Dafür garantieren die 40.000 amerikanischen Militärberater, die die iranische Armee fest im Griff haben. Genau genommen hat der US-Imperialismus schon vor Jahren militärisch im Iran interveniert, sitzt dort fest im Sattel und bereitet derzeit eine Verstärkung seiner Interventionstruppen vor.

Was die USA im übrigen alles als Einmischung in die inneren Angelegenheiten „ansehen“, hat Kissinger in einem Interview mit der „Time“ deutlich gemacht: „Die Streiks in Persien sind mit Sicherheit das Resultat weltweiter sowjetischer Unterstützung radikaler Bewegungen, die nun auch den Iran erreicht haben ... Wenn die Sowjetunion nicht einsteht, daß Entspannung internationale Zurückhaltung bedeutet, dann müssen wir dem Expansionsdrang entgegenzutreten, wo immer und wie indirekt er sich auch zeigt.“ (Zit. nach „Bunte Illustrierte“, 18.1.79).

Selbst der Kommentator der „NZZ“ warnt im Anschluß an die Carter-Aussagen vor einer „allzu extensiven Interpretation der Vietnamdebatte“, die schließlich die amerikanische Außenpolitik lähmen würde. Eine indirekte Aufforderung zur amerikanischen Intervention! Putzen die Militärs im Iran, so handeln sie auf Befehl der USA. „Experten“ im Pentagon haben schon die Aufstellung einer Sonderstreitmacht für den Persischen Golf angeregt. Dies wies der amerikanische Kriegsminister Brown mit der Begründung zurück, daß eine solche Einheit jederzeit aus bestehenden Truppen zusammengestellt werden könne („FR“, 27.1.79). In der Tat.

### Kommt es zu einem Kompromiß?

### Kommt es zu einem Kompromiß?

Nicht nur wegen der offenen Drohung der iranischen Militärs zu putzen, zeigen sich die Führer der Nationalfront und die „gemäßigten“ religiösen Führer wieder kompromissbereit. Die besonders durch die Streiks gewachsene Eigenständigkeit großer Teile der nach wie vor religiös stark beeinflussten oppositionellen Bewegung, drängt sie in Richtung Arrangement mit den Militärs und dem US-Imperialismus, wenn sie nicht riskieren wollen, daß das in Bewegung befindliche Volk über die von ihnen gesteckten Ziele hinausgeht. Die Führer der Nationalfront wollen die Herrschaft der nationalen Bourgeoisie, die Forderungen der Bevölkerung — und auch die von ihr geschaffenen Tatsachen — sind ihnen schon viel zu weitgehend. Eigentlich wäre Bakhtiar durchaus ihr Mann — und die konstitutionelle Monarchie hätte

die Nationalfront ja auch ursprünglich gefordert, diese Forderung dann aber unter dem Druck der Massen aufzugeben. Erst kürzlich äußerte Bakhtiar: „Streiks und Aufruhr haben in Persien jetzt schon mehr gekostet als Korruption und Verschwendung in den letzten 25 Jahren“ („Welt“, 23.1.). Ein wahrer Vertreter seiner Klasse! Menschenleben? Hauptsache die Kasse stimmt.

Und verschiedene Führer der Nationalen Front haben immer wieder deutlich gemacht, daß ihnen an der Rückkehr Khomeinis gar nichts gelegen sei. So bedauerte ein Vertreter der Nationalen Front in einem Gespräch, daß die Rückkehr Khomeinis leider unausweichlich sei, er jedoch noch von der Idee eines islamischen Revolutionsrates abweichen könne. Auf diesem Wege könnte die Regierung allmählich ausgetrocknet und ein „geordneter Übergang“ gewährleistet werden. „Wir brauchen die Armee. Wenn wir die Armee nicht auf unserer Seite haben, ist dies ein großes Problem. Wenn Khomeini nicht die Notwendigkeit sieht, daß die Armee zumindest neutral ist, hoffe ich, daß er nicht nach Teheran zurückkommt“ („SZ“, 23.2.).

Auch der sich in letzter Zeit radikal zeigende Ayatollah Schariat Madani äußerte sich in die gleiche Richtung: „Falls wir einen Revolutionsrat haben, sollten wir an einen Weg denken, eine rechtmäßige Regierung zu schaffen, die nicht nur vom Volk, sondern auch von der Armee und anderen Ländern anerkannt werde. Ich will eine auf dem Gesetz beruhende Regierung“ („SZ“, 23.1.79). Außerdem werden bei Vertretern der Nationalfront Vorbehalte gegen die zu „linken“ Berater Khomeinis laut. Namentlich erwähnt werden dabei Banisadr, Yazdi und Sadek Ghotzadeh. Gerade Ghotzadeh hatte bei der Ankunft in Teheran geäußert, daß im ganzen Land Waffen an die Anhänger Khomeinis verteilt würden („NZZ“, 1.2.79).

Vor der Ankunft Khomeinis forderten schützende Geistliche die Bevölkerung in der Zeitung „Kayan“ auf, eine „48stündige Ruhepause einzulegen“, da Bakhtiar nach Paris reisen wolle und dies zeige, daß die islamische und nationale Bewegung Islam Khomeinis Führung anerkenne („FR“, 29.1.79).

Die sogenannten „gemäßigten“ Führer scheinen jetzt auf eine Volksabstimmung orientieren zu wollen — ohne die Regierung Bakhtiar zu stürzen. Das jedenfalls ist der Vorschlag Sandjabis, der gleiche Standpunkte in dieser Frage bei Bakhtiar und Khomeini entdeckt haben will. Bakhtiar habe nämlich geäußert, daß das Volk als Souverän selbstverständlich das Recht habe, die Verfassung zu ändern, und auch Khomeini wolle eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform.

Ob sich das Volk einen so faulen Kompromiß gefallen lassen wird, scheint zweifelhaft. Das iranische „Parlament“ jedenfalls scheint sich schon aufzulösen. 23 Abgeordnete sind bisher zurückgetreten und 40 Abgeordnete haben nach „Morddrohungen“ das Land verlassen oder sind untergetaucht.

Nahost-Kommission

## Nazi-Terroristen aufgefliegen

Fortsetzung von Seite 1

hatten. Insgesamt wird von 15 Mitgliedern der Bande gesprochen. Tatsächlich sprechen einige Umstände dafür, den Umkreis der Bande sogar noch größer anzunehmen.

Die Bande hatte u.a. einen regelmäßigen Treff in einer Gaststätte in Holzminde (Weserbergland), Fürstenbergerstraße, wo halböffentlich fröhliche Anlässe wie „Führer Geburtstag“ begangen wurden — ohne daß dies anscheinend besonderen Anstoß erregte. Die Polizei äußerte sich zunächst „verwundert“, daß die Existenz der Bande „völlig unbekannt“ geblieben sei, obwohl doch in den betreffenden Dörfern jeder jeden kennt. Inzwischen weiß man: Die Nazi-Banden hatten in abgelegenen Waldgebieten „Unterstände“, „Schützengräben“, Schießstände usw. angelegt, wo sie regelmäßig „Übungen“ veranstalteten. Und, wie die lippische Landeszeitung (2.2.) schreibt: „Inzwischen steht auch fest, daß zumindest ein Teil der Bewohner in den Orten Albxen und Stahle ... Kenntnis von der Existenz dieser Neonazi-Gruppe hatte, dies aber als „Kinderunfall“ und „Soldatenpielererei“ abtat.“ Kein Wunder, daß so gedacht wird, wenn auch das „Westfalenblatt“ am 1.2. munter über die aufgefliegene Bande schrieb: „Es ist schwer, hier von zielstrebigem Neonazismus zu sprechen, eher von jungen Herköpfen, denen der Sinn für

eine funktionierende Demokratie fehlt.

Die ostwestfälische Bande hätte wahrscheinlich noch lange Schießübungen und halböffentlichen Hitler-Kult veranstalten können, wenn sie nicht durch zwei Einbrüche bei der Polizei dumm aufgefallen wäre:

Am 20. August 1978 waren Banden-Mitglieder in ein Krankenhaus eingedrungen und hatten dort Handfunkengeräte und eine Funkanlage mitgenommen.

Außerdem waren Banden-Mitglieder in dem Schützenhaus in Albxen eingedrungen und hatten zwei Kleinkaliber-Gewehre geklaut.

Die Polizei gibt, wie in solchen Fällen üblich, erst einmal sehr starke Töne von sich: „Diese kriminelle Vereinigung ist sehr ernst zu nehmen, man darf sie keinesfalls bagatelisieren.“ (Bielefelder Polizeipräsident Funk); es handele sich bei den bisherigen Entdeckungen nur um „die Spitze des Eisbergs“, es werde weiter ermittelt (Oberstaatsanwalt Weichert, Dortmund). Außerdem wie diese sind als Routine anzusehen, gleichzeitig wird schon an der Verwicklung der Spurensuche gearbeitet: „Fragen nach Kontakten zu anderen neonazistischen Organisationen in Ostwestfalen wehrte Weichert (Oberstaatsanwalt) allerdings mit dem Hinweis auf weitere Ermittlungen ab: „Wir sind immer noch beim Zugreifen.“ (Neue

Westfälische“, 1.2.). Dafür wurde als einziger Hinweis der Polizei verbreitet, die Bande habe „mit Sicherheit“ Kontakt zur sog. „NSPAP/AO“-Zentrale in den USA gehabt. Das dient eher der Verwirrung und Ablenkung, denn die „NSDAP/AO“-Zentrale versorgt zwar BRD-Nazis mit Hakenkreuz-Pamphleten, hat aber mit der terroristischen Nazi-Szene der BRD recht wenig zu tun. Da muß man andere Verbindungen untersuchen — vor allem die zur NPD! Folgerlose Spekulationen und Verbindungen in den USA sind aber wahrscheinlich für Polizei und Staatsanwaltschaft viel angenehmer.

Eine Ausnahme-Erscheinung im gesamten bürgerlichen Medien-Spektrum stellt insofern die „Neue Westfälische“ dar, die am 1.2. schrieb:

„Hinweise auf neonazistische Gruppen und Organisationen in Ostwestfalen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben, wobei die Polizei-Funde im Kreis Höxter möglicherweise keinen Einzelfall darstellen.“ Dies belegte die Zeitung auch gleich durch mehrere Hinweise:

In Löhne (Kreis Herford) treibt eine Gruppe des militanten „Stahlhelm / Kampfbund für Europa“ ihr Unwesen.

Ebenfalls in Löhne gibt es einen „Gründungsverein Waffenmuseum zu Löhne“. Dessen Gründer, ein gewisser Obermeyer, fiel dummd auf, als er am 27.3.77 eine Rauchbombe in ein Jugendzentrum

warf. Außerdem bietet Obermeyer Nazi-Raritäten für Sammler in einschlägigen rechtsradikalen Zeitungen feil.

In Höxter gibt es seit längerem einen „Bund Deutscher Nationaler Sozialisten“. Gründer dieser Gruppe ist ein ehemaliger NPD-Funktionär, dem die NPD „zu lasch“ geworden war. Dieser Mann soll, laut „Neue Westfälische“, Kontakte zu „NSPAP-Gruppen, speziell zu dem Hamburger Nazi Wolf Dieter Eckard haben. Die Verbindungen der Höxter Nazi-Gruppe sollen zu ostwestfälischen „NSPAP-Stützpunkten“ in Minden, Rheda und Lemgo laufen.

In dieser Richtung die Augen offen zu halten, dürfte sich lohnen. Öffentlicher Druck und breite Information (z.B. auch über die regionalen Alternativ-Zeitungen) müssen dafür sorgen, der Polizei und Justiz das Verwischen der Spuren so schwer wie möglich zu machen. Zu fordern ist: Raus mit den Namen aller festgestellten Nazi-Banden! Offenlegung aller festgestellten Verbindungen! Offenlegung aller Erkenntnisse aus dem umfangreichen beschlagnahmten Aktenmaterial der Nazi-Banden!

Zum Schluß: Ein besonders herzliches Dankeschön an die Geoscon/innen, die uns in Windeseile alle Ausschnitte aus der lokalen Presse zugeschickt haben. Ein Beispiel, das unbedingt auch in anderen Regionen Schule machen sollte!





## China will Bündnis mit dem US-Imperialismus

Dieser Händedruck wird die Völker der Welt noch teuer zu stehen kommen.

### Fortsetzung von Seite 1

kulieren, beispielsweise hinsichtlich eines chinesischen Abenteuers in Indochina. Von dem, was bisher bekannt wurde, scheint das interessanteste Dengs Interview in der „Time“ (3.2.79) zu sein. Deng gab dabei u.a. folgende Äußerungen von sich:

† Er halte den Brief für gut, in dem 170 pensionierte US-Generäle und -Admirale vor der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion warnen und für eine verstärkte Aufrüstung der USA plädieren.

† Südjetien sei von der Sowjetunion übernommen worden; in Äthiopien habe sie 1978 an Einfluß gewonnen: „Gehen wir weiter nach Osten, dann ist da Afghanistan, und jetzt ist da der Iran, wo die Unruhen kein Ende zu nehmen scheinen...“

† „Wir meinen, daß der eigentliche Kriegsbrandstifter die Sowjetunion ist, nicht die USA.“ – „Derzeit haben die USA keinen Grund und keine Notwendigkeit, einen Krieg zu führen.“

† „Nach der Herstellung von Beziehungen zwischen China, Japan und den USA müssen wir unsere Beziehungen entwickeln und vertiefen. Wenn wir wirklich den Polarbären (die Sowjetunion) bändigen wollen, gibt es nur eine realistische Sache für uns: wir müssen uns zusammenschließen.“

(„the only realistic thing for us is to unite“). Wenn wir uns nur auf die Stärke der USA verlassen, dann reicht das nicht aus. Wenn wir uns nur auf die Stärke Europas verlassen, reicht das nicht aus. Wir sind ein unbedeutendes, armes Land, aber wenn wir uns richtig zusammenschließen, dann kriegt das Gewicht.“

Was soll man daran noch mißverstehen? Dengs westdeutscher Fan-Club, die „KPD“, hat darauf verwiesen, daß Deng doch in einem früheren Interview („Peking Rundschau“, 2/79) erklärt hatte, China wüschte „keine Allianz“ mit den USA und Japan („Rote Fahne“, 1.2.). Das ist, betrachtet man's formal, wohl wahr, Deng spricht von „Zusammenschluß“, nicht aber von einem formalisierten, vertraglich fixierten Bündnis. Diesen feinen Unterschied macht Deng offenbar, weil er richtig kalkuliert, daß derzeit die USA oder Japan (oder auch Westeuropa) zu einem vertraglich fixierten Bündnis

garnicht bereit wären, so daß er nur seine Partner verschrecken würde, wenn er jetzt schon von einer „Allianz“ sprechen würde. Gerade der US-Imperialismus spekuliert z.Zt. immer noch darauf, „mit mehreren „Karten“ zu spielen. Eine dieser „Karten“ ist immer noch das Bekenntnis zur „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion. Die Imperialisten würden diese „Karte“ aus der Hand geben, wenn sie jetzt schon, aus ihrer Sicht vorschnell, eine formalisierte Allianz mit China bilden würden.

### Millionen-Geschenke für Chinas Bourgeoisie

Kurz vor Dengs Eintreffen in den USA wurde in China eine weitere volksfeindliche Maßnahme bekannt gegeben: Chinas „nationaler Bourgeoisie“, d.h. den früheren Kapitalisten, werden alle während der Kulturrevolution beschlagnahmten Bankkonten, Gold- und sonstigen Wertgegenstände, Häuser und Grundbesitz etc. pp. zurückerstattet. Für die Zeit, wo sie darüber nicht verfügen konnten, werden sie Zinsen und „Entschädigungen“ erhalten. Die „Rückentstattung“ soll ohne Rücksicht auf die Höhe der Summen sofort erfolgen. Außerdem sollen die „Gehälter“ und Renten alter Kapitalisten, die während der Kulturrevolution auf ein vernünftiges Maß zusammengestrichen wurden, nun wieder angehoben werden. Für die Zeit seit der Kulturrevolution soll den Kapitalisten das gestrichene Geld voll „nachbezahlt“ werden.

Diese Maßnahme bedeutet nicht nur, daß auf Kosten der Arbeiter und Bauern Chinas Millionen- und Milliardenbeträge den alten Kapitalisten und Direktoren in den Rachen geworfen werden. Sie bedeutet auch, und das ist in der Auswirkung weit schwerwiegender, daß Chinas „nationaler Bourgeoisie“ auf einen Schlag über riesige Geldsummen verfügt. Diese riesigen finanziellen Mittel machen die „nationale Bourgeoisie“ gemeinsam mit den Spitzen des Partei- und Staatsapparates, zum privilegierten Nutznießer der neuen Luxusgüter (Farbfernseher, Pariser Mode, Reisen, üppige Ferienwohnungen etc. pp.), aber nicht nur das: Es wird Kapital geschaffen, das nach

Verwertung und Mehrwert drängt. Es wäre gegen alle Gesetze der Ökonomie und Politik, wenn sich dieses Kapital nicht auch alsbald einen „freien Markt“ schafft, auf dem es „angelegt“ werden kann.

Man muß diese folgenschwere Maßnahme vor dem Hintergrund der Tagung des ZK der KP Chinas (18.-22.12.78) sehen. Dort wurde „auf Vorschlag“ Hua Guo-fengs beschlossen, die Kampagne gegen die „Vierbande“ zu beenden und „den Arbeitsschwerpunkt der ganzen Partei und die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf die sozialistische Modernisierung zu verlegen“. Diese „allgemeine Aufgabe für die neue Etappe“ – und nicht mehr der Klassenkampf, so ist zu ergänzen! – müsse fortan das „Arbeitsschwerpunkt“ sein. „Heute gibt es in unserem Land noch eine winzige Zahl von Konterrevolutionären und Verbrechern, die der sozialistischen Modernisierung in unserem Land feindlich gesinnt sind und sie zu stören suchen. Wir dürfen unseren Klassenkampf gegen sie keineswegs vernachlässigen, ebenso wenig dürfen wir die Diktatur des Proletariats schwächen. Aber es ist genauso, wie Genosse Mao Tse-tung gesagt hat (nanu?! – Anm. AK): Der umfassende, stürmische Klassenkampf der Massen ist im wesentlichen beendet“. Nunmehr dürfe, abgesehen von den erwähnten paar „Konterrevolutionären und Verbrechern“, nur noch „Stabilität und Einheit“ herrschen.

Offensichtlich ist die Parallele zur Sowjetunion, wo Mitte der 30er Jahre verkündet wurde, fortan gebe es keine antagonistischen Klassen mehr, sondern nur noch die Volksgemeinschaft und einige „Spione und Agenten“ auf der anderen Seite – und wo dies der Auftakt zu umfassenden blutigen „Säuberungen“ und Prozessen war. Und, was China angeht, hat das ZK zwar die Kampagne gegen die „Vierbande“ für abgeschlossen erklärt, aber die Welle der politischen Prozesse – einen kleinen Überblick gaben wir schon in AK 146 – scheint gerade erst richtig anzulaufen.

Folgende weitere Prozesse, zusätzlich zu den in AK 146 erwähnten, wurden bekannt:

† Im Bezirk Hsienyang (Provinz Shansi) wurden am 15.12.78 vier Personen verhaftet und auf einer

Massenversammlung zur Schau gestellt: sie hätten „gekämpft, zerstört und geplündert“, lautet die Anklage – eine Standardformel, die auf Demonstrationen, sit-ins, Besetzungen öffentlicher Gebäude etc. hinweist.

† Am selben Tag wurde in Paotschi (Provinz Shansi) die Verhaftung von neun „aktiven Konterrevolutionären“ bekanntgegeben. Diese hätten einem „fraktionellen Netz“ angehört, hätten die Massen zu Kämpfen provoziert, hätten eine Reihe bewaffneter Kämpfe und Blutvergießen verursacht (Radio Sian/Shansi, 28.12.78 – nach SWB, 20.12.1978).

† In Peking fand am 10.1. eine Massenversammlung (100.000 Teilnehmer) statt, auf der zwei „Konterrevolutionäre“ angeklagt wurden: sie hätten Konflikte provoziert, bei denen Gewalt angewendet wurde; sie hätten „Schlagen, Zerstören und Plündern“ betrieben; und sie hätten „große Empörung bei den Massen erregt“ (letzteres ist meist die Formel für ein Todesurteil!) (Radio Peking, 14.1., nach SWB, 19.1.).

In Peking fand am 23.12.78 eine öffentliche Anklage-Versammlung gegen Chang Tsao-ching (bereits am 25.2.77 verhaftet) und gegen Hsu Kai und Li Kuei-lin statt; die Verhaftung der beiden letzteren wurde während der Versammlung bekanntgegeben. Eine Auswahl aus den Anklagen: Chang Tsao-ching habe am 30. Januar 1967 (also auf dem Höhepunkt der „revolutionären Machtergreifung“ in der Kulturrevolution) insgeheim mit einigen Leuten geplant, das Polizeipräsidium von Peking zu stürmen und habe die Massen dazu aufgehetzt. Hsu Kai habe während der Kulturrevolution zunächst die Macht in seiner Fabrik an sich gerissen (!); dann hätten er und seine Anhänger das Eisenbahn-Ministerium besetzt; sie hätten einige Funktionen „entführt“ (d.h. festgesetzt und auf Massenversammlungen vorgeführt). Hsu Kai habe die Aufstellung einer Militärruppe in seiner Fabrik organisiert (wohlgeheißt: während der Kulturrevolution!) und habe an dem Sturm auf das Polizeipräsidium teilgenommen sowie an weiteren „bewaffneten Kämpfen“ – diese werden dann im einzelnen aufgeführt: Li Kuei-lin, ebenfalls ein Arbeiter, habe am 7.8.67 an einem „bewaffneten Kampf“ teilgenommen, insgesamt sei er an „20 Zwischenfällen mit bewaffnetem Kampf“ beteiligt gewesen. (Radio Peking, 31.12.78), nach SWB, 16.1.).

Es sei an dieser Stelle an unseren ersten Kommentar erinnert, wenige Tage nach dem Rechtsputsch vom 6.10.76: „Einmal fest im Sattel wird und kann die Hua-Gruppe nicht bei der Verhaftung von vier oder auch 40 Parteiführern stehen bleiben. Sie wird zur gewalttätigen Zerschlagung der Linken im gesamten Land übergehen, zur terroristischen Unterdrückung der revolutionären chinesischen Werktätigen und Studen-

ten.“ (AK 91, 18.10.76) Eben dies erleben wir heute. Es ist aber nur der Anfang. Es mag den Rechten und den alten Kapitalisten Genugtuung bereiten, jetzt ihre Todfeinde der Kulturrevolution in den Knaat, ins Arbeitslager oder vor die Erschießungskommandos zu bringen. Es ist eine Begleichung aller Rechnungen, gewiß mit abschreckendem Effekt für jede Opposition, aber noch nicht viel mehr. Weit aus gefährlicher als die „Rebellen“ der Kulturrevolution ist für die neue und alte Bourgeoisie Chinas die breite Opposition, die eine Restauration des Kapitalismus im Parteiapparat und im Volk finden wird. Daß der „umfassende, stürmische Klassenkampf der Massen im wesentlichen beendet“ sei, wie es das ZK der KP Chinas beschloß, ist der Wunschtraum von Chinas neuer und alter Bourgeoisie. Die Wirklichkeit sieht anders aus. „Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie... wird noch lange andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden“ (Mao, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke).

## „KPD“: Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache

Nicht nur mit der Politik, sondern anscheinend auch mit der Sprache hat es die „KPD“ anläßlich der USA-Trip von Deng Hsiao-ping schwer. In der „Roten Fahne“ vom 1.2. war nämlich zu lesen: „...In einer solchen Situation kann Deng gar nicht so sehr genug auftreten. Eine offensiv chinesische Außenpolitik bestätigt die geschwächte Hegemonialpolitik der USA-Imperialismus und schafft günstigere Bedingungen für den Kampf gegen die gefährlichere Supermacht Sowjetunion“. Daraus ist zu entnehmen: Es gibt eine Hegemonialpolitik der USA. Diese Hegemonialpolitik der USA wird durch eine „offensive“ Außenpolitik Chinas „bestätigt“. Außerdem ist diese Hegemonialpolitik auch noch „geschwächt“. Vielleicht wird sie durch die chinesische „Bestätigung“ wieder etwas gestärkt? Diese Schlußfolgerung ist, legt man die Maßstäbe einer marxistisch-leninistischen Analyse an, tatsächlich nahelegend. Aber die „Rote Fahne“ meint es sicher ganz anders. Vielleicht so: durch eine „offensive“ Außenpolitik Chinas wird „bestätigt“, daß die Hegemonialpolitik der USA „geschwächt“ ist? Das gibt zwar politisch auch noch nicht viel Sinn, kommt aber der Linie der „KPD“ sicher näher.

„KPD“ sicher näher. Politisch, wie gesagt, gibt die Aussage der „Roten Fahne“ auch in veränderter Form noch nicht viel her. Denn eine bestimmte chinesische Außenpolitik (sei sie nun mal „offensiv“, d.h. „scharf“ auf ein Bündnis Chinas-USA gegen die Sowjetunion gerichtet) kann gar nicht bestätigen, ob die Hegemonialbestellung der USA denn nun wirklich geschwächt ist oder nicht.

Vielleicht kann der Genosse Willi Jasper, Chefredakteur der „Roten Fahne“ und anscheinend Verfasser dieses Kommentars (unterschrieben W.J.), die Geschichte beim zweiten Anlauf mal ins Reine schreiben? Zu beenden ist er wahrlich nicht um seine Aufgabe!

## IMPRESSUM

Impressum  
Herausgeber - Druck - Verlag  
ARBEITERKAMPF  
Verlag J. Reents  
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50  
V.i.S.d.P.: M. Eckhoff, Verlags-  
adresse  
Auflage 12.500  
Erscheinungswiese: 14tägig  
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,  
451 8378, J. Reents, und  
Postcheckkonto Hamburg,  
240 595, J. Reents

### Fortsetzung von Seite 1

Was war passiert? In einigen Ortschaften aus dem Darmstädter Raum war bei amtlichen Probenuntersuchungen seit mindestens April 77 immer wieder festgestellt worden, daß in der Milch die zulässigen Höchstwerte von Hexachlorocyclohexan (HCH) überschritten wurden und zwar teilweise um das 32-fache! Diese Substanz ist ein Gift, das als Rückstand bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln (Pestizide) entsteht. Es ruft Leber- und Nervenschäden sowie Mißbildungen bei Ungeborenen hervor und ist krebserregend.

Die täglich produzierten mindestens 3.000 Liter an verunreinigter Milch, wurden zwei Jahre lang in der Darmstädter Molkerei der Milchliefervereinigung Starkenburg „mit 120.000 Litern einwandfreier Milch vermisch“ und weiter verarbeitet („Hamburger Abendblatt“, 24.1.79). Das heißt, das Gift wurde einfach so weiterverarbeitet, bis die vorgeschriebenen Grenzwerte wieder unterschritten wurden. Auf diese Weise haben hundertaufende von Menschen mit HCH angereicherte Molkereiprodukte zu sich genommen!

Nun will es keiner gewesen sein. Gölrich entließ zwar einen seiner Mitarbeiter, weigert sich aber, selbst den Hut zu nehmen. Tatsächlich jedoch ist die chemische Zeitbombe, die in Südhessen tickt, schon seit langem bekannt. Seit 1946 produzierte der Merck-Konzern das inzwischen wegen der damit verbundenen Gefahren verbotene Pflanzenschutzmittel „Lindan“. Das HCH-Gift fällt dabei als Rückstand an. Der Giftmüll hatte bei Merck bis 1960 auf Halde gelegen, und wurde dann einfach vergraben, wozu Merck über-

## Seveso in Hessen

gens erst 1967 eine amtliche Genehmigung erhielt.

Amlich sind 82.000 Tonnen HCH-Müll, die vergraben wurden, erfaßt (wo liegen sie??). Die Milchvergiftung ist nur die letzte, breiter bekannt gewordene Folge dieses kriminellen Verfahrens:

– Als der Hexa-Müll noch auf Halde lag, wurden angrenzende Felder durch Windverwehungen verunreinigt. Die Kartoffeln konnten damals nicht einmal mehr zur Viehfütterung verwendet werden. Merck mußte 100.000 DM Entschädigung an die Bauern zahlen („FAZ“, 25.1.).

– Von Merck wurde firmeneigenes Gelände in der Nähe der Gerolzheimer Produktion mit der Auflage verpachtet, auf den Feldern nur bestimmte Pflanzensorten zu bestellen und keine Tiere zu halten. Als sich ein Pächter in den 50iger Jahren nicht daran hielt, mußte sein Zuchtbulle notgeschlachtet werden, da das Veterinäramt chemische Rückstände feststellte.

– 1971 hatten Forstleute in den Stoppelfeldern Fasane geschossen und zur Untersuchung an das Landwirtschaftliche Chemische Untersuchungsamt in Darmstadt gegeben. Die Ergebnisse waren katastrophal. 1974 wurden Proben an das Bundesgesundheitsamt in Westberlin und ein Münchner Institut geschickt. Auf die Ergebnisse warten die Forstleute heute noch (Darmstädter Echo, 25.1.).

Alle diese alarmierenden Fakten sind von den Behörden bewußt verheimlicht worden. Nur der „Umweltminister“ (wie wär's mit der ehrlicheren Bezeichnung: Giftminister?) will von nichts gewußt haben. Was

aber das Schlimmste ist: Nicht einmal nach Bekanntwerden des Milchskandals werden Konsequenzen gezogen: Der Minister lehnt es ab, den Hexa-Müll von Merck ausgraben und beseitigen zu lassen, da für ihn nicht erwiesen sei, daß die Pestizid-Rückstände in der Milch auf diese Ablagerung zurückzuführen seien („Süddeutsche Zeitung“, 26.1.). Er wolle nicht „in einer wilden Buddelaktion“ in einem Abfall herumwühlen, der angeblich „unter Kontrolle“ sei (FAZ, 25.1.). Was muß eigentlich noch alles passieren?!

Bei solch willkürlicher Schützenhilfe dementiert natürlich auch Merck selbst jede Verantwortung: „Wenn das Gift von uns kommt, dann kann es allenfalls durch Herbststürme aus den 60er Jahren in die Luft gewirbelt sein“ (Abendpost Nachtausgabe, 24.1.). Mit was für gemeingefährlichen Leuten man es bei den Chemiekapitalisten zu tun hat, wird schon aus den bisherigen Methoden deutlich, mit denen Merck die „Beseitigung“ des Hexa-Mülls angegangen ist.

– 78.000 Tonnen wurden als „sehr geeigneter Baustoff“ (!) in die Fundamente der Gerolzheimer Merck-Fabrikhallen verstaubt, 10.000 Tonnen im Darmstädter Betrieb.

– Mit 9.000 Tonnen wurde ein Werks-Parkplatz direkt am Rheiner Aufgeschüttet. Zwei Kilometer stromabwärts ist ein Trinkwasserwerk geplant! – 30.000 Tonnen wurden zu Salzsäure und zu jenem Pflanzengift verarbeitet, mit dem die US-Bomber in Vietnam den Dschungel entlaubten, demselben Gift, das im italienischen

Seveso einen Landstrich zur Wüste machte (Spiegel, Nr. 38/74). Die Produktion dieses Gifts wurde offenbar eingestellt, bald nachdem die USA aufgrund internationaler Proteste diese Art des Völkermords stoppten. Das läßt die Vermutung zu, daß neben dem Bayer-Konzern auch die Merck-Kapitalisten zu den Lieferanten für die Amerikaner gehörten.

– Als Merck allerdings den Behörden einmal Hexa-Müll zur Aufschüttung einer Bahnüberführung offerierte, lehnten diese ab.

Das gesamte Ausmaß der Gefährdungen ist freilich noch überhaupt nicht klar zu übersehen. So wurden in der Milch neben dem HCH auch noch Chromrückstände ermittelt, die den erlaubten Grenzwert um das 136fache überschritten. Hierbei handelt es sich um ein hochgradiges Nervengift, wie ein Beispiel aus Japan zeigt. Dort starben mindestens 30 Menschen und über 200 wurden unheilbar krank, nachdem der Nippon Chemical-Konzern 530.000 Tonnen Hexachrom-Schlacke als Füllmaterial für Schulhöfe, Kinderspielflächen, Sportanlagen und Eisenbahntrassen an die Behörden verkauft hatte (Spiegel, 37/65). Nach Quecksilber- und anderen Rückständen werden zur Zeit noch Untersuchungen angestellt. Uns reicht's!

Sofortige Beseitigung des Hexa-Mülls! Entschädigung der betroffenen Bauern! Bestrafung aller Verantwortlichen!

Nach Berichten und Artikeln aus Darmstadt, Frankfurt und der AKW-Nein-Kommission



# Nazi-Bomben gegen „Holocaust“: Die Spur ist eindeutig!

Am 18.1. zerstörten zwei Bombenanschläge den Sender Koblenz (Südwestfunk) und den Fernmeldeturm bei Nottuln (bei Münster) zum Teil erheblich. Zu der Zeit wurde eine Vorbereitungssendung zu der Serie „Holocaust“ ausgestrahlt.

Verbreitet wurde von Regierung und Bundesanwaltschaft „der Verdacht (...), daß hinter den beiden Anschlägen eine gutorganisierte rechtsradikale Gruppe stehe“ („Tagesspiegel“, 20.1.79). Zahlreiche weitere Attentatsdrohungen liefen insbesondere beim WDR ein.

Ginge es um „linke Terroristen“, wäre unter diesen Umständen längst eine Großaktion — mit Straßensperren, Razzien, Massenfestaufmärschen usw. — angelaufen. Solche Aktionen sind bekanntlich bereits unter dem Vorwand angeblicher Bomben-Drucke durchgeführt worden, die der RAF angelastet wurden. Nichts von alledem in diesem Fall! Statt Fahndungsaufrufen, Plakaten in Millionenauflage, Fernseh-Mobilisierung der Bevölkerung etc. raffte sich die Bundesanwaltschaft eine volle Woche nach den Bombenanschlägen lediglich „zur Erklärung auf, die Fahndung laufe „mit allem Nachdruck“; es gebe aber bislang kein konkretes Ergebnis („UZ“, 23.1.79).

Zugleich wurde von Kreisen der „Sicherheitsbehörden“ verbreitet, möglicherweise seien die Bombentäter überhaupt keine Rechtsradikalen, sondern könnten „aus einer völlig anderen Ecke“ kommen („FR“, 23.1.79). In einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ erklärte Innenminister Baum inzwischen auf die Frage nach dem „Holocaust“-Anschlag, der „organisierte Rechtsextremismus“ sei bekanntlich zersplittert, und bei den offenen Nazis handle es sich „häufig um sehr kleine Gruppen, die kaum Organisationsstrukturen erkennen lassen“ oder „fanatische neonazistische Einzeltäter“ („Hamburger Abendblatt“, 27./28.1.79).

Nach allen Erfahrungen mit dem bisherigen „Fahndungs“-Einsatz von BKA, Bundesanwaltschaft etc. in Sachen Neonazis ist zu befürchten, daß damit die stillschweigende Einstellung aller Ermittlungen — selbstverständlich „aus Mangel an konkreten Ergebnissen“, „fehlenden Spuren“ etc. — eingeleitet werden soll.

## Konzertierte Aktion gegen „Holocaust“

### Konzertierte Aktion gegen „Holocaust“

Seit Bekanntwerden der Pläne, den Film „Holocaust“ auch in der BRD zu senden, entfachte die gesamte Nazi-Szene eine Kampagne dagegen. Einhellig verbreiteten die „Deutsche Wochenzeitung“ (NPD-orientiert), das Nazi-Journal „Nation Europa“ und genauso Freys „Deutsche Nationalzeitung“ Beitrag um Beitrag, in dem die Nazi-Verbrechen herabgespielt oder geleugnet wurden. Die Nazi-Jugendzeitung „Mut“, die ihr gesamtes Januar-Heft 1979 dem Thema „Holocaust“ widmete, zog das Fazit: „Jeder anständige Deutsche (...) hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen die jetzt erneut auf Hochtour laufenden Beschimpfung unseres Volkes (...) politisch aufzubegehren!“ Diese „Mut“-Nummer wurde noch vor der Sendung kostenlos zusammen mit einem Anti-„Holocaust“-Schreiben der „Deutschen Volksfront“ des „Mut“-Autors und „Stahlhelm“-Funktionärs Hans Hertel verteilt. — Auch die übrige Nazi-Szene zog mit:

— So wurden im Januar '79 während des Films Flugblätter einer „Kampfgruppe Zündel“ aus Toronto (Canada) in Briefkästen verteilt, die zu „Anti-Holocaust-Demonstrationen“ aufriefen. Zündel betreibt auch einen „Samisdat-Verlag“, der u.a. Verteileradresse für auf Kassetten aufgenommene Reden des flüchtigen Nazis Roeder und seines Kumpanen Christophersen ist.

An der Kampagne gegen „Holocaust“ beteiligt sich natürlich auch Schönborn: Schon im Dezember 1978 hatte Schönborn anlässlich des antifaschistischen Films „Sie gaben nicht auf“ (im ZDF gesendet) gesprochen von „Aktionen, die angebracht wären, die Absetzung des Films zu erzwingen“. ZDF-Journalisten seien, so Schönborn, „Abschaum der Menschheit“ und „Jeder normale Deutsche (habe) nicht nur das Recht, sondern die Pflicht (...), jeden ihm bekannten ZDF-Mitarbeiter öffentlich anzuspucken“. Ebenfalls von Ende 1978 stammt ein anderes Schönborn-Flugblatt, das in dem Satz gipfelt:

„Kämpft mit uns gegen die Holocaust-Mafia!“

Auch der Herausgeber des Nazi-Blatts „Unabhängige Nachrichten“, Martin Voigt aus Bochum/Essen, nahm kein Blatt vor den Mund: „Mit der Filmserie „Holocaust“ wird ein Höhepunkt der Massenbeeinflussung und Seelenknechte erreicht, gegen den sich jeder anständige Deutsche wehren muß (...). Es gibt Situationen, da man alle, wenn und aber vom Tisch wischen und handeln muß“, und weiter, fettgedruckt: „Wir meinen, mit „Holocaust“ ist ein solcher Augenblick gekommen“.

Zur Erinnerung: Das von den „UN“ veranstaltete Pfingsttreffen 1978 in Scharzfeld/Harz hatte sich als geballtes Nazi-Stelldichein mit Christophersen, „Hansa“-Bande usw. entpuppt, was damals zu einer Polizeiaktion führte.

Gegen „Holocaust“ hatten die „UN“ ein im „Bild“-Zeitungsformat aufgemachtes Extrablatt herausgegeben, das in verschiedenen Städten von rechtsradikalen Gruppen verteilt wurde.

### Aktionen folgen

Diese Aufrufe blieben nicht ohne Wirkung:

— In Buchholz verbreitete Edgar Geiß (verurteilt wegen seines Hitlergrußes am Grab von Kappeler, jetzt Aktivist der „Hansa“-Bande) ein Flugblatt einer „Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und Vergangenslüge“, in dem die Bombenanschläge als gerechter „Volkszorn“ begrüßt wurden.

— In Westberlin verteilten Angehörige der „Wiking-Jugend“ den Sonderdruck der „UN“.

— In Hamburg verteilte die NPD-Jugendorganisation JN ein Flugblatt, dessen Überschrift direkt der „Mut“-Ausgabe vom Januar 1979 entnommen war. Auch in anderen Städten verteilte die JN ähnliche Flugblätter.

Alle bisher bekannten Tatsachen über Nazi-Umtriebe im Zusammenhang mit „Holocaust“ deuten eindeutig auf denselben Kreis von Nazi-Aktivisten, der im engsten Umkreis um die „Hansa“-Bande, die „NSDAP“, die „Wiking-Jugend“ und die NPD/JN angesiedelt ist.

Aus demselben Kreis wurden in der letzten Zeit wiederholt Sprengstoffanschläge sowie Waffen- und Sprengstofffunde gemeldet:

— So Mitte September 78 in Varel letzten Zeit wiederholt Sprengstoffanschläge sowie Waffen- und Sprengstofffunde gemeldet:

— So Mitte September 78 in Karlsruhe, wo ein Waffenlager der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ ausgehoben wurde, das auch größere Mengen Sprengstoff enthielt.

— So in Westberlin, wo anlässlich des 40. Gedenktages des Judenpogroms („Reichskristallnacht“) zwei jüdische Einrichtungen von Bombenattentaten bedroht waren und wo Sylvester einem Faschisten der selbstgebastelte Sprengsatz unter den Fingern explodierte.

— So in Braunschweig, wo bei einem bekannten „NSDAP/AO-Aktivisten“ Ende November 78 Sprengstoff gefunden wurde.

Hinzu kommen weitere Anschläge, die eindeutig faschistische Handschrift tragen.

— Gegen das ASIA-Büro in Göttingen (Mai 78).

— Ein Brandanschlag auf das SPD-Informationsbüro in Hannover (Dezember 78).

— Schon im September 77 war in Braunschweig bei „NSDAP“-Anhängern Sprengstoff gefunden worden.

All dies veranlaßte den Westberliner „Tagesspiegel“ am 20.1.79 zu der Meldung: „Seit Monaten beobachten die Sicherheitsbehörden eine verstärkte Aktivität von rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik. So wurden mehrfach Sprengstoff- und Waffenlager entdeckt, allein in den letzten Monaten in Hannover, Hamburg, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Lüneburg und Karlsruhe“.

Doch trotz der eindeutigen Hinweise auf den vermutlichen Täterkreis, der mehrfach in der Vergangenheit bei ähnlichen Delikten ertrappt wurde und der angeblich „gut im Griff“ sein soll — Generalbundesanwalt Rebmann tappt natürlich im Dunkeln.

### Und die NPD voll mit dabei

Die NPD selbst, ansonsten peinlich darauf bedacht, ihren Antisemitismus nicht allzu deutlich werden zu lassen und stets auf „Distanz“ zum offenen kriminellen Neonazismus, steht im Zentrum der Anti-„Holocaust“-Kampagne:

— Udo Walendy, „langjähriger Parteifreund“, Verfasser mehrerer Rechtfertigungsbücher für den Hitlerfaschismus, Inhaber des einschlägigen „Verlag für Volkstums- und Zeitgeschichtsforschung“, hat wesentlich Anteil an dem „UN“-Extrablatt.

— Eben dieses „UN“-Extrablatt wird in der neuesten Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (Februar 79) ausdrücklich empfohlen!

— Dieselbe „Deutsche Stimme“ erschien mit dem Titel „Holocaust International“ — ein Faksimile-Nachdruck der „Mut“-Überschrift vom Januar 79.

— Klaus Hoffmann, NPD-Vorsitzender von Soltau/Fallingb., inserierte gleich zweimal am 25.1.79 im „Soltau Anzeiger“: Einmal als „Bündnis“ für das von „UN“

veröffentlichte „Holocaust“-Extrablatt, das er gleich zweimal am 25.1.79 im „Soltau Anzeiger“: Einmal als „Bündnis“, der das von „UN“ und Walendy propagierte Nazi-Geschreibsel anbietet, zum anderen als NPD, die unkomentiert den Satz veröffentlicht: „Unter Hitler hat es keine Gaskammern gegeben“. Dieser Hoffmann ist zugleich „Gauführer Niedersachsen“ der „Wiking-Jugend“ und wegen eines Überfalls auf einen Journalisten im Sommer 78 angezeigt.

Antifa-Kommision Hamburg

## „Holocaust“ — 30.000 Fragen müssen beantwortet werden

Die im Januar ausgestrahlte Fernsehserie „Holocaust“ hat eine seit Bestehen der BRD einmalige Diskussion der faschistischen Vergangenheit ausgelöst. Über 20 Millionen Zuschauer, Zehntausende vom Anrufen bei den ARD-Anstalten (zu gewöhnlich nachschlafener Zeit), zahlreiche begleitende Fernseh- und Rundfunksendungen und unzählige Berichte und Leserbriefe in der gesamten BRD-Presse: Das alles sind Hinweise auf das ebenso unerwartete wie außergewöhnlich große Echo dieses Films über die Nazi-Verbrechen, insbesondere über die Ermordung von Millionen Juden.

Unerwartet zumindest angesichts der Anstrengungen, die Wirkung des Films möglichst gering zu halten. Seit Jahr 1978 entspann sich in den BRD-Fernsehanstalten ein Gerangel um die Nichtsendung des vom WDR aufgekauften Films — mit dem Resultat, daß eine Abschiebung in die dritten Programme zu später Sendezeit (ab 21 Uhr) beschlossen wurde. Die Masse der Zuschauer, besonders Jugendliche, war damit ausgeplant.

Die in der Presse im vorhinigen breitgetretene Kritik brachte immer wieder die gleichen Vorwände gegen eine Sendung von „Holocaust“:

— Die Darstellung des Films sei kitschig, übertrieben, „Schund“ (so Südwestfunk-Fernsehspiel-Chef Schulze-Rohr in der „Zeit“, 23.6.78).

— Das Ganze sei bloße „Geschäftemacherei“ (CSU-Chef Strauß, „Frankfurter Neue Presse“, 1.7.78).

— Deutsche und Juden, Nazis und Opfer seien einseitig dargestellt: „Ganz Gute und ganz Böse stehen sich gegenüber“ — also sei alles unglaubwürdig und schlecht (Schulze-Rohr, a.o.).

— Überhaupt: Der Film stamme aus den USA, „ein typisches Produkt der US-amerikanischen Fernsehindustrie“ („Welt der Arbeit“, 12.10.78) und sei überdies — so seit Monaten die rechtsradikale Presse — „deutschenfeindlich“, „Neutbeschmutzung“.

Diese insgesamt gegen die Ausstrahlung gerichtete Kampagne — mitgetragen von liberal scheinenden Blättern wie „Zeit“ und „Frankfurter Rundschau“ — knüpfte durchaus an richtigen Punkten an: Natürlich ist der Film im Stil amerikanischer Unterhaltungsfilm, also oberflächlich, sentimental, undifferenziert usw. gemacht. Natürlich stellt er, hier die Nazis — dort die Juden, zwei Gruppen gegenüber, ohne die Kapitalisten, die Zionisten, die amerikanische Macht. Natürlich stellt er, hier die Nazis — dort die Juden, zwei Gruppen gegenüber, ohne die Kapitalisten, ohne die Arbeiterschaft, ohne den (deutschen) antifaschistischen Widerstand zu erwähnen. Freilich, eine Reihe Einzelheiten stimmen nicht. Tatsächlich auch transportiert der Film zionistische Propaganda.

Im wesentlichen aber ist — gerade auch dank seiner Spielfilm-Macht, emotional, effekthabend, stilisiert, — das Grauen des Nazi-Staats, das System der faschistischen Terror-Maschinerie durch diesen Film

besser vorstellbar und, soweit möglich, nachvollziehbarer gemacht, als durch das meiste, was bislang hierzu-lande in über dreißig Jahren „Aufklärung“ überlicherweise zur Information bereitgestellt wurde. Die bürgerliche Kritik an der Macht des Films oder an Einzelheiten ist — angesichts des üblichen Verdrängens und Vergessens, der ausbleibenden Unterrichtung in den Schulen, der Nicht-Verfolgungspraxis westdeutscher Gerichte gegenüber Nazi-Verbrechern usw. — bestenfalls eine naive Frechheit, eher wohl ein erneuter Beleg für die Absicht, die Nazi-Vergangenheit verschweigen und vergessen zu wollen.

Das breite Echo auf die Serie — nicht allein in der veröffentlichten Meinung, sondern tatsächlich „auf der Straße“, am Arbeitsplatz, in Schulen etc. — belegt, wie offenbar „unbewältigt“ die Nazi-Vergangenheit ist. Besonders zeigt sich die große Bereitschaft und das Bedürfnis unter Jugendlichen, mehr zu erfahren und zu wissen.

Die Fragen der Zuschauer waren durchaus nicht nur auf Bestürzung oder Empörung beschränkt. Ausgehend von der Schilderung des Films wurden Fragen gestellt, die von den „Expertenrunden“ nach jeder Sendung im großen und ganzen weggerechnet wurden.

— Wen verfolgten die Faschisten?

Nicht nur Juden waren die Opfer, nicht nur rassistisch Verfolgte (wie die Zigeuner). Der Nazi-Terror richtete sich auch gegen Demokraten, Sozialisten, Kommunisten.

— Wie konnte es zur Hitler-Herrschaft kommen? War „das ganze deutsche Volk“ hinter ihm? Die Rolle des Widerstands, die Frage nach den Möglichkeiten der Bekämpfung des Faschismus muß geklärt werden.

— Wer waren die Verantwortlichen? Wer deckte die Dörfs, den Heydrich, den Himmler? Wer förderte, wer finanzierte die Nazis?

— Was ist mit den Nazis heute? Was ist aus den Eric Dörfs geworden? Gibt es die Gasförm-Firma noch? — Sooft gestellt, sooft wurden solche Fragen nicht beantwortet!

„Holocaust“ hat weithin Diskussionen zu solchen Fragen ausgelöst. Sie sind von dem Film nicht beantwortet (was nur zum Teil ihm anzukreiden ist); daß sie — etwa im Zusammenhang mit der im Frühjahr anstehenden Verjährungs-Debatte — von offizieller Seite aufgegriffen, gewollt?

Zusammenhang mit der im Frühjahr anstehenden Verjährungs-Debatte — von offizieller Seite aufgegriffen, geschweige denn beantwortet werden, ist kaum anzunehmen. (Man denke nur: Carstens, Ex-NSDAP'ler und Bundespräsident in spe, beantwortet die Frage: „Haben Sie wirklich nichts gewußt?“)

Für die antifaschistische Aufklärungsarbeit aber hat „Holocaust“ mehr als nur einen Ansatzpunkt geschaffen. Worauf warten?

Antifa-Kommision Hamburg

## Erstaunen bei DDR-Zuschauern über Unkenntnis im Westen

Reuter

Die „Holocaust“-Serie im Fernsehen der Bundesrepublik über die Judenverfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland hat auch in der DDR viele Menschen bewegt.

Die Reaktionen waren auch dort von Überraschung, Erschrecken und Empörung bestimmt — jedoch weniger über den Film selbst als über viele Stimmen und Fragen westdeutscher Zuschauer, die im

Anschluß an die einzelnen Episoden den Experten im Studio bei ihren Diskussionsrunden zuzugingen.

„Wir haben das alles schon früher gesehen, es ist nicht neu — aber es ist erschreckend, daß so viele Westdeutsche offenbar nicht wissen, was bei den Nazis geschahen ist. Dieser Film kam 30 Jahre zu spät“, sagte ein junger Ost-Berliner in einer wohl typischen Reaktion. Obwohl nur in den Dritten Fernsehprogrammen ausgestrahlt, konnte die Serie teilweise auch in der DDR gesehen werden. Die Stimmen zu diesem Film ließen erkennen, daß in 30 Jahren kommunistischer Herrschaft bei vielen Menschen in der DDR sehr genaue Vorstellungen über Ursachen, Entwicklung und Exzesse des Nationalsozialismus entstanden sind.

Mit dreistem Zynismus forderten Springer-Presse und Bundeskanzler, daß „Holocaust“ nun aber gefälligst auch in der DDR gezeigt werden müsse. Was von diesem Verlangen zu halten ist, zeigt folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur REUTER, entnommen dem „Spandauer Volksblatt“ (Westberlin) vom 25.1.1979.





# Zensurprozeß gegen Verlag J. Reents: Staatsanwalt will mindestens 6 Monate Knast!

Ohne daß der Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents überhaupt schon in eine wesentliche Erörterung des Inhalts des angeklagten „Russell-Buch Nr. 5“ eingetreten ist, hat die Staatsanwaltschaft am 3. Prozeßtag (26.1.) bereits eingeleitet, auf welches Urteil sie hinaus will: mindestens sechs Monate Knast! Dieser Vorgriff auf das Plädoyer, das am noch gar nicht abzusehenden Ende des Prozesses zu halten wäre, macht deutlich, daß Staatsanwalt Reumann am Verlauf des Prozesses überhaupt nicht interessiert ist, daß er gar nicht daran denkt, die von der Verteidigung bereits angekündigten Beweisanträge über den Wahrheitsgehalt des Buches zu überprüfen: Ebenso gut hätte die Staatsanwaltschaft schon vor Beginn des Prozesses ihre Urteilsforderung gleich in die Anklageschrift mit reinschreiben können.

## Was ist geschehen?

Schon während der Erklärungen des Verteidigers und des Angeklagten am 1. Prozeßtag war Staatsanwalt Reumann dadurch aufgefallen, daß er dem Prozeßgeschehen selbst offenbar wenig Aufmerksamkeit beimessen will. Man kann zwar nicht sagen (weil nicht beweisbar), daß er regelrecht gepörrt hat; zumindest „verfolgte“ er aber die Ausführungen des Verteidigers und des Angeklagten über längere Strecken nur mit geschlossenen Augen. Seine anschließenden Bemerkungen waren entsprechend: Er sei solche Einstellungen antrags schon „gewohnt“ und finde sie „unergiebig“ – punktum.

Das betonte Desinteresse des Staatsanwalts am Prozeßverlauf erreichte am 26.1. einen neuen Höhepunkt: Reumann beschäftigte sich überwiegend mit prozeßfremden Dingen (er brachte gegenstandslos klingende Gesetzbücher auf neuesten Stand), statt der Buchverlesung zuzuhören – und das nicht etwa verschämt unter der Bank, wie manch Schüler einmal liebt, weil der Unterricht langweilig ist – sondern mit selbstherrlicher Offenheit. Die Strafprozeßordnung (StPO) räumt einem Staatsanwalt aber nicht das Recht ein, sich geistig von der Verhandlung fernzuhalten. Im Gegenteil: Die Staatsanwaltschaft ist durch § 160,2 StPO sogar schon während eines Ermittlungsverfahrens, und natürlich umso mehr in der Hauptverhandlung selbst, dazu angehalten, „auch die zur Entstehung dienenden Umstände zu ermitteln“ – und zur Entlastung gegenüber der vorzortren, aus dem Zusammenhang gerissenen und teilweise sogar verfälschenden Begründung der Anklageschrift dient u.a. die vollständige Verlesung des inkriminierten Buches.

Nachdem StA Reumann auch nach mehr als zwei Stunden von sich aus keine Anstalten machte, „selbst“ Aufmerksamkeit wieder zu

Nachdem StA Reumann auch nach mehr als zwei Stunden von sich aus keine Anstalten machte, seine Aufmerksamkeit wieder von

schwerde zu unterbrechen.

Richter Betz lehnte dies jedoch zunächst mit der sensationellen, weil bislang nie gehörten Begründung ab, daß die Staatsanwaltschaft sonst „zum Herren des Verfahrens“ würde (Richter Betz meinte damit, daß es im Ernsten des Oberstaatsanwalts liege, wenn er über diesen Ablösungsantrag zu entscheiden gedenke, und damit auch, wann der nächste Prozeßtermin stattfinden – allerdings werden solche Dienstaufsichtsbeschwerden in aller Regel sehr schnell, z.T. schon in wenigen Stunden entschieden, und der Richter hat sich auch gar nicht erst die Mühe gemacht, beim zuständigen Oberstaatsanwalt Pausen dazu eine Erkundigung einzuholen).

Mit der gleichen Logik könnte Richter Betz z.B. bei einer Prozeßunterbrechung wegen Einholung einer Aussagegenehmigung für einen Polizeizeugen (was gang und gäbe ist) behaupten, daß damit die Polizei „zum Herren des Verfahrens“ würde. Ob er dann auch so argumentieren würde...?

Rechtsanwalt Maefert forderte Richter Betz jedenfalls unter Hinweis auf dieses und andere Argumente dazu auf, seinen Beschluß und die dafür gegebene Begründung noch einmal zu überdenken, zumal der Richter weder auf irgendeine vergleichbare Rechtsprechung dazu verwiesen, noch den Staatsanwalt Reumann wegen seines Verhaltens gerügt hatte. Hilfsweise würde die Verteidigung beantragen, daß sonst der Angeklagte bis zur Entscheidung über den Ablösungsantrag von seiner Anwesenheitspflicht entbunden würde, weil es nicht zumutbar ist, in dieser Situation weiter einem tatsächlich abwesenden Staatsanwalt gegenüber zu sitzen.

Dieser hilfswiese Antrag bei Aufrechterhaltung der Nichtunterbrechung veranlaßte StA Reumann nun, sich nach längerem Grinsen zu Wort zu melden: Den Angeklagten von der

Verleugung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für: Verteidigung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für:

jetzt feststeht, daß er auf alle Fälle und unabhängig vom weiteren Prozeßverlauf einen solchen Urteilsantrag stellen wird. Der § 233 StPO schreibt die Anwesenheit des Angeklagten nämlich nicht allgemein dann vor, wenn gemäß der erhobenen Anklage eine „Straftat“ mit einer solchen Strafhöhe bedroht ist, d.h. wenn eine solche Strafhöhe laut Gesetz möglich ist, sondern eben nur dann, wenn dies zu erwarten ist. Die „Erwartung“ von StA Reumann kann indes nur auf eine bereits jetzt bei ihm vorhandene Urteilsforderung rückgeschlossen werden. Diese Bemerkung bestätigt zudem, daß die Staatsanwaltschaft diesen Prozeß mit einem rigiden Gesinnungsurteil abschließen will, daß sie sich als wahrhafte Zensurbehörde aufspielt, der die gerichtliche und umfassende Erörterung ihrer Anklage nur lästig ist.

Richter Betz schien nach der ausführlichen Gegenargumentation von RA Maefert aber doch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß er sich mit der Begründung für die Zurückweisung des Unterbrechungsantrags arg aufs Glatteis begeben hat. Er revidierte seinen Beschluß und verkündete Unterbrechung des Prozesses bis zum 1. Februar – ein kleiner Erfolg der Verteidigung in diesem Prozeß.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen StA Reumann wurde inzwischen von der Oberstaatsanwaltschaft mit Hinweis darauf abgelehnt, daß Reumann schließlich erklärt habe, er sei sehr wohl „geistig anwesend“ gewesen...

Die Verlesung des Buches wurde dann am 4. Prozeßtag (1.2.) abgeschlossen. Tatsächlich geschah es hier ein mal, daß Reumann seine Aufmerksamkeit auch sichtlich unter Beweis stellte: Er schlug dem Richter vor, doch auf die Verlesung der Liste von Alt-Nazis, die ihre neuen Pfünde in Führungsstellen der Polizei und Geheimdienstapparates der BRD fanden, zu verzichten. Daß Reumann ausgerechnet diese Seiten aus der Verlesung raushaben wollte, spricht schon für sich!

Nach Ende der Buchverlesung geht es jetzt darum, die bereits angekündigten Beweisanträge der Verteidigung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für:

Verleugung über den Wahrheitsgehalt des Buches vor Gericht zu erheben. Der 5. Prozeßtag ist festgesetzt für:

Donnerstag, 8. Februar, 9.30 Uhr  
Strafjustizgebäude  
Siewekingplatz 3, Raum 297

Über die voraussichtliche Dauer des Prozesses ist noch nichts bekannt. Weitere Termine werden wahrscheinlich jeweils donnerstags stattfinden.

## Beginn des 90a-Prozesses gegen Kai Ehlers am 26. April

Nach telefonischer Mitteilung von Richter Reimers wird der 90a-Prozeß gegen Kai Ehlers am 26. April beginnen. Kai Ehlers ist als Presseverantwortlicher des ARBEITERKAMPF wegen der Berichterstattung des AK zu den „Selbstmorden“ in Stammheim und Stadelheim ange-

klagt. Der AK hatte ausführlich seine Zweifel an der offiziellen „Selbstmord“-Version begründet und die Befürchtung geäußert, daß weiter „an die Liquidierung der ‚prominentesten‘ Gefangenen gegangen werden könnte“ (AK 117, Nov. 77).

## konkret

In ihrer Februar-Ausgabe veröffentlichte die Zeitschrift „konkret“ nunmehr einen Artikel zum Prozeß gegen den Verlag J. Reents. An einen längeren Auszug aus der Anklageschrift schließt sich dort der Kommentar an: „Wie soll man da noch Diskussionen über die politische Entwicklung in der BRD führen? Wenn diese Sätze aus der Anklageschrift in ein paar Wochen oder Monaten in einem Urteil stehen sollten, wird jeder in einem Zeitungsartikel, einem Buch, auf einer öffentlichen Veranstaltung oder auch nur in einem vervielfältigten Seminarmanuskript peinlich darauf achten müssen, daß er nicht von einer Fälschung dieses Staates, geschweige denn von vollendeter Fälschung spricht. Ginge es nach dem Willen von Staatsanwalt Reumann, dürfte man selbst den Begriff Polizeistat nicht mehr für die BRD benutzen.“

Der Autor, Warner Poelchau, spart andererseits auch nicht mit herben Vorwürfen gegen das Buch: es zeichne sich durch „einen kaum zu übersehenden Eklektizismus“ aus, man finde darin „eine gehörige Portion Blaudugigkeit“ und „die wenigen analytischen Teile des Buches“ seien „dilettantisch“ verfaßt. Nun gut, daß ist seine Meinung – wenn gleich es schon ein wenig befremdlich ist, daß in einer Zeitschrift wie „konkret“ so schablonenhaft und unter Verzicht auf Begründungen geschrieben wird.

Geradezu unerfindlich für uns ist

aber, warum der Autor sich veranlaßt sah, Versatzstücke aus dem Buch, die nicht etwamal (!) in der Anklageschrift selbst enthalten sind, in einer Weise zu zitieren, die nur als „beweiserhärtend“ für die Anklage verstanden werden kann.

Warner Poelchau schließt folgend aus seinem (vielleicht etwas „eklektizistischen“) Studium des Buches, daß es „nicht zuletzt am KB selbst“ liege, wenn sich „auch die linke Öffentlichkeit in diesem Fall mit der Solidarität schwer tut“.

Wir halten das ehrlich gesagt für eine dumme und auch gefährliche Ausrede, die Schwierigkeiten, die manche Linke hierzulande mit der Solidarität haben, ausgerechnet mit den politischen Auffassungen derjenigen zu entschuldigen, die das jeweilige Opfer staatlicher Verfolgung sind. Es spricht doch wahrhaftig wenig gegen den KB als gegen die linke Monatszeitschrift „konkret“, wenn diese sich da, wo es leidet, um den Protest gegen staatliche Zensurmaßnahmen gibt, zu mehr Distanzierung von den Zensierten veranlaßt sieht, als dies etwa die liberale niederländische Wochenzeitung „Vrij Nederland“ für nötig hielt ... oder?

Wir haben dem Herausgeber von „konkret“, Hermann Gremblitz, übrigens in einem Brief vorgeschlagen, daß wir für seine Zeitschrift einen Artikel über unsere (unverfälschte) Sicht über die Gefahren einer neuen GeStaPo schreiben, als Beitrag für die auch von „konkret“ als notwendig betonte Diskussion in der Linken über die politische Entwicklung in der BRD. Mal sehen, was daraus wird.

## Amberger Initiative gegen AKWs

„Wir, die Amberger Initiative gegen Atomkraftwerke, fordern die Aufhebung der Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents wegen ‚Staatsverleumdung‘ im Zusammenhang mit der Herausgabe des Buches ‚Antifaschistische Russell-Reihe 5‘. Besonders in letzter Zeit geht der Staat immer mehr dazu über, auf die Anwendung demokratischer Rechte mit Repression zu antworten. In beson-

derem Maße sind davon die AKW-Gegner betroffen. Unabhängig von der Einstellung zu der Politik der KR treten wir für die freie Meinungsäußerung jeder demokratischen Organisation ein. Wir fordern darum: Weg mit dem § 90 a! Weg mit den Anklagen gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers!“

## „Pupille“, Würzburg

Einen Artikel der örtlichen KB-Sym-

Entwicklung wiederfindet, was dem

## „Pupille“, Würzburg

Einen Artikel der örtlichen KB-Sym- pathisierungsgruppe über den Prozeß gegen den Verlag J. Reents veröffentlichte die Würzburger Stadtzeitung „Pupille“ in ihrer Januar-Ausgabe. In diesem Artikel wird u.a. darauf hingewiesen, daß die in dem Buch enthaltene Analyse sich in bestimmten Aspekten auch in Aussagen liberaler Kritiker der bundesdeutschen

Entwicklung wiederfindet, was dem Staat ebenfalls mehr und mehr „stichhaltig“ erscheint. Erinnert wird in diesem Zusammenhang auch „an die Staatsverrats- und Hochverratsprozesse, mit denen ab 1951 gegen die KPD und in der Folge gegen kritische Demokraten vorgegangen wurde.“

## „Stadtstreicher“, Mannheim

Die Redaktion des Mannheimer „Stadtstreicher“ sandte uns am 25.1. folgende Solidaritätserklärung: „Die Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents stellen eine neue Stufe der in der Unterdrückung von unliebsamen Meinungen. Zweifel an staatlichen Maßnahmen, Kritik an be-

stehenden Verhältnissen soll kriminalisiert werden. Die Redaktion des ‚Stadtstreicher‘, Mannheimer Stadtzeitung, erklärt sich solidarisch mit den Angeklagten Kai Ehlers und Jürgen Reents und fordert die Einstellung der Verfahren.“

## Fuldaer Stadtzeitung

Die „Fuldaer Stadtzeitung“ informierte in ihrer Januar-Ausgabe über die Anklage gegen das „Russell-Buch 5“. Die Anklage zeige, „daß damit nicht nur ein kleiner, linker Verlag getroffen werden soll, son-

dern daß unsere Pressearbeit in Stadtzeitungen und überhaupt die Arbeit der links-liberalen Presse insgesamt gefährdet ist“, heißt es in diesem Bericht.

## Schülerzeitung „Holzauge“, Hamburg

„Holzauge“, die Schülerzeitung des Hamburger Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek, berichtete in ihrer Nr. 9 über „Zensur gegen Hamburger Verlag“.

Bezugnehmend auf die inkriminierte Passage des Bandes 5 der Russell-Reihe: „Diese Liste enthält eine Auswahl von Alt-Nazis in Führungsstellen des staatlichen Gewaltapparates“ heißt es in dem Artikel: „würde es zu einer Verurteilung kommen, so hieße das, daß

die antifaschistische Woche, die wir an unserer Schule gemacht hatten, ebenfalls ein kriminelles Delikt war, denn auch wir nannten Namen von hohen Politikern, die eine ‚statische‘ Nazi-Vergangenheit haben, auch wir berichteten darüber, daß in diesem Lande das Auftreten von Neo-Nazis geschützt wird!“

„Holzauge“ fordert: „Einstellung aller Anklagen gegen den Reents-Verlag!“

## POCH, Schweiz

Die Schweizer POCH erwähnte die Anklagen gegen das Russell-Buch 5 und gegen die Stammheim-Berichterstattung des ARBEITERKAMPF

in ihrer Zeitung vom 25.1. im Rahmen eines Artikels über die 2. Sitzungsperiode des III. Russell-Tribunals.

## Solidarität in den Niederlanden

Die wunderschöne Anzeige (s. AK 146), mit der „Vrij Nederland“ ankündigte, daß „Nach Schleyer“ nunmehr auch über den Leserservice der Zeitung zu beziehen ist, ist mittlerweile in drei Ausgaben von „VN“ hintereinander erschienen. Gut eine Woche nach dem ersten Erscheinen der Anzeige waren 50 Exemplare des Buches bereits verkauft und lagen weitere 30 Vorbestellungen vor. „VN“ hat nun gleich weitere 100 Exemplare für ihren Vertrieb nachbestellt. Wir freuen uns!

Die Abteilung Sittard der niederländischen KP (CPN) nahestehenden Allgemeinen Jugendverbandes (ANJV) sowie der Internationalen Kommunistenbond (IV, Internationale) sandten Solidaritätserklärungen an die Veranstaltung (Siehe Bericht zur Veranstaltung in diesem AK).

\*\*\*

Die Abteilung Sittard-Geleen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) schrieb an das Amberger Heft: „Die Mitglieder der Abteilung Sittard-Geleen der Pazifistisch-Sozialistische Partei sprechen ihre Ablehnung aus über die Beschlagnahme und Anklage gegen das Buch ‚Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo‘ und fordern die westdeutsche Justiz nachdrücklich auf, jede Maßnahme zur Beschränkung der Meinungsfreiheit zu unterlassen.“

\*\*\*

Am 7.1. brachte der kirchliche Rundfunksender IKON (Ausstrahlung über Hilversum II) ein Programm über „Zensur in der BRD und den Niederlanden“. Als

Beispiele westdeutscher Zensur wurden Berichte und Interviews vom Russell-Tribunal gebracht: Ein Bericht über den Tod des bekanntlich (...) nicht von der Polizei ermordeten Günther Routhier, Gespräche mit Hannes Heer über Zensur beim NDR, mit dem Geschäftsführer des „Andere Buchladen“ in Köln über Beschlagnahmen von Plakaten und Zeitungen, mit Prof. Horn über die psychologischen Auswirkungen der Zensur und mit Kai Ehlers (KB) zu den Zensurprozessen gegen den Verlag J. Reents. – Nach einer Einleitung über den Inhalt des § 90 a („In der letzten Zeit fühlt sich die Bundesrepublik immer häufiger beleidigt“) und zu Inhalt und Absicht der „Antifaschistischen Russell-Reihe“ wurden Kai Ehlers Ausführungen zu den wesentlichen Inhalten von „Nach Schleyer“ angekündigt. Der Interviewer fügte dem noch hinzu: „Ein anderer Prozeß, ebenso wegen Beleidigung der Bundesrepublik und ihrer Organe richtet sich gegen den Umstand, daß der selbe Verlag in der Zeitung Arbeiterkampf nach dem Tod der Gefangenen von der Roten Armee Fraktion über Selbstmord in Anführungszeichen gesprochen hat.“

Niederlande-Kommission



# Jetzt 1400 Unterschriften Zur Diskussion um die Solidarität im KB

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften, die inzwischen neu unter die Erklärung eingegangen sind, mit der die sofortige Aufhebung der 90a-Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents gefordert wird. Diese Unterschriften stehen wieder stellvertretend für alle Neuunterzeichner. Die Gesamtzahl der Unterschriften liegt jetzt bei 1400.

## BRD

Andreas Beck, 1. Vorsitzender des Stadtjugendrings Neumünster  
Volker Becker, Schornsteinfeger, Aachen  
Jürgen Crummenari, Rechtsanwalt, Köln  
Helmut Giermann, Rektor, Frankfurt  
Hans Harnischfeger, Ingenieur, Frankfurt  
Ralf Leopold, 1. Vorsitzender der Jugendvertretung AEG-Kanis-Essen  
Helga Spindler, Rechtsanwältin, Köln  
Christel Wenzel, Dozentin, Aachen  
Volker Witte, Ingenieur, Münster  
alternativer Buchladen „die Gruppe“, Tübingen  
Kasseler Stadtzeitung  
Pit Meyer für Spöcklecker, Kleiner Stadtzeitung  
AStA der Universität Hannover  
AStA der PH-Ruhr, Dortmund  
autonomes Frauenreferat an der FHS für Sozialwesen, Münster  
Uni-Frauengruppe Münster  
Antifaschistischer Arbeitskreis Münster  
Gefangenenselbstinitiative (GSI), Hamburg  
11 Unterschriften aus dem Kinderladen Tübingen-Unterjesingen

## Belgien

Michel Colpaent, Gewerkschaftsdelegierter des FGTB  
Arbeid-V.S.B., Flamen  
Pour le socialisme

## Dänemark

Kobenhavns Bogcafe, Internationaler sozialistischer Buchhandel, Kopenhagen

## Euskadi/Baskenland

E.I.A.

## Frankreich

Gérard Dupuy, Journalist, Paris  
Otto und Saide Saekur, Mitgl. d. Comité contre EGA (Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa), Fontenay-aux-Roses  
Jean-Pierre Vigier, Hochschullehrer, Paris  
Cedricim (antimperialistisches Studien- und Forschungszentrum, Paris)

## Großbritannien

Big Flame

## Irland

41 401 141

Sinn Féin (Provisionals)

## Italien

Alexander Langer, Landtagsabgeordneter der „Nuova Sinistra“ in Alto Adige (Südtirol)  
Democrazia Proletaria (DP)

## Niederlande

Jan Everhard, Fotograf, Amsterdam  
Eric Hermans für: Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP), Abteilung Sittard-Gelken  
Eric Köhler, Vorsitzender des VVDM (Verband von Wehrpflichtigen) und B. VVDM-Mitglieder  
H. Olde Gidhof für: informatie politieke gevengen, Amsterdam

## Österreich

H. Ebner, Dr. phil. med., Wien  
Dr. Christoph Leitner, Pathologe, Wien  
Martin Schickel, Diplom-Dolmetscher, Gmunden

## Portugal

MES  
Organização Unificada de Trabalhadores (OUT)  
für 83 Einzelunterschriften seien stellvertretend genannt:  
João Almeida Castano, Student, Beja  
Fernando José Costa Lopes, Tischler, Argos  
M. Conceição Gonçalves, Lehrerin, Lissabon  
Maria Conceição Toste, arbeitslos, Lissabon  
J. de Lima Alves, Krankenpfleger, Beja  
Adelina Pereira, Hausangestellte, Lissabon  
João Silva, Elektriker, Lissabon

## Schweden

15 Unterschriften von der Stockholmer Unterstützungsgruppe für das III. Russell-Tribunal

## Spanien

MC OIC

PTE

## SPENDEN

Solidaritätsspenden für die „Staatsverurteilung“ - Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents sind inzwischen weiter eingegangen von:

Wandsbek, KB/Hamburg	160,-
Druckbereich, KB/Hamburg	100,-
Stellhoop, KB/Hamburg	500,-
Bergedorf, KB/Hamburg	125,50
(unbekannt)	12,-
Arbeiterbuch/Hamburg	170,-
Arbeiterbuch/Hamburg	20,-
U.U., Hamburg	100,-
C.R., Hamburg	250,-
S.L., Frankfurt	500,-
Antifa-AK, Hildesheim	14,90
K.M., Hannover	50,-
ehem. Kaktus-Mitglieder, Flensburg	191,-
H.F., Tübingen	50,-
K.H.S., Aachen	1.000,-
H. Hildesheim	20,-
B.H., Castrop-Rauxel	100,-
Verlagüberweisung	220,50
<b>Gesamt</b>	<b>3.583,90</b>

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozessunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

9.369,80

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse und der sie begleitenden Öffentlichkeitsarbeit aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.  
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg  
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 3 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

## „ajd – die geyer“ und „äh“, Hamburg

„Wir, die anarchistische Jugend Deutschlands die geyer und die anarchistische Hilfe, erklären uns trotz Widersprüche und gegenseitigen Anmachens mit den Angeklagten Jürgen Reents und Kai Ehlers solidarisch. Wir können nicht stillschweigend mit ansehen, wie der Staatsschutz mit seinen Gerichten immer mehr versucht, durch die Kriminalisierung einzelner Genossen die linke Opposition zu zerlegen. Darum fordern wir die sofortige Einstellung der Verfahren gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers!“

ajd - die geyer  
ah

Bei einem Treffen von Anleiter(innen) der KB-Gruppen in Nordrhein-Westfalen wurde zusammengetragen, was in den einzelnen Orten zur Solidarität mit Jürgen und Kai, gegen die zur Zeit als Presseverantwortliche des KB Prozesse laufen, bisher unternommen wurde. Dabei wurden aus einigen Ortsgruppen Positionen vertreten, die überhaupt besondere Anstrengungen zu diesen Prozessen ablehnten; teilweise hatte man sich gar nicht darum gekümmert! Als Gründe wurden genannt:

– Generelle Abstumpfung gegenüber Prozessen gegen Linke wegen einer Flut von Antifa-Prozessen (Münster).

– Es wurde der Vorwurf der „Parteilichkeit“ geäußert, zusammen mit dem Vorwurf mangelnder Solidarität bei den Grobde-Prozessen (ebenfalls aus Münster).

– Eine Solidaritätsarbeit zu den KB-Prozessen habe alternativ zur Weiterführung der Krisendebatten gestanden; da sei für die Behandlung der Prozesse eben nicht so viel Zeit gewesen.

In der folgenden Diskussion wurde zum einen die angebliche Alternative: Krisendiskussion oder Solidarität als falsch zurückgewiesen; „auch im Sinne der Krisendebatten“ müsse schließlich über die Prozesse diskutiert werden. Weiterhin wurde vertreten, es gehe bei den Prozessen gar nicht in erster Linie um zwei angeklagte und vom Staat bedrohte Genossen unserer Organisation, sondern in erster Linie gehe es bei den Prozessen um die „Kriminalisierung zentraler Inhalte kommunistischer Propaganda“ und überhaupt um einen Angriff auf die Pressefreiheit. Deshalb sei die Solidaritätsarbeit zu den Prozessen besonders wichtig. Wir meinen, daß diese Dis-

kussion Verfallserscheinungen der Solidarität innerhalb des KB kennzeichnet. Wenn im KB schon erläutert werden muß, die Anstrengungen erfolgten ja gar nicht „in erster Linie“ für die beiden Genossen unserer Organisation, sondern die Solidarität aus dem „politischen Stellenwert“ des Angriffs abgeleitet werden muß, mangelt es doch wohl an eigener Betroffenheit.

Die Bielefelder Ortsgruppe, aus der die erwähnten Positionen auch vertreten wurden, hat auch auf ausdrückliche Bitte um eine Stellungnahme zu ihrem Vorgehen für den AK sich bisher nicht geäußert. Die Münsteraner Genossin, die die oben für Münster benannten Standpunkte vertreten hatte, hat uns eine Stellungnahme geschickt. Sie schreibt, es sei ihr die Begründung, daß Kai und Jürgen KB-Mitglieder sind, „nicht ausreichend“ gewesen, um „volle Pulle loszulassen“, während zu Genossinnen und Genossen, die nicht im KB sind, nichts gemacht wird und die Solidarität gegenüber Genossen aus der eigenen Gruppe zu wünschen übrig läßt. (Ich hörte zum ersten Mal, daß D. (Anm.: ein KB-Genosse aus einer anderen NRW-Stadt) ein Verfahren wegen Antifa am Hals hat).

Um diese Position zu erklären, muß ich die damalige Situation etwas ausführlicher darstellen. Einige Wochen vorher wurde von zwei Frauen in der Uni-FG der Vorschlag gemacht, Solidaritätsarbeit zu Astrid Proll aufzunehmen. Von ... und mir wurde dies, völlig zu Unrecht, abgelehnt. Unser Verhalten hatte einen historischen Hintergrund... Klar ist, daß wir unmöglich damit umgegangen sind. Erst aufgrund einer Intervention von R. (Anm.: die NRW-Frauenanleiterin) brachten wir dieses Thema in der Uni-FG wieder ein und dann erst

wurde eine entsprechende Arbeit wieder aufgenommen.

Der zweite Hintergrund betraf die Iran-Solidarität. Kurz nach den Frankfurter Ereignissen und der Gefahr der Auslieferung von Cuno-Genossen wollte ich diese Ereignisse in der Ortsgruppe diskutieren, natürlich mit dem Ziel, eine praktische Arbeit aufzunehmen. Die wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht gemacht. Nun zurück zu Jürgen und Kai. Auf meine o.g. Position wurde scharf zurückgekehrt, allerdings immer nur mit Argumenten, weil es KB'er sind. Ich hielt dagegen, daß ein weiteres Kriterium für mich die zu erwartenden Repressionen (deutscher Knast für Astrid, Situation im Iran für die Cuno-Genossen) ist.

Wir fordern auf, die Diskussion fortzuführen!

## 90a-Prozeß gegen KBW-Mitglied

Z. Zt. läuft in Norderstedt gegen den ehemaligen Pastor und KBW'er Helmut Lochner ein Prozeß wegen Belästigung des Norderstedter Magistrates - er hatte anlässlich einer Strompreiserhöhung den Bürgermeister der Stadt einen „Obergauner, Dieb und Plünderer“ genannt - und wegen Belästigung von Fühlingen und Staatsverleumdung, weil er die Stammheim-Plakate des KBW, auf denen Fühlinger in SS-Uniform Gefangene erschießt, öffentlich gezeigt hat.

Der Prozeß mußte bereits mehrmals vertagt werden, da es immer an Vernehmungsprotokollen von Fühlinger fehlte. Ein Urteil ist noch nicht gesprochen worden.

KB/Norderstedt

## „Modell Deutschland? – Nee bedankt!“

Unter diesem Motto stand die Veranstaltung der Russell-Unterstützungsgruppe Sittard (Niederlande) am 19. I. zur 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals. Im Zusammenhang dieser Veranstaltung wurde Oscar van Alphen Fotoausstellung über die BRD („Das reiche Unvermögen“) gezeigt.

Dank einer guten Presseinformation konnte sich die Gruppe bei der Mobilisierung auf eine ziemlich umfangreiche und positive Vorberichterstattung in der (konservativen) örtlichen Presse bis hin zu den Anzeigebörsen des Raums stützen. Auf der Veranstaltung wurden über 150 Karten verkauft, was gegenüber den 80 Besuchern der Russell-Veranstaltung in Sittard im Juni '78 (s. AK 133, S. 15), aus der die Gruppe hervorgegangen ist, fast eine Verdoppelung darstellt (dazu muß man wissen, daß Sittard ein sehr kleiner Ort in einem politisch nicht gerade progressiven Gebiet - Region Limburg - ist).

Auf der Veranstaltung sprachen -Frank Schwalbe-Hoth, Mitarbeiter des „ID“ und Mitglied der Russell-Initiative Marburg, der einen ausschnittweisen Überblick auf Verlauf und Ergebnisse der zweiten Sitzungsperiode gab;

-zwei Genossinnen vom Agit-Drucker-Kollektiv, die, unterstützt von einem Film, die Zensur in der BRD am eigenen Fall darstellten;

-Kai Ehlers, Kommunistischer Bund, über den laufenden Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents und den Inhalt des angeklagten Buches „Nach Schleyer...“, wobei er im besonderen die Langfristigkeit und Planmäßigkeit der Faschisierung in der BRD herstellte;

-die Anwältin Frau Josephine Dubois (ehemalige Verteidigerin von Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gerd Schneider), die von ihren Erlebnissen mit der niederländischen Justiz während der Haft und der Auslieferung ihrer Mandanten erzählte.



Russell-Veranstaltung in Sittard: Kai Ehlers (KB) spricht zur Anklage gegen den Verlag J. Reents.

Zum Abschluß des Informationsabends der Veranstaltung wurden Proteste gegen die Anklage gegen den Verlag J. Reents und die Verurteilung des Agit-Druckers zur Abstimmung gestellt und von der Mehrheit der Teilnehmer bei je zwei Gegenstimmen und drei bzw. sieben Enthaltungen angenommen.

Gegen die „Konkurrenz“ der ganz ausgezeichneten „Veulpospen“, die mit einem Konzert den Abend be-

schlossen, fand auf den Wunsch städtischer Veranstaltungsbesucher noch in einem Nebenzimmer eine Diskussion mit den Podiumsprachern statt.

Die Russell-Gruppe Sittard, die die Veranstaltung organisiert hatte, ist übrigens auch in Kontakten mit Russell-Gruppen in der BRD interessiert (Russell-Unterstützungsgruppe Sittard, p.A. Donkiesjot, Kapittelstraat, Sittard, Niederlande).

Niederlande-Kommission



Russell-Veranstaltung in Sittard: (v.l.n.r.) Frank Schwalbe-Hoth vom „ID“, H. von der Russell-Gruppe Sittard und Kai Ehlers (KB).

RUSSELL-REIHE

Beschlagnahm-freigegeben!  
Erneut angeklagt!

RUSSELL - BUCH Nr. 5

Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

Der Journalist Hendrik M. Broder in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1978 zu diesem Buch:

„Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist...“

240 Seiten DM 14,-  
ISBN 3-88305-005-8



# Alternative Liste Bremen aufbauen!

Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF berichteten, hat sich die alternative Wahlbewegung in Bremen gespalten. Besiegelt wurde diese Spaltung am 13.1., als eine Gruppe um das Ex-SPD-Mitglied Olaf Dinne beschloß, im Alleingang zu den Bremer Bürgerschaftswahlen anzutreten. Vordergründig wurde diese Abspaltung mit der „Unmöglichkeit“ begründet, mit organisierten Linken zusammenzuarbeiten. Tatsächlich stehen dahinter allerdings weitgehend politische Differenzen in der Orientierung der Liste und der Versuch, die Linke durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse auszuschalten. Mittlerweile hat dieser Kreis um das „Grüne Licht“ (so nennt sich sein Führungskreis) einen eigenen Programmentwurf vorgelegt. Damit findet der seit Wochen beschleunigte Trennungsprozeß vom bisher breit unterstützten Vorhaben, eine gemeinsame alternative Liste zu den Bürgerschaftswahlen aufzustellen, seinen Abschluß.

## Stück für Stück kommen wir Euch näher?

Auf das Drängen von Teilen des „Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven“ (bisher gemeinsamer Träger der alternativen Wahl Diskussion) hin war am 14.1., dem Tag nach der Spaltung durch den Dinne-Kreis, beschlossen worden, ein nochmaliges Plenum aller bisher an der Diskussion Beteiligten zustande zu bringen. Gekoppelt war dieser Vorschlag mit der Dokumentation weiterer Kompromißbereitschaft, so z.B. der ausdrücklichen Absage an „Partei- und Organisationshegemonismus“ in der Liste, und dem Ansetzen eines weiteren Kompromißgesprächs mit Vertretern des „Grünen Lichts“. Hinter diesen Vorschlägen stand offenbar die Hoffnung, durch weitere „Spitzengespräche“ und immer weitere Zugeständnisse der Linken doch noch eine Einigung zustande zu bringen. Von dieser Einschätzung war auch das Verhalten von Teilen der Linken während des „Kompromißgesprächs“ geprägt. Obwohl die Vertreter des „Grünen Lichts“ wiederum keinerlei Kompromißbereitschaft zu erkennen gaben, gingen diese Teile ihnen noch einen Schritt weiter entgegen, indem sie den folgenden Vorschlag unterbreiteten:

- Kandidaten sollen nur „Parteiunabhängige“ werden (was einem Unvereinbarkeitsbeschluss auf Kandidatenebene gleichkommt!)
- auf allen anderen Ebenen der Wählergemeinschaft kann jeder mitarbeiten, unabhängig von einer Mitgliedschaft in anderen Organisationen.

Vereinbart wurde dann nur, daß das „Grüne Licht“ sich auf dem Plenum am 27.1. verbindlich zu diesen Vorstellungen äußern soll.

## Das Plenum vom 27.1.

Nach einem Bericht über den Verlauf des „Kompromißgesprächs“ hatten die Vertreter des „Grünen Lichts“ das Wort – aber, ob wohl, Olaf Dinne fehlte noch, und der war als einziger in der Lage, für den gesamten Kreis zu sprechen. So kamen nur unverbindliche persönliche Erklärungen, die alle in die Richtung „Festhalten an Unvereinbarkeitsklauseln“ liefen. Verständlich, daß sich die anwesenden 50 an einer gemeinsamen Liste Interessierten durch dieses Vorgehen verunsichert fühlten, zumal sich vom Kreis um das „Grüne Licht“, der vorgibt, 53 Bürgerinitiativen zu vertreten, wieder nur 5 Leute eingefunden hatten.

Mitten in die Diskussion platzte dann Guro Olaf Dinne, eigens von seinen Mitarbeitern mobilisiert, die sich offensichtlich allein gelassen fühlten. In einem wortgewaltigen Beitrag führte Dinne aus, daß es ihm um „Erfolg“ ginge, im Gegensatz zu denen, die über das Schüren von Unmut zur „großen Revolution“ kommen wollen. Und, wer Erfolg haben will, der dürfe eben nicht mit einem klebrigen Kaugummi an der Nase vor die Massen treten, und dieser Kaugummi seien die „K-Leute“ – womit Olaf Dinne wieder seinem Ruf, K-Fresser zu sein, Ehre machte. Als der Diskussionsleiter Dinne aufforderte, verbindlich dazu Stellung zu nehmen, wie es mit ihrer Haltung zur Abgrenzung bzw. Unvereinbarkeit mit Kommunisten und mit der Bereitschaft zur Veränderbarkeit ihres Programms aussähe, erklärte dieser, Programme seien „eh nur für Buchhalter“, sie hätten ein „lockeres Verhältnis“ dazu und alles, was „ausgefallen“ ist, könne wieder rein. Was einen Unvereinbarkeitsbeschluss nur auf Kandidatenebene angeht, könne man darüber reden, wenn der KB mit eingeschlossen sei. Da von den Versammelten

endlich verbindliche Aussagen gefordert wurden, zogen sich die wenigen Anwesenden aus dem Kreis um das „Grüne Licht“ zu einer Beratung zurück, der andere Kreis diskutierte ebenso seine Haltung. Hier schälten sich zwei Positionen heraus:

1. Der „Initiativkreis“ soll sich festlegen auf die „Kompromißformel“, die den Unvereinbarkeitsbeschluss auf Kandidatenebene akzeptiert. Auf allen anderen Ebenen soll es allerdings keinen UVB geben. Die bisher erarbeiteten inhaltlichen Positionen sollten unverzichtbar sein. Alles gilt nur vorbehaltlich der Zustimmung durch das „Grüne Licht“.
2. Der UVB auf Kandidatenebene wird abgelehnt. Die Kandidatenfrage ist eine Frage, die demokratisch in der Wählergemeinschaft gelöst werden muß. Es gibt überhaupt keinen Grund für ein weiteres Zurückweichen gegenüber dem Kreis um das „Grüne Licht“. Die Erfahrung zeige, daß fortwährend der „Initiativkreis“ Positionen zugunsten der erhofften Einheit aufgegeben hat, die Dinne-Gruppe ihrerseits aber keinerlei Zugeständnisse gemacht hat. Jetzt müsse erst einmal dieser Kreis Entgegenkommen beweisen.

Nach dieser Beratung trafen beide Kreise wieder zusammen. Und siehe da, Dinne schien plötzlich weitestgehende Kompetenzen zu haben: Er schmiß scheinbar allerlei Beschlüsse von den angeblichen „53 Bürgerinitiativ-Vertretern“ über den Haufen, die ausdrücklich auf ihrem letzten Plenum (auf Dinnes Antrag hin!) einen generellen UVB angenommen hatten. Dinne erklärte:

- ein UVB für Kandidaten sei gut, wenn der KB eingeschlossen sei (dies war vorher unstritten, weil der KB keine Partei ist, die bereits zu Wahlen kandidiert hat)
- wenn dies nach dem Wahlgesetz möglich sei (er selbst zweifelte das allerdings an), könnten Parteimitglieder an der „meist“ zweiten

das allerdings an), könnten Parteimitglieder auf den anderen Ebenen der Wählergemeinschaft tätig sein. – die Programmfraße könne „Joker“ gelöst werden

– ihr Organisationsmodell könne „abgesprüht“ und „zur Diskussion gestellt“ werden (auf dem letzten Plenum des Dinne-Kreises war allerdings auch in der Frage des Organisationsmodells ein klarer Beschluss für das „Agenturmodell“ gefallen).

Während einige schon auf die Tische sprangen und den „Kompromiß“ feiern wollten, wurden zunehmend kritische Stimmen laut. Es stellte sich die Frage, wie glaubwürdig Dinne sei. Einschlägige Erfahrungen im „Initiativkreis“ belegten schließlich, daß mit Dinne ausgehandelte Kompromißregelungen schon sehr oft wieder vom Tisch gelegt wurden. Trotzdem forderten eine ganze Reihe der Anwesenden eine Festlegung des „Initiativkreises“ auf die „Kompromißformel“, darunter eifrig die anwesenden Vertreter der „KPD“ (siehe auch Kasten zur „KPD“).

Es folgten zwei Kampfabstimmungen, in der jeweils mit knapper Mehrheit eine Festlegung des „Initiativkreises“ auf den „Kompromiß“ abgelehnt wurde. Zunächst soll sich die Gruppe um das „Grüne Licht“ verbindlich äußern und ihr Entgegenkommen beweisen.

Das Plenum endete chaotisch. Rufe wie „der KB hat gespalten“ und „der KB hat den Kompromiß verhindert“ (die anwesenden KB-Genossen und -Genossinnen hatten sich gegen UVBs auf allen Ebenen ausgesprochen und dementsprechend eine Festlegung auf UVBs für Kandidaten abgelehnt) wurden laut. Beschlossen wurde dann nur noch, daß der Kreis um das „Grüne Licht“ aufgefordert wird, innerhalb der nächsten 14 Tage eine verbindliche, schriftliche Stellungnahme abzugeben. Ein Plenum am 17.2. soll dann das weitere Vorgehen beraten.

## Wohin geht das „Grüne Licht“?

Entgegen der Versuche Dinnes, den Eindruck zu erwecken, es sei alles noch „offen“, hat sich in diesem Kreis eine Politik der „Öffnung nach rechts“ durchgesetzt. Peter Willers, einer der führenden Köpfe in diesem Kreis im Interview mit dem ARBEITERKAMPF: „Wir wollen auch die klassischen und konservativen Bürgerinitiativen mit erfassen, wir wollen überhaupt in den bürgerlichen Bereich möglichst weit hinein“. Deutlich wird diese Ausrichtung in dem vorliegenden „Programmentwurf“, aus dem fortschrittliche Positionen weitgehend herausgestrichen wurden.

- Die Anti-Atom-Bewegung, eine der größten und aktivsten Basis-Bewegungen in Bremen, wird auf 7 Programmpunkten nur mit dem Satzchen: „Wir setzen uns ein für die Nutzung natürlicher Energie-

quellen und den sofortigen Stop des Atomprogramms“ bedacht. Die alte Forderung nach Stilllegung aller AKWs, wie z.B. des AKW-Essenhamm an der Unterweser, ist mit dieser „Stop“-Forderung aufgegeben. Die Ablehnung der militärischen Nutzung der Atomenergie ist ganz gestrichen! Anscheinend haben sich hier die Vorstellungen der PFB („Partei freier Bürger“, kandidierte als Versuch einer Straußschen 4. Partei 1975 in Bremen, Exponenten dieser Partei arbeiten heute im Kreis um das „Grüne Licht“ mit), die 1975 in ihrem Programm noch „eine unserem Verteidigungsauftrag entsprechende militärische Ausrüstung und Bewaffnung“ forderte.

Der gleiche Einfluß wird dafür den Ausschlag gegeben haben, daß die Forderung nach „Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, keine längeren Dienstzeiten für Ersatzdienstleistende“ ersatzlos gestrichen wurde.

- Auch die Forderung der Frauen nach Emanzipation und Gleichberechtigung gibt es nicht mehr. Selbst die künftigen Formulierungen aus dem Willers-Entwurf (dieser diente als Vorlage für das jetzige Programm) zur Doppelbelastung der Frauen durch Haushalt und Beruf wurden ersatzlos gestrichen.

- Auch Forderungen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen wie die „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“, wie das „allgemeine Streikrecht und Verbot der Aussperrung“ sind entweder aus dem Programm verschwunden oder abgeschwächt formuliert: „Arbeitszeitverkürzung zur gerechteren Verteilung der Arbeit“ heißt es jetzt. Die berechtigte Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung von Streß und zunehmender Arbeitslast verschreckt offensichtlich zu viele Bürger. Auch hier also

zu viele Bürger. Auch hier also Zugeständnisse an den Mittelstand zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Herausgefallen sind aus dem Programm ebenfalls die Forderungen nach dem Wahlrecht für Ausländer und zur Reform des Strafvollzugs.

Zieht man das Fazit aus dem vorliegenden Programm des „Grünen Lichts“, so bleibt:

- es enthält zunehmend an kleinbürgerlichen Mittelstand orientierte Forderungen (z.B. „Förderung von Klein- und Mittelbetrieben“)
- es macht Abstriche gerade bei den Gruppen in dieser Gesellschaft, die zunehmend in Konfrontation zur vorherrschenden Politik und den großen Parteien geraten sind: bei den Werktätigen, die in wachsendem Maße für ihre Forderungen streiken, bei den Frauen, der Anti-AKW-Bewegung, den jugendlichen Kriegsdienstverweigerern, sowie bei benachteiligten Minderheiten wie den Ausländern und den Gefangenen...

Hier geht es offensichtlich nicht „nur“ um die Unvereinbarkeitsklausel gegen organisierte Linke, sondern um eine ganz andere inhaltliche Ausrichtung der Liste. Nicht mehr um die Gewinnung eines fortschrittlichen Protopotentials, was sich von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnt und um das Zusammenfassen der Anliegen der vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen geht es hier, sondern um den Wettstreit um ein Wählerpotential, das die großen bürgerlichen Parteien heute abdecken. Damit ist der Ansatzpunkt der alternativen Bremer Wahlbewegung längst verlassen! Wer nun meint, durch scheinbare Kompromisse in der Kandidatenfrage die eigentlichen Differenzen überwinden zu können, befindet sich unseres Erachtens auf dem Holzweg.

## Ran an'n Speck! Wahlbeteiligung vorbereiten!

Die Enttäuschung über die Spaltung einer einheitlichen Liste ist verständlich. Es gibt unserer Meinung nach aber keinen Grund, hierin zu verharren und gelähmt wie das „Grüne Licht“ auf die Schlange/„Grüne Licht“ zu starren. Der „Initiativkreis Grüne/Bunte Liste“ hat in der Vergangenheit kontinuierlich für die Verbreiterung und Aufrechterhaltung der Wahl Diskussion gesorgt. Er hat heute bereits eine ansehnliche Breite in der Beteiligung erreicht, die Teile der Basis- und Frauenbewegung sowie fortschrittliche und linke Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen erfaßt. Es ist einfach ein demagogischer Rechtfertigungsversuch für das eigene undemokratische Vorgehen, wenn führende Teile des „Grünen Lichts“ um Olaf Dinne penetrant zu verbreiten versuchen, es handle sich beim „Initiativ-Kreis“ ja doch nur um KB und „KPD“.

Solche billigen Methoden sind lei-

der durch die Spaltergruppe „Grüne Aktion Zukunft“ des Ex-CDÜlers Gruhl eingeführt worden und der Wahlkampfführung der großen Parteien abgeschaut. Wir halten ein zielstrebiges Aufbauen des „Initiativkreises“ und die zügige Verbreiterung einer Wahlbeteiligung bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Zusammenarbeit für richtig. Der „Initiativkreis“ sollte noch stärker seine Vorstellungen von fortschrittlicher Alternative verbreiten.

- Diskussion um die bisher erarbeiteten Vorstellungen in allen interessierten Bereichen
- demokratische Programmdiskussion in der Basisbewegung, Erstellung

## Erklärung des Bremerhavener Wahlplenums

Das Plenum des Bremerhavener Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste am 26.1.79 bedauert die Aufkündigung der Zusammenarbeit durch den „Horner Kreis“ und verurteilt den Versuch dieses Kreises, die alternative Bremer und Bremerhavener Wahlbewegung durch die beschlossene öffentliche Präsentation eines „Bremer Bürger-Bündnisses“ vor vollendeten Tatsachen zu stellen.

Die Bremerhavener Initiative lehnt diese „Früß oder stirb“-Alternative ab, zumal sowohl die Programmarbeit als auch der formale Rahmen dieses „Bündnisses“ nichts mit den zu Beginn der Diskussion gemeinsam festgelegten Grundsätzen gemein haben.

Auf der Basis dieser Grundsätze sind wir weiterhin zu Verhandlungen bereit. Allerdings verlassen wir den von uns im-

eines Programms auf diskutierter Grundlage auf einer Vollversammlung Demokratische Strukturen von Wählbarkeit und Abwählbarkeit in der Liste, keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Zusammenarbeit mit jedem, der bereit ist, die gemeinsam erarbeiteten Grundlagen der Arbeit anzuerkennen.

Vor allem ist es an der Zeit, mit den bisherigen Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu gehen, und mit konkreter praktischer Arbeit und Vorbereitung in Stadtteilen, Betrieben, Schulen und Hochschulen zu beginnen.

Wahlaußschuß KB/Gruppe Bremen

mer wieder dokumentierten Willen zur Einheit im Verhalten des „Horner Kreises“. Deshalb darf auch nicht weiterhin die Bereitschaft zum Kompromiß und zur Diskussion unsererseits gleichzeitig bedeuten, die Schaffung der inhaltlichen und formalen Voraussetzungen für die Bildung einer alternativen Wählergemeinschaft, die diesen Namen aus verdient, immer wieder hinauszuschieben.

Wir arbeiten darauf hin, in diesem Sinne so bald wie möglich eine entsprechende Gründungsversammlung auf Mitgliederbasis durchzuführen. Die bisherigen Diskussionsergebnisse, d.h. der Präambelentwurf, die Entwürfe für die einzelnen Bereichsplattformen und der Strukturvorschlag stellen eine ausreichende Grundlage für diesen Schritt dar.

## Neue Linie der „KPD“? Unvereinbarkeitsbeschlüsse in alternativen Listen

Ein besonders jämmerliches Bild in der Auseinandersetzung um Unvereinbarkeitsbeschlüsse für Kandidaten gab die „KPD“ ab. Nachdem auf dem Plenum des „Initiativkreises“ verschiedene Sprecher die Annahme dieses „Kompromisses“ empfohlen hatten, fielen die anwesenden „KPD“-Vertreter, die anfangs noch zaghaft dagegen gesprochen hatten, um und setzten sich in der Folge vehement für Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein. Ihre einzige Bedingung war dabei, daß auch der KB darunter fallen muß, sonst würden sie dagegen stimmen. Einer der „KPD“-ler formuliert höchstpersönlich den Text des UVB:

Nachdem in der Abstimmung eine (knappe) Mehrheit die Festlegung des „Initiativkreises“ auf solche undemokratischen Prinzipien abgelehnt hatte, befragten sich die „KPD“-ler als lauteste Schreier gegen den KB, der sich im Gegensatz zu dieser „glorreichen Partei“ nicht selbst in den Arsch getreten

Kenommies-Professor Jens Schoer behauptete sogar einen Tag später auf einem Treffen von Anhängern des „Dritten Wegs“, der KB wäre ja nun raus aus der Wahldebatte, der KB hätte gespalten usw.

Offensichtlich sind diese Leute sich in ihrem Opportunismus für nichts drauflos genug. Bleibt abzuwarten, ob sie demnächst auch für Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf allen Ebenen der Wählergemeinschaft stimmen.

Mit ihrem Vorgehen hat die „KPD“ nicht nur sich selbst geschadet, sie diskreditiert damit leider auch linke Politik über ihren eigenen Parteiladen hinaus (wenn's nur um den gehen würde, wär's nicht schade drum!).

Wir fordern die „KPD“ auf, sich von dem Verhalten ihrer Vertreter auf dem letzten Wahlplenum öffentlich zu distanzieren.

Wahlaußschuß  
KB/Gruppe Bremen

## „Bunte Liste“ in Freiburg gegründet

Am 18.1. hatten sich rund 70 Personen, teilweise aus Initiativen zusammengekommen, um eine „Bunte Liste“ Freiburg zu gründen. Die Liste will bei den Gemeinderatswahlen am 28.10. für einen zukünftig „bunten“ Gemeinderat sorgen. An der Gründung waren u.a. Mitglieder des Badischen Mietering, der Jugendzentrumsinitiative, der Bürgerinitiative gegen Berufsverbote und der Initiative Wohngemeinschaften, die Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI) und der KB vertreten. Inzwischen hat sich die „Bunte Liste“ auch in einem Flugblatt öffentlich vorgestellt und fordert zur Mitarbeit auf.

Es wurden Arbeitsgruppen zum Umweltschutz, Mietfragen und zur Repression gebildet. Die Arbeitsgruppe „Frauen für eine Bunte Liste“ hat sich bereits getroffen und ein gemeinsames Flugblatt beschlossen.

Außerdem fordert die „Bunte Liste“ die Studenten auf, durch rechtzeitige Ummeldung die Liste aktiv zu unterstützen. Denn das Kommunalwahlgesetz ist eigens geändert worden, man muß jetzt sechs Monate vor der Wahl in Freiburg seinen 1. Wohnsitz haben, um dort wählen zu dürfen.

Der KBW, der lange Zeit in der Linken in Freiburg dominiert hatte, sieht nun auch bei den Wahlen, zu denen er mit eigener Liste antritt, seine Felle vollkommen davonschwimmen. Das hat ihn zu Unter der Überschrift „Die letzte Chance – vom „Latscher“ zum Bourgeoispolitiker“ poltert er in der „KJZ“ vom 22.1.79 los: In der erklärten Absicht der Buntten Liste, mindestens einen Sitz im Gemeinderat zu erreichen, zieht der KBW „das bunte Fieber von der Rangelei um die Posten“. Die beteiligte MRI ist für den KBW ein Verein, der „der Bourgeoisie zur Abspaltung der Intelligenz von der Arbeiterklasse dienen soll“. Daß die MRI sogar im Stadtrat der SPD Zugeständnisse abzurufen gedenkt, bringt nun den KBW total ins Gefeld. „Man kann sich schon die „Zugeständnisse“ der SPD vorstellen, wenn der Vertreter der „Buntten“ im Stadtrat im Zuge des Kampfes gegen die „Geschlechterdiskriminierung“ ... beantragt, die Hälfte aller öffentlichen Toiletten zu schließen und dafür Männer- und Frauentoletten zusammenzuliegen“ – ein Ausfluß der KBW-Kloakenphantasie!



## UNTERSTÜTZT DIE GAZ DIE GRÜNE LISTE SCHLESWIG-HOLSTEIN??

Das Gerangel zwischen GAZ und GL SH um Zusammenarbeit und Kandidatur geht weiter. Wie in AK 146 berichtet, hatte das GAZ-Vorstandsmitglied Kaminaki eine Unterstützung der GL SH und den Verzicht auf eine Eigenkandidatur davon abhängig gemacht, daß die Zusammenarbeit mit „linksradiakalen Kräften“ (Anm., gemeint waren AUD und GLU!) eingestellt werde. Gruhl und die anderen Vorstandsmitglieder erklärten demgegenüber, daß die GAZ auf eine Kandidatur verzichte, wenn das Programm der GL SH annehmbar sei. In seinem Brief des GL-Vorstands an Gruhl (11.1.) heißt es: „Der Vorstand der Grünen Liste erklärt dazu, daß das Ergebnis der bisherigen Programmarbeit noch nicht abgeschlossen ist und veröffentlicht werden kann. Als programmatische Grundlage wird die Grüne Liste eine Wahlplattform benutzen, welche ihnen umgehend zugestellt wird. An der Erarbeitung dieser Plattform können nach wie vor bis zu drei GAZ-Mitglieder mitwirken. Ohnehin wird in der Wahlplattform der Inhalt des Grünen Manifests seinen Niederschlag finden.“ Dies sowie insgesamt das Verhältnis zur GAZ scheint jedoch nach wie vor unklar. So hieß es nach der GL-Mitgliederversammlung vom 21.1.: „Mit der in Schleswig-Holstein aufstretenden Gruppierung der GAZ will die Grüne Liste nicht zusammenarbeiten. Einer der drei Landesvorsitzenden der Grünen Liste, Baldu Springmann, (Anmerkung, bekannt wegen seiner offe-

nen Sympathien für Neonazis) bewertete sie als rechtsradikal, wovon man sich ebenso distanzieren müsse wie von Linksradiakalen“ (Kiel: Nachrichten, 22.1.).

Dennoch scheint die GL-Mitgliederversammlung den Bedingungen Gruhls (Annäherung des Wahlprogramms an das Grüne Manifest) Rechnung getragen zu haben: „Nach hartem Ringen, widersprüchlichen Abstimmungsergebnissen und einzelnen Austrittsdrohungen aus der Landesorganisation hat eine Landesversammlung der GL SH schließlich mit breiter Mehrheit beschlossen, ihre Programmaussagen auf die Gesichtspunkte des Umweltschutzes und einer gegen die Atomenergie gerichteten Politik zu beschränken. Teilweise standen bis zu fünf Programmziele zur Diskussion... Von der Steinburger Gruppe, deren Radner sich als gemäßigt rechts einstufte, war zu hören, breite Programmaussagen würden bei der GL SH nur unnötig Gegenstände aufreißen.“ (Kiel: Nachrichten, 22.1.). Schließlich wurde nach einigem Hin und Her beschlossen, das alte Programm vom Rendsburger Gründungskongreß (Mai 78) zur verbindlichen Wahlplattform zu machen, was sich eben ganz auf Aussagen zur Ökologie beschränkt. Damit scheinen die nach der Spaltung noch in der GL SH verbliebenen Kräfte, die in das Programm radikal-demokratische Elemente aufnehmen wollten (Frauen, Antimilitarismus usw.), endgültig abgelehnt.

Landesleitung Schleswig-Holstein

## Hans Schwalbach macht weiter

Hans Schwalbach - Atomfiz, ÖTV-Chef und (noch) rechter SPD-Tagungsabgeordneter - läßt nicht locker in Sachen VS und „Linksextremismus“. Im Dezember stellte er im Landtag eine Anfrage zur Bündnispolitik der K-Gruppen, die ihm ein ganz besonderer Dorn im Auge zu sein scheint: Hans Schwalbach hat sich in der Vergangenheit einen Namen gemacht durch den Gewerkschaftsausschluß der Lübecker Betriebsrätin B. Schultek wegen Unterstützung des Russell-Tribunals. Hinter Protesten von Jusos und SPD-Mitgliedern witterte er den KB als „Drahtzieher“. Die Landesregierung beantwortete Schwalbachs Anfrage „positiv“: „Trotz unterschiedlicher ideologischer Zielsetzungen setzen alle kommunistischen Parteien die Schaffung von Bündnissen und Aktionsgemeinschaften und die Unterwanderung demokratischer Or-

ganisationen stärker denn je als Instrument zum Erreichen ihrer Ziele ein.“ (Kiel: Nachrichten, 29.12.78). Es folgt eine Aufzählung der „Bündnis- und Tarnorganisationen“ der DKP.

„Eine ähnliche Taktik verfolgten die maoistisch orientierten Parteien und Gruppierungen. Wie die Landesregierung ausführt, verfolgen diese ihre Ziele nicht nur durch Aktivitäten der eigenen Organisation, sondern auch durch die Gründung von Hilfs- und Tarnorganisationen. So habe der kommunistische Bund es früh verstanden, sich an die Bürgerinitiativbewegung gegen Kernkraftwerke anzuhängen und dort führende Positionen zu erobern. Darüber hinaus agitiere der KB auch in anderen Organisationen... Einzelmitglieder des KB beteiligen sich in

Unterwanderung demokratischer Organisationen stärker denn je als Instrument zum Erreichen ihrer Ziele ein.“ (Kiel: Nachrichten, 29.12.78).

„Die Landesregierung bedauert, daß Schwalbach nicht auch nach den Unterwanderungsbestrebungen der DKP gefragt habe. Gerade in die-

glieder des KB beteiligen sich in Gruppen wie dem „Arbeitskreis für Politik“ in Lübeck.“ (Kiel: Nachrichten, 29.12.).

Wie sagte doch Hans Schwalbach seinerzeit ganz richtig? „Ja, die Hinterleute... die sind gefährlich“.

## Fredersdorf („Steuerpartei“) für Strauß

Zu den Dauerbrennern der rechten Parteigründerszene gehört seit einem knappen Jahr der Vorsitzende der Steuergewerkschaft Hermann Fredersdorf. Zu GAZ-Gründungszeiten wurde sein Name häufig in Verbindung mit Gruhl genannt. Dann wollte er aber doch lieber alleine gründen. Nach dutzenden von Gründungsankündigungen im Sommer vergangenen Jahres wurde es monatelang still um ihn. Gemeldet wurde nur, daß die SPD ihn endgültig rauschmeißen wollte, was im Dezember auch geschehen ist, und daß er seine Steuerprotestpartei „endgültig“ am 1. Mai 79 ins Leben rufen will.

Inzwischen bemüht sich vor allem die Springerpresse, Fredersdorfs Steuerpartei, die er möglichst Bürgerpartei nennen möchte, wieder in die Diskussion zu bringen. In der WELT durfte er in einem Interview seine Pläne erläutern. Interessant ist vor allem der Punkt Koalition. Fredersdorf erklärt klipp und klar, daß es ihm darum geht, einer CDU/CSU-Regierung in den Sattel zu verfallen. „Eine Bürgerpartei würde keine Koalition schließen, aber sie wäre durchaus in der Lage, eine CDU/CSU-Minderheitsfraktion als Regierungspartei zu tolerieren.“ (30.1.79) Sein Idealkandidat heißt Strauß. „Für mich selber wäre klar, daß Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden müßte, weil ich ihm allein vertrauen kann, verlorene Freiräume für den Bürger zurückzugewinnen.“ Fredersdorf sieht deshalb analog zu den CDU/CSU-Überle-

gungen zur Gegenblockbildung gegen den angeblichen SPD/FDP-Block die Hauptaufgabe seiner Neugründung darin, „...daß die Bürgerpartei die neue politische Kraft wäre, die endlich die Aufgabe wieder wahrnehmen könnte, die die FDP trüfflich vernachlässigt hat, weil sie sich gerierte wie eine Volkspartei.“ Zu deutsch: Fredersdorfs Bürgerpartei will eben auch deutlich Bürgerblockpartei sein, und eine solche Partei „...muß sich darüber im klaren sein, daß sie ihr parteipolitisch Programm nicht in der Breite von Helga Schuchhards bis Röttger Groß strecken kann.“ Fredersdorfs Bürgerpartei soll eben astrein auf den kleinbürgerlich-rechten Mittelstand ausgerichtet sein und insbesondere auf der Welle reiten, wie sie gerade jetzt wieder von der CDU-Mittelstandsvereinigung angegeben worden ist. Für den Mittelstand (d.h. die kleinen Kapitalisten und die Selbständigen) ist „die Steuerbelastung das Thema Nr. 1.“ (WELT, 2.2.79). Sie wollen vor allem die „...ausufernden Sozialbelastungen beschneiden“. Das Thema ist bei der CDU also schon „aufgehoben“. Wie Fredersdorf dann zu Prognosen kommt, mit seiner Partei gut und gerne 6% zu schaffen, bleibt natürlich bei diesen politischen Konstellationen erst einmal unerfindlich. Aber Aufschneidererei gehören bei den rechten Parteigründern sozusagen zur Grundausstattung. Gruhls GAZ wollte in Hessen beim ersten Anlauf ja auch gleich auf 8% hinaus. Man weiß, was daraus geworden ist.

## Jansen: „Ich gehöre in der SPD zu den AKW-Gegnern“

Viel Staub hat ein Brief des SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen an namhafte AKW-Gegner wie Robert Jungk und Knut Kiesewetter aufgewirbelt. Dieser Brief, in dem Jansen sehr weitgehende Versprechungen in Sachen AKW macht, falls die SPD am 29. April an die Regierung kommt, wurde am 27.1. von der Zeitung der dänischen Minderheit „Flensburg Avis“ veröffentlicht.

„Ich bin kein Apostel gegen Atomenergie, und ich will auch nicht ausschließen, daß die Menschen eines Tages die Kernenergie und den Atomabfall beherrschen, genauso wie sie heute Petroleum und Penicillin beherrschen. Aber es ist unbestritten, daß kein Techniker, kein Wissenschaftler und auch kein Politiker heute für eine absolut sichere Nutzung der Kernenergie garantieren kann. Solange dies so ist, gehöre ich in der SPD zu den Atomkraftgegnern, die konsequent ihre Stellung und ihre Mitgliedschaft in der SPD davon abhängig machen, daß ein weiterer Ausbau der Atomkraft gestoppt wird, soweit dies im Verantwortungsbereich der Sozialdemokraten liegt.“ Diese Aussage gilt natürlich ganz besonders für die Atomkraftprojekte in Schleswig-Holstein, wo wir wahrscheinlich am 29. April gemeinsam mit der FDP eine direktere Möglichkeit erhalten werden, einzugreifen. Für eine SPD-geführte Landesregierung gilt: 1. Das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf wird nicht gebaut. 2. Das fertige Kernkraftwerk in Krimmel wird nicht in Betrieb genommen. Diese Aussagen bringe ich ohne Wenn und Aber vor für die Legislaturperiode bis 1983, auch weil wir bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage sein werden, die

endgültige Lagerung des Atomabfalls zu realisieren, so wie es auf dem SPD-Landesparteitag gefordert wurde. 3. Das Kernkraftwerk in Brunsbüttel wird erst wieder eine Betriebs-erlaubnis erhalten, wenn die sicherheitsgefährdenden Störungen ausgeschlossen sind. So steht es in unserem Programm. Ich sehe mich nicht in der Lage, irgendeine Kontrollinstanz zu nennen, die Garantien für eine solche Aussage übernehmen könnte.“ Diese Äußerungen Jansens gehen über das bisher gewohnte „normale“ Maß hinaus. Insbesondere die Ankündigungen, die Mitgliedschaft in der SPD abhängig zu machen von einem „Anti-AKW-Kurs“ des Landesverbandes. Was darunter allerdings zu verstehen ist („daß ein weiterer Ausbau der Atomkraft gestoppt wird, soweit dies im Verantwortungsbereich der Sozialdemokraten liegt“), ist sehr weit „auslegbar“. Klar ist, daß bei einem Wahlsieg SPD und FDP die Regierung stellen und der SPD-Spitzenkandidat Matthiesen schon jetzt Mäßigung der Partei-„Linken“ unter Hinweis auf den zukünftigen Koalitionspartner verlangt. So distanzierte sich Matthiesen auch von dem Brief Jansens. „Der Inhalt des Briefes sei offenbar nicht mit dem SPD-Spitzenkandidaten für das Amt der Ministerpräsidenten... abgestimmt worden. Matthiesen selbst habe erklärt, er hätte nicht so unzuverlässig wie sein Landesvorsitzender formuliert, um Spielraum bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit der FDP zu erhalten“ (Kiel: Nachrichten, 30.1.).

Die Versprechungen Jansens in Sachen Brokdorf gehen über die gängigen Parteitagebeschlüsse hinaus, wo es heißt: Brokdorf soll nicht gebaut werden. Insbesondere diese Passage in dem Brief rief Widerspruch bei Matthiesen hervor. Er hätte „eine

Formulierung vorgezogen, die besagt, daß Brokdorf nicht weitergebaut werden soll... (Es) besteht die Möglichkeit, daß Ministerpräsident Stoltenberg schon vor der Wahl eine weitere Betriebsgenehmigung erteilt und daß die neue Regierung in Kiel Brunsbüttelkosten von der Atomindustrie in Milliardenhöhe am Hals hätte, würde sie den Weiterbau stoppen. Matthiesen will sich ausschließlich darauf festlegen, daß es keine Betriebsgenehmigung für das fertige AKW Brokdorf geben wird“ (Flensburg Avis, 27.1.). Stellt man in Rechnung, daß Matthiesen (und nicht Jansen) als Ministerpräsident die Politik bestimmen würde und zum anderen die FDP mit in der Regierung sitzt, wird wohl deutlich, daß die Wahlversprechungen Jansens nicht eingelöst werden. Bleibt noch die Frage, ob dieser Brief mehr Imagepflege gegenüber den AKW-Gegnern und den Linken in der SPD (nach den Protesten linker Parteimitglieder gegen die Zustimmung der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten zum Schnellen Brüter) als ernst gemeinte Absichten sind.

Zumindest ist noch in Erinnerung, daß ähnlich weitgehende Versprechungen Jansens in Sachen Brunsbüttel einen kläglichen Weg gegangen sind: Noch im Sommer letzten Jahres hatte Jansen auf einer Veranstaltung in St. Margarethen versprochen, daß eine SPD-Landesregierung die Betriebs-erlaubnis für das AKW Brunsbüttel zurückziehen würde. Auf dem letzten Landesparteitag (26.11.78) jedoch brachte Jansen, gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten einen entsprechenden Antrag der SPD-Linken zu Fall!

Landesleitung Schleswig-Holstein

Brunsbüttel muß stillgelegt werden  
AKW Brunsbüttel muß stillgelegt werden

„Bisher gibt es aus technischer Sicht keinen Grund, das Kernkraftwerk Brunsbüttel nicht wie vorgesehen im Frühjahr 1979 wieder in Betrieb zu nehmen. Über politische Gründe hätten sich die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) keine Gedanken zu machen. Dies erklärte der neue technische Betriebsleiter... Ingenieur Werner Hartel... Und dies unterstrich auch der neue Geschäftsführer der Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, Dr. Timm“ (Eckernförder Zeitung, 15.1.).

Nach einer Diskussion im Innenausschuß des Bundestages wurde gemeldet: „Die Anlage in Brunsbüttel kann nach optimistischen

Schätzungen“ der zuständigen Bundes- und Landesbehörden von Schleswig-Holstein ihren Betrieb im Frühjahr wieder aufnehmen.“ (Kiel: Nachrichten, 18.1.).

Von der HEW wurde die Wiederinbetriebnahme des AKW „Brunsbüttel Ende April oder Anfang Mai“ als eine „Schicksalsfrage für dieses Geschäftsjahr und die weitere Zukunft“ verkauft. (Kiel: Nachrichten, 17.1.).

Nach diesen neuen Verkaufsversuchen der AKW-Betreiber und Regierung kann man gespannt sein, welche Stellungnahme nun vom SPD-Landesvorstand abgegeben wird, da das Schrott-AKW Brunsbüttel zum bri-

santen Wahlkampfthema wird.

Das „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ hat zu einer Demonstration Ende März, also in der „heißen“ Phase des Wahlkampfes aufgerufen. Dem Aufruf haben sich bereits ca. 30 Verbände und Initiativen angeschlossen (s. AK 145).

Mehrere tausend Unterschriften wurden schon in Hamburg und Schleswig-Holstein für die endgültige Stilllegung des AKW Brunsbüttel gesammelt.

Von der SPD und den Jusos, die ja im Wahlkampf gegen das AKW Brunsbüttel „zu Felde“ ziehen wollen, war bisher allerdings noch nichts zu hören.

## „Eurobarometer“ — Indiskretion oder Meinungsmache?

Laut einer „Umfrage“ unter 8.400 Bürgern der 9 EG-Staaten vom Oktober 78 (Auftraggeber: die EG-Kommission), soll das Wahlergebnis bei den ersten Direktwahlen zum Europa-Parlament im Juni dieses Jahres folgendermaßen ausfallen: 38,5% der Stimmen sollen auf die Sozialisten bzw. Sozialdemokraten entfallen, 22,1% auf die Christdemokraten, 9,9% auf die Liberalen und 7,5% auf die Kommunisten (nach FAZ, 30.1.79), sowie 3,6% auf die Gaullisten (FR, 27.1.79).

Offiziell sollten diese Zahlen nicht veröffentlicht werden, da sie vor allem den französischen Vertretern als zu brisant und möglicherweise wahlbeeinflussend erschienen, doch „wie in solchen Fällen üblich, hat die Kommission die Rechnung ohne die Durchlässigkeitsquote amtlicher Schweigegedote gemacht“ (FAZ, 30.1.).

So kamen denn auch die Zahlen ohne viel Federlesens zum Vorschein, doch sie wirken — v.a. bei genauerer Betrachtung der nationalen Einzelergebnisse — so wundersam, daß die Frage nach dem Zweck dieser „Indiskretion“ sich geradezu aufdrängt.

So wird für die SPD ein deutlicher Sieg mit 47,5% vor der CDU mit 41,6% und der FDP mit 8% prognostiziert (FAZ, 30.1.).

Die französischen Sozialisten sollen gar mit 39,7% um ca. 17% über ihrem Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen liegen, während den Kommunisten lediglich noch 10,9% von ehemals 21,2% zugetraut werden. Die Gaullisten fallen in der „Umfrage“ von 22,2 auf 14%, die Giscardisten können sich um 1,4% auf 21,4% verbessern.

Ein klarer Sieg für die Sozialdemokraten also und eine ebenso klare Absage der Franzosen an die gaullistischen und kommunistischen EG-Gegner und Kritiker?

Fast noch spektakulärer sollen sich die Wählerfronten in Italien verzeichnen. Die Kommunisten würden demnach von 34,4% bei den Parlamentswahlen 1976 auf 22% fallen, während die Democrazia Cristiana ihr Ergebnis halten kann. Ein wahrhafter Erdsturm wird zugunsten der italienischen Sozialdemokraten prophezeit, die 1976 mit 9,6% noch ein Schattendasein fristeten. Sie sollen sich auf 23,8% steigern können.

Wenn auch derartige Umfrageergebnisse bezüglich ihrer Zuverlässigkeit allemal angezweifelt werden müssen, so mutet es dennoch besonders eigenartig an, daß diese doch angeblich gar nicht für das Licht der Öffentlichkeit bestimmten Zahlen, die ja einen nahezu totalen Sieg der Sozialdemokraten prophezeien, nun doch so deutlich mit eben diesem Licht kokettieren. Es scheint wohl eher so zu sein, daß die Veröffentlichung der Zahlen recht gut in das Konzept der SPD-Spitzenpolitik paßt, die einerseits ein Desinteresse „des Bürgers“ für Europa konstatiert, sich andererseits aber optimistisch geben, daß der Bürger schon die Wichtigkeit dieses „historischen Ereignisses“ (SPD-Friedrich nach NDR II, 28.1., 23.30 Uhr-Nachr.) begriffen habe, so daß schließlich 75–80% zur Wahl gingen.

Und natürlich sind solche angeblich objektiven Umfragen als massive Wahlmischung zu werten, mit dem Ziel, EG-Gegner bzw. auch nur partielle Kritiker der heutigen EG als hoffnungslose Minderheit darzustellen. Besonders für Frankreich und Italien, wo die sozialistischen Parteien noch nicht vollständig dem imperialistischen SPD-Kurs angepaßt sind, verfolgt die Umfrage eindeutig den Zweck, die Hinwendung dieser Parteien zur SPD als wählerwirksam und erfolgreich darzustellen. Craxi, Mitterrand und Rocard werden mit derartigen Umfrageergebnissen im Rücken

die imperialistische EG-Integration als demokratische Erfüllung der Volksmeinung verkaufen. Für solche Manöver erhalten sie auch vom sonst gar nicht so „sozialistenfreundlichen“ EG-Apparat die notwendige Unterstützung. Wir werden im Europawahlkampf ähnliche Manöver sicher noch häufiger erleben.

Eurowahlkommission  
KB/Gruppe Göttingen

## Klarstellung der Democrazia Proletaria zu den Europa-Wahlen

Zur AK-Berichterstattung über die Gespräche linker Organisationen zu den Europa-Wahlen erreichte uns folgender Brief von Democrazia Proletaria (Italien):

„Liebe Genossen, in dem in AK 145 erschienenen Artikel zum Turner Treffen gibt es Ungenauigkeiten, die ich klären möchte:

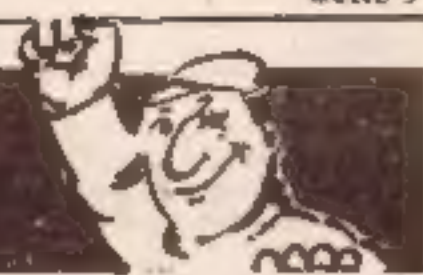
1. DP hat sich noch nicht entschieden, eine Liste zu den Europa-Wahlen aufzustellen. Das Dokument, auf das ihr euch bezieht, ist der Vorschlag unserer Nationalen Leitung. Die Entscheidung, ob eine Liste aufgestellt werden soll, wird auf der Delegierten-Versammlung von DE fallen, die im Februar stattfindet.

2. DP hat bei keiner Gelegenheit die Aufstellung einer europäischen Liste vorgeschlagen, sondern ist immer gegen solche Vorschläge gewesen.

Indem wir unsere hier erwähnten Positionen bekräftigen, fordern wir euch auf, sie in der nächsten Ausgabe des AK zu veröffentlichen, um die Position unserer Organisation nicht gegenteilig erscheinen zu lassen.

Mit kommunistischen Grüßen, für die Internationale Kommission und das Esecutivo Nazionale der DP, A.R.“





# Nachrichten vom Widerstand

## Arbeitstreffen der Anti-AKW-Bewegung

Am 10./11.2. findet in Braunschweig ein bundesweites Arbeitstreffen für alle Atomkraftgegner statt. Dieses Treffen wird ein erfreulich breites Spektrum der Bewegung repräsentieren. Der Vorbereitungskreis von BIs aus der Region Südniedersachsen konnte sich inzwischen mit dem BBU (der unabhängig davon ein Treffen geplant hatte) und der BI-Lüchow-Dannenberg auf die gemeinsame Durchführung dieses Treffens einigen, am Ende der Konferenz wollen sie auch eine gemeinsame Pressekonferenz durchführen.

Bislang haben sich bereits 300 Teilnehmer angemeldet, die Veranstalter rechnen mit insgesamt rund 1000 Teilnehmern. Dieses Treffen ist

ein Ausdruck davon, daß jetzt angesichts des für diese Tage angekündigten Beginns der Probefahrungen in Gorleben die Organisation eines breiten und längerfristigen Widerstands gegen dies bisher bedrohlichste Projekt des Atomprogramms auf der Tagesordnung steht. „Die Schlacht um Gorleben hat begonnen“, heißt es in Stellungnahmen der BI-Lüchow-Dannenberg. Dieses Treffen dürfte dabei für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung sein, selbst wenn die Veranstalter ursprünglich lediglich eine Aussprache innerhalb der Bewegung ohne festere Meinungsbildung, Abstimmungen und Beschlüsse im Auge hatten. Doch auf dem Vorbereitungstreffen am 27.1. in Braunschweig setzte sich dann doch die Bereitschaft durch, über die Diskussion in den verschiedenen Arbeitsgruppen hinaus Diskussionen und Meinungsbilder am 2.Tag im Plenum zuzulassen.

Im folgenden werden von uns wesentliche Positionen, die in der Bewegung derzeit eine große Rolle spielen, anhand von einigen Papieren dokumentiert (zum Arbeitskongress selbst soll noch eine rund 250-seitige Vorbereitungsmappe mit den verschiedensten Stellungnahmen verschickt werden). Aus den dargestellten Positionen ergibt sich, daß es noch ein Stück Arbeit sein dürfte, tatsächlich zu breit getragenen, gemeinsamen Aktionen in der Bewegung zu kommen. Sowohl von gewaltfreien Strömungen als auch von Sponti-Seite werden Bedenken gegen bisher durchgeführte Großaktionen vorgetragen. Die eine Seite propagiert „gewaltfreie dezentrale Widerstandsaktionen“ und will ansonsten auf die Entwicklung des Widerstandes in der örtlichen Bevölkerung für eine eventuelle weitergehende Planung warten. Ebenso wie von Sponti-Seite wird die weitere Bedeutung von Großaktionen nach Kalkar - wo sie mehr oder weniger das Gefühl einer „Demonstration der Schwäche“ gegenüber der Polizei gehabt hätten, angezweifelt. Viele Kräfte, die mit dem Willen von Bau-

platzbesetzungen die damaligen Großaktionen durchgeführt hatten, haben sich heute aus der Bewegung zurückgezogen, dagegen hat sich bei Teilen der Sponti-Kräfte in der BI-Bewegung die Bevorzugung von individuellen Sabotage-Aktionen durchgesetzt. Wir halten daran fest, daß wir neben der wichtigen Diskussion über einzelne Aktionen, als bedeutsamstes Mittel für einen Auftakt einer breiten Kampagne gegen den Bau der WAA in Gorleben die Durchführung einer Großaktion halten.

AKW-Nein-Kommision

## Stellungnahme zum Vorgehen in Gorleben

### BI-Lüchow-Dannenberg:

In ihrer Stellungnahme vom 1.12.78 erklärt die BI, sie halte an ihrem „dezentralen“ Konzept fest, das „hauptsächlich“ auf Aktionen abziele, „die von jeder Initiative an ihrem Ort in Eigenverantwortung durchgeführt werden können“, eine Großdemonstration würden sie allerdings nicht ausschließen.

Ihre Vorbehalte werden dabei mit den Erfahrungen in Kalkar begründet. „Trotz der zahlenmäßigen Stärke“ sei Kalkar als ein taktischer „Erfolg der Polizei“ anzusehen. Anders als in Brokdorf III sei „das Durchbrechen des Demonstrationsverbotes am Bauplatz selbst nicht erklämpft worden“, sondern dem politischen Ziel der Polizei „hart, aber besonnen“ zur „Demoralisierung der Demonstrationsteilnehmer“ beizutragen, zuzuschreiben. Sie befürchten, „demonstrationen auf dem Weg nach Gorleben noch besser abgefangen werden könnten, die Polizei sei für solche „empfindlichen Störungen“ inzwischen gut gerüstet“. Durch dezentrale auch überraschende Aktionen hofft die BI, die „Stärke des Gegners“ unterlaufen zu können.

Weiterhin begründen sie ihr Konzept mit der Notwendigkeit eines „langfristigen“ Vorgehens. Atomlagen seien „nicht in einer militärischen Schlacht, sondern nur über ein verändertes Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung zu verhindern“. Für die Atomlobby seien nicht „20.000 linksorientierte Demonstranten“ sondern das „gemeinsame Vorgehen von konservativen und antikapitalistischen Kräften“ bedrohlich. Sie fordern daraus schlußfolgernd eine entsprechende „Rück-sichtnahme“, damit die Aktionen geeignet seien, „unsere Positionen im Landkreis zu stärken“.

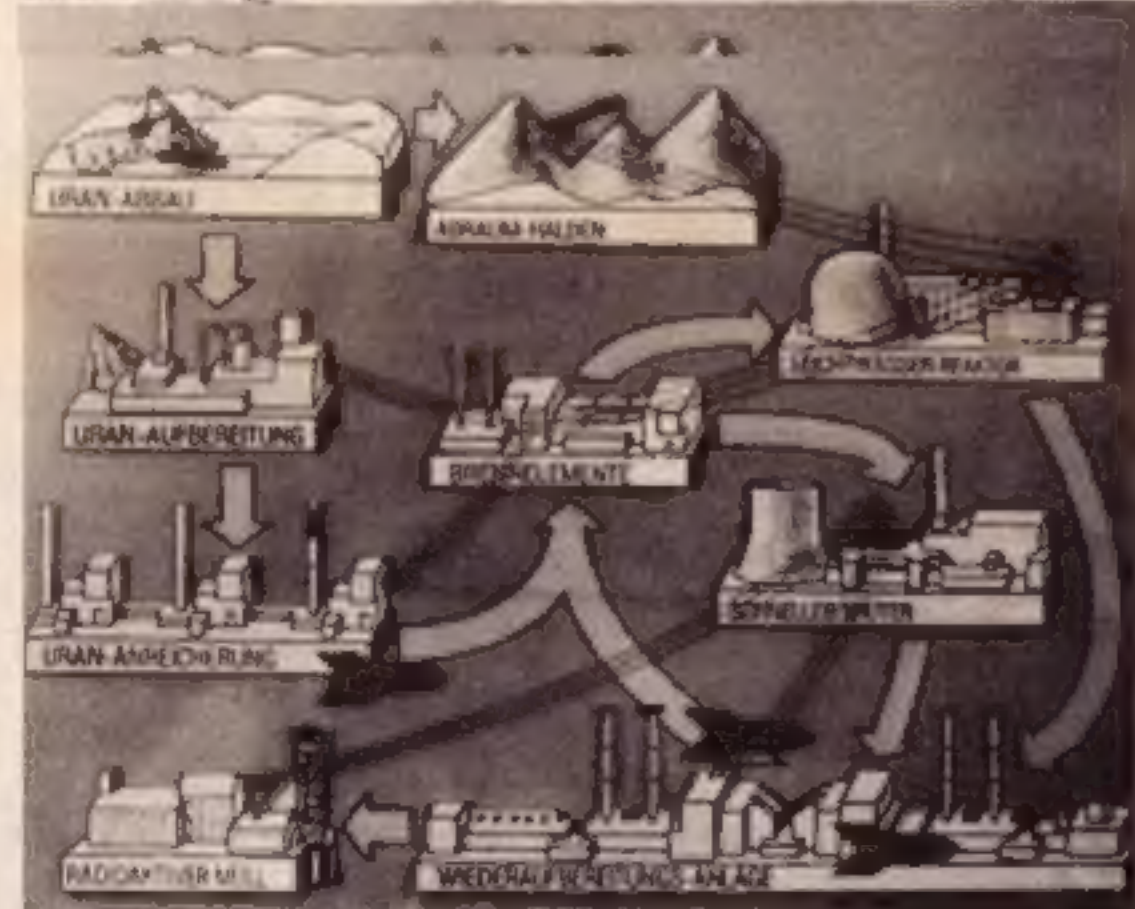
Wenn „die Zeit reif für dezentrale Aktionen im ganzen Bundesgebiet“ sei, können sie noch nicht sagen. Wenn auch „die Schlacht um Gorleben“ schon begonnen habe, würde seitens der niedersächsischen Landesregierung und der DWK der Baubeginn aber „schleichend“ vollzogen.

Am Tag X müsse „eine neue Stufe“ der Aktivitäten erreicht werden, gemeint sind gewaltfreie Aktionen mit „direktem Verhinderungscharakter“ gegen „Atomindustrie, Zulieferer und staatliche Entscheidungsorgane“, je nach „Einschätzung der Bedingungen“ an den verschiedenen Orten.

### Gewaltfrei

Wir wollen hier auch auf die Argumentation der „Graswurzelrevolution“ zum dezentralen Widerstandskonzept eingehen. Diese deckt sich zwar in vielen Punkten mit Sternsteins „Position gegenüber anderen Teilen der Bewegung, nimmt allerdings genauer zur Frage der Großdemonstration Stellung und verschiebt sie nicht pauschal auf „irgendwann“. Diese Positionen haben nicht unbedeutenden Einfluß in den Freundeskreisen. Sie erklären, daß bei bisherigen Großaktionen aufgrund ihrer Erfahrungen nicht von „der Einheit der Bewegung“ die Rede sein könne, wie dies herausgestrichen worden sei. Sie hätten sich etwa in Grohnde von den „Avantgarde-Aktionen“ der „entschlachten“ AKW-Gegner entmündigt gesehen. Gewaltaktionen seien auch „nur dann aktuell, wenn bei

Aktionen Gegengewalt im Bereich des Möglichen liegt, sei es kollektiv oder als individuelle Notwehr. Zur Zeit ist dies nicht möglich - darüber sind sogar viele Befürworter von Grohnde II gleicher Ansicht, weil die Bewegung solche Aktionen nicht decken könnte“, allerdings wollten sich diese Teile der Bewegung das wieder „für einen späteren Zeitpunkt offenlassen“. Sie allerdings wollten mit ihrem ausdrücklich gewaltfreien Auftreten nicht spalten, sondern der „Tendenz, jede Bewegung in die Ecke der Krawallmacher und Unruhestifter zu drängen, selbst wenn die Polizei als einzige prügelt... nicht durch unser Verhalten erleichtern“, deshalb komme es ihnen auf den „bewußten Verzicht auf Gewalt“ an, das mache ein „Nebeneinander... unmöglich“.



Schematische Darstellung des Brennstoff-Kreislaufs

Sie selbst wollen eine Großdemonstration nicht völlig ausschließen, auch nicht angesichts der „strategischen Voraussetzungen zum Abriegeln“ (der Zugang zum Landkreis führt über wenige Brücken), es sei ja „auch der Zaun von Grohnde einzu-reißen“ gewesen. Daß „mehr Menschen zu Demos als zu direkten Aktionen bereit sind“, also die „Großdemos die Arbeit in den Städten vorangebracht“ hätten, sei ein beachtlicher Einwand. Aber man solle vor allem „Brennpunkte des Widerstands schaffen“, eine spätere Großdemo solle sich auch an der Stärke dieses Widerstandes orientieren. Vor allem befürchten sie, „daß eine Großdemo den örtlichen Widerstand be- wenn nicht verhindert... Der Landkreis muß seine eigene Erfahrungen mit der Polizei und dem Atomstaat machen.“

Sternstein: „Gebt uns eine Chance“ Wolfgang Sternstein ist Schriftführer im BBU-Vorstand. Während ein Großteil des BBU-Vorstandes für eine Vorbereitung einer Großaktion eintritt, sich dabei aber nicht gegen die BI-Lüchow-Dannenberg stellen will, ist Sternstein ausdrücklicher Verfechter eines dezentralen „gewaltfreien“ Konzepts. In einem Brief nimmt er dazu Stellung: Er wendet sich dagegen, daß das gewaltfreie Widerstandskonzept „jetztlich auf eine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung... zwischen „guten“ und „bösen“ AKW-Gegnern“ hinauslaufe. Er verstehe zwar die

Sorge, daß dies „unserem Gegner die willkommenen Gelegenheit“ dazu biete, allerdings liege es an der Bewegung selbst, ob sie das zulasse.

Allerdings behauptet Sternstein, daß „die beiden Widerstandskonzepte... sich von der Sache her gegenseitig“ ausschließen, man könne sie „nicht gleichzeitig verwirklichen“. Deshalb fordert er erst einmal eine Zeitspanne für ihr Konzept: „Gebt uns eine Chance, das gewaltfreie Widerstandskonzept zu realisieren! Selbst wenn ihr davon überzeugt seid, daß wir scheitern müssen, gebt uns eine Chance!“

Es ginge bei ihrem Konzept nicht um „Gewaltverzicht“, „friedliche Demonstration und legalen Protest“, sondern um die „Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Unterdrücker und bürgerlichen Ungehörigen“.

### Atomexpress Göttingen:

„Die bisher vorliegenden Vorschläge zum Widerstand“ kritisiert der Atomexpress, hätten „vorwiegend defensiven“ Charakter und das sei „falsch“. DWK und vor allem die Polizei wollten gerade das mit ihrer Strategie erreichen. „Sie sagen es ja selbst, jeden auch noch so zaghaften Widerstand im Keim zu erstickern... Vorstellungen, Probefahrungen mit Sitzblockaden usw. zu verhindern“ (gemeint sind die Vorstellungen des dezentralen Konzepts), erübrigten sich nach Meinung des Atomexpress „angesichts dieser konkreten Pläne von selbst“.

Außerdem befürchten sie durch dieses Konzept vor allem eine „Spaltung“ der Bewegung. Die DWK würde durch „Unterstützung der friedlichen, gesprächsbereiten Kräfte“ und durch „Hetze gegen die AKW-Gegner, die sich nicht von vornherein auf Gewaltlosigkeit festlegen wollen“, spalten, deshalb fordert der Atomexpress, „die örtlichen BIs und die Freundeskreise sollten ihr Konzept noch einmal überprüfen“.

### Vorschlag einer Bauplatzbesetzung

Als ein „Schwerpunkt“ wird die Frage der Bauplatzbesetzung aufgeworfen, die „seit Kalkar als Widerstandskonzept praktisch nicht mehr diskutiert worden“ sei, weil sie nicht anstand, aber auch daran „nicht mehr geglaubt wurde“. Doch selbst Bauplatzbesetzungsversuche hätten schon Baustopps zur Folge gehabt. Bauplatzbesetzungen seien schon mit einer „Handvoll AKW-Gegnern“ möglich - wie das Anti-Atomdorf Grohnde und die Besetzung in Wyhl gezeigt haben. Sie geben zu bedenken, „daß das Ziel, den Bauplatz zu besetzen, umso schwieriger wurde, je weiter die Baumaßnahmen an den entsprechenden Projekten schon fortgeschritten waren, je mehr die Betreiber investiert hatten“, die Befestigungsanlagen in Gorleben (um ein 12 qkm großes Stück Landschaft) lasse „sich aber nicht aus dem Boden stampfen und ist auch nicht so einfach zu rechtfertigen“. Sie sprechen davon, daß ein solches Dorf die Solidarisierung aller AKW-Gegner herausfordern würde („Geld zu beschaffen und all das zu tun, was nötig ist, um ein Abräumen des Dorfes zu verhindern“, damit sind auch dezentrale Aktionen gemeint, „am eine Räumung so teuer wie möglich zu machen“).

Der Atomexpress spricht auch von der „Aussicht, von der örtlichen Bevölkerung unterstützt zu werden“, bedauerlicherweise wird aber nichts dazu gesagt, wie diese Unterstützung hergestellt werden kann, was dazu zu unternehmen ist: die Besetzung in Wyhl wurde gemeinsam getragen, in Brokdorf und Grohnde leider nicht!

### Ziele einer Großaktion

Der Atomexpress tritt für eine Großdemonstration ein, ihre Wirkung sei „bedeutend“. Er weist darauf, daß das Ziel der Großdemonstration in Brokdorf und Grohnde, den Platz zu besetzen, zwar nicht erreicht worden sei. „In Kalkar wurde dieses Ziel nur noch halbherzig angestrebt. Trotzdem ist es in allen drei Fällen zu einem Baustopp gekommen“. Allerdings dürfe eine Demo „nicht durch zu starke Beschränkungen behindert sein“, wenn man von der Polizei allzu sehr „hin und hergeschoben“ werden könne, „wie es denen paßt“, dann könne das von einer „macht-

vollen Demonstration hin zu einer Demonstration unserer Ohnmacht“ werden. Man solle daher auch erwägen, „ob man z.B. an einer Demonstration am Bauplatz festhalten sollte“, oder vielleicht nicht etwa auch Bonn oder Hannover nehmen könne. Viel wichtiger sei es aber, die „Perspektiven... einer solchen Demonstration und Kundgebung“ deutlich zu machen. Es sei „nicht zu erwarten, daß wir mit einer Massenaktion an einem Tag ein Projekt wie die WAA oder das ganze Atomprogramm verhindern können“. Daher bestehe die Gefahr, daß nur mit gewaltigem Aufwand gezeigt werde, „wieviele wir sind, daß aber nichts Greifbares erreicht wird und daß wir hinterher vollkommen enttäuscht und hilflos nach Hause gehen“.

Die Träger der Demo müßten zeigen, daß es weiter gehe und mit welchen Perspektiven weitergemacht gen, daß es weiter gehe und mit welchen Perspektiven weitergemacht werden müsse. Man könne sich zwar auf kein einheitliches Konzept einigen, aber man müsse „arbiträre“ Feindschaft vermeiden. Als einen Vorschlag für eine Perspektive sieht der Atomexpress den Aufbau eines Anti-WAA-Dorfs (unter dem Motto: „Wo wir sind, werden Häuser und keine Plutoniumfabriken gebaut!“).

### Waldwache:

In einem Flugblatt teilte die autonome BI St. Georg aus Hamburg mit, sie habe seit dem 2.1. im Landkreis eine Waldwache eingerichtet, diese solle folgende Funktionen haben: „- Präsenz der Stille im Landkreis, um ihr Recht und ihre Pflicht auf praktischen Widerstand am Ort gegen die WAA zum Ausdruck zu bringen.“

- Eine offene Auseinandersetzung über verschiedene Vorstellungen von praktischen Widerstandsformen mit der dortigen BI und untereinander.

- Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit der dortigen Bevölkerung.

- Überwachung der Bauvorhaben, damit verbunden ein Vertrautwerden mit den dortigen Verhältnissen.“

Die Waldwache versteht sich als eine Art Schaltstelle der Bewegung, sie soll „direkte Information aus dem Landkreis in die Städte... tragen und umgekehrt“, im Landkreis Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ansonsten ist die Waldwache, was Aktionen anbetrifft, autonom: „Voraussetzung einer gemeinsamen Arbeit mit allen ist ein Akzeptieren aller Widerstandsformen“. Leider sei „über andere Aktionsformen als das „Gewaltfreie Dezentrale Konzept“, um die Atomindustrie an so vielen Stellen wie möglich zu behindern, „kaum oder überhaupt nicht diskutiert“ worden.

Als Anlaufstelle will die Waldwache vorerst das BI-Büro der örtlichen BI benutzen. Für die Einrichtung einer eigenen Anlaufstelle und für Telefonkosten - sie stellen sich eine Art Koordinierung und Anleitung der Bewegung über Telefonketten vor - fordern sie zu Geld- und personeller Unterstützung auf.

Ihre Vorstellungen vor der Bewegung offen darzulegen, soweit da was koordiniert werden soll, das macht die BI nicht.

AKW-NEIN-KOMMISSION



## Dritte Gorleben-Aktionstage

Vom 21.-28.1. fand in Göttingen eine von vielfältigen Aktivitäten geprägte Gorleben-Aktionswoche statt, veranstaltet vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“. Den Anfang machten zwei ausverkaufte Vorstellungen der „Theaterwehr Brendheide“, die am Sonntag und Montag „Heiße Kartoffeln“ aufführten, ein lustiges Anti-WAA-Spiel, das u.a. das Vorgehen der DWK bei den Landkauf-Erpressungen zeigt.

Auf einer Veranstaltung zur WAA-Technik mit zwei Vertretern des Asse-Komitees, die mit 45 Teilnehmern recht schwach besucht war, wurde über die Grimmel- und Hermann-Gutachten berichtet und über die derzeit bei der Asse erfolgenden Endlagerungs-Tests für mittelektive Abfälle. Die Tests sollen für den WAA-Bau ausgewertet werden. Zwei Betreiber-Filme verdeutlichten Aspekte der Propaganda-Offensive der DWK für den WAA-Bau.

Am Mittwoch fand unter dem Motto „Formen des Widerstands“ eine von ca. 300 Leuten besuchte Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der GLU (Otto), der BI Lichow-Dannenberg (Inga Mombauer), des Freundeskreises der BI Lichow-Dannenberg, des AStA der Uni Göttingen und des AK gegen Atomenergie statt, auf der die unterschiedlichen Vorstellungen zum Widerstand dargestellt und diskutiert wurden. Der Göttinger Freundeskreis und I. Mombauer traten für ihr Konzept des dezentralen Widerstands nach dem „2-Phasen-Modell“ ein, und insbesondere I. Mombauer wandte sich entschieden gegen die u.a. auf eine Großdemonstration abzielenden Vorschläge des Vertreters des Göttinger AK, als nicht in die politische und geographische Landschaft des Kreises passend. Besonders der Punkt, daß sämtliche Materialien und Geräte in den Landkreis hineingebracht werden müßten, spräche für das dezentrale Konzept.

Für die GLU berichtete Otto über eine beabsichtigte Bevölkerungsbefragung im Raum Gorleben, sowie über die geplante Einrichtung eines Öko-Fonds, der u.a. zur Finanzierung von Prozessen verwendet werden soll. Er betonte ausdrücklich die Bedeutung außerparlamentarischer Aktionen (auch Großdemos), an denen sich die GLU, sofern ihr gewaltfreier Ablauf gesichert sei, beteiligen würde. Desweiteren schlug Otto vor, anlässlich des von Airbrach für März geplanten Gorleben-Symposiums, eine Art „Gegentribunal“ zu veranstalten.

Der Vertreter des AStA ging besonders auf die politischen Bedingungen ein, die beim Kampf gegen die WAA berücksichtigt werden müssen, und stellte wesentlich die

Am Freitagnachmittag nahmen ca. 80-100 AKW-Gegner an einem Schweißmarsch durch die Innenstadt teil. Auf Transparenten und Flugblättern wurde vor den Gefahren und der Bedrohung durch die WAA gewarnt, sowie der sofortige Stop aller Polizeivorbereitungen und Bauvorbereitungen gefordert. Ziel des Schweißmarsches war das „Haus der Technik“, eine Werbe- und Informationszentrale der Bielefelder Stadtwerke. Hier wurde eine kurze „Mahnwache“ abgehalten, um noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Bielefelder Stadtwerke am Bau des AKW Grohnde beteiligt sind und somit indirekt auch noch den WAA-Bau zu verantworten haben.

Am Samstagvormittag beteiligten sich etwa 30 AKW-Gegner an einem symbolischen Atom-Müll-Transport durch die Innenstadt. Am Sonntagabend schauten sich noch etwa 20 Besucher im Umweltzentrum einen Diavortrag über Gefahren und Bedeutung des WAA-Projektes an.

### Aachen

Die Aachener AKW-Neu-Gruppe hat ebenfalls zu den Aktionszügen Straßenaktionen in der Innenstadt mit „Atommüllfässern“ u.ä. durchgeführt. Außerdem mobilisierten sie zu einer Gorleben-Veranstaltung am 26.1., die mit rund 100 Teilnehmern gut besucht war. Neben einem Diavortrag, einem Referat über das Atomprogramm und Kulturbeiträgen sprach ein Mitglied der BI Lichow-Dannenberg.

### Bonn

Die Anti-AKW-Gruppe der Bürgeraktion Umweltschutz Bonn führte im Rahmen des Gorleben-Aktionstages am 21.1. eine „bürgerliche Endlagerung“ durch. Es wurde Atom Müll in Form von Elektrogeräten verteilt. In einem dazugehörigen Flugblatt wurden die Bonner Bürger aufgefordert, den Atom Müll bei sich zu Hause zu lagern und damit ihren Beitrag zur Endlagerung zu leisten. Diese Aktion, die mit großem Interesse aufgenommen wurde, brachte den AKW-Gegnern die Möglichkeit, das Problem des Atom Mülls und der Atom-

energie „baker-Lichter“ zu veranschaulichen. Das Problem des Atom Mülls und der Atomenergie mit vielen Leuten zu diskutieren. Zum Abschluß zogen ca. 30 AKW-Gegner mit großen auf Peppe gemalten Buchstaben mit der Forderung „Keine Atom Mülldeponie in Gorleben“ durch die Bonner Innenstadt.

### KB / Gruppe Bonn

### Merburg

Mit einem „Atomtransportunfall“ machten über 20 AKW-Gegner in einer der Hauptverkehrsstraßen Merburgs auf die Gefahren der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie aufmerksam: Von einem „Atom Mülltransporter“ stürzte ein Fall mit der Aufschrift „Vorsicht! Radioaktiv!“ herab. Unmittelbar danach brachen „Passanten“ strahlenversucht zusammen. Sofort regelten „Strahlenschutzminister“ in weißen Anzügen die Unfallstelle ab und mahnten die übrigen Passanten über Lautsprecher zu Ruhe und Ordnung und forderten sie auf, sich in die Hauseingänge und Kaufhäuser zurückzuziehen. In Verbindung mit der Aktion wurde ein Aufklärungsflugblatt verteilt. Auch die örtliche Presse berichtete darüber.

### Landen

Die „Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar“ (BURN) veranstaltete am 20.1. eine Demonstration, auf der sie durch Transparente und Atom Müll-Transporte auf die Gefahren der WAA hinwies.

### Schweinfurt

Die KKW-Nein-Gruppe Schweinfurt zog am 20.1. durch die Straßen ihrer Stadt und verteilten im Namen des „Amtes für Strahlenwesen“ Atom Müll (mit Leuchtfarbe beschriftete Erben) an die Bevölkerung. Dazu verteilten sie eine Erklärung zur Gefährlichkeit der geplanten WAA in Gorleben.

### Bamberg

Die Bamberger Initiative führte anlässlich des Aktionszuges Filmveranstaltungen mit dem La Hague-Film durch, und zwar in Bamberg (35 Teilnehmer), Lichtenfels (60 Teilnehmer) und Haßfurt (60 Teilnehmer).

### München

Der Freundeskreis in München machte mit Buchertisch und Flugblättern auf die Entsorgungsgefahren aufmerksam.

### AKW-Nein-Kommission KB / Gruppe Göttingen

### Lüneburg

Am Gorleben-Aktionstag in Lüneburg beteiligten sich die Mitglieder der WAA-Gruppe und der BI Umweltschutz. Aufsehen erregte eine große „lebendige Licht-Säule“, die mit Plaketen und Informationen zu Gorleben beschriftet war. Es wurden Gorleben-Flugblätter verteilt und zu einem Grohnde-Bildertafelstreifen mobilisiert.

Dort erschienen am 27.1. insgesamt 380-400 AKW-Gegner. In einem Vortrag berichteten die beiden Lüneburger Grohnde-Angeklagten über ihre Fälle. Von den drei örtlichen Anti-AKW-Gruppen wurde ein gemeinsames Referat zu den anstehenden Probebohrungen und den geplanten Widerstandsaktionen in Gorleben vorgetragen. BI-Songgruppe und die Jazz-Rockgruppe sorgten für einen ausgehenden Festenabschluß.

### Hannover

Ca. 130 AKW-Gegner Hannovers fanden sich am 20.1.79 (Samstag) vor dem Gebäude der DWK in Hannovers Innenstadt ein, um dort die Endlagerung von Müll auszufragen. Auf Transparenten protestierten sie gegen ein „atomares Ruheblatt“ in Landkreis Lichow-Dannenberg. Hannovers Polizei schien dieses Ereignis so bemerkenswert, daß sie eine Abordnung Fotografen schickte. Als diese Zivilen mit einigen Schneebällen bedacht wurden, nahmen sie das zum Anlaß, einen AKW-Gegner zu verhaften. Die Anklage lautet auf „Körperverletzung“, weil angeblich „mit Eisbrocken“ geworfen wurde.

### KB / Hannover

## 2.500 auf der Demonstration in Ahaus

Über 2.500 Demonstranten waren dem gemeinsamen Aufruf von 13 Bürgerinitiativen aus Ahaus und der näheren und weiteren Umgebung und des BBU zum Aktionstag gegen das geplante Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) am 27.1. gefolgt. AKW-Gegner und Umweltschützer aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens, aus Niedersachsen und aus dem benachbarten Holland waren in Ahaus zusammengekommen, um ihrem Protest Ausdruck zu geben.

Den ganzen Vormittag über bot sich der Ahauser Bevölkerung ein ungewöhnlich buntes Bild. Mit Informationsständen stellten einzelne Gruppen ihre Arbeit gegen umweltzerstörende Projekte, wie z. B. gegen das in den Dortmunder Rieselfeldern geplante Energiezentrum dar. Zum Aufwärmen wurde Glühwein mit Kuchen angeboten. Gegen eine geringe Spende durfte das Gewicht eines der letzten nicht radioaktiven Schinken geschätzt werden. Mit einer Luftballon-Aktion sollten die Bewohner der weiteren Umgebung darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch sie durch das Ahauser Atom Mülllager bedroht sind. Das ganze wurde abgerundet durch mehrere Straßenmusikgruppen wie z. B. die Bochumer MEK (Mobile Einsatzkapelle).

Gleichzeitig lief in der Ahauser Stadthalle ein Umweltschutzprogramm ab, das ständig von 300 bis 400 Interessierten besucht war. Auch hier gab es Info-Stände, u.a. zu Gorleben. Die AG Gorleben des AKU Münster hatte einen Dia-Vortrag vorbereitet. Es wurde der Nina-Gladitz-Film „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ gezeigt. Starke Beifall für ihren Auftritt erntete die Musikgruppe des AKU Münster. Gegen 13 Uhr wurde eine Kundgebung abgehalten. Redner waren



Roland Vogt vom BBU-Vorstand, Gerda Degen für die Bürgerinitiative Stop Kalkar und Lydia Schmitz für die Ahauser Bürgerinitiative. Alle betonten die besondere Bedeutung des BEZ im Brennstoffkreislauf, vor allem angesichts der ungelösten Wiederaufarbeitung.

Im Anschluß daran formierte sich ein Demonstrationzug zum etwa vier Kilometer entfernten BEZ-Gelände. Die Polizei – etwa eineinhalb Hundertschaften wurden nach offiziellen Angaben zusammengezogen – beschränkte sich im wesentlichen auf ihre verkehrsbezogenen Aufgaben. Lediglich am Haus des Ahauser Stadtdirektors Jünemanns, an dem die Demonstration vorbeiführte, waren offensichtliche Sicherheitsvorkehr-

ungen erkennbar. Neben einer besonderen Bewachung waren sämtliche Rolläden heruntergelassen worden. Daneben ist jedoch zu erwarten, daß der Verfassungsschutz diesen Tag wieder einmal dazu benutzt hat, seine Fotoalben aufzufüllen. Es wurden Zivilpersonen beobachtet, die – aus Polizeiwagen aussteigend – sich unter Volk mischten.

Am BEZ-Gelände angelangt, wurde eine „Bauplatzbegehung“ mit Verbrennung eines „Atom Müllhaufens“ vorgenommen. Im Verlauf dieser Aktion geschah es, daß die beiden Bauwagen der Bohrfirmen, die noch auf dem Gelände standen, kurzerhand auf die Seite gelegt wurden. Mit einer Abschlussskundgebung wurde der Aktionstag offiziell beendet.

## 18 Grohnde-Demonstranten verklagt Vorerst 234.000 DM „Schadenersatz“ gefordert Demonstranten sollen chemische Kampfstoffe bezahlen



Jetzt sollen einige von uns stellvertretend für alle dafür bezahlen, daß wir in Grohnde praktischen Widerstand geleistet haben

Nachdem die Bezirksregierung Hannover am 14.9.78 erfolglos 18 Grohnde-Demonstranten aufgefordert hatte, zusammen 233.926,09 DM für Schäden zu zahlen, die der Polizei angeblich bei der Demonstration am 19.3.77 in Grohnde entstanden sind, hat sie am 10.1.79 nach Absprache mit der Landesregierung Zivilklage beim Landgericht Hannover erhoben. Begründet wird diese Klage im Kern damit, daß die 18 durch ihre Anwesenheit die Gewalttätigkeiten „psychisch unterstützt“ hätten. Für die 234.000 DM – deren beliebige Erhöhung sich die Bezirksregierung vorbehält – sollen die 18 gesamtschuldnerisch haften. Diese Forderung gilt praktisch auf Lebenszeit, da die normale Verjährungsfrist von 30 Jahren auf Antrag verlängert werden kann.

Die eingeklagte Summe wird sich nach Schätzung des Vorsitzenden Richters, der mit mindestens einem halben Jahr Prozedur rechnet, durch die Verfahrenskosten mindestens verdoppeln. Die jetzt zugestellte Klageschrift umfaßt 124 Seiten zuzüglich eines 462 Seiten starken Anlagenbündels. Dazu gehört ein Lichtbildband, der „wegen seines Umfangs“ nur beim Gericht eingesehen werden kann. Prozeßbeginn soll der 26. April sein.

Betroffen von dieser Anklage sind 10 verurteilte und drei freigesprochene Grohnde-Angeklagte, vier am 19.3.

entnommene Demonstranten, gegen die nie Anklage erhoben wurde sowie ein über Fotos identifizierter

AKW-Gegner.

### Dabeisein ist alles

Für den Irrsinn, Demonstranten für angebliche Schäden zahlen zu lassen, deren Verursachung ihnen gar nicht vorgeworfen wird, kann sich die Bezirksregierung auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes stützen, der 1972 die beiden Anti-Springer-Demonstranten Horst Mahler und Günther Amendt zu jeweils 70.000 DM Ersatz für Schäden verurteilte, die bei einer Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am Springer-Hochhaus in Berlin entstanden waren.

Dies Urteil begründete der BGH damit, „daß bei Beteiligung mehrerer es dem Geschädigten häufig nicht

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von S. 10

möglich ist, nachzuweisen, inwieweit der Schaden von dem einen oder anderen Täter verursacht worden ist. Dann aber könne sich der Geschädigte nicht ganz schadlos halten, und das „verstehe in elementarer Weise gegen den Gerechtigkeitsgedanken. Mit gutem Grund überbürdet das Gesetz daher dieses Risiko den Schädigern und überläßt es ihnen, sich untereinander nach Maßgabe ihres Schadenersatzes auseinanderzusetzen.“ Zu deutsch: die Verurteilten sollen sich das Geld bei anderen Demonstranten wieder einklagen!

Angewandt wird dieses Urteil nun auf 18 von mindestens 125 Demonstranten, die bei der Polizei vom 19.3. her namentlich bekannt sind (sowie Ermittlungsverfahren wurden ursprünglich eingeleitet). Diese Auswahl, betonte der Sprecher der Bezirksregierung gegenüber Journalisten, sei keine Willkür, im Gegenteil: jedem der 18 könne man individuell eine Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachweisen.

Streicht man allerdings von diesen „individuellen Beweisen“ all das weg, womit offensichtlich nur demonstriert werden soll, was in der BRD bereits alles verboten ist (siehe Kasten), so bleibt im Kern der bei allen gleiche Vorwurf, der Beklagte hätte „Beihilfe dadurch geleistet, daß er ... den gewalttätigen Demonstranten ... mindestens psychische Beihilfe leistete, weil er sich mitten unter diesen gewalttätigen Demonstranten befand.“ (Klageschrift)

Und auch dabei kann sich die Bezirksregierung auf ein Urteil des BGH stützen, der 1974 Hausbesetzer (Arndtstraße, Hannover) zur Zahlung der Polizeieinsatzkosten für die Räumung verurteilte. Sie hätten sich insofern an den Gewalttätigkeiten beteiligt, als sie „durch Bekundung ihrer Verbundenheit ... den eigentlichen Akteuren jedenfalls das Gefühl vermittelt haben, den offenen Rechtsbruch in der Anonymität der Masse ungehindert begehen zu können.“ Und nochmal ganz deutlich: „Auch eine solche psychische Unterstützung kann Beihilfe zur Aus-

führung der Tat sein, diese setzt keine physische Mitwirkung bei der Tat voraus.“

### Albrecht als oberster Richter

Das juristische Prinzip „Anwesenheit genügt“ ist also durch den BGH abgesichert, auch wenn es allen rechtstaatlichen Prinzipien Hohn spricht, daß hier die Juristen mögen das andere nennen – eine zweite Strafe verhängt wird, wo die vom Gericht ausgesprochenen als nicht ausreichend angesehen wird.

Beispiel Linda: nimmt man nur das absolute Minimum der auf sie entfallenden Verfahrens- und Schadensersatzkosten, so erreicht das jetzt schon die stolze Summe von 35.000 DM – mehr als das 100-fache der vom Gericht verhängten Strafe von 300 DM – und beliebig erhöhbar durch weitere (schon angekündigte) Schadensersatzforderungen und eine andere Verteilung dieser Forderungen: denn jeder der 18 soll für die volle Summe von vorerst 234.000 DM haften! Also Existenzvernichtung, Verurteilung zu lebenslanger Fronarbeit.

Was besonders rechtstaatlich daran ist: Diese Strafe wird von der Regierung verhängt – die Gerichte haben im wesentlichen nur noch die Summe zu prüfen. Damit schwingt sich Albrecht zum obersten Gerichtsherrn empor. Er wird in Zukunft nicht mehr wie nach dem 19.3. an die Gerichte appellieren müssen, drastische Strafen zu verhängen. Er verhängt sie jetzt selbst.

Man muß sich diesen Wahnsinn wirklich klarmachen: Die 18 sollen zahlen, weil sie „Beihilfe zur Sachbeschädigung und Körperverletzung“ geleistet haben. „Beihilfe“ ist aber ein strafrechtlicher Vorwurf, der in Strafprozessen gar nicht erst erhoben, geschweige denn bewiesen wurde, aber zivilrechtlich vom BGH schon durch die Anwesenheit erfüllt angesehen wird.

### Grohnde 19.3.:

#### 733 Tränengasgranaten „zerstört“

Der Wahnsinn bekommt Methode, wenn man sich die Aufstellung der „im Zusammenhang mit unerlaubten Handlungen der Demonstranten beschädigten, zerstörten oder verlorengegangenen Gegenstände“ anschaut. Aufgeführt werden da:

- 167 Schlagstöcke unterschiedlicher Ausführung.
- 387 Filter für Gasmasken à 15 DM = 5.805 DM (durch Gaseinsatz verbraucht).
- 135 Nachfüllpatronen für die chemische Keule à 13,67 DM = 1.845,45 DM (leergeschossen).
- 733 Tränengasgranaten à 22,50 DM = 16.492,50 DM.

Eine solche Art von „Schadensersatz“ war bisher nur aus Persien bekannt, wo nach Berichten von Ärzten das Militär von den Angehörigen erschossener Demonstranten 150 DM je Kugel im Körper des Erschossenen forderte, bevor der Leiche herausgegeben wird (lt. Walter Mossmann am 27.1.78 – das System mit der gesamtschuldnerischen Haftung hat demgegenüber allerdings den Vorteil, daß auch die „schliefenden“ Kugeln mitbezahlt werden!).

Darüber hinaus soll die Schadensersatzklage zur Aufrüstung der Polizei beitragen, z. B. werden die Kosten für 70 komplette Chemische Keulen (à 64,- DM = 4.480 DM) angefordert – oder will die Polizei um Ernst behaupten, die Demonstranten hätten ihr am 19.3. 70 von diesen Dingen geklaut? Schön war's!

Und schließlich muß auch für die einzelnen Polizisten noch eine Belohnung herausgespringen.

- da wollen etliche Bullen endlich mal 'ne neue Armbanduhr haben,
- die Stadt Polizei möchte 13 Einsatzzüge à 188,- DM,
- und ein ganz anspruchsvoller hannoverscher Bulle wünscht sich eine neue Reithose zu 148,- DM und ein Paar Stiefel dazu (241,20 DM).

Dem Erfindungsreichtum sind hier keine Grenzen gesetzt, denn die angeforderten 214.000 DM sind nur

der Schaden, „der bei Aufforderung an die Beklagten am 14.9.1978 der Klägerin bekannt war. Da bei der Bezirksregierung Hannover ständig weitere Schadensmeldungen und -belege eintreffen (fast zwei Jahre nach der Demonstration!), erhöht sich die Klageforderung laufend. Eine Erweiterung der Klage bleibt deshalb vorbehalten.“ (Klageschrift).

### Politisches Ziel: Gorleben

Als die „HAZ“ am 11.1. von der Klageerhebung berichtete, fand sich gleich unter diesem Artikel auf der gleichen Seite die Überschrift „Bild Flachbohrungen in Gorleben – Regierung stimmt Baugrunderkundung zu“. Wir hätten auch einen weniger deutschen Wink mit dem Zaunpfahl verstanden.

Oben neben dem Umbau des Landkreises Lüneburg-Dannenberg zum Manövergelände ist diese Klage die andere Seite der psychologischen Vorbereitung der „Schlacht um Gorleben“, die Albrecht und Schmidt in einer ganz anderen Größenordnung als in Grohnde zu führen gedenken. Die jetzt eingeklagte Verletzung ist ja in der Tat ein Pappstiel gegenüber den (im Bundes- und Landesausschuss für 1979 je zur Hälfte eingeplanten) 100 Millionen für Schäden, die Polizei und Bundesgrenzschutz bei den Gorleben-Demonstrationen anrichten sollen.

In diesem Zusammenhang liegt aber gleichzeitig unsere politische Chance gegen die Klage. Die ersten, viel zu spärlichen Erfahrungen mit der Solidaritätsarbeit zeigen, daß es neben dem faktischen Demonstrierungsverbot als Folge dieser Klage gerade der unverhohlene Bezug dieser Drohung auf Gorleben ist, der eine ganze Reihe von Gruppen und Leuten auf die Palme (und an die Öffentlichkeit) bringt, die sich zu den Grohnde-Strafprozessen nicht äußern mochten (aber deren Bedeutung jetzt, vermittelt über die Klage, auch begreifen).

Das zeigt auch schon am vergleichsweise starken Interesse der Medien an einer sehr kritischen Berichterstattung über die Klage („Spiegel“, NDR Funk und Fernsehen). Die GLU Niedersachsen fordert jetzt

in einem Brief an Albrecht die Amnestie für alle Grohnde-Angeklagten, die GLU Hannover fordert die Rücknahme der Klage.

Neben den Jusos, deren Bundesvorsitzender Schröder in der Klage einen „ganz klaren Angriff auf Grundrechte“ sieht, mit dem „der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt“ wird, hat sich auch erstmals eine SPD-Gliederung zu Wort gemeldet. Der SPD-Ortsverein Hannover-Oststadt wird dem Unterbezirksparteitag eine Resolution vorlegen, die die Rücknahme der Klage als einen Schritt zur Abschaffung des Demonstrierungsrechts fordert. SPD-Landesvorsitzender von Oertzen, der die Zahlungseufforderung in einem Gespräch als „rechtswidrig“ bezeichnete, möchte sich bisher nicht öffentlich äußern.

Als erste Gruppe außerhalb der Anti-AKW-Bewegung in Hannover hat das Seminar für politische Wissenschaft an der Universität Hannover am 18.1. eine Veranstaltung „Grohnde-Prozesse und der Rechtsstaat“ mit 200 Besuchern durchgeführt, an der sich neben den betroffenen Dozenten des Seminars, Prof. Jürgen Seifert, Jusos-Vorsitzender Gerhard Schröder und die GLU beteiligten.

Auf diesem Hintergrund waren sich die am 13.1. in Hannover zusammengekommenen neun Betroffenen, acht Anwälte und zahlreichen BI- und Ermittlungsausschussvertreter schnell darüber einig (mit Ausnahme des KBW), daß jetzt nicht eine Sonderkampagne gegen die Klage gestartet werden soll, sondern daß die Klage Thema jeder Gorleben-Veranstaltung und -Aktion werden muß (wobei die EA brauchbares Material für die BI zusammenstellen wollen). Als besonders wichtig wurde gleichzeitig angesehen, sich (wie in Hannover ansatzweise geschehen) an Leute und Gruppen außerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu wenden und sie zu selbständigen Aktivitäten gegen die Klage zu veranlassen.

(Das ist auch eine Aufforderung an jeden, der diesen Artikel liest! Von selbst wird eine solche Solidaritätsfront nicht auf die Beine kommen!) Goetz

## Nasse Hosen sind strafbar

Wenn auch die vielen in der Klage schriftlich angeführten „individuellen Beweise“ für Gewalttätigkeiten nicht wirklich untermauert sind, da die Bezirksregierung die bloße Anwesenheit Beweis genug ist, sind sie hier doch erwähnenswert, weil sie zeigen, wie weit die Kriminalisierung politischer Opposition bereits vorangeschritten ist.

Als Beweis dient z.B. bei den freigesprochenen Demonstranten die einfache Wiederholung der (vom Gericht widerlegten) Anklageschrift. Als Beweis dient die Unterschrift unter der gemeinsamen Erklärung der Angeklagten, „in welcher er sich dazu bekennt, daß der Widerstand gegen das Atomprogramm und ihre (?) Realisierung nicht an Parliamente, Parteien und Gerichte delegiert werden kann.“ Als Beweis dient auch die nach Feststellungen der 18.1. nach wie vor zum gewalttätigen Widerstand gegen das Atomprogramm entschlossenen.

Beweis für die Gewalttätigkeit eines Demonstranten in der ersten Reihe: „Zu diesem Zeitpunkt waren die letzten gemäßigten Demonstranten von denjenigen, die zur Beteiligung der Sperre entschlossen waren, mit Fußtritten und Stockschlägen (!) in die hinteren Reihen gedrängt worden.“

Lnd. „Die Beklagte hat sich offensichtlich auf den Fall ihrer Festnahme vorbereitet. Bei der erkennungsrechtlichen Behandlung wurden auf ihrem linken Unterarm Telefonnummern gefunden.“

„Die Beklagte war mit verschiedenen Bissen ausgerüstet, die bei Tränengaswirkung und Ähnlichem vorbeugen sollten. Sie war also auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei eingerichtet.“ (In der Tat eine bestechende Logik. Wer sich gegen das Tränengas schützt, muß die Gasgranaten zerhacken.)

Das alles – wie gesagt – Beweise für Gewalttätigkeit, die allerdings von dem folgenden noch in den Schichten gestellt werden: „Der Beklagte ... konnte ... festgenommen werden. Da seine Hosen z.T. durchdrungen waren, ist anzunehmen, daß er sich bereits an den Angriffen auf das AKW beteiligt hatte.“ Bei seiner Festnahme wurden bei ihm u.a. 14 Exemplare der kommunistischen Volkszeitung gefunden.

Wäre das nicht eine gefundene „Bild“-Schlagzeile: KOMMUNIST MACHT SICH DIE HOSE – ZU 234.000 DM SCHADENERSATZ VERURTEILT!

Goetz

## Soll man sich auf die Prozesse „einlassen“?

Auf dem Treffen zur Klage der Bezirksregierung am 13.1. in Hannover entzündete sich eine heftige Diskussion an der von Bremer Anwälten geäußerten Überlegung, ob man sich auf dieses Verfahren überhaupt „einlassen“ soll.

Sie gehen davon aus, daß – im Unterschied zu den Strafprozessen – in diesen Verfahren das Ergebnis eindeutig feststeht und vom uns juristisch nicht zu beeinflussen sei. Zudem sei ein Zivilprozeß vor dem Landgericht die beschämteste Ebene, die man sich für den Kampf gegen AKWs vorstellen kann.

Sie überlegen daher, ob man nicht einfach das vom Gericht gesetzten Fristen verstreichen lassen soll. Damit würde ohne Verhandlung ein „Versäumnisurteil“ ergehen, wodurch die Betroffenen und Anwälte immens viel Zeit sparen würden, die sie anderweitig sinnvoller verwenden könnten. Anstelle der Prozeßführung müßte man sich dann darauf konzentrieren: die Eintreibung des Geldes zu verhindern, wozu es nach ihrer Einschätzung ausreichend juristische Tricks gibt. (Leider ist diese Position trotz Vereinbarung noch nicht schriftlich formuliert, so daß sie hier so wiedergegeben werden muß.)

Obwohl keiner der Betroffenen (nur einer sah sich durch die Argumente verunsichert) und der anderen Anwälte diese Position so teilt, muß hier dazu Stellung genommen werden, denn hier droht die gleiche Diskussion wieder aufzukommen, wie sie zu Beginn der Grohnde-Prozesse um die Frage geführt wurde, ob man sich juristisch verteidigen soll, eine Diskussion die eigentlich durch die Erfahrung der Grohnde-Prozesse erledigt sein sollte.

1. Die Anti-AKW-Bewegung wird die Betroffenen nicht ein ganzes Leben lang unterstützen können. Früher oder später werden sie mit einem solchen Urteil allein fertig werden müssen.

2. Sich mit dem Urteil abfinden und tatsächlich nicht zahlen wollen – das erfordert, am Leben lang herumzutrotzeln und herumzukampfen, um offiziell nicht mehr als das Existenzminimum (600 DM im Monat) zu haben, bedeutet, nicht mehr offen in seinem Beruf arbeiten zu können (Lohn wird gepfändet). Ich selbst

wäre nicht bereit, mich heute für mein ganzes Leben in solcher Weise festzulegen. Deshalb finde ich es unverantwortlich, den Betroffenen so etwas auch nur zu raten.

3. Selbst wenn einige das durchhalten würden. Wenn auch nur ein einziger der 18 irgendwann zu zahlen anfängt, dann muß die Anti-AKW-Bewegung zahlen – wenn sie es dann noch kann. Und zwar die volle Summe. Darum müssen wir in unserem und dem Interesse der Betroffenen auch die kleinste Chance nützen, einzelne Leute von diesem Druck zu befreien und die eingeklagte Summe soweit wie möglich runterzudrücken. Und wenigstens diese Chance besteht in dem Prozeß.

4. Die Klage hat durch ihren Grundsatzzusammenhang vor allem eine Einschüchterungsfunktion, die wir letztlich akzeptieren, wenn wir nicht mit allen Mitteln gegen sie angehen. Denn diese Drohung zielt auf künftige Demonstrationen – und wenn würde sie weniger gewichtig erscheinen, wenn er weiß, daß einzelne Lebenskünstler trotz einer solchen Verurteilung klarkommen?

5. Diese Klage ist ein Angriff auf die linke Opposition und erst in zweiter Linie auf einzelne, gegen den alle Betroffenen mit allen Mitteln angehen müssen. Eine politische Bewegung kann nicht einen solchen generellen Angriff dadurch zurückschlagen, daß einzelne Betroffene wegsuchen oder die Justiz austricksen.

6. Der Prozeß ist der letzte Kristallisationspunkt für gemeinsame und massive Aktionen. Es ist ein Witz zu behaupten, man könne diese Möglichkeit auslassen, um dann umso massiver gegen Pfändungsversuche (z.B. Lohnpfändungen im Bankrotzugungsverfahren) vorgehen zu können.

7. Nicht zuletzt werden unsere Solidaritätsaufrufe an die liberale Öffentlichkeit unglaubwürdig, wenn wir selbst die „zugegeben geringe Chance“ auslassen, die uns der Prozeß bietet.

Es ist ein völlig anderes Thema zu diskutieren, wie man in dem Prozeß eine Spaltung verhindern, wie man ihn abkürzen kann, wie man Anwälte und Betroffene entlasten kann.

Goetz

## „Atomenergie? Ende der Zukunft!“

Dieser von der Harburger Filmgruppe entstandene Dokumentarfilm gibt den wohl bisher umfassendsten Überblick über die Gefahren der Atomtechnologie. So werden mit Hilfe von Trickaufnahmen, der Aufbau eines Atoms, seine Spaltung, die Atomspaltung in einem Atomkraftwerk dargestellt und einige technische Dinge mehr.

Daneben enthält der Film zahlreiche Aufnahmen von den Anti-AKW-Demonstrationen in Biblis, Kalkar, Untertrop und Gespräche mit der betroffenen Bevölkerung.

In einer Filmbesprechung schreiben die Filmhersteller selbst: „Beim Beginn ohne Einverständnis der Bevölkerung. Demonstrierungsverbote, provokatorische Übergriffe der Staatsgewalt, willkürliche Verhaftungen, Streiksperrungen, konstruierte Anklagen und Verurteilungen werden unserem Kampf gegen Atomanlagen zur Einschränkung und Kriminalisierung entgegengesetzt. Dies sind Beispiele für die Entschlossenheit der Herrschenden, ohne Rücksicht auf

die betroffene Bevölkerung ihre Atompläne mit allen Mitteln durchzusetzen. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb notwendig. Die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben sollte in nächster Zeit ein Schwerpunkt dieser Arbeit sein. Verdrückt müssen wir auch die Lügen der Politiker und der Atomindustrie und nicht zuletzt die Repression gegen AKW-Gegner an die Öffentlichkeit bringen. Unsere Zweifel an der Technologie und Politik der Atomenergietreiber werden durch die Unfälle in Brundage, Ohio, Lingen und die Atomkraftgeschäfte mit Brasilien, Südafrika und anderen diktatorischen Ländern bestätigt.“

Dieser sehenswerte Film hat eine Spieldauer von 85 Minuten und ist in Farbe zu entleihen bei:

Großhessestraße 27  
2000 Hamburg 60  
Tel. 040/27 68 87  
täglich 18 - 20 Uhr

AKW Nein-Kommission

### Kurzmeldungen

Nach der Revision von Andreas ist jetzt auch die Revision von Eso vom Bundesgerichtshof verworfen worden. Damit muß der zweite AKW-Gegner eine 12-monatige Gefängnisstrafe absitzen. Auch Rüdigers Urteil ist vom Bundesgerichtshof für rechtskräftig erklärt worden.

Nach dem Freispruch in erster Instanz ist Klaus W. vom Landgericht Hannover zu 15 Tagessätzen à 13 DM verurteilt worden. Er soll bei einer Saaträumung im Grohnde-Prozeß einen Justizbulen getreten haben.

### Auf einmal!

„Als wirkungsvoll erwies sich allein der Gebrauch von auf der Baustelle befindlichen Feuerlöschern, ... die Demonstranten dadurch zu stören vermochten, daß deren Brillen und damit ihre Sicht eingeschränkt wurden. Schließlich gebrauchte die Polizei auf dem Baugelände lagernde Molotowcocktails, um Demonstranten bei ihrer Arbeit zu stören. Diese Stangen wurden den Beamten jedoch z.T. entzogen und gegen sie verwandt“, erklärte die Bezirksregierung Hannover zum 19.3.77 in ihrer Klage und wiederholt damit das, was bisher immer als äbelste Verleumdung durch die AKW-Gegner bezeichnet wurde!

### Anzeige

Über das Neuberger Strahlenforschungsinstitut und andere bayerische Atomanlagen steht mehr in der Broschüre der Nürnberger Initiative gegen AKWs. Zu beziehen über:

Klaus Meyer  
Kellerplatz 15  
8500 Nürnberg



ab 10 Stück 1,50 DM pro Exemplar



# Geplante Aktivitäten zu Gorleben Landesregierung rüstet zur „Schlacht um Gorleben“

Baden-Württemberg: Am 27. Januar führten die Baden-Württembergischen B1s eine Landeskonferenz durch, an der 17 B1s teilnahmen, darüberhinaus Jo Leinen vom BBU-Vorstand und Nina Gladitz, die bekannte Filmemacherin.

Zu Gorleben planen die B1s folgendes: Am 1. Freitag nach Bohrbeginn sollen in Löhrrich und in der 3. Februarwoche in Eßlingen im Rahmen von Aktionstagen jeweils örtliche Demonstrationen zu Gorleben stattfinden. Am „Tag K“ werden nachts die Ortschaften in allen Orten überklebt mit „Gorleben ist Gerd!“.

Am 31. März soll ein zwei-Orter in der Region für Gorleben demonstriert werden in Neckarwehrt und in Sudbuden, wobei der genaue Ort (Wühl, Fessenhelm, Freiburg) noch von den bedach-eiselt-schen B1s bestimmt wird. Beide Demonstrationen sollen den Charakter einer weiten Großdemos haben.

Weiter wurde folgendes diskutiert: Im Rahmen der Pfingsttreffen, die dieses Jahr international sind, wurde von Jo Leinen auch ein Pfingstmarsch in Gorleben vorgeschlagen. Der Freundeskreis Gorleben der bedach-eiselt-schen B1s schlug vor, im Sommer den Landkreis Löhrrich-Dennenberg zu „besetzen“, d.h. ein riesiges Camp zu errichten. Gleichzeitig sollen im Lager selber und in den umliegenden Städten Kulturaktionen, Festivals etc. stattfinden. Die „Bewegung“ soll längere Zeit andauern und ständig etwa 10.000 Teilnehmer haben. Da bei den bisherigen Camps, ohne große Mobilisierung, auch schon hunderte von Dauerteilnehmern waren, hofft man bei europäischer Vollmobilisierung, schon auf einige tausend Dauerteilnehmer zu kommen. Auf der Landeskonferenz waren alle Teilnehmer begeistert von dem Vorschlag. Explizit dafür sprachen sich auch Jo Leinen, Nina Gladitz, BBU Tübingen, AK Leben Stuttgart, B1 Heilbronn, B1 Offenbach. Der Freundeskreis will den Vorschlag jetzt auch auf dem Braunschweiger Arbeitertreffen in die Debatte einbringen.

\*\*\*

Hessen: Die Bürgerinitiative Offenbach hat sie im Rhein-Main-Gebiet anlässlich der AKW-Initiativen zu einer Vorbereitungsbesprechung nach Offenbach eingeladen. Sie schlugen vor, 1-2 Wochen nach Beginn der Bohrbohrungen in Gorleben eine regionale Demonstration durchzuführen. In ihrem Aufruf Vorschlag begründen sie, warum Offenbach als Demonstrationssort bevorzugt wird:

weil Offenbach Sitz der KWU ist

weil Offenbach – im Zentrum des Rhein-Main-Gebietes – optimale Voraussetzungen für eine breite Einbeziehung der Bevölkerung bietet.

Das Treffen findet am 3. Februar statt.

Der Frankfurter Freundeskreis hat auf seiner Veranstaltung mit rund 300 Teilnehmern dazu aufgerufen, zum Bohrbeginn in Gorleben (Probeförhungen) der in Sachsenhausen ansässigen Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) „einen schönen großen Einwegstapfen vor die Haustür zu stellen, der aus Aluminium getrenkeltes Kunststoffsperkungen und Einwegflaschen besteht. Der Termin der Protestaktion soll kurzfristig bekannt gegeben werden.“

\*\*\*

Bayern: Die bayerischen Anti-AKW-B1s planen für den 24. Februar (sehr enger Zeit) mal wieder eine Regionalkonferenz in Nürnberg auf der über die weitere Gorleben-Arbeit beraten werden soll. Außerdem hat die Schwelmer AKW-Nein-Gruppe den Vorschlag gemacht, im März aus Anlaß des Protestbeginns gegen das AKW Grafenrheinfeld dort zu demonstrieren. Der Zusammenhang zu Gorleben soll dadurch hergestellt werden, daß bei der Öffentlichkeit (darüber die Frage der Entsorgung) speziell das geplante Kompaktlager in Grafenrheinfeld in den Vordergrund gestellt werden soll.

Die Landshuter AKW-Nein-Gruppe hatte ursprünglich geplant, entsprechend dem 3-Phasen-Konzept zu einer regionalen Demo nach Ohre aufzuziehen, hat sich aber jetzt zusammen mit anderen AKW-Gegnern aus Landshut entschieden, kurz nach Beginn der Bohrbohrungen eine örtliche Fahrrad-Demo durchzuführen.

Die Nürnberger Initiative gegen AKWs plant Anfang Februar eine Woche lang Filmveranstaltungen in Jugendzentren bei Jülich, Falken und anderen Gruppen durchzuführen. Dabei soll über die gesamte Entsorgungsfrage berichtet werden.

\*\*\*

Nordrhein-Westfalen: Auf der letzten Landeskonferenz der NRW-B1s wurde über Gorleben diskutiert. Dabei sind die B1s zu folgenden Überlegungen gekommen: Jede B1 bereitet jetzt schon Versuche vor, um schnell reagieren zu können z.B. Blockaden, Fässer-Demos oder andere Aktionen mit entsprechender Öffentlichkeitswirksamkeit. Entsprechende Utensilien sollen jetzt schon vorbereitet werden.

werden. Einige B1s wollten sofort oder am Tage nach Bohrbeginn die Aktionen starten, die große Mehrheit jedoch legte fest, daß am Samstag nach dem Bohrbeginn möglichst einheitlich in ganz NRW Aktionen zu Gorleben auf den sollen.

Bei Bohrbeginn sollen Aktionsgruppen aus NRW nach Gorleben fahren. Diese Aktionsgruppen sollen möglichst jetzt schon zusammengestellt werden, allerdings muß gewährleistet sein, daß auch vor Ort Aktionen stattfinden.

Um sicherzustellen, daß der Bohrbeginn schnell bekannt wird, wurde eine Telefonkette eingerichtet (nach Info Landeskonferenz-NRW-Son dennummer).

\*\*\*

Schleswig-Holstein: Der Arbeitskreis Brokdorf der BBU hat auf seiner Sitzung am 11.1. beschlossen, gemäß dem Vorschlag der B1 Löhrrich-Dennenberg und der Freundeskreis bei Beginn der Bohrbohrungen zu einer Demonstration am Bauplatz Brokdorf aufzuziehen. Wir wollen mit dieser Demonstration den Zusammenhang zwischen dem geplanten AKW Brokdorf und der Wiederaufbereitungsanlage, die in Gorleben geplant ist, sichtbar machen. Diese Demonstration soll unter dem Motto stehen: Gorleben soll leben! Deshalb darf Brokdorf nicht gebaut werden! Demonstriert werden soll am nächsten auf den Beginn der Bohrungen folgenden Sonntag. Und zwar wollen wir uns an diesem Tag um 14 Uhr an der Brokdorfer Kirche treffen. (Zitate aus einem Brief des Arbeitskreis Brokdorf).

\*\*\*

Bürgeraktion Küste: Auf dem letzten Treffen der Bürgeraktion Küste (BAK) wurde berichtet, daß weiterhin in Absprache mit der B1 Löhrrich-Dennenberg Tag und Nacht Wachen an den Brücken des Elbe-Sellenskanals aufgestellt werden. Bei Bohrbeginn soll im Landkreis Löhrrich-Dennenberg eine Trecker-Demonstration von Lohrwerfen stattfinden.

\*\*\*

Hamburg: Am 17. Februar soll in Hamburg eine Fahrrad-Demonstration gegen die geplante Atomkraft-Fabrik in Gorleben stattfinden. Diese Demonstration wird bislang von fünf Stadtteilen B1s geplant. Winkt und Eppendorf, Rotherbaum, Hohenfelde, Eimsbüttel.

Treffpunkt: Sonnabend, 17.2. 9 Uhr Winterhuder Fahrhaus.

Wie mittlerweile bekannt wurde, soll für die geplanten Probeförhungen eine Abteilung Bereitschaftspolizei, das sind ca. 600 Mann, entweder in Löhrrich oder in eigenen Baracken in der Nähe des Bauplatzes stationiert werden. Darüberhinaus sind die drei anderen Abteilungen der niedersächsischen Bereitschaftspolizei aus Hannover, Braunschweig und Oldenburg offenbar zu kurzfristigen Einsätzen vorgesehen. Fakt ist, daß die niedersächsische Landesregierung aber nicht bekanntgeben, wieviele Polizisten im Raum Gorleben stationiert werden sollen. „Man kann diese sensiblen Zahlen nicht der Öffentlichkeit übergeben“ (Pressesprecher Kloss). Der BGS wird keine eigene Abteilung für die brutale Durchsetzung der WAA aufstellen, aber speziell eine bestehende für diese Aufgabe abstellen. Bekanntlich sind ja nicht weit von Gorleben mehrere BGS-Kasernen. Darüberhinaus gibt es Andeutungen ohne genaue Zahlenangaben, daß die „Schutzpolizei“ im Landkreis verstärkt werden soll. Insgesamt ergibt sich daher ungefähr eine Zahl von 1.200 Mann und BUs, die ständig vor Ort eingreifen können und ca. 1800, die innerhalb weniger Stunden einsatzbereit sind. Nach anderen Angaben aus der Elbe-Jetzt-Zeitung ergibt sich, daß ständig allein 1440 Bereitschaftspolizisten vor Ort im Dauereinsatz sein sollen und nach Bedarf auf 5000 verstärkt werden können (EJZ 25.1.79).

Bekannt wurde auch, daß diese Abteilungen seit der Demonstration in Grohnde Übungen durchführen, bei denen der Einsatz in geschlossenen Verbänden gegen „Angreifer“ geübt wird. Der damalige Innenminister Groß hatte nach Grohnde „beanstandet“, daß die Bullen im Gegensatz zu Bundeswehrsoldaten nur für den Einzelsatz ausgebildet wurden, und von daher nicht in Verbänden angreifen könnten. Geübt wird jedesmal in Hundertschaften. Offenbar soll dort ringsum eingeklinkt werden, daß jetzt schon ein Rettungshubschrauber angeschafft und eine spezielle Station eingerichtet wurden. Darüberhinaus sollen die entsprechenden chirurgischen Stationen der umliegenden Krankenhäuser verstärkt werden! (Alle Angaben nach „FR“, 25.1.79).

AKW-NEIN KOMMISSION

## Meinungsumfrage: Bevölkerung in Gorleben lehnt WAA ab!

Im Auftrag des Bundesinnenministeriums wurde in Gorleben und Umgebung eine Meinungsumfrage zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage durchgeführt. Das Ergebnis kann kaum eindeutiger sein:

64% bezeichnen sich als erklärte Gegner der WAA-Projekte.

17% stehen der Sache gleichgültig gegenüber.

19% sind dafür.

Gefragt nach ihrem „Bedenken“ gegenüber der WAA antworteten:

18%, sie hätten keine Bedenken.

10%, sie hätten keine Bedenken.

29%, sie hätten leichte Bedenken.

58%, sie hätten schwerwiegende Bedenken.

Auf die Frage, wie sie zum weiteren Bau von AKWs stehen, waren:

35% gegen den Bau von noch mehr Atomkraftwerken.

24% dafür und

21% unentschieden.

(Angaben nach „Lüneburger Landeszeitung“ und „FR“ 31.1.79).

Eine Volksbefragung wäre da wohl genau das Richtige.

genau das Richtige.

## Gorleben-Nachrichten

Am 27.1. wurde von der Mehrheit der GLU-Landesversammlung (Nord-Rhein-Westfalen) eine Erklärung angenommen, die von der „Bürgerinitiative Aktion Umwelt Mülheim“, der AUD Mülheim und der GLU Mülheim als Presseerklärung heraus-

gegeben worden war. In dieser werden sich die Unterzeichner gegen den Bau der WAA in Gorleben und die Probeförhungen, gegen jede weitere Produktion von Atomkraft und gegen die Betriebsstop für alle laufenden AKWs ein-

## Neuherberg/München: Atommülllager am Rande einer Millionenstadt

„Will man in Zukunft Oberschleißheim besuchen, wird es bald so sein, daß man nur noch die Wahl hat, sich seinen Weg entweder durch die blauen Bohren vom Schießplatz oder durch die radioaktiven Strahlen der GSF zu suchen“, bemerkte kürzlich der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete P. Gantzer. Dabei bezog er sich auf den Plan der „Gesellschaft für Strahlenforschung“ (GSF), in diesem Vorort Münchens eine neue Großanlage für radioaktiven Müll zu errichten. Die Sache hat folgenden Hintergrund:

In Neuherberg betreibt die GSF neben einem Versuchsreaktor und einer Reihe Labors, in denen mit radioaktivem Material u.a. an Versuchstieren experimentiert wird, auch die „Landesstelle für radioaktive Abfälle“. Bisher wurden hier jährlich 240 Tonnen radioaktiver Abfälle der Kategorie „schwach- bis mittelaktiv“ aus Industriebetrieben, Kernkraftwerken, Kliniken und Arztpraxen zwischengelagert (Münchner Merkur 22.12.78). „Sicherheitstechnisch“ sowie „strahlentechnisch überprüft“, wurde der Müll dann in die Salzstöcke von ASSE weitergeleitet.

Für ASSF II bef. nun aber mit dem 31.12.78 die Genehmigung vorläufig aus. Angeblich soll jetzt erkundet werden, ob der dort gelagerte Atomkraft „rückholbar“ ist. Sei es wie es sei, auf jeden Fall gibt es erstmal einen großen Atom-Müll-Stau.

Die GSF – im übrigen auch die Betreiberfirma von ASSF II, löst das Stau-Problem in Bayern auf ihre Art. Obwohl bisher immer behauptet wurde, der schwach- bis mittelaktive Müll müsse in Salzstöcken gelagert werden, wurde nun seit dem 1. Januar 79 das Institutsgelände von Neuherberg auf vorerst nicht absehbare

Zeit als Lagerstätte gewählt (nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.1.79).

Doch die GSF plant noch weiter. Da der bereits neu gestellte Antrag auf Verlängerung der ASSE-Genehmigung noch eine Weile dauern kann, wird „eine neue Halle und eine Entsorgungsanlage“ notwendig – so ein Sprecher der GSF. In dieser neuen Lagerhalle, einer „Fertighalle“, sollen dann „bis zu 240 je 200-Liter fassende Fässer mit leicht-radioaktivem Abfall lagern“ („MM“, 2.8.78). Plötzlich geht es auch ohne Salz.

Es gibt noch mehr neue „technische Errungenschaften“. Laut Klaus Götzel, Leiter der „Abteilung Strahlenschutz und Sicherheit“ der GSF kann nun dank der „neuen Lager-technik“, für die bereits ein sicherheitstechnisches Gutachten erstellt wird, die Kapazität auf ein Jahr verlängert werden („SZ“, 8.1.79). Zusätzlich wird dann noch die geplante „Entsorgungsanlage“ das Volumen des Mülls durch „Verdampfen, Verbrennen und Kompression um den Faktor fünf bis zehn“ verringern („SZ“, 8.1.79).

Zu allem Überflus liegt das Gebiet direkt neben einem Bundeswehr-Schießplatz, über den ununterbrochen Militärflugzeuge rasen.

Unzwischen brachten einige SPD-Landtagsabgeordnete im bayerischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie u.a. eine Verhinderung der Entsorgungsanlage fordern. Der Oberschleißheimer Gemeinderat hat nämlich inzwischen – mit den Stimmen der CSU – dem Bau der neuen Lagerhalle zugestimmt, auf der Butte, daß doch möglichst etwas seltener Bundeswehrmaschinen über die heiße Zone jagen möchten.

Eine Genossin aus Nürnberg

## Schmidt befürchtet: 20 Milliarden für AKWs in den Sand gesetzt

Auf dem SPD-Kongreß „Arbeit und Technik“ am 1.2. in Essen kamen Bundeskanzler Schmidt düstere Ahnungen über die Zukunft der Atomtechnologie. Der Staat könne bei seiner Zukunftsplanung „Pech“ haben, „so wie bei den Kernkraftwerken, erhebliches Pech sogar“ (aus „Süddeutsche Zeitung“, 2.2.79). „Manche Heißsporne würden es am liebsten sehen, wenn die 20 Milliarden Mark für Kernenergie (gemeint sind hier „nur“ die staatlichen Zuschüsse in die Forschung – Anm. AK) Fehlinvestitionen wären. Das freilich wäre dann eine phantastische Fehlinvestition.“

Auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Professor Rodenstock, konnte sich diesen Befürchtungen nur anschreiben: „Die Technologiepolitik der

Bundesregierung stoße ... ins Leere, wenn wesentliche gesellschaftliche Gruppen aus einer Haltung der Technologiefeindlichkeit heraus zum Beispiel der Weiterentwicklung der Kerntechnologie, die ja auch einer Weiterentwicklung der Sicherheitsstandards diene (hört, hört AKW-Gegner – Anm. AK). Immer neue Hürden in den Weg stellen“. Es klagte, „daß seit einigen Jahren fast jedes große Industrieunternehmen auf den Widerstand von Bürgerinitiativen stoße. Bürger hätten die Politiker zum Teil mit erheblichen Mut die Bahn für den technischen Fortschritt freigehalten“ (s.o.).

Den rangigen Mut das Sicherheitsrisiko für Millionen von Menschen durch Atomanlagen herunterzulügen und den schleichenden Tod durch Krebs und andere „Zivilisationskrank-

heiten“ aufgrund zunehmender Umweltvergiftung seitens der Industrie mit „Fortschritt“ gleichzusetzen, gegen den bloß „Maschinenstürmer“ sein könnten, bloß weil den Kapitalisten der Umweltschutz zu teuer ist; diesen traurigen Mut mögen angesichts der wachsenden Widerstände in der Bevölkerung immer weniger Politiker aufbringen.

Doch auch nicht nur das sieht es düster für die Atomapostel aus. So schrieb die „Süddeutsche“ zu Schmidts Sorgen: „Offenheitlich stand er unter dem Eindruck, daß die künftige brennende Regierung und auch die brasilianische Regierung vorzüglich schon vereinbarte Lieferungen deutscher Kernkraftwerke drastisch reduzieren wollen ... Ein weiterer Grund für die Überlegungen der Bundeskanzlers könnte die prekäre Versorgungssituation deutscher Kernkraftwerke und die Verzögerung beim geplanten Bau des Entsorgungszentrums in Gorleben sein.“

Der jetzt beginnende Bau in Gorleben dürfte den Widerstand und Protest in der Bevölkerung gegen das Atomprogramm noch erheblich vergrößern.

Angesichts dieser Entwicklung wurde bereits auf dem SPD-Treffen angedeutet, daß man diesem Widerstand durch Drohungen über die Arbeitslosigkeit entgegenzutreten gedanke, als wenn auch diese Herren über die jahrelange Arbeitslosigkeit von einer Million Menschen in der BRD, die in Zukunft noch erheblich ansteigen dürfte, bisher schlaflose Nächte bereitet hätten. Auch DGB-Veterinäre in Essen an, daß es da mutmachen will. Natürlich seien sie keine „Maschinenstürmer“, natürlich seien sie für den „Fortschritt“. Schmidt erklärte dazu: „Mehr als die Hälfte der Bürger hätten Angst vor dem technischen Wandel“. Es geht darum, „ihnen diese Angst zu nehmen“.

Anderes, als das mit der Schürung noch größerer Angst um die Arbeitsplätze zu erreichen, fiel ihnen dabei nicht ein! Eine schöne „Fortschritts-gesellschaft“.

AKW-Nein-Kommission

### Immer mehr lehnen die Atomenergie ab!

Mittlerweile zeigen Meinungsumfragen in der BRD, daß die Zahl derer steigt, die die Atomenergie ablehnen (auf einer Umfrage im „stern“ 47/78). Dankschuld nach Zwentendorf sprechen sich in Schleswig-Holstein 56% für eine Volksabstimmung aus, 37% wollen, daß keine AKWs mehr gebaut werden. In einer „stern“-Umfrage zum Jahresende 78 waren es 51% die bundesweit dagegen waren, daß neue AKWs gebaut werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Umfrage des Jülicher Atomforschungszentrums, die als interner Bericht zugänglich wurde. Hierin wird den Bürgerinitiativen bescheinigt, daß sie die Bevölkerung besser als die Atomindustrie über die Atomenergie informieren. Und bezugnehmend auf ihre Erfahrungen als Betreiber schreibt Jülich: „Im Laufe der nuklearen Auseinandersetzung und der Bombardements mit Informationen werden Befürworter häufiger als ihre Gegner mit der für ihre Einstellung bedrohende

Tatsache konfrontiert, daß ihre Auffassung von Kernenergie nicht der Wirklichkeit entspricht“ (Öko-Mitteilungen, 6/78).

Das Atomprogramm stößt auf immer größere Ablehnung. Wie aus einer jüngst veröffentlichten Umfrage hervorgeht, ist seit 1975 der Anteil der Befürworter der Atomenergie von 60% auf 39% zurückgegangen. Die Zahl der Gegner sei von 16% auf 18% gestiegen. Hierbei ergeben sich sehr starke regionale Unterschiede. So wird die WAA in Gorleben von 64% der Bevölkerung im Landkreis abgelehnt, entgegen allen Reueuerungen der Kommunalpolitiker und Betreiber (siehe auch Gorleben-Teil). Im Umkreis des immer noch geplanten AKW Wühl sprachen sich 62% gegen jegliches weitere AKW aus.

Darüberhinaus ist vor allem das Vertrauen in Aussagen der Betreiber stark erschüttert. Vertrauten ihnen 1975 noch 67% waren es 1978 nur noch 48%. Von vornherein aus gutem Grund mißtrauisch sind in Mitteldeutschland 49% („Frankfurter Rundschau“, 31.1.79).







# Kunstfehler im Kreiskrankenhaus Friedberg. Skandalöse Zustände gefährden Patienten

Aus dem Kreiskrankenhaus Friedberg (nahe Frankfurt) wurden in den letzten Wochen Tatsachen bekannt, die ein Schlaglicht auf die Mängel in der stationären Patientenversorgung werfen. Schon seit Jahren wurden hinter vorgehaltener Hand Vorwürfe über eine lebensgefährliche Patientenversorgung erhoben, die bisher, wenn sie in die Öffentlichkeit gelangten, von den Ärzten heftig bestritten wurden. Jetzt ereigneten sich innerhalb von 2 Wochen 2 spektakuläre Todesfälle. Am 8. Januar erstickte nach einer routinemäßigen, nur 6 Minuten dauernden Mandeloperation ein fünfjähriger Junge an seinem eigenen Blut, am 21. Januar verstarb eine 26-jährige Frau an einem Vergiftungsschock und Verblutung. Die im 5. Monat schwangere Frau war von ihrem Frauenarzt, der in der Klinik zusammen mit einem anderen Arzt über 25 Belegbetten verfügte, einbestellt worden, da die Herzläge des Kindes nicht mehr zu hören waren. In der Klinik wurde dies durch eine Ultraschalluntersuchung bestätigt, der Tod des Fötus als sicher angenommen. Das tote Kind sollte sofort aus dem Mutterleib entfernt werden. In den folgenden 4 Tagen gelang es den Gynäkologen offenbar nicht, dies durchzuführen. Zunächst sollten die Wehen künstlich eingeleitet werden. Als sich kein Erfolg zeigte, versuchten die Ärzte, mit einer Schlinge das Kind aus der Gebärmutter zu holen. Ohne Erfolg. Nun wurde es kriminell. Da Freitag war, gab der Gynäkologe weitere Versuche auf, verdrängte die Frau auf die nächste Woche und verschwand ins Wochenend. Damit war das Schicksal der jungen Frau besiegelt, denn nun kam, was kommen mußte. Die durch die Manipulationen zwangsläufig in die Gebärmutter gelangten Keime vermehrten sich, es kam zu einer Entzündung der gesamten Gebärmutter und in deren Gefolge zu einer lebensbedrohenden Vergiftung. Jetzt vernachlässigten zwei andere Gynäkologen, mit einer Operation, bei der Kind und Gebärmutter entfernt wurden, das Leben der Frau zu retten, aber vergebens. Wegen ihres schlechten Zustandes noch in die nahe Uniklinik Gießen gebracht, verstarb sie dort noch in derselben Nacht.

Zwei schlimme Einzelfälle, könnte man meinen. Ein Protokoll des HNO-Arztes Dr. Bader, der den fünfjährigen Jungen operiert hatte, zeigt, daß in Friedberg solche Dinge offenbar an der Tagesordnung waren. Einen vorübergehenden Herzstillstand, einen Blutsdruckabfall auf bedrohliche Werte und eine fast zu spät vorgenommene Bluttransfusion allein in seinem Bereich zählt der Arzt innerhalb einer Woche auf. Insbesondere werden der Anästhesieabteilung Mängel vorgeworfen, die auch zum Tode von Patienten hätten führen können („FR“, 26.1.79). Dem Chefarzt der Abteilung wirft er vor, die wichtige Intubation (Einlegen einer Kunststoffröhre in den Kehlkopf, um der Ersticken vorzubeugen) häufig von Schwestern ausführen zu lassen und nicht (wie üblich) von Ärzten. Außerdem habe er den Kollegen des Sanitätsdienstes während der Narkoseleitung schlafend im Operationssaal beobachtet („FR“, 25.1.79).

Der haarsträubende Fall Friedberg ist aber nur die Spitze eines Eisberges. Fälle, wie sie sich dort häufen, sind auch in allen anderen Krankenhäusern Alltag, wenn auch nicht immer in solch krasser Weise. Jeder, der als Pflegekraft oder Arzt in einem Krankenhaus arbeitet, kennt sie, die Infektionen durch mangelnde Hygiene, die nicht rechtzeitig beobachtete Blutung und die Todesmeldung am Montag auf die oft lange Frage ob der Patient, den man am Freitag Nachmittag in kritischem Zustand verlassen hat, noch lebt.

Der „Trost“, er wäre wegen seines Alters, der Schwere seiner Erkrankung oder der fehlenden Heilungsmöglichkeit ohnehin gestorben, erscheint in solchen Augenblicken als blosses Alibi. Ein Alibi für mangelnde Qualifikation und Profitgier der (Fach)Ärzte, schlechte Ausbildung der Assistenten, Arbeitsmangel und Personalmangel bei Pflegepersonal und Ärzten, ein Alibi, das aber für die Verhältnisse in Friedberg nicht gelten kann. Insbesondere der letzte Fall ist eindeutig Putsch und kriminell.

Trifft alles zusammen, wie offenbar in Friedberg, werden schlimmste

Zustände offenbar, die andernorts elegant vertuscht werden. In Friedberg laufen jetzt Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen die an den Todesfällen beteiligten Ärzte. Doch vermutlich werden diese, außer möglichen Geldstrafen, wenn überhaupt, keine weiteren Folgen zu erwarten haben.

Und hier geht der Skandal in Friedberg noch weiter. Nicht etwa der Anästhesist oder der Gynäkologe, denen ganz konkrete krumme Taten vorgeworfen werden, müssen gehen, sondern Dr. Bader, dem es nicht mehr reicht, daß alles hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde. Zunächst hatte er versucht, über den ärztlichen Direktor mit einem Mängelkatalog, der nach den jüngsten Ereignissen von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlicht wurde, die Zustände zu ändern. Er fand kein Gehör. 4 Tage vor dem Tod der jungen Frau wurde er bei einer Ärztesammlung, bei der auch Vertreter des Kreises (Behördenvertreter) anwesend waren, massiv unter Druck gesetzt, das Papier zurückzunehmen („FR“, 26.1.79). Nachdem sich nun die Vorwürfe als traurige Wahrheit erwiesen, wurde Dr. Bader vom Kreis (dem Träger des Krankenhauses) fristlos gekündigt mit der Begründung, „er habe unzureichende Erklärungen im Heutischen Rundfunk und in der Presse über angebliche Unterdrückung seiner Mitteilung an den ärztlichen Direktor abgegeben. Damit sei eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich, da das Vertrauensverhältnis tiefgreifend gestört ist“ („FR“, 31.1.79). Die „FAZ“ hatte schon am Vortag die Kündigung unter Hinweis auf „Stimmen“ gefordert, „die dem HNO-Belegarzt Dr. Bader vorwerfen, dem Ansehen des Krankenhauses durch seine Veröffentlichung schwer geschadet zu haben“ („FAZ“, 30.1.79).

Das ist die perverse Logik der Systemvertreter, die nicht den Angriff, der die kriminelle Tat begeht, wenn er sonst nur ins System paßt, sondern den, der sie aufdeckt. Dagegen und vor allem gegen die kriminelle Putscherei im westdeutschen „Gesundheitswesen“ muß Front gemacht werden!

**Gesundheitskommission**

den, der sie aufdeckt. Dagegen und vor allem gegen die kriminelle Putscherei im westdeutschen „Gesundheitswesen“ muß Front gemacht werden!

**Gesundheitskommission**

nommen werden, also etwa in Richtung gemeindeorientierte Gesundheitsversorgung. Eine Ausnahme macht die Psychiatrie: entsprechend der italienischen Praxis sollte hier bereits kurzfristiger auf eine Auflösung der Anstalten hingearbeitet werden.

Für alternative Modelle, wie etwa das Frauengesundheitszentrum in West-Berlin oder Gruppenpraxen kommt es auf gegenseitiges Lernen, intensive Zusammenarbeit an. Die Aus- und Weiterbildung von Medizinalfachberufen war ein weiterer Schwerpunkt. Hier gibt es bereits einige Modelle wie das Grundbildungsjahr, das Projektstudium etc., wobei der Entwicklung eines positiven Menschenbildes im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen, zerstückelnden Betrachtungsweise große Bedeutung beigemessen wird.

Abschließend wurden Möglichkeiten einer Fortsetzung dieses Neubeginns vom überregionalem Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit diskutiert. In Planung und verschoben überregionale Treffen zu Themen wie Gruppenpraxis und Frauenärztliche. Desweiteren wurde aber auch die große Bedeutung der Entwicklung alternativer Projekte sowie der Zusammenarbeit von Menschen, die im Gesundheitsbereich tätig sind, vor Ort hervorgehoben.

Insgesamt für die etwa 500 Teilnehmer ein sehr ereignisreiches und ermutigendes Treffen!

**Eine Genossin aus Bremen**

## Leserbrief zu „Keine Angst vor Krebs?“

Liebe Genossen, ich bin zwar kein Arzt, habe auch nicht Hackethal gelesen und mich auch sonst mit dem Thema Krebsbehandlung nicht allzu tief beschäftigt. Aus demerselben, allerdings habe ich Krebs und die Tatsache, daß ich wahrscheinlich bald wieder als gesund gelten kann, verdanke ich Urologen. Warum ich das schreibe? Weil ich es langsam unverantwortlich finde, wie in Artikeln des AK zum Thema Krebs mit Parolen wie „Laufen Sie, wenn Sie einen Urologen sehen“ hantiert wird.

Haben die Artikel Fakten gebracht, die überzeugend beweisen, daß es besser sei, sich nicht einer Vorsorgeuntersuchung zu unterziehen? Dazu einige Zitate aus AK 146, S. 13:

„Was Krebs heißt, kann ihn auch hervorrufen“ („Welt“).

– „Auch eifrigste Verfechter der schulmedizinischen Krebsbehandlung sind nicht in der Lage, bei der feingeweblichen Untersuchung mit dem Mikroskop zu einer sicheren (!) Diagnose – Krebs oder kein Krebs – zu kommen.“

Oder:

– „Mammographie steht im Verdacht, Krebs auszulösen“.

Anschließend daran zählt der Artikel auf, wieviel Zehntausende unter unnötigen Operationen leiden mußten. Auch ich verurteile das schärfstens – aus der Erfahrung heraus, daß schon notwendige Operationen oft das Maß des Ertragbaren überschreiten, um wieviel mehr dann die „Schnapptelefon“. Aber was empfiehlt ihr denn eigentlich den Patienten? Sollen sie warten, bis die Schulmedizin absolut sichere Diagnosemöglichkeiten hat? An kann noch lange dauern und an wem sollen sie erprobt werden? Woher habt ihr den „Verdacht“, daß Mammographie Krebs auslöst?

Ich finde es albern, von der Medizin zu erwarten, sie könne uns eines Tages die fertige, völlig ungefährliche Diagnose und Behandlung frei Haus liefern. Wahrscheinlich wird man gar nicht umhin können, bestimmte Dinge beim Menschen zu erproben, auch wenn das vorher schon an tausend Ratten gemacht wurde – weil es eben doch etwas anderes ist. Für mich stellt sich dabei die Frage nur:

- Kennt der Patient die möglichen Folgen?
- Kann er eine echte Entscheidung treffen, was er will und

was nicht? Ist alles geschehen, um das Risiko möglichst klein zu halten? Was sollten auch Kriterien für fortschrittliche Mediziner sein? Leichtsinng finde ich auch Sätze wie diesen im AK „Um den statistischen (!) Erfolg komplett zu machen wird jetzt erwogen, auch die 15 bis 29-jährigen Frauen in die Vorsorgeuntersuchung miteinzubeziehen“, wenn dann im nächsten Absatz suggeriert wird, die Frau, die sich der Vorsorge unterzieht, liege auch schon halb auf dem Operations-tisch mit amputierter Brust. Das ist Leichtsinng! Wenn die Mammographie tatsächlich krebszerzeugend ist, dann weg damit! Aber die Erwerterung der Vorsorge kann ich nur begrüßen, weil es für viele tatsächlich nicht zu spät ist, wenn Krebs früh genug bemerkt wird.

Im Übrigen halte ich von Hackethals sinnigen Vorschlägen, wie er seine krebkrankten Schwiegermutter gab, nämlich einen längeren Urlaub auf den Bahamas zu machen, statt einer Behandlung, nicht viel – zumindest nicht bei jüngeren Menschen.

Wichtig sind für mich solche Fakten, was, daß über 40 % der Hausärzte Krebs nicht erkennen, was ich auch schon von vielen Patienten gehört habe, die deshalb manchmal jahrelange Leidenswege hinter sich hatten und bei denen es irgendwann zu spät war für den Spezialisten.

Von der Diskussion im AK erwarte ich deshalb nicht, zum x-ten Mal zu hören, daß der Kapitalismus am Krebs schuld ist (was ja stimmt), und auch nicht, daß wir vor Ärzten davonlaufen sollen, wenn das nur auf Spekulation beruht. Ich erwarte: Welche Anforderungen stellen wir an die medizinische Forschung, an Ärzte, besonders an fortschrittliche? Wie können sie uns unterstützen dagegen, als Versuchs-krieger ausgenutzt zu werden? Wie können wir erreichen, nicht in Fachchinesisch, sondern ganssestens verständlich beraten zu werden? Wie können wir selbst uns zusammenschließen? Damit eben nicht Tausende bei Ärzten hocken bleiben, die keinen Schimmer haben und Krebs für eine Entzündung halten, damit wir nicht dumm gehalten werden können, sondern beste Behandlung erfahren!

**Ein Westberliner Genosse mit Krebserfahrung**

bei der Kind und Gebärmutter entfernt wurden, das Leben der Frau zu retten, aber vergebens. Wegen ihres schlechten Zustandes noch in die nahe Uniklinik Gießen gebracht, verstarb sie dort noch in derselben Nacht.

Fall ist eindeutig Putsch und kriminell.

Trifft alles zusammen, wie offenbar in Friedberg, werden schlimmste

# „Humanisierung des Gesundheitswesens“

Auf Einladung der Fachgruppe Medizin am Oberstufen-Kolleg sowie dem Zentrum für Interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld fand vom 26. bis 28.1. nach sechs Jahren erstmals wieder ein medizinisch-soziologischer „Alternativkongress“ statt.

Das Thema „Humanisierung des Gesundheitswesens“ beinhaltet eine Fülle von Teilbereichen, die untergliedert werden in „Gesundheits- und Krankheitsverständnis“, „Institutionelle Strukturen der Krankenversorgung und mögliche Alternativen“, „Berufsethik und neue Kooperationsformen“, „Aus- und Weiterbildung“ und „Präventionsstrategien“. Außerdem fand ein Projektbasar statt, auf dem sich mit Hilfe von Steiwänden und Diskussionsmöglichkeiten viele verschiedene Initiativen und alternative Projekte vorstellten. Ein Workshop bot Gelegenheit zu psychosozialen Training in kleinen Gruppen.

Den ersten Abend schloß eine Podiumsdiskussion ab, die sich als nichttagessendes „Expertengespräch“ gestaltete. Da fiel es gar nicht auf, daß ein „gestandener“ Klinikchef seine Thesen über die „Humanisierung des Gesundheitswesens“ darlegte. Positiv waren dagegen die Beiträge zum Thema Frauen und Gesundheit von der Politologin I. Kickbusch (Konstanz), auf die aber trotz Aufforderung niemand auf dem Podium eingehen mochte.

Einen besonderen Beitrag leistete die Leitende Schwester, Frau K. Krüger (Hannover), die auch als Vertreterin der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie sprach. Auf konkrete Probleme eingehend, erklärte sie eine Behandlung „psychisch Kranker“ mit Elektroschocks für notwendig, wenn vorher eine einwählige medikamentöse Behandlung nicht geholfen hätte. Die Frage aus dem Publikum, ob Elektroschocks zum Therapieprogramm der DGSP gehören, wollte sie nicht beantworten. So sieht also die „Humanisierung des Gesundheitswesens“ von oben aus.

Am Samstag diskutierten über 400 Teilnehmer (hauptsächlich Medizinstudenten und Ärzte) in 36 Untergruppen. (Einen Überblick wollen wir später geben, da z.Z. die Protokolle noch nicht vorliegen.) Bei der Abschlussskizze am Sonntag faßte R. Schwendler vom Fachbereich Sozialwesen in Kassel die Ergebnisse der Untergruppen so zusammen:

Dem Abbau des Expertentums mit Hilfe von Selbsthilfegruppen, Entwicklung von „sekundären Experten“ und der Aktivierung der Patienten wird große Bedeutung beigemessen. Innerhalb der Institutionen, die als krankmachender Faktor eine Rolle spielen, bleibt augenblicklich nur „kleines Brötchen backen“. Mitarbeit in Gewerkschaften, soweit möglich, Bekämpfung des „Integrierten Systems Medizinischer Versorgung“, das in Zukunft die Entmenslichung des Gesundheitswesens weiter vorantreiben wird. Langfristig müssen die Institutionen in das Alltagsleben des Menschen zurückge-

nommen werden, also etwa in Richtung gemeindeorientierte Gesundheitsversorgung. Eine Ausnahme macht die Psychiatrie: entsprechend der italienischen Praxis sollte hier bereits kurzfristiger auf eine Auflösung der Anstalten hingearbeitet werden.

Für alternative Modelle, wie etwa das Frauengesundheitszentrum in West-Berlin oder Gruppenpraxen kommt es auf gegenseitiges Lernen, intensive Zusammenarbeit an.

Die Aus- und Weiterbildung von Medizinalfachberufen war ein weiterer Schwerpunkt. Hier gibt es bereits einige Modelle wie das Grundbildungsjahr, das Projektstudium etc., wobei der Entwicklung eines positiven Menschenbildes im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen, zerstückelnden Betrachtungsweise große Bedeutung beigemessen wird.

Abschließend wurden Möglichkeiten einer Fortsetzung dieses Neubeginns vom überregionalem Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit diskutiert. In Planung und verschoben überregionale Treffen zu Themen wie Gruppenpraxis und Frauenärztliche. Desweiteren wurde aber auch die große Bedeutung der Entwicklung alternativer Projekte sowie der Zusammenarbeit von Menschen, die im Gesundheitsbereich tätig sind, vor Ort hervorgehoben.

Insgesamt für die etwa 500 Teilnehmer ein sehr ereignisreiches und ermutigendes Treffen!

**Eine Genossin aus Bremen**

Unbequeme

Stachrichten

Extra

Seit ca. 2 Jahren arbeitet in Köln das Beschwerdezentrum. – LKH Be-

Unbequeme

Stachrichten

Extra

Seit ca. 2 Jahren arbeitet in Köln das Beschwerdezentrum. – LKH Be-

trifftene gemeinsam mit Interessierten – gegen die unzumutbaren und verbrecherischen Zustände in den Rheinischen Landeskrankenhäusern (LKH).

Es gelang uns, die katastrophalen Zustände im LKH Brauweiler aufzudecken, was daraufhin im vergangenen Jahr geschlossen werden mußte. Durch zahlreiche Zuschriften von „Patienten“ erfahren wir immer wieder, daß die gleiche verheerende Praxis in den anderen LKH's ebenso üblich ist: „Patienten“ beschwerten sich ständig über hemmungslose Spritzenverbrechungen, körperliche Mißhandlungen, willkürliche Zwangsunterbringung durch fadenscheinige Gutachten, völlige eigene Rechtslosigkeit und keine wirksame Beschwerdemöglichkeit. Immerhin konnten wir vor Gericht nachweisen, daß im LKH Düren genau wie vorher in Brauweiler unverantwortlich gespritzt wird und daß die Menschen im LKH nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

In den „Unbequemen Nachrichten“, einer Zeitung des Beschwerdezentrums (Anlage) haben wir das Leben von Josef B. veröffentlicht, der seit 12 Jahren zu Unrecht im LKH Düren einsitzt. Er gehört zu den Ärmsten der Armen, wurde in Waisenhausen und Erziehungsheimen groß, und war schon immer völlig auf Behörden angewiesen. Josef B. hat bis heute nie eine Möglichkeit gehabt, ein eigenständiges Leben zu führen. Im LKH Düren wurde Josef B. systematisch fertig gemacht und bereits in mehrere verzweifelte Selbstmordversuche getrieben. Eine Behandlung fand bei ihm bis heute nicht statt. Bei unangenehmem Verhalten wird er mit Dämpfungsmitteln und Spritzen ruhiggestellt. Bei Josef B. führte das nachweislich zu Vergiftungserscheinungen und einer Tablettenvergiftung, die bis heute anhält. Beweise dafür haben wir verknüpft veröffentlicht (s. Anlage).

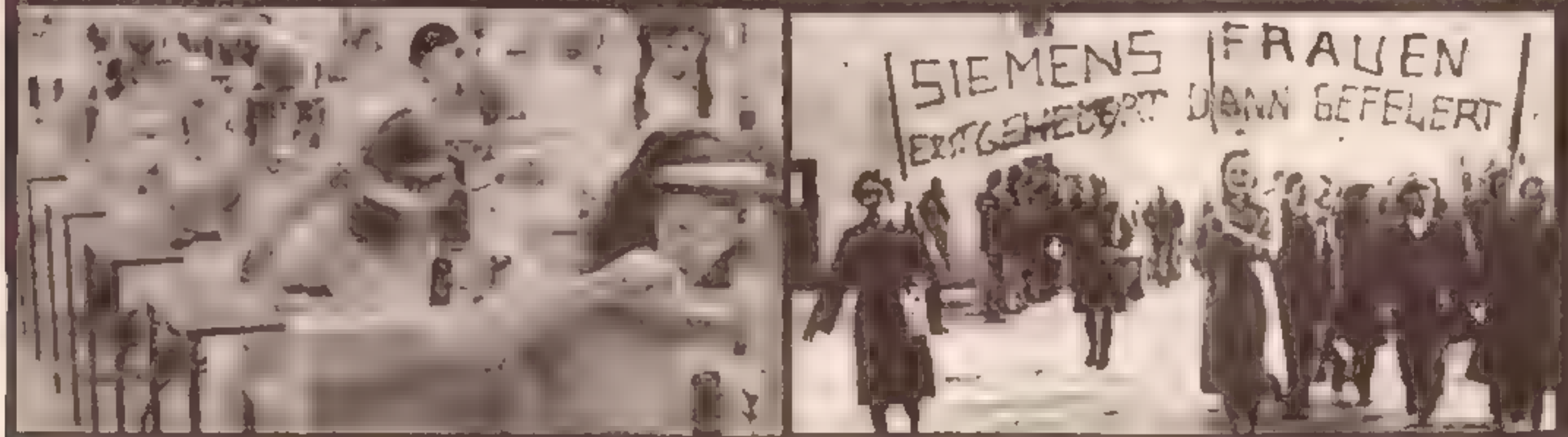
Bei der Staatsanwaltschaft Köln erstatteten wir gegen den Landschaftsverband Rheinland (LVR) und den zuständigen Arzt Dr. Horst Werner Straßenzuge wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Mißhandlung vom Nichtlosen. Um Gerechtigkeit für Josef B. zu erreichen, ist es jedoch damit nicht getan. Öffentlichkeit ist ein entscheidender Schritt gegen die grauenhaften Verhältnisse in den LKH's. Josef B. ist kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für viele.

Köln, den 11.1.79

Beschwerdezentrum  
Lohstr. 25  
1000 Köln 1  
Tel.: 0221/558189 (täglich)



# Betrieb und Gewerkschaft



## Linke Betriebsräte in der BRD — Eine notwendige Diskussion hat (wieder) begonnen

In etwa 50 Betrieben konnten linke Listen, linke Oppositionsblöcke oder gar linke Betriebsräte bei den Betriebsratswahlen 1978 Erfolge erzielen und sind als Opposition im Betriebsrat vertreten. In der Regel waren sie gezwungen, eigene Listen aufzustellen, da in vielen Betrieben altgediente Betriebsratskandidaten ihre Machtpositionen benutzten, eine aktive und demokratische Betriebsratsarbeit zu verhindern. Sie können sich dabei zumeist auf die im Betrieb dominierende OGB-Gewerkschaftsvertretung stützen. Von den Führungen der OGB-Gewerkschaften wird eine gute, eine demokratische Kandidatenaufstellung und Wahl der Betriebsräte zu verhindern. Hauptkriterium ist für sie, solche Betriebsräte zu haben, die der offiziellen Gewerkschaftspolitik trauen ergeben sind.

Linke Betriebsräte sind daher, wollen sie nicht auf die Verwirklichung demokratischer Regeln und einer an den Interessen der Kollegen orientierten Politik verzichten, fast zwingend in der Opposition zur alten Betriebsratsmehrheit und zur politischen Praxis der OGB-Gewerkschaft im Betrieb. Oppositionelle Betriebsratsgruppen, linke Betriebsräte stehen bei ihrer Arbeit vor zwei Grundproblemen:

- Sie führen ihre Arbeit unter der Bedingung schwach entwickelten Klassenbewusstseins durch und sind gebunden an ein vom Kapital diktiertes Gesetz: das Betriebsverfassungsgesetz, das nur einen engen Spielraum für aktive Betriebsratsarbeit läßt und eine Reihe von Fesseln („Friedens- und Schweigepflicht“) enthält.
- Sie haben in der Regel keine gewerkschaftliche Unterstützung. Sie stehen einer Front aller und gewerkschaftlicher Betriebsratsmehrheiten gegenüber, die ihre Mehrheiten ausnutzen, die Opposition von wichtigen Ausschüssen und Informationen fernzuhalten. Schlimmer noch: Durch die gewerkschaftliche Praxis, linke Minderheiten aus den Gewerkschaften auszuschließen, fehlt ihnen jeder gewerkschaftliche Schutz, sind sie dem Druck von Unternehmensleitungen noch stärker ausgesetzt, als es sowieso der Fall ist.

### Erfahrungen austauschen und diskutieren!

Erstmal nach den Wahlen 1978 hat jetzt ein Erfahrungsaustausch der Arbeit oppositioneller Betriebsratsgruppen stattgefunden. Am 14.1.79 hatte das SB („Sozialistisches Büro“) Oppositionsgruppen von Daimler-Benz Stuttgart, Opel Bochum und Bayer Leverkusen sowie aus Frankfurter Betrieben zu einer Diskussion nach Frankfurt eingeladen. Dabei gab es eine Reihe konkreter Erfahrungen zu diskutieren. Darüber hinaus war die Veranstaltung bestimmt von einer starken Polarisierung bestimmt. Die Vertreter der „Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe“ bei Opel Bochum stellten ihre konkrete Arbeit dar und verbunden sie mit ihrem weitergehenden Anspruch der Abschaffung des Lohnsystems. Sie kritisierten, daß die anderen Vertreter — Bayer und Daimler Kollegen — sich zu sehr darauf beschränkten, das bestehende Betriebsverfassungsgesetz und die betrieblichen Gegebenheiten auszuhebeln, ohne diese Perspektive dabei im Auge zu haben. Gerade von den Opel-Kollegen wurde ihre Orientierung auf selbständige Aktionen der Kollegen, vor allem den Streik betont. Demgegenüber waren Kollegen von Daimler und Bayer darauf hin, daß es für sie in erster Linie gelte, ihre Betriebsräte nicht entlang dem Bewußtsein der Kollegen zu machen und daß diese Tätigkeiten eben unter der Existenz solcher Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz stünden, das heute überwiegend noch akzeptiert werde. Trotz dieser Differenz verstanden die Beteiligten, die Debatte weiterzuführen. Das SB hat mit der letzten Ausgabe seines Betriebs-„Express“ die Diskussion ebenfalls weiterverfolgt. In der „Roten Fahne“ vom 25.1. hat auch die KPD in die Diskussion eingegriffen. Wir hoffen diesen notwendigen Austausch von Erfahrungen und die Diskussionen herum. Wir wollen aus deren beteiligten und drucken nachstehend Beiträge der Oppositionsgruppen von Daimler-Benz Stuttgart, Opel Bochum, Bayer Leverkusen (alle entnommen aus „Express“ 1 vom 16.1.79).

Wir fordern alle Oppositionsgruppen in Betrieben, alle oppositionellen Betriebsräte im KB und außerhalb des KB auf, sich an dieser notwendigen Diskussion mit ihren Erfahrungen und Meinungen zu beteiligen.

## Opel Bochum

### Zur Situation der „Liste für die Belegschafts-forderungen“

Nach der Betriebsratswahl haben wir (9 Betriebsräte) in unserem ersten Informationsblatt erklärt: „Wir schätzen diese Wahl insgesamt als Erfolg für die Belegschaft ein.“ Die bisherige Entwicklung im Betriebsrat bestätigt das Urteil.

Dazu werden wir als klassenkämpferische Gewerkschafter aufgrund der objektiven Bedingungen vor schwierige Aufgaben gestellt.

- Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn erfordert mehr denn je konsequente Ablehnung der Verhandlungen mit der Unternehmensleitung.
- Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit am 16.11.78 (tödlicher Unfall an Schweissgerät) ist in seiner Kabinat unter einer nach ordnungsgemäß befestigten Schweißbock verblüdete —) müssen wir in Verbindung mit dem von uns in Augen abgeleiteten Rat an Lernungsprogramm verschärft anpacken.
- Von den 48 gewerkschaftlichen Lehrlingen, die im Januar 1979 die Lehrabschlussprüfung machen, will Opel nur vier in ihren Beruf übernehmen. Auch vier Bürogelübten, die sich bisher sehr müht und mit Teilerfolg (befristete Verträge) gegen ihre Entlassung gewehrt haben, sind für Ende Dezember gekündigt worden.
- Die Tarifrunde läuft sehr schleppend an. Die Erfahrungen vom Vorjahr (über 90% für Streik, dann Abbruch ohne Kampf mit 5%) sitzt als Resignation tief in den Knochen. Die anhaltende Konjunktur in der Automobilindustrie hält die Hoffnung wach, sich mit dem vergleichsweise besseren Opel-Lohn und der einen oder anderen Extra-Schicht besser über Wasser halten zu können als die von Kurzarbeit und Entlassung bedrohten Stahlkollegen in unserer Umgebung oder gar die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Auf diesem Hintergrund etwa ist die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb und die Lage im Betriebsrat zu beurteilen.

1.) Sofort nach der Wahl haben sich 15 der 19 „IG Metall-Listen“-Betriebsräte (14 rechte SPD, meist die alte Betriebsrats-Garde, plus der DKP-Betriebsrat Jaszczyk) mit den 7 (auch von Gewerkschaftsverfahren betroffenen) CDU-Betriebsräten zusammen getan und den Betriebsrats-Vorstand besetzt. G. Perschke wieder Vorsitzender, als Stellvertreter der neu gewählte Meister (!) Siepmat. Mit einer Ausnahme (Juso Reppel) stellen sie auch den geschäftsführenden Ausschuß, die Vertretung im Gesamtbetriebsrat, sowie die Ausschuß-Vorsitzenden.

Genau entgegen unserer Forderung, als Blockbetriebsräte Produktionsbereichen zugeteilt zu werden, erhielten wir dann prompt — mit einer Ausnahme — die Facharbeiter und Zeitlohnabteilungen zugewiesen. Alle diese Maßnahmen resultierten aus der Überlegung, wie man uns möglichst aus den entscheidenden Gremien fernhalten und uns in der Belegschaft toilaufen lassen könnte.

2.) Über 70 Gewerkschaftsverfahren laufen gegen die Betriebsrats-Kandidaten, die als IG-Metall nicht auf der offiziellen IG-Metall-Liste kandidiert haben. Dazu strengte Perschke

## Bayer Leverkusen Opposition soll isoliert werden

Bei der Betriebsratswahl in der Bayer AG, Leverkusen, hat die Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ auf Anhieb 36 Prozent der Stimmen im Arbeiterbereich und 19 Prozent im Angestelltenbereich erhalten, sie besetzte damit 13 von 49 Betriebsratsitzen.

Bei der konstituierenden Sitzung des Betriebsrats wurde von der Mehrheit der IG-Chemie-Betriebsräte konsequent eine Mitarbeit sowohl bei den Freistellungs als auch in den Betriebsratsausschüssen verhindert, während einer Mitarbeit von DAG und CGB-Vertretern in den Ausschüssen zugestimmt wurde. Damit will die Mehrheit die Arbeit der oppositionellen Gewerkschafter nicht nur erschweren, sondern auch bei den wichtigen Entscheidungen, die in den verschiedenen Ausschüssen getroffen werden, ausschalten. Dies gilt insbesondere für die Arbeit im Personalausschuss, im Betriebsausschuss und im Wirtschaftsausschuss.

Von den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses erhalten die Kolleginnen und Kollegen kein schriftliches Protokoll. Ihnen steht lediglich das Recht zu, in die Protokolle, die auf dem Betriebsratsbüro gesammelt werden, Einsicht zu nehmen.

Auch in den Betriebsrats-Sitzungen wird die oppositionelle Minderheit in ihren Möglichkeiten laufend eingeschränkt. Nach zwei bis drei Wortbeiträgen wird grundsätzlich der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, der dann von der Betriebsrats-Mehrheit angenommen wird. Eine konkrete Mitarbeit und die Auseinandersetzung für eine veränderte Betriebsratspolitik gegenüber dem Unternehmer wird

durch das Verhalten der IG-Chemie-Mehrheit im Betriebsrat von vornherein verhindert.

Für die Kolleginnen und Kollegen von der oppositionellen Liste bedeutet dieses Vorgehen der Betriebsrats-Mehrheit einen wichtigen Lernprozeß. Sie mußten lernen, ihre Betriebsratsarbeit ohne die Möglichkeit eines direkten Einflusses im Betriebsrat und in den Betriebsrats-Ausschüssen zu organisieren. Das heißt:

- nicht nicht in Geschäftsordnungsdebatten verwickeln lassen,
- Anträge in den Betriebsrat einbringen, die sich an den konkreten Interessen und Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb orientieren,
- alle von ihnen eingebrachten Anträge im Betrieb bekanntzumachen und über
- die Entscheidungen des Betriebsrates zu den gestellten Anträgen die Belegschaft informieren.

### Mit Hilfe von Gerichtsverfahren die Opposition fortgmachen

Am 7.9.1978 verteilten die „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ ihr erstes Flugblatt nach der Betriebsratswahl. In dem Flugblatt wird u.a. die Praxis des Betriebsrates bei Kündigungen kritisch dargestellt. Dem Personalausschuss des Betriebsrates, der über Kündigungen, Versetzungen usw. entscheidet, wird vorgeworfen, bei beantragten Kündigungen:

- nicht lange nach Widerspruch gründen zu suchen,
- keine persönliche Anhörung der von einer Kündigung bedrohten Kolleginnen und Kollegen vorzunehmen,

- innerhalb von zwei Monaten nur in einem Falle von 16 beantragten Kündigungen widersprochen zu werden.

Gegen diese Behauptungen haben die Personalausschuss-Mitglieder beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung beantragt. Am 16. Oktober 1978 hat das Arbeitsgericht im Wege einer einstweiligen Verfügung den Verfasser des Flugblattes unterzagt, weiterhin zu behaupten, „der Personalausschuss des Betriebsrates der Firma Bayer AG, Werk Leverkusen, habe innerhalb von zwei Monaten ab der 1. Sitzung (14.6.) nicht nur einer von 16 Kündigungen, sondern von 33 Kündigungen vier Kündigungen widersprochen“. Alle anderen Behauptungen dürfen weiterhin verbreitet werden.

Insgesamt kann das Ergebnis der einstweiligen Verfügung als Erfolg für die oppositionelle Gruppe gewertet werden. Dies haben auch die Mitglieder des Personalausschusses erkannt und gegen die von ihnen angestrebte einstweilige Verfügung Beschwerde eingelegt. Sie wollen erreichen, daß auch die übrigen Behauptungen nicht wiederholt werden dürfen.

Mit dieser Taktik, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um Gerichte anzurufen, versucht die Betriebsratsmehrheit die Kolleginnen und Kollegen von der oppositionellen Liste so zu beschäfigen, damit sie von ihrer eigentlichen Betriebsratsarbeit im Be-

trieb abgehalten werden. Ein weiteres Ziel, das hinter der Einleitung von Gerichtsverfahren durch die Betriebsratsmehrheit stehen kann, ist die finanzielle Belastung, die dadurch auf die Kolleginnen und Kollegen zukommt. Wenigstens materiell will man sie vernichten, wenn es schon nicht anders möglich ist.

Am Rande sei noch vermerkt, daß die Betriebsrats-Mehrheit von Rechtsanwalt Heinz Geier vertreten wird, der als Justiciar beim IX.B Bundesvorstand beschäftigt ist, nebenher noch ein eigenes Rechtsanwaltsbüro (in den Räumen des IX.B Bundesvorstandes) unterhält und als Gewerkschaftsvertreter im Ausschuss der Bayer AG sitzt.

### IG-Chemie-Verwaltungsstelle klagt gegen den Hauptvorstand

Den Beschluß des IG-Chemie-Beschwerdeausschusses, daß die vom Hauptvorstand aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“, weiterhin Mitglied der IG Chemie sind, will der Vorstand der Verwaltungsstelle Leverkusen nicht akzeptieren (Die IG Chemie-Verwaltungsstelle hatte gegen 60 Kollegen den Ausschluß beantragt! Anna des AK).

In der letzten Sitzung des Vorstandes der Verwaltungsstelle — die Mehrheit der Vorstandsmitglieder kommt aus der Bayer AG — hat der Vorstand gegen wenige Stimmen beschlossen, den Hauptvorstand der IG Chemie zu verklagen.

Ziel der Klage soll sein, die Entscheidung des IG-Chemie-Beschwerdeausschusses aufzuheben und damit durchzusetzen, daß die Betriebsräte der oppositionellen Liste nicht Mitglieder der IG Chemie bleiben dürfen.

A.D.T.m



## Fortsetzung von S. 15

ein Verfahren an gegen die beiden Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung, da sie sich unrechtmäßig mehrfach 5,- DM Sitzungsgeld zugesprochen hätten. Ein Betriebsrat der IG Metall-Liste, der als linker SPDler den alten Haufen scharf bekämpft, erhielt ein Verfahren, da er auch eine eigene Liste geplant haben soll.

Die Verfahren sind bisher noch nicht angelaufen. Viele Kollegen sind natürlich gespannt, was mit den noch nicht ausgeschlossenen Kandidaten unserer Liste passiert. 3.123 Belegschaftsmitglieder hatten unsere Liste gewählt und damit unser Programm, in dem wir dazu aufgefordert hatten, zum arbeiterfeindlichen Kurs der Gewerkschaftsführung Stellung zu beziehen; am Beispiel der Tariffragen und des Kampfes für die Arbeitszeitverkürzung hatten wir das ja auch klar getan.

3) In diesem Zusammenhang ist die wichtigste inhaltliche Auseinandersetzung zu sehen, die die Betriebsräte und Gewerkschaftsarbeit seit Mai bei Opel bestimmt: die Anträge der Geschäftsleitung auf Sonderschichten im Juni erreichten wir in Zusammenarbeit mit den Juso-Betriebsräten zu nächst eine Ablehnung von 24 Stimmen gegen 13; 14 Tage später der große Umfalter; bei wiederholtem Sonderschichten-Antrag stimmten 22 zu, nur 17 blieben bei dem „Nein“. Im September sollte Opel 8 weitere Sonderschichten haben und „bot“ zusätzlich 125 DM und einen Tag bezahlt ohne Arbeit. Mit Hilfe eines klaren Votums der Vertrauensleute erreichten wir 20 Stimmen gegen diese Arbeitszeitverlängerung, 19 Betriebsräte (einschließlich Perschke) stimmten zu und machen seitdem Stimmung gegen den Ablehnungsbeschluss.

In der Vertrauensleutevollversammlung unterstützte Heinz Jansen

vom IG-Metall-Vorstand diese knappe Mehrheitsentscheidung. Dabei stellte ein Kollege dann fest, daß die „Chancen“ diese Entscheidung schließlich mitübergeführt hätten und fragte, ob die nicht in die IG-Metall und die anderen raus gehörten ... Es gibt jetzt, auch im Zusammenhang mit der Entwicklung bei Daimler-Benz, eine ganze Menge Kollegen und Vertrauensleute, die einen Wiederaufnahmeantrag unsererseits unterstützen würden.

Besonders schlimm und für uns äußerst erschwerend war und ist die Haltung der Rüsselsheimer Betriebsräte, die ja den Sonderschichten zugestimmt haben und damit unseren reaktionären Geschäftsleitungsfeinden Wasser auf die Mühlen geben.

4) Die Widersprüche, die bei der Sonderschichtendeckelung eine Einigung grundsätzlich unmöglich machen, treten natürlich auch in den anfangs kurz angerissenen Problembereichen auf. So haben wir zur Zeit im Betriebsrat eine totale Konfrontation, die eigentlich nur mit Auflösung und Neuwahlen beendet werden könnte. Soweit möglich, gehen wir mit den rund fünf Betriebsräten zusammen, die sich ebenfalls um einen klaren Kurs gegen das Opel-Kapital bemühen. Dabei werden wir unterstützt:

a) von der Vertrauenskörperleitung, die die Kritik an der jetzigen Betriebsratsführung unterstützt, aber unsere Einschätzung der IG-Metall-Führung (defensiv) zurückweist;

b) von einigen Vertrauensleuten, die unseren Kurs insgesamt richtig finden sowie

c) einem kleinen Teil der Belegschaft, besonders aus dem Produktionsbereich, die besonders in der schwierigen Frage der Sonderschichten-Ablehnung hinter uns bleibt.

5) Das Wahlergebnis und die harten, vor und mit der Belegschaft schwierigen zu führenden Auseinandersetzungen

mit den verschiedenen Kräften und Strömungen im Betriebsrat und Vertrauenskörper haben uns dazu gedrängt, über unsere bisherige Arbeit eine gründliche Aufarbeitung zu beginnen. Unsere Diskussionsarbeiten können hier ebenfalls nur kurz angesprochen werden.

• Wie ordnen wir unsere gewerkschaftsoppositionelle Arbeit in die Entwicklung der Gewerkschaft ein, wie sie besonders seit dem 2. Weltkrieg in der BRD läuft?

• Wie sind die verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsopposition heute einzuschätzen, wo liegen unsere Gemeinsamkeiten, unsere Differenzen?

• Welche Bedeutung hat jetzt die „klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung“ gewonnen; wie sieht unsere Zukunftsperspektive aus?

• Wie schätzen wir in dem Zusammenhang die kommunistische Bewegung in der BRD ein; in welchem Verhältnis dazu sehen wir unsere Arbeit als klassenkämpferische Gewerkschaft?

• Wie hat sich das Verhältnis unserer Betriebsrats-Arbeit zur gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb verändert, seitdem die Belegschaft erfahren hat, daß ein paar „Aufreimer“ im Betriebsrat auch nicht ihre Interessen besorgen können?

• Welche Möglichkeiten sehen wir jetzt in der Betriebsrats-Arbeit, in welchem Maß und in welcher Form müssen wir den Schwerpunkt bei der Arbeit auf die gewerkschaftliche Auseinandersetzung legen?

• Wie können wir unsere Gruppenarbeit entsprechend lebendig gestalten; wie die Verbindung zu den fortschrittlichen Kollegen und Kollegen in den anderen Betrieben praktizieren?

27.11.78, EINIGE BETRIEBSRÄTE IFR GOG-BOCHUM



Betriebsratgruppe um Willi Hoss bei Opel Bochum

## Daimler-Benz Stuttgart Drei Monate im neuen Betriebsrat

### Gespräch mit einem Mitglied der Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim

„express“: Was hat sich eigentlich verändert, seit der neue Betriebsrat gebildet wurde?

Früher waren wir eine fünf Mann-„Opposition“, „ohne Verantwortung“, wie die Betriebsräte der IG Metall Liste immer wieder betonten. Jetzt stehen wir in der vollen Mitverantwortung, jetzt zeigt sich, was wir wirklich verändern können am Arbeitsstil und an den Inhalten. Der

Belegschaft grundsätzlich deutlich zu machen, und damit aufzuzeigen, daß der Tarifvertrag für uns nur Mindestbedingungen absichert. So wollen wir Voraussetzungen schaffen für den Abschluß von Betriebsvereinbarungen, die über die Bestimmungen des Tarifvertrages hinausgehen. Wenn eine Absicherung gegen Abgruppierungen bei Daimler-Benz nicht möglich ist, bei der guten Geschäftslage, wo denn sonst?

„express“: Zeigen sich auch sachliche Differenzen, selbst wo Ihr Euch die größte Mühe gebt, das Denken in starren Fraktionsblöcken zu überwinden?

Ja, da ist das ISAA — Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung, auf deutsch, Allumfassendes Personalinformationssystem. Die Firma will ein perfektes Personalinformationssystem aufbauen. (Wir wollen darüber für den Februar „express“ einen Bericht schreiben). Unsere Zustimmung will sie mit dem Vorwand erreichen, daß so die Voraussetzungen geschaffen werden, Arbeitsplätze für ältere oder leistungsgeminderter Kollegen zu finden. Die Meinung der IG Metall hierzu beschränkt sich darauf, zu sagen, wir akzeptieren das System, wenn wir darin mitbestimmen können und wenn der Datenschutz gesichert ist. Unsere Position: Wir verweigern der Firma jede persönliche Information, die über die jetzt schon bestehende hinausgeht. Wir haben mehrmals alternative Vorschläge gemacht, wenn die Firma wirklich auf um die Arbeitsplatzfindung für bestimmte Kollegen besorgt wäre, können sie sich auf unsere Vorschläge einlassen. Das wäre auch viel billiger.

„express“: Schlagen sich solche inhaltlichen Unterschiede auch in Abstimmungen nieder?

Da haben wir gerade die erste schwierige Erfahrung gemacht. Es geht um das Rechtswertsystem, das ist ein neues Gehaltsberechnungssystem für Angestellte. Die IG Metall befürwortet das System mit dem Argument, es sei eine Objektivierung der Gehaltsberechnung. Wir sind aber der Meinung, es ist die Vorstufe zur Durchnationalisierung, zum Wegfall von Arbeitsplätzen und zu Abgruppierungen. Eigentlich ist es eine analytische Arbeitsplatzbewertung. Obwohl unserer Meinung nach alle Argumente gegen das System sprechen, stimmten die IG Metall Betriebsräte unter dem Druck des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden geschlossen dem neuen System zu, während wir und die Vertreter der Angestelltengruppen das System ablehnen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen.

„express“: Was habt Ihr in der nächsten Zeit vor?

Vor allem wollen wir den Anlaufstellen näherkommen. Die freigestellten Betriebsräte sollen in ihren Bereichen soweit möglich Anlaufstellen errichten können: Telefon, Schreibtisch, Büroschrank, Sachbearbeiter. So werden sie von Arbeiten entlastet, die sie an der Wahrnehmung ihrer eigentlichen Arbeit behindern, z.B. Schreibarbeiten, Statistiken, Weiterleiten von Anfragen, Beschwerden, die an den Vorgesetzten gehen müssen, usw. Stattdessen werden sie freier in der Abklärung ihres Bereiches anwesend sein. Probleme, die die Kollegen artikulieren, direkt aufzunehmen. Alternativen mit ihnen zu entwickeln und dann praktische politische Schritte einzuleiten, Betriebsvereinbarungen zum Beispiel.

## 70 Gewerkschaftsausschlußverfahren bei 70 Gewerkschaftsausschlußverfahren bei Opel Bochum

Von 76 eingeleiteten Untersuchungsverfahren über „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ bei Opel in Bochum sind bereits abgeschlossen und müssen vom Hauptvorstand der IG Metall behandelt werden. „Angeklagt“ waren 7 Mitglieder der „Liste für die Belegschaftsfindungen“. Im April 1977 (damals aus GOG Bochum) mit einer eigenen Liste im Betriebsrat vertreten ist ihnen wird die Bildung einer eigenen Liste anlässlich der Betriebsratswahlen 1978 vorgeworfen. Hier die Urteile:

- 2 Ausschlüsse aus der Gewerkschaft
  - 1 Kollege erhält 3 Jahre Funktionsverbot (er hatte bereits nach den Wahlen 1975 zwei Jahre Funktionsverbot)
  - 2 Kollegen erhalten 2 Jahre Funktionsverbot
  - 2 Kollegen erhalten eine „Rüge“
- Gegen 7 weitere Mitglieder dieser linken Liste laufen noch Verfahren. Die 10 restlichen Mitglieder sind bereits nach den Betriebsratswahlen

1972 und 1975 ausgeschlossen worden.

Neben diesen 14 Verfahren gegen die Linken, die bei den BR-Wahlen 25,1% der Stimmen erhielten, laufen noch folgende Verfahren:

- 37 gegen die Liste 1 CDA/CDL in der IGM (16,6%)
- 9 gegen die Angestellten-Liste der (DA/DU in der IGM (1 Sitz im BR)
- 1 Verfahren gegen einen türkischen Einzelkandidaten
- 3 gegen die von der IGM-Liste abgesprungene „Basis-Liste“ (ohne Sitz im BR)

Das Verfahren gegen die Linken sind vorgetragen worden. Unklar ist bis jetzt geblieben, wie die unterschiedlichen Urteile zu erklären sind. Nach vorläufigen mündlichen Angaben von einem GOG-Mitglied muß die unterschiedliche Urteilsprechung als ein Mittel angesehen werden, in der Liste der Linken zu spalten und Mißtrauen zu säen.

Spannung darf man sein, wie sich

die IGM-Führung gegenüber den anderen betroffenen Listenmitgliedern, insbesondere den CDU-Anhängern verhält.

So viel haben diese Verfahren bereits deutlich gemacht: es wird in den Gewerkschaften auch weiterhin mit Disziplinierung und Gewerkschaftsausschluß gearbeitet, um die demokratischen Methoden beim Aufstellen offizieller IGM-Listen abzusichern. Die jetzt ausgeschlossenen und disziplinierten IGM-Mitglieder hatten sich nämlich alle für demokratische Listenanstellung und Persönlichkeitswahl ausgesprochen, was führende IGM-Funktionäre innerhalb und außerhalb des Betriebes verhindern. Es gibt also auch nach einer Reihe von Jahren der IGM bei den letzten Betriebsratswahlen in den Führungsspitzen keinerlei Bereitschaft, die eigene Praxis selbstkritisch zu überprüfen.

Wir fordern  
Zurücknahme der Ausschüsse  
Einstellung der Untersuchungsverfahren.

## 37 mal Funktionsverbot bei Opel-Rüsselsheim

Bereits im Juli letzten Jahres wurden die Gewerkschaftsausschlußverfahren im Rüsselsheimer Opelwerk behandelt. Eingeleitet waren die Verfahren:

- 29 Mitglieder der Rechtsabspaltung der IGM-Liste, der „Alternative 78“, Mitglieder der Parteien CDU und SPD
- 6 italienische Mitglieder, die eine eigene Liste gemacht hatten
- 1 allein kandidierenden Griechen
- 1 Mitglied der „RGO“-Liste „Arbeiteropposition“

Letzterer wurde ohne Verfahren ausgeschlossen, da er sich nicht schriftlich zu dem Vorwurf „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ geäußert hatte.

Gegen die 29 „Alternative“-Mitglieder, die entgegen den Karrierehoffnungen ihrer Listenführer nur 6,9% der Stimmen erhielten, beantragte die Untersuchungskommission jeweils 3 Jahre Funktionsverbot. Gegen 3 Italiener und den griechischen Kollegen gab's jeweils 1 Jahr; einer wurde nur gerügt, man glaubte ihm seine Unkenntnis der Satzungsbestimmungen.

Entgegen diesen Anträgen der Untersuchungskommission an den Vorstand hat die Darmstädter IGM-Ortsverwaltung mit Unterstützung des Rüsselsheimer Vertrauenskörpers im Opelwerk auf Ausschluß der 29 „Al-

ternative“-Mitglieder wegen schwerwiegendem gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ bestanden.

Ein Spruch des IGM-Hauptvorstands ist uns bisher nicht bekannt.

## Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen: „Als Quellenwerk immerhin erwägenswert für große Bibliotheken.“

Der „Zentrale Lektoratsservice für öffentliche Bibliotheken“ hat eine Rezension des vom KB erstellten „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen“ verickt, die wir nachfolgend zitieren:

*Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen.*

(Mit Gutachten z. Russell-Tribunal). 1. Aufl.  
Hamburg: Reents, 1978. 546 S., 111., Faks. kt. 22,-

Eine vom Kommunistischen Bund (KB) initiierte Dokumentation zur Praxis der gewerkschaftlichen Ausschlußverfahren aufgrund linksextremistischer bzw. gewerkschaftsschädigender Aktivitäten. Auch wenn an Objektivität und Ausgewogenheit der Darstellung gerweifelt werden darf, bleibt ein gewisses Unbehagen über das gewerkschaftliche Vorgehen gegen u.U. nicht immer nur politisch unliebsame Mitglieder zurück. Fast wünscht man sich eine klärende Stellungnahme der Gewerkschaften zu einigen Fällen. Der Rezensent sieht sich außerstande, dieses Buch abschließend zu beurteilen. - Als Quellenwerk immerhin erwägenswert für große Bibliotheken mit differenzierten wissenschaftlichen Beständen. (BüBu R Brenner)

ekz-Informationsservice

Wer das Buch bestellen will schreibt an:  
Reents Verlag — Lerchenstraße 75 — 2000 Hamburg 50











In einem atemberaubenden Tempo haben die IG-Metall-Führer, nachdem sie die Stahlarbeiter nach sechs Wochen Arbeitskampf in die Niederlage geführt hatten, ihren Kapitulationskurs fortgesetzt. Am frühen Morgen des 23. Januar wurden die Verhandlungen in der Hessischen Metallindustrie zum Abschluß gebracht. Wesentliches Ergebnis: die Lohnerhöhung für 1979 beträgt nur 3,9%, die IG-Metall verzichtet bis zum 31.12.1983 auf alle Forderungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Mit diesem einseitigen Abschluß haben sich die Gewerkschaftsführer dem „Tabu-Katalog“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) voll unterworfen.

Gleichzeitig überführen sie sich selbst der Lüge, daß durch den Stahlstreik die 40-Stundenwoche durchbrochen sei. Die Deutsche Zeitung vom 15.1. zitierte den IGM-Vorsitzenden Loderer noch mit dem bemerkenswerten Satz: „Wir haben in der Stahlindustrie den Grundsatz der 40-Stunden-Woche durchbrochen. Wenn so etwas einmal geschieht, geht es hinterher sehr viel schneller.“ Doch was schert mich mein Geschwätz von gestern? Der IG-Metall Vorstand hat unzweideutig zu verstehen gegeben, daß er an der Durchsetzung der 35-Stundenwoche kein Interesse hat. Die Pfeife nach der die IGM-Führer tanzen, wird vom Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchmeyer wie folgt gelassen: Für ihn sei das Thema so arbeitskampfrichtig, „daß wir glauben, mit einer solchen langfristigen Neutralisierung dieser Forderung auch ein Stück tarifvertraglichen Friedenspolitik angeboten zu haben“ (Handelsblatt, 18.1.).

Dieser Abschluß hat weitreichende Bedeutung über den Bereich der Metallindustrie hinaus. Auch in anderen Branchen werden es in Zukunft die kapitalhörigen Gewerkschaftsführer leichter haben, ihre Gewerkschaftsmitglieder im Zaum zu halten, wenn es um die Einstellung von Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit geht. Mit dem Hinweis auf die Kapitulation der „mächtigsten Einzelgewerkschaft der Welt“ sollen zukünftig derartige Forderungen vom Tisch gewischt werden. Den Anfang hierbei hat inzwischen Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, gemacht. Wohl wissend, daß die 35 Stunden Forderung in der besonders rationalisierungsbedrohten Druck-Mitgliedschaft breite Sympathien genießt, hatte er noch vor wenigen Wochen bei jeder Gelegenheit in radikalen Tönen die Entschlossenheit zur Schau gestellt. Mittlerweile hat er allerdings Rückzugsgel-

## Mieser Abschluß bei 3,9 %, 40-Stundenwoche zementiert!

rechte angetreten es könne sein, so ließ er verlauten, daß die Gespräche mit den Druck-Kapitalisten darüber erst im Herbst beginnen werden.

### „Modell-Abschluß“ ohne Kampf

Noch vor Beendigung des Stahlarbeiterstreikes ließen Gewerkschaftsführer und Kapitalisten durchblicken, daß sie für die metallverarbeitende Industrie einen möglichst raschen Abschluß ohne weiteren Kampf anstrebten. Gemäß der jahrelang geübten Praxis sollte in einem Tarifgebiet der Abschluß ausgehandelt und dieser dann auf alle übrigen Tarifgebiete übertragen werden. In diesem Jahr einigte man sich auf Hessen als „Vorreiter“. Auch wenn diese Taktik regionale Verhandlung und dann de facto zentraler Abschluß – nichts grundlegend neues ist, hatte der diesjährige Verlauf der Verhandlungen doch einige Besonderheiten. So waren bei den Schlußverhandlungen die Spitzengremien sowohl der Metall-Kapitalisten als auch der IG Metall am Verhandlungsort Bad Nauheim, auf Kapitalisten-Seite zusätzlich die regionalen Verhandlungsführer der anderen Tarifgebiete vertreten.

Hatte die IG Metall-Führung noch im Frühjahr 1978 beim Streik der Metaller in Baden-Württemberg lautstark gegen die „fertiggesteuerte Verhandlungsführung“ der Kapitalisten gewettert, so spielte man jetzt das Spiel ganz offen mit. Die „Frankfurter Allgemeine“ (24.1.) meldet gar, daß sich ein IGM-Vorstandsmitglied schriftlich verpflichtet hatte, „die volle Übernahme der Hauptpunkte und sinngemäße Übertragung der Hauptpunkte des Henschen-Modells in den anderen Tarifgebieten zu empfehlen“, wogegen bekannt war, daß Verhandlungsergebnisse bekannt war. Und so wurde denn auch verfahren. Noch am Abend des Hessen-Abschlusses kam aus West-Berlin und aus Nordbaden, Nordwürttemberg die Nachricht, man habe das Hessen-Modell übernommen. Am nächsten Tag folgten die anderen Tarifgebiete im Südwesten, wenig später das mit 1,1 Millionen Beschäftigten größ-

te Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen. In einer Sonder Sitzung am Tage nach der Hessen Einigung verabschiedete der IGM Vorstand die endgültige und offizielle Order an alle regionalen Tarifkommissionen, das Ergebnis zu übernehmen. Im einzelnen heißt das:

– 4,3% mehr Lohn und Gehalt auf dreizehn Monate, umgerechnet auf ein Jahr 3,97% brutto. Dieser Lohnabschluß ist seit vielen Jahren der weitaus niedrigste und wird nur vom dem Abschluß in der Stahlindustrie von 4% auf 15 Monate unterboten,

– 4,3% mehr Ausbildungsvergütung. Dieses Ergebnis ist besonders beschämend. Hier hatte die IG Metall in allen Gebieten zwischen 40 DM und 60 DM gefordert,

– Stufenplan zur Verlängerung des Jahresurlaubes auf sechs Wochen. Besonders dieser Punkt soll die Kollegen über den Verzicht auf die 35-Stundenwoche hinwegtrösten. Die Gewerkschaftsführer können hierbei auf die Unterstützung der bürgerlichen Presse rechnen, die nicht müde wird, die IGM zur „Erreichung eines ihrer Traumziele“ zu beglückwünschen. Doch auch hier sind einige Haken zu vermeiden. Die Kollegen über 30 Jahre, mit 70% der größte Anteil der Beschäftigten, erhalten in diesem Jahr gerade einen Tag mehr Urlaub als nach der alten Regelung. Die Staffel nicht zwar vor, daß ab 1983 alle Kollegen sechs Wochen Urlaub haben. Jedoch ist das Abkommen erst Ende 1985 wieder kündbar – so lange soll Ruhe herrschen an der Urlaubsfrente.

– Von einiger Bedeutung könnte die Übernahme des Lohngruppen-schlüssels in den Lohnstarif werden. Dies bedeutet, daß bei zukünftigen Tarifverhandlungen das bisher in starren Prozentsätzen festgelegte Verhältnis der Lohngruppen untereinander in jeder Lohnrunde neu festgelegt werden könnte und damit auch, der Metallindustrie Festgehaltforderungen möglich sind.

### Regionale Forderungen völlig abgeserviert

In den vergangenen Jahren war die IG Metall nicht müde geworden, in regional unterschiedlichen Charakter ihrer Tarifforderungen zu betonen. Noch in der Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde hatten die IGM Strategen in einer Reihe von Gebieten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit dem Vorstandsmoment abgelehnt, man müsse unterschiedliche Forderungen aufstellen, damit die Kapitalisten nicht unter Hinweis auf gleiche Forderungen auch in Gebieten ausparieren können, in denen die IGM noch keinen Arbeitskampf ausgerufen habe.

Nunmehr ist von den regionalen Forderungen nichts mehr übrig geblieben. So ist in Baden-Württemberg beispielsweise die Beteiligung der (Frauen-)Leichtlohngruppen I und II unter den Tisch gefallen, im Nordverbund die Forderung nach einem Zuschuß zum Kurzarbeitergeld.

Einzig in Nordrhein-Westfalen wurde über das „Hessen-Modell“ hinaus noch eine befristete Verdienstsicherung bei Abgruppierungen vereinbart.

### Proteste aus den Betrieben

Im Tarifgebiet Hessen, aber auch in anderen Gebieten, ist es in einer Reihe von Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien zu Protesten gegen den hundsminimale Abschluß und insbesondere gegen den Verzicht auf die 35-Stunden-Woche gekommen. So sammelten im Kassel-Daimler-Benz-Werk Vertrauensleute über 2.000 Unterschriften gegen das Verhandlungsergebnis. Eine ähnliche Initiative gab es bei den Henschel-Flugzeugwerken. Nach einer Meldung der „U2“ (27.1.) kam es auch bei Henschel-Thyssen zu „heftigen Diskussionen“ über das Verhandlungsergebnis.

In Mannheim bezeichneten die Teilnehmer einer Tagung von Betriebsratsvorsitzenden und Vertrauenskörper-Leitern das Ergebnis als „in seiner Gesamtheit unzureichend“ und kritisierten vor allem die Festsetzung der 40-Stunden-Woche.

Auch in Hamburg machten Gewerkschafter aus ihrer Ablehnung der Einigung keinen Hehl. Vor den entscheidenden Verhandlungen mit den Nordverbund-Kapitalisten stimmten in der Tarifkommission des Nordverbundes das sieben Hamburger TK-Mitglieder gegen die Empfehlung des Vorstandes, auf der Basis des „Hessen Modells“ eine Einigung zu schließen. Gleich nach dem Ende des Stahlstreiks beauftragte der Vertrauenskörper von HVBW Hamburg, der sich ursprünglich auch für die 35 Stunden Woche ausgesprochen hatte, das Ergebnis dahingehend, daß das Ziel des Streiks nicht erreicht worden sei. Die rechte Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters vermarkte allerdings, daß dies ja auch kein Wunder sei bei derart hohen Forderungen (!).

Heftige Kritik an dem sich anbahnenden Ergebnis wurde auf der Sitzung des Vertrauenskörpers der Werft Blohm & Voß am 30.1. laut. Die VK-Leitung äußerte die Ansicht, daß der Vorstand die Einführung der 35-Stunden-Woche gar nicht ernsthaft gewollt habe. Schon auf dem IGM-Gewerkschaftstag 1977 habe der Vorstand gegen die Aufnahme der Forderung polemisiert. Auch habe

der Vorstand eine völlig unzureichende Informationspolitik betrieben und dadurch nicht gerade zu einer Verbreiterung der Solidarität beigetragen. Schließlich wurde folgende 4-Punkte-Entscheidung verabschiedet:

„1. Der sogenannte Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde nicht erreicht, weil der (Stahl-)Streik in dem Moment abgebrochen wurde, als er Wirkung bei den Arbeitgebern zeigte (Automobil- und andere Blechverarbeitende Industrien).“

2. Die IGM-Vertrauensleute protestieren mit Nachdruck gegen das Festsetzen der 40-Stunden-Woche für 5 Jahre.

3. Das in Hessen ausgehandelte und für den Nordverbund angebotene Ergebnis können die IGM Vertrauensleute nicht akzeptieren, weil die für sie wichtige Frage der Absicherung bei Kurzarbeit nicht gelöst wurde.

4. Es ist außerdem zu fragen, ob es künftig noch sinnvoll ist, regionale Forderungen aufzustellen, die von der Mitgliedschaft getragen werden und sich nicht im Ergebnis widersprechen.“

Ähnliche Erklärungen liegen aus weiteren Hamburger Betrieben vor, so vom Valvo und Stal Fahrzeugwerke.

### Peinliches von der IGM-Berichterstattung

Wie mehr die Abwicklung der diesjährigen Metall-Tarifrunde ein Alleingang allerhöchster Funktionäre, in enger Tuschelung mit den Spitzen des Kapitalistenverbandes, nicht aber mit den Funktionären (geschweige denn Mitgliedern) der eigenen Organisation war, zeigen einige Peinlichkeiten aus der jüngsten Berichterstattung der IGM. So erschien am 24.1., also einen Tag nach der Hessen-Einigung, die erste – vorher fertiggestellte – diesjährige Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Metall“ mit der kuriosen Überschrift: „Kaum eine Chance für zügigen Abschluß“.

Ähnlich die „Metall-Nachrichten für den Nordverbund“ vom 19.1. mit der Überschrift: „Erstes Angebot ist wirklich das „Letzte““. In dem Flugblatt wird dann den IGM-Forderungen das schäbige Kapitalisten-Angebot gegenüber gestellt: „1. Wie ist es mit dem 35-Stunden-Tag? 2. Wie ist es mit der 40-Stunden-Woche? 3. Wie ist es mit der 40-Stunden-Woche? 4. Wie ist es mit der 40-Stunden-Woche?“

Nur wenige Tage nach diesen skandalösen Worten der Hamburger Bezirksleitung war oben dieses „unmögliche Angebot“ unter Dach und Fach, mit einigen Veränderungen, die aber nicht am Wesen der Sache rührten. In einer Reihe von Betrieben kam das Flugblatt gar nicht zur Verteilung, bei Blohm & Voß wurde die Auslieferung gestoppt. „Das gibt sonst Ärger bei den Kollegen“, Kommissionsleiter und Gewerkschaft



## METALL-NACHRICHTEN

für die Metallindustrie im Nordverbund

Herausgegeben von der IG Metall Bezirksleitung Hamburg  
Herausgegeben von der IG Metall Bezirksleitung Hamburg

### Erstes Angebot ist wirklich das „Letzte“

Tagesausgabe Norddeutschland  
Tagesausgabe Norddeutschland

So kommentierte die IGM in Norddeutschland 4 Tage vor der Hessen-Einigung die Tarifrunde. Wenige Tage später war das „Letzte“ wahr: leicht verändert wurde abgeschrieben!

### An die Mitglieder der Hamburger Tarifkommission

Grundvoraussetzung gewerkschaftlicher Tarifpolitik war es bisher und sollte es weiterhin sein, eine Zentralisierung der Tarifverhandlungen zu verhindern.

Aus diesem Grunde wenden wir uns dagegen, daß die IG Metall sich dem Diktat der Unternehmer beugt und den in Hessen vereinbarten Tarifabschluß auf alle übrigen Tarifgebiete überträgt.

Hauptsächlich wenden wir uns gegen die Festschreibung der 40-Stunden-Woche. Die ursprüngliche Entscheidung der Hamburger Tarifkommission lautete: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Sie hat den Vorschlag der Bezirksleitung nach Urlaubsforderung nur unter der Voraussetzung unterstützt, daß eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche unter allen Umständen verhindert wird.

Die Festschreibung über ein Jahr hinaus und länger ist im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Norddeutschen Raum nicht zu verantworten. Sie bedeutet die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Wir fordern die Mitglieder der Tarifkommission auf, den Hessischen Abschluß nicht zu übernehmen.

Die Vertrauensleute der Still GmbH, Berzeliusstraße.

Die Werthilfsprogramme der Bundesregierung und die Belegschaftszahlen der Werftindustrie von 1961 bis 1983 (geplant)

Jahr	Werthilfsprogramm	Durchschn. jährliche Subventionen Werthilfen (in Mio DM)	Belegschaftszahlen	Umsätze der Werften (in Mrd. DM)
1962-69	I bis V	94,3	1963 84 841 1969 80 899	1962 2,5 1969 3,5
1970-75	VI bis VII	189,2	1970 80 424 1975 71 222	1970 4,8 1975 6,9
1976-83	VIII	280,9	1975 71 222 1980 49 994 (geplant lt. VDS)	(Die Umsätze werden nicht mehr veröffentlicht)

Zu diesen Subventionen müssen noch die anderen „Programme“ und „Beihilfen“ addiert werden (Reedereihilfe, Zinsbeihilfen, regionale Strukturprogramme, Steuervergünstigungen, etc.) (Die Zahlen sind verschiedenen „VDS-Berichten“ und dem „Hamburger Abendblatt“ vom 4.8.78 entnommen).

Die Tabelle zeigt, daß bei steigenden Subventionen (durch Rationalisierung und Konzentration) die Belegschaftszahlen sinken.

Der Hauptteil der Subventionen des Staates geht indirekt an die reichsten Konzerne der BRD

AG/Weser und See  
Brenkwerft  
Bremer Vulkan/B + V  
Nordseewerke  
HDW  
Krupp  
Thyssen  
Thyssen  
Salzgitter



# Eine Milliarde DM für Schiffbau- und Schifffahrtkapitalisten

Unter der Überschrift „Die Arbeitsplätze an der Küste werden sicherer“ informiert am 18. Januar das „Hamburger Abendblatt“ über das Milliarden-Programm zur „Rettung der Werften“.

Seit langem schon hatten gemeinsam der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie, der Verband Deutscher Reeder, Stoltenberg und Klose, Albrecht und Koschnick, sowie die Führung der IG Metall in einer fast beispiellosen Einheitsfront Milliardenprogramme für die Werften gefordert. Jetzt ist das Programm verabschiedet:

- 660 Mio. DM Auftragshilfe für die Werften
- 360 Mio. DM zinslose Darlehen für Reeder
- 500 Mio. DM für Bürgschaften.

Die 660 Mio. DM „Hilfe“ für die Werften braucht nur zurückgezahlt werden, wenn ab 1983 wieder Gewinne gemacht werden. Und selbst dann nur zur Hälfte, wenn damit Schiffbauarbeitsplätze abgebaut worden sind.

„Allerdings dürfen die Werften weitere Investitionskosten auf ihre Rückzahlungsverpflichtung zur Hälfte anrechnen, soweit solche Investitionen dem Strukturwandel oder der Rationalisierung dienen. Eine Erweiterung der Schiffbaukapazität soll nicht begünstigt werden.“ („Weser Kurier“, 18.1.79).

Die 360 Mio. DM sogenannte Darlehen für die Reeder sind vor-

gesehen, als „ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der unternehmerischen Initiativen“ („Weser Kurier“ 18.1.79). Extraprofiten machen Spaß und beleben das Geschäft. Mit diesen Darlehen sollen Schiffsbauarbeiten in Auftrag gegeben werden: „Die Darlehen können später erlassen werden, wenn innerhalb von drei Jahren nach Darlehensvergabe Schiffsbauarbeiten in Auftrag gegeben werden“ („Weser Kurier“ 18.1.79).

Dieses Milliardenprogramm, mit dem Werftbesitzer und Reeder Gewinne und Profite machen und Arbeiter und Angestellte rationalisiert werden sollen, gilt als Sofortprogramm. Weitere Finanzhilfen werden beschlossen, wenn Vorschläge zur langfristigen Umstrukturierung des Norddeutschen Wirtschaftsraums vorliegen.

Der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie hätte gern noch etwas mehr und hängt sich an die IG Metall: „Der Verband bedauert, daß (...) die von den Werften vorgetragenen Vorschläge zur Verbesserung der Schiffbaufinanzierung, die sowohl von Küstenländern als auch von der IG Metall unterstützt werden, von der Bundesregierung bisher nicht aufgegriffen worden sind“ (Täglicher Hafenbericht 19.1.79).

Der IG Metall Bezirksleiter für Norddeutschland, Otto v. Steeg, hält sich vornehm zurück, obwohl doch gerade von dieser Seite die Werftarbeiter mit Forderungen für Subventionen auf die Straße geschickt worden sind. Sollte ihm der

Passus aufgefallen sein, nachdem die Gelder dem Abbau der Arbeitsplätze („Kapazitäten“) dienen sollten?

\*\*\*

Stellungnahme der Hamburger Werftenbetriebszellen des K.B.

Wir lehnen diesen Subventionschwund ab. Schon immer sind die Werftprogramme zur Rationalisierung und zum Arbeitsplatzabbau verwendet worden (siehe nebenstehende Tabelle). Neu ist allerdings, daß das ausdrückliche Ziel des Programms ist, Arbeitsplätze abzubauen, bislang ist zumindest in Worten die Arbeitsplatzsicherung noch Hauptpunkt betont worden.

Gerade mit diesem Passus im Programm „Subventionen nur für Rationalisierungen und Umstrukturierungen“ wird der Betrag an den Werftarbeiter offensichtlich. Die IG Metall-Führung, die die begonnenen Kampfaktionen der Werftarbeiter im Hinblick auf die Subventionsverhandlungen abbrach, muß jetzt Farbe bekennen.

- Keine Entlassungen
- Garantien für die Sicherheit der Arbeitsplätze!

Metallkommission  
KB Gruppe Hamburg

# Rationalisierung im Grundig-Konzern

Nachdem noch im vergangenen Oktober bei der Einweihung des neuen Grundig-Videorekorderwerks die französische und bundesdeutsche Presse voll war mit Meldungen wie: „Grundig schafft 1.000 neue Arbeitsplätze“ und „Grundig investiert trotz schlechter wirtschaftlicher Lage zum Wohl des Landes und der Mitarbeiter“ („Nürnberger Zeitung“, 13.11.78), gibt es seit Dezember die Ankündigung von Entlassungen und Kurzarbeit. Kurzarbeit ist bisher in folgenden Werken angemeldet:

- In Georgensgründ (H.-Fi-Anlagen) ab 5. Februar für sechs Wochen.
- 19. - 28. Februar, Begründung: Mangel an Aufträgen.
- In Landau,
- In Vohenstrauß soll die Radiorekorderproduktion eingestellt werden. Die Heimarbeiter sind bereits ohne Arbeit. Hiermit soll die Lautsprecherfertigung vom Werk Zirnau dort verlegt werden.
- das Zirndorfer Werk soll ganz geschlossen werden. Ca. 400 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt.
- ebenfalls stillgelegt werden soll die Radiofertigung in Fürth und die Tunerfertigung. Hier sind ca. 350 Leute beschäftigt.

(Informationen aus: „Amberger Zeitung“ vom 20.1.79; „Nürnberger Nachrichten“ vom 15.1.79 und vom 20.1.79).

In der Elektroindustrie steht eine Rationalisierungswelle bevor, die bisher nur ansatzweise zu erkennen ist. So gibt es inzwischen die technische Möglichkeit, besonders arbeitsintensive Tätigkeiten wie z.B. die Bestückung von Leiterplatten (Frauenarbeit, meist Lohngruppe 2 oder 3), durch Bestückungsautomaten verrichten zu lassen. Ein solcher Bestückungsautomat spart 20 Frauenarbeitsplätze ein. Er kann außerdem Tag und Nacht eingesetzt werden, was bedeutet, daß die Produktivität steigt. Für die beschäftigten Bestückerinnen bedeutet dies langfristige Entlassungen, für die Verbleibenden Schichtarbeit. Im Moment sollen in Nürnberg/Fürth Bereich zehn dieser Automaten eingesetzt werden, im Klartext: 200 Arbeitsplätze weniger. An diesen Arbeitsplätzen arbeiten nur Frauen!

Bestückungsarbeitsplätze gibt es darüber hinaus allerdings noch sehr viel mehr. Dabei kann man damit rechnen, daß dies nur der Anfang ist. Möglichkeiten der Rationalisierung sind aber auch bei anderen Arbeitsplätzen, bei der Prüfung, bei der Reparatur vorhanden. Datensichtgeräte, bisher ansatzweise in der Lagerhaltung verwendet, werden auch in der Fertigung verstärkt eingesetzt werden.

Seit November 1978 gibt es bei Grundig Einstellungsstopp. Laut „Nürnberger Zeitung“ (vom 19.1.79) will die Geschäftsleitung, wenn nötig, die Belegschaft „über natürliche Fluktuation verringern“, d.h. Abgänge durch Kündigungen, wegen Fehlzeiten oder Krankheit, Ausscheiden aus Altersgründen, bei Heirat oder Schwangerschaft o.ä.). Die „natürliche Fluktuation“ beläuft sich im Grundig-Werk Nürnberg/Fürth bei 15.000 Beschäftigten auf 2.000 Beschäftigte pro Jahr!

Die Anmeldung von Kurzarbeit, die normalerweise nur dann genehmigt wird, wenn durch die Gewährung von Kurzarbeitergeld den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze erhalten bleiben (Arbeitsförderungs-gesetz), dient den Elektrokonzernen nur zu einer Verschonung. Die Kurzarbeit dient keinesfalls dazu, Arbeitsplätze zu erhalten. Vielmehr bereiten sich die Konzerne auf einen verstärkten Kampf vor. Dies wird u.a. bei Grundig daran deutlich, daß der langjährige Vertriebschef Sinffels durch gleich zwei neue Spitzenkräfte ausgetauscht wurde: den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Gerresheimer Glas AG und den Vertriebsexperten Axel Bartmann („Zeit“ vom 26.1.79).

Hier geht es natürlich langfristig nicht um Reduzierung der Produktion, sondern um Ausdehnung der Marktanteile. Worum es geht, ist einem möglichst eleganten Weg zur Reduzierung der Belegschaft zu finden! Mit den neuen Führungskräften will Grundig den erbitterten Kampf weiterführen einerseits gegen die Konkurrenz, andererseits gegen die Grundig-Belegschaft.

## Nach dem Stahlstreik weitere Rationalisierungsentlassungen

Der Streik in der Stahlindustrie, der nicht die geforderte Wochenarbeitszeitverkürzung brachte, fand vor dem Hintergrund des Vorhabens der Stahlindustrie statt, bis 1981 durch Rationalisierungen und Stilllegungen weitere 25 % der beschäftigten Stahlarbeiter zu entlassen. Kaum ist der Streik vorbei, werden neue Entlassungspläne bekannt.

- Klöckner will in Osnabrück die Stahlgießerei und damit zusammenhängende Nebenbetriebe schließen. 600 der 3.600 Beschäftigten sind hiervon betroffen, nachdem seit 1970 bereits 900 entlassen sind.

Am stärksten betroffen scheint bisher die Belegschaft des Zirndorfer Werks, das noch in diesem Jahr stillgelegt werden soll. Die Belegschaft wird bisher mit dem Versprechen hingehalten, daß niemand entlassen wird. Wer wohin kommt, weiß allerdings noch niemand.

Die Belegschaft dieses Werks ist bisher am entschiedensten gegen die Stilllegung vorgegangen. Anfang Januar legten die Kolleginnen die Arbeit für drei Stunden nieder, um gegen die geplante Stilllegung zu protestieren und die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Die Kolleginnen erreichten immerhin, daß die lokale Presse am nächsten Morgen das erste Mal über die geplanten Entlassungen berichtete. Allerdings gab die Presse einseitig die Stellungnahmen der Geschäftsleitung wieder, die besagte: „Niemand wird entlassen, sämtliche 400 Mitarbeiter werden in anderen Werken untergebracht“ (Abendzeitung).

Auf der Grundlage der Empörung der Zirndorfer Belegschaft wurde allerdings nur in diesem Werk ein Flugblatt der IG-Metall verteilt, in dem noch eine Tendenz in Richtung Erhaltung der Arbeitsplätze vorhanden war. So hieß es u.a.: „keine Kündigung aus betriebsbedingten Gründen und zweifels Beibehaltung der Fertigung vom Werk Zirndorf in den Fürther Werken.“ Allerdings blieb die Aktion der Zirndorfer Kollegen isoliert und ihre Aktion wurde kaum unter der Belegschaft der anderen Werke bekannt.

Die Richtung, auf die sich jetzt Gesamtbetriebsrat und die IG-Metall Nürnberg/Fürth geeinigt haben, heißt: Sozialplan. Mit einem Sozialplan ist allerdings noch keine Entlassung verhindert.

Die Diskussion in der Belegschaft und unter den Vertrauensleuten über die geplanten Angriffe der Grundig-Geschäftsleitung und den besten Weg des Widerstands dagegen muß weitergehen!

KB/Gruppe Nürnberg

# ÖTV

## Fällt jetzt der Bereitschaftsdienst für Ärzte?

Der ÖTV Arzt Dr. Gerhard Limbrock kann im Prozeß gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde einen Erfolg in puncto Arbeitszeitverkürzung für die Krankenhausärzte verbuchen. Das Arbeitsgericht entschied am 31.1.

„... daß die Vorschriften der Arbeitszeitordnung von 1938 (!) auf das Arbeitsverhältnis von angestellten Ärzten in Krankenhäusern Anwendung finden. Konsequenz: Ein Klinik Mediziner braucht täglich nicht länger als 13 Stunden und wöchentlich nicht länger als 48 Stunden zu arbeiten.“ („Hamburger Abendblatt“, 1.2.1979).

„Nach Ansicht des Gerichts... haben die tarifrechtlichen Normen lediglich lohnrechtliche Bedeutung. Selbst wenn dort arbeitszeitrechtliche Vorschriften enthalten seien, dürfen sie nicht den Schutzrechten der Arbeitszeitordnung zuwiderlaufen. Zu den Schutzrechten der Arbeitszeitordnung zählt, daß tägliche Höchstarbeitszeiten sowie Wochenarbeitszeiten nicht überschritten werden und Mindestruhezzeiten zwischen den Arbeitszeiten eingehalten werden müssen“ („Frankfurter Rundschau“, 2.2.79).

Damit könnte der bisherige Tarifvertrag, in dem die bisher von den Klinik-Ärzten gemusst verlangte Arbeitszeit von 70 Stunden pro Woche (!) festgeschrieben ist, hinfällig werden. Diese hohe Stundenzahl ergibt sich dadurch, daß zweimal pro Woche Bereitschaftsdienst geleistet werden muß, was einen durchgehenden Dienst von zum Teil 36 Stunden rund um die Uhr ergibt. Gegen diese mörderische Arbeitszeit ist auch ein Kollege Limbrocks, ein ebenfalls am Krankenhaus Heideberg in Hamburg beschäftigter Arzt, Dr. Heinz Jung, vor Gericht gegangen. Bereits im Oktober letzten Jahres erntete er vor dem Landesarbeitsgericht in zweiter Instanz das Recht, „nur“ noch vier Bereitschaftsdienste pro Monat leisten zu müssen.

Doch das letzte Wort ist noch längst nicht gesprochen, denn so ohne weiteres läßt sich die Behörde nicht zu den einschneidenden Konsequenzen zwingen, die aus dem Urteilen folgen müßten. Denn kommen die Ärzte mit ihrer Klage auch vor dem Bundesarbeitsgericht durch, müßten schließlich mehr Ärzte eingestellt werden, die ganze Organisation im Krankenhaus verändert werden usw. Deshalb kommt diesen beiden Prozessen grundsätzliche Bedeutung zu. Die Behörde und die ärztlichen

Standespolitiker sehen das Ganze als Kostenproblem. Für die Behörde geht es darum, daß der Haushaltsposten für das Gesundheitswesen nicht noch größer wird (obwohl im Endeffekt die Kosten auf die Patienten abgewälzt werden), und für die (Standes-) Ärzte geht es schlicht um den Geldbeutel. Der reaktionäre Hamburger Bund hatte in einer ersten Stellungnahme klargestellt, daß die Krankenhausärzte gegenüber den Niedergelassenen in ihren Verdienstmöglichkeiten nicht beschnitten werden dürften. Daraus leitete er die Forderung nach Erhalt der Bereitschaftsdienste ab und wollte sogar, daß die Krankenhausärzte selbst liquidieren können.

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung fällt bei diesen Herrschaften natürlich völlig unter den Tisch. Obwohl allseits bekannt ist, daß ein Arzt, der 36 Stunden hintereinander auf den Beinen ist, keinen Patienten garantiert heilen, sondern im Halbschlaf nur noch bedrohen kann, glauben neuen sondern im Halbschlaf nur noch bedrohen kann. „Kunstfehler“ und in diesem Versorgungssystem schon vorprogrammiert.

Unter fortschrittlichen Krankenhauskollegen hat die Diskussion über die Möglichkeiten eines Kampfes gegen die bestehenden Tarifvereinbarungen begonnen. In der linken Medizinerzeitung „Dr. med. Mause“ vom 23.1.79 wird über die beiden Prozesse berichtet und die Forderung nach der 40-Stunden-Woche für alle Krankenhausangestellten aufgestellt.

Um einen genaueren Überblick zu erhalten, wie sich die arbeitsrechtliche Situation insgesamt darstellt und welche Entwicklungen möglich wären, wollen die Kollegen hierüber Informationsmaterial zusammentragen und in einer Arbeitsgruppe auswerten. Es werden von ihnen Fragen aufgeworfen nach der gewerkschaftlichen Organisation und ständischen Organisation von Ärzten am Krankenhaus, nach arbeitsrechtlichen Grundlagen, Tarifverhandlungen, Fragen nach der jetzigen Situation der Ärzte usw. Informationen, Ideen und auch Fragen können geschickt werden an:

Volkmann Adershold  
Menzelweg 3  
83 Heidelberg  
Tel. 06221/372341

Gesundheits-Kommission

## Das Krankenhaus macht krank

Nur viereinhalb arbeitsfreie Tage in vier Monaten hatte ein dreißigjähriger Arzt des städtischen Krankenhauses Berlin Neukölln, bevor er mit einem Herzinfarkt auf die Intensivstation eingeliefert werden mußte. Vier Monate lang hatte er fast allein die große chirurgische Station des Krankenhauses betreuen müssen. Huzza kam ein dichtgedrängtes Operationsprogramm bis in die Nacht.

Krankheit von Kollegen, aber auch die reguläre Bereitschaftsdienstregelung hatten dazu geführt, daß der Krankenhausbetrieb ohne einen Dienst rund um die Uhr zusammengebrochen wäre.

Dieser spektakuläre Einzelfall ist nur die Spitze eines Eisberges. (aus Tageszeitung vom 2.12.78). (Der Text wurde von uns entnommen den „Eingriffen“, Nr. 15, Januar 1979).

## Tarifrunde bei der Seeschifffahrt beendet

Nach mehreren Verhandlungen ist auch für die Seelente die diesjährige Tarifrunde beendet. Im Schlichtungsausschuß wurde am 18. Januar vereinbart: Heuererhöhung um 171 DM. Die ÖTV-Führung hatte eine Festgeldforderung von 240 DM aufgestellt. Weiter wurde beschlossen: Berufsanfänger erhalten nur 120 DM

mehr und Auszubildende nur 54 DM. Die Inanspruchnahme der Seemannsrente wird von 58 auf 55 Jahre verkürzt. Obwohl der letzte Heuertarifvertrag schon eine Laufzeit von zwei Jahren (!) hatte, wurde die Laufzeit des neuen Vertrags jetzt auf 13 Monate festgelegt.

ÖTV-Kommission







# Druck

## „Mitbestimmung“ in den SPD-eigenen Druck- und Zeitungsbetrieben

Durch die demnächst wohlerfolgende Stilllegung und der damit verbundenen Massenentlassung bei der zu 100% der SPD gehörenden Hamburger „Morgenpost“, bei der zur Zeit noch ca. 220 Drucker und Setzer beschäftigt sind, ist das von der DruPa- und auch SPD-Führung immer hervorgehobene Mitbestimmungsmodell in den SPD-eigenen Betrieben wieder in die gewerkschaftliche Diskussion gekommen. So forderte die Hamburger Delegiertenversammlung bzw. der Ortsvereinsvorstand, „daß endlich einmal die Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Pressepolitik beginne“ (nach BED 6/79). Das ist eine unserer Meinung nach dringende Auseinandersetzung, sitzen in dem Aufsichtsrat der SPD-Betriebe auch mehrere DruPa-Führungsmitglieder.

Gegen die seit Anfang der 70er Jahre laufenden gewaltigen Rationalisierungen (nach vorsichtigen Schätzungen sollen 1978/79 die Investitionen der Druckkapitalisten um weitere 7% steigen gegenüber dem Vorjahr) innerhalb der westdeutschen Druckindustrie und den damit verbundenen Entlassungen hat die DruPa-Führung wie auch die anderen DGB-Gewerkschaften immer wieder seit Jahren die Mitbestimmung, als angebliches Mittel gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung gefordert.

Innerhalb der Druckindustrie kommt noch hinzu, daß es in ca. 40% aller Betriebe mittels Betriebsverfassungsgesetz die Einschränkung gibt, daß die betreffenden Betriebsräte einen Wirtschaftsausschuß bilden können, da diese Betriebe unter den Tendenzschutz fallen. Diese Einschränkung gegenüber der übrigen Wirtschaft wird damit begründet, daß Zeitungs- und Druckbetriebe durch die bedingte Mitbestimmung des Wirtschaftsausschusses nicht durch wirtschaftliche Maßnahmen bzw. Einsprüche von Betriebsräten usw. in ihrer Tendenz (sprich politischen Richtung) beeinflusst werden dürfen, um die absolute bürgerliche Pressefreiheit zu garantieren.

**Mitbestimmung als Allheilmittel**  
Die DruPa-Führung hat die Forde-

runge nach Mitbestimmung und Abschaffung des Tendenzschutzes immer mit in den Vordergrund ihrer gewerkschaftlichen Ziele gestellt. So sagte z.B. D. Hensche, Vorstandsliniker der DruPa, auf dem letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1977 in Augsburg: „Seit Jahr und Tag steht im Zentrum unserer medienpolitischen Forderungen die Verwirklichung der Mitbestimmung und zwar in dieser dreifachen Gestalt: Beseitigung des Tendenzschutzes, mehr Mitbestimmung und Mitbestimmungsrechte für die Redaktion, Verzahnung zwischen Betriebsrat und der Arbeit einer Redaktionsausschusses“ (Protokoll, Seite 284).

Mit diesen Vorstellungen und Zielen ist die DruPa-Führung in den Verhandlungen mit den drei Druck-Kapitalistenverbänden in den letzten Jahren keinen einzigen Schritt weitergekommen (einzelne Zeitungen wie der „Sturm“ ausgenommen, wo das Abkommen in der Praxis auch nur ein Stück Papier ist), da die Kapitalistenverbände hier keinerlei Zugeständnisse machen wollen.

### Verhandlungen mit der SPD-Führung

Nur in den Verhandlungen mit der SPD-Führung ist man nach langem Hin und Her zu einer Einigung gekommen. Mitte 1977 hat die SPD in den zu 100% in Besitz der Partei befindlichen Druck- und Verlagsunternehmen die inner- und überbetriebliche Mitbestimmung eingeführt.

In dem Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes der DruPa zum letzten Gewerkschaftstag steht dazu: „Die (die Verträge) haben im wesentlichen folgenden Inhalt:

- Die Unternehmen verzichten auf den betriebsverfassungsrechtlichen Tendenzschutz, der Betriebsrat hat ein noch über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehendes Mitbestimmungsrecht in sozialen und personellen Angelegenheiten

- es werden Wirtschaftsausschüsse eingerichtet...
- der Aufsichtsrat der Konzernspitze der Konzentration GmbH &

- es werden Wirtschaftsausschüsse eingerichtet...
- der Aufsichtsrat der Konzernspitze der Konzentration GmbH &

Co KG setzt sich paritätisch (!) aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner zusammen“ (Protokoll Seite 73).

Die DruPa-Führung hat damit ihrer Ansicht nach eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen zumindest gegenüber den SPD-Betrieben durchgesetzt. Will man der Gewerkschaftsführung Glauben schenken, dann dürften Entlassungen, einseitige Rationalisierungen usw. in diesen Betrieben nicht mehr vorkommen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich den letzten Fall der Hamburger „Morgenpost“ ansieht.

So erfüllen die Kollegen der Hamburger „Morgenpost“ morgens, daß die Abmeldung Buchdruck geschloßen wird. Noch am selben Tag mußten sie ein Flugblatt der SPD aus der Reihe „Hamburg Aktuell“ drucken, wo zu lesen war: „Für Hamburgs Sozialdemokraten hat die Sicherheit der Arbeitsplätze nach wie vor absoluten Vorrang...“

Oder wie in Hannover, wo die SPD ihre eigene Zeitung nicht macht und gleichzeitig (!) mit 30% Beteiligung bei der CDU-nahen Zeitung einsteigt oder wie im Fall der Druckerei Deutz, wo die SPD sich vorstellte: „nur jene zur Entlassung Ansehende in den geforderten gesetzlich (!) vorgeschriebenen Sozialplan einzubeziehen, die schon das 45. Lebensjahr erreicht haben“ (nach „Welt der Arbeit“ vom 22.6.78).

Doch lassen wir DruPa-Vorständen den L. Mahlein zu Worte kommen, der auch im Aufsichtsrat sitzt, wie er den Abschluß des Vertrages mehl: „Die I.G. Druck und Papier hat es sehr halb begriffen, daß es gelungen ist, mit der SPD ein Modell zu schaffen, in dem ihre Mitbestimmungsvorstellungen in der Praxis ausgestaltet wurden und wird mit Sicherheit dazu beitre-

gen, daß sich künftige Konflikte in den Betrieben in demokratischer, fairer (!) Form lösen lassen, ohne daß es zu unüberwindbaren Spannungen und Kontroversen kommt. In den SPD-Betrieben wurde ein Modell geschaffen, das den Weg zu einer Lösung dieses Konflikts in der gesamten Pressebranche der Bundesrepublik aufzeigt“ (nach „Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 4f).

Sehr gewichtige Worte, könnte man meinen, nur sieht die Praxis ganz anders aus. Auch die SPD-Führung hat den Abschluß des Vertrages begrüßt, da „man die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern auf der Basis einer institutionalisierten Mitbestimmung und Mitverantwortung anstreben“ will („Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 10). Denn da „wir aufgrund unserer sozialen Ansprüche und unseres Selbstverständnisses als Partei der Arbeitnehmer den technologischen Fortschritt und sicherlich notwendige Rationalisierungen anders bewältigen wollen als diejenigen, die im Zuge der Errichtung technologisch revolutionärer Druck- und Satzzentren tausende von Arbeitsplätzen vernichten“ („Pressefreiheit und Mitbestimmung“, Seite 7).

Stärke W te die angesichts der traurigen Wirklichkeit in den SPD-Betrieben nur dazu dienen, den Kollegen Sand in die Augen zu streuen, und die DruPa-Führung letztlich dieselbe Aufgabe vornimmt, wenn sie die Mitbestimmung als Möglichkeit anführt, die Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen zu verhindern. Und schließlich ist die DruPa-Führung auch praktisch beteiligt, sitzt sie doch seit Abschluß des Vertrages im Aufsichtsrat dieser Betriebe.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

## DruPa Hamburg: Auseinandersetzung wird immer spannender

Auf der letzten Delegiertenversammlung wurde die Forderung vieler fortschrittlicher Delegierter immer stärker sich doch endlich inhaltlich mit den Berufsverböten zu beschäftigen. Auch fiel in den Wortbeiträgen oft das Wort der Gewerkschaftsausschlüsse, hat es doch im Ortsverein Hamburg mehrere Massenausschlüsse gegeben. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Empfehlung wurde der Vorstand aufgefordert, für eine der nächsten Delegiertenversammlungen den Hamburger DGB-Chef Saalfeld einzuladen, damit er seine Ansicht der Ablehnung des Klose-Planes der gewerkschaftlichen Basis erklärt, auf die er sich in seiner Ablehnung bezogen hatte. Um die Sache auch gleich rund zu machen, soll ein Mitglied der GFW eingeladen werden, das selbst vom Berufsverbot betroffen ist.

Für die nächste Delegiertenversammlung liegt bereits ein Antrag vor auf der darauf folgenden Delegiertenversammlung über Gewerkschaftsausschlüsse und über die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme von ausgeschlossenen Kollegen zu diskutieren. Da sich auf der Delegiertenversammlung letztlich alle Linken und fortschrittlichen Delegierten dafür ausgesprochen hatten, und der Antrag nur aus formalen Gründen noch nicht abgestimmt werden konnte, ist mit weiteren Auseinandersetzungen zu rechnen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

men bzw. Einsprüche von Betriebsräten usw. in ihrer Tendenz (sprich politischen Richtung) beeinflusst werden dürfen, um die absolute bürgerliche Pressefreiheit zu garantieren.

**Mitbestimmung als Allheilmittel**  
Die DruPa-Führung hat die Forde-

## Was passiert mit der „Hamburger Morgenpost“?

Das jahrelange Hin und Her über die weitere Zukunft der Hamburger „Morgenpost“ scheint sich mittlerweile aufzuklären, für die betreffenden Drucker und Setzer bedeutet das allerdings eine traurige Zukunft.

Tagelang wurde die Belegschaft wieder im Dunkeln gelassen, als die ersten Gerüchte über eine mögliche Schließung auftraten, hatte sich der Hamburger Ortsvereinsvorstand mit mehreren Betriebsräten von Auer-Druck (wo die Morgenpost erstellt wird) und dem Wirtschaftsinspektor Steinert getroffen, um genauere Daten über die Entwicklung bei Auer zu erfahren. Der Wirtschaftsinspektor wußte anscheinend noch weniger (also nichts) als der Ortsvereinsvorstand. Aber unmerklich war zu erfahren, daß der Senat schon seit längerer Zeit ein Grundstück am Hamburger Stadtrand für einen Neubau der Druckerei bereit hält. In einem gemeinsamen Brief an den Schatzmeister der SPD, Halstenberg, wurde um Bekanntgabe der Pläne gebeten, was die SPD mit der Morgenpost vorhat.

Halstenberg kam dann ein paar Tage später selber nach Hamburg, wo es zu einem Gespräch zwischen dem Wirtschaftsinspektor, Redaktionsausschuß und Betriebsrat von Auer und 2 Mitgliedern des Landesbezirksvorstandes der DruPa kam, worunter sich auch H. Wolf als Mitglied des Aufsichtsrates befand.

Klar dürfte mittlerweile sein, daß die SPD-eigene Druckerei geschlossen wird, womit ca. 220 Drucker und Setzer ihren Arbeitsplatz verlieren und kaum eine Möglichkeit haben in Hamburg wieder ihren Beruf auszuüben.

Also wieder eine weitere Druckereische durch die SPD. Ungeklärt scheint zur Zeit noch, ob die Morgenpost noch weiter erscheinen soll und nur in einer anderen Druckerei erstellt wird. Hierüber gibt es zur Zeit viele Gerüchte, so soll angeblich der Titel verkauft werden oder eine andere Druckerei die Fertigung übernehmen. Laut „FR“ vom 25.1.79: „Wird gegenwärtig darüber verhandelt, ob die Auflage der Morgenpost beim Verlagshaus Madack in Hannover gedruckt werden kann“, auch wird der Name Augustin (Spiegel) immer wieder genannt.

Allerdings ist fraglich, ob die Morgenpost tatsächlich in einer anderen Druckerei gedruckt werden kann. Müßte sie nämlich außerhalb Hamburgs gedruckt werden, hätte das zur Folge, daß der Redaktionsabschuß „um einhalb Stunden vorverlegt werden müßte, was angesichts der starken Konkurrenz durch Springer Bildler als schwerwiegend angesehen wird“.

Wenn es nicht gelänge „In nächster Zeit ein Drucker zu finden, werde die Absicht der SPD, die Zeitung zu erhalten, kaum zu verwirklichen sein“ („FR“, 25.1.79).

Dies dürfte der Wahrheit leider weit entgegen kommen, denn es ist wirklich kaum damit zu rechnen, daß die SPD einen Drucker findet. Die SPD kann sich dann guten Gewissens hinstellen und sagen, wir wollten ja, aber es hat leider nicht geklappt.

Das würde dann weitere ca. 100 Beschäftigten den Arbeitsplatz kosten, aber bei den SPD-Betrieben ist man ja schon einiges gewohnt. Um die Stilllegung zumindest der Druckerei in Ruhe durchzuführen, hat sich die SPD was feines ausgedacht: Es kommen „nur diejenigen Mitarbeiter in den Genuß der Leistungen aus dem Sozialplan... die nicht gegen die Grundsätze eines Interessenausgleichs verstößen, das heißt, die nicht durch Arbeitsverweigerung das Erscheinen der Morgenpost in den nächsten Wochen und Monaten verhindern“ („FR“, 25.1.79), denn Kampfmaßnahmen sind in einem SPD-Betrieb nicht erwünscht.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

# HBV Wann wird der Sumpf trockengelegt?

Am 23.1.79 wurde der Frankfurter Kriminalpolizist Detlef G. wegen fortgesetzter Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen zu 9 Monaten Haft verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Außerdem wurde ihm für 3 Jahre die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Die Verhängung eines Berufsverbotes lehnte das Gericht ab.

Die der Verurteilung zugrunde liegenden Straftaten sind Bestandteile eines Skandals, in dem neben der Frankfurter Polizei auch Privatdetektive und das Management der Toom-Supermarkt-Kette (Teil der „Leibbrand OHG“) verwickelt sind und der in seinen Ausmaßen noch gar nicht abzusehen ist.

### Einig gegen linken Betriebsrat

Im Herbst 1976 plante das Management, den im Taunussteiner Toom-Markt beschäftigten linken Betriebsratsvorsitzenden Walter Zaschke loszuwerden. Der Geschäftsführer Hubner und sein Assistent Hoffmann erörterten zusammen mit dem Privatdetektiv Glatzel den Rauschmiß. Das Ergebnis Glatzel, (ein ehemaliger Kripo-Beamter) ließ über seinen ehemaligen Kollegen Detlef G. mit Hilfe von Polizeikollegen und Verfassungsschutz-Computer feststellen, ob etwas gegen Zaschke „vorliegt“. Diese Ermittlungen verliefen negativ. Auftragsgemäß besorgte dann Glatzel Zaschkes Entlassungsgrund. Zusammen mit seinem Assistenten Koch organisierte er eine Pistole und 10 Morphium-Ampullen und deponierte dies in einer Tasche, die er mit Zaschkes Namen versah in einem Schufläch. Dann gab er der Polizei einen „heißen Tip“, Zaschke wurde festgenommen und von der Geschäftsleitung sofort fristlos gekündigt. Zaschke wurde einen ganzen Tag festgehalten und verhört. Dabei stießen die Polizisten auf den „Informanten“ Glatzel. Der Verdacht drängte sich auf, die reichlich stümperhaften Versuche, einen Entlassungsgrund zu provozieren, könnten von Glatzel selbst stammen. Zaschke wurde fre-

gelassen und Glatzel festgenommen und dieser packte aus: Er belastete den Geschäftsführer Hubner und dessen Assistenten Hoffmann, ihm den Auftrag zu dem kriminellen Coup gegeben zu haben.

Am 20.12. wurden alle 4 von einer großen Strafkammer verurteilt. Geschäftsführer Hubner (2 Jahre auf Bewährung, 38.400 DM Geldbuße), sein Assistent Hoffmann (1 Jahr und 6 Monate auf Bewährung, 9.600 DM), Glatzel (1 Jahr und 8 Monate auf Bewährung, 9.600 DM) sein Mitarbeiter Koch (1 Jahr auf Bewährung).

### Ein Sumpf tut sich auf

Doch damit war dieser „Fall“ keineswegs abgeschlossen. Glatzel hat seine Zusammenarbeit u.a. mit dem Kripo-Beamten G. preisgegeben, über den er ja Zaschke sozusagen amtlich abklopfen ließ. Dieser Kripo-Typ wurde jetzt – wie anfangs erwähnt – verurteilt. Das Verfahren gegen ihn wirft jedoch weit mehr offene Fragen auf als mit seiner Verurteilung erledigt scheinen. Der Kripo-Beamte G., der übrigens bis zu seiner Verurteilung seit Februar 1977 bei 1.700 DM Nettobehälter vom Dienst auspendiert war, war allein Glatzel in insgesamt 3 Fällen behilflich. Er wies in dem Verfahren darauf hin, daß solche „Gefälligkeiten“ bei der Kripo üblich sind. „Wie der Angeklagte (G.) im Verlaufe der Verhandlung behauptete, arbeiten auch andere Beamte der Kriminalpolizei an Wochenenden als Hilfskräfte in Kaufhäusern und bei Buchmessen“ („Frankfurter Rundschau“, 9.1.79). Es ist bisher nicht bekannt geworden, ob die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Der Stand der Ermittlungsverfahren gegen diejenigen Kripo-Beamten, die von dem Privatdetektiv außerdem noch belastet worden sind, ist in der Öffentlichkeit ebenfalls nicht bekannt.

Daran ist schon zu erkennen, daß die Auffassung des Richters, mit der Verurteilung dieses einen Kripo-Beamten würde die Frankfurter Polizei

wieder ins rechte Licht gerückt, eine Vertuschung der wirklichen Zustände darstellt.

### Welche Rolle spielt das BKA?

Glatzel behauptete, u.a. wegen des „gelinkten“ Rauchgasdetektors, Skrupel bekommen zu haben. „Dies sei für ihn der Grund gewesen, gleichsam auf einem zweiten Klavier zu spielen. So habe er die Hoffnung gehabt, über den Zischke-Fall mit dem Bundeskriminalamt ins Geschäft zu kommen, wo auf dem Versicherungsbiet einige Aufträge gelockt hätten. Doch an der Enthüllung von „Machenschaften im Wirtschaftsleben“ sei das BKA nicht interessiert gewesen; die Sache sei zu klein, habe man dort gesagt und Glatzel solle sich an die örtliche Polizei wenden“ („FR“, 18.10.78).

Wenn es stimmt, was Glatzel behauptet, dann hat das BKA von den kriminellen Machenschaften der Toom-Kapitalisten gegen den linken Betriebsrat Zaschke gewußt – und dazu geschwiegen. Von Amts wegen hätte doch das BKA den Vorwürfen Glatzels nachgehen müssen. Ab wann wird es denn für das BKA interessant? Wenn Glatzel dies alles aber erfunden haben sollte, warum hat dann das BKA diese Behauptungen noch nicht einmal demontiert, obwohl sie seit gut 3 Monaten in der Öffentlichkeit bekannt sind?

Offensichtlich tut sich hier ein Sumpf auf, der mit den bisher erfolgten Verurteilungen auch nicht annähernd trockengelegt worden ist.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Lütger in einer kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen will: „... ob, wann und in wie vielen Fällen in Hessen Daten und Fakten des Verfassungsschutzes und der Polizei an Privatdetektive weitergegeben wurden“ („FR“, 20.12.78). Wir dürfen also weiter gespannt sein.

KB/Gruppe Frankfurt



## Neue Landessatzung in der IG Bau-Steine-Erden Berlin —



### Der Vorstand putscht

Mit allem, was seine Stimme hergab, rief der Landesvorsitzende Werner Koch in den aufgeregten Saal: „Ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag, ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag, ich stelle fest, die Mehrheit ist für den Antrag“. Wortgewalt und die mehrfache Wiederholung waren nötig, um den Handstreich seitens des Landesvorstandes der IG Bau-Steine-Erden Berlin in Sachen neue Landessatzung über die Bühne zu bringen.

#### Worum geht's?

Seit Jahren ist in der IG Bau-Steine-Erden (IG BSE) Berlin eine neue Landessatzung im Gespräch, seit der Sommerpause gibt es einen Entwurf des Landesvorstandes unter Federführung des nun ein Jahr amtierenden neuen Landesvorsitzenden.

Ebenso lange hat sich in der IG BSE Berlin in den letzten Jahren, getragen von fortschrittlichen Kollegen, ein aktives Gewerkschaftsleben entwickelt. Mit der Wahl des neuen Landesvorsitzenden Werner Koch war der frühere Vorsitzende Werner Dittich gegangen worden.

Zum erstenmal nach dem Krieg hatte die IG BSE Berlin im August 1978, wenn auch an einer Nebenforderung (dem Weggeld) und mit Berlinpatriotismus durchsetzt, erfolgreich gestreikt und bewiesen, daß sich durchaus was auf die Beine stellen läßt. Gegenüber der Zeit vorher mit Stagnation und Rückgang der Mitgliederzahlen gab es jetzt eine enorme Eintrittswelle.

Der Entwurf der neuen Landessatzung aber zeigte, wo der Vorstand hin will. Mehr Mitglieder, aber weniger Mitgliederrechte. Nachdem man erst einmal die Zügel schloß, ließ und die Muskeln zeigte, geht es jetzt an die Disziplinierung der Basis. Die „Errungenschaften“ der neuen Landessatzung, so wie sie der Vorstand will: Reduzierung der Delegierten um 2/3 bei steigenden Ortsverbänden, Einschränkung der Mitgliedschaften, Förderung der beruflichen und reichsgruppenorientierten Fachgruppen, Beschneidung der Delegiertenversammlung.

Was sich seit dem 19.10.78 in der reichsgruppenorientierten Fachgruppen, Beschneidung der Delegiertenversammlung.

Was sich seit dem 19.10.78 in der IG BSE Berlin abspielt, ist ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Machtpolitik in der Gewerkschaft und des Demokratieverständnisses rechter Sozialdemokraten. Ein Lehrbellspiel dafür: Demokratie solange wie's dem Vorstand paßt.

#### Es fängt ganz demokratisch an ...

Am 19.10.78 fand die entscheidende Delegiertenversammlung über einen vom Vorstand vorgelegten Entwurf einer neuen Landessatzung statt. Die Mehrheit der Delegierten lehnte ab! In den Wochen zuvor hatte der Vorstand versucht, die Delegierten in seinem Sinne zu bearbeiten. Auf der Versammlung jedoch sah er sich einer Ablehnungsfront sowohl von mehr rechts orientierten Delegierten wie auch Linken gegenüber. Hauptgrund: Die Delegierten wollten sich nicht das Wasser abtragen, indem sie einer Reduzierung der Delegierten zustimmten.

Die Versammlung beschloß die Einsetzung einer durch Ortsverbände und Fachgruppen zu besetzenden Kommission, zur Ausarbeitung eines neuen Satzungsentwurfes. Kaum war die Delegiertenversammlung vorbei, ließ sich der Landesvorstand, in dessen Händen die Einberufung der Kommission lag, Zeit: „Die Kommission soll ruhig aus 30 - 35 Mann bestehen, dann tagt sie bis in Ewigkeit.“ Mit dieser Begründung, „einige Ortsverbände haben ihren Vertreter für die Kommission noch nicht benannt“, wurde die Kommission erst gut knapp zwei Monate später, Anfang Dezember, zum erstenmal einberufen.

Folge für die Delegiertenversammlung am 5.1.79: Es lag kein neuer Entwurf der Landessatzung vor und es konnte damit nicht konkret abgestimmt werden. Dies war der erste Streich.

#### ... und geht mit einem Diktat weiter

konkret wurde aber zwischenzeitlich der Landesvorstand. Da ja nun keine neue Landessatzung vorlag, mußte der Landesvorstand selber Wahlrichtlinien einschließen. Er ließ einen Entwurf der Landessatzung des abgelehnten wurde, betraf der Landesvorstand eine erweiterte Vorstandssetzung zusammen mit allen Vorsitzenden von Ortsverbänden und Fachgruppen. Einziges Tagesordnungspunkt: Wahlrichtlinien und neuer Delegiertenschlüssel. Um keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit seines Vorgehens zu lassen, hatte der Landesvorstand dies in einer Sitzung einige Tage zuvor beschlossen. Argumentation dazu: Das alte Ortsstatut, das durch die neue Landessatzung abgelöst werden sollte, sei nicht mehr gültig. Damit versuchte der Landesvorstand ganz nach seinem Belieben festzuschreiben, wann eine Ortsatzung (nach der noch eine Woche zuvor die Delegiertenversammlung zustimmungsgewonnen war!) gültig und wann nicht mehr ist. Daß das alte Ortsstatut nicht mehr gültig sei, wurde jetzt auf jeder folgenden Fach-

zusammengetrete (w!) gültig und wann nicht mehr ist. Daß das alte Ortsstatut nicht mehr gültig sei wurde jetzt auf jeder folgenden Fachgruppen- und Ortsverbandsversammlung wiederholt. Dies immer mit dem Tenor, daß unteren ehrenamtlichen Funktionen und den Mitgliedern klar werden sollte: Wenn der Landesvorstand etwas für nicht mehr rechtens hält, dann ist es das auch nicht mehr. Mit anderen Worten: Der Vorstand versuchte hier massiv Vereinsrecht in seinem Sinne zu machen. Solange die satzungsmäßig festgeschriebenen Rechte in der Gewerkschaft nicht allzusehr stören, sind sie gültig. Stehen sie der Politik des Vorstandes entgegen, werden sie durch Beeinflussung, Drohung und Einschüchterung außer Kraft gesetzt.

Auf der erweiterten Vorstandssitzung legte der Landesvorstand einen neuen Delegiertenschlüssel vor, der die Delegierten von 124 auf 85 zusammenstreich, dafür aber die Hälfte der Delegierten durch die Fachgruppen wählen läßt. Wobei die größte Fachgruppe, wie die der Maurer z.B. acht Delegierte erhält, die meisten anderen Fachgruppen entsprechend ihrer Mitgliederzahl aber nur je einen.

Die meisten Fachgruppenvorsitzenden stimmten diesem Modell zu, was die Direktwahl in den Fachgruppen doch ein Zugeständnis des Vorstands, das nicht zuletzt unter dem Eindruck der Aktivitäten der Fachgruppen zustandekam. Insbesondere die Fachgruppen der Maurer und Putzer hatten in ihrer Kritik am Landesvorstand in den letzten Tausendensitzungen stärkere Einbeziehung der Fachgruppen und mehr Einflußnahme gefordert.

Dies war aber auch das einzige Zugeständnis, vor allem wurde damit hingenommen, daß durch einen Federstreich die Zahl der Delegierten um fast ein Drittel gekürzt wurde.

#### ... und endet vorläufig mit einem Handstreich

Ganz in diesem Stile ging es weiter. Aufgrund dieses Diktats des Landesvorstandes forderten über 40 Delegierte eine außerordentliche Delegiertenversammlung — wie es dem gültigen Ortsstatut entspricht. Wieder trat der Landesvorstand auf und erklärte, das alte Ortsstatut gelte nicht mehr — „aber natürlich sind wir bereit, wenn eine Zahl von Delegierten dies wünscht, eine Delegiertenversammlung einzuberufen.“ Wie gehabt: Recht ist, was der Vorstand für opportun hält.

Einberufen wurde die schon oben angesprochene außerordentliche Delegiertenversammlung (neue Sprachregelung: Landesverbandstag) zum 5.1.1979. So zitiert nämlich, daß eben noch kein Arbeitsergebnis der Landeskommission für die neue Landessatzung vorlag. Und so günstig, daß der Landesvorstand für diese Sitzung plante, den Spieß umzudrehen nämlich, die im November erlassenen Wahlrichtlinien und den Delegiertenschlüssel jetzt per Abstimmung abgeben zu lassen. Etwas hierzu war ein Mitglied des Bundesvorstandes angetreten. Die Kollegen, die gegen die reduzierte Delegiertenanzahl waren, hatten bei einem Berliner Rechtsanwalt ein Gutachten erarbeiten lassen, das die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens des Vorstandes aufzeigte und daß, solange nichts neues beschlossen, das alte Ortsstatut gilt. Dies wurde vorgelesen. Hingegen zog der Kollege Herfurth vom Bundesvorstand vom Leder: „Von Gewerkschaftsfremden wird sich hier in die Belange der Gewerkschaft eingemischt.“ usw. Neben ihm aber saß selbst ein Rechtsanwalt, den er eigens mitgebracht hatte!

Ab abgesprochener Trick wurde schließlich Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und — ohne jegliche Vorlage — über Delegiertenschlüssel

„auf abgelehnter Basis“ wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und — ohne jegliche Vorlage — über Delegiertenschlüssel und Wahlrichtlinien „abgestimmt“. „Wer ist dafür? Der beibe die Hand!“ Das Augenmaß des Vorstandes bestimmte dann darüber, daß dies die Mehrheit war. Auszählen gab es nicht. Daß viele Delegierte von diesem Verfahren überrollt wurden und weder für noch wider die Hand hoben, galt ebenfalls nicht. War es dem Landesvorstand also auf der Delegiertenversammlung am 19.10.78 noch nicht gelungen, die Delegierten dahin zu bringen, sich doch freundlicherweise selber um die Hälfte zu reduzieren, so gelang ihm das in Art eines Putsches nun Die Landekommission, die die neue Landessatzung ausarbeiten sollte, wird sich schwer tun, gegen die nun geschaffenen Tatsachen etwas Abweichendes zu setzen.

#### Wie geht es weiter?

Die Situation ist also heute die, daß damit der Kern der neuen Landessatzung schon durchgesetzt ist. So werden bereits in diesen Wochen die Wahlen in den Ortsverbänden nach dem neuen Richtlinien durchgeführt. Die nächste Delegiertenversammlung wird also vollständig nach dem neuen Schlüssel beschickt.

Soweit sozusagen das Tauziehen um die Form der Landessatzung. Wie es aber weiterum mit der Vertretung der Mitgliederinteressen aussieht, wird sich zeigen. Keinesfalls ist nämlich klar, daß sich das durchsetzt, was der Vorstand will: die Mitglieder entgegen der Leine legen und dabei die Linken ausschalten.

#### Gekürzter Artikel von

Kollegen aus der IG Bau Steine Erden Berlin

# GEW

## GEW-Westberlin kündigt Frister die Fusion auf?

„Alle Verträge zur Fusion perfekt“ hieß es noch vor wenigen Wochen über den Schritt der GEW Westberlin, wieder in den DGB einzutreten. Verwunderung gab es schon seit einiger Zeit darüber, wie schnell Frister plötzlich bereit war die GEW Westberlin, in DGB-Kreisen als linksradikal verschrien, wieder aufzunehmen, und zwar zu genau den Bedingungen unter denen er sie 1976 ausgeschlossen hatte.

Jetzt sind jedoch die Vorbereitungen zur Fusion gestoppt worden. Der Bundesvorstand hat plötzlich Bedenken bekommen. Und zwar in zwei Punkten:

1. Die Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW Westberlin hat auf ihrer entscheidenden Sitzung neben den notwendigen Satzungsänderungen eine politische Willenserklärung verabschiedet, die der Satzung als Präambel vorangestellt werden sollte. Darin wird erklärt, daß die GEW Westberlin die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB ablehnt, mit allen Ausgeschlossenen solidarisch ist, weiterhin das Russell-Tribunal unterstützt und sich nicht auf einen Kooperationskurs gegenüber der SPD einschwenken läßt. Hierin achtet der Bundesvorstand eine Verletzung des Vorrangs der Bundesatzung, weil auch die GEW Westberlin eigene Entscheidungen und Auffassungen vorbehalt.

2. Die GEW Westberlin hat sich auch in der neuen Satzung das Recht auf die eigene Mitgliedschaft und das Recht auf Auflösung bzw. Nichtauflösung vorbehalten. Dies war wichtig, weil ohne diese Rechte dem Bundesvorstand die Möglichkeit in die Hand gegeben worden wäre, bei einer ähnlichen Kontroverse wie 1976 den Westberliner Verband sang und klanglos aufzulösen. Frister wollte dies nur als Formale Übereinkunft gelten lassen, weil eine andere Lösung nach einem Gerichts Urteil nicht möglich war. Seiner Interpretation nach sollte es nach der Fusion keinen eigenständigen GEW-Verband mehr in Westberlin geben, sondern nur einen Teilverband des Bundes-GEW. Hier machte ihm aberwas ein Gericht einen Strich durch die Rechnung.

In einer Entscheidung vom 11.1.79 urteilte das Landgericht, daß selbst bei Übernahme der Bundesatzung, also der Angliederung der GEW Westberlin an die GEW Bund der Westberliner Verband eigenständig bleibt, was eine eigenständige Mitgliedschaft beinhaltet. Das wiederum bedeutet, daß dem Bundesvorstand ein genereller Zugriff auf die Mitglieder der GEW Westberlin verwehrt ist — z.B. kann er diesen Verband nicht auflösen.

Dieses jetzt vom Bundesvorstand lin verwehrt ist — z.B. kann er diesen Verband nicht auflösen.

Dieses jetzt vom Bundesvorstand gelassen „Bedenken“ machen deutlich, daß Frister bisher mit falschen Karten gespielt hat. Von ihm

wurde der Eindruck erweckt, als ginge es um die Aufnahme der GEW Westberlin unter der Voraussetzung, daß diese eine minimale Eigenständigkeit behält. Im Nachhinein stellt sich dies jedoch als ein Trick heraus. Frister hatte damit gerechnet, daß die Strömung innerhalb der GEW Westberlin, die unter allen Umständen in den DGB zurück will, so stark ist, daß auf alle Eigenständigkeiten sowohl im organisatorischen als auch im politischen Teil verzichtet wird. Dieser Wunschtraum ist ihm durch die Präambel zerschlagen worden.

Seine Karten sind nun allerdings schlechter geworden. Denn sollte der Bundesvorstand tatsächlich die begonnene Fusion rückgängig machen (dies soll auf einer Sitzung am 11.2. entschieden werden), dann verletzt er sowohl einen schon geschlossenen Vertrag, und er würde damit deutlich machen, daß die von der GEW Westberlin entwickelte gewerkschaftspolitische Linie (die den Kampf gegen UVBs und gegen staatliche Repression einschließt) innerhalb des DGB nicht geduldet werden soll. Damit würde er genau die Befürchtungen und die Warnungen der Kritiker dieser Fusion voll bestätigen. Aber trotz aller Umarmungsversuche (a la Klose in Fragen der Berufsvorbe) geht die „Toleranz“ des DGB denn doch nicht soweit, daß ein Landesverband offen den Kampf gegen die UVBs propagieren darf. In diesem Fall soll wiederum Stärke demonstriert werden, um diesen Auffassung innerhalb der GEW insgesamt die Spitze abzubrechen. Es scheint aber auch eine Sache, da offenkundig ist, daß Frister meint, mit diesen Auffassungen innerhalb der GEW nicht leben zu können.

Die große Mehrheit der GEW Westberlin hat sich für den Wiedereintritt in den DGB entschieden, weil diese Mitglieder der Meinung sind, daß Gewerkschaftspolitik langfristig nur im DGB möglich ist. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Meinungen, auch wie und der Meinung, daß dies mit sehr viel Illusionen in die DGB-Führung verbunden ist. Jedoch gab es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine anderen Weg, um die Einheit dieses Verbandes zu wahren. Die Mitglieder der GEW Westberlin haben sich der Wiedereintritt jedoch nicht mit einem Kniefall zu erkaufen vernunft, sondern haben unmissverständlich ihre eigenen Positionen formuliert. Deshalb gilt es jetzt, die Wiederaufnahme unter den veränderten Bedingungen unter vollständiger Beibehaltung der Positionen zu erkämpfen.

Bedingungen unter vollständiger Beibehaltung der Positionen zu erkämpfen.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg



#### Aus dem Inhalt:

- GEW Bund nach Mainz: Das letzte Wort haben die Mitglieder (Teil 2)
- Lehrergewerkschaft auf dem Marsch nach rechts (Teil 1)
- GEW Hamburg — Wer „manipuliert“ in der GEW?
- GEW-Vorstand knapp gescheitert
- Gewerkschaftsführung auf Spalsterkurs
- Auf dem Weg zur völligen Willkür
- GEW Westberlin

Preis: 3.50

Nach der Studentenbewegung praktizierte die GEW-Führung vom März 1973 — September 1978 — ähnlich wie die SPD — eine Integrationsstrategie gegenüber den Linken. Der Kieler Kongreß der GEW im Jahre 1971 stand ganz im Zeichen einer „fortschrittlichen“ Bildungspolitik. Damals wurde auch das Streikrecht in die Satzung der Lehrergewerkschaft aufgenommen. Daß es sich hierbei lediglich um ein taktisches Kalkül handelte, um eine Radikalisierung der jungen Lehrer und Erzieher zu verhindern, zeigen die nachfolgenden Ereignisse.





Die faschistische „Deutsche Volksunion“ (DVU) hatte für Anfang Dezember in Darmstadt eine Veranstaltung angekündigt. Als Redner sollten Dr. Gerhard Frey und Altnazi Radel auftreten.

Der Darmstädter Magistrat, der zunächst die Kongresshalle als Veranstaltungsort zusagte, zog die Veranstaltung schließlich zurück. Die Erklärung der DVU, diese Veranstaltung auf jeden Fall zu wiederholen, nahm der antifaschistische Arbeitskreis an der Fachhochschule zum Anlaß, eine Presseerklärung zu erstellen, in der der Magistrat aufgefordert wird, zukünftige Aktivitäten neonazistischer Gruppen zu verbieten. Die Erklärung richtete sich zunächst besonders an Gruppen und Personen der demokratischen Öffentlichkeit, wie jüdische Gemeinde, Stadtjugendring usw.

Der antifaschistische Arbeitskreis der Stadtjugendring sowie auch die Jusos lehnen sich allerdings recht schwer mit einer Unterstützung. Obwohl anfangs eine Unversität zugestimmt wurde, machte die Jusos später einen Rückzug, weil an der Fachhochschule viele KBR sein, demzufolge wohl auch in dem antifaschistischen Arbeitskreis an der FH — und sie als wesentlichen Grund bei einer Unterstützung der Erklärung Schwierigkeiten mit ihrem Vorstand bekamen. Sie wollten stattdessen eigenständig eine ähnliche Erklärung herausgeben, die aber unseres Wissens nach bisher noch nicht erfolgte.

Letztendlich hat die Erklärung aber doch ein relativ breites Spektrum von Unterstützern gefunden. Dazu gehören: Jüdische Gemeinde Darmstadt, VVN Kreisvereinigung Darmstadt, Wilhelmsengemeinschaft Darmstadt, zwei Jugendvertreter der Chemie-Fabrik Merck, ein Jugendsekretär der IG Chemie, drei Jugendbildungsreferentinnen, zwei Pfarrer u. a.

#### Stuttgart

#### Stuttgart

Gegen den Protest von 3000 Antifaschisten konnte unter Polizeischutz die NPD in Stuttgart am 27.1. eine „Reichsgründungsfeier“ abhalten. Hier verschlossen Türen (selbst Pressen war nicht zugelassen) durfte die NPD sich im alten Landtagsgebäude versammeln.

Auf der antifaschistischen Kundgebung, die von DCB, VVN und SPD organisiert war, wurde von den Rednern erklärt, daß der Versuch, die NPD sich im alten Landtagsgebäude versammeln zu lassen, eine Verletzung der Verfassung darstellt, daß die schreckliche Brandung der Nazis durch den Staat nicht mehr aufzuheben ist.

30 antifaschistische Kneipen (KABD im wesentlichen) sowie eine „Mahnwache“ der VVN DKB/SDAJ vor der Kneipe verhinderten eine NPD-Veranstaltung in Göttingen. Kaiserstuhl. Obwohl 30 Polizisten aufmarschiert waren, zogen die etwa 15 Nazis wieder ab.

Eine für alle Antifaschisten (und solche, die es werden wollen) sehr interessante Ausstellung wurde von H.M. Broder am 16.1. in der Westberliner „Galerie 70“ eröffnet. Titel: „Deutschland erwacht! Aktionen und Tendenzen des Neo-Nazismus“. Folten Zeitungen, Schriftstücke usw. geben ein Bild vom Ausmaß der neonazistischen Aktivitäten in der BRD und Westberlin und ihrer Verharmlosung und Duldung durch staatliche Organe. Grundlage für die Ausstellung ist das Buch von H.M. Broder: „Die Besessenen von AK 138 und 140“.

Im Rahmen der Ausstellung sind noch bis zum 3. März 1979 finden mehrere Film- und Diskussionsveranstaltungen statt, so z.B. zusammen mit der GLW Berlin über „Rechtsradikalisierung an Hochschulen“.

Eine nachahmenswerte Sache auch für andere Städte!

Antifa-Kommission Westberlin

#### Frankfurt

Am Samstag, den 27.1., war auf der Zeit wieder was los. Die Diskussionsgruppen waren größer, der Stil der Auseinandersetzung mit den Nazis härter als sonst. Die Nazis, die dort jeden Samstag ihre Hetze unter Volk

Auseinandersetzung mit den Nazis härter als sonst. Die Nazis, die dort jeden Samstag ihre Hetze unter Volk bringen, waren von ca. 80 zumeist empörten Bürgern umstellt. Daß sich der KDS („Kampfbund Deutscher Soldaten“) erdreistete, ein Flugblatt zu verteilen, auf dem die Naziverbrechen gezeugt wurden, brachte das Faß zum Überlaufen. Einige Nazis bezogen Prügel. Im Schlimmeren zu verhindern, sah sich die Polizei gezwungen, einen der Nazis vorläufig festzunehmen. Diese Abreibung war längst fällig — zu lange schon treiben die Nazis im Zentrum Frankfurts ihr Unwesen.

Eine Gruppe von KB-Sympathisanten Frankfurt



Im Anschluß an eine Demonstration der „Antifaschistischen Front Westberlin“ am 30. Januar, anlaßlich des Jahrestages der „Machtergreifung“ der Hitlerfaschisten, kam es zu massiven Polizeieingriffen gegen mehrere hundert Demonstranten. Rund 250 Antifaschisten waren in einschlägig bekannten „Kaiserstein“ im Bezirk Kreuzberg festgenommen. — Jedenfalls aus Anlaß des Jahrestages der „Machtergreifung“ — eine provokatorische „Siegesfeier“ von NPD und Jungen Nationaldemokraten stattfinden sollte. Zum „Schutz“ des „Kaiserstein“ waren schon Stunden vor dem Eintreffen der Antifaschisten acht Mann schaffswagen der Polizei vor der Kneipe aufgestellt. Dieses Aufgebot wurde noch gesteigert, so daß schließlich vor dem „Kaiserstein“ und in den Seitenstraßen der Umgebung fünf Hundertschaften (1) für den militärischen Schutz der Nazis bereitstanden.

Nachdem die Antifaschisten ihrer Empörung durch Sprechchöre „Nazis raus aus dieser Stadt“, „Tod dem Faschismus“ und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ Luft gemacht hatten, entschied man sich angesichts des riesigen Bullenauflages, eine Konfrontation zu vermeiden und sich geschlossen in den nahe gelegenen U-Bahnhof Mehringdamm

hob, eine Konfrontation zu vermeiden und sich geschlossen in den nahe gelegenen U-Bahnhof Mehringdamm zurückzuziehen, um von dort abzufahren. Dort starteten die Bullen, die die Demonstranten verfolgt hatten, dann einen massiven Überfall. Als noch rund 200 Leute auf dem Bahnsteig auf die U-Bahn warteten, ließ die Polizei den U-Bahn-Verkehr auf dieser Strecke stoppen. Kurze Zeit später stürmten ca. 60 Bullen von beiden Seiten auf den Bahnsteig, begannen wild auf die Nächststehenden einzuknuppeln und die Wartenden — darunter auch viele unbeteiligte Passanten — zu einem dichten Knäuel zusammenzutreiben. Einzelne wurden herausgezogen und von jeweils drei bis fünf Bullen brutal mit Knuppeln, Faustschlägen und Fußtritten zusammengeschlagen. Ein Mann, der in der Panik vor den Bullen flüchten wollte, auf die Gleise sprang und ein Stück in den Tunnel lief, wurde festgenommen. Ihm wird jetzt die Unterbrechung des U-Bahn-Verkehrs zugeschrieben. „Verkehrsgeländung Sabotage“ usw. vorgetragen. Selbst ein „Tagespiegel“ zitiert Äußerungen von Passanten, nach denen danach noch einzelne Demonstranten in den umliegenden Straßen von Polizisten gejagt worden seien („Tsp“ 31.1.79). Fazit: Mindestens fünf Verletzte, eine Frau mußte mit Quetschungen, Platzwunden und einem schweren Schock ins Krankenhaus gebracht werden.

#### 1.500 gegen Nazi-Nostalgie und Neo-Nazismus!

Vorausgegangen war eine Demonstration von rund 1.500 Antifaschisten durch die Arbeiterbezirke Neukölln und Kreuzberg, zu der die „Antifaschistische Front Westberlin“ (wu) berichteten über ihre Gründung am AK 142) zu diesem 30. Januar auf

gerufen hatte. Unterstützt hatten den Aufruf u.a. die Alternative Liste, „KPD“, KPD/ML, die AHA, das Georg-von-Rauch-Haus, der KB.

Ebenfalls beteiligte sich ein recht großer Block von türkischen Kollegen. In mehreren Reden während der Demonstration und auf der anschließenden Kundgebung wurde auf die ständig zunehmenden neonazistischen Aktivitäten in Westberlin und der BRD hingewiesen, darauf, daß versucht wird, solche Verbrechen, wie sie z.B. in „Holocaust“ dokumentiert wurden, zu verharmlosen, darauf, daß „uns der Faschismus wieder schmachhaft gemacht werden soll“. Schon diese gesamte Demo wurde von einem großen Polizeiaufgebot „begleitet“, was offensichtlich der massiven Einschüchterung dienen sollte. Vereinzelt Steinwürfe einiger „Spontis“ am Rande dienten dazu nur als Vorwand.

Zwei Tage zuvor hatten ca. 500 Leute eine Informationsveranstaltung der „Antifaschistischen Front“ besucht, auf der neben antifaschistischen Musikbeiträgen usw. auch sehr konkret über die Neo-Nazi-Szene in Westberlin berichtet worden war. Ein türkischer Kollege ging auf die verstärkten Aktivitäten der Mörderbanden der „Grauen Wölfe“ in ganz Westeuropa ein, sowie auf den (ungehinderten) Auftritt ihres Führers „Der Führer“ in ganz Westeuropa ein, sowie auf den (ungehinderten) Auftritt ihres Führers A. Turkes vor einiger Zeit in Westberlin. An dessen Hetzveranstaltung hatten sogar einige CDU-Abgeordnete teilgenommen!

Insgesamt ist die zahlenmäßige Beteiligung, v.a. an der Demonstration, sehr als ein Erfolg für die „Antifaschistische Front“ zu sehen, wenn man bedenkt, daß ein sehr großer Teil des antifaschistischen Spektrums Westberlins (SEW/VVN und Anhang Jusos, Judos, Falken usw.) sich leider nicht an diesen Aktivitäten beteiligte.

#### Wahlkampfbeitrag des SPD/FDP-Senats 7

Wenn solche Polizeieinsätze gegen Antifaschisten für westdeutsche Städte schon fast „alltäglich“ sind, was ist dann hier noch etwas an?

#### Provokation von

#### Westberlin in Neukölln

Westberlin. Zu zahlreichen Zwischenfällen kam es am Dienstagabend in Westberlin während einer Provokation von Neonazis, die mit einer Demonstration an die Machtergreifung Hitlers erinnern wollten.

Die Neonazisten zogen unter Duldung der Polizei vom Kottbusser Tor in Kreuzberg zum Karl-Marx-Platz in Neukölln und zertrümmerten dabei zahlreiche Schaufensterscheiben von Geschäften. Im U-Bahnhof Mehringdamm wurde das BVG-Personal angegriffen und die Notsignalschalter betätigt. Die Polizei räumte den Bahnhof. Bezeichnenderweise wurde von der Polizei niemand festgenommen.

Die „Wahrheit“ und nichts von der Wahrheit...

ders: Seit 1972 (damals knüppelten die Polizei ca. 2000 Antifaschisten auseinander, die teilweise erfolgreich versucht hatten, eine Kundgebung von 100 Faschisten zum 13. August zu verhindern) ist das der erste bekannte Fall, wo der Senat so massiv eine Faschistenveranstaltung beschlüssen und seine Polizei gegen Antifaschisten vorgehen ließ. Dabei muß man sehen, daß die NPD in Westberlin zwar nicht als Partei verboten ist, aber aufgrund allierter Bestimmungen (!) ihr jegliches öffentliche Auftreten untersagt ist!

Das hat der Senat zwar noch nicht gehindert, der NPD und anderen Faschisten Mittel und Wege zu lassen, dieses Verbot zu unterlaufen, veranlaßt ihn aber, viel und oft Sonntags reden über seine „Wachsamkeit“ gegenüber neonazistischen Gefahren“ zu halten. Jüngstes Beispiel ist eine Erklärung des FDP-Vorsitzenden und Bürgermeisters Lütke, die er aus Anlaß des 37. Jahrestages der „Wannsee-Konferenz“ (auf ihr beschloßen die Faschisten die „Endlösung der Judenfrage“) gegenüber dem Vorsitzenden der Westberliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, abgab. „Wir alle wissen um die terroristische Neigung rechtsextremistischer Gruppen. Unsere jüdischen Mitbürger reagieren naturgemäß sensibel. Sie können aber beruhigt sein, daß wir mit allen Kräften ein Ausufern solcher Tendenzen verhindern werden.“ („Tsp“ 20.1.79).

Schöne Worte. Was davon zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß der Senat meint, es sich leisten zu können, mitten im Wahlkampf „mit allen Kräften“, wie Lütke sagt, „zu verhindern“, daß die Nazis an den Wahlen teilnehmen. Ganz offensichtlich geht das brutale Vorgehen der Polizei nicht auf das Konto einiger wildgewordener Bullen, sondern wurde „höherenorts“ als Einschüchterungsmaßnahme und „Lektion“ für die Antifaschisten ausgeklügelt!

Den Zynismus der SPD übertrifft (einmal mehr) die SEW Revisionisten. Sie versuchen die ganze Demonstration als Werk von Neo-Nazis einzustellen (s. Faksimile-Abdruck). Im übrigen Wortlaut ging diese Meldung übrigens über den DDR-Rundfunk! Soviel an Dummheit kann man der SEW wohl kaum (gutwillig) unterstellen. Immerhin ist sogar in der bürgerlichen Presse und sogar im Polizeibericht von einer antifaschistischen Aktion die Rede. Offensichtlich ist der SEW daran gelegen, auf diese ebenso plumpe wie unverschämte Art die „Antifaschistische Front“ und v.a. auch die „Alternative Liste“ zu diffamieren und ihre eigene Anhängerschaft für total dumm zu verkaufen.

Vielleicht macht der Senat sich diese Argumentationshülle der SEW zunutze und dichtet auf diese Weise den Knüppelinsatz noch zu einer antifaschistischen Großtat um!

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Westberlin



„Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“ fand am 22. Juli 1977 in Hamburg eine Ausstellung statt. Die Ausstellung ist eine Dokumentation der Verbrechen der Nazis. Sie zeigt die öffentliche nicht begründete Beurlaubung und Begnadigung von Naziverbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Ausstellung zeigt, daß die in der BRD bisher übliche Ohnang zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

Format A4  
60 Seiten DM 4,-

zu erhalten über  
Verlag J. Reents



# Aus der Nazi-Szene

## KZ-Gedenkstätte Struthof zerstört

Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren wurde das gerade neu eingerichtete Museum des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler/Struthof zerstört.

Die Fenster der Museumsbaracke wurden aufgebrochen, Fotografien, Reproduktionen und Dokumente zertrümmert sowie Vitrinen umgeworfen.

Die KZ-Gedenkstätte Struthof/Natzweiler im Elsaß ist jedem antifaschistischen Urlauber zum Besuch zu empfehlen, sie gibt in ihrer ziemlich weitgehend erhalten gebliebenen Gesamtanlage (Stachel draht, Baracken, Wachtürme, etwas abseits die „medizinische“ Folterstätte) einen umfassenden Einblick in die KZ-Wirklichkeit.

## „Wiking-Jugend“ auf „Hansa“ spüren

Anlaßbuch der Ausstrahlung von „Holocaust“ starteten ca. 20 Neo-Nazis, v.a. Angehörige der „Wiking-Jugend“, in Westberlin eine Provokation nach der Vorrede der Hamburger „Hansa“-Bande. An zwei Stellen in der City verteilten sie am 27.1. Flugblätter, in denen es u.a. hieß: „Ich Eselskopf glaube was darin (in „Holocaust“) gezeigt wurde“ und „Stoppt endlich die Volksverhetzung“. Dazu hatten sich einige der Neo-Nazis Kissenköpfe aufgesetzt.

Nach Polizeiangaben wurde ein bekannter Führer der „Wiking-Jugend“ in Westberlin, Ralph Tili, am Vortag festgenommen.

## Die schwunzigen Brandstiftungen

Die Brandstiftungen in der Hamburger „Hansa“-Bande werden vermutet.

## Antisemitische Flugblätter im Ruhrgebiet

Am 1. Februar 1979 ist in der Ruhr-Region ein antisemitisches Flugblatt verteilt worden. In dem Flugblatt werden die Namen von „Bürgerwehren“ aus Dortmund in Verbindung mit der „Hansa“-Bande gebracht und es wird behauptet, dass diese in der Ruhr-Region aktiv sind.

## Typisch: Nazis bleiben frei

Nach angeblich „monatelangen“ Ermittlungen...

## Typisch: Nazis bleiben frei

Nach angeblich „monatelangen“ Ermittlungen gab die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/M. jetzt bekannt, daß drei Verantwortliche (Namen wurden nicht genannt) für das Nazi-Blatt „Das Braune Bataillon“ („NSDAP-Frankfurt/Gau Hessen-Nassau“) ermittelt worden seien. Es handele sich dabei um einseitige NSDAP-Propaganda. Verhaftet wurden die drei nicht, da keine Fluchtgefahr bestehe... („heute“, ZDF, 1.2.79).

Das „Braune Bataillon“ wurde u.a. in der Zeitung der „Hansa“-Bande, „Sturm“, angesprochen, wo es als Lektüre empfohlen wurde.



Der, der am 27.1. in Hamburg auch dabei. Gehört zum Umkreis der „Hansa“-Bande. Wer weiß mehr über ihn?

## „Wiking-Jugend“ und „Hansa“-Bande gemeinsam in Hamburg-Harburg

Am 27.1.79 tauchten zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit Neo-Nazis in der Harburger Fußgängerzone auf. Wie schon eine Woche vorher, verteilten sie Flugblätter der „Wiking-Jugend“ (und der AKON). Bei dem ersten Auftritt waren es vier, eine Woche später acht. Die Verstärkung hielten sie wohl für nötig, weil Antifaschisten vereinzelt verurteilten, die Flugblattverteilung zu behindern. Am 27.1. wurde der Trupp vom NPD-Kreisvorsitzenden mit Handschlag begrüßt. Zu den Nazis gehörten u.a. Grabach („Hansa“-Bande), ein Vogel (wohl JN-Mitglied) namens „Holl“, aus Hürsten (mit VW-Köbel, Nummer WL-U 966), und Jens Gregar (Zimmermannstr. 1, Hamburg 90).



Er nennt sich „Holl“ und fährt einen VW-Köbel mit der Nummer WL 11101.

## Antisemitische Provokation in München

Am 27.1.79 verteilte eine Gruppe von Neonazis in München antisemitische Flugblätter. In einem der Flugblätter stand: „Juden sind Verräter“. Die Flugblätter wurden in der Innenstadt verteilt.

wie schnell die Nazis seine neue Adresse herausbekommen hatten, denn er war - aus guten Gründen - ohne viel Aufheben umgezogen!

## JN-Überfall

Eine Gruppe Neonazis stürmte im Jugendzentrum Hamburg-Rotenburg eine Veranstaltung der DGB-Jugend, wo der Film „Nazis gibt's die noch?“ gezeigt wurde. Unter den Nazis befand sich der bereits einschlägig bekannte Landesvorsitzende der JN Fritz Ulrich Bandt. Mit Polizeihilfe wurden die Nazis vertrieben. („Hamb. Abbl“, 1.2.79).

## 7200 Mark Geldstrafe

Zu einer Geldstrafe von 7200 Mark wurde ein Druckereibesitzer aus Dürkheim/Zweibrücken verurteilt. Er hatte mehrere Ausgaben des ohne Impressum vertriebenen Schmutzblattes „Wille und Weg“ („Organ der NSDAP“) sowie 5000 Plakate mit Hakenkreuzen gedruckt. Er wurde nur wegen des Druckens verurteilt, die Anklagen wegen Volksverhetzung und Beleidigung wurden fallengelassen. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. („Rheinpfalz“, 25.1.)

## Brandanschlag auf SPD-Büro

Wie wir erst jetzt erfahren, wurde kurz vor Jahreswende ein Brandanschlag auf das SPD-Informationsbüro in Hannover-Döhren verübt. Durch die Explosion wurde eine Brandbombe geworfen, die das Inventar und alle Akten zerstörte. Außerdem hinterließen die Faschisten Hakenkreuze und NSDAP-Aufkleber an den Fensterscheiben. Als die Juso daraufhin ein Flugblatt verfaßten, wurden sie durch Kripo

und SPD an der Veröffentlichung gehindert: die Ermittlungen seien noch nicht so weit, hieß die Begründung. (Bis heute hielten sie sich daran! Lediglich eine kleine Notiz findet sich im Juso-Rundbrief 2/79). Doch die Feigheit geht noch weiter. Als kurz nach dem Anschlag die Hauswirtin den Mietvertrag wegen der Vorkommnisse nicht mehr verlängern wollte, verurteilte aus der SPD lapidar: man solle bald umziehen Punkt.

Die Hannoveraner Nazis ließen sich diese Ermüdung gefallen und reagierten auf ihre Weise: In der Nacht nach dem ersten „Holocaust“-Teil schmerten sie ganz Döhren voll mit Hakenkreuzen und NSDAP-Farben. Trotz Information der HNP (SPD-Postille) durch Antifaschisten erschienen darüber bis heute kein Artikel.

## Nazi-Aktionen in Frankfurt

Über Monate hinweg verhielten sich die militanten Nazis in Frankfurt relativ ruhig. Kurz vor Jahreswechsel verstärkten sie aber wieder ihre Tatkraften.

Gezählt nahm sich eine fast zehnköpfige Gruppe einen DKP-nahen Buchladen in der Goethestrasse vor. Die 10-16-jährigen, die von einem etwas Älteren angeführt wurden, traten unauffällig in den Laden und Parka mit Russenabzeichen auf. Am 27.12.78 konnten die Verkäufer die Bande hinausdrängen, am 11. konnten die Jungfaschisten nichts ausrichten, da der Laden wegen Inventur geschlossen war, am 6.1. fielen sie jedoch wieder ein, provozierten herum und verursachten 4000 Mark Schaden durch Umwerfen verschiedener Materialien. Der Endpunkt der Aktion gegen den Laden einer Antifaschistin.

Angaben wird in dem Flugblatt u.a. Ausbildung im Nahkampf und Beteiligung an Großmanövern. Dem Blatt nach trifft sich die Frankfurter WSG-Bande regelmäßig und hat über Zukunft nicht...

Am 27.1.79 verteilte eine Gruppe von Neonazis in Frankfurt antisemitische Flugblätter. In einem der Flugblätter stand: „Juden sind Verräter“. Die Flugblätter wurden in der Innenstadt verteilt.

Wie schnell die Nazis seine neue Adresse herausbekommen hatten, denn er war - aus guten Gründen - ohne viel Aufheben umgezogen!

## Tibor Schwarz immer noch frei

In der Nacht vom 29. zum 30.1. griff der „Hansa“-Nazi Tibor Schwarz eine Gruppe von Antifaschisten in Hamburg an. Schwarz, der zuvor die Gruppe in einem U-Bahn-Wagen provoziert hatte, schoß beim Aussteigen einem der Antifaschisten aus unmittelbarer Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht, eine sich in Sicherheit bringende Frau schoß er an. (Die Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.) Die sofort alarmierte Polizei erschien noch in der gleichen Nacht in der Wohnung von Schwarz. Als nicht geöffnet wurde, trat ein Polizist die Tür ein. Schwarz wurde herausgebracht, wobei er schrie: „Ich habe nicht geschossen!“. Vor dem Haus wurde eine Waffe gefunden. - Schwarz ist inzwischen wieder auf freiem Fuß.

## In Frankreich ist Faschismus teuer

Wegen Rassenhetze wurde in Straßburg Marcel Iffrig zu sechs Monaten Gefängnis (mit Bewährung) und zu ca. 50.000 (!) Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Elsa“ den Völkermord der Nazis an den Juden beschönigt. Wegen einer ähnlichen Geschichte war Iffrig schon im Sommer 78 zu ca. 45.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Iffrig ist übrigens ein guter Bekannter des Frankfurter Nazis Schönborn. Der braucht hierzu keine Urteile nicht zu befürchten!

# Betr.: Nazi H.-M. Fiedler

In AK 142 (Seite 25) berichteten wir über Nazi-Umtriebe u.a. in Hannover-Münden. Acht neofaschistische Provokateure, die eine VVN-Veranstaltung störten (bis hin zur Schlägerei) wurden am 30.10.78 von der Polizei abgeführt, darunter die Jung-Nazis Gerald Wagner aus Hann.-Münden, Wolfgang Neffken und Christian Dörr aus Rinteln - sowie Hans-Michael Fiedler aus Göttingen.

Fiedler behauptete in einer „Gegendarstellung“ (siehe AK 144, S. 25):

1. Er habe die Provokation in Hann.-Münden nicht geleitet.
2. Er sei weder gegenwärtig NPD-„Ordner“, noch sei er es jemals gewesen.
3. Er sei nicht „Chef“ des Göttinger Unabhängigen Schülerbundes (USB).

Zunächst mal ist nicht uninteressant, was Fiedler nicht bestreitet, nämlich:

Daß er bei der Nazi-Aktion dabei war, sprich beteiligt war - Daß er mit den genannten Jung-Nazis, die über NPD/JN bis hin zu Hoffmanns „Wehrsportgruppe“ in die Nazi-Szene verstrickt sind, gemeinsame Sache macht.

Nun zu den Punkten seiner „Gegendarstellung“:

Zu 1. Fiedler bestreitet, genau gesehen, etwas, was im AK gar nicht gestanden hat. Dort hieß es lediglich: „Er leitete erscheinend die Provokation“. Sollte dieser Anspruch in Frage gestellt werden, muß Fiedler sich das so hat zuschreiben. Immerhin war er, soweit bekannt, der „prominenteste“ Nazi-Aktivist der Provokationstruppe - mit mehr als 10-jähriger Erfahrung u.a. als NPD-Funktionär und ideologischer Nazi-Kader in allen möglichen braunen Geländen (Aktivitäten in bzw. für M., Deutscher Studentenzeitung, etc.).

Aber nehmen wir an, Fiedler habe Recht. Er war nicht der Leiter der Aktion. „Wer dann?“

Die Antwort ist: Die Provokation wurde von der NPD „Ordnerdienst“ im Rahmen der „Aktion Widerstand“ aufgeführt. Diese war schwebend die Auflösung dieser „Ordner“-Riege notwendig werden bedürftig. Aber warum genau?

In der Tat ist bzw. war Fiedler „Chef“ des USB im Sinne eines offiziell verantwortlichen Vorsitzenden u.a. Als der USB 1974 neu belebt wurde, war Fiedler auch längere Schüler mehr Interessant ist aber, wie es zur USB-Aktivität kam. Anfang der 70er Jahre wurde in Göttingen wo Fiedler an der Uni studierte eine Unabhängige Schüler-Union (USU) gegründet, u.a. mit Schülern des Max-Planck-Gymnasiums im Alter von etwa 11-12 Jahren. Diese USU logierte in den Räumlichkeiten des Göttinger „Östpolitischen Deutschen Studentenver-

bandes“ (ODS), dessen damaliger „Referent für Schülerfragen“ kein anderer als Fiedler war. Er bildete einen „Arbeitskreis Schülerfragen“ und tauchte beim USU als politischer Anführer auf. Ein ehemaliges USU-Mitglied: „Aus dieser Zeit ist mir Fiedler bekannt, der damals die USU in den Räumen der ODS beherbergte und später die USU mit Christian Heck und Konrad Pachnicke zum „Unabhängigen Schülerbund - USB“ umfunktionierte“ (Persönliche Erklärung, 19.4.77).

Der genannte Christian Heck gehörte fortan zu den eifrigsten Freunden, die Fiedler um sich scharte. Er zeichnete für den USB in Göttingen verantwortlich, ebenso übrigens für den ODS. Außerdem vertrat Fiedler es sich mit Heck auch in der Redaktion des „Deutschen Studentenanzeigers“ (bis zu dessen Ausgehen in „Student“) zusammenzufinden.

Die wahre Rolle Fiedlers beim Aufbau und der Organisation neofaschistischer Schüler- und Jugendkreise ist mithin mit der Nennung irgendeiner formalen Funktion im USB nicht richtig beschrieben. Da hat Fiedler durchaus Recht. Weit eher dürfte seine Rolle als die eines ideologischen und organisatorischen Drahtziehers zu kennzeichnen sein, der es verstanden hat, im Laufe der Jahre eine stattliche Reihe von Zöglingen heranzubilden.



Das ist Fiedler

Daß Fiedler nach wie vor im Jugendbereich Rekrutierungsmaschine ist, zeigt die folgende Liste von Namen, die in der „Hansa“-Bande aufgeführt sind. Diese waren für Fiedler keine Unbekannten. Schon in Nr. 1 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ berichtete Fiedler über eine NPD-Veranstaltung, die am 11.2.78 in Göttingen stattfinden sollte, aber von Antifaschisten verhindert wurde. Zu den „jungen Kameraden“ und „jungen Idealisten“, die Fiedler ausdrücklich für ihren NPD-Aufmarsch lobte und ermunterte, und die zum Teil „zum ersten Mal im Einsatz standen“, gehörten auch Jürgen Dörr und Wolfgang Neffken. Fiedler lobte und ermunterte, und die zum Teil „zum ersten Mal im Einsatz standen“, gehörten auch Jürgen Dörr und Wolfgang Neffken, die jetzt mit Fiedler in Hann.-Münden waren!

Antifa-Kommissionen Göttingen und Hamburg

# Innenminister Baum gegen Verbot der NPD

In seiner Antwort auf eine Anfrage der CDU zum Rechtsextremismus gab Innenminister Baum am 15.1.79 kräftige Sprüche von sich.

- Die NPD sei verfassungsfeindlich, - ihre Zielsetzung sei von einer der nationalsozialistischen Ideologie entlehnten Überbewertung der Volksgemeinschaft geprägt, die deutlich auch rassistische Züge trage;
- Das NS-Regime werde von der NPD verherrlicht;
- Die NPD und insbesondere ihre Jugendorganisation IN würden immer aggressiver;
- NPDler würden bei neonazistischen Ausschreitungen mitmachen.

Wenn diese Äußerungen ernst gemeint wären, müßte der konsequente Schritt ein Antrag auf Verbot der NPD sein. Doch das will Baum durchaus nicht. Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Conradt hat erläutert Baum den kleinen, aber festen Unterschied zwischen „verfassungsfeindlich“ und „verfassungswidrig“: „Verfassungswidrig“ sei eine Partei nur dann, wenn dies vom Bundesverfassungsgericht entschieden sei. Eben darauf will Baum es aber gar nicht erst ankommen lassen.

Man/Frau erinnert sich vielleicht noch: 1968, als die NPD auf dem Höhepunkt ihrer parlamentarischen Erfolge angelangt war, war es ebenfalls ein frischgebackener Innenminister, Ernst Benda (CDU), der in genau demselben Tonfall wie Baum zur Beruhigung der Öffentlichkeit sogar einen Verbotsantrag gegen die NPD ankündigte. Er habe - so Benda - genug Material zusammen („Spiegel“, 32/68).

Doch auch damals gab es keinen Verbotsantrag und auch die damals heftig für ein Verbot eintretende SPD unternahm ein Jahr später in der sozialliberalen Koalition keinen Schritt in diese Richtung, im Gegenteil.

In den 11 Jahren, die zwischen den markigen Worten von Benda und Baum liegen, wurde Schritt um Schritt die weitere Legalisierung der NPD vorangetrieben. Höhepunkt dieser Entwicklung war das Mannheimer Urteil vom Mai 78, das der NPD sogar ihre „Verfassungskonformität“ bescheinigte.

Die Herrschenden mögen sich offenbar von dieser Partei absolut nicht trennen. Warum nur, warum?

Antifa-Kommission Hamburg



# „Hansa“-Chef Kühnen vor Gericht

Michael Kühnen, Chef der Hamburger „Hansa“-Bande, derzeit wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ in Haft, stand 1978 zweimal in Nürnberg vor Gericht

Während er im ersten Prozeß, in dem er mit seinem „Stellvertreter“ Worch (derzeit skandalösweise immer noch frei, neuer Chef der „Hansa“-Bande) vor Gericht stand, noch mit Bewährung davon kam, muß er nach dem Urteil des zweiten Prozesses sechs Monate absitzen

Im ersten Prozeß ging es um Nazi-Plakate, die zwischen dem 16. und 18. Oktober in verschiedenen Nürnberger Stadtteilen aufgetaucht waren

Kühnen und Worch waren von der Polizei beim Plakatieren überrascht und festgenommen worden

Beide gehörten auch zum Gefolge des inzwischen untergetauchten Nazi-Anwalts Roeder, als dieser am 16.10.77 aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Hinrichtungstages der Hauptkriegsverbrecher vor dem Nürnberger Justizgebäude eine „Kranzniederlegung“ veranstaltete. Angereist waren die beiden in einem Bus der „Wiking-Jugend“

Der Prozeß endete mit der Verurteilung beider zu je zehn Monaten mit Bewährung wegen Volksverhetzung. Als Bewährungsaufgabe wurden beide zu 80 Stunden Dienst in einem Heim für körperbehinderte Kinder verpflichtet („NN“, 12.8.78)

Im zweiten Prozeß ging es um das Zur-Schau-Stellen faschistischer Symbole durch Kühnen und zwei Begleiter

auf dem ehemaligen Nürnberger Reichsparteitagsgelände. Sie fielen einem Nürnberger Stadtrat, der zur gleichen Zeit jüdischen Gästen das Gelände zeigen wollte, auf. Dieser verständigte die Polizei, die die Personalien der mit schwarzen Jacken, schwarzen Hosenträgern und Hakenkreuzverzerrten Gürteln uniformierten Nazis aufnahm

Kühnen versuchte sich vor Gericht damit herauszureden, daß Freunde doch gern gleiche Kleidung tragen. Die Hakenkreuze hätten sie nicht absichtlich gezeigt. Außerdem müsse der Staat doch ihn und seinesgleichen politisch verkräften. Dieser Meinung wollte sich der Richter nicht anschließen: „Sie sind kein harmloser Typ. Sie sind ein gefährlicher Mann. Dumme können Hakenkreuze zeigen, das wissen Sie. Sie aber wollen in wenigen Tagen kaputtmachen, was in dreißigjähriger politischer Arbeit mühsam geschaffen wurde“. Der Richter betonte, daß sechs Monate Haft an der untersten Grenze lägen („NN“, 12.12.78)

Interessant ist, daß diese Begründung den „Wehrsport“-Hoffmann schon längst in den Knast hätte bringen müssen, der ja auch nicht dumm, dafür aber sehr gefährlich ist. Auffällig ist auch, daß derselbe Richter, der Kühnen nun verurteilt, noch vor einem Jahr den bereits erwähnten Rechtsanwalt Roeder freisprach, als dieser wegen einer bereits 1976 versuchten „Kranzniederlegung“ vor Gericht stand

Wesentlicher Grund des Freispruchs: Der Richter war der Meinung, Roeder sei politisch nicht ernst zu nehmen („NN“, 19.3.77)

Es bleibt abzuwarten, ob die Nürnberger Justiz nur ein Exempel an Kühnen statuieren hat, oder ob sie in Zukunft gegen alle Neonazis härter durchgreift

Für Nürnberger Antifaschisten heißt das, in erster Linie erneut mit allem Nachdruck zu fordern: Hoffmann endlich in den Knast!

...

Seit dem 1.2.79 steht M. Kühnen nun endlich in Hamburg vor Gericht. Anklage: Verbreitung von NS-Propaganda in der Zeit vom Juni 77 bis Juli 78. Mit ihm angeklagt ist der Schüler Friedrich Pätzmann. Vor begeisterlichen Zuschauern (etwa zehn Jungnazis und zehn bis fünfzehn ältere Nazis) hielt Kühnen am ersten Verhandlungstag flammende Reden

Da gegen Kühnen ein weiteres Verfahren als Rädelführer einer terroristischen Vereinigung läuft, findet der Prozeß im Staatschutzsaal 237 (mit Kontrolle und Fotokopieren der Ausweise) statt

Nächste Termine: 7.2., 9.2., 12.2. jeweils um 9.00 Uhr

KB Hamburg und Antifa-Kommision

## Gegen Verjährung von NS-Verbrechen

### Nazi-Verbrecher in den Knast!

Durch die Austrahlung der Serie „Holocaust“ ist erfreulicherweise eine breite Diskussion in der Bevölkerung um Verfolgung und Verjährung von NS-Verbrechen aufgebrochen. Daher sind die Chancen für eine generelle Aufhebung der Verjährung von Mord, über die voraussichtlich Mitte April im Bundestag diskutiert werden soll, gestiegen

Im Folgenden wollen wir einen kurzen Überblick über die bisherigen Argumentationslinien und deren Vertreter geben

### Faschisten und Reaktion

Im Sommer 78 hatte die Debatte um die drohende Verjährung (Ende 1979) von Nazi-Verbrechen in der BRD begonnen – von rechts. Strauß trat nach der Panne mit Filbinger die Flucht nach vorne an und forderte eine Generalamnestie für alle Nazi-Verbrecher

In der „Bild am Sonntag“ gefälschte Strauß im Stil der „Nationalzeitung“: „Das Material sammeln, Drecksuchen, Anschließen, Hetzen, Rufmorden, Abschreiben war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrtge Schläger heute die Roten sind ... Das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und menschlicher Läuterung nichts gemein hat“ („Bild am Sonntag“, 13.8.78). Der rechtsradikale „Freiheitliche Rat“ (Zusammenschluß von DVU, Wiking-Jugend, AKON, Deutscher Block – insgesamt von „Nationalzeitung“-Herausgeber Frey bestimmt) verabschiedete eine Entschärfung: „Der Freiheitliche Rat fordert die Parteien des Bundestages auf ... weitere Manipulationen der Verjährungsfristen ... nicht vorzunehmen, sondern eine Generalamnestie zu erlassen“ („NZ“, 22.12.78). Inzwischen ist dieser Text von 500 hinfänglich bekannten Gestalten der Alt- und Neonazi-Szene unterzeichnet worden

Wenn auch nicht insgesamt für eine Generalamnestie, so doch gegen die Aufhebung der Verjährungsfrist wendet sich die CSU-Bundestagsfraktion (bis auf einen Abgeordneten), die Mehrheit der CDU und der FDP – bis auf bisher 26 in der CDU und 4 in der FDP – sowie die bayerische Staatsregierung

Ende Oktober schaltete sich SPD-Vorstandsmitglied Herbert Wehner in die Debatte ein, als er während einer Reise in Israel erklärte, sich für die generelle Aufhebung der Verjährung von Mord in der BRD einzusetzen

Die Vorteile der generellen Aufhebung von Mord liegen für die Bourgeoisie dann, daß damit zum einen formal dem Protest vor allem aus dem Ausland entsprochen und damit dieser Protest aufgefangen wird (Mit ihrer Verjährungs- und Justizpraxis gegenüber Nazi-Verbrechern ist die BRD international weitgehend isoliert)

Zum anderen wird mit dem Wehner-Vorschlag erfolgreich verhindert, die NS-Verbrecher entsprechend den internationalen Abmachungen verfolgen zu müssen. Die Verjährungsdebatte wäre nämlich sehr schnell zu beenden, wenn von der BRD die seit Jahren vorliegende UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von NS-Verbrechen unterzeichnet würde. An der derzeitigen Praxis der Nichtverfolgung, Nichtbestrafung und Begünstigung von Nazis ändert der Wehner-Plan gar nichts, sondern lenkt eher von diesem Generalproblem ab. Zudem stößt der Wehner-Plan in die Propaganda und Diskussion um ein schärferes Strafrecht, das dann nur dem einen „Schönheitsfehler“ hätte, daß davon auch ein paar Nazi-Verbrecher erfaßt werden könnten. Die Aufhebung der Verjährung für Mord generell bedeutet auch ideologische Vorfeldarbeit für ein schärferes Strafrecht insgesamt – sei es für die Wiedereinführung der Todesstrafe, sei es für die Sicherheitsverwahrung (d.h. lebenslange Haft ohne Begnadigung) für „Terroristen“ oder für die bundeseinheitliche Regelung der Begnadigungsmöglichkeit

### Kritik am Wehner-Vorschlag

Während die Strauß-Forderung nach Generalamnestie eine Flut des antifaschistischen Protests im In- und Ausland hervorrief, sind aus naheliegenden Gründen die bisher öffentlich bekannten Kritiken am sozialdemokratischen Vorschlag eher spärlich. So ist der Punkt der Strafrechtsverschärfung unseres Wissens bisher nur von Abendroth kritisiert worden. Zahlreicher sind die Stimmen, die sich gegen die Gleichsetzung von Mord und Völkermord wenden. Stellvertretend sei hier Prof. Abendroths Kritik zitiert: „Vor allem soll der besondere Charakter des staatlich organisierten Völkermordes und Massenmordes gegenüber dem einfachen Mord aus dem öffentlichen Bewußtsein entfernt werden, in das er einst 1946 durch das Statut für das internationale Militärtribunal in Nürnberg auch der deutschen Völkern gelangt war“ („die tat“, 19.1.79). In ähnlicher Weise äußerten hierzu Kritik SPD-Ortsvereine Bremen-Borjeld, SPD-Bundestagsabgeordneter Waltheim, die UdSSR (oberstes Gericht), die „Interessengemeinschaft deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern“ (IEDW). Allerdings hat Waltheim seine Kritik mit einem eigenen Vorschlag verbunden, der den eigentlichen Absichten Wehners durchaus entgegenkommt: Keine Verjährung soll es geben für NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber auch für Verbrechen, die von „terroristischen Vereinigungen“ begangen wurden

### Unsere Aufgaben

Es besteht die Gefahr, daß sich der Protest gegen die Verjährung von NS-Verbrechen durch den Wehner-Plan schwächen lassen wird. Damit besteht die Gefahr, daß mit Verabschiedung eines Gesetzes über die generelle Nichtverjährung von Mord die Protestbewegung wieder in sich zusammenfällt, bevor sie eine eigenständige bewußte Kraft entfaltet hat, die Druck auf die konkrete Praxis der Nichtverfolgung von Nazis ausüben könnte

- Unsere Aufgaben liegen deshalb in der Stärkung der Eigenständigkeit und Bewußtheit der Bewegung
- Kampf gegen die Fortsetzung der Tradition des Faschismus,
  - Aufdeckung der Organisationen der Antinazis und ihrer Verbindungen zum Staatsapparat,
  - Nazi-Verbrecher in den Knast, gegen eine Verschärfung des Strafrechts,
  - Organisation antifaschistischer Aufklärung gegen die Beschönigung der NS-Verbrechen,
  - Aufnahme einer Öffentlichkeitsarbeit über die NS-Prozesse, keine Begünstigung der Justiz für NS-Verbrecher,
  - Kampf dem Antisemitismus heute, Entwicklung der Zusammenarbeit von Linken und antifaschistischen Juden in der BRD

Antifa-Kommision Hamburg

Antifaschistische RUSSELL-REIHE

3 INSDAP-Propagandisten unter der Lupe

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“. Dabei sind sie keine isolierten Spinner, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt

Dargestellt werden die Umtriebe dieser Banda, ihre in- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung durch Staat, Justiz, Polizei.

Paperback, 210 Seiten, DM 13,50

## Oberstaatsanwalt stellt Ermittlungsverfahren gegen Ziesel ein

Am 7.4.1978 und 1.8.1978 stellte der KB gegen Kurt Ziesel, Geschäftsführer der CSU-nahen „Deutschland Stiftung e.V.“, Strafanzeige „wegen falscher Versicherung an Eides Statt und Prozeßbetrugs“. Das Verfahren wurde nun von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I (Oberstaatsanwalt Dr. Stocker) eingestellt

Folgende Sachverhalte schienen auf eine strafbare Handlung K. Ziesels hinzudeuten

1. Ziesel erklärte in einer eidesstattlichen Versicherung vom 13.3.78, er sei weder Schriftführer der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ gewesen, noch sei dieses Blatt jemals „NSDAP-Leitorgan“ gewesen. Auch sei er nicht wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich geflüchtet. Dagegen steht in einem Brief an das Oberste Parteigericht der NSDAP in München vom 1.11.1936, in einem Schreiben an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, vom 23.11.1934, sowie in einem selbstverfaßten Lebenslauf schrieb Ziesel genau das Gegenteil, was er heute bestreitet

2. In einer eidesstattlichen Versicherung vom 23.12.1977 erklärte Ziesel, er Alt-Nazi E. Kernmayr habe nicht gemeinsam mit ihm die rechtsradikale „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) gegründet
3. Das „Mittelteilungsblatt“ der GFP vom Januar 1969 weist jedoch Erich Kernmayr als Gründungsmitglied aus.
3. In einer eidesstattlichen Erklärung vom 16.5.1978 heißt es: „Bei Prof. Schoeps handelt es sich um einen jüdischen Bürger, dessen Familie von den Nazis ausgerottet wurde. Ihm Rechtsradikalismus zu unterstellen, als beamteten Universitätsprofessor, ist eine besondere Niedertracht“

Dieser Erklärung steht ein Urteil des Oberlandesgerichts München aus dem Prozeß Manfred Pahl-Rugenstein (Verlag/Ziesel) gegenüber. Danach hat Prof. Schoeps in der Zeit vor 1945 zumindest zeitweise einer faschistischen Organisation (Gründer von „Der deutsche Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden“) angehört und das soll nicht rechtsradikal sein?

### Der Oberstaatsanwalt urteilt

Beim ersten Punkt ging der Oberstaatsanwalt voll auf die Argumentation ein, die im vorangegangenen Prozeß Ziesel/ARBEITERKAMPF von Ziesel entwickelt wurde: Ihm könne nicht widerlegt werden, daß seine Äußerungen während der Nazi-Zeit nur „Schulzbehauptungen“ seien, „die den Zweck hatten, ihn bei den damaligen Mächtigen in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen“ (Bescheid der Staatsanwaltschaft). „Obwohl die Angaben des Beschuldigten zu seinem Werdegang Widerspruch aufweisen, ist ihm nicht nachzuweisen, daß er in der eidesstattlichen Versicherung vom 13.3.1978 unwahre Behauptungen aufgestellt hat“ (ebd.)

Auch zum zweiten Punkt argumentierte der Oberstaatsanwalt ganz im Sinne von Ziesel

Ziesel will – ohne Kernmayr – die GFP Pfingsten 1960 in Neustadt gegründet haben, bei der tatsächlichen (juristisch gültigen) Gründung im Herbst 1960 in Frankfurt aber nicht dabei gewesen sein. Bei polizeilichen Ermittlungen zu dem beantragten Verfahren wurden Kernmayr und andere alte GFPler als Zeugen befragt. Alle stützten Ziesels Aussagen. Das genügt dem Oberstaatsanwalt

Der unterschiedliche Gebrauch des Begriffs „Gründungsmitglied“ sei entstanden, „weil unter den an der Gründung beteiligten Personen keine klaren Vorstellungen über die rechtliche Qualifikation der Versammlungen und der Teilnehmer bezüglich des Gründungsaktes geherrscht haben“

Auch im dritten Punkt wollte der Oberstaatsanwalt kein Hauptverfahren eröffnen. Ziesel habe über Schoeps nur eine „Meinungsäußerung“ abgegeben, nämlich, daß dieser keineswegs ein „Rechtsradikaler“ sei

In diesem Zusammenhang machte der Oberstaatsanwalt noch einige interessante Bemerkungen zum Begriff „Rechtsradikalismus“. Interessant deshalb, weil das Oberlandesgericht

München dem ARBEITERKAMPF verboten hat zu behaupten, die „Deutschland-Stiftung e.V.“ habe Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen. Das Gericht hielt unsere Beweise nicht für ausreichend, weil wir keine Verbindung der „DS e.V.“ zu Gruppierungen nachweisen konnten, die im Verfassungsschutzbericht als „rechtsradikal“ bezeichnet werden

Bei Ziesel werden da plötzlich ganz andere Maßstäbe angelegt:

„Der Begriff „Rechtsradikalismus“ wird im politischen Meinungsstreit als – politisches – Werturteil verstanden. Mit diesem Begriff wird über eine politische Haltung oder über einen politischen Standort geurteilt; es wird eine Meinung zum Ausdruck gebracht. Der wertende Charakter steht eindeutig im Vordergrund. Ein gleichzeitig gegebener Tatsachengehalt tritt zurück; er hatte nur die Bedeutung, eine politische Meinung zu rechtfertigen“

Was soll denn das nun wieder heißen?!

### Widersprüchliche Entscheidungen

Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Ziesel erstaunt uns im Hamburger Prozeß Ziesel/ARBEITERKAMPF erlaubt uns das Oberlandesgericht, auch weiterhin zu schreiben:

1. Ziesel war 1931 – 1933 Schriftführer des NSDAP-Leitorgans in Wien, der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“
2. Ziesel wurde beim „Völkischen Beobachter“ ausgebildet, nachdem er wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich flüchtete

Ziesel soll keinen Meineid geschworen haben. Wir jedoch dürfen genau das Gegenteil von dem behaupten, was er behauptet hat

Da liegt doch der Verdacht nahe, daß mit der Staatsanwaltschaft im CSU-regierten München etwas nicht stimmt?

Antifa-Kommision Hamburg

## Ausschluß von drei Antifaschisten aus der VVN Nürnberg

Wie in AK 133 berichtet, sollen in Nürnberg drei Antifaschisten aus der VVN (DKP-nah) ausgeschlossen werden. Die Gründe gibt der VVN-Kreisvorstand an.

1. „Antikowjetismus“
2. Mitarbeit in der Antifaschistischen Aktionskommission gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, in der auch der KB mitarbeitet,
3. Nichtentretren für „Entspannung und Abrüstung“

Nachdem der Fall breit in der Nürnberger Antifa-Szene bekannt geworden ist und dadurch sehr kritisch über das Vorgehen der VVN diskutiert

wurde, liegen aus schon 7 Stellungnahmen von Organisationen gegen diesen Ausschluß vor: Jusos Nürnberg; Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken Bezirk Mittelfranken; DFG/VK Nürnberg; CVJM Nürnberg-Gibitzenhof; Antifaschistische Aktionskommission gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann; Bund Deutscher Pfadfinder/BDJ; Werkstatt Nürnberg im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Auf der Jahresmitgliederversammlung der Nürnberger VVN wurde der Ausschlußantrag des Vorstands mit großer Mehrheit bei wenigen Gegen-

stimmen und einigen Enthaltungen angenommen. Der Vorstand ging sogar so weit, den drei Betroffenen zuerst überhaupt kein Rederecht zu gewähren. Schließlich durften sie doch jeder kurz Stellung nehmen

Als nächstes kommt der Ausschlußantrag vor die Landesmitgliederversammlung, aber die Hoffnungen sind insgesamt sehr gering, daß er zurückgenommen wird. Auf jeden Fall hat das Vorgehen der VVN hier in Nürnberg positive Diskussionen ausgelöst, wie man im Antifa-Kampf zusammenarbeitet

KB/Nürnberg



## Weltweiter Protest gegen Verjährung

Das Internationale Auschwitz-Komitee hat sich am 26.1.79, dem 34. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, gegen die Verjährung ausgesprochen ("de Volkskrant", 27.1.79).

Der Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees, Dr. Maurice Goldstein, rief am 28.1. dem jährlichen Gedenktag der KZ-Opfer auf dem Amsterdamer Nieuwe Oosterbegraafplaats, zum Protest gegen die Verjährung auf: "Das Jahr 1979 weckt unsere ernsthafte Besorgnis, denn es könnte mit einer großangelegten Amnestie für Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik enden. Das dürfen wir nicht zulassen". Nach Angaben Dr. Goldsteins haben rund anderthalb Millionen Deutsche Kriegsverbrechen begangen, nur zwölftausend von ihnen wurden für ihre Taten verurteilt. ("de Volkskrant", 29.1.79)

Anlässlich des 46. Jahrestages der "Machtergreifung" fanden vor zahlreichen diplomatischen Vertretungen der BRD in Europa und Amerika am 31.1. Kundgebungen gegen die Verjährung statt.

Vor der BRD-Botschaft in Wien demonstrierten rund 120 österreichische ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge.

Defu BRD-Botschafter Grabert wurde ein Schreiben an Kanzler Schmidt übergeben, in dem eine Verjährung "dieser grauenhaften Verbrechen der Menschheitsgeschichte" als schwere Mißachtung der Opfer des Faschismus bezeichnet wird.

Ähnliche Petitionen wurden in den BRD-Vertretungen in Los Angeles, Chicago und New York übergeben. Vor der Bonner UNO-Mission in New York protestierten 200 Juden, die zum Teil als KZ-Häftlinge gekleidet waren. Das Landesparlament von Kalifornien verabschiedete eine Resolution gegen die Verjährung. Weitere Resolutionen werden derzeit in den Landesparla-

menten der Bundesstaaten New York, Georgia, Colorado, Washington und Massachusetts vorbereitet. Auch im US-Kongress soll in Kürze eine entsprechende Resolution eingebracht werden. Das kürzlich in Los Angeles gegründete "Simon Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien" plant eine "Holocaust-Woche" vom 12. bis 30. April. (Die Welt, 18.1.79)

Gegen die geplante Verjährung von Nazi-Verbrechen, hat sich auch die "Deutsche Polnische Gesellschaft" Berlin ausgesprochen. Es geht nicht nur darum, ob auch der letzte Täter noch gefasst werde, sondern darum, daß sich "das ganze deutsche Volk für immer und unverjährbar von jedem menschenrechtswidrigen Geschehen distanzieren" (nach "Abend", 18.1.79)

Bisher haben sich folgende Staaten, Organisationen und Personen gegen die Verjährung von NS-Verbrechen in der BRD und für die Anerkennung der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens der BRD ausgesprochen:

- Polen, UdSSR
- die internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
- die französische Föderation der Deportierten, Internierten, Widerstandskämpfer und Patrioten (FNDIRP)
- die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
- Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste
- Bundesvorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)
- Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus / KZ-Verband
- Jusos-Fortschrittlicher Schröder
- Jungdemokraten
- KB
- Föderation der Zwangsarbeiter in Luxemburg
- Internationales Buchenwald-Komitee

- Internationales Auschwitz-Komitee
- Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
- SPD-Ortsverein Bremen-Borgfeld
- Robert Kempner, ehemaliger Hauptankläger der USA bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen
- Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDWL)
- Lagergemeinschaft Buchenwald-Bittel
- der nationale Kongress des Verbandes der ehemaligen französischen Widerstandskämpfer (ANACR)
- Verband der Antinazikämpfer und Opfer des Nazismus (Israel)
- der tschechoslowakische Verband der antifaschistischen Kämpfer
- Internationales Buchenwald-Komitee
- Internationales Sachsenhausen-Komitee
- Dr. Heinz Dix, Vorsitzender Richter beim Oberlandesgericht Frankfurt/Main
- Folgende Stimmen haben sich bisher gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen, nicht aber für die Anerkennung der UN-Resolution ausgesprochen
- + Israel
- + das Jüdische Dokumentationszentrum in Wien mit Simon Wiesenthal
- + die jüdischen Gemeinden in der BRD
- + eine Gruppe britischer Abgeordneter
- + der Vorsitzende der niederländischen sozialdemokratischen Partei der Arbeit, Jan van den Heuvel
- + die Gewerkschaftsführer Loderer, Vetter
- + Abgeordnete aus SPD, FDP, CDU

Niederlande-Kommission und Antifa-Kommission Hamburg

## 6.300 neue Polizeistellen in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg weist bei der personellen Ausstattung der Polizei von allen Bundesländern seit 1973 die größte Zuwachsrate auf. Wir werden diesen Weg fortsetzen."

(Ministerpräsident Lothar Späth in seiner Regierungserklärung, 31.8.78)

Baden-Württemberg hat zwar z.Z. eine geringere Polizeidichte als andere Bundesländer, aber das soll sich ändern! Während jetzt 1 Polizist gegen 456 Einwohner steht, soll dieses Verhältnis bis 1985 auf 1:334 gebracht werden.

Um das zu erreichen, verabschiedete die Landesregierung Anfang Dezember 78 den Sicherheitsplan II. Vom 1981 bis 1987 sollen 2,5 Milliarden Mark für den Ausbau der Polizeiausrüstung ausgegeben werden. 6292 neue Stellen sollen bei der Polizei bis 1987 eingerichtet werden.

Neben dem Anstieg der allgemeinen Kriminalität nennt Baden-Württemberg Innenminister Palm in seinem Bericht vom 11.1.79 folgende Gründe für den Ausbau der Polizei: die politisch motivierte Gewaltkriminalität und der Terrorismus, das verstärkte Auftreten „politischer Extremisten“ und die Zunahme „antisozialer Erscheinungen“ bei Großdemonstrationen.

Ausgebaut werden vor allem folgende Bereiche:

- Kontaktbereichsbeamte: Als eines der bedeutendsten Ziele gibt Innenminister Palm die Verbesserung des Kontakts zwischen Polizei und Bürger an. Deshalb solle der Streifen-Dienst ausgeweitet werden. „Kontakt“ wurden „probeweise“ schon in Stuttgart, Ludwigsburg, Mannheim, Offenburg und Freiburg eingeführt. Zu ihren Aufgaben gehört Sammlung umfassender Personen- und Ortskenntnisse in ihrem Bezirk.

Besuch von Versammlungen und Veranstaltungen, Kontaktpflege mit Geschäftleuten, Gastwirten, Hausfrauen, ... Sammlung von „Erkenntnissen“ über „Konflikt- und Rengruppen“, Hilfe bei „Ermittlungen“ in Meldeangelegenheiten.

- Jugendpolizei: Zur besonderen Besetzung der Jugendlichen sollen sich „Jugendpolizisten“ in Jugendzentren und anderen von Jugendlichen bevorzugten Plätzen herumtreiben. In Stuttgart, wo es das seit kurzem (neben Reutlingen und Freiburg, gibt, beginnt sich in den Jugendzentren ein Widerstand dagegen zu organisieren.

- Die Abteilungen gegen Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität

- Die Abteilungen Staatsschutz und Fahndung

- Verfassungsschutz: „Personalboom beim Verfassungsschutz“ ist die Überschrift eines Artikels in der „Badischen Zeitung“. Um rund 50% soll der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg vergrößert werden. Von bisher 347 auf 513 Schnäffler.

Der Personen- und Objektschutz soll ein selbständiger Dienstzweig werden.

Die Stabschulung der Bereitschaftspolizei sollen ausgebaut, weitere Einsatzhundertschaften sollen gebildet werden.

- Die Sonderkommandos sollen ebenfalls ausgebaut werden.

- Neubauten: 920 Mio. Mark sind im Sicherheitsplan II für Baumaßnahmen vorgesehen, durch die die Polizei stärker zentralisiert und rationalisiert werden soll.

Die SPD begrüßt den Sicherheitsplan II. Mit ihm werde einer seit Jahren erhobenen Forderung der SPD entsprochen.

Ein Genosse aus Stuttgart

## GSG 9 soll verstärkt Kaderfunktion im Ausland erfüllen

Die GSG 9 hat Nachwuchsprobleme. Die nach dem Mogadishu-Ablauf geplante Aufstockung der GSG 9 von ca. 180 auf 320 Beamte scheitert laut Aussagen aus dem Bundesinnenministerium daran, daß die Bewerber den extremen Qualifikationsansprüchen nicht genügen und auch die Zahl der Bewerber rückgängig sei (lt. „Welt“, 28.1.79).

Die bisherigen Versuche, in genügender Anzahl geeigneten Nachwuchses aus dem Grenzschutz selbst und dem Bereich der Landespolizeien zu erhalten, haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht (lt. „Tagesspiegel“, 10.1.79). Dazu trage auch die „Unattraktivität dieses Berufs“ bei: Die GSG 9ler klagten über schlechte Bezahlung (Durchschnittsverdienst angeblich 1.200 Mark netto, keine Zulagen, nur teilweise Überstundenvergütung), hohes Gesundheitsrisiko, zu geringe berufliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Zur Behebung dieses „Notstands“ plant das Bundesinnenministerium: „Die Laufbahnverordnung für BGS-Beamte soll geändert werden. In Zukunft sollen Zeitsoldaten, die ihren Dienst bei der Bundeswehr beendet haben, vom Bundesgrenzschutz nach einer verkürzten Ausbildungszeit übernommen werden. Dabei ist an Soldaten gedacht, die aufgrund ihrer Einzelkämpfer-Spezialausbildung für die GSG 9 besonders geeignet erscheinen“ (FR, 9.1.79).

Die Rekrutierung der GSG 9-Nachwuchses aus ehemaligen Zeitsoldaten greift im Grunde keine neue Qualität der Ausrichtung der GSG 9 dar, sondern unterstreicht noch einmal den militärischen Charakter dieser Truppe. Die Rekrutierung von Zeitsoldaten geschieht unter dem Gesichtspunkt der Effizienz, denn sie sind schneller einsatzbereit als BGSler, die erst besonders ausgebildet werden müssen.

Die Frage ist, warum soll die GSG 9 überhaupt aufgestockt werden? Dazu Innenminister Baum am 8.9.78 anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Schmidt und Staatsminister Wischniewski im GSG 9-Standort Hangelar, „Um die Einsatzbereitschaft der GSG 9 zu erhalten und zu stärken, wird sie in einer ersten Stufe um etwa 70 Beamte auf ins-

gesamt 329 Mann verstärkt werden, um u.a. eine Ausbildungs- und eine Aufklärungsgruppe aufstellen zu können.“ Die Ausbildungseinheit will er jetzt „in einige Länder entsenden“ (nach „KVZ“, 15.1.79). Die beiden genannten Einheiten und neu in der GSG 9, und da von einer „ersten Stufe“ die Rede ist, sind anscheinend weitere Stufen geplant, was im Rahmen der Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes bis zum Jahre 1983 zu sehen ist).

Die Aufstellung einer Ausbildungseinheit, die ins Ausland geschickt werden soll, um dort beim Aufbau GSG 9-ähnlicher Sonderkommandos behilflich zu sein, unterscheidet unsere These, daß die GSG 9 nicht in erster Linie für den Einsatz im Innern der BRD geplant ist – dafür sind die Sonderkommandos der Länder zuständig – sondern daß ihr Hauptaufgabengebiet im Ausland liegt. Anzeichen

einer internationalen Zusammenarbeit zwischen GSG 9 und ausländischen Sonderkommandos existieren schon seit einigen Jahren. GSG 9-Kommandant Wegener war 1976 in Entebbe dabei, 1975 stand die GSG 9 in Stockholm einsatzbereit, die GSG 9 war bei der Stürmung des von Molokern besetzten Zuges in Assen/Holland dabei; seit 1973 bildet die GSG 9 Schweizer Sonderkommandos aus und flieg im Sommer 1978 in die Schweiz, um bei einer Flugzeug-Entnahme zu helfen.

Seit Mogadishu richteten 40 Staaten Anfragen an die GSG 9 nach Ausländern (s. auch AK 132).

Die „Personalsorgen“ bei der GSG 9 beziehen sich also wohl insbesondere darauf, mehr polizeilich/militärische „Berater“ im Ausland einsetzen zu können.

Antifa-Kommission Hamburg



## Polizei-Kurzmeldungen

Baden-Württemberg: Verschärfung des Melderechts geplant

Unter dem Stichwort „Mehr Bürgernähe“ plant die baden-württembergische Landesregierung jetzt eine „Vereinfachung“ des Melderechts. In Zukunft soll der Vermieter verpflichtet sein, der Meldebehörde innerhalb einer Woche nach dem Ein- oder Auszug schriftlich die Anschrift der Wohnung, den Namen des Mieters sowie die Zahl der ein- und ausgezogenen Personen und das Datum des Ein- oder Auszugs zu melden.

Bisher war der Vermieter verpflichtet, den Meldebescheinigung zu unterschreiben und die Einhaltung der Meldepflicht durch den Mieter zu überwachen – was aber in der Praxis offenbar nicht die erwünschte totale Überwachung brachte.

Den eigentlichen Zweck der „Vereinfachung“ des Melderechts benennt die Landesregierung: „Mit der Neugestaltung der Meldepflicht des Vermieters soll ... sichergestellt werden, daß die Meldebehörde von jedem Ein- oder Auszug erfährt, was gleichzeitig auch einen Beitrag zur wirksamen Verbrechensbekämpfung darstellt“ (nach „BZ“, 11.1.79).

KB Freiburg

Fahndungsfieber – Fahndungsterror

Vom 24. Januar an lief in Rheinland-Pfalz über mehrere Tage hinweg eine „Anti-Terror-Übung“ unter dem Thema „Terroranschlag mit Entführung“. An dieser Übung nahmen angeblich erstmals seit 1968 – der Bund und alle Länder teil. Zweck des Manövers war nach Angaben des Innenministeriums in Mainz „die Erprobung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder in Fällen terroristischer Gewaltkriminalität von bundesweiter Bedeutung“ („FAZ“, 25.1.1979).

In den frühen Morgenstunden des 31. Januar stürmten Beamte eines Spezialkommandos der Düsseldorf-Polizei ein Appartement. Sie brachen die Appartementstür auf und überfielen – mit ihren Maschinenpistolen im Anschlag – im Schlafzimmer ein erschrockenes Paar. Der mit seiner Verlobten aus dem Bett geholte Wohnungsinhaber halte eine „gewisse Ähnlichkeit“ mit dem vermuteten Terroristen. Erst nach einundhalb Stunden wurden die Beiden wieder entlassen. Immerhin, sie leben noch! ...

Todesstrafe wegen Automatenknacken?

Am 28.1. wurde in Hamburg der griechische Athanasios Koutsoudopoulos beim Versuch, einen Automaten in einem Lokal zu knacken, von zwei Bullen erschossen.

Angeblich habe er die Bullen mit einer Waffe bedroht und dabei „Hände hoch! Keine Bewegung!“ gerufen. Die Polizisten gaben daraufhin 17 Schuß auf den Mann ab. Der Grieche wurde von sechs Schuß getroffen und starb wenig später im Krankenhaus.

Dazu die Polizei: „Nach den vorliegenden Erkenntnissen war diese Handlung sowohl notwendig als auch rechtmäßig“.

Herald klagt

Professor Wilhelm Steinmüller, Datenschutz-Experte in Regensburg, ist vor kurzem mit der durchaus glaubwürdigen Warnung an die Öffentlichkeit getreten, das „Sicherheits“- und Überwachungssystem der BRD stehe an Sicherheitstests für die Demokratie in der BRD. Der Prompt reagierte BKA-Chef Herold er verklagte Steinmüller auf Widerruf.

Antifa-Kommission Hamburg







# Politische Unterdrückung in der Bundeswehr

## Das muß eine verheerende Wirkung haben

Die Mäntel halten ihren Laden sauber. Nicht etwa von Faschisten, wie Wohlmeinende nach Lektüre der sich häufenden Pressemeldungen über faschistische „Entgleisungen“ in der Bundeswehr (BW) vielleicht glauben könnten, sondern von Antifaschisten. Demokraten oder Kommunisten Teilweise werden sogar Antifaschisten eingesperrt oder sogar entlassen, weil sie faschistische Umtriebe in der BW enthüllt und ins Licht der Öffentlichkeit gebracht haben. Es geht also im folgenden nicht „nur“ um die politische Unterdrückung von Meinungen und Aktivitäten, die links von der NPD/CDU/CSU einzuordnen sind, sondern auch gleichzeitig um eine ungeheuerliche Begünstigung offen faschistischer Umtriebe in der Bundeswehr.

Ein zweiter Punkt ist bei dieser Frage zu berücksichtigen: es handelt sich bei den hier geschilderten Fällen um „Einzelfälle“, die uns mehr oder weniger zufällig auf den Tisch gekommen sind. Tatsächlich spielt sich also viel mehr ab

### Der Felt Conrad

Die Bestrafung des Soldaten Conrad wegen der Teilnahme an einer antifaschistischen Gedenkfeier des DGB auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau anlässlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ im letzten Jahr löste massive öffentliche Proteste aus.

Der Kommandeur des Fliegerhorstes in Kaufbeuren, Oberstleutnant Geiser verhängte mit Zustimmung der 4. Kammer des Truppensenatsgerichtes Süd in Karlsruhe eine dreitägige Arreststrafe gegen Conrad, mit der lapidaren Begründung, dieser habe „bei einer Veranstaltung der bayrischen DGB-Jugend in Uniform einen Kranz niedergelegt“. Diese „unangelegte Entschuldig“, wie sie der „Spiegel“ (18.12.78) vom 1.12.78 als „unangelegte Entschuldig“ bezeichnet, ist in der Tat eine unangelegte Entschuldig.

zugewandten protestierten bei Hans Apel und sprachen von der „Empörung der Juden“ über die Bestrafung Conrads. Der Vorsitzende der Jungen Union, Max Heilmeyer (CSU), selbst auf der bewußten Gedenkfeier in Dachau dabei, hielt die Bestrafung für „völlig absurd“, die Veranstaltung selbst für „völlig unpolitisch“. Auch das europäische Ausland erfuhr von dem Fall und gab dies im europäischen Parlament offenbar deutlich zu verstehen. Mit der Folge, daß sich die bundesdeutsche sozialliberale Koalition dieses Parlaments genötigt sah ihrem Fraktionschef Wehner in Bonn über ihre „tiefste Verdrängung“ Mitteilung zu machen. Sechs Bundestagsabgeordnete, an der Spitze Schöbinger (SPD) protestierten ebenfalls

Die Argumentation dieser Abgeordneten spricht Bände. „Ein derart skandalöses Urteil schadet dem Ansehen der Bundeswehr in höchstem Maße und muß unter den Wehrpflichtigen wie unter kritischen Bürgern eine verheerende Wirkung haben“ (Angaben über die Proteste aus Spiegel 18.12.78). Klar, zumal wenn solche Urteile breiter bekannt werden und europäischen Nachbarn zu Ohren kommen, wie hier geschehen

Daß Conrads Fall derartige Pro-  
teste, wenn auch zum großen Teil  
taktischer Natur zur Beruhigung des  
In- und Auslands überhaupt hervor-  
ruft, ist lediglich dem besonderen  
Umfeld zu verdanken, daß die So-  
zialdemokraten selbst es waren, die  
die Gedenkfeier in Dachau mit-  
organisierten und eine Reihe weiterer  
ähnlicher Veranstaltungen zur  
„Reichskristallnacht“ mit trugen. Es  
macht sich halt im In- und Ausland  
eher schlecht, wenn man er den Anti-  
faschisten ausweicht, und wie es hier  
konkrete der Fall war, einen Gegner  
zu haben, gegen den man sich nicht  
verwehren darf. In der Tat ist es  
schwer, sich gegen den Antifaschismus  
zu wehren, wenn man sich nicht  
gegen die Sozialisten wendet. In der  
Tat haben die Sozialisten Conrad für die  
Teilnahme an der Gedenkfeier für  
drei Tage in Gefängnis stecken zu  
lassen.

Das kleine „Hörvergnügen“ dauert auch

das Truppendienstgericht-Süd. Es hob die Arreststrafe wieder auf, mit der Begründung, es sei eine politische Veranstaltung „im Bereich der Grazone“ (!) gewesen. Zugleich wurde Conrad ein Verweis erteilt, weil er beim Besuch der Gedenkfeier auf seiner Uniform eine Plakette trug („Melde gehorsamt ‚nein‘ zur Neutronenbombe“). Damit war der Fall Conrad jedoch nicht abgeschlossen. Die Herrschenden rollten den Fall mit einer neuen Argumentation auf aus dem Antifaschisten Conrad wurde flugs der Kommunist Conrad. Und bei Kommunisten, die „solche überpolitischen Veranstaltungen mißbrauchten“, um nur zum Schein die Toten zu ehren“



**Soldat Conrad (l.) bei Krenzniederlegung in Dechau: Drei Tage Arrest „wegen“ Tragen einer Uniform auf dieser Veranstaltung**

Kalküle“ überflüssig (Spiegel, 18.  
Die Frage ist, ob Conrad  
seiner nichtmoralisierenden K  
die Götterfrage un  
beobacht im Eins  
für eine Ver  
gunst des AIX-Arbeitsteils dem  
kritischer Subjekt - & Verf / m  
zen oder mißbrauchen wollen. Der  
ADS ist keineswegs ein so harmloser  
Verein, wie der Name suggeriert  
Er bildet das Vehikel für die A  
tion von 6 Gruppen in der Mün  
sche (27. 23. 11. 18.)

meist Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe befand 1977 in seinem Urteil, daß für dieses „Verbrechen“ 14 Tage Knast angemessen seien.

Gleicher behandelt wurde dagegen ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr, der auf einer Veranstaltung der 'Jungen Union' den Rücktritt des SPD-Verteidigungsministers gefordert hatte, und dafür zunächst einen „strengen Verweis“ erhielt. Der „Verweis“ wurde Ende 1978 vom Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. Begründung: „Die Disziplin in der Bundeswehr wird durch eine politisch begründete Rücktrittsforderung nicht gefährdet“ (nach „SZ“, 20.10.78). Wenn solche Forderungen von rechts kommen, alle-

## Das Uniformverbot

Mit dem Paragraphen des Soldatengesetzes, der das Tragen von Uniformen auf politischen Veranstaltungen verbietet, haben sich die Herrschenden ein heiliges gegen „Antimilitaristen“ im weitesten Sinne einsetzbares Instrument geschaffen: Meiden sollen danach „alle“ uniformierten Soldaten „Versammlungen und Demonstrationen von politischen Parteien, aber auch von Gruppen, die Einfluß auf den Staat oder die Parteien anstreben, wenn die Zusammenkunft der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dient, oder wenn es sich um eine gemeinsame Kundgebung in solchen Angelegenheiten handelt“ (so die konkrete Auslegung laut „Spiegel“, 18.12.). Daß mit solchen Gummivorschriften nach Beheben hantiert werden kann ist klar. Interessant ist nun, daß bisher diese „Bestimmungen“ im Zusammenhang mit der Teilnahme Uniformierter an DGB-Veranstaltungen durchaus unterschiedlich eng ausgelegt wurden. Das Verhältnis zwischen „Gewerkschaften und Militär“ ist ja bekanntlich ein sehr „joyales“ in unserer Demokratie. Zumindest seitens der „Gewerkschaften“ gegenüber dem Militär. Um nun diese „Rechtsunsicherheit“ in der Frage „Uniform und DGB“ zu beseitigen, will das sozialdemokratisch geführte BMVg (wer ahnt was?) eine Neuregelung des Uniformverbots prüfen. Unter „Neuregelung“, das versteht sich eigentlich, kann hier nur eine „im Sinne Berkens“ gemeint sein, der schon 1976 in seinem Wehrbeauftragtenbericht das generelle Uniformverbot für DGB-Veranstaltungen gefordert hatte (siehe auch „Spiegel“, 18.12.78). Dies wird sicherlich keine Anwendung auf Zusammenkünfte von hohen Offizieren in Uniform mit Vertretern oder Mitgliedern der Kapitalistenverbände, wie z.B. im Falle des Brigadegenerals Schroeder, nenn irgendeine Anwendung finden sollte die ist! 46/78). Was heißt Gewerkschaften die 13 Monate eine Uniform getragen werden, noch als Möglichkeit bleibt, um legal auch als Soldaten uniformiert sichtbar an Gewerkschaftsveranstaltungen teilnehmen zu können. (1) eine offizielle Delegation in das BMVg. Daß auf diese Idee noch keine Antwort gekommen ist, ist ein schlechtes Zeugnis für die

im kollektiven Designprozess durch das  
"typische" und "neue Ideen" nach  
den gegebenen Bedingungen des  
sachlichen Problems, spricht für und

### Reservisten – Vorsicht!

Daß die Militärinstanzen noch andere Mittel anwenden, um die „Disziplin“ in ihrer Truppe zu wahren, mußte Kanonier Kubitz Mitglied der SPD und ehemals Leutnant der Reserve, vor wenigen Wochen erkennen. Kubitz hatte 1975, acht Monate nach seiner Beförderung zum Reserveoffizier und gleichzeitigen Entlassung aus der Bundeswehr, vor seiner ehemaligen Kaserne ein Flugblatt des ADS verteilt. Etwa ein Jahr später leitete der zuständige Wehrdisziplinaranwalt ein Verfahren deswegen ein, welches wiederum lange Zeit später, im Februar 1977 vor der 8. Kammer des Truppendienstgerichts-Mitte in Dümeldorf eingestellt wurde. Dagegen legte 3 Monate später der Wehrdisziplinaranwalt Widerspruch ein, so daß sich Kubitz in letzter Instanz vor dem Wehrdienstsonat in Dümeldorf einfinden mußte. Dort erfuhr er von seiner Schuld im Sinne der §17 und 23 des Soldatengesetzes. Das Verteilen der ADS-Zeitung („Hetze gegen die Bundeswehr“) registrierte „das hohe Gericht“ als eine schuldhaftige Verletzung der Pflichten eines Soldaten, an die er als Reservist und Vorgesetzter auch nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr durch den §17/3 des Soldatengesetzes gebunden sei. Er sei „nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht (geworden)“, „... die für seine Wiederverwendung als Vorgesetzter erforderlich sind“, und wurde somit im Sinne des §23 des Soldatengesetzes degradiert (SZ, 7.12.78).

Die „SZ“ stellte derzeit aus Ende ihres Berichtes über den Fall Kubitz einen Satz, den wir ebenfalls, wenn auch aus anderen Gründen ans Ende stellen wollen. „Doch könnte es sein ... daß dieser Schuß nach hinten losgeht. Zwar ergt das Münchner Urteil den Spielraum der Arbeitskreise nicht, aber es wertet sie auch auf, nimmt sie ernst, schweißt sie erst zusammen. Propagandistisch auszuweichen werden die den Fall Kubitz auf jeden Fall“.

**Zur Nachahmung empfohlen:**

**Zur Nachahmung empfohlen:  
Proteste gegen  
Bundeswehr-Ausstellungen**

Wie notwendig es ist, den Widerstand gegen militäristische Leitmotive der Bundeswehr zu organisieren, ergibt die/der Antimilitarist(in) beim Durchblättern der „Wehrtechnik“ 12/78, „Ausstellungsrekord – Die mobile Ausstellung ‚Unser Heer‘ beendete in diesen Tagen ihre Reise durch 18 Städte im süddeutschen Raum mit einem Rekordergebnis. Genau 732 347 Besucher kamen und raunten über 74 Ausstellungsfahrzeuge. (...) Zu den Besuchern gehörten auch 46 500 Schüler, die in 1 628 Klassen anrückten, 898 Bewerbungen zur Bundeswehr wurden spontan registriert, 22 029 Gäste gingen mit Bundeswehrhubschraubern in die Luft“.

## DDR-Wehrkundegegner -- wo bleibt der Aufschrei?

Einen Aufschrei haben wir nicht gehört, wohl aber (mit Freuden!) ein hörbares Rufen Mitglieder der DFG/VK organisierten in Rastatt und Waldkirch (Baden-Württemberg) Proteste gegen die Waffen-Wander-„Show“. Eine Woche lang postierten sich DFG/VKler in Rastatt vor dem Ausstellungsort, verteilten Flugblätter (gegen die von der BW Strafanzeige angedroht wurden), trugen „Sandwiches“ durch die Gegend („Hiroshima – schon vergessen“? „Spiel Frieden – nicht Krieg!“) und ließen mit Parolen bedruckte Luftballons steigen. Am letzten Tag fand eine mit 400 Leuten sehr gut besuchte Demonstration vor dem Ausstellungsort statt.

„Was —  
Ihr könnt kein Blut sehen?“

Wesentlich spektakulärer und sehr phantasievoll gestalteten DFG/VKler ihre Aktion in Waldkirch. Mit Ketten und Vorhängeschlössern ketteneten sich etwa zehn Mutige an zwei Pan-

zorn fest und warten die Schlüsse  
weg. Dann begossen sie sich mit To-  
matenkeuschup. Andere verteilten  
gleichzeitig Flugblätter mit der Auf-  
schrift „Was - ihr kommt zur Wel-  
fenschau und könnt kein Blut  
sehen?“

Sichtlich beeindruckt waren nicht nur die Besucher. Feldjäger waren sofort „zur Stelle, zerrissen die Flugblätter, schnitten mit Boizenachsen die Ketten auf und führten die Demonstranten in Handschellen ab. Ein Demonstrant wurde über einen Abhang in einen ein bis zwei Meter tiefen Wassergraben geworfen und später einen Wiesenhang hinuntergeschleudert. Einer alten Frau, die den Vorgang fotografieren wollte, wurde die Kamera aus der Hand geschlagen.“

Die Soldaten des Dr. Apel (laut Ahlers im Apel „im innersten ein Antimilitarist“) konnten jedoch nicht verhindern, daß noch sehr lange auf dem Ausstellungsgelände über diese „achone“ Provokation diskutiert wurde. Vermutlich droht den beteiligten Antimilitaristen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, viel leicht sogar wegen Landfriedensbruch. Eine perverse Gesellschaft, in der eine Demonstration für den Frieden als „Friedensbruch“ bestraft werden kann.

Gerade deshalb. Zur Nachahmung empfohlen! Gefreut hat uns auch ein ähnliches Ereignis: Im Kopf der Bestie Imperialismus in den USA. Beim alljährlichen Waffenbasar der Waffenhändler, Offiziere und Pentagonbeamten im Oktober 1978 kam unerwarteter Besuch. 350 Gegner dieser Waffennesse erschienen, um mit den Ausstellern und Besuchern zu diskutieren. 40 von ihnen ketten sich an Waffen und übergoßen sich mit Blut. Die Bullen waren schnell zur Stelle, konnten jedoch „nur“ noch 16 verhaften. (Angaben, Zitate und Zahlen aus „Wehrtechnik 12/78“ und „Antimilitarismusinformation 12/78“.)

$\frac{d}{dt} \left( \frac{\partial L}{\partial \dot{x}} \right) = \frac{\partial L}{\partial x}$

... und schließlich die fast allein an ...  
... Verbrechen der KPD) Mitge-  
... wies die zweite Vorant-  
... den Antikommunisten-Verband vor-  
... betraut und eingestimmt. Am 23.11.  
... die „SZ“, daß wegen „drei-  
... anderer Vorfälle nun ein Arrest von  
... 14 Tagen (gegen Conrad - d. Verf.)  
... verhängt worden“ sei. Es soll Plakate  
... gegen die Neutropenbombe in der  
... Kaserne aufgehängt haben soll an ei-  
... ner Demonstration teilgenommen ha-  
... ben, auf der seine Straffreiheit ge-  
... fordert wurde und hätte zum dritten  
... sich Bundeswehrinterne Akten (die  
... Gesundheitsakte eines Vorgesetzten)  
... verschafft (laut „ta!“ vom § 179  
... und diese Vorwürfe „nur zum Teil  
... berechtigt“).

Nun jedoch blieben die Proteste aus. Genauso wie vorher, denn die Bestrafung Conrads im Zusammenhang mit dem KZ-Besuch in Dachau war nicht der erste Versuch, diesen Soldaten einzuschüchtern. Schon vorher liefen Ermittlungs- und Disziplinarverfahren gegen ihn, weil er angeblich am 1. Mai in Uniform an der DGB-Demonstration teilnahm, sich am 1. September anlässlich des Antikriegstages uniformiert einem Fackelzug des DGB anschloß und Unterschriften unter Soldaten für 100 DM mehr Wehrsold sammelte. Im Verlauf der Verhore wurde er vom MAD gefragt: *Haben Sie etwa Ihre Kameraden dazu angestiftet, Beschwerden über den Verkauf der 'Nationalzeitung' in der hiesigen Mannschafskantine zu schreiben und eine Wehrbeauftragteneingabe zu machen?* (nach „die tzt“ vom 3.11.78)! Proteste gegen derartige Umtriebe der Bundeswehrführung? Fehlansätze, denn Conrad ist ja inzwischen kein „Demokrat“ mehr — sondern „Kommunist“.

**Vor der „FDGO“ sind alle gleich. Oder etwa nicht?**

Richtig, manche sind „gleicher“. Auch beim folgenden Fall geht es, wie beim Fall Conrad, um die Meinungsfreiheit. Ein Soldat hatte in seiner Kaserne unter Kameraden Unterschriften für eine Solidaritätsadresse an die auch im Kampf gegen ein AKW befindlichen Bauern in Wyhl gesam-

[illegible]

Der Trick dabei ist – sie lassen sich als offizielle Delegation der Bw hinschicken (siehe: R vom 23.11.78). Was sollen denn nun Soldaten machen, deren politische Sympathien eher links von der CSU angesiedelt sind? Sich vom BMVG delegieren lassen? Ein Soldat, der am 1. Mai 1977 an einer DGB-Veranstaltung in der Oldenburger Weser-Emu-Halle teilnahm, hatte sich zwar nicht vom BMVG offiziell delegieren lassen konnte (muss (uniformierte) Teilnahme an der Veranstaltung jedoch (trotzdem (bzw. wie uns bekannt) folgenlos überstehen. Warum? Ganz einfach, er war ein guter Läufer, denn während kein anderer als Willi Brandt dort seine Rede hielt, schaffte es der Soldat etwa drei Minuten lang über Stühle und Tische vor einem Feldjägerpretkommando der Bundeswehr zu flüchten. Dann gaben die Feldjäger angesichts der Proteste über die Störung der Veranstaltung die Verfolgung auf. Am 1. Mai 1977 waren drei Soldaten weniger erfolgreich. Feldjäger griffen sie aus der Demonstration heraus. Das Urteil, für jeden 14 Tage Bau. Auf der DGB-Kundgebung gegen Aussperrung Mitte Oktober 1978 in Dortmund konnten etwa 30 – 40 uniformierte Soldaten flüchten. Einen, den Gefreiten Willi Reuther, kackten die Feldjäger. Das Disziplinarverfahren läuft. Der DGB-Landesverband protestierte beim Dr. Apel. Dieser meinte lapidar, „die Festnahme Ihres Kollegen Reuther durch Feldjäger (sei) nicht zu beanstanden“, da sich der politische Charakter der Kundgebung u. „durch die Thematik, Beispiel ‚Verbot der Aussperrung‘“ ergeben habe.

weitere Fälle: 1971 wurden 15 Teilnehmer einer DKP-Veranstaltung wegen des Tragens einer Uniform bestraft. 1975 nehmen ca. 70 Soldaten an einer Demonstration gegen den §218 teil. Sie wurden ebenfalls belangt, weil sie Uniform trugen. Sechs bis 15 Tage Bau mußten ca. zwei Dutzend uniformierte Teilnehmer einer Kundgebung in Frankfurt aus Anlaß des 30. Jahrestages der Beendigung von Krieg und Faschismus' absitzen. Vorwand: Das Uniformverbot (alle Angaben nach: Spiegel, 18/2-78).





## Radikalenerlaß für Taxifahrer?

Ein 22-jähriger Flensburger will Taxifahrer werden. Das ist ja zunächst einmal nichts Besonderes.

Nachdem er drei Monate vergebens auf sein – für die Zulassung zur Taxischeinprüfung notwendiges – polizeiliches Führungszeugnis gewartet hatte, wurden seine Nachfragen mit dem Hinweis auf Zweifel an seiner Treue zur „freiheitlich demokratischen Straßenverkehrsordnung“ abgeblockt. Hierzu lagen „Erkenntnisse“ vor. Also richtete er ein Schreiben an das Innenministerium, um zu erfahren, welcher Art denn die „Erkenntnisse“ über ihn sind. Das Antwortschreiben war höchst interessant. Nicht so sehr vom Inhalt (es enthielt die Mitteilung, daß der Betreffende keine Auskunft über die Registrierung erhalten dürfe), aber

vom Briefumschlag her: Der hatte nämlich zwei Stempel. Einen Poststempel aus Kiel, einen Poststempel aus Flensburg, der eine Woche später auf das Kuvert gedruckt worden war.

Außerdem war der Umschlag geöffnet worden und mit Klebeband neu verschlossen.

Das heißt, der Flensburger Staatsschutz kontrolliert selbst die Post, die von einer höheren Dienstbehörde an Bürger verschickt wird.

Obwohl er sein Polizeizeugnis immer noch nicht hat, wurde er vorläufig zur Taxischeinprüfung zugelassen. Was ihm wohl passiert, wenn er einmal bei ROT über die Ampel fährt?

KB/Gruppe Flensburg



## KURZMELDUNGEN

**Mannheim:** Trotz einer positiven Entscheidung des Arbeitsgerichts weigern sich die Behörde für Wissenschaft und Kunst und der Rektorat, Hans Sch. einen Lehrauftrag für Soziologie an der Fachhochschule zu erteilen. Mittlerweile wurde von ihnen beim Landesarbeitsgericht beantragte, die Vollstreckung des Arbeitsgerichtsurteils auszusetzen. Grund für solches Engagement: Hans Sch. hatte sich für den politischen Gefangenen Kunzelmann eingesetzt.

Darüber hinaus wurde trotz massiven Protestes seitens der Studenten mehrheitlich beschlossen, einen Ersatz für den Lehrbeauftragten Hans Sch. zu beschaffen. Die betroffenen Studenten sagten diesem Dozenten den Boykott an.

**Oldenburg:** Nach erfolgreich angelaufener Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen soll nun der Sozialarbeiter Jürgen H. nicht weiter beschäftigt werden. Grund, der erst nach langem „Kein-Bedarf“-Gerede herauskam: „Kein-Bedarf“ und Betätigung für den MSB Spartakus.

**Stuttgart:** Hans P., 46-jähriger Technischer Fernmeldesekretär bei der Post in Stuttgart, soll nach 20-jähriger Dienstzeit entlassen werden. In einer geheimen Verfügung wurde Hans P. mitgeteilt, daß gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet worden ist. Die Vorwürfe sind DKP-Mitgliedschaft, Teilnahme an einer Wahlveranstaltung 1969, eine Reise in die DDR und Presseveröffentlichungen. In einem Vorverfahren Anfang 1978 wurde bereits festgestellt, daß es keine Hinweise auf eine „verfassungswidrige“ Haltung Hans-Peters gebe. Dienstlich hat er sich ebenfalls immer „korrekt“ verhalten.

**Kassel:** Der „Fall“ Silja Gold läßt die hessischen SPD-Regierung keine Ruhe. Nachdem sie gegen den Widerstand des Kultusministers eingestellt werden mußte, wird ihr jetzt einer der fundamentalsten Rechte verweigert, nämlich einen Rechtsbeistand bei einer Anhörung hinzuzuziehen. In dieser Anhörung sollte ihre Rede über die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik, die sie anlässlich der Weltjugendspiele in Havanna 1978 gehalten hat, überprüft werden. Ihre Anwälte haben ihr aber geraten, sich der Anhörung ohne rechtlichen Beistand zu unterziehen.

Das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und das Aktionskomitee gegen Berufsverbote (im der FU in Westberlin) haben ein Buch mit Interviews zu Berufsverboten veröffentlicht.

**Gewinnungsüberprüft**  
Gespräche mit Betroffenen  
265 Seiten, Preis 10,-

Im Buch wird behandelt: Verhörprotokolle; Gang durch die Gerichte; Reaktion von Freunden, Bekannten, Genossen, Arbeitslosigkeit und Arbeitsuche; berufliche Perspektiven; Widerstand – wie?; Kampagnen: Verkaufsformen, Ziele, Ergebnisse und Kritik, Solidarität – wie?; Reaktionen von Kollegen, Eltern, Schülern, Personalräten, Gewerkschaften.

**Aktionskomitee gegen Berufsverbote**  
Altensteinstr. 59  
1000 Westberlin 33

### Berufsverbote in Hamburg:

## Was bleibt wirklich übrig?

In angeblich heißen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD-Bürgerchaftsfraktion wurde am Montag den 29.1. über die Umsetzung der neuen Grundsätze zur Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst an drei konkreten Fällen entschieden. Das Ergebnis lautete wie folgt: Die beiden DKP-Lehrer Gohl und Dreckmann (beide seit langem Beamte auf Lebenszeit) bleiben im Schuldienst, ein Disziplinarverfahren wird nicht eröffnet – der Lehrer J. Dege wird mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Diese Fälle sind laut Beteuerung von Groll und Klose keine Modellfälle, sondern die sagemäßigsten Einzelfallprüfungen. Eine Entlassung von Gohl und Dreckmann allein aufgrund ihrer DKP-Mitgliedschaft und ihrer Funktionen innerhalb der DKP wäre zum jetzigen Zeitpunkt für die SPD recht ungünstig gewesen. Waren diese Fälle doch schon seit langem im Blickpunkt der Öffentlichkeit und gäben quasi als erster Prüfstein für die Einhaltung der von der SPD gemachten Hoffnungen. Eine Entlassung der beiden hätte zu offen eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis verdeutlicht.

Bezeichnend ist, daß der Senat im direkten Zusammenhang mit dieser Entscheidung die sofortige Suspendierung von J. Dege bekanntgab.

J. Dege, dessen Frau schon vor einem halben Jahr aus dem Schuldienst entlassen wurde, wird der Verkauf der „KVZ“ (Zeitung des KBW), der Bruch des Konferenzgeheimnisses, die Verletzung der Aufsichtspflicht und die Störung des Betriebsfriedens an seiner Schule vorgeworfen. Letzteres leitet sich vor allem aus den Schritten ab, die J. Dege zur Entgegung auf seine drohende Entlassung zusammen mit Schülern und Eltern unternommen hat. Die anderen Vorwürfe sind an rüchigen Vorfällen, die z.T. schon lange vergessen waren, festgemacht.

Eine erhebliche Schlappe hat das Arbeitsgericht des Hamburger Senat im Fall Uli K. beibringe. Es hat die Schulbehörde am 29.1.79 dazu verurteilt, Uli K. für die Dauer der Lehrerausbildung einzustellen. Abgelehnt worden war die Einstellung mit der behaupteten Mitgliedschaft in der „KPD“ und mit dem Hinweis auf eine Verurteilung wegen der Besetzung des Bonner Rathauses anlässlich einer Vietnam-Demonstration. Das Gericht hatte in der ersten Verhandlung den Senat aufgefordert, „bis zum 15.1.79 mitzuteilen, wie sie die Einstellungspraxis ab Januar 1979 handhabt.“ Dies wies der Senat „mit Verwunde-

rung“ ab und verwies auf einen Beschluß, daß Uli K. auf keinen Fall eingestellt werden soll. Dafür gab es jetzt die Quittung.

Auch im Fall Sabine D. gibt es interessante Neuigkeiten, was die „liberale“ Praxis des Senats betrifft. Wegen Verteilens eines KBW-Flugblattes und „Störung des Schulfriedens“ wurde ihr die Ernennung zum Beamten verweigert. Das Verwaltungsgericht schrieb im November – in Anbetracht der laufenden Klose-Kampagne – an den Senat: „Es wird angefragt, ob aufgrund der jüngsten Verlautbarungen des Ersten Bürgermeisters die Klägerin (Sabine D., Anm. AK) klaglos eingestellt werden soll.“ Der Senat lehnte rundherum ab. Im Berufungsverfahren führte er aus, daß Sabine D. schon deshalb nicht eingestellt werden könne, „weil sie das vom Parlament verabschiedete Schulverfassungsgesetz als undemokratisch bezeichnet und sich für die Abschaffung des Beamtengesetzes einsetzt.“ Was könnte deutlicher machen, daß Treue zum Grundgesetz eben doch nichts anderes heißt als „Treue zu allen Maßnahmen dieser Regierungen und Parlamente.“

Berufsverbote-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

### Pressemitteilung

#### Nagelprobe für die „Kurskorrektur“

„In seinem Neujahrswort hat der Hamburger Bürgermeister Klose Toleranz und Liberalität gerade auch im Umgang mit dem politischen Gegner gefordert. Schon zuvor hatte er Vorschläge zur Lockerung des Extremistengesetzes vorgelegt, um – wie es heißt – der Gewinnungsschnelligkeit, dem obrigkeitstaatlichen Denken und der Verunsicherung vieler demokratisch gesinnter Menschen entgegenzutreten.“

Nun muß ich an der Behandlung meines eigenen Falles feststellen, daß sich an der Praxis der Berufsverbote in Hamburg offenbar nichts geändert hat.

Seit Februar 1977 wird mir die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Wurde dies ein Jahr lang mit dem Argument mangelnder Planstellen begründet, so sah sich die Behörde schließlich (aufgrund eines Gerichtsbeschlusses) genötigt, politische Gründe zu nennen. Vorgeworfen wird mir ausschließlich meine Arbeit in der Selbstverwaltung der Referendare und die damit verbundene presserechtliche Verantwortlichkeit für die REFERENDAR-ZEITUNG, aus der die Behörde dem Gericht Zitate vorgelegt hat, die angeblich meine „Nichtwagnung für das Lehramt“ belegen.

Das Arbeitsgericht stellte dazu fest, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe „zum Teil unzutreffend, zum anderen Teil allein im außerdienstlichen Bereich angeordnet, im übrigen möglicherweise nicht schwerwiegend genug“ seien und schlug in einem Vergleich vor, daß die gegen mich angeführten Ablehnungsgründe „bei der Entscheidung über eine Einstellung unberücksichtigt bleiben“ sollten.

Trotz aller Aussagen der politischen Verantwortlichen in dieser Stadt, man wolle mehr Toleranz und Liberalität zeigen, hat die Behörde zu dem Gerichtstermin am 13.2.79 einen Schriftsatz vorgelegt, in dem sie ihre Vorwürfe in allen Punkten aufrechterhält und den Vergleichsvorschlag ablehnt.

Die Hamburger GEW schrieb im Vorwort zu der Dokumentation „Berufsverbote und politische Disziplinierung“, in der sie meinen Fall ausführlich dokumentierte und als „Verschärfung der gegenwärtigen Berufsverbotepraxis einschätzte.“

„Wie die auf den neuesten Stand gebrachte Auflistung aller in Hamburg bekannten Berufsverboteverfahren zeigt, ist die ganze öffentliche Diskussion für die direkt Betroffenen selbst bisher praktisch ohne Auswirkungen geblieben. Die Behandlung dieser Fälle wird für die GEW zur Nagelprobe, wie ernst es dem Hamburger Senat mit seiner beabsichtigten Kurskorrektur ist.“

Wer also nach dem Wortsatz der verantwortlichen Politiker auch ihre Taten kennen lernen will, sollte meinen Prozeß vor dem Arbeitsgericht am

Dienstag, dem 13. Februar 1979 um 9 Uhr

im Gerichtsgebäude Altona, Max-Brauer-Allee 89, 2 Hamburg 50, 1. Stock, Saal 138 besuchen.

gez. Karl-Heinz Kuke

## Vorwürfe kommen, Vorwürfe gehen, das Berufsverbot bleibt bestehen

**Münster:** Hans-Hubert B. wollte – nach Ablehnung des Referendats – in den Schuldienst von NRW eingestellt werden. Sein Antrag im Februar 1978 wurde allerdings mit einer „Einladung“ zu einem Anhörungsgespräch beantwortet. Erst auf Rückfrage erfuhr er die Vorwürfe, die man ihm machte.

– Kandidatur für die Rote Zeile Germania im WS 71/72 (!) – angebliche Teilnahme an einer Demonstration der „KPD“ anlässlich des Breschnew-Besuchs am 18./19.5.73

– presserechtliche Verantwortung für die Zeitung „Rührt Euch!“ der Demokratischen Soldaten- und Reservistengruppe Münster (1974-76)

Nach einem ersten Anhörungsgespräch Ende April 78 wurde offenbar seine Einstellung zunächst einmal in die Wege geleitet, weshalb sich Hubert an Vorbereitungsveranstaltungen seiner zukünftigen Schule, der Gesamtschule Herten, beteiligte. Dann

erhielt er aber doch keinen Vertrag, obwohl sich Schulleiter, Lehrer und Eltern dafür einsetzten. Hubert klagte gegen das Land NRW auf Einstellung. Bei der Güterverhandlung vor dem Arbeitsgericht Münster vertrat die Behörde, ein zweites Anhörungsgespräch sei notwendig, in dem es hauptsächlich um die erwähnte Zeitung „Rührt Euch!“ gehen sollte. Diese Anhörung fand auch statt, verlief aber offensichtlich nicht ganz zur Zufriedenheit der Behörde. Jedenfalls machte sich diese danach die Mühe, eine 7-seitige Synopse mit Material zu erstellen, in der die Zusammenhänge zu den KBW-Leistungen zur Militärfrage nachgewiesen werden sollten. Dazu nahm Hubert schriftlich Stellung, was ihm ein drittes Anhörungsgespräch ersparte.

Von da an vollzog sich in der Argumentation der Behörde eine vollständige Wendung. Sie begründete ihren Antrag, Huberts Klage vor dem Arbeitsgericht zurückzuweisen, nun

(Ende Oktober 78) mit Unzuverlässigkeit während des Vorbereitungsunterrichts und einseitiger politischer Darstellungsweise im Unterricht. Die früheren Gründe spielten kaum mehr eine Rolle.

Interessant dabei ist, daß die Vorwürfe hauptsächlich mit Gutachten belegt werden, die nach Huberts Referendanzzeit von Seminar- und Fachlehrern und Ausbilderlehrern angefordert wurden. Möglicherweise ist Huberts Fall einer der ersten, in dem musterförmig nach den neuen acht liberalen Richtlinien verfahren werden soll, wonach nur konkrètes Verhalten zur Beurteilung eines Bewerbers herangezogen werden soll. Wo man sich ist die Behörde auch in einem solchen Fall ausserordentlich erfindert. Die nächste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht findet am 9. März 79 statt.

Berufsverbotekommission  
KB/Gruppe Hamburg

### Berufsverbot auch

#### bei „freien“ Trägern

**Freiburg:** Die „Vereinigung Freiburger Sozialarbeit“ verweigerte dem Sozialarbeiter Günter R. eine Anstellung, da er Mitglied der DKP ist. Die VFS ist formal ein unabhängiger Zusammenschluß von Wohlfahrtsverbänden. Offensichtlich steht hinter diesem Berufsverbot die Stadt Freiburg. Wie die „Badische Zeitung“ (25.1.79) berichtet, hat VFS-Vorstandsmittglied Hans-Peter Mohl zugleich Leiter des Jugend- und Sozialamts der Stadt Freiburg –, während der Einstellungsgespräch mit R. im Dezember 78 den anderen Vorstandsmitgliedern erklärt sollten die bei der Stadt Freiburg geltenden Einstellungsbedingungen bei der Vereinigung Freiburger Sozialarbeit nicht gelten, werde er darauf hinwirken, daß die Stadt der Vereinigung die Zuschüsse entziehe.

Die NichtEinstellung von Günter R. hat inzwischen breite Proteste hervorgerufen. Insbesondere protestierten 154 Bewohner (von 180 Familien insgesamt) des „Brenschacher Hof“, wo er als Sozialarbeiter beschäftigt werden sollte und wo er bereits ein Praktikum absolviert hat. Der Initiativkreis Bunte Lute Freiburg die Jusos, verschiedene Ästen und demokratische Persönlichkeiten schlossen sich diesem Protest an. Aufgrund des öffentlichen Drucks mußte die VFS Interventionen und demokratische Persönlichkeiten schlossen sich diesem Protest an.

Aufgrund des öffentlichen Drucks mußte die VFS jetzt einen teilweisen Rückzug antreten: Auf einer Mitgliederversammlung wurde beschlossen, „bei einem neuen Bewerbungsverfahren werden R.'s Bewerbung berücksichtigt und die Bürger des Wohngebiets zum Gespräch mit der Vereinigung gebeten.“ („BZ“, 27.1.79).

Über eine tatsächliche Einstellung R.'s sagte das allerdings noch wenig aus: die CDU-Mafia im VFS wird alles tun, um noch rechtzeitig einen Gegenbewerber aufzubieten und auch einzustellen.

KB/Gruppe Freiburg







# Klassenjustiz



## 10. und 11.2. in Hannover: Gründung einer bundesweiten fortschrittlichen Anwaltsvereinigung

Auf dem 2. Deutschen Strafverteidigertag in Hamburg im April letzten Jahres beschlossen die 340 Teilnehmer bei nur zwei Enthaltungen, die Gründung einer demokratischen Anwaltsvereinigung in Angriff zu nehmen. Sie bekundeten damit ihren Willen, der fortschreitenden Demonstration von Grund- und Freiheitsrechten des Bürgers im Verhältnis zur Staatsgewalt (Gründungserklärung) nicht nur die Initiativen regionaler kleinerer Anwaltsgruppen entgegenzusetzen, sondern „die engagierte, kritische Minderheit der Anwaltschaft (zu) versammeln“ (Rechtsanwalt Holtfort, der vom Strafverteidigertag mit den Vorbereitungen zur Gründung beauftragt wurde, gegenüber der „FR“ vom 31.1.79).

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs zur Gründung des Anwaltsvereins gehören bekannte Juristen wie z.B. der frühere Hamburger Justizsenator Klug (FDP), SPD-Bundestagsabgeordneter Manfred Coppik, die Rechtswissenschaftler W. Däubler und U. Preuß, der Vorsitzende des „Bundes freier Rechtsanwälte“, Hermann Humann (CDU), die Rechtsanwälte Schily, Hannover, v. Plottnitz u.a.

Im Oktober 1978 legte die Vorbereitungsgruppe den Entwurf einer Satzung und Gründungserklärung zur Diskussion vor. Darin heißt es u.a. „Diese Entwicklung (d.h. der Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, die zunehmende Erfassung der Bevölkerung von nicht mehr kontrollierbaren Speichersystemen (Geheimdiensten)) zeigt sich naturgemäß besonders deutlich auf dem Gebiet des Straf- und Strafprozessrechts. Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht neue Gesetze strafprozessuale Garantien beseitigen, der Polizei immer mehr Vollmachten geben und die Rolle des Strafverteidigers denaturieren (seiner Aufgaben berauben, Anm. Red.). Die Anwaltsvereinigung setzt sich demgegenüber ein für das uneingeschränkte Recht des Beschuldigten, sich gegen den staatlichen Straf- und Strafverfolgungsanspruch mit allen gesetzmäßigen Mitteln zu wehren. Wir sind gegen die Eingriffe in die Verteidigerrechte, weil sie immer auch Eingriffe in die Rechte des Beschuldigten sind.“

„Nicht nur staatliche Gewalt, auch wirtschaftliche Macht steht vor der Vernichtung des Rechtsmißbrauchs... Der wirtschaftlich Stärkere kann den wirtschaftlich Schwächeren beherrschen. z.B. im Arbeitsrecht, im Betriebsverfassungsrecht, im Mietrecht... Im Bereich des Umweltschutzes (Kernenergie). Hier die Interessen der Betroffenen aus der Bevölkerung wahrzunehmen und zu verteidigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der freien Anwaltschaft.“

„Eine neue Dimension staatlicher und ökonomischer Eingriffsmöglichkeiten, die die Existenz ganzer Generationen bedrohen können, ist der Bereich der Kernenergie und die daraus resultierende Gefahr des 'Atomisierens' (Robert Jungk).

Die demokratische Anwaltsvereinigung will kein Konkurrenzladen zum „Deutschen Anwaltsverein“ sein, der sich ohnehin vorrangig, wie Holtfort einmal formulierte, „mit der Vermögensbildung und Vermögensanlage seiner Mitglieder“ befaßt.

Unter „Zweck des Vereins“ heißt es, daß er auf Gesetzgebungsorgane Einfluß nehmen, berufsliche und wissenschaftliche Fortbildung betreiben, Veranstaltungen durchführen und die Öffentlichkeit informieren will. Beverantwortungen einzurichten und die Öffentlichkeit informieren will. Besonders die letzten beiden Punkte sind nicht nur für die fortschrittlichen Rechtsanwälte von Bedeutung, bedenkt man, daß die Informierung der Öffentlichkeit über die BRD-Justiz im wesentlichen der bürgerlichen Presse oder den herkömmlichen Ständesorganisationen vorbehalten war, ganz zu schweigen von den inneren juristischen „Fach“-Zeitschriften.

Zwar ist in der Gründungserklärung nicht ausdrücklich von einem Zeitungsprojekt die Rede, es ist allerdings davon auszugehen, daß die Zeitung „Einpruch“, die bisher – von der Hannoveraner Strafverteidiger e.V. herausgegeben – über ein Schattendasein führte, zum Organ der neuen Vereinigung werden könnte. Ob eine solche Zeitung tatsächlich zu einem Forum wird, in dem alle Aspekte der Klassenjustiz zur Sprache kommen können, hängt u.a. auch davon ab, ob sich bei der Gründung am Wochenende in Hannover demokratische Strukturen durchsetzen werden.

Der Satzungsentwurf sieht vor, daß der Vorstand aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen soll, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Die Regionalgruppen sollen jedoch nur eine Verbindungsperson zum Vorstand bestimmen können, die zwar Rederecht haben, aber nicht stimmberechtigt sind. Hierzu muß man wissen, daß es seit längerer Zeit in einzelnen Städten bzw. Regionen sog. „Jour fix“ gibt, Treffen linker Anwälte, die auch überregional zusammengekommen sind. Diese Gruppen haben sich in der Vergangenheit besonders mit politischen Strafprozessen (hier besonders mit den § 129a-Verfahren) befaßt und sich mit den drohenden Berufsverboten bzw. Straf- und Ehrengerichtsverfahren gegen fortschrittliche Anwälte auseinandergesetzt und versucht, hier eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Würden diese Gruppen lediglich Verbindungspersonen –

Im Prozeß gegen Rechtsanwalt Croissant, der derzeit vor dem Landgericht in Stuttgart-Stammheim stattfindet, hat die Staatsanwaltschaft dreieinhalb Jahre Knast und fünf Jahre Berufsverbot gefordert.

Damit soll offenbar die durch das französische Auslieferungsdekret vorgegebene Beschränkung in den Anklagevorwürfen unterlaufen werden.

### Die Auslieferung

Nachdem Croissant wegen seiner Verteidigung von politischen Gefangenen bereits 1975 und 1976 zweimal verhaftet worden war und die Staatsanwaltschaft ihm ein Berufsverbot für die Verteidigung in politischen Strafsachen erteilt hatte, verdrängte sich Anfang Juli 1977 die Anzeichen, daß der Staatsschutz wiederum die Inhaftierung Croissants betreiben wollte. Croissant ging daraufhin nach Frankreich.

Nachdem die BRD die französische Regierung massiv unter Druck gesetzt hatte, gab der französische Gerichtshof („Cour d'Appel de Paris“) dem deutschen Auslieferungsantrag schließlich statt.

In der Entscheidung wurden entsprechend den Grundsätzen des Völkerrechts jedoch bestimmte Vorwürfe für in der BRD nicht „verfolgbar“ erklärt, weil sie nach französischem Recht keinesfalls strafbar sind oder

die angeblichen „Beweise“ der deutschen Behörden eher Spekulationen als Tatsachen waren.

Von sämtlichen gegen Croissant erhobenen Vorwürfen blieb übrig, daß allein die Teilnahme an dem schon aus dem Groenewold-Prozeß bekannten – „Infosystem“ vor dem Stammheimer Landgericht vorangetrieben werden konnte.

### Mißachtung des Völkerrechts

Trotz dieser Bindung durch die Prinzipien des Völkerrechts wurde durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart die ursprüngliche Anklage, ohne die Beschränkungen des Auslieferungsbeschlusses des französischen Gerichtes, verlesen und zum Ausgangspunkt des Prozesses gemacht.

Die Verteidiger protestierten beim Gericht gegen diesen Rechtsbruch allerdings ohne Erfolg.

Eigentlich ein Grund, das Gericht wegen Besorgnis der Befangenheit abzuziehen. Croissant stellte diesen Abziehungsantrag jedoch nicht und zwar mit folgender Begründung: „Wenn dennoch von einem Abziehungsantrag abgesehen wurde, so deshalb, weil ein solcher Schritt nur den falschen Anschein erweckt hätte, als könne es innerhalb der bürgerlichen Justiz noch Richter geben, die in einem derartigen Prozeß nicht voreingenommen sind.“

### Schikanen gegen die Verteidiger

Wie üblich in den Prozessen gegen Linke wurden die Verteidiger unwürdigen Durchsuchungsschikanen ausgesetzt.

Die deutschen Verteidiger von Croissant müssen sich körperlichen Durchsuchungen von der Art der Hosenladenskontrollen unterziehen, die bereits gegen Heldmann durchgezogen wurden.

Die Hosenladenskontrollen auf den heftigen Widerstand der Anwälte stieß und auch in der Öffentlichkeit umstritten ist, holte das Gericht eine Stellungnahme der Stuttgarter Anwaltskammer ein, die zu den Diskriminierungen der Anwälte sagte: „Voraussetzung der Zumutbarkeit der sitzungspolizeilichen Maßnahmen ist, daß ihnen sämtliche Prozeßbeihilfen mit Ausnahme der Mitglieder des erkennenden Gerichts entzogen werden.“

Die Kampagne siegte dennoch. Das Gericht ordnete nicht die Durchsuchung der Staatsanwälte an.

Im Verfahren gegen Croissant kam diesen sogenannten Sicherheits-

maßnahmen eine besonders diskriminierende Bedeutung zu. Die Verteidiger erklärten dazu: „In dem Strafverfahren wird gegen Croissant der Vorwurf erhoben, er habe seine Rechte als Verteidiger mißbraucht, er sei ihr Komplize geworden... Der Durchsuchung seiner Verteidiger kann nur die Unterstellung zugrunde liegen, Croissant mißbrauche den Kontakt mit seinen Verteidigern, um sich Waffen zu beschaffen oder er sei zumindest bereit, sie entgegenzunehmen.“

Aber die Durchsuchung ist darauf angelegt, den Verdacht zu bestätigen und zu bekräftigen, er mißbrauche den Kontakt mit seinen Verteidigern. Der Vorwurf gegen Croissant wird also in der Behandlung seiner Verteidiger ihm gegenüber wie erwiesene behandelt. Mit der Durchsuchung wird der Vorwurf, die Rechte der Verteidigung zu mißbrauchen, nunmehr auch gegen die Verteidiger erhoben. Sie werden in die Nähe des Komplizens gerückt. Wird der Verteidiger wie ein Komplize behandelt, gilt der Mandant bereits als Täter überführt... Ein Anlaß der Verdächtigung ist somit die Person des Angeklagten.

### Der Prozeßverlauf

Nach einer längeren Erklärung von Croissant zur Sache, in der er ausführte, daß es in seinem Verfahren um das Recht auf politische Verteidigung überhaupt geht, in der er seine Motive für den Schritt ins französische Exil darstellte („Maßgebend für meinen Schritt ins Exil war nicht dieser Prozeß, dem ich schon seit fünf Jahren entgegenstehe, sondern die schlichte unwürdige geworden Intensität der politischen Verfolgung“), begann die Beweisaufnahme.

Sie bestand ganz überwiegend in der Verlesung von Schriftstücken des sogenannten „Info-Systems“.

Rechtsanwalt Croissant gab dazu nach 40 Tagen eine Erklärung ab. Er unter das Motto „Der Papstherg ein Pfeffertiger“ stellte.

Er entwickelte nochmals anhand der verlesenen und anderer Schriftstücke, daß das sogenannte „Info-System“ eben gerade der Verteidigung diene und nichts anderes.

Wurden im nächsten AK auf die Schlußplädoyer der Staatsanwaltschaft und der Verteidiger sowie auf das dann voraussichtlich schon gefällte Urteil eingehen.

IKAB

## Berufsverbot für Rechtsanwalt Groenewold aufgehoben

Durch einen Beschluß vom 21.12.78, der allerdings erst Ende Januar zugeht, hat das Ehrengericht Hamburg das gegen Groenewold verhängte vorläufige Berufsverbot aufgehoben.

Dem war vorausgegangen, daß das Urteil in dem Strafprozeß (zwei Jahre Knast auf Bewährung und DM 70.000,- Geldbuße) durch Rücknahme der Revisionen sowohl durch die Bundesanwaltschaft als auch durch Groenewold selber rechtskräftig geworden war.

Da in diesem Urteil Groenewold zugestanden wird, daß das angeblich hochkranke „Infosystem“ (wenn es nach dem Staatsschutz ginge) nach Auffassung des Oberlandesgerichts legal war und Groenewold sich ansonsten in einem entschuldigen Irrtum über bestimmte illegale Papiere befand, konnte das Ehrengericht die Unmöglichkeit einer sofortigen Berufsuntersagung nicht länger aufrechterhalten.

Groenewold darf also erst einmal wieder verteidigen.

Die Staatsanwaltschaft hat allerdings nicht in ihrem Verfolgungsdrang nachgelassen. Gegen die Aufhebung des Berufsverbots wurde inzwischen Beschwerde eingelegt.

Für April ist außerdem bereits das ehrengerichtliche Hauptverfahren angesetzt, in dem über den endgültigen Ausschuß von Groenewold aus der Anwaltschaft entschieden werden soll (das bisherige Berufsverbot war nur „vorläufig“, also so eine Art „Einstweilige Verfügung“). Die Sache ist insgesamt noch lange nicht ausgestanden. Es kann durchaus sein, daß die Ehrenrichter es für unehrenhaft halten, wenn ein Verteidiger, der wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ zu zwei Jahren Knast (auf Bewährung) verurteilt ist, weiterhin Anwalt bleibt.

Der Hauptkampf steht also noch aus. Es wird weiter darauf ankommen durch breite öffentliche Unterstützung den Ausschuß von Kurt Groenewold aus der Anwaltschaft und damit ein endgültiges Berufsverbot zu verhindern.

IKAB

## Bitte um Post

Ein Gefangener bat uns, folgenden Text abzufragen:

Seele auf Eis!

Ich bin seit fünf Jahren im Zuchthaus. Soziale Kontakte habe ich keine mehr, und ich merke, daß mich der Verwehrrollzug langsam schaffet. Ich weiß nicht, wie ich mich richtig ausdrücken soll, ich suche einfach jemanden, der mir mal schreibt und

mich mal besucht, einfach jemanden, der mir hilft. Natürlich möchte ich nichts umsonst, und für jede Gefälligkeit, für jeden Brief will ich mich revanchieren. Es soll keine Einbahnstraße in den Knast sein, also nicht nur ein Geben. Vielleicht schreibt mir Mann/Frau einmal und wir reden über alles.

Meine Adresse: Peter Schäfer, Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt 2

IKAB/Hamburg



## Brief von Astrids Verteidigern

Die Verteidiger von Astrid Proll schickten uns einen Brief, in dem noch einmal ein zusammenfassender Überblick über ihre Haftsituation und den Stand des Auslieferungsverfahrens gegeben wird. Dieser Brief korrigiert auch einige ungenau bzw. falsche Angaben, die in AK 146 im Interview mit Astrida Brader Thorwald und dem Begleittext dazu enthalten waren (S. 21). Thorwald selbst hatte uns zwischenzeitlich auch um eine Korrektur im wesentlichen der gleichen Punkte gebeten, nachdem sich das Solidaritätskomitee „Friends of Astrid“ diesbezüglich an ihn gewandt hatte. Ein Punkt unseres Begleittextes im letzten AK betreffend, sei über den folgenden Brief hinaus erwähnt: Thorwald hatte leider nicht mehrmals die Möglichkeit, Astrid zu besuchen, bevor ihm die Einreise verboten wurde; der Grenzübergang nach England blieb für ihn schon bei seinem zweiten Besuchsversuch geschlossen. Nun der Brief von Astrida Verteidigern

Lieber Arbeiterkampf,

Interview mit Thorwald Proll und  
Leitartikel Arbeiterkampf Nr. 146,  
22.1.79, S. 31/22

Wir sind die Anwälte von Astrid Proll und haben gerade Kenntnis von der oben erwähnten Ausgabe des „Arbeiterkampf“ erhalten, von der zwei Seiten sich mit unserer Mandantin beschäftigen.

Wir wissen es am besten, wie schwierig es ist, nicht den Überblick über diesen zunehmend komplizierter werdenden Fall zu verlieren, es muß umso schwieriger für Nicht-Engländer sein, die langwierigen englischen Gerichtsverfahren zu verstehen, die von der deutschen Bundesregierung mit dem offiziellen Auslieferungsersuchen vom 15. Oktober 1978 in Gang gesetzt wurden.

Die wichtigste Information für Ihre Leser ist, daß weder im Magistratsgericht (der ersten Instanz), noch im Familiengericht eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist.

Wir möchten die Situation Astrids noch einmal so kurz wie eben möglich zusammenfassen.

### 1. Haftbedingungen

Astrid Proll ist praktisch in Isolationshaft. Zusammen mit der Palastinenserin Kholoud Moghrabi, die kaum Englisch spricht, wird sie im Männergefängnis Brixton gefangen gehalten. Als Kategorie A-Gefangene (höchste Sicherheitsstufe) sind beide Frauen ständig von sieben Wärterinnen und einer Fernsichtkamera überwacht. Astrid Proll hat Hoffnung mit einer Wärterin (1 Stunde täglich), nicht mit ihrer Mitgefängenen. Während der Aufsichtzeiten – nach unserem Eindruck setzt 6 Stunden täglich – sitzen die Gefangenen in einem Raum mit den Wärterinnen (Ohne Aufsicht ist sie nur in ihrer Zelle oder im Bad. Unser frühzeitiger

Antrag auf Verlegung in das Frauengefängnis Holloway wurde vom Innenministerium aus Sicherheitsgründen abgelehnt.

### 2. Das Auslieferungsverfahren

Das Auslieferungsverfahren in der ersten Instanz wurde formell am 14. Dezember 1978 eröffnet. Demnach erläuterte die Anklagevertretung kurz die Beweislage für die sieben Anklagepunkte unter dem englisch-deutschen Auslieferungsantrag von 1960 mit Ergänzung (Das Antiterrorismgesetz von 1978 hat mit ihrem Verfahren nichts zu tun.) Die Anklagepunkte waren:

- 1 Bankraub Berlin
- 2 Urkundenfälschung
- 3 Urkundenfälschung
- 4 Mordversuch (Grünhagen)
- 5 Mordversuch (Simons)
- 6 Diebstahl oder
- 7 Verleumdung eines PKWs.

Bei dieser Gelegenheit wurde die Anklage wegen Beteiligung an einem Kasseler Bankraub fallengelassen. Von einer Beteiligung an der Bremer Befreiung war nie die Rede. In der Anhörung vom 8.-11. Januar 1979 verlas die Anklage sämtliche Beweise, die die Verteidigung anfocht. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Richter lediglich zu entscheiden, ob die Beweise für jeden Anklagepunkt im einzelnen nach englischen Recht zur Eröffnung eines Hauptverfahrens vor einem Schwurgericht formal ausreichen würden. Am 17.1.79 verkündete er, daß trotz erheblicher Bedenken, besonders bei der Aussage des Kronzeugen Ruhland eine Anklage in sämtlichen Punkten gerechtfertigt sei. Dabei würden die Beweise zu 6. und 7. nur für eine Anklage wegen Hehlerei ausreichen.

Der Richter muß sich auch mit mehreren Anträgen der Verteidigung befassen, die im Falle eines Erfolges die Zahl der Anklagepunkte erheblich reduzieren würden. Das wird vor

ausichtlich Ende des Monats (Februar) stattfinden

Der Astrid Proll im Oktober 1978 einen Antrag auf britische Staatsbürgerschaft (zu der sie aufgrund ihrer Heirat mit einem Engländer berechnigt ist) gestellt hat, konzedierte der Richter, daß es juristisch strittig ist, ob eine englische Staatsangehörige trotz der Vertragszuzugung vom 3. Oktober 1978 an die Bundesrepublik ausgereicht werden könne. (Vor diesem Datum war eine solche Auslieferung nicht möglich – die Verteidigung argumentiert, daß trotz der intendierten Veränderung de facto die Bestimmungen nicht geändert worden seien.) Die Anklage zweifelt jedoch die Zuständigkeit dieses Gerichts für dieses Problem an. Deswegen wird der Richter am 5. Februar 1979 die Argumente von Verteidigung und Anklage zur Kenntnis nehmen, ob es im Bereich seiner Zuständigkeit liegt, den Inhalt des geänderten Auslieferungsvertrages zu interpretieren. Im positiven Falle wird es zu einem weiteren Termin über die Auswirkungen der Vertragsänderung kommen. Im negativen Falle muß sich ein höheres Gericht mit dieser Frage beschäftigen.

Inzwischen kämpfen wir angesichts der Verzögerungsrisiko des Innenministeriums (das die Gültigkeit der Heirat anfechtet) in mehreren höheren Zivilgerichten, jetzt im Familiengericht, um die Anerkennung der Gültigkeit ihrer Ehe und ihres Rechts auf Staatsbürgerschaft. Der Termin für diese Verhandlung wird Ende Februar festgesetzt.

Es gibt mehrere Revisionsmöglichkeiten gegen die Entscheidung des Magistrats, über die Prozeßfähigkeit der Beweismittel ebenso wie gegen eine negative Entscheidung des Familiengerichts. Darüber hinaus, falls alles schief geht, liegt die letzte Entscheidung über die Auslieferung unserer Mandantin beim Innenminister, der das bemessen hat, gegen ihre Auslieferung zu entscheiden.

Wir hoffen, daß Ihnen dieser Brief eine grundsätzliche Vorstellung von den bisherigen und künftigen juristischen Prozeduren gibt, und versuchen alles, um zu gewährleisten, daß Astrid Proll nicht länger in einem englischen oder deutschen Gefängnis festgehalten wird.

Mit freundlichen Grüßen

ges. Lawrence A. Grant

## Astrid-Proll-Veranstaltung in Münster

Am 26.1.79 hatte die Um-Frauen-gruppe in Münster zu einer Solidaritätsveranstaltung mit Astrid Proll eingeladen.

Als Gäste waren zwei Engländerinnen aus der Gruppe „Friends of Astrid“ sowie ein Rechtsanwalt aus Münster gekommen.

Es wurde der Video-Film „Anne Astrid Proll – Ihr Leben in England“ gezeigt.

Im Anschluß an den Film wurde über den bisherigen Prozeßverlauf diskutiert. Die Mehrheit der Anwesenden kam zu der Einschätzung, daß Astrid ausgewiefert wird, was eine verstärkte Solidaritätsarbeit verlangt.

Im weiteren Verlauf wurde über die Haftbedingungen in England diskutiert. Seit Astrids Verhaftung am 15.9.78 wurde in England, anlehnend an das „Modell Deutschland“, der Weg eingeschlagen, Gesetze zu verändern, wie man's braucht. So wurde

z. B. am 3.10.78, kurz nach Astrids Verhaftung, der Gesetzestext „kein britischer Staatsbürger kann ausgeliefert werden“, umgeändert in „kein Land kann verpflichtet werden, seine eigenen Staatsbürger auszuliefern“. Diese Abschwächung bedeutet, daß eine britische Staatsbürgerschaft nicht mehr prinzipiell eine Garantie auf Nichtauslieferung ist. So wird selbst eine positive Entscheidung über Astrids Staatsbürgerschaft in der Verhandlung am 5.2.79 keine Sicherheit Astrids vor der Auslieferung an die BRD bringen.

Zu der Veranstaltung in Münster kamen etwa 60 Interessierte, wovon ein Teil zu einer weiteren Solidaritätsarbeit bereit ist.

Diese Gruppe will verstärkt Öffentlichkeitsarbeit machen und die Solidarität in Münster verbreitern.

KB-Sympathisanten –  
Frauengruppe Münster

## Trauriger Unverstand

Rund 400 Frankfurter Linke besuchten am 24. Januar eine Veranstaltung zur Solidarität mit Astrid Proll. Zu den Teilnehmern auf dem Podium gehörten neben zwei Mitgliedern der „Friends of Astrid“, die über die derzeitige Situation von Astrid und die englische Solidaritätsbewegung berichteten, auch Sebastian Cobler und Frau Einsele, die frühere Leiterin des Frauen-Gefängnisses in Frankfurt-Prünghausen, in dem auch Astrid seither inhaftiert war.

Frau Einsele ist Mitarbeiterin eines Briefes an Innenminister Baum, in dem gefordert wird, die Verfolgung von Astrid einzustellen. Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung schmeckte einem großen Teil der anwesenden Spontilinken aber gar nicht. Schon bei ihrer Ankündigung brachen regelrechte Ablehnungstumulte in diesem Teil des Publikums aus. Nur von ständigen Zwischenrufen unterbrochen, konnte Frau Einsele dann überhaupt ihre Meinung vorbringen. Sie sagte Astrid Proll hätte durch ihr Leben in den vergangenen vier Jahren gelernt, daß sie keine Teilnehmende mehr sei. Die konkreten Vorfälle, die ihr gemacht worden, seien unglaubwürdig, weil sie sich auf den problematischen Zeugen Ruhland stützten. Astrid Prolls Gesundheit sei durch eine erneute Inhaftierung erheblich gefährdet. Frau Einsele forderte, Astrid nicht aus ihrem neuen Leben herauszureißen.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf fassen, wie viele sich als sooo „undogmatisch“ denkende Linke in Frankfurt

eine derartige Borniertheit an den Tag legen können, um nicht zu begreifen, wie wertvoll eine liberale Stimme wie die von Frau Einsele ist, um der Solidarität mit Astrid Proll gegen das Auslieferungsbegehren der Bundesregierung Gehör zu verschaffen, um überhaupt einen breiteren Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den BRD-Gefängnissen und zur Rettung von Leben und Gesundheit der Gefangenen zu erreichen. Haben wir denn so viele Liberale und Demokraten in unserem Land, die offen ihre Proteste gegen Maßnahmen der Bundesregierung erheben, daß ein Teil der Linken diese so überheblich von sich stoßen könnte, ohne sich selbst nur tiefer in die Isolierung zu verrennen? Politische Bandheit und selbstgefällige Sektenmentalität grassieren leider auch hier in Mitteleuropa.

Sebastian Cobler, ehemaliger Sekretariats-Mitglied des III. Russell-Tribunals, kritisierte die Reaktion eines Teils der Veranstaltungsteilnehmer auf das Auftreten der Herrin von I und I sich in eben diesem Sinne (das Thema politische Isolation) in der BRD erzeugte immer wieder den Mechanismus „Isolationierung oder Identifizierung“. Wenn man jemals über die radikale Linke hinaus Anteilnahme an der Situation politischer Gefangener wollte, dann müsse man von diesem Mechanismus wegkommen.

Auch Cobler wurde dafür ausgebuht. Trauriger Unverstand. Th./J.

Zeugen Ruhland stützen Astrid Proll's Gesundheit sei durch eine erneute Inhaftierung erheblich gefährdet. Frau Einsele forderte, Astrid nicht aus ihrem neuen Leben herauszureißen.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf fassen, wie viele sich als sooo „undogmatisch“ denkende Linke in Frankfurt

„rührung“. Wenn man jemals über die radikale Linke hinaus Anteilnahme an der Situation politischer Gefangener wollte, dann müsse man von diesem Mechanismus wegkommen.

Auch Cobler wurde dafür ausgebuht. Trauriger Unverstand. Th./J.

## Gefangenen-Angehörige protestieren gegen Polizeiaktion

In AK 145 (Seite 29) hatten wir über die Polizeiaktion auf Dokumentarfilmer in Karlsruhe berichtet, die Polizei versuchte mit dieser (und schon vorausgegangener) Repressionen und Schikanen die Arbeit an einem Film über Angehörige von politischen Gefangenen in der BRD zu behindern. Jetzt erreichte uns eine Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD dazu, die wir nachstehend abdrucken.

„Am Samstag, dem 2.12.1978 wurden drei Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie in Karlsruhe verhaftet.“

Dieses Filmteam arbeitet schon seit Anfang 1978 an einem Dokumentarfilm über die Situation der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD.

Die Herstellung dieses Films wurde in den letzten Monaten immer mehr durch Polizeiaktionen behindert. Der Film ist eine Dokumentation, die aufzeigt, wie sich das Leben der Angehörigen verändert hat durch die drastische Konfrontation mit den unmenschlichen Haftbedingungen ihrer Verwandten.

Wir Angehörigen von politischen Gefangenen haben zu diesem Filmtteam der Film- und Fernsehakademie, Berlin, im Laufe der gemeinsa-

men Dreharbeiten Vertrauen gefaßt. Im Gegensatz zu den Veröffentlichungen in Presse und Medien, die immer wieder in verzerrter Form ein völlig falsches Bild unserer Engagements für die Gefangenen gebracht haben, fanden wir hier echtes Verständnis und Unvoreingenommenheit.

Es ist für uns ein grundsätzliches Anliegen, aus der Erfahrung der Diskriminierung heraus, denen wir ständig ausgesetzt sind, zu verhindern, daß dieses Filmtteam, das sich als Aufgabe gesetzt hat, unverzerrt zu informieren, den gleichen Drangulierungen unterworfen wird.

Wir fordern deshalb, daß die Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie, Berlin, ihre Filmarbeiten ungehindert von politischen Repressionen fortsetzen können.

Im Namen der Angehörigen von politischen Gefangenen:  
Adelheid Hinrichsen  
Christa Cullen  
Ite Enslin  
Wienke, Zitzlaff  
Helmut Enslin  
Beate Tauber  
Uwe Folkerts  
Gerrit Tauber  
Hildegard Haag  
Rita Wieniewski

## „Pflasterstrand“ beschlagnahmt



stische“ verstanden. Der „Pflasterstrand“ entstand als Diskussionsorgan innerhalb der undogmatischen Linken.

Zur Diskussion steht auch die po-

## „Pflasterstrand“ beschlagnahmt



stische“ verstanden. Der „Pflasterstrand“ entstand als Diskussionsorgan innerhalb der undogmatischen Linken.

Zur Diskussion steht auch die politische Praxis der verschiedenen sogenannten Guerillagruppen. Wir sind der Meinung, daß nur eine offene und öffentlich geführte Debatte über diese Politik ein Nachdenken einleiten könnte. Wir führen diese Debatte über und, dank der Bundespost, mit der Guerilla seit nun 46 Nummern Bundesrichter und Anwälte können in mehreren Artikeln und Stellungnahmen unsere kritische und ablehnende Position zu dieser Politik nachlesen. Wir werden es auch in Zukunft keinen anderen Institutionen überlassen, zu bestimmen, was wir unter unserer journalistischen Sorgfaltspflicht zu verstehen haben. Wir haben eine längere Diskussion eingeleitet, über die Möglichkeit einer Amnestie unter den Bedingungen des politischen Klimas in der BRD. Nur eine so weitergeführte Auseinandersetzung wird möglich sein, den Teufelskreis von Gewalt eskalation, unter dem wir alle leiden, zu durchbrechen. Von den Sympathisanten der Guerilla werden wir als „Staatschutzjournalisten“ beschimpft. Sie beschlagnahmte eine Broschüre, die sich kritisch mit der Guerillapolitik auseinandersetzte. Heute wurden wir von eben diesem Staatschutz als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung verdächtigt. Die durchgeführte Beschlagnahme macht uns eher zynisch als ängstlich. Unter Werbegeschäftspunkten wird es unsere Auflage erhöhen. Wir werden in Zukunft es weiterhin ablehnen, uns zensieren zu lassen. Von wem auch immer.

24.1.79  
Pflasterstrand-Redaktionskollektiv  
Kontakt: Pflasterstrand, Stadtzeitung für Frankfurt GmbH I.G., Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/70 30 87

Heute beschlagnahmt die Kriminalpolizei bundesweit die Restexemplare des seit zwei Wochen im Handel erhältlichen „Pflasterstrand“ („Frankfurter Stadtzeitung“) Nr. 45, wegen einem Artikel „Hunde wollt ihr ewig bellen“ der sogenannten Revolutio-

nären Zeilen. Dieser Artikel wurde uns anonym zugesandt. Das Redaktionskollektiv des „Pflasterstrand“ hat sich nie als Sprachrohr oder als Werbeagentur irgendeiner politischen Organisation, ob „legale“ oder „illegale“, „pazifistische“ oder „terrori-



## Vier 3/4 und sechs Jahre Knast für Gerd Albarus und Enno Schwall!

Folgenden Text erhielten wir zum Urteil gegen Gerd Albarus und Enno Schwall zugesandt:

Am 19.1.79 hat das Oberlandesgericht Düsseldorf den arbeitslosen Lehrer Gerd Albarus und den arbeitslosen Diplom-Soziologen Enno Schwall zu vierdreiviertel bzw. sechs Jahren Knast verurteilt. Beide sitzen seit über zwei Jahren in U-Haft. Enno und Gerd hatten am 3.1.77 zusammen in Aachen den Film „Unternehmen Entebbe“ besucht, der die israelische Kommandoaktion gegen palästinensische Guerilleros in Uganda verherrlichte.

Am 4.1.77 wurde in dem Kino ein Brandstiftung gefunden, der sich nach kriminaltechnischer Untersuchung als funktionsunfähig erwies.

Obwohl Enno und Gerd von mehreren LKA-Bullen auch im Kino observiert wurden, sah keiner von diesen, daß die beiden den Brandsatz deponierten.

Das Gericht verurteilte trotzdem die beiden wegen versuchter Brandstiftung und Zugehörigkeit zu einer „terroristischen“ Vereinigung (§ 129a). Es unterstellt Enno und Gerd die Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen: Die beiden waren im Kino, um durch Diskussion den Film zu verhindern.

Für die Verurteilung genügt ein paar zufällig und willkürlich bewertete Indizien, die allein für eine Verurteilung nicht ausgereicht hätten, wenn Enno und Gerd nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugung dem Täterbild entsprochen hätten, das die Richter von Mitgliedern der Revolutionären Zellen im Kopf hatten.

Weil sie nicht bereit waren, sich von der Zielsetzung – der Verhinderung der Fama des versuchten Brandanschlags zu distanzieren und weil sie eine KZ-Schrift „Revolutionärer Zorn“ besaßen, sah das Gericht ihre Mitgliedschaft als erwiesen an. Die Verurteilungsbereitschaft des Gerichtes zeigte sich schon frühzeitig an den Haftbedingungen. Über ein Jahr der U-Haft war Einzelhaft unter völligem Ausschluss von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Kontaktpersonen bei der Schreyer-Entführung wurde angeordnet, seit Sommer 1978 Anwaltsbesuche nur mit Trennscheibe und viele andere Sonderauflagen.

Verurteilt wurde Gerd auch wegen versuchten Diebstahls eines schrottreifen Autos und Enno wegen Waffenbesitzes und gefälschten Ausweispapieren. Während in der Beweisaufnahme diese Vorwürfe breiten Raum einnahmen – wohl weil sie das Hintergrundmaterial für das Bild eines Terroristen abgeben sollten – spielten sie für die Verurteilung eine ge-

ringfügige Rolle. Die Höhe der Verurteilung ergab sich aus der versuchten Brandstiftung in Verbindung mit der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung. Dafür waren aber die Beweise am dürftigsten.

Weder die Observationsbulen noch andere Kinobesucher hatten gesehen, daß Enno den Brandsatz in einer Nische hinter der letzten Sitzreihe, wo er gefunden wurde, deponiert hatte. Lediglich drei Besucher hatten an einem Platz, von dem diese Stelle mit ungutem Umstand vielleicht gerade noch zu erreichen war, einen Mann in schwarzem Mantel, mit Nickelbrille und halblangen Haaren gesehen. Diese Beschreibung trifft auf Enno zu, aber auch auf tausend andere.

Was „Terroristenprozesse“ alles möglich machen, zeigt auch, wie das Gericht eine terroristische Vereinigung konstruiert. Notizen, die sogar vom Gericht höchstens als Vorüberlegungen für einen Banküberfall angesehen wurden, werden als Beweis für eine terroristische Vereinigung herangezogen.

Es liegt weder eine konkrete Planung für einen Banküberfall vor, noch sind Vorbereitungen für einen solchen getroffen worden.

Es hat sich allenfalls mal jemand Gedanken über die Möglichkeit gemacht und ein paar Notizen aufgeschrieben. Zu diesen Notizen denkt sich das Gericht noch ein paar Tatgenossen hinzu und schon hat es eine terroristische Vereinigung. Während in „normalen“ Strafprozessen Richter über Geschichten vom großen Unbekannten nur müde lächeln, werden hier – für die Verurteilung nach § 129a – gleich viele große Unbekannte unterstellt, damit die KZ als terroristische Vereinigung bewiesen werden können. Der § 129a verlangt halt mindestens drei Mitglieder.

Die Notizen, die bei Enno gefunden worden waren, wertete das LKA als Vorüberlegungen für einen Banküberfall, zu dessen Durchführung nach LKA-Meinung neben Personen erforderlich gewesen wären.

Das Gericht schließt daraus: Also müssen die Revolutionären Zellen aus mindestens sieben Personen bestanden haben.

Spenden für den Prozeß:  
Kto. 92 5917 (Martin Rapp für Schwall/Albarus)  
Sparkasse Bielefeld  
BLZ 480 50161

## Knast für die Agit-Drucker?

Am 17.1. forderte die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen die Westberliner Agit-Drucker Martin, Henning und Gerd 18 Monate Knast ohne Bewährung und für Jutta 15 Monate ohne Bewährung. Er hielt es für erwiesen, daß sie das „Info Westberliner Undergroundgruppen“ nicht nur gedruckt, sondern dessen Inhalt auch gebügelt und damit „Terroristen“ unterstützt hätten. Im Gegensatz zu den anderen sehe er bei Jutta Ansätze zur Einsicht. Gutachten der Verteidigung, wie das von Professor Walter Jens beispielsweise, wurden vom Tisch gewischt mit der Behauptung, dieser habe sich „offenlich“ von seiner politischen Überzeugung und nicht von der Sache leiten lassen.

Obwohl der Prozeßverlauf die Anklage zunehmend ins Wanken brachte, wurde jetzt trotzdem keinen Deut von dem Vorwurf der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) und „Befürwortung von Gewalt“ nach § 88a abgewichen. Der Staatsanwalt ließ auch einen Hinweis nicht aus, daß nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes Gefängnisstrafen aufgrund dieser Paragraphen nicht zur Bewährung ausgesetzt werden sollen. Es besteht also ganz konkret die Gefahr, daß die Agit-Drucker wieder in den Knast müssen!

SSB/Westberlin

## Günther Sonnenberg in Totalisolation

Die Gefangenen Günther Sonnenberg, Siegfried Haag und Roland Mayer sind am 24.1. in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Grund des Hungerstreiks ist die Streichung des gemeinsamen Hofgangs. Der gemeinsame Hofgang, der seit ca. 1 Jahr durchgeführt wurde, war vom zuständigen Haft Richter angeordnet worden, da „die positiven therapeutischen Auswirkungen (des gemeinsamen Hofgangs) auf den Gesundheitszustand des (durch einen Kopfschlag schwerverletzten) Gefangenen Sonnenberg augenscheinlich“ sind. Die Gestattung eines gemeinsamen Hofgangs wurde vom BGH am 29.12.78 nochmals ausdrücklich bestätigt.

Durch die Streichung des gemeinsamen Hofgangs ist Günther Sonnenberg die letzte und einzige

Möglichkeit der Kommunikation und sozialen Interaktion genommen. Damit ist auch die einzige noch bestehende Regelung entfallen, um wenigstens den weiteren gesundheitlichen Verfall von Günther Sonnenberg aufzuhalten. Die erneute Totalisolation ist offensichtlich vom baden-württembergischen Justizministerium angeordnet worden, da es bislang nicht gelungen ist, die politische Identität von Günther Sonnenberg zu brechen.

Die Gefangenen erklärten, daß der Hungerstreik erst beendet wird, wenn ihnen der gemeinsame Hofgang wieder zugelassen wird.

(Nach Presseerklärungen der Anwälte Weider und Heinsch)

KB Gruppe Frankfurt

## Tübinger Richter macht aus Zeugen der Verteidigung Angeklagte!

In Tübingen sind neun vom zwanzig Zeugen eines im November 1978 vor dem Tübinger Schöffengericht geführten Prozesses eines außergerichtlichen Weg gegangen.

Die Neun hatten als Entlastungszeugen im Verfahren gegen einen 47 Jahre alten Buchhändler aus Tübingen ausgesagt und wurden jetzt unversehens zu Schuldigen, ja Vorverurteilten gestempelt. Der verurteilte Buchhändler soll auf einer Veranstaltung des Asta zu den Stammheimern „Selbstmord“ dem als „furchtbaren Juristen“ bekannten ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, als „Mörder“ bezeichnet haben.

In der inzwischen schriftlich vorgelegten Begründung des Urteils gegen den Buchhändler werden die neun und mit ihnen acht weitere Zeugen als Sympathisanten der „Terroristen“ und als Mitglieder oder Sympathisanten der „KPD“ bezeichnet. Für das Tübinger Schöffengericht stand damit fest, daß diese Zeugen ihrer Grundeinstellung nach

sämtliche Institutionen der BRD offen bekämpfen.

Die neun Zeugen haben nun Strafanzeige gegen den Vorsitzenden Richter dieser Verhandlung, Burkhard Stein, gestellt und zwar wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung: §§185, 186 und 187 StGB.

Das Gericht ließ in seiner 7-seitigen Begründung offen, wie es zu den oben erwähnten Erkenntnissen gekommen ist, erkannte aber, daß den 17 Zeugen „insgesamt absehbare“ die Prozeßstrategie der sog. Justizkomitees in Tübingen bekannt war, mit der Maßgabe, die beim Amtsgericht Tübingen anhängigen Strafverfahren gegen linke, sog. fortschrittliche Studenten und Personen zu verhindern, bzw. zu erreichen, daß eine Verurteilung nicht erfolgen kann. Für das Tübinger Gericht stand damit folgendes fest: alle Zeugen sind unglaubwürdig.

Ausgenommen von dieser üblen Annahme wurden drei weitere Zeugen, nämlich Dr. R. Dewes, Leiter

des universitären Rechtsamtes, und Dr. H. Knorr von der Zentralen Verwaltung der Universität, sowie ein Schreiberling des Tübinger Tageblatts. Die Herren Dewes und Knorr hatten die Veranstaltung des Asta auf die sich die Anklage gegen den Buchhändler aufbaute, als Spitzel besucht. Damit waren diese beiden natürlich durchaus „gläubig und glaubwürdig“.

Nachdem sich nun neun der insgesamt 17 diffamierten Zeugen zu einer Anzeige gegen Richter Stein entschlossen hatten, versuchten die Anwälte der neun, Dorte Schmeis-anger und Wolfhard Kusch, die Sache durch eine Widerrufserklärung, die Richter Stein abgeben sollte, zu erledigen. Stein wollte davon natürlich nichts wissen, er holte nun selber zum Gegenschlag aus und erstattete Anzeige wegen des Verdachts der versuchten Nötigung, Amtshandlung zur mittelbaren Falschbeurteilung und Anstiftung zur Rechtsbeugung! Im übrigen sehe er der Anzeige der neun Zeugen mit Gelassenheit entgegen.

Genommen aus Baden-Württemberg

## Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten: Ausnahmerecht?

Am 28.12.78 entschied der dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH), daß der für das Klein-Interview verantwortliche Spiegelredakteur M.W. Heitschel vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen dürfte und keine Aussage zum Zustandekommen des Interviews und zum Aufenthalt Kleins zu machen brauchte. Jedoch wurde ihm das Recht nur zugestanden, weil man sich von den Beiträgen eine Demoralisierung der sogenannten „Terroristen“ und „Sympathisantenzone“ erhoffte.

Die Vorgeschichte: Wegen zweier Beiträge im „Spiegel“ (Nr. 20/77 und 32/78), denen angeblich Interviews mit dem verschwundenen Hans-Joachim Klein zugrunde lagen, war Heitschel auf Antrag des Generalbundesanwalts Rebmann vor einen Ermittlungsrichter des BGH geladen worden, um als Zeuge über das Zustandekommen der Beiträge vorzutreten. Der Redakteur hatte jedoch unter Berufung auf das Zeugnisverweigerungsrecht (§ 53 StPO, siehe Kasten) die Beantwortung von Fragen abgelehnt. Daraufhin hatte Rebmann ein Ordnungsgeld gegen Heitschel beantragt, was jedoch vom Ermittlungsrichter des BGH abgelehnt wurde. Dagegen legte der Generalbundesanwalt Beschwerde ein, die nun jedoch vom 3. Senat des BGH verworfen worden ist.

In der Begründung aber wird der Ausnahmecharakter dieser Entscheidung deutlich: „Nach Auffassung des BGH erstreckt sich dieses Zeugnisverweigerungsrecht zwar nur auf Angaben „über die Person“ ihrer Informanten. Wird der Name aber von der Presse selber der Öffentlichkeit offenbart, so müsse der Journalist auch mitteilen, was er etwa über den Aufenthaltsort des Informanten wisse.“ („Spiegel“ 2/79). Dies gilt jedoch nicht, wenn „die Veröffentlichung ... dem im Allgemeininteresse liegenden Schutz besonders hoher Rechtsgüter dient“ (Urteil). Für den „Spiegel“ heißt das konkret: „Die hier zur Rede stehenden Äußerungen von und über den Beschuldigten Klein erhalten ihre außergewöhnliche Bedeutung dadurch, daß ein nach eigenem Zeugnis früher dem engsten Kreis des gefährlichsten Terrorismus angehörender und in ihm besonders hervorgetretener Mann sich öffentlich vom Terrorismus und den von diesem angewendeten Mitteln der Gewalt losagt und erklärtermaßen das Ziel verfolgt, dem Terror ein Ende zu bereiten ... Dem Vorgang und gerade seiner Veröffentlichung, mit der die erstrebte Wirkung allein erzielt werden kann, kommt damit eine beträchtliche po-

litische Bedeutung zu.“ (Urteil). Hier wird also mit zweierlei Maß gemessen. Wenn eine Veröffentlichung den Herrschenden nützt (was die Justiz als „Allgemeininteresse“ bezeichnet), darf der Journalist das Zeugnisverweigerungsrecht voll in Anspruch nehmen. Sollte eine derartige Veröffentlichung ihnen jedoch nicht nützen, können die Journalisten durch Strafen oder entsprechende Androhung unter Druck gesetzt werden, den Aufenthaltsort oder andere Hinweise auf ihre Informanten auszuliefern. Oder sie wagen gar nicht erst, derartige Veröffentlichungen zu machen. Die Frage ist: wie lange dauert es noch, bis sie auch bei Nichtveröffentlichung gezwungen werden können, den Namen ihrer Informanten zu nennen?

Wenn man bedenkt, daß gerade die linke Presse oft ihre Informationen durch Personen gewinnt, die wegen zu befürchtender Repression an-

nym bleiben müssen, dann kann man sich ausrechnen, was das bedeutet.

Wir müssen den Anfängen wehren. Journalisten dürfen nicht zu Handlangern der Staatsanwaltschaft gemacht werden können (Informationen nach „FR“, 30.12.78 und „Spiegel“ 2/79).

Eine Genomin aus dem IKAH

§ 53 (Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen)

(1) Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt

5. Personen, die bei der Vorbereitung, Herabsetzung oder Verbreitung von periodischen Druckwerken oder Rundfunksendungen berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben, über die Person des Verfassers, Einsenders oder Gewährmanns von Beiträgen und Unterlagen sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen, soweit es sich um Beiträge, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil handelt.



## Haag-Maxer-Prozeß in Stammheim

Seit Ende September 1978 läuft in Stammheim der Prozeß gegen Siegfried Haag und Roland Mayer.

Angeklagt waren sie ursprüng-

lich – der Teilnahme am „Info“ (wie RA Groenewold), was von der Staatsanwaltschaft als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ gewertet wird. Dieser Verfahrenspunkt wurde vom Gericht im Eröffnungsbeschuß eingestellt – der Beihilfe zum Anschlag in Stockholm. Angeblich wurden von den Angeklagten Waffen in der Schweiz gekauft, die dann bei der Aktion in Stockholm Verwendung gefunden haben sollen. Mittlerweile ist nach denunziatorischen Aussagen des „Kronzeugen“ Volker

Speitel die Anklage auf „Mittäterschaft“ in Stockholm ausgeweitet worden.

– Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung (der „Haag-Mayer-Bande“), deren Zweck und Tätigkeit Geiselnahme, Mord und Sprengstoffvergehen gewesen sein sollen.

Sie werden der Mittäterschaft bei drei Banküberfällen (von denen bei zweien noch nicht mal die Täter namhaft zu machen waren), KFZ-Diebstählen, Urkundenfälschung und Verstößen gegen Waffengesetze beschuldigt.

Für die Zeit im Anschluß an die Straftat hat die Staatsanwaltschaft Sicherungsverwahrung beantragt.

Was in diesem Prozeß nun seit rund 4 Monaten verhandelt wird, hat bislang keinerlei Bezug zu den Angeklagten. Nirgendwo ist in den bisherigen Beweisaufnahme eine Beteiligung der angeklagten Genomen deutlich geworden. Mit der Behauptung ihrer „Rädelsführerschaft“ soll der konkrete Nachweis über eine Tat beteiligt umgangen werden.

Das Gericht läßt den Angeklagten keine politischen Aussagen zu. Sobald sich die Genomen politisch erklären wollen, werden ihre Ausführungen als „nicht zur Sache gehörig“ oder „beleidigend“ vom Vorsitzenden mit Ausschlussdrohungen unterbrochen.

KB Gruppe Frankfurt



# Freispruch im Buback-Prozeß

Hamburg: Am 25.1. und am 2.2. wurde Heinrich Eckhoff (der heutige presserechtliche Verantwortliche des KB) vor dem Amtsgericht wegen der Veröffentlichung des „Buback-Nachruf“ angeklagt. Vorgeworfen wurde ihm „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“ durch den Nachdruck des Artikels „Buback – Ein Nachruf“ ohne Distanzierung. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, der Staatsanwalt hatte 1200 DM Geldstrafe gefordert (60 Tagessätze à 20 DM).

Im Juni 1977 hatte Heinrich Eckhoff an der Hamburger Universität für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich gezeichnet, mit dem zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Göttinger AStA aufgerufen wurde und in dem der „Buback-Nachruf“ als Dokument abgedruckt war. Dieses Flugblatt wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt (wegen „Bilgung von Straftaten“), die Veranstaltung wurde von der Universitätsverwaltung verboten, die Räume des Sozialistischen Studentenbundes (SSB) und die Privatwohnung von H.E. durchsucht.

In einer persönlichen Erklärung vor Gericht begründete H.E. diese Herausgabe mit der Notwendigkeit, der verfallenden Darstellung der Presse entgegenzutreten, Solidarität mit dem angegriffenen Göttinger AStA zu üben, der einsetzenden Sympathienhetze entgegenzutreten und das Recht auf freie Meinungsäußerung auch für vom Staat nicht „geliebte“ Meinungen zu verteidigen.

Der Staatsanwaltschaft ging es von Anfang an um eine Verurteilung – so oder so. Das zeigen folgende Tatsachen:

1. Beschlagnahmung und Durchsuchung wurden mit der Begründung des Verdachts der „Bilgung von Straftaten“ vorgenommen. Diese Anklage wurde von der Staatsanwaltschaft selbst nach kurzer Zeit zurückgenommen, da nach diesem Sachverhalt kein Verstoß zu erwarten sei.
2. Statt die Anklage ganz fallen zu lassen, wandte sich die Hamburger Staatsanwaltschaft an die Bundesanwaltschaft, ob diese nicht dafür sorgen könne, daß ein Angehöriger der Buback-Familie Anzeige wegen „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“ stellen könne (dies ist kein Offizialdelikt, deshalb kann hier der Staat nicht direkt eingreifen, sondern es muß ein Familienmitglied Anzeige erstatten).
3. Die Bundesanwaltschaft hatte Erfolg. Der Sohn Bubacks, Michael Buback, erstattete Anzeige, wobei immer noch in Zweifel zu ziehen ist, ob er den Text tatsächlich gekannt hat, da es eine – öffentlich bekannte – Vereinbarung in der Familie gibt, gegen seine Nachdrücke nicht zu klagen.

4. Somit war die Anklage schon auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Aber selbst hier machten einige Gerichte der Staatsanwaltschaft noch einen Strich durch die Rechnung. Denn in mehreren Entscheidungen wurde festgestellt, daß auch ein Nachdruck ohne Distanzierung nicht strafbar ist, wenn sich der Veröffentlicher den Text nicht zu eigen macht, sondern ihn aus anderen Gründen veröffentlicht.

Somit verwunderte es kaum, daß in der Verhandlung für den Staatsanwalt die Frage der fehlenden Distanzierung keine Rolle mehr spielte. Mithin sollte entscheidend sein, daß der „Nachruf“ ohne besondere Begründung erschienen sei (im begleitenden Flugblatt wird wesentlich auf die staatlichen Maßnahmen gegen den Göttinger AStA eingegangen). Auf die Ausführungen von Heinrich Eckhoff ging er nur insofern ein, als diese für den Prozeß unbedeutend seien, da diese Gründe nicht schon alle im Flugblatt genannt worden seien. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß er auf jede Befragung des Angeklagten verzichtete, so daß unmittelbar der Eindruck entstand, daß das Plädoyer schon in der Schulblase lag.

Das Strafmaß von DM 1200 bezeichnete er dann auch noch als besonders Milde, obwohl dies das schärfste bestehende Urteil gegen einen Nachdrucker gewesen wäre (die Erstverurteilung in Göttingen haben DM 1800 Geldstrafe eingebracht).

Der Richter begründete den Freispruch mit dem Hinweis auf die „Wahrung besonderer Interessen“. Es hätte damals, zwei Monate nach der Erstverurteilung, eine Situation bestanden, in der massive Zweifel an den von der Presse und staatlichen Stellen erhobenen Vorwürfen gegen den „Nachruf“ berechtigt gewesen seien. Dies habe eine Dokumentation des Textes für breitere Teile der Studentenschaft als notwendig erscheinen lassen. Unabhängig davon, ob sich Heinrich Eckhoff diesen Text zu eigen gemacht hätte oder nicht, habe er deshalb das Recht auf „Wahrung besonderer Interessen“ für sich geltend machen können.

Einen Pferdefuß hat dieses Urteil darin, daß der Richter den Text nicht eindeutig als „verunglimpfend“ gegenüber dem verstorbenen Generalbundesanwalt als auch gegenüber dem Staat wertete. Somit sei er strafbar im Sinne der Paragraphen 189 und 90a. Der Angeklagte habe dies billigend in Kauf genommen. Dies trete jedoch gegenüber dem oben genannten Aspekt zurück.

Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Woche Zeit, in die Berufung zu gehen. Die Bundesanwaltschaft hat auch gegenüber dem Staat wertete. Somit sei er strafbar im Sinne der Paragraphen 189 und 90a. Der Angeklagte habe dies billigend in Kauf genommen. Dies trete jedoch gegenüber dem oben genannten Aspekt zurück. Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Woche Zeit, in die Berufung zu gehen.

# Besserung durch „Behandlung“? – Diskussionsbeitrag zur Knast„reform“

Neuerdings scheint, man sollte staunen, auch das Strafvollzugsamt in der Hamburger Justizbehörde der Ansicht zu sein, daß der Knast, wie wir ihn landläufig kennen, nicht bringt. In einer Untersuchung des Strafvollzugsamtes über „Behandlung im Strafvollzug“ heißt es: „Die Unterbringung Straffälliger in herkömmlichen Vollzugsanstalten fördert die Fähigkeit zur Führung eines straffreien Lebens in der Regel nicht.“ Diese Feststellung war Anlaß für die genannte Untersuchung, deren Ergebnisse in der Reihe „Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg“, herausgegeben von der Staatlichen Pressestelle Hamburg, Ende November '78 veröffentlicht worden ist (abgedruckt auch in der „Frankfurter Rundschau“ – „FR“ vom 5.12.78).

Zweck der Untersuchung war, wie es in der Einleitung heißt, die Effizienz sozialtherapeutisch orientierter Vollzugsformen im Vergleich zu dem Vollzug im herkömmlichen Justizvollzugsanstalten zu messen. Dies geschah dann in den beiden Hamburger Reformeinrichtungen Bergedorf und Alsenstraße. Einerseits wie in der JVA Fuhlsbüttel andererseits. Das Untersuchungsergebnis zeigt denn auch auf, daß die „Rückfallquote“ der aus der Sonderanstalt Bergedorf und der Übergangsanstalt „Moritz-Liepmann-Haus“ (Alsenstraße) entlassenen Straffälligen niedriger ist als die Quote der aus Fuhlsbüttel ohne intensive Vorbereitung auf die Freiheit entlassenen Gefangenen. Insgesamt wird mit Hilfe verschiedener Untersuchungsmethoden belegt, daß die Rückfallquote in den beiden Reformeinrichtungen niedriger ist als in der JVA Fuhlsbüttel.

Die Rückfallquote bei der Gefangenengruppe, die hier untersucht worden ist (sogenannte „Langzeitler“ mit besonderen „Merkmale“) beträgt in der JVA Fuhlsbüttel 50,4 %, in der JVA Bergedorf 31,1 % und in der JVA Alsenstraße 27,1 %. So wird also die „Rückfallquote“ (bzw. die Rückfallquote) bei der Gefangenengruppe, die hier untersucht worden ist (sogenannte „Langzeitler“ mit besonderen „Merkmale“) beträgt in der JVA Fuhlsbüttel 50,4 %, in der JVA Bergedorf 31,1 % und in der JVA Alsenstraße 27,1 %.

Mit keinem Wort wird erwähnt, daß es sich bei den Insassen der beiden „Reformeinrichtungen“ um besondere „Tätergruppen“ handelt. In der Sonderanstalt Bergedorf sind Personen, die als „Tätergruppen“ bezeichnet werden, die das ermittelte Untersuchungsergebnis überhaupt erst ermöglichen, werden in dem Bericht verschwiegen.

Mit keinem Wort wird erwähnt, daß es sich bei den Insassen der beiden „Reformeinrichtungen“ um besondere „Tätergruppen“ handelt. In der Sonderanstalt Bergedorf sind Personen, die als „Tätergruppen“ bezeichnet werden, die das ermittelte Untersuchungsergebnis überhaupt erst ermöglichen, werden in dem Bericht verschwiegen.

sonen inhaftiert (ca. 35), die entweder „Sexualtäter“ sind oder während der Haft im herkömmlichen Vollzug durch „psychisch abweichendes Verhalten“ (z. B. schwere Selbstverstümmelung) auffällig geworden sind. Bei den Insassen des Moritz-Liepmann-Hauses (ca. 50) handelt es sich um Straftäter, die zu fünf und mehr Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind und ein halbes Jahr vor der Entlassung in diesen Übergangsvollzug kommen (Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft, Freizeit in beschränktem Umfang, „ne Flasche Bier am Abend“), weil man bei ihnen von so starker Haftschädigung ausgeht, daß eine gelenkte Eingewöhnung in das Leben „draußen“ für notwendig erachtet wird.

Mit keinem Wort auch werden die Aufnahmevoraussetzungen und die speziellen Haftbedingungen in den beiden Sondereinrichtungen erwähnt. Zunächst einmal werden die Betroffenen vor dem Wechsel in den Behandlungsvollzug sorgfältig im Hinblick auf die Chance, dort zu bestehen, geprüft und ausgewählt. Wer die relativen Freizügigkeiten in Bergedorf oder der Alsenstraße in Anspruch nehmen will, muß durch sein bisheriges Verhalten im Fuhlsbütteler Regelvollzug (ca. 580 Insassen) gezeigt haben, daß er sich ohne Widerspruch der Anstaltsordnung widersetzt, willig den Anforderungen der Anstaltsarbeit genügt und auch während der Urlaubszeiten keine Auffälligkeiten vorkommen läßt. Darüber hinaus herrscht in beiden Anstalten ein rigides Sanktionsprinzip. Wer z. B. Unpünktlichkeiten zeigt, sich nicht selbstständig Arbeit beschafft bzw. diese wieder verliert, nicht an den Behandlungsvollzug teilnimmt, verweigert die Teilnahme an der Arbeit, wird sofort wieder in den Regelvollzug zurückverlegt. Kurz, wer nicht spürt, bekommt auch keine Vorteile. Auf diese Weise werden die Behandlungsvollzug in Bergedorf und Alsenstraße als „Reform“ bezeichnet.

So wird also die „Rückfallquote“ (bzw. die Rückfallquote) bei der Gefangenengruppe, die hier untersucht worden ist (sogenannte „Langzeitler“ mit besonderen „Merkmale“) beträgt in der JVA Fuhlsbüttel 50,4 %, in der JVA Bergedorf 31,1 % und in der JVA Alsenstraße 27,1 %.

werden und damit zurück in den Knast zu kommen, ist groß. Die allgemeine Rückfallquote im Erwachsen-Vollzug beträgt im Bundesdurchschnitt 70 - 75 %, im Jugend-Vollzug sogar 80 - 85 %. So bescheiden es nicht wunder, wenn die „Rückfallquote“ der aus Bergedorf und der Alsenstraße Entlassenen um 10 % niedriger ist als die der in Fuhlsbüttel einsitzenden Häftlinge, die bei der Untersuchung zum Vergleich herangezogen worden sind. Das Ergebnis der Untersuchung bezeugt deshalb auch nicht eine verbesserte Vollzugsqualität in den beiden Sondereinrichtungen, sondern den „Erfolg“ eines verschärften Anpassungsdrucks (nach dem Motto: Wer hinreichend angepaßt ist, nimmt schließlich widerspruchlos die gesellschaftlichen Mißstände hin, die ihn einst in den Knast brachten).

Die Absicht der Untersuchung wird nun erkennbar, das Strafvollzugsamt der Hamburger Justizbehörde will seinen Beitrag zur Rettung des Knasts leisten. Mit der scheinbar nachgewiesenen Behauptung, der Behandlungsvollzug erziele einen besseren Resozialisierungserfolg, will man uns weismachen, daß der Strafvollzug durchaus sinnvoll ist, er müsse nur „verbessert“ werden. Wenn erst der Behandlungsvollzug allgemein eingeführt ist, dann könnten und würden alle „resozialisierungswilligen Straftäter“ den Weg zurück in die Gesellschaft finden. Wenn noch rückfällig würde, den müsse man eben zu den ewig Unverbesserlichen zählen, denen nicht geholfen werden kann. Das alte Lied wird immer: Wer in dieser Gesellschaftsordnung nicht klarkommt, dem wird zwangswise „nachgeholfen“. In diesem Falle mit Behandlung, verstanden als Hilfe zu Unterordnung und Anpassung.

Abschließend noch eine Bemerkung zu der erfahrungsgemäß, in jeder selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Strafvollzug (es mag hoffnungsvoll klingen, wenn der herkömmliche Strafvollzug nicht von seinen Verwertern kritisiert werden) man jedoch, daß als Alternative nichts anderes als dieselbe Sache in ganz anderer Form, also der Straftäter zurechtgebogen werden soll, anstatt endlich die zu kriminellen Verhalten führenden Ursachen zu verändern, dann wird einmal mehr klar, daß die Reformen des bürgerlichen Staatsapparats nicht den Menschen, sondern allein dem Erhalt der bestehenden Zustände dienen.

Thamag R. Täter zurechtgebogen werden soll, anstatt endlich die zu kriminellen Verhalten führenden Ursachen zu verändern, dann wird einmal mehr klar, daß die Reformen des bürgerlichen Staatsapparats nicht den Menschen, sondern allein dem Erhalt der bestehenden Zustände dienen.

Thomae E

# Leserbrief zu einer 'Kürzung' im AK 146

Im AK 146 wurde eine Wohngemeinschaft mit ihrer Postkartenserie zum Thema „Haft mit Folter“ vorgestellt. Im ID, der die Erklärung der Gruppe ebenfalls abdruckte, ist eine Passage enthalten, die beim Abdruck im AK rausgelassen wurde, wahrscheinlich um die Sympathien für diese grundsätzlich gute Initiative nicht unnötig zu schmälern.

Die Genossen schreiben: „Diese Scheiße: Schuld und Strafe – wird auch in der Linken viel zu wenig diskutiert. Ein Beispiel. Ein KB-Genosse schlug in Lübeck seine Freundin zusammen. Er wurde dafür aus dem KB ausgeschlossen, die Begründung: J. H. hat seine Freundin regelrecht zusammengeschlagen.“

2. H. hat nicht zum erstenmal zugeschlagen, es liegt also ein Wiederholungsfall vor.

3. Und, das meiner Ansicht nach Wesentliche, der Genosse hat die Gewalttätigkeit nachdrücklich gerechtfertigt und zeigt keinen Anzuck von Reue. (Eine Genossin der KB-Landesleitung Schleswig-Holstein) Das Ganze liest aus dem Arbeiterkampf vom 8.1.79. Wir haben gedacht, wir spinnen. Genau diese abge-

sackten, gewalthörigen Rechtsprinzipien, wie die Staatsanwaltschaft, die einen Junkie, wenn er nach einem halben Jahr immer noch drückt (sonst Zufall in der BRD) und wieder 1 1/2 Grämer verkackert.“

Ich meine, hier liegt bei der Postkartenserie ein Mißverständnis vor. Es geht um nicht darum, Männer, die ihre Freundinnen schlagen, zu bestrafen. In einer solchen Situation ist es zunächst einmal dringend notwendig, das Verhalten des Genossen zu diskutieren, die Isoliertheit der Beziehung zu durchbrechen.

Um dem Genossen eine intensive Auseinandersetzung mit seinem Verhalten zu ermöglichen, wird er zunächst „beurlaubt“.

Ist der Genosse im Laufe der Auseinandersetzung immer noch der Meinung, nichtig gehandelt zu haben und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung gegenüber Frauen gerechtfertigt zu können, so meine ich, ist eine Zusammenarbeit mit ihm im Rahmen einer Organisation, die die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zum Ziel hat, nicht mehr möglich.

Astrid, Ranzburg

# Kleider machen Leute

Durch Zufall stieß ein AK-Leser, der auch Leser juristischer Fachzeitschriften ist, auf folgende – den Umständen nach zu urteilende – ernstgemeinte Gerichtsentscheidung in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ von 1977 (S. 311).

Es handelt sich um einen ungewöhnlichen Fall der Anwaltsverfolgung. Verfolgt wird ausnahmsweise nämlich nicht ein Rechtsanwalt, sondern ein S i t t e n a n w a l t: er soll dem Sittenverfall verfallen sein, weil ihm eingefallen war, eine schwarze Krawatte zu tragen. Wer jetzt meint, darin könnten die Richter des Oberlandesgerichts Karlsruhe die Demonstration anarchistischer Gesinnung vermuten haben, ist in seinen Vorurteilen enttäuscht. Es ging schlicht um folgendes:

Ein nachfahrender Gerichtsbesuch hatte im Sitzungssaal darauf gewartet, daß die von ihm anzuklagende Straftäterin auferufen würde. Die Wartezeit ergab sich, weil die vorangegangene Sache sich verzögerte. Während dieser Pause trug der Staatsanwalt ein weißes Hemd und eine schwarze Krawatte, jedoch keine Jacke. Deshalb wurde er vom Gerichtsvorsitzenden des Saales verwiesen.

Das Oberlandesgericht billigte dies u.a. mit folgenden Ausführungen:

„... die Bitte des Staatsanwaltes E um Klärung, ob er sich wegen seiner Kleidung ungebührlich verhalten habe, (steht) einem deutlichen Hinweis darauf dar, daß das Gefühl für bisher Selbstverständliches im Schwanden begriffen ist.“ Wer jetzt meint: „Ja richtig, man soll ja nichts überleben“, wird schon wieder getäuscht. Das Gericht schreibt: „Der Würde und dem Ernst, mit denen Richter und Staatsanwälte ihr verantwortungsvolles Amt ausüben, muß der äußere Rahmen der Hauptverhandlung entsprechen. Mängel der äußeren Form schaden dem Ansehen der Justiz.“ Ach so!

Weiter heißt es deshalb: „Daß ein Richter oder Staatsanwalt in einer laufenden Hauptverhandlung ohne Jacke erscheint, ist, soweit ersichtlich, ein bisher einmaliger Fall.“

Nachdem das Gericht „immerhin“ erkannt hat, daß es in deutschen Gerichtssälen angeblich keine „allgemein gültigen Regeln“ in der Kleiderfrage geben soll (?), weist es mit klarer Entschiedenheit auf die grundsätzliche Bedeutung der Jackenlosigkeit hin: „Für den, der von der Arbeitsstelle weg seiner Zeugnispflicht genügt, kann noch angemessen sein, was für den müßigen Zuhörer unangemessen oder etwa für den, der ersichtlich dem Gericht seine Aufnahmigkeit zu demonstrieren bestrebt ist, ungebührlich

sein kann. Eines hat allerdings angesichts heutiger Vorgänge in deutschen (!!) Gerichtssälen mehr denn je zu gelten, daß nämlich ein Richter oder Staatsanwalt, der sich vor Gericht begibt, sich dort Kraft seines Amtes in jeder Hinsicht als Vorbild zu verhalten hat. Es ist nicht vorbildlich, wenn an einer Hauptverhandlung vor einer Strafkammer gerade (?) ein Staatsanwalt oder Richter ohne Jacke teilnimmt.“

Man spürt schon förmlich, wie die Schwarzrückge gegen den Untergang der abendländischen, insbesondere germanischen Kultur anstampfen. Es ist von Rechts wegen geboten und zu begrüßen, daß gewissenhaft die Sittenverfalls auch (?) in deutschen (schon wieder!) Gerichtssälen ein Gerichtsvorsitzender auf die Wahrung der äußeren Formen mit Strange achtet, insbesondere gegenüber Amtspersonen, die sich vorbildlich korrekt verhalten sollten.“

Es ist anzunehmen, daß sich der bisher einmalige Zwischenfall in einem heißen Tip an alle zutrug. Deshalb der heiße Tip an alle zutrug, Unsauberheit und AK-lesenden Staatsanwälte: Kommt doch im nächsten Sommer ohne Hemd, aber mit Jacke, gell?

Ein AK-Leser







# Schon wieder Knartsch beim „Stern“

Bei den Lesern gilt der „Stern“ immer noch als fortschrittliches Blatt. Beiträge über Polizei-Brutalitäten, Verfassungsschutz oder Kernkraftwerke sind in dieser Form in keiner anderen deutschen Illustrierten zu finden.

Den Mitarbeitern des Verlagshauses Gruent Jahr, in dem der „Stern“ erscheint, ist allerdings der Fortschrittsglaube längst verflogen. Immer häufiger seit dem Rauschmaß des stellvertretenden „Stern“-Chefredakteurs Manfred Bissinger vor einem Jahr kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Belegschaft, die stets nach einem festen Schema ablaufen. Der Vorstand bricht aus einem wichtigen Anlaß einen Konflikt vom Zaun, die Belegschaft muß sich wehren, es hagelt Drohungen und Resolutionen, man zieht auch mal gegeneinander vor Gericht - und vertritt sich zum Schluß wieder. Nur. Die Belegschaft und der von ihr gewählte Betriebsrat werden auf die Dauer durch solche Methoden eingeschüchtert. Die Chronologie der jüngsten Krise bei G + J ist der beste Beweis dafür.

Es begann damit, daß „Stern“-Chefredakteur Henri Nannen den Betriebsratsvorsitzenden und „Stern“-Redakteur Ortwin Fink aus dem Impressum des „Stern“ strich. Windiger Vorwand: Der Betriebsrat hatte in seinem Mitteilungsblatt „Klimatische und personelle Veränderungen“ im „Stern“ festgestellt und das Ausschneiden von immerhin 31 Redakteuren innerhalb der letzten zwölf Monate beklagt.

Wegen dieser Äußerung des Betriebsrates kann man natürlich nicht dessen Vorsitzenden bestrafen, und im Betriebsverfassungsgesetz steht auch ausdrücklich: „Die Mitglieder des Betriebsrates dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt werden.“ Aber schert das einen Vorstand, der dringend einen Konflikt haben will? Fink immerhin wehrte sich, er beantragte eine einstweilige Verfügung.

Noch bevor das Gericht entscheiden konnte, das zweifelhafte Fink Recht gegeben hätte, schaltete sich der Redaktionsbeirat des „Stern“ ein. Dieser Beirat, der seine Legitimation aus dem „Stern“-Statut bezieht, sich aber dank der Zermürbungstaktik des Vorstandes (siehe oben) längst als etwa so überflüssig wie ein Blinddarm erwiesen hat, bandelte mit Nannen einen Kompromiß aus: Fink sollte wieder ins Impressum, allerdings mit dem Zusatz „für die Betriebsratsarbeit freigestellt“.

Der Betriebsrat meldete den Kompromiß mit drei dünnen Sätzen der Belegschaft: „Es ging auch ohne Prozeß. Im nächsten Stern steht Ortwin Fink wieder im Impressum! Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Interesse und für alle Unterstützung in dieser Sache.“

Man muß das zweimal lesen - und versteht dann erst recht nicht, warum

die harmlosen Sätze den Streit ernstlich eskalieren ließen. Jetzt schaltete sich nämlich der Vorstandsvorsitzende Manfred Fischer ein. Der bestritt kurzerhand in einer Hausmitteilung an Fink das Ausschneiden von 31 Redakteuren, erklärte das Betriebsklima in der Redaktion für gut, obwohl er sich dort nie sehen läßt, und verlangte: „Sollte eine Richtigstellung gegenüber der Belegschaft verweigert werden, so würden wir das als grobe Pflichtverletzung im Sinne von § 23 Absatz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes werten.“ Das ist im Klartext die Androhung eines Verfahrens auf Amtsenthebung.

Da mochte nun auch Henn Nannen nicht zurückstehen, der das Holzen ja schon in einer NS-Propaganda-Kampagne gelernt hat. In einem Rundschreiben an alle Verlagsmitglieder behauptete er, Betriebsratsmitglieder ließen sich „den Hintern vergolden“, seien „stramme Ideologen, verbreiteten Lügen“, und der Betriebsratsvorsitzende Fink sei ein „unverantwortlicher Redakteur“.

Als der Betriebsrat immer noch gelassen blieb und lediglich mit einer Gegendarstellung konterte, legte der Verlag noch einen Zahn zu. Er feuerte kurzerhand einen „Stern“-Redakteur und Ersatz Betriebsrat - fristlos und wieder mit einer demütigenden Begründung, daß man die wiedergebep muß. Der Redakteur hatte nämlich lediglich wegen der ständigen Hauskrücke sein Amt als Wahlvorstand bei den Aufsichtsratswahlen niedergelegt und begründet Text: „Der zunehmende Abbau von Mitarbeiterrechten durch den Verlag in letzter Zeit ist für mich unerträglich. Die Kündigung des Stern-Statuts, die Androhung eines Verfahrens auf Amtsenthebung gegen den Betriebsrat durch Dr. Fischer und nicht zuletzt der menschlich unerträgliche Angriff Herrn Nannens auf Ortwin Fink zeigen mir, daß G + J von Mitbestimmung und Partnerschaft offenbar nichts mehr wissen will.“

Das reichte zur fristlosen Kündigung, obwohl Beirat und Betriebsrat widersprachen und somit eine Rechtsgrundlage dafür nicht gegeben war.

Nachdem der Vorstand den Krieg so schön eskalieren hatte wurde es Zeit, das Ganze auf Null zurückzu drehen. Denn natürlich hat G + J eine hochklassige Rechtsabteilung, und natürlich hatte die längst signabiert, daß weder die Prozesse gegen Fink noch der gegen B zu gewinnen sei, die würden allenfalls für negative Schlagzeilen in der Öffentlichkeit sorgen. Zur Vermittlung mußte auch diesmal der Redaktionsbeirat des „Stern“ herhalten, der für den Mittwochabend letzter Woche ein Versöhnungsgespräch zwischen Vorstand, Chefredaktion, Beirat und Betriebsrat anberaumte.

Man muß das zweimal lesen - und versteht dann erst recht nicht, warum

Grund Zeit. Denn am Mittwochnachmittag erhielt Nannen ein von 130 der insgesamt 180 Redakteuren unterzeichnetes Schreiben, in dem von einem Klima der „Feindseligkeit, Mißtrauen und Angst“ in der Redaktion die Rede ist und festgestellt wird: „Die Art und Weise, wie bei uns hausinterne Konflikte ausgetragen werden, bedrückt, verletzt und beleidigt jeden von uns. Wie kapstlos gebärden Sie sich, wenn es unter dem eigenen Dach brennt.“ Die Redaktion bestätigte also genau die Klimaverschlechterung, die Nannen partout nicht wahrhaben will.

Nannen weigerte sich daraufhin einfach, überhaupt an der Vermittlungsrunde teilzunehmen. Er drohte (zum wievielten Mal eigentlich?) mit seiner Amtsenthebung und zwang so die auf Einigkeit erpölte Verhandlungsrunde, erst einmal über Besänftigungen für Nannen nachzudenken. Das drückte sich in einer Einigungsformel aus, die praktisch nur Streicheleinheiten für den „Stern“-Chefredakteur enthält:

1. In der Öffentlichkeit sind Behauptungen aufgestellt worden, wonach der Stern eine politische Tendenzwende vollzogen habe. Aus diesem Grunde und wegen des dadurch verschlechterten Redaktionsklimas habe eine Reihe von Redakteuren den Stern verlassen. Diese Darstellung ist unzutreffend. Der Stern versteht sich nach wie vor als ein liberal-fortschrittliches Blatt, in dem die Gewissensfreiheit der Redakteure selbstverständlich ist. Die enthaltene Äußerung des Stern ist ein Beleg für Engagement und journalistisches Können seiner Redakteure.

2. Der Betriebsrat erklärt, daß eine in seinem Mitteilungsblatt veröffentlichte Stellungnahme, die einen anderen Eindruck erweckte, auf brigen Annahmen beruhe.

3. Der Redaktionsbeirat bedauert, daß eine Gruppe von nicht vollständig informierten Angehörigen des Hauses aus verständlicher Sorge über die öffentliche Diffamierung des Blattes einen vorläufigen und deshalb in der Sache nicht gerechtfertigten Appell verfaßt hat.

4. Alle Beteiligten haben die aufgetretenen Mißverständnisse ausgedrückt und Meinungsverschiedenheiten beigelegt.

Von der Sache her nahm damit der Vorstand lediglich das zurück, was er vor Gericht sowieso nie durchgesetzt hätte. Die Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens, die Streichung aus dem Impressum, die fristlose Kündigung. Nur wurde das in der Betriebsöffentlichkeit eben nicht ausgesprochen. Für die gab es lediglich die oben zitierte Erklärung, die sich wie eine Niederlage des Betriebsrates liest. Auch so kann man einen vom Vorstand unbeliebten Betriebsrat vor den Mitarbeitern kleinkriegen und zähmet machen.

Man muß das zweimal lesen - und versteht dann erst recht nicht, warum

# Verfahren gegen Hans-Georg Faust eingestellt, aber ...



Hans-Georg Faust vor dem Russell Tribunal. „Wenn bei uns das Recht ein wenig verbogen wird, so wird immer ein Paragraf zur Hand sein, der das immer abdeckt!“

Das Oberlandesgericht Köln hat im Dezember letzten Jahres das Urteil des Landgerichts Bonn bestätigt, ein Verfahren wegen „unbefugter Weitergabe von Nachrichten“ (§ 353c StGB) gegen den Journalisten und früheren VS-Mann Hans-Georg Faust abzulehnen und einzustellen. Das Gericht hatte die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweise für „unverwertbar“ erklärt, da sie auf „unzulässige“ Weise entstanden seien.

Gegen den mitangeklagten VS-Mann Karl Durnhofer wurde gleich zeitig das Verfahren eröffnet, obwohl der Verdacht, er habe das Material über den Lausangriff auf Klaus Traube an Faust weitergegeben, offensichtlich sich auch nur auf die illegalen Aktionen gegen Faust stützen läßt. Das Oberlandesgericht Köln geht auch weiterhin davon aus, daß die „am 29. November 1977 sichergestellten Unterlagen an sich geeignet (sind), den hinreichenden Verdacht zu begründen, daß beide Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Taten begangen haben.“ (OLG, 18. 12. 78, AZ. 3 Ws 234/78)

Damit ist Faust nicht rehabilitiert, sondern die Tatsache, daß illegal vom Verfassungsschutz vom 18. März bis zum 18. Oktober 1977 abgehört wurde, ist die entscheidende Begründung für die Einstellung des Verfahrens.

So sehr man sich über die Einstellung des Verfahrens freuen kann, bleiben doch einige Dinge, die Skepsis angehen lassen. Die Bundesregierung, die ja erst die Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen Faust und Durnhofer erteilen mußte hat im Urteil des OLG ohne Kommentar geschwiegt. „Mit diesem Beschluß ist ihr und ihren Nachrichtendiensten ein Stein von der Brust gewälzt. Wäre es zur Hauptverhandlung gekommen, so hätte das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst womöglich einige Wochen lang ihre schmutzigen Wäsche vor Gericht waschen müssen. Und es wäre kein gutes Haar an ihnen geblieben.“ (Zeit, 8.12.78)

Und eben genau solche Enthüllungen über illegale Praktiken des

VS und anderer Geheimdienste sollen nach dem Willen der Staatschützer unterbunden werden. Mit Durnhofer beutelt man exemplarisch einen vermeintlichen Informanten aus dem VS mit dem Ziel, ihm, als Abschreckung für andere, für sein „Piaudern“ die Existenz zu vernichten. Dabei ist Knast wohl mit eingepflanzt! An Faust wurde ein Einschüchterungsmanöver exerziert, das möglichst weitere Journalisten - aus welchen Motiven auch immer - daran hindern soll, sich den Praktiken der Geheimdienste zu widmen. Faust ist vom Staatsschutz schon ohne den Prozeß an den Rand der Existenzsicherung gedrängt worden.

Durch die lancierte Diffamierungskampagne, vor allem in der FAZ, verlor er seinen Arbeitsplatz bei BURDA.

Vor dem Russell-Tribunal berichtet er, daß er die deprimierende Erfahrung habe machen müssen, daß allein das Auftreten des BKA und die Anschuldigungen gegen ihn, ihn zum Schwerverbrecher gemacht hätten. Seine soziale als auch persönliche Situation habe sich in kurzer Zeit drastisch verändert.

Mit der Einstellung des Verfahrens hat die Justiz sich auch erfolgreich um die Entscheidung herumgedrückt, „ob es im öffentlichen Interesse liegt, daß von Staats wegen angeordnete Rechtsbrüche geheimgehalten werden oder ob sich nicht gerade diejenigen ein Verdienst um den Staat erwerben, die sie publik machen und damit ihre Nachruhmung zumindest erschweren.“ (Hans Noll, et al. in der Zeit vom 8.12.78)

Faktisch bedeutet die Einstellung des Verfahrens aber, daß die Justiz illegale Maßnahmen des Staates abdeckt. Das Oberlandesgericht hat nicht zugunsten des Hans-Georg Faust entschieden, sondern dem Staatsschutz Rückendeckung gegeben, mit Hinweis darauf in Zukunft hütteschön zu beachten, daß bei der Strafverfolgung von Enthüllungen über illegale Praktiken des Staates vorerst noch gewisse „Spielregeln“ eingehalten werden müssen!

Man muß das zweimal lesen - und versteht dann erst recht nicht, warum

# Leserbrief zu „Ein gewöhnliches Einstellungsgespräch?“ (AK 145, S. 46)

Stellt man sich den bundesdeutschen Blattmarkt an, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß dieses Einstellungsgespräch durchaus ein „gewöhnliches“ war.

Es ist kaum etwas neues, wenn es heißt, daß gerade die bürgerliche Presse einer der wichtigsten Ideologieträger der Bourgeoisie ist. Da es in der BRD-Presselandschaft an einer liberalen und linksbürgerlichen Öffentlichkeit fehlt, sind natürlich auch Journalisten, die „soziale Reportagen“ über die bundesrepublikanische Wirklichkeit“ schreiben wollen, so ziemlich fehl am Platz. (Die Sache wird natürlich denn umso schwieriger, wenn man sich gleich beim ersten Gespräch mit der Chefredaktion als Linker offen zu erkennen gibt.)

Nicht nur allerdings geht die Tendenz dahin, daß nicht die Journalisten das Blatt machen, sondern das Blatt, d.h. Eigner, Anzeigenkunden und Chefredaktion, macht die Journalisten.

Neben der allgemeinen Funktion der Presse (Ideologieträger) hat das noch (mindestens) zwei weitere Gründe:

- 1) Fliesenkonkurrenz zwischen angestellten und arbeitenden Journalisten und
  - 2) die hohen Bezüge festangestellter Journalisten (Bestehungsgelder oder auch „Schmutzzulage“).
- Um ihren Job und ihren Status zu behalten, sind Journalisten und Redakteure dabei zu allerhand bereit. Hierfür gibt es in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Beispielen.

Ein „Bild“-Fotograf und ein Schreibling brechen in die Wohnung eines Untersuchungshilfings ein, um Bildmaterial zu beschaffen.

(Man darf weder Fotos noch Bildbeschaffung auf eine zynische und appetitliche Weise betreiben.“ Wolf Schneider, ehem. Chefredakteur der „Welt“, heute Leiter der Journalistenschule des „Stern“ (11))

- Nach der ersten Anti-Schah-Demo war

In der Hamburger Mopo eine dreiseitige Berichterstattung geplant. Die Lokalredakteure waren über den Einsatz der Polizei so empört, daß diese drei Seiten wohl mehr „unausgewogen“ aber wahrheitsgetreu geworden wären. - Ein Anruf von Polizeisprecher Krenz bei Chefredakteur Ahlers stoppte die Geschichte.

Ergebnis: Die Mopo vom Montag erscheint mit einem relativ kurzen, dafür aber „ausgewogenen“ Artikel und einem Bild.

Dieser Vorfall ist über die Redaktion hinaus kaum bekannt geworden!

- Die „Stern“-Geschichte über die BRD-Polizei (1/79) war auf 20 Seiten (inkl. Fotos) geplant. Wesentliche Inhalte wurden gekürzt.

Ergebnis: 11 Seiten erschienen.

Auch dieser Vorfall blieb intern. Ich will jetzt nicht auf die Art und Weise der Zensur von oben eingehen sondern darauf, daß dieses Verhalten in der Redaktion inzwischen schon wieder als normal empfunden wird. Daß selbst betroffene Journalisten sich kaum noch empören sondern häufig eine stillschweigende Anpassung vollziehen. Um ohne größere Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen den Job zu behalten vernünftigen sie sozusagen die Meinung des Blattinhabers bzw. der Chefredaktion. Die Geschichte kann man so nicht bringen. Die Kriege ich nie so durch. Entweder ich frisiere sie oder ich laß sie bleiben. Schreibe ich aber längere Zeit nichts oder etwas, was kritisiert wird, sinkt mein Marktwert. bzw. ich fliege raus. Also schreibe ich so, was verlangt wird. Für viele Redaktionsmitarbeiter gibt es aus dieser Sackgasse nur wenige Auswege: Entweder kehren sie um, d.h. sie hängen ihren Beruf an den Nagel. Oder sie versuchen nur noch für linke Zeitungen („Konkret“ z.B.) zu schreiben. Davon können sie aber nicht leben.

Aus letzte Möglichkeit bleibt die Frucht zum „freien Journalismus“. D.h. nirgends

fest angestellt zu sein, selber Ideen zu entwickeln, diese dann zu „verkaufen“ oder Aufträge entgegenzunehmen mit der Möglichkeit sie auch abzulehnen.

## Über die Schwierigkeiten als fortschrittliche(r) Journalist(in) zu leben und zu überleben.

Wenn die fortschrittlichen Journalistinnen dann frei arbeiten geht der Ärger oft genauso los. Denn mit dem, was sie anbieten, müssen sie je wieder in die Redaktionen bzw. von diesen bekommen sie die Aufträge. Jetzt haben sie kein festes Einkommen mehr und jeder Auftrag bzw. jeder Vorschlag, der in die Hose geht, bedeutet verlorene Geld.

(Dieser Fakt hat schon bei so Manchem, der mit guten Zielen antritt, zur totalen Anpassung und Anschließerei geführt.)

Die „Freien“ sind daher auf doppelte Weise frei. Sie können sich die Themen aussuchen über die sie schreiben wollen. Ebenso - wenn sie Glück haben - auch die Zeitungen. Es ist ihnen aber auch selber freigestellt, zu verkünden wenn sie keine Aufträge bekommen oder annehmen. Sie sind auch frei in der Gestaltung ihrer Arbeit und Kreativitätsvorzug. Ein fortschrittlicher „freier“ Mitarbeiter muß darum heute meist eine „Doppelstrategie“ an den Tag legen. Er schreibt um zu überleben Texte (bzw. macht Fotos) zu denen er gerade noch stehen kann, und er schreibt dann Dinge um zu leben, die er für richtig und wichtig hält. Diese versucht er dann in linken und/oder liberalen Publikationen umzusetzen. (Damit ist dann meistens kein Geld zu verdienen.)

Konkret sieht das dann so aus:

- Man schreibt in einem Monat für eine

bürgerliche Zeitung (z.B. im reaktionären Bauer Verlag, „Raroger-Seiten“ (mit über Nudeln - was gibt es für Sorten wie bereitet man sie zu etc. mal über Bier mal über Brotarten usw. u.s.f.)

- Dann macht man noch in einem anderen bürgerlichen Blatt einen Artikel mit anstößenden Fotos über die Arbeitsbedingungen von Frauen in einer Fabrik.

Hier kann man aber auf keinen Fall die ganze Wirklichkeit beschreiben. Die Redaktion möchte zwar einen „realistischen“ Bericht, aber „doch bitte in Grenzen!“ Mit diesem Artikel ist dann das Geld für einen Monat verdient. Jetzt kann man versuchen, auf der Geschichte über die Arbeitsbedingungen das zu machen, was man selber für richtig hält.

- Man hat bei dem Besuch in der Fabrik ja viele Vorurteile gehabt. Man konnte ungehindert fotografieren mit den Kolleginnen sprechen, Interviews mit Meistern machen, zuletzt sprach man auch noch mit dem Kapitalisten. Das ging natürlich nur, weil man mit dem Auftrag einer bürgerlichen Zeitung kam und sich der Firmenboss eine „gute Presse“ versprach. Mit diesem Material (Text und Bild) fällt es dann relativ leicht, einen Artikel für eine linke Zeitung zu schreiben und ihn anzubieten.

(Wenn kommt man schon im Auftrag des „Arbeiterkampf“ zu Blohm's Voss und kann dort Fotos machen?) Das Fatale an dieser Situation ist eben, daß die „Freien“ sich in gewissen Maße an die bürgerliche Presse verkaufen müssen und letztendlich in diesem Rahmen die ganze bürgerliche Meinungsmache mtragen. Selbst wenn sie die fortschrittlichen Feigenblatt-Artikel in sonst rechten Blättern machen.

Gezwungen sind die Freien deshalb dazu, weil es leider heute - aufgrund der fehlenden demokratischen Massenbewegung und des Standes der Klassenkämpfe keine breite Palette von linken Medien

gibt, die ihre Journalisten so bezahlen, daß diese auch davon leben können. (Vor 1933 wurden die Redakteure und Journalisten der „roten Fahne“ oder auch der „Arbeiter (Illustrierten Zeitung“ nach den damaligen Tarifen bezahlt.)

Eine andere Krux ist, daß die linken Blätter, die es sich leisten könnten irgendwann meinen, wenn sie schon fortschrittlich sind, bräuchten sie die Honorare erst nach Monaten oder gar nicht zu zahlen. (Es ist z.B. von „konkret“ bekannt, daß man die Juni oder sechs Monate auf sein Geld zu warten hat.) Andere Blätter - wie „Sounds“ z.B. - zahlen an die „Freien“ lange nicht das, was sie eigentlich - entsprechend ihrer Auflage - zahlen müßten.

Diese Situation zwingt natürlich oft Menschen, die sich zum Journalismus ausbilden lassen wollen, zu reaktionären Chefredaktionen zu gehen und solche „Einstellungsgespräche“ über sich ergehen zu lassen.

Ihnen wird kaum etwas anderes übrigbleiben, als den Job „bis zu einer bestimmten Grenze“ in einer bürgerlichen Zeitung zu erlernen, um dann vielleicht, im Rahmen der o.g. „Doppelstrategie“, irgendwann einmal hie zu überleben (in Kopf und Bauch).

Mit der „bestimmten Grenze“ meine ich zwei Dinge:

- a) wie weit man selber bereit ist, Konzeptionen an eigene Bewußtsein zu machen. Unter Berücksichtigung der Tatsache,
- b) daß nämlich Journalismus und Fotojournalismus immer Ideologieproduktion der Gesellschaft ist, in der wir gerade leben!

(Hoffentlich hat der Schreiber aus AK 145 jetzt nicht den Mut verloren. Denn um über die „soziale Wirklichkeit in der BRD“ in den bürgerlichen Medien mehr zu berichten, braucht es viel mehr gute Journalisten!)

Ein AK-Leser, der als „freier“ Journalist sein Geld verdienen muß und will.





# frauen



## Hebammenberuf zum Aussterben verurteilt?

### Interview mit zwei Hebammen



**Frage:** Mit welchen Vorstellungen seid ihr in den Beruf gegangen?

**C:** Zu meinem Beruf bin ich rein zufällig gekommen, eine Bekannte von mir war Hebamme. Ich war einmal im Kreißsaal und hab mir das angeschaut; was ich gut fand an diesem Beruf, daß ich selbständig arbeiten kann und mit Menschen zu tun hab, ansonsten hatte ich keine Vorstellungen.

**Frage:** Könnt ihr etwas zur Hebammenausbildung allgemein und zu Eurer Ausbildung im besonderen sagen?

**C:** Die Voraussetzungen für die Hebammenausbildung sind folgender: Du mußt 18 Jahre alt sein, die Ausbildung dauert zwei Jahre und ab 20 darfst du auch erst als Hebamme tätig sein. Die schulische Voraussetzung rechtlich gesehen ist der Volksschulabschluß, aber in der Praxis kommt es ohne „Mittlere Reife“ nicht mehr unter – wenn nicht sogar a u r mit Absur. Wenn ich so zurückblicke brauchst du schon ein gutes Verständnis von Chemie und Physik, um die rein theoretischen Sachen zu kapieren.

Während der Ausbildung muß du auf der Wochenstation, in der Schwangerschaftsvorsorge, auf der Schwangerenstation und im Kinderkrankenhaus arbeiten – jedoch hauptsächlich im Kreißsaal. Du wirst praktisch in allen Sachen, die man praktizieren kann, ausgebildet, du mußt Schwangere, Kreißende und Wöchnerinnen versorgen können wie auch das Kind vom ersten Tag der Geburt bis zehn Tage danach.

Zu meiner Ausbildung kann ich folgendes sagen. Einerseits hatten wir eine ziemlich gute schulische Situation in Berlin. Unsere Schulhebamme hat uns genau unsere Rechte und Pflichten gesagt und wir mußten dort an sich nicht um unsere Rechte als Schülerin kämpfen. Auf der anderen Seite war die Ausbildung recht stressig und ziemlich technisch; so bestand sie hauptsächlich im Erlernen der theoretischen Medizin. Nur ein Beispiel: Während der ganzen Ausbildung haben wir kein Mal im Unterricht über die psychische Situation der Frau in der Schwangerschaft gesprochen.

Mit lediglich theoretischen Kenntnissen kamen wir relativ früh in den Kreißsaal und wurden eigentlich ziemlich brutal in die Praxis reingeschoben, mußten gleich eine Geburt machen ohne daß wir uns unserer Verantwortung bewußt waren.

**Frage:** Habt ihr Vorstellungen, wie die Ausbildung verändert werden mußte?

**C:** Ja, meine Vorstellungen und Forderungen wären, die Ausbildung auf drei Jahre zu verlängern, wir müßten während der Ausbildung z.B. auch mit niedergelassenen Hebammen Hausgeburten erleben, wir müßten mit dieser Hebamme ein Viertel Jahr un erwegs sein und lernen, wie sie ihre Schwangeren versorgt, wie sie Hausgeburten macht. Nur so können wir in der Praxis sicher werden, können sicher in unseren Entscheidungen werden, z.B. ob überhaupt eine Hausgeburt möglich ist oder nicht. Wir müssen auch die notwendigen Voraussetzungen für den Beruf der niedergelassenen Hebamme während der Ausbildung mitbekommen.

Meine Situation nach der Ausbildung war die, daß ich mir gesagt habe, ich bin zwar Anhängerin von Hausgeburten, habe aber gar nicht die Voraussetzungen, diese zu praktizieren. In Holland lernen die Hebammenmütterinnen drei Jahre und für die ist es sonnenklar, daß sie auch Hausgeburten machen.

**Frage:** Wieht die geplante Gesetzgebung (siehe Kasten „Courage“ 10/78) heute schon auf die Ausbildung aus?

**Chr.:** Die Ausbildung ist an sich heute schon so gestaltet, wie das zukünftige

Gesetz den Beruf der Hebamme zu rechtstutigen will. Sie läuft darauf hinaus, daß du sehr sicher bist im Umgang mit dem Arzt, du hast dich auf den Arzt zu verlassen, das wird dann in der Praxis auf Handlangerarbeiten für den Arzt hinauslaufen. Nach dem alten Gesetz soll die Hebamme noch die Geburt alleine machen, sofern sie normal verläuft. Es besteht nach dem alten Gesetz eine Hinzuziehungspflicht, d.h. zu jeder Geburt muß eine Hebamme hinzugezogen werden.

Im neuen Gesetz soll diese Hinzuziehungspflicht wegfallen. In der Praxis wird es darauf hinauslaufen, daß Krankenschwestern die Aufgaben der Hebammen übernehmen. Sie werden dies auch bewältigen können, da ja immer der Arzt im Hintergrund ist. Ich vermute dahinter auch einen wirtschaftlichen Aspekt, Hebammen werden besser bezahlt als Krankenschwestern – eine Lohnstufe höher –, das will man einsparen. Eine Hebamme in einer Anstalt soll immer mehr einer Schwester in einer Intensivstation gleichen, weil gefordert wird, daß der Kreißsaal zu einer Intensivpflegestation in bezug auf Vorsorge, Nachsorge und Umsorge der Schwangeren wird. In letzter Konsequenz bedeutet das den Tod des Hebammenberufs.

In diesem Krankenhaus mache ich die Vorsorgeuntersuchungen mit dem Arzt zusammen und wenn er mal keine Lust hat, mache ich sie allein. Die Vorsorge ist dazu da, die Frauen optimal medizinisch, psychologisch und menschlich zu versorgen. Aus meiner Erfahrung kann ich jedoch sagen, daß die Vorsorgeuntersuchungen der niedergelassenen Ärzte oft überhaupt nicht diesen Ansprüchen gerecht werden. An den Vorsorgeuntersuchungen verdienen die Ärzte sehr viel. Oft kommen Frauen zu uns, in deren Mutterpässe Behandlungen eingetragen sind, die nie gemacht wurden. Teilweise kommen auch Frauen mit dicken Ödemen (Wasser in den Beinen) zu uns und man fragt sich wirklich, was die Ärzte da draußen machen. Ein Ödem ist ein wichtiges Symptom während der Schwangerschaft, d.h., wenn es nicht behandelt wird, können Komplikationen unter der Geburt aufzetreten. Bist du selbst Hebamme und weißt, daß du die Frau entbindest, dann bist du sicher sehr dahinter her, diese Sachen korrekt zu behandeln.

Das sind meine negativen Erfahrungen in den Vorsorgeuntersuchungen, das positive daran ist, daß es für mich die einzige Möglichkeit ist, die Frauen, die ich entbinde, etwas kennen

kennen von diversen Ultraschall-Untersuchungen oder aber von der übertragenen Sprechstunde, der Schwangerschaftsvorsorge. Hierbei hab ich nichts anderes zu tun, als die Befunde, die der Arzt erhebt aufzuschreiben.

Im Verlauf der Geburt ist es dann so: Der Arzt macht die komplizierten verlaufenden Geburtsabläufe, er ist jedoch auch bei der normalen Geburt dabei. Insofern ist die Hebamme auch aus ihrem eigentlichen Tätigkeitsbereich ausgeschaltet. Sie ist nur noch der Vollzug der rein technischen Angelegenheiten und eventuell des Dammschutzes.

Was ihr dann noch bleibt ist die psychische Betreuung der Frauen unter der Geburt, obwohl sie sich darum kaum noch zu kümmern braucht, weil die Frau ja die Rückenspritze bekommt und dann „gelöst“ und „heiter“ in ihrem Bett sitzt.

**Frage:** Ein „bistiger“ Unterton ist in Deiner Darstellung kaum zu überhören. Könnt Du Deine Vorbehalte gegenüber der Rückenspritze nochmal erklären?

**Chr.:** Die Frauen kommen sechs Wochen vor dem Termin das erste mal ins Krankenhaus. Sie werden dann gleich gefragt, ob sie die Rückenspritze wünschen und das erledigt eigentlich ihre

Arbeit. Was natürlich nicht für eine schmerzfreie Geburt, wenn wir Schmerzen gut finden und unterscheiden uns auch darin strikt vom Klerus, der eine Frau gottgewollt unter Schmerzen gebären lassen will. Andererseits ersetzt eine Spritze überhaupt nicht die körperliche Vorbereitung, daß die Frau lernen muß, ihren Körper zu beherrschen, daß sie aktiviver Teil bei der Geburt ist. Die Spritze ersetzt auch nicht die psychologische und soziale Vorbereitung auf die Geburt und was danach kommt. Unter sozialer Vorbereitung verstehen wir, daß eine Vorbereitung auf die Geburt und Kindeserziehung mit den Menschen erfolgt, die eine tatsächliche Stütze sein können, und solche Vorbereitung nicht durch technische Geräte ersetzt werden.

**Frage:** Ihr habt Euch als Anhängerinnen der Hausgeburt bezeichnet, welchen Stellenwert meißt ihr Hausgeburten in diesem Rahmen bei?

**Chr.:** Nicht nur für die Frauen und deren Partner, Kinder usw. mag eine Hausgeburt das Optimum sein, auch die Hebamme kann selbständig und eigenverantwortlich tätig sein. Sie übernimmt nicht nur die Entbindung, sondern auch Vorsorge und Nachsorge. Sie lernt die Frau kennen und es wird ein Vertrauensverhältnis geschaffen, das für die Arbeit sehr wesentlich ist.

Viele Frauen mögen heute aus Sicherheitsgründen den Schritt zu einer Hausgeburt nicht wagen, insofern wäre eine Alternative zu beiden – Hausgeburt und Klinik – in einem Geburtshaus zu sehen, ein Geburtshaus, was in Kliniknähe, aber außerhalb des Krankenhauses liegen sollte. Es gibt solche Zentren in Amerika und Australien. Ich war für eine Zeit in Los Angeles und habe in dem Geburtshaus gearbeitet. In diesem Geburtshaus arbeiten Hebammen, Ernährungswissenschaftler, Gymnastinnen, Ärzte/innen und Soziologen/innen und sie übernehmen alles, was mit der Vorsorge, Umsorge und Nachsorge der Schwangeren zu tun hat.

Es ist gewissermaßen eine verlagerte Hausgeburt, eine Geburt, die von den werdenden Eltern und einem Team von gleichberechtigten Mitarbeitern vorbereitet und durchgeführt wird. Auch Kinder sind hier bei den Geburten dabei.

**Frage:** Welche Erfahrungen habt ihr in Euren Krankenhäusern gemacht, was die Anwesenheit der Väter bei der Geburt anbelangt?

**C:** Bei uns sind bei 90 % der Geburten die Väter dabei. Ich habe immer wieder feststellen müssen, daß in dieser Situation deutlich wird, ob die Partner eine gute Beziehung haben oder nicht. Mit Erschrecken sehe ich oftmals Männer, die sitzen da und halten ihrer Partnerin die Hand und können sie kaum berühren oder sogar streicheln. Das liegt natürlich auch an dem Verhalten der Ärzte, die die Geburt selbst oft als etwas Unästhetisches ansehen, die Geburt ist eine Ausnahmezustand und nichts Natürliches mehr.

**Chr.:** Ich kann dazu nur sagen, daß bei uns das Grundklima das ist, daß der Mann im Hintergrund anwesend ist, und daß in der Unterwelt gearbeitet wird. Der Partner wird auch bei schwierigen Eingriffen aus dem Kreißsaal geschickt, gerade dann, wenn es für seine Partnerin am wichtigsten ist, denn in der allgemeinen Hektik verliert man oft die Frau, man ist dann nur noch mit ihrem Unterleib beschäftigt und der Mann müßte in diesen Momenten eigentlich das ersetzen, was die Aufgabe der Hebamme oder des Arztes ist.

**Frage:** Viele Frauen sagen, daß es ein medizinischer Fortschritt sei, daß sie schmerzfrei gebären können, und daß die Krankenhäuser mit ihren technischen Einrichtungen die optimale Betreuung gewährleisten. Seid ihr auch der Meinung, daß das ein Fortschritt ist?

**Chr.:** Also in dem Krankenhaus, in dem ich arbeite, komme ich mir schlichtweg überflüssig vor; die Frauen, die zu uns kommen, sind fast ausschließlich an den Arzt gewöhnt und verlangen auch nach ihm, denn sie



**Frage:** Ihr habt jetzt hauptsächlich über die Anstaltshebamme gesprochen, welche Möglichkeiten gibt es heutzutage noch nach der Ausbildung?

**C:** Die zweite Möglichkeit ist die Tätigkeit der Beleghebamme. Die Beleghebamme hat draußen ihre Praxis, sie hat dort ihre Schwangeren, die sie versorgt. Zur Geburt geht sie mit der Schwangeren in ein Krankenhaus, welches sie immer belegt. Nach der Entbindung bleibt die Frau dann dort. Die dritte Möglichkeit und meiner Meinung nach die interessanteste, ist die Tätigkeit der niedergelassenen Hebamme. Die Niedergelassene hat ihre Praxis und macht nur Hausgeburten. Hausgeburten werden nur dann praktiziert, wenn keine Risikopunkte bei der Schwangeren oder dem Ungeborenen während der Schwangerschaft auftreten, wenn also höchstwahrscheinlich die Geburt normal verlaufen wird. Falls das nicht zu trifft, wird der Arzt hinzugezogen oder die Schwangere muß dann ins Krankenhaus. In der BRD gibt es insgesamt 5.800 Hebammen, davon sind 10 % niedergelassene Hebammen. Das hört sich ganz gut an, stimmt aber insofern nicht, als sehr viele davon nur den Status einer Niedergelassenen haben. In Kleinstädten wird es so praktiziert, daß die niedergelassene Hebamme als Beleghebamme arbeitet, die Geburt also im Krankenhaus verläuft und nicht in Form der Hausgeburt.

**Frage:** Was könnt ihr über Eure heutige Praxis sagen?

**C:** Ich arbeite in einem kleinen Krankenhaus, in dem ich Gegensatz zu großen Kliniken noch eher eine persönliche Atmosphäre besteht.

nennzuwahren. Dies ist natürlich sehr begrenzt, Raum und Zeit fehlen, um z.B. die persönlichen Probleme während der Schwangerschaft zu erfahren und zu besprechen.

Nur ein Beispiel, was meiner Meinung nach zur Vorsorge gehört: In Holland haben die Hebammen in ihren Praxen Plakate mit verschiedenen Stellungen des Geschlechtsaktes während der Schwangerschaft aufgehängt. Die Frauen werden dadurch viel eher bereit sein, ihre Probleme in Sachen Sexualität anzusprechen. So etwas habe ich in der BRD noch nie gesehen. Oft verhindert die sterile Atmosphäre in der Klinik diese Gespräche, d.h. es ist schwierig, über persönliche Probleme zu sprechen, ohne daß es peinlich wird.

Zu den Frauen, die zu uns kommen, kann ich sagen, daß sie zum Großteil sehr konkrete Vorstellungen über ihre Geburt haben. Sie kommen hierher und sagen „machen Sie Lamaze, Leboyer etc.“ Ich möchte es gerne so und so haben, ohne schmerzmittel Mittel, wenn es die Situation erlaubt. Teilweise hab ich dann die Möglichkeit, es so zu praktizieren, teilweise wird es aber durch die Anwesenheit bestimmter Ärzte verhindert, die einfach von bestimmten Geburtspraktiken nichts halten. Deswegen ist es für mich jedesmal ein Erfolgsergebnis und ich freue mich mit der Frau, wenn ich das Geburtserlebnis so mit ihr zustande gebracht hab, wie sie es sich vorgestellt hat.

**Chr.:** Also in dem Krankenhaus, in dem ich arbeite, komme ich mir schlichtweg überflüssig vor; die Frauen, die zu uns kommen, sind fast ausschließlich an den Arzt gewöhnt und verlangen auch nach ihm, denn sie

Probleme in bezug auf Schmerzlinderung. Sie brauchen kaum noch Atemtechnik, nur für die erste Zeit, es wird ihnen dann lediglich mitgeteilt, daß eine Hebamme bei der Geburt dabei ist.

Insofern hab ich als Hebamme kaum die Möglichkeit, meine Vorstellungen von einer natürlichen Geburt den Frauen näher zu bringen. Es ist dann nicht mehr das Erlebnis, was ich mir unter einer Geburt vorstelle, wo alle gemeinsam für etwas arbeiten und was dann auch sehr persönlich erlebt wird. Dies wird kaputtgemacht durch die Spritze, die in einigen Fällen nötig und wichtig ist, aber nicht in allen Fällen und bei uns wird sie eben immer angewendet.

Zur medizinischen Seite folgendes: Bei Frauen, die die Rückenspritze (Periduralanästhesie) bekommen haben, wurden nach der Geburt häufig Kopfschmerzen und Schwindigkeiten beim Urin lassen beobachtet. Außerdem belastet die Rückenspritze den Kreislauf so stark, daß der Blutdruck absacken kann. Als Vorbeugung erhält deswegen jede Frau zur Kreislaufstabilisierung einen Plasmakompander. Diese Mittel wirken natürlich auch noch auf das ungeborene Kind. Die Geburt endet häufiger als sogenannte vaginale Operation, als Vakuumextraktion oder Zangen Geburt, da die Frau durch die Betäubung des Unterleibs keinen Preßdruck verspürt.

**Frage:** Viele Frauen sagen, daß es ein medizinischer Fortschritt sei, daß sie schmerzfrei gebären können, und daß die Krankenhäuser mit ihren technischen Einrichtungen die optimale Betreuung gewährleisten. Seid ihr auch der Meinung, daß das ein Fortschritt ist?

Fortsetzung nächste Seite



## Fortsetzung von S.38

**Frage:** Wenn ihr ein Kind bekommen würdet, wie würdet ihr das denn zur Welt bringen?

Chr.: Also ich würde hoffen, daß meine Schwangerschaft so problemlos verläuft, daß ich mein Kind zu Hause zur Welt bringen könnte.

C.: Die Voraussetzung für mich wäre, daß ich mit einem Mann zusammen bin und unsere Beziehung so einschätze, daß wir längere Zeit zusammenbleiben. Das widerspricht jetzt den Frauen, die sagen, egal welchen Mann, ich möchte ein Kind bekommen. Ich möchte mich dann gemeinsam mit ihm auf die Geburt vorbereiten — nach Lamaze —, ich glaube, daß es ein ganz wichtiges Ereignis im Zusammenleben zweier Menschen ist. Dann möchte ich auch wie Chr., wenn es möglich ist, eine Hausgeburt, weil diese die besten Bedingungen bietet, daß zwischen den Partnern sowie ihrem Kind Emotionen während der Geburt entstehen. Was ich bislang nur auf Bildern gesehen habe und was ich mir vorstelle, daß auch während der Geburt mit dem Mann eine Körperlichkeit da ist. Bislang ist es doch so, daß der Mann der Frau gerade mal den Rücken streichelt oder sie mal umarmt, aber das ist dann auch alles. Ich stelle mir das so vor, daß beide ausgezogen sind und daß sie sich auch gegenseitig berühren, die Brüste und alles wie sie es wollen, daß es so etwas ähnliches ist wie ein Geschlechtsakt. Darauf müssen natürlich beide vorbereitet sein, ich hoffe, daß ich es irgendwann einmal so erleben kann, einfach, um es auch weiterzugeben, nicht nur als Theorie sondern auch aus der Praxis heraus.

**Frage:** Ihr habt verschiedene Geburtspraktiken angesprochen, könnt ihr sie kurz erklären?

C.: Dick Reade war 1933 der erste, der durch Entspannung und bestimmte Atmung den Teufelskreis von Angst — Verkrampfung — Schmerz durchbrach. Er propagierte die Geburt ohne Angst. Lamaze hat dasselbe Ziel, jedoch in einer viel wirksameren Weise — durch Konditionierung. Die Entspannung ist nicht passiv — wie bei der Reid-Methode, sondern aktiv. Die Atmung ist keine Bauchatmung, sondern Brustkorbatmung. Bei der Lamaze-Methode wird der Partner in die Vorbereitung mit einbezogen, er nimmt aktiv an der Geburt teil. Die werdenden Eltern werden regelrecht zur Geburt „erzogen“ und wissen bis ins Detail über den Ablauf der Geburt Bescheid. Die Frau braucht nicht stundenlang alleine im Kreißsaal zu liegen, ihr Partner ist immer bei ihr, und er hat gelernt, ihr zu helfen. Durch die intensive und aktive Geburtsvorbereitung können die werdenden Eltern die Geburt bewußt erleben, Vorgänge erfassen und kritisieren; sie werden zu gleichberechtigten Teilnehmern. In diesem Fall ist es nicht nur der Arzt und die Hebamme, die die Geburt leiten. Für die Frau ist die Geburt nicht mehr ein Vorgang, den sie leidend und hilflos ertragen muß, sondern aktive Geburtsarbeit.

Diese Einstellung zur Geburt beinhaltet auch eine bestimmte Einstellung zum Kind. Dieses wird durch Leboyers These ausgedrückt: „Der sanfte Weg ins Leben“. Man geht sozusagen auf die Psyche des Neugeborenen ein, das bedeutet, daß man das Neugeborene mit Gefühl in sein neues Dasein außerhalb der Gebärmutter hineinleitet. Am Anfang seines Lebens soll nicht die Angst stehen, durch den Verlust des bisher Vertrauten: Wie Dunkelheit, Wärme, Nähe der Mutter.

**Frage:** Was meint ihr, was in der Zukunft getan werden muß und in welche Richtung wollt ihr arbeiten?

C.: Damit dieser Beruf der Hebamme nicht zum Aussterben verurteilt ist, meine ich, daß unter der Bevölkerung eine viel stärkere Aufklärung gemacht werden mußte über diesen Beruf. Früher war es anders, die Hebammen, der Pfarrer und der Bürgermeister waren die meistgeschätzten Leute; ohne dies wieder anstreben zu wollen, will ich damit die Entwicklung dieses Berufes deutlich machen. Heute nimmt der Arzt den Platz der Hebamme ein. Wenn die Frauen den Beruf der Hebamme als was wichtiges ansehen würden, würde das für mich bedeuten, daß sie eine bewußtere Haltung in bezug auf sich selbst hätten, daß sie nicht nur denken würden — na ja, Kinderkriegen gehört irgendwie zum Leben, das kriegt ich schon irgendwie hinter mich —. Ich hab auch immer wieder festgestellt, daß Frauen, die über diesen kleinen Ausschnitt in ihrem Leben nachdenken, insgesamt auch bewußter an ihr Leben herangehen.

Um diese Öffentlichkeit zu schaffen, müssen sich Hebammen zusammenschließen. Die Bedingungen in den Krankenhäusern und die eigenen Vorstellungen von den Hebammen über Geburtspraktiken, die heute nicht breit praktiziert werden, müssen an die Öffentlichkeit, um die oben beschriebene Haltung überhaupt zu ermöglichen. Du kannst nicht zu den Frauen gehen und sagen, du mußt meinen Beruf wichtig nehmen, ohne deine Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Eine gute Initiative ist meiner Meinung nach auf diesem Weg die Initiative von Berliner Hebammen gegen die geplante Änderung des Hebammengesetzes. In der „Courage“ Nr. 10/78 wurde ein Artikel von ihnen abgedruckt (siehe Kasten).

**Frage:** Könnt ihr von einem Beispiel berichten, wo sich Hebammen zu einer Gemeinschaftspraxis zusammengeschlossen haben, oder darauf hinarbeiten?

C.: Ja in Berlin besteht schon seit einiger Zeit 1. ein reges Interesse an Hausgeburten und natürlicher Geburt und 2. die Möglichkeit, diese durch niedergelassene Hebammen zu praktizieren. Drei uns bekannte Hebammen schickten uns ein Informationsblatt über ihre zukünftige Arbeit (siehe Kasten). Wir müssen nicht nur Neues lernen, neue Methoden, neue Techniken, sondern wir müssen lernen, mit unserem Körper umzugehen, zu fühlen, zu tasten — menschlich zu sein.

2. die Möglichkeit, diese durch niedergelassene Hebammen zu praktizieren. Drei uns bekannte Hebammen schickten uns ein Informationsblatt über ihre zukünftige Arbeit (siehe Kasten). Wir müssen nicht nur Neues lernen, neue Methoden, neue Techniken, sondern wir müssen lernen, mit unserem Körper umzugehen, zu fühlen, zu tasten — menschlich zu sein.

## Proteste gegen das neue Hebammengesetz

Durch den Entwurf zum neuen Hebammengesetz wird der Schwangeren die Wahlmöglichkeit zwischen Klinik- und Hausgeburt genommen. Im § 7, Abs. 2 des Entwurfes heißt es: „Geburtshilfe im Sinne des Absatzes 1 umfaßt Überwachung des Geburtsvorgangs von Beginn der Wehen an und Hilfeleistung bei der Geburt.“ (1) Das bedeutet eine wesentliche Einschränkung des Aufgabenbereiches der Hebamme, denn bisher hieß es dagegen: „Jeder Frau steht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Hebammenhilfe zu. Diese erstreckt sich auf die Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, auf die Überwachung und Hilfe bei Geburten und Fehlgeburten sowie auf die Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen.“ (5) 1 des alten Hebammengesetzes von 1938).

Bisher beinhaltete die „Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft“ unter anderem 12 Vorsorgeuntersuchungen und die „Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen“, d.h. die Nachsorge 10 Tage 1 - 2 mal täglich Hausbesuche nach der Geburt. Keine niedergelassene Hebamme wird das Risiko eingehen, einer Frau, die sie in der Schwangerschaft nie gesehen hat, zu Hause bei der Geburt beizustehen. Denn gerade in der Hausgeburtshilfe ist es für die Hebamme besonders wichtig, daß sie die medizinische Vorgeschichte und den Verlauf der Schwangerschaft der Frau genau kennt und daß zwischen ihr und der Schwangeren ein Vertrauensverhältnis entstanden ist. Nur dann kann sie abschätzen, ob die Geburt voraussichtlich komplikationsfrei verlaufen wird und andernfalls zur Klinik-Entbindung raten. Auch die weit größere Anzahl der in der Klinik arbeitenden Hebammen ist von diesem Gesetzesentwurf betroffen. Sie werden fortan nur noch im Kreißsaal tätig sein können. Im Entwurf ist außerdem noch vorgesehen, das bisher gesetzlich garantierte Mindesteinkommen für niedergelassene Hebammen zu streichen. Dieses Einkommensminimum gibt der freien Hebamme heute eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit, da sie nie voraussehen kann, ob und wieviele Frauen sie pro Monat entbinden wird.

Dieser Gesetzesentwurf soll der bis vor kurzem noch steigenden Tendenz zur Klinikentbindung Rechnung tragen. Es wird von den „Gesundheits-Experten“ völlig außer acht gelassen, daß durch das steigende Unbehagen über die unpersönliche Klinikgeburt die Hausentbindung wieder im Kommen ist — was durch das neue Gesetz offenbar unterbunden werden soll.

Wir hoffen, durch Unterschriftensammlungen und Protestschreiben an die zuständigen Stellen noch eine Veränderung des Entwurfs bewirken zu können.

Bitte unterstützt uns, indem ihr unsere zwei Forderungen unterschreibt an folgende Kontaktadresse schickt: Arbeitsgruppe Hebammengesetz Monika Kubitz - Hebamme, Tiele-Wardenberg-Straße 12, 1000 Berlin 21.

Aus Protest gegen die im Gesetzesentwurf zum neuen Hebammengesetz vorgesehenen Einschränkungen fordere ich, daß § 7, Abs. 2 des Gesetzesentwurfes folgendermaßen ergänzt wird:

Jeder Frau steht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Hebammenhilfe zu. Diese erstreckt sich auf die Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, auf die Überwachung und Hilfe bei Geburten und Fehlgeburten sowie auf die Versorgung der Wöchnerinnen und der Neugeborenen.

Meine zweite Forderung lautet: Beibehaltung des Rechts auf ein der Zeit angepaßtes Mindesteinkommen für freiberufliche Hebammen.

Datum

Unterschrift

Ihre Courage 10/78



**Frauenforum im Revier**

## Frauen begreifen ihren Alltag

Unter dieser Thematik soll eine Art Kongreß (vom 20.-24.3.) über die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen im Ruhrgebiet veranstaltet werden. Drei Themen Schwerpunkte liegen den Veranstaltungstagen zu Grunde:

- Frauennarbeit in Haushalt und Familie
  - Frauenerwerbsarbeit
  - Frauennarbeit im Bildungsbereich
- Hausfrauen, arbeitslose Frauen, alleinerziehende Mütter, behinderte Frauen, Arbeiterinnen und Angestellte, Sozialhilfeempfängerinnen, Auszubildende, Ausbilderinnen, Wissenschaftlerinnen, Studentinnen usw. sollen die Gelegenheit finden, über ihre alltäglichen Probleme zu reden, Vorstellungen, Voraussetzungen und Ansätze zur besseren Interessenvertretung von Frauen sollen analysiert und weiterentwickelt werden.

Alle Frauen und zur Mitarbeit und zur Teilnahme an den Veranstaltungen aufgerufen. Für Kinderbetreuung wird gesorgt! Teilnahmebescheinigungen für

Frauen Kommission NRW

Frauenforum im Revier  
Pädagogische Hochschule Ruhr,  
Fachbereich III  
4600 Dortmund 50  
Emil-Figge-Straße 50  
Postfach 380  
Telefon (0231) 7552853

## Hebammengeburtshilfe

ist auch — ja vor allem Schwangeren Beratung und -vorsorge.

Hebammengeburtshilfe sehen wir als Einheit von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und so wollen wir auch arbeiten. Wir sind drei niedergelassene Hebammen, die jetzt eine Gemeinschaftspraxis eröffnet haben. Wir wollen Frauen, die ein Kind erwarten, eine Unterstützung geben, die diese Einheit wiederherstellt. Wir wollen sie nicht zum ersten Mal sehen, wenn sie mit Wehen an der Kreißsaaltür klingeln, wir finden es wichtig, daß sie uns, die ihr nachher bei der Geburt zur Seite stehen, schon kennen. Wir wollen sie auch kennen, ihre Ängste, ihre Schwierigkeiten, aber auch ihre Vorfreude. Deshalb haben wir uns niedergelassen, um eben auch schon die Schwangerenvorsorge zu machen und die Schwangerenberatung.

Wir machen eine Gemeinschaftspraxis, weil wir es erstens wichtig finden, uns gegenseitig in unserer Arbeit zu kontrollieren, weil es zweitens mehr Spaß macht, zu mehreren zu arbeiten als alleine und drittens weil wir wissen, daß die hauptsächlich angebotene Beratung sich in den Vorsorgeuntersuchungen erschöpft und wir aber Zeit haben wollen.

Zum Ort der Geburt noch ein paar Worte.

Sicher ist eine Hausgeburt die schönste Geburt — wenn alles gut geht. Eben wenn alles gut geht. Deshalb treten wir nicht als Propagandistinnen der Hebammengeburtshilfe auf. Wir werden Hebammengeburtshilfe leisten, wenn die Frauen es wollen und wir es für vertretbar halten. Wir wollen aber auch erreichen, und sehen auch schon Möglichkeiten, daß wir die Frauen, die, aus welchen Gründen immer, in der Klinik entbinden wollen oder müssen, dort weiterbetreuen und entbinden können.

Von Dezember an ist jeden Mittwoch ab 17 Uhr (und nach Vereinbarung) Schwangerschaftsberatung und -vorsorge. (Der Termin ist deshalb nachmittags, damit die Väter mitkommen können!).

Jeden Donnerstag wird Informationsabend sein.

Die Telefonnummern der Türemsstraße 394 57 50  
Sylvia Weinhold 822 32 68  
Bärbel Gahlecke 625 65 72  
Dagmar Hartung-Doetsch 394 57 50  
(Vorwahl Berlin 030)

**„Sie sollen nicht denken“**

**Leserbrief über die Behandlung von Frauen in der Industrie**

Seit knapp zwei Jahren arbeite ich bei einem Kieler Industriebetrieb in der Telefonmontage.

In unserem Bereich bogt der Zylinderbau (wird verkauft), die Wickel, die Endmontage der Telefone an vier Bändern und einige Vorbereitungsarbeiten für die Bänder.

Fast alle Arbeiten sind im Akkord und alle Akkordarbeit wird von Frauen gemacht. Die Männer haben bei uns sämtlich Einrichtungs-, Vorarbeiter- oder Prüfposten, sind also „was Besseres“. Und was für eine Behandlung Frau sich von einigen dieser Typen gefallen lassen muß, stinkt uns besonders. Wir werden oft wie „Blöde“ behandelt und es wird getan, als ob wir gar nichts können. Sprüche wie „Sie sollen nicht denken, sie sollen arbeiten, das Denken machen wir schon“ sind keine Seltenheit. Bei Materialfehlern oder defektem Prüfgut etc. geht ein Vorarbeiter erstmal immer davon aus, daß wir etwas falsch gemacht haben. Z.B.: „Der Bosch Schrauber ist nicht schlecht, Sie müssen ihn nur richtig bedienen. Sie können das bloß nicht.“ Und das zu einer Frau, die täglich 3.000 mal mit dem Bosch Schrauber schraubt! Als sie auf einem neuen Schrauber so lange bestanden hat, bis er einen anderen brachte, gab er ihr mit den Worten: „Na, wenn Sie meinen, daß dieser besser ist als der alte, bloß weil er so schön neu und blank ist, dann nehmen Sie man den schicken Blanken. Das Gitzern gefällt Ihnen wohl besser.“ Dabei hatte die Frau ihm am Anschlag genau erklärt, warum der alte nicht in die A-1-Kotzerei! In anderen Fällen ausländische Kollegen hatte, als sie zum ersten Mal Arbeitskarten ausfüllen mußte, einen Fehler gemacht. Als der Vorarbeiter das sah, fing er an rumzumotzen und begann in synchrer fieser Manier, ihr das zu erklären, nach dem Motto: „Das ist eine Karte, sie ist aus Pappe und grün“. Darauf sagte eine andere Kollegin: „Sie tun ja so, als ob Sie sie für blöd halten.“ Er: „Ja, das tu ich auch, und nicht nur sie“. Er hat die Kollegin mit seinen Sprüchen bis zum Weinen gebracht!

Natürlich lassen uns die Kapitalisten auch an der Bezahlung wieder merken, daß der „kleine Unterschied“ eigentlich ein großer ist. Fast alle Frauen arbeiten in Lohngruppe 2, der niedrigsten überhaupt (6,71 DM). Das heißt: „Das ist eine Karte, sie ist aus Pappe und grün“. Darauf sagte eine andere Kollegin: „Sie tun ja so, als ob Sie sie für blöd halten.“ Er: „Ja, das tu ich auch, und nicht nur sie“. Er hat die Kollegin mit seinen Sprüchen bis zum Weinen gebracht!

Natürlich lassen uns die Kapitalisten auch an der Bezahlung wieder merken, daß der „kleine Unterschied“ eigentlich ein großer ist. Fast alle Frauen arbeiten in Lohngruppe 2, der niedrigsten überhaupt (6,71 DM). Besonders angeschissen sind dadurch die Bandarbeitsrinnen. Da andauernd die Frauen an den Bändern ausgetauscht und versetzt werden (Krankheit, Urlaub, andere Arbeit, die eiliger ist) ist es unmöglich gleichviel zu verdienen. Wenn nur zwei Frauen nicht total schnell an ihrem Platz sind, schafft das ganze Band den Akkord nur sehr schlecht. So ist ein Band z.B. in 2 1/2 Monaten um 150 im Durchschnitt gemunken. Die Bandarbeitsrinnen haben so durchschnittlich weniger Lohn als im Einzelakkord obwohl die Arbeit am Band körperlich anstrengender ist.

In der Wackelkriegen die Frauen oft Arbeitskarten, die mit Lohngruppe 3 ausgewiesen sind. Trotzdem wagt sie sich die Geschäftsleitung monatelang, die Frauen auch danach zu bezahlen. Einige wenige bekommen jetzt in Lohngruppe 3 bezahlt, aber längst nicht alle.

Zwei Frauen, die über das Arbeitsamt eine Umschulung zur Metallwerkerin gemacht haben, also Facharbeiterinnen sind, müssen dieselbe Stufe der Arbeit wie alle anderen Frauen machen und bekommen auch nur Lohngruppe 2 bezahlt. Eine Frau, die schon monatelang alleine und selbstständig Unterwassertelefone herstellt, eine sowohl körperlich schwere als auch umfangreiche Arbeit, machte dies bis vor kurzem in Lohngruppe 2. Auf den Arbeitskarten steht größtenteils Lohngruppe 5. Der Mann, der sie vorher gebaut hat, bekam Lohngruppe 6! Jetzt erst ist sie in Gruppe 3 hochgestuft worden — immer noch ein schlechter Witz!

Und von denen haben wir schon längst die Nase voll!

Eine Genossin aus Kiel



# 29 Frauen klagen gegen ungleichen Lohn

29 Filmentwicklerinnen des Foto-Unternehmens "Heinze" in Geisenkirchen sind vor's Arbeitsgericht gegangen, weil sie bis zu 1,80 DM weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, mit denen sie an den gleichen Maschinen gleiche Arbeit leisten.

Zwar zahlt "Foto Heinze" für Männer und Frauen die gleiche Tarifgruppe. An überbetrieblichen Zulagen bekommen die Männer jedoch im Schnitt 1,50 DM mehr. Von den Frauen hingegen bekommen 16 gar keine Zulage, vier bekommen ganze 12 Pfennig und zwei gar 1,02 DM.

Die Begründung von Konzernchef Rainer Heinze:

Frauen seien "nicht so flexibel einzusetzen". Die Männer würden schneller auch in Nachtschicht arbeiten, und neben der tariflichen Nachschichtzulage, sei eine Zulage für ihren besonderen Einsatz gerechtfertigt.

Damit ist deutlich, daß die Filmentwicklerinnen wegen ihres Geschlechts schlechter entlohnt werden, denn gemäß § 19 der Arbeitszeitordnung dürfen Frauen zwischen acht Uhr abends und sechs Uhr morgens gar nicht arbeiten. Lohnungleichheit gesetzlich garantiert?

So macht auch dieser Kaputtstempel deutlich, was diese Herren von gesetzlich festgeschriebenen Rechten halten.

Nicht nur das Grundgesetz (Artikel 3 - Gleichbehandlung von Männern und Frauen), das Betriebsverfassungsgesetz (§ 75 - Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß eine ungleiche Behandlung unterbleibt) und die Richtlinien des Rates der Europäischen

Gemeinschaft zum Artikel 119 des EG-Vertrages (Beseitigung jeder Diskriminierung auf Grund des Geschlechts) bieten Grundlagen gegen diese Diskriminierung der Frauen. 1955 hatte auch das Bundesarbeitsgericht die Abschaffung der Frauenlohngruppen - auf dem Papier - bestätigt.

Dennoch haben nach Angaben des statistischen Bundesamtes in der Industrie die Frauen pro Stunde 3,44 DM weniger als ihre männlichen Kollegen verdient (Vergleichsmonat Juli 1978) - ein Unterschied des Bruttowochenverdienstes von

169 DM! Bei den Angestellten in Industrie, Handel, Banken und Versicherungen bekamen die Frauen im Monat (!) durchschnittlich 1065 DM weniger als die Männer (Süddeutsche Zeitung v. 2.11.78).

Auch die EG-Kommission mußte kürzlich feststellen, daß die Diskriminierung der Frauen bei der Lohnzahlung immer noch nicht aufgehoben ist.

Interessant in diesem Gutachten, daß in allen anderen EG-Ländern eine Überwachung der "Lohngleichheit" durch Behörden üblich ist - nur in der BRD "vertraut man auf

den Gerechtigkeitssinn der Tarifparteien, dem Betriebsrat und Personalvertretern" ("FR", 31.1.79).

## Lohnklagen in der BRD - mit wechselndem Erfolg

Die Betriebsrätin Irene Eimann, die seit acht Jahren in einer Delmenhorster Brotfabrik arbeitet, konnte im letzten Jahr ihre Forderung nach Lohngleichstellung gerichtlich durchsetzen. Sie erhält jetzt gleichen Lohn und eine Nachzahlung der Lohn Differenz bis ins Jahr 1976 (das macht immerhin 6929 DM).

Empfindend jedoch urteilte ein Bad Kreuznacher Arbeitsrichter im Dezember letzten Jahres, als er die Lohnklage von vier Chemiarbeiterinnen abwies. Die Frauen, die bei den Ewald Werken in Sobornheim an Gelantine-Trocknungsmaschinen für 8,64 DM die Stunde arbeiten (sie leisten exakt die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen, die mit 9,04 DM bezahlt werden, verloren ihren Prozeß).

Als Begründung für dieses Urteil hält er, daß die Männer regelmäßig nachts arbeiten, und die Erschwerung der Nachtarbeit durch 15 % Nachzuschlag nicht ausgleichend seien.

Selbst Annemarie Ronger - die diese Klage unterstützt hatte - zeigte sich "außerordentlich enttäuscht" und kündigte eine genaue Prüfung des Urteils an ("FR", 11.12.78).

"...weil wir eine Menge Leute und..."

Auch die Filmentwicklerinnen aus Geisenkirchen äußerten sich entgegen einer Menge Lächerlichkeiten zu ihrem Schnitt durchdringen "Von Männern, Freunden und nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen gab's mehr Abweget als Zuspruch. 'Das ging von düsteren Propheten aus, daß ich Ärger mit den Vorgesetzten bekommen würde, über schlichte Hinweise auf die hohe Arbeitslosigkeit in Geisenkirchen', erinnere ich die Frauen. Erst als feststand, 'daß wir doch eine ganze Menge Leute sind, gaben die Frauen dem Rechtssekretär grünes Licht für den Gang zum Arbeitsgericht'" ("Welt der Arbeit", 25.1.79).

Betriebs- und Gewerkschaftskombination

Aber speziell die Workshops, in denen Frauen zum ersten Mal ihr darstellerisches Talent ausprobieren konnten, waren wohl ein Erfolg. Wir sind den Könnern, die das initiiert und geleitet haben, besonders dankbar. Hoffentlich wird im September in München alles schon ausgereifter sein. Aber es reicht schon danach aus, besonders weil die Frauen dort vom Anfang an eine breite Zusammenarbeit angehen.

Wir wollen erstmal nicht gleich wieder so eine große Sache in Angriff nehmen, sondern etwas bescheidener, aber kontinuierlich weitermachen. Dazu suchen wir gerade Räume, in denen wir ausgebildeten Frauen, die auch beim Treffen der Workshops gefordert haben, eine regelmäßige Fortsetzung von diesen anbieten. Da machen wir dann erstmal mit, um uns selbst auch weiterzubringen. Natürlich fahren wir im Herbst auch nach München. AK, Danke für das Gespräch und viel Erfolg für Euch weiterhin.

Kulturrat

## Frauentheater in Hamburg Gespräch mit den Veranstalterinnen

Ende November fand in der Markthalle in Hamburg ein Frauentheater-Treffen statt - das erste in der BRD. Es gab Theater-Workshops, Diskussionen und viele interessante Darbietungen. Es gab aber auch Konflikte unter den Frauen und Schwierigkeiten mit einem solchen anspruchsvollen Unternehmen. Durch die viele Arbeit, die die Vorbereitungsgruppe (sechs Frauen) hatte und die Weihnachts-/Neujahrs-Pause des AK, konnten wir erst jetzt dazu, ein Interview mit zwei Frauen aus der Veranstalterinnen-Gruppe zu veröffentlichen. Uns scheint es wichtig, in die Erfahrungen und Schwierigkeiten Einblick zu geben, weil es ein gutes Anfang war, aus dem viel zu lernen ist, id well wir solche Frauenkultur-Offen sehr wichtig finden. Die 'Geg' kultur' von Frauen ist noch ein unterentwickeltes Gebiet.

AK: Ist es für sich was mit dem Frauentheater? Ist es nur ein literarisches, dann die ersten Kunstausstellungen von Frauen, Frauenfilme, und jetzt die ersten Theateraufführungen. Im September soll das zweite, wesentlich größer organisierte Frauentheater- und Kulturfestival in München stattfinden.

AK: Wie seid ihr auf die Idee gekommen, so ein Frauentheater-Treffen zu organisieren?

Frauengruppe (FG): Eine von uns kam im Sommer vom Amsterdamer Foals Festival wieder und war ganz begeistert von den vielen Frauen-Darbietungen, die sie dort gesehen hatte. Einige der ausländischen Frauen hatten Lust, mal in Hamburg oder überhaupt der BRD aufzutreten, wenn dort etwas für sie organisiert würde. Das hat sie dann als Idee mit nach Hamburg gebracht, und spontan hat sich eine Gruppe von sechs Frauen aus dem alternativen Kulturbereich zusammengetan. Die hatten Lust, so etwas zu organisieren, obwohl sie darin völlig unerfahren waren. Sie waren aber sehr daran interessiert, durch so ein Treffen herauszufinden: was gibt's überhaupt bei uns für Frauentheater-Ansätze? Außerdem wollten wir als Kulturfrauen unsere eigene Isolation und die bei den anderen ebenso vermutete aufbrechen. Denn oft schmoren ja die kleinen Ansätze auf diesem Sektor sehr im eigenen Saft. Es ist ja sowieso schon schwer genug für Frauen, die berufstätig sind, sich nebenbei auch noch künstlerische Fähigkeiten anzueignen. Dann auch noch im Kontakt mit anderen zu arbeiten, geht oft über unsere Kräfte. AK: Wie seid ihr denn da vorgegangen? So etwas organisiert sich doch nicht so aus dem Stehgreif?

FG: Wir haben erstmal im August von unseren eigenen Kräften her den November angepeilt. Damals erschien uns noch die Markthalle mit ihrer Bühne und einigen Nebenräumen als ideal. Heute sind wir anderer Meinung, weil da zur Zeit Hektik und Krach ist, weil man nicht unter sich ist, schon durch die Architektur, außerdem war die Miete sehr teuer. Dann haben wir erst die Theatergruppen und Einzeldarstellerinnen angesprochen, weil uns das als günstige Schrittfolge von anderen Organisatoren aus dem Kulturbereich empfohlen wurde. Über Anzeigen, Buchstaben-Aushänge, Weiterverbreitung setzte bald eine Kettenreaktion ein. Zuerst und wieder Abgaben hagelten wie Wechselbader auf uns nieder. Wir haben leider den Fehler gemacht, das alles unter uns zu 'managen' und die Frauenzene Hamburg nicht in das alles unter uns zu 'managen' und die Frauenzene Hamburg nicht in die Planung miteinzubeziehen. Wir haben mehr an die Effektivität als an die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung im Zusammenhang mit der Frauenbewegung gedacht. Das schlug sich später leider etwas als Stellvertreterhaltung nieder. Wir lernten, daß Frauenkulturgruppen, besonders die nicht-professionellen, gar nicht so schnell mit einer Zusage reagieren können, daß sie viel mehr Zeit als "Tourneegruppen" brauchen, daß sie in kollektiven Zusammenhängen mit Frauenzentren stecken usw. Wir haben erstmal alle festen Zusagen angenommen und keine Kriterien entwickelt wollen für eine Programmgestaltung, nach inhaltlichen oder dramaturgischen Gesichtspunkten. Ziel war erstmal, unstrukturiert einen Eindruck zu geben, was es überhaupt an professioneller und Amateurtheater-Kultur der Frauen gibt. Wir konnten selbst das Programm bis zum Treffen nicht

AK: Haben diese Voraussetzungen nicht zu Schwierigkeiten geführt, oder war das produktiv?

FG: Teils-teils. Produktiv war, daß sich die verschiedenen Fraueninitiativen und Einzelfrauen zum ersten Mal kennen lernten. Daß Künstlerinnen, die noch nie was für die Frauenbewegung getan hatten, so in Kontakt mit ihr gerieten und ihre Fähigkeiten dafür einsetzten, indem sie teilweise extra Programme zu Frauenfragen für die Vorstellung ausarbeiteten.

Negativ war, daß wir in der Präsentation der Darstellerinnen, z.B. Zusammenhänge zwischen Profs und Amateuren herstellen konnten. So wurde durch die Trennung in zwei Abende die Chance verschenkt, die

unterschiedlichen Konzeptionen verbunden wahrzunehmen und zu diskutieren. Denn die Konzeption eines Eingreiftheaters für die Frauenbewegung, waren aus ihr heraus auch entstanden. Z.B. war oft ihr Thema "Konflikte und Entwicklungsstand der Frauenzentren". Die Profs Frauen, meist übrigens Einzeldarstellerinnen, waren erstmal an der Darbietung ihres Programms ohne große Diskussion interessiert, stellten auch kaum Sprechtheater, eher Pantomime und Ausdruckstanz dar. AK: Ein Problem auf dem Treffen war doch wohl, daß ihr für den zweiten Abend auch Männer einladen hättet?

FG: Ja, das kann man wohl sagen. Das kam so. Wir hatten die Idee und hatten das auch öffentlich verbreitet, daß am ersten Abend und bei den Workshops am Sonnabend die Frauen unter sich sein sollten. Meinten aber nach langem Hin und Her in der Gruppe, am Samstagabend sollten sich auch Männer mit Frauenkultur auseinandersetzen, mit uns darüber diskutieren (wazu es dann leider aus Zeitmangel nicht mehr kam). Dann wollten wir am Samstagabend auch Frauen erreichen, die bisher nichts von der Frauenbewegung erlebt haben und die lieber mit Mann oder Freund auf einen gemütlichen Abend mit Frauenprogramm kämen. Das kollidierte nun aber ganz ungeheuer mit den Interessen der etwa 100 Frauen, die am Samstag mit viel Spaß und Interesse an den Workshops teilgenommen und zum Beispiel kleine Stücke entwickelt hatten, die sie gern nur unter Frauen vorgeführt hätten. Wir waren schwer in der Bredouille. Da wir aber über Rundfunk und Zeitungen auch Männer eingeladen hatten, blieben wir dann bei unserem Konzept, wofür wir bei einem kleineren, sehr militant auftretenden Teil überhaupt kein Verständnis, sondern schwere Aggressionen erlitten. Diese Frauen machten auf sehr unangenehme Art Stimmung gegen uns (Was wir überhaupt mit der Bewegung zu tun hätten u.ä.) und verzichteten am Eingang, die Männer, teilweise sogar mit Anpöckeln, am Reingehen zu hindern.

Schließlich sind etwa 40 Frauen in die Frauenkneipe abgezogen. AK: Wie hat denn das Publikum auf die Begrüßung reagiert?

FG: Die waren eher verunsichert, wodurch sich der Abend dann wohl im ganzen sehr durch Aufmerksamkeit, Toleranz und Diszipliniertheit auszeichnete. Der Saal war proppenvoll und das Programm ging bis

130 Uhr. Leider war das Programm so lang und der Abend so voll gepackt, weil die meisten Darstellerinnen am Samstag auftreten wollten, so daß es leider keine Diskussionsmöglichkeit mehr gab.

AK: Wie schätzt ihr denn Euer Unternehmen nun im Nachhinein ein?

FG: Überwiegend erfolgreich, das meinen auch die Kulturfrauen. Und viele Anrufe von Frauen, die auf diesem Sektor weitermachen wollen, bestätigen das. Natürlich war die Organisation noch sehr dilettantisch, aber ein Ansatz mit dem wir weitermachen können, war es auf alle Fälle. Nächstes Mal muß viel länger geplant und das Programm sinnvoller zusammengestellt werden. Auch haben wir aus den Querelen mit der "Männerfrage" den Schluß gezogen, nächstes Mal ein Frauen-Kultur-Treffen nur für Frauen zu organisieren. Eine Veranstaltung mit Frauenkultur für gemischtes Publikum würden wir dann getrennt davon laufen lassen.

## Lesben vergessen ...? Lesben vergessen ...? Ein berechtigter Leserbrief

Liebe Genossinnen!

Meine Freude über die Besprechung meiner Bibliographie hat sich leider bei näherem Hinsehen wieder gelegt. Ist es Zufall, daß unter den zahlreichen Einzelrubriken, die ihr erwähnt habt - (Abtreibung, Hausarbeit, Mütter usw.) - das Kapitel Lesben bzw. Lesbenromane nicht vorkommen? Wenn frau sich regelmäßig die KB-Frauenzeitschrift ansieht, nicht das eher nach Abacht aus! Klar ist mir, daß eine stockbürgerliche Tageszeitung wie der "Tagesspiegel" Berlin das wegläßt in seinen Rezensionen, aber ihr solltet doch inzwischen dazu gelernt haben! Bei der Besprechung der Frauenkalender bin ich auch schon wieder unheimlich wütend geworden: In dem stark kritisierten Kalender werden die Lesben erwähnt (negativ, versteht sich, das Lesben-Leben stehe mal wieder im Mittelpunkt). In dem positiv besprochenen Schwarzer-Kalender, in dem auch manches über Lesben steht, sagt ihr das nicht, und daß der DKP-Kalender überhaupt nur von Frauen mit

Männern handelt, ist euch natürlich gar nicht aufgefallen. Ich habe hingegen zwei Bücher geschrieben, das zweite - da nicht mehr so allgemein, sondern mit schwuler Thematik - paßt wohl auch nicht in die AK-Frauenwelt?

Eigentlich kann ich aus solchen Vorfällen nur den Schluß ziehen, daß Lesben damit aufhören sollten, sich für die Interessen heterosexueller Frauen mit einzusetzen; die nutzen das bloß aus, denken ihrerseits nicht an Trauer daran, sich um Lesben zu kümmern und versuchen stattdessen, einen bruchlos zu vereinnahmen. Gegenteilige Erfahrungen mache ich leider nicht oft. Also schreibt bitte eine Richtigstellung oder druckt den Brief ab und machet euch ein paar „warme“ Gedanken!

Mit rosa-blauen Grüßen  
Annette Dröge

Anmerkung der Redaktion: Der Brief bezieht sich auf eine Buchbesprechung in AK 146, S. 38.

## EMMA contra Hua

Die Zeichen auf der chinesischen Coke-Flasche bedeuten so viel wie „bringt Glück und Freiheit“. Das tut weh. Zumindest politischen Menschen, die das kühne Experiment Chinas, aus dem einst geknebelten und hungernden Volk eine wahrhaft sozialistische Gemeinschaft zu machen, mit Spannung verfolgten. Wie immer man auch die Entwicklung

nach Maos Tod beurteilen mag, wie verlockend auch die Vorteile einer Lockerung des Lebens für so manchen Chinesen selbst sein mögen - es ist ganz bestimmt nicht positiv, daß aus auch in China nicht mehr Bewußtsein, sondern Coke Glück und Freude vertritt!

(„Emma“, Februar 79)





# Kurzmeldungen

## Brandanschlag auf Frauenhaus

Auf das Frauenhaus in Westberlin wurde ein Brandanschlag verübt. Es ist ein Brandsatz in das Erdgeschoss des Hauses geworfen worden, der das Mobiliar in Brand setzte. Zum Glück konnte ein Nachbar rechtzeitig die Feuerwehr alarmieren. Zur Zeit des Brandes schiefen 100 Personen, darunter 50 Kinder, in dem Haus.

???

## Gericht verweigert Studentin Wohngeld

Eine Studentin mit einem monatlichen Einkommen von 525,- DM erhält kein Wohngeld, obwohl sie etwa 350,- DM Miete monatlich aufbringen muß - so entschied das Verwaltungsgericht Bremen.

Grund: Die Studentin lebe mit ihrem Freund, einem Referendar, nicht in einer Wohn- sondern Wirtschaftsgemeinschaft, so daß dessen Einkommen von 1.300 DM bei der Berechnung mitberücksichtigt werden müsse.

Die Bourgeoisie verfügt durchaus noch über Alternativen zur immer unbeliebter werdenden Ehe, um Frau vom Mann abhängig zu machen (Nach "Welt", 3.1.79).

???

## 10 000 DM Strafe gegen

Der "Stern" läßt nicht locker. Emma" hatte den "Stern" wegen gegen die Menschenwürde von Frauen verstoßenden Titelbildern an letzter Seite verurteilt. Emma" ist nun für die Nichterstattung über die Folgen der Titelbildklage vom Landgericht zu 10 000 DM Strafe verurteilt worden. Emma" hatte in einem ihrer Artikel den "Stern" der "Zensur" beschuldigt, da ein kritischer Artikel der "Stern" Redakteurin Ingrid Kolb zum Thema in der Frauenzeitschrift herausgegeben werden war.

Die Zeitschrift "Emma" hat mit der bereits im September erstellten einstweiligen Verfügung vor uns die Behauptung, es sei Zensur gewesen, vertrieben, ein sogenanntes Hauptverfahren beantragt. Das heißt das Verfahren, in dem Namen seine Behauptung, es sei keine Zensur gewesen, wird beweisen müssen. (...) Es scheint durchaus vorstellbar, daß durch den Verlauf der Beweisaufnahme die Berechtigung der einstweiligen Verfügung erschüttert wird und der jetzt ausgesprochenen Geldstrafe damit die Basis entzogen wird. (...) Bei diesem Prozess, dessen Datum wir noch nicht wissen (er ist im Laufe des Februars zu erwarten), wird es von großer Wichtigkeit sein, daß die Öffentlichkeit ihn zur Kenntnis nimmt. Wir bitten darum, Journalistinnen und Frauen, unbedingt an diesem Prozess teilzunehmen, sich selbst vor Ort zu informieren (Termin bitte bei "Emma" erfragen). Denn jetzt geht es neben der Frauenfrage um die Meinungsfreiheit überhaupt und darum, ob nur Mächtige eine Meinung haben können und weniger Mächtige zu schweigen haben" ("Emma" 2/79).

???

...ung mit der bereits im September erstellten einstweiligen Verfügung vor uns die Behauptung, es sei Zensur gewesen, vertrieben, ein sogenanntes Hauptverfahren beantragt. Das heißt das Verfahren, in dem Namen seine Behauptung, es sei keine Zensur gewesen, wird beweisen müssen. (...) Es scheint durchaus vorstellbar, daß durch den Verlauf der Beweisaufnahme die Berechtigung der einstweiligen Verfügung erschüttert wird und der jetzt ausgesprochenen Geldstrafe damit die Basis entzogen wird. (...) Bei diesem Prozess, dessen Datum wir noch nicht wissen (er ist im Laufe des Februars zu erwarten), wird es von großer Wichtigkeit sein, daß die Öffentlichkeit ihn zur Kenntnis nimmt. Wir bitten darum, Journalistinnen und Frauen, unbedingt an diesem Prozess teilzunehmen, sich selbst vor Ort zu informieren (Termin bitte bei "Emma" erfragen). Denn jetzt geht es neben der Frauenfrage um die Meinungsfreiheit überhaupt und darum, ob nur Mächtige eine Meinung haben können und weniger Mächtige zu schweigen haben" ("Emma" 2/79).

???

## Notlösung für geschlagene Frauen in Freiburg

Schon seit langem betreut die Gruppe "alleinstehender Eltern" ("Gräule") mißhandelte und von ihren Männern geschlagene Frauen in ihren Privatwohnungen. Jetzt hat die Stadt Freiburg der Gruppe eine Wohnung zur Verfügung gestellt, Miete, Strom und Telefon sowie einen Teil der Einkunft trägt die Stadt. Die Wohnung soll eine Übergangslösung sein, bis es auch in Freiburg ein Frauenhaus gibt.

Diskussionen hierüber laufen schon lange, aber bisher lehnt vor allem die CDU ein Konzept der Selbstverwaltung ab.

???

## Emma hat Geburtstag

wir gratulieren!



## Chefgynäkologen verweigern Abtreibung

Auf dem Gynäkologenkongreß in Gießen wurde das Ergebnis einer Umfrage des Kieler Sexualmediziners Dr. R. Wille zur Einstellung der gynäkologischen Chefsärzte zu dem seit 1976 veränderten § 218 veröffentlicht. Das Ergebnis:

62% der Befragten lehnen einen Schwangerschaftsabbruch wegen einer Notlage ab 4% der Gynäkologen verweigern einen Abbruch auch bei einer medizinischen und 14% bei einer genetischen Indikation! Erhebliche Unterschiede wurden zwischen katholischen und protestantischen Krankenhausärzten festgestellt. Nur 65% der protestantischen Krankenhausärzte waren bereit, bei einer Notlageindikation die Abtreibung vorzunehmen, von den katholischen nur 3%. Selbst bei einer medizinischen Indikation war die Bereitschaft, die Abtreibung durchzuführen, eingeschränkt: 92% der evangelischen Krankenhausärzte und nur 33% der katholischen waren bereit, die Abtreibung durchzuführen.

???

???



aus "Stern", 7.12.78 - Neues Abtreibungsgesetz in Holland

## Zum geplanten holländischen Abtreibungsgesetz

Oswalt Kolle - in Holland lebender westdeutscher Journalist und bekannt durch seine Bücher über die Sexualität von Mann und Frau - hat im "Stern" vom 27.12.78 einen Leserbrief zur geplanten neuen holländischen Abtreibungsgesetzgebung geschrieben. Seiner Meinung nach werden für westdeutsche Frauen auch in Zukunft keine

zusätzliche Schwierigkeiten bestehen, in Holland abzutreiben, da das Gesetz in der vorgesehenen Form im Parlament keine Mehrheit finden würde.

In seinem Leserbrief gibt er gleichzeitig die Telefonnummer der Stiftung Direkte Hilfe der niederländischen Sexualreformbewegung (NVSH) in Den Haag an: (70) 51 23 41. Frau kann dort jederzeit anrufen und sich anmelden. Danke, Oswalt Kolle!

## Leserbrief zum Thema Gewalt im KB

Wir meinen, daß die Ausschlußnahme von LG/ZRK im Falle des gewalttätigen "Genossen" in Lübeck (AK 145, S. 33) richtig war. Allerdings hatten wir die Kritik der Genossin der Landesleitung Schleswig-Holstein für ungenügend.

Sie begründet den Ausschluß im wesentlichen mit dem "regelmäßigen Zusammenschlagen", dem "Wiederholungsfall" und der "nicht gezeigten Reue".

Generell meinen wir ein Zusammenkommen der drei genannten Faktoren muß nicht immer für einen Ausschluß gegeben sein, sondern

1. zum "regelmäßigen Zusammenschlagen": Wieviel Prügel muß eine Frau einstecken, damit der Typ aus der Organisation fliegt? Wir

meinen nicht, daß eine Frau erst halb tot geschlagen werden muß, um einen Ausschluß zu rechtfertigen.

2. zum "Wiederholungsfall": Bei besonders brutalen Zusammenstößen müssen nicht erst Wiederholungen eintreten.

3. zur "nicht gezeigten Reue": Muß der Täter total reuelos sein, damit klare Konsequenzen gezogen werden? Schärfere als die Genossin vertreten wir: Selbst wenn der Typ Reue gezeigt hätte, würden wir aufgrund der Faktoren: Vorsatz, brutales Zusammenschlagen und Wiederholungsfall - für Ausschluß stimmen, denn die Reue kann in einem solchen Fall nur Opportunismus sein! Schnell überkommt ihn die Reue (wer will

Fortsetzung nächste Seite

Zu diesem Thema hatten am 18.1. in Hannover die Demokratische Fraueninitiative (DFI), Frauen gegen Repression (Arbeitsgruppe im Antirepressions-Arbeitskreis Hannover), die GLU-Frauen und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG - VK) zu einer Diskussion eingeladen. Ca. 150 (überwiegend) Frauen und Männer waren gekommen.

Zunächst wurden einleitende Kurzreferate gehalten.

Die DFI stellte die historischen Erfahrungen dar, beginnend mit der Unterstützung der Kriegstreiber durch die bürgerliche Frauenbewegung vor dem 1. Weltkrieg über den Hitlerfaschismus bis hin zur US-Armee, dem Vorbild für die Bundeswehr.

Ein DFG-VK'ler skizzierte dann die Pläne, den Zivildienst zu kasernieren, gekoppelt mit der Überlegung, ein Berufsheer und eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen einzuführen. Großen Anklang fand der Beitrag der "Frauen gegen Repression", in dem u.a. gesagt wurde:

"Die Bundeswehr ist vor allem Schule der Nation, d.h. sie bricht dem Wehrpflichtigen das Rückgrat. Sie lehrt, was Familie und Schule noch nicht erreicht haben. Die Armee ist der bewaffnete Arm des Staates. Sie ist da, um die bestehende Macht, Hierarchie und Unterdrückung zu erhalten. In einer Zeit der verstärkten Wehrrüstung, an dem sich die BRD massiv beteiligt, muß es im Interesse des Staates liegen eine Militarisierung der gesamten Gesellschaft voranzutreiben und sie in sich zu festigen."

Die Versuche, mit Emanzipationsparole und Frauen die Bundeswehr schmachhaft zu machen, wurden der Benachteiligung von Frauen in der Ausbildung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, im Beruf usw. gegenübergestellt. Das Bild von der Frau am Gewehr paßt dem Staat nur dann, wenn das Gewehr sich

nicht gegen ihn richtet. "Alles in allem wird deutlich, daß der Wehrdienst uns der Emanzipation ganz gewiß nicht näher bringt. Wir streben... nicht nach Funktionen, in denen wir einen Stolz, der unsere Ungleichheit täglich festigt, auch noch verteidigen müssen".

(Zitate aus dem Referat der "Frauen gegen Repression")

Von der DFG-VK wurde in der anschließenden Diskussion folgender Vorschlag eingebracht:

Die Frauen sollten jetzt schon vor Beginn des Wehrdienstes verweigern. Es wurde eine Aktion an die Kreiswehrersatzämter vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde von einer Reihe Frauen zunächst positiv aufgenommen.

Mehrheitlich wurde von den Frauen jedoch kritisiert, daß damit bereits anerkannt würde, daß Frauen zum Bund seien. Die DFG-VK ließ denn auch die Katze aus dem Sack. Die Frauen sollten den Kampf der Männer gegen den Kriegsdienst unterstützen.

So ist wohl nicht, wie Frauen kämpfen gegen die gesamte Unterdrückung der Frauen in den Bund und können an diesem Punkt auch mit Männern, die gegen die Bundeswehr sind, zusammenarbeiten. Aber in erster Linie stehen für uns Aktionen an, die zunächst mal die vielen jungen Frauen und Mädchen in die Diskussion einbeziehen.

Da die Veranstaltung als Anfang einer Offenen Initiative begann, wurde bald eine Arbeitsgruppe von interessierten Anwesenden gebildet. Diese wird sich mit diesem Thema, die weitere Aktionen in die Diskussion für Schüler etc.

AG Frauen Hannover

## "Courage" zum Thema "Frauen zum Bund"

...sind einige, die sagen, wir Feministinnen wollten uns mit ar. Nein, ihr Herren vom bekannten Hamburger Nachrichtenmagazin, Eure Alibidame täuscht sich, ist dem amtlich zugelassenen Kisches der Feministin aufgesessen. Wir dagegen erklären feierlich: Wir denken weder daran, Euch industrielle Männer-Bund-Wehr vor den bösen Russen (oder gar wieder Russinnen?) zu verteidigen, noch wollen wir Euch vor Euren momentanen Brüdern, den Franzosen, Engländern und Amerikanern schützen. Und erst recht nicht, uns im Namen der Menschheit oder des Abendlandes an Euren Verbrechen in Südostasien, in Afrika und Lateinamerika beteiligen. Ihr werdet uns nicht los, indem ihr uns in den nächsten Krieg schickt! Denn den führen wir gegen Euch - nicht gegen unsere französischen Schwestern in von Euch ausgehenden Schützengräben.

Wir sollen beim nächsten Vietnam dabei sein? Wie? Es soll jetzt Persien heißen? Dann werden wir gegen Euch kämpfen - an der Seite unserer vietnamesisch-persisch sahaurischen Schwestern. Ob ihr das überlebt?

"Courage" Januar 1979

## Anzeige

Die neueste Ausgabe der DISKOFO (dies ist die Zeitung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema "Frauen zum Bundeswehr". Es wird eingegangen auf die Geschichte der Militarisierung der Frauen in der BRD seit 1945, Frauen im Hitlerfaschismus, die Vorbilder der Frauenmilitarisierung in Israel und USA. In einem "Offenen Brief an die EMMA" setzt sich die Redaktion mit den von Alice Schwarzer vertretenen Positionen auseinander. Schließlich ist ein erster Überblick über

Stellungnahmen gegen die allgemeine Dienstpflicht für Frauen zusammengestellt. In der augenblicklichen Debatte geben diese - aus der Sicht der Kriegsdienstverweigerer geschriebenen - Artikel und Informationen interessante Anregungen für Diskussionen. Zu beziehen über:

DISKOFO-Redaktion  
c/o Henner Schmude  
Hallerstr. 4  
85 Nürnberg

Preis: 1,- DM + Versandkosten  
ab 10 Exemplare -80 DM pro Exemplar.



Fortsetzung von S. 41

schon ausgeschlossen werden?) Zur Begründung der Reue: Wir fragen uns hier, wie wohl die erste Selbstkritik des „Genossen“ ausgesehen hat? Wurde sie ernsthaft hinterfragt oder hat frau/man sich da nicht schon hantors Licht führen lassen? Führte sie nicht eher zu einer Verharmlosung von Gewalt gegenüber Frauen, die allen Genossen einen Freibrief ausstellt, „in begründeten Fällen“ mal die „Hand wursutschen zu lassen“?

Zum Versatz: Wir meinen, es reicht als Ausschlussgrund, wenn das Prügeln vorher geplant und angekündigt wurde. Auch müssen wir fragen, was sind das eigentlich für Scheißtypen, die von dem Vorhaben des Schlägers wußten und es unwidersprochen geschehen ließen? Das ist eine total bürgerliche Verhaltensweise (Vogel Strauß-Politik), wodurch das Problem „privatisiert“ wird und damit die Gewalt gegen Frauen gefördert wird! Diese Genossen sollten sich schleunigst Gedanken machen über folgendes Zitat aus dem Referat zur Frauenarbeit der AG-Frauen:

„Wir fordern das Bewußtsein über die Frauenunterdrückung in dieser Gesellschaft von jeder Genossin und von jedem Genossen. Innerhalb des KB darf das keine Frage der Agitation mehr sein!“

KB-Sympathisanteninnen-Frauengruppe Münster

## Patentex Oval: Verhütungsmittel oder Lotterie?

„Zu Ihrer Liebe gehört Sicherheit Patentex Oval schützt zuverlässig und verträglich“... Patentex Oval liegt im Sicherheitsbereich der Pille.

So wird für das Verhütungszäpfchen Patentex Oval, daß in der BRD seit 1971 in allen Apotheken und Drogerien zu erhalten ist, in Werbefernsehen und Zeitschriften, speziell auch Jugendzeitschriften, geworben.

Die Wirkung von Patentex Oval beruht auf einem durch die Körper Temperatur entstehenden Schaum schutzfilm in der Vagina, der sowohl undurchdringlich für die Spermien als auch die Spermien abtötet.

undurchdringlich für die Spermien sein als auch die Spermien abtötet.

Laut Test der Internationalen Familienplanungsorganisation (IPPF) ist die kontrazeptive (verhütende) Wirkung jedoch ungenügend. Die Niederländische Vereinigung für Sozialfragen (NVSH) warnt davor, Patentex oval ohne zusätzliche Schutzmittel zu benutzen. Der Verein für Familienplanung in Dänemark stellt fest, daß von 87 Frauen, die abtreiben wollten, 9 trotz Patentex oval schwanger wurden. In Großbritannien soll 1.10.78 auf allen frei verkäuflichen spermienstörenden Mitteln gut sichtbar ein Hinweis angebracht sein, daß ein besserer Schutz nur bei zusätzlicher Anwendung eines anderen Verhütungsmittels gewährleistet ist.

Die Reaktion der Patentex oval GmbH auf diese internationalen Bedenken und auf die bereits 1973 herangetragene Regressforderungen Ursache für auftretende Schwangerschaften seien Anwendungsfehler! Die Firma wirbt nach wie vor weiter mit dem Pearl Index 0,8 (der Pearl Index bezeichnet die Zahl der ungewollten Schwangerschaften auf 1.000 Anwendungsmonate), obwohl der „Medical Letter“ in einer Studie eine Versagerquote von 15 % bei Schaumovula, Cremes und Gelees festgestellt hat!

Wie kommt dann der Index von 0,8, der angeblich in „der umfangreichsten europäischen Untersuchung, die je für ein Verhütungsmittel dieser Art durchgeführt wurde“ errechnet wurde, zustande? Die Untersuchung beruht auf Fragebögen der Firma Patentex, die von 287 Ärzten gegen Honorar (!) ausgefüllt wurden und in die beispielsweise auch Frauen, die Patentex oval als zusätzliche Verhütungsmittel nehmen, ohne besondere Kennzeichnung einbezogen wurden.

Wir können uns nur Dr. Ulrich Möbus, dem Berliner Arzneimittelkritiker und Herausgeber des „Arzneitelegramms“, anschließen, der meint, daß die verantwortungslose Werbung für Patentex oval einen eindeutigen „Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz durch irreführende Werbung“ darstellt. Seine Adresse, Albrechtsstr. 21, steht als Sammelstelle für Versagerquoten zur Verfügung (nach „Clio“ 10).

AG Frauen Göttingen



# Kinder



## Jugendpolizei in Baden-Württemberg Ein Modell zur Bespitzelung und Kriminalisierung der Jugend

Seit Oktober 1978 gibt es in Stuttgart, Reutlingen und Freiburg eine Jugendpolizei (Jupo). Damit will Dr. Stümper, heute Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, auf breiterer Basis das Fortsetzen, was er vor Jahren schon als Mannheimer Polizeipräsident ausprobierte. Damals hatte Stümper in Mannheim einen „Jugendclub“ einrichten lassen, der von Polizisten geleitet und betreut wurde. Heute will die Polizei nicht mehr darauf warten, daß Jugendliche ihren Polizei-Club aufsuchen, sondern sie schickt Schnüffler überall dahin, wo sich Jugendliche mit Vorliebe aufhalten – angeblich um vorbeugend die Jugendkriminalität zu bekämpfen. Für viele Jugendliche ist das Jugendhaus und das Gespräch mit dem Sozialarbeiter eine wichtige Möglichkeit, um Auswege aus ihren beschissenen Lebensbedingungen zu suchen. Was soll daraus werden? „Wenn hier ein Jupo auftaucht“, meinte ein Besucher des Jugendhauses Urach im Kreis Reutlingen, „dann hält jeder den Mund!“

### Die Planungsgruppe des LKA

Im Mai 1976 fand eine Arbeitsstapung an der Landespolizschule Freiburg statt, die sich angeblich mit der Intensivierung der „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ befaßte.

Zur selben Zeit wurde beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eine Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ gebildet. Im August 1977 legte die Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse dem Innenministerium vor. „Um umfassende Informationen über Jugendkriminalität und Jugendkriminalität zu erlangen und örtlich wirksame Prävention zu betreiben,

sollte bei jedem Polizeirevier ein besonders geeigneter Beamter als Jugendbeamter eingesetzt werden“.

Was geschieht mit den so gewonnenen „umfassenden Informationen“? Es sollen z.B. Karteien über „auffällige“ Kinder und Jugendliche gesammelt werden, in denen Informationen zugänglich werden, deren Verfügung bisher zum Schutz der Persönlichkeit des Minderjährigen eingeschränkt war. Einsetzen soll die Bearbeitung durch die Polizei bereits im Kindergarten! Während die Jupos in Jugendhäusern in zivil erscheinen, „verspricht eine Aufklärungsarbeit bei Kindern im Kindergarten – und Grundschulalter durch einen Schutzpolizeibeamten in Uniform größere Effektivität als durch einen gewöhnlich bekleideten Kriminalbeamten“ (Zitate aus: Neue Wege in der Bekämpfung der Jugendkriminalität. Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg).

### Jupo versuchsweise eingeführt

Im Juli 1978 ordnet Dr. Stümper damals noch Ministerialdirektor im Stuttgarter Innenministerium, inzwischen Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, die Einführung der Jugendpolizei in Stuttgart, Freiburg und Reutlingen an. In einem Modellversuch sollen hier bis Ende 1979 Erfahrungen gesammelt werden. Anschließend droht dann die Ausweitung dieses Modells auf ganz Baden-Württemberg – Im Einzelnen geht es um folgende Aufgaben: 1. Einrichtung von Jugenddezernaten bei den Polizeipräsidenten und den Polizeidirektionen. Hier sollen beispielsweise

Anzeigen gegen Jugendliche und

kinder bearbeitet werden, - „alle Vorgänge, die im Bereich der Jugendkriminalität, der Jugendverwahrlosung und der Jugendgefährdung angefallen sind“, ausgewertet werden.

sonstige Maßnahmen der vorbeugenden Bekämpfung der Jugendkriminalität innerhalb und außerhalb der Polizei“ entwickelt werden.

2. „Bei Kriminalkommissariaten werden die Aufgaben des Jugenddezernats von few. mindestens einem Jugendfachbearbeiter wahrgenommen.“

3. Als Informationsanbieter soll „bei jedem Polizeirevier ein besonders geeigneter, an der Jugendarbeit interessierter, möglichst jüngerer Beamter als Jugendbeamter eingesetzt“ werden. Er soll u.a. an von Jugendlichen bevorzugten Plätzen mit ihnen Kontakt aufnehmen, Informationen sammeln, alle Jugendvorgänge im Revierbereich erfassen und auswerten, sowie den Kontakt zu allen mit der Jugendarbeit befaßten Behörden, Institutionen und Vereinigungen halten. (Zitate und Informationen aus Schreiben des Innenministeriums (Dr. Stümper) vom 19.7.78 an die Regierungspräsidenten Stuttgart, Freiburg, Tübingen).

### Widerstand entsteht

Mitte Januar fand in Stuttgart im Jugendhaus Mitte eine Diskussion zwischen ca. 100 Jugendlichen und Jupos statt. Danach erklärten die Jupos im Rundfunk: Sie hätten zwar Kritik erwartet, aber daß sie auf so einheitliche Ablehnung stoßen würden, damit hätten sie nicht gerechnet. Ähnlich war es bereits Anfang Dezember dem Reutlinger Jugenddezernat bei einem Besuch im

Uracher Jugendhaus ergangen. Nach der Diskussion schrieb der „Reutlinger Generalanzeiger“: „Kriminaloberkommissar Fred Rietz und seine drei Kolleginnen... sahen sich im Uracher Jugendhaus „Schloßmühle“ einer Phalanx von Jugendlichen, Sozialarbeitern und Studenten der Fachhochschule Reutlingen gegenüber, die von den Ideen und Absichten dieses als Modellversuch arbeitenden Dezernats gar nicht begeistert waren. Kernpunkt des jugendlichen Mißtrauens und der Ablehnung war die „Vertrauensbasis“, die von Fred Rietz als Leiter des Dezernats zur Grundlage seiner Arbeit erhoben wurde. Vertrauen zu Leuten, die dazu da sind, uns zu überwachen und Freunde, die etwas ausgefressen haben, ein zubuchen?“ fragten sich die Jugendhausbesucher“ (6.12.78).

Auf besondere Ablehnung stieß auch die Mitteilung von Herrn Rietz, daß einmal gesammelte Informationen über Jugendliche nicht wieder gelöscht werden. Hierzu kommt, daß Sozialarbeiter Informationen über Jugendliche an die Polizei weitergeben sollen. Sie haben kein Zeugnisverweigerungsrecht! Hier setzt auch der Widerstand von Sozialarbeitern gegen das Jupo-Modell an. Wie soll ein Jugendlicher unter solchen Bedingungen noch Vertrauen zum Sozialarbeiter haben?

Der Leiter des Reutlinger Jugenddezernats Fred Rietz war übrigens vorher ein halbes Jahr lang Leiter und Koordinator der Abteilung Terrorismus beim LKA!

Wir wollen über den Widerstand gegen das Jupo-Modell weiter berichten.

Ein Genosse aus Stuttgart

## Erst Kinder-Polizei, dann Kinder-Gefängnis? Erst Kinder-Polizei, dann Kinder-Gefängnis?

Daß an Schulen geklaut wird, ist nichts Ungewöhnliches. Trotzdem wird die Polizei auch schon gegen Kinder aktiv. Weiß 1977 ein türkisches Mädchen und ihre Freundin, damals zehn und zwölf Jahre alt, verdächtigt wurden, Mitschülern die Füller weggenommen zu haben, wurde das Mädchen von der Schulleitung der Polizei übergeben, die es für zwei Stunden in eine Zelle sperrte.

Schule und Polizei befinden es nicht einmal für notwendig, die Eltern darüber zu informieren. Eine Schmerzensgeldklage der Eltern wurde zurückgewiesen. Das Gericht meinte, das Kind habe sich ja lediglich „in einer offenen Sammelzelle“ aufgehalten. Dieser „Aufenthalt“ sei „selbst aus kindlicher Sicht der Klägerin kein ungerechtfertigtes, überraschendes Ereignis gewesen, sondern eine zwar unangenehme, aber durchaus in ihre Wertvorstellungen einzuordnende Folge der vorangegangenen und zugegebenen Wegnahmehandlungen sowie der Selbstbeschuldigung hinsichtlich weiterer Diebstähle. Außerdem hätte das Mädchen sich auf dem Polizeirevier in Gesellschaft zweier Freundinnen befunden, so daß auch insoweit von einer ungewöhnlichen psychischen Belastung mangels substantieller Darlegung nicht ausgegangen werden konnte.“

Wer hat früher als Kind in der Schule oder sonstwo nicht mal Sachen geklaut? Hier soll nicht dem Kauen das Wort geredet werden, obwohl man immerhin beachten sollte, wer wo wem was klagt. Kinder werden von der Polizei abgeführt, nur weil sie mal ihrem Klassenkassenschatz den Schulfüller wegnehmen. Aber jenseits von Horten, Thysen und Strauß und wie sie alle heißen mögen, sie werden sogar noch als anzustrebende Ideale für Kinder und Jugendliche ausgegeben.

Daß dieses Urteil und der ganze Vorgang nicht etwa ein Ausreißer, sondern offensichtlich die zukünftige Vorgehensweise und Rechtsprechung sein soll, wird an den Umständen deutlich. Wie dieser Fall weiter behandelt wurde.

Der Westberliner „Tagesspiegel“ sah sich auf Grund eines Protestschreibens des Westberliner Landgerichtspräsidenten Beyer veranlaßt, noch

einmal über den Fall zu berichten und in einem Kommentar dazu Stellung zu nehmen.

Beyer hatte sich in einem Schreiben an die Zeitung darüber beschwert, daß deren Bericht über den Vorfall bei den Lesern einen falschen Eindruck erweckt! „haben konnte“ (ebenfalls beschwerte sich dieser Herr Beyer über den Protest der Hausbesetzer Union gegen das Urteil. Die HU meint, daß damit der „Außerkräftsetzung von Kindern und Elternrechten Tür und Tor geöffnet wird“).

Der Kommentator des „Tagesspiegel“ antwortete dem Herrn Beyer: „In Polizeizellen haben Kinder nichts zu suchen. Es macht den Fall nicht besser sondern schlimmer, daß die Behörden sich bei deutschen Kindern und Eltern vermutlich bei sonst gleichen Voraussetzungen anders ver-

halten hätten.“ Dafür gibt es in der Tat tragische Beispiele.

Zwei Fälle aus der letzten Zeit: Beim Diebstahl ertappt - Mädchen (12) sprang aus Scham in den Tod. Das türkische Mädchen Zuhayda war beim Kaufen einer Musik-Kassette für 12 DM in einem Supermarkt erwischt worden. Sie wurde der Polizei übergeben und verurteilt.

Die Eltern wurden nicht benachrichtigt, das Kind wurde anschließend alleine nach Hause geschickt. Dort hatte es Angst, darüber zu berichten. Die Polizei kam am nächsten Tag zu den Eltern. Das Mädchen sprang daraufhin aus Angst vor Strafe aus dem 5. Stock in den Tod.

- Am 22.9.78 wurde der türkische Schüler Edip Cinerli tot unter einem Baum auf einem Spielplatz aufge-

funden. Er hatte sich erhängt. Er war zwei Tage zuvor beim Verlassen eines Aldi-Supermarktes in Bremen-Osterholz festgehalten worden, weil er für seine Waren keinen Kassenbon hatte, man behauptete, er habe die Ware gestohlen. Obwohl – dafür kein Beweis vorlag, wurde er der Polizei übergeben. Auf der Wache wurde er einer Leibesvisitation unterzogen. Danach wurde er nach Hause gebracht, wo die Polizei in Abwesenheit der Eltern und ohne Durchsuchungsbefehl, gleich bei ganz Wohnung incl. Kühlschrank inspizierte mit den Worten: „Das habt ihr wohl auch alles geklaut!“ und „Beim nächsten Mal holen wir dich ab!“ Edip erhängte sich daraufhin.

Kinderkommission Hamburg

### Beim Diebstahl ertappt Mädchen (12) sprang aus Scham in den Tod

Eine Musikkassette für 12 Mark wurde ihr zum Verhängnis

### Zum Selbstmord getrieben

16-jähriger Türke nahm sich das Leben



## Mißhandlungen im Kinderheim — vom Staat geduldet?

„Weil der kleine Günther seine Mittagmahlzeit nicht aufessen wollte schlug ihn „Onkel Karl“ ein halbes dutzendmal brutal ins Gesicht. Danach mußte Günther ... von 12 bis 15 Uhr mit verschränkten Armen hinter seinem Stuhl stehen“

Behinderte Kinder wurden „mit der Ratspeitsche geprügelt und mit dem Kopf so lange gegen die Wand gestoßen (...), bis sie blutüberströmt waren“

Den Mitarbeitern wurde „empfohlen, kräftig zuzuschlagen, denn das (gemeint sind die Kinder) sind die potentiellen Mörder von morgen“

„In einer Ecke des Treppenaufgangs (hatte eine Angestellte) einen Eimer mit stielich verstaubtem Deckel entdeckt. Ich nahm den Deckel ab und fuhr entsetzt zurück. Der Eimer war über die Hälfte voll mit Kot, Würmern und weißen Wurmeln“

„Das den Kindern gesetzlich zustehende Taschengeld (wurde) von der Heimleitung einbehalten“

Das sind einige Aussagen von Praktikanten, Erzieherinnen und einer Krankenschwester ehemalige, d.h. z.T. gefeuerte Angestellte des Kinderheims Wernberg/Oberpfalz, in dem über 53 Kinder und Jugendliche „leben“. Diese Enthüllungen der „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Januar setzten die Berichte über die sogenannten Skandalheime vom letzten Jahr, dem Isenberghaus/Bremen (inzwischen geschlossen), dem Mädchenheim Birkenhof/Hannover, dem Mädchenheim Tempelstraße/Köln u.a. fort

Wernberg ist ein privates Kinderheim. Chefin ist die 44-jährige Kaufrau Agnes-Anna N. (der vollständige Name wird von der „FR“ nicht genannt), die für ihre barbarische „pädagogik“ einen Tagespflanzsatz von

DM 64,50 pro Kind kassiert („FR“ 19.1.). Sie gab auf Anfrage zu verstehen, daß sie das alles „im Rahmen der unternehmerischen Freiheit“ für erlaubt halte (ebenda)

Erst Klagen von Krankenschwestern und Kinderpflegerinnen beim zuständigen Kreisjugendam und eine Anzeige gegen den Prügelpädagogen „Onkel Karl“ haben die Behörden zum Eingreifen veranlaßt! Und das, obgleich hohe staatliche Instanzen seit Jahren von diesen Mißhandlungen gewußt haben! Bereits 1973 hatte die Kriminalpolizei festgestellt: „Die Kinder wurden roh mißhandelt und in ihrer Gesundheit beeinträchtigt“

Darauf folgte ... NICHTS!

Erst heute, fast fünf Jahre später scheinen die Behörden und die zuständigen Bezirksregierung Oberpfalz nach aufgrund mehrerer Klagen veranlaßt, etwas ändern zu wollen! Laut „FR“ ist inzwischen die Einsetzung einer „pädagogischen Leistung“ durchgesetzt worden. Allerdings hat die Heimleitung eine Diplompsychologin und einen Sozialpädagogen, die von der Regierung eingesetzt worden waren, schon wieder gefeuert; aufgrund eines „mangelnden Vertrauensverhältnisses“

Bis zum 31. Januar müsse ein „brauchbares pädagogisches Konzept“ vorgelegt sein, sonst sei mit einer Teilschließung des Kinderheims zu rechnen, verkündete die zuständige Heimaufsichtsbehörde

Sollte die Heimleitung ein „brauchbares pädagogisches Konzept“ vorlegen, könnte also wieder „Ruhe“ im Wernberg eintreten? Für die Kinder kann das allerdings bedeuten, bald wieder verprügelt und mißhandelt zu werden, wenn niemand mehr hinschaut

Ein Kieler Genosse



## Zu viert im Bett — und nun? Ein Erfahrungsbericht

Wir möchten einige Erfahrungen mit dergehen, die unserer Meinung nach nicht nur für uns, sondern auch für eine Reihe anderer Genossinnen und Genossen wichtig und nachdenkenswert sind. Über Stellungnahmen würden wir uns freuen

Der Artikel ist in der Ich-Form geschrieben, obwohl wir ihn zu zweit verfaßt haben, aber es ist einfach

PS: Es geht, aber es ist einfacher

### Wie alles anfing ...

Die Personen N. (ein Hamburger Genosse), ich, U. und B. — drei Frauen aus dem Jugendbereich in Hamburg.

Sylvesterabend. Große Feie, ich treffe N. Wir haben uns viel zu erzählen und irgendwann schmusen wir auch ein bißchen rum. U. gesellt sich dazu. Am liebsten wird's uns unheimlich und wir ergattern uns ein Bett. B. taucht auf einmal auf und sagt: „Ich will nicht mit euch schlafen.“ Wir sind nun zu viert. Nach „nein“ sagen wir uns: „Wir müssen uns entscheiden, ob wir zusammen und schmusen dann zu viert ziemlich doll rum (Wir verziehen hier auf eine nähere Darstellung, der AK ist schließlich kein Porno). Wir fühlen uns alle sehr wohl und es war alles erst mal überaus schön.“ Am nächsten Morgen ging's weiter ... N. sagte dann, daß er sich vernachlässigt fühle. Das war wohl auch so, weil Frau hauptsächlich mit Frau rumgeschmusen. Es war halt neu, interessant und ...

Die Genossen und Genossinnen waren durchweg (bis auf eine Ausnahme) total verunsichert und geschockt, wenn sie ins Zimmer kamen, sie guckten, als wenn da ein Kind mit 10 Fieberfieber wäre, und verdrückten sich schnell wieder. Ein Genosse, der mich später auf die Sache ansprach, meinte, wir müßten ja wohl total besoffen gewesen sein; anders wäre „so etwas“ ja gar nicht möglich. Es läßt sich feststellen, daß die Genossinnen zwar im Kopf derartige Dinge akzeptieren, in der direkten Konfrontation damit aber sehr verunsichert sind und nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen (in etwa so, als wenn man einem Krüppel gegenübersteht).

### Schwierigkeiten setzen ein

Die erste Schwierigkeit war, die Sylvestersachen unter uns drei Frauen zu diskutieren. Es erforderte einen ca. zweiwöchigen Kampf von mir darum, endlich die Unklarheiten zu beseitigen. Erste Ansätze einer Diskussion fanden zwischen mir und U. statt. Das lief dort, wo es um konkrete Ängste und die Formulierung von Bedürfnissen ging, trotz mehrerer Bälle so gut wie gar nicht, bis auf die Tatsache, daß ich U. erklärte, daß ich mich „möglicherweise, unter Umständen, vielleicht ein bißchen“ in sie verliebt haben könnte, woraufhin U. nur ein „Hum, das hab ich mir gedacht“ zustande brachte

Wir versuchten dann, die Sachen erst mal theoretisch zu diskutieren, was auch fruchtbarer war. Wir waren

uns einig darin, daß die Feuerheit auf ein Geschlecht eine Norm ist, die es zu überwinden gilt und daß dieser Anspruch auch in die Praxis umgesetzt werden sollte

Die zweite Schwierigkeit war (zu mindest für mich und U.), die Sachen im Kopf zu verarbeiten, um Klarheit über unsere Bedürfnisse zu verschaffen und diese dann auch zu formulieren. Konkret sah es so aus, daß wir zwar in letzter Zeit viel zusammen machten, aber starke sexuelle Berührungsfänge auftraten. Das fing beim Küssen an und hörte da auf, wo wir zusammen im Bett lagen und beide feststellten, daß wir „fürchterlich müde“ seien und nichts abließ

Ich wurde dadurch, daß U. noch größere Schwierigkeiten als ich hatte, ihre Ängste und Bedürfnisse zu formulieren, stark verunsichert und war schon kurz davor, den Kampf um eine Klärung der Verhältnisse aufzugeben

Am 3. Wochen nach Sylvester wieder nach Hamburg kam, schafften wir es endlich, eine Diskussion anzusetzen (Auch hier hatte er also wieder eine Feigenblau- und Katalysatorfunktion, genau wie Sylvestersabend ohne ihn wären wir drei Frauen wohl nie zusammen ins Bett gegangen)



Bei der Diskussion meinte U., daß sie an mir ein „starkes Interesse“ habe, daß es besser sei, mit mir etwas zu machen als mit Typen. Praktische Konsequenzen folgten daraus aber nicht: Wir waren/sind gegenüber der anderen immer noch genauso unsicher wie vorher. U. fühlte sich durch meine „Verliebtheit“ unter Druck gesetzt, weil von ihr dadurch eine Entscheidung gefordert wird und sie nicht weiß, was sie davon halten soll. Na, es ist eben sehr viel schwieriger als bei einem „normalen“ Mann/Frau-Verhältnis, an die Sachen offen und ehrlich anzugehen.

Hinzu kommt, daß wir beide ziemlich Angst davor haben, lesbisch zu werden — nach dem Motto: „Das wäre ja viel zu kompliziert.“

### Perspektiven? Perspektiven!

Die momentane Situation ist da durch, daß wir uns unsere Bedürfnisse, Ängste usw. nicht eingestehen, teilweise ziemlich nervig. Die einzige Möglichkeit, dies zu bekämpfen, ist die Diskussion darum voranzutreiben

und nicht seinen Ängsten nachzugeben, sich nicht zurückziehen und langfristig kapitulieren, denn lesbische Wünsche würden über kurz oder lang sowieso wieder aufbrechen und einen dann vor noch größere Schwierigkeiten stellen

Sexuelle Bedürfnisse können unserer Meinung nach grundsätzlich von beiden Geschlechtern erfüllt werden. Durch die Erziehung und bürgerliche Gesellschaftsnormen tritt aber eine Fixierung auf das andere Geschlecht bei beiden Geschlechtern ein. Durch die Erziehung und bürgerliche Gesellschaftsnormen tritt aber eine Fixierung auf das andere Geschlecht ein. Das Anknacksen der Zwangsexualität (der hetero- und der homo-sexuellen) ist eine fortschrittliche Sache. Wir Frauen dies bei Diskussionen mit anderen Genossinnen auf, um bei diesen regelrechte Vergewaltigungsgänge auf. Da wird dann bei haupt, wir wollten neue Normen und Zwänge aufstellen, wie zur Bi-sexualität zwingen wir. Dann geht es uns aber gar nicht sondern darum, das die Genossinnen sich mit diesem Thema beschäftigen, dazu kommen, ihre eigenen Gefühle zu hinterfragen und uns in unserem Kampf zu unterstützen. Hier die Genossinnen um Unterstützung zu setzen, halten wir allerdings für richtig. Wie schreibt ein schwuler Genosse in der letzten SOI (gen)

## Auf der Alm, da gibts koa Sünd'!...

## Auf der Alm, da gibts koa Sünd'!...

Reaktionäre Kräfte aus Kirche, Elternschaft und verschiedenen Verbänden laufen Sturm gegen die Einführung des Sexualkundeunterrichts in Bayern

Der „Freundeskreis Maria Goretti“ veranstaltet „Gebete“ vor dem Toren des Kultusministeriums zur Abwendung einer „sexuellen Dauerberieselung in allen Pächern“

Dabei werden bitterböse Flugblätter verteilt, die den Kultusminister anklagen, ein „Kinderverderber“ zu sein, und die behaupten, daß „links CSU-Leute gegen die Zielsetzung ihrer eigenen Partei und gegen die Staatsverfassung die Geschäfte der Marxisten betrogen“

Die Zeitschrift der Bayerischen Katholiken rief die Eltern dazu auf, Unterrichtstexte auf „Schweineereien“ hin zu untersuchen und dies endlich zu melden. Denn „sozialistische Lehrer“ wollen Autokratie und die Eltern zerstören

In „Landfrauengruppe“ im Bayerischen Bauernverband ist pauschal gegen jede Sexualerziehung an den Grundschulen, die fördern nur die „Sexualisierung“ der Kinder

Eine „Katholische Elternschaft“ im Bistum Regensburg will, daß die sexuelle Aufklärung der Kinder frühestens beginnen soll, wenn sie 10 oder 11 Jahre alt sind

Der Vorsitzende der „Katholischen Erziehergemeinschaft“, Schindlbeck, hält eine Erziehung zur „Scheuhaftigkeit“ und „Wahrung der Intimsphäre“ für unmöglich, wenn die Sexualität ständig öffentlich behandelt wird

## Nazi-„Spielzeug“: Mal erlaubt, mal verboten

Auf Weisung der Staatsanwaltschaft hatte Mitte Januar die Polizei mehrere Spielzeugläden in Karlsruhe nach NS-„Spielzeug“ durchsucht und eine große Anzahl von Modellbausätzen beschlagnahmt, die NS-Symbole enthielten

Diese Maßnahme wurde vom Landgericht Karlsruhe gebilligt. Der Verkauf dieser Modelle verstößt auf die Gewaltverhältnisse des Nationalsozialismus und rufe in der Bevölkerung Beunruhigung und Verunsicherung hervor („Tagesspiegel“, 17.1.79)

Völlig gegenteilig entschied die Staatsanwaltschaft in Frankfurt: Eine Anzeige der Deutschen Friedensgesellschaft/VK wurde mit der Begründung zurückgewiesen, NS-Symbole seien nur dann strafbar, wenn sie „Propagandazwecken“ dienen oder gezielt eingesetzt würden. Das sei bei den Modellen nicht der Fall

Ähnlich die Staatsanwaltschaft in Bielefeld. Dort wurde ein Verfahren gegen die Modellbaufirma Revell wegen „geringfügigem Verschulden“

### Der Hintergrund

Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende 1977 von den Ländern gefordert, klare schriftliche Grundlagen (in Gesetzestexten) für die Sexualerziehung an den Schulen einzuführen, eine Übergangsfrist — die noch nicht abgelaufen ist — wurde eingeräumt. Bayerns Kultusminister Maier hatte daraufhin einen Entwurf eingebracht, der sofort den Protest der Kulturpolitischen Ausschüsse beider Parteien erregte. Die Arbeitsmaterialien seien „mehr oder minder pornographisch“, die Erwähnung von „unchristlichen Praktiken der Organe“ und überhaupt die „sexuelle Bedürfnisweckung“ seien zu kritisieren

Angeht es das Radikal, den dann die schwarz-weißen Verbände und Persönlichkeiten veranstalteten, und angesichts der eventuell zu erwartenden Stimmverluste bei den anstehenden Landtagswahlen wurde die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs im Herbst 78 kurzfristig unmöglich gemacht. Die CSU-Fraktion setzte die Beratung von der Tagesordnung ab. Nach der Wahl hat sich die FDP der Sache angenommen und den alten Maier-Entwurf in den Landtag eingebracht. Mit einem ganz neuen Vorschlag hat sich die Fraktionsvorsitzende der CSU Gusti Lang hervorgerufen. Er möchte — ganz im Sinne seiner Auftraggeber — die gesamte Sexualerziehung „höchstens“ an den Schluß des jeweiligen Ausbildungsganges setzen, also kurz vor der Schulentlassung

Kinderkommission Hamburg

eingestellt. Mittlerweile habe die Firma derartige Symbole unbekanntlich gemacht (im Katalog sowie den Bausätzen), in mehreren Spielzeugläden wurden die Modelle an weniger sichtbaren Plätzen aufgestellt (NW, 31.1.79)

NS-„Spielzeug“ ist nun auch Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage von SPD und FDP im Bundestag (ED, 26.1.79)

Abchilling beschlossen wurde im Westfälischen Abgeordnetenhaus (SPD/FDP — Mehrheit) eine Petition von Lehrern und Sozialarbeitern, Verbote von NS-Verherrlichungen — und Verharmlosungsliteratur zu erlassen. Genannt wurden dabei u.a. Festsche Hitlerfilme sowie die Schriftenreihe „Das Dritte Reich“

Auch eine geforderte Dokumentation über Neonazismus an Westfälischen Schulen (derartige Umtriebe hatten breit um sich gegriffen!) wurde im Abgeordnetenhaus abgelehnt, „da die Tendenzen zu unterschiedlich seien“ („Tagesspiegel“, 25.1.79)

Zwei Genossinnen aus dem Schülerbereich



# Schwulenverfolgung in Argentinien

Noch vor dem Machtantritt der Junta in Argentinien (1976) brachte die faschistische Zeitschrift „El Caudillo“ (Der Führer) in ihrer Ausgabe vom 12.2.1975 einen Artikel, in dem sie offen die Liquidierung der Homosexuellen nach der Machtübernahme ankündigte. Unter dem Titel „Wir müssen die Homosexuellen ausröten“ verbreiteten die Faschisten wahnwitzige Vorstellungen über Homosexualität und forderten: „Wir sollten Schutzstaffeln bilden, die die Straßen durchkämmen und die Kreieren, die wie Frauen gekleidet sind, einfangen, ihnen die Haare abschneiden und abrasieren ... Wir müssen die Homosexuellen ausröten! Sperrt sie ein und tötet sie!“

Nach weiteren rassistischen Hetztraktaten stellten die Faschisten die Beziehungen zum Marxismus her: „Der Marxismus benutzt und benutzt die Homosexualität, um sich einzuschleichen ... Es scheint, als ob die Bolschewiken zwar krank geboren, aber nicht dumm sind ... Die Marxisten exportieren die Homosexuellen, sie sind aber darauf bedacht, sie nicht zuhause zu haben.“

Die Diffamierung des Klassengegners mit der Homosexualität ist also keine spezifisch deutsche Erfindung. Auch die chilenischen Faschisten z.B. heften die Vorurteile gegen Homosexuelle dem Klassengegner an.

Die argentinische Schwulenbefreiungsorganisation FLH rief nach Erscheinen jenes Artikels im „El Caudillo“ zum Widerstand auf: „Die Brutalität des Faschismus läßt den argentinischen Homosexuellen nur einen Ausweg: Widerstand zu leisten, um das Leben zu verteidigen.“

Daß die Faschisten die Ausrötung der Homosexuellen nicht nur verbal fordern, sondern dies nach der Machtergreifung auch in die Tat umsetzen, belegt das Vorgehen der Hitler-Faschisten ab 1933.

Bereits im Dezember 1976 waren führende Aktivisten der FLH gezwungen, entweder in den Untergrund zu gehen oder zu emigrieren. Viele gerieten in die Gefängnisse der Faschisten, über ihr Schicksal ist bis heute nichts bekannt. Kurz vor seiner Flucht aus Argentinien schrieb ein FLH-Aktivist an Freunde in USA: „Wir sehen, daß das Leben hier für uns nicht länger möglich ist. Es ist hauptsächlich eine Frage der Überlebens und da kann man sich keine großen Versprechungen machen ... So wollen wir hoffen, daß die argentinische Schwulenbewegung bald wieder funktionieren wird, aber von West-Europa aus, besonders aus Spanien und Italien“ (Gay Sunstone, Winter 1979).

Die Schwulenzzeitung „HIM-APPLAUS“ hat in ihrer Januar-Ausgabe unter der Überschrift „Szene Argentinien. Folterungen an der Tagordnung: Augenzeugen berichten“ erstmalig für den deutschsprachigen Raum Informationen über die Lage der Schwulen im faschistischen Argentinien veröffentlicht. Diese Berichte zeigen, daß die argentinische Schwulenbewegung heute zerschlagen ist. Gleichzeitig wird deutlich, daß ein Widerstand nur gemeinsam mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften zusammengeführt werden kann.

Wir drucken den Bericht aus „HIM-APPLAUS“ im folgenden nach:

AG Schwule im KB

Dienstag, 13. Juni 1978. Buenos Aires Plaza Ford. Es ist kurz nach 18 Uhr. Abel D. hat an einem Tisch eines der zahlreichen Straßencafés Platz genommen, die man hier „cafeterías“ nennt. Abel, 24 Jahre alt, Elektriker von Beruf, ist homosexuell. Er ist in Begleitung einer Freundin, Mirthe P. Als Abel um sich schaut, bemerkt er einen Mann, der am Nebentisch sitzt und der sehr gut aussieht. Abel wirft ihm verstohlen einen Blick zu. Danach wendet er sich dann wieder seiner Freundin zu. Er weiß wohl, daß man sich davor hüten sollte, also wozu das Spiel fortsetzen! Abel unterhält sich mit Mirthe und vergißt dann auch seinen Tischnachbarn. Fünf Minuten später stellt Mirthe fest, daß der Mann von nebenan verschwunden ist. Aber wenig später kommt er zurück, in Begleitung von sechs anderen.

Abel ist ihr Ziel. Er wird nicht nur mit unzähligen Beleidigungen überhäuft, sondern kriegt mehrere Faustschläge ab, wird an den Haaren aus dem Café gezerrt und in ein Polizeiauto verfrachtet. Der Unbekannte vom Nebentisch war also ein Polizist in Zivil! Mirthe darf das Café nicht verlassen, sie gehorcht. Es

hat sowieso keinen Sinn etwas dagegen zu unternehmen. Das Auto fährt ab. Mirthe hört einen Knall. „Ich bin mir absolut sicher, das war ein Schuß aus einer Pistole“, sagt sie dann. Abel ist seitdem spurlos verschwunden. In Buenos Aires also: dank derer schau immer geradeaus, am besten auf den Boden. Andernfalls könntest du den Mannlichkeitswahn der Polizisten herausfordern und dies kann dich das Leben kosten.

Mirthe geht an ihren Tisch zurück, sie kann sich vor Bestürzung kaum noch zurückhalten. Vor ihren Augen ist Abel getötet worden! Niemand hat was dagegen unternommen (sie sind stl.) geblieben. Sie beide hatten sich in diesem Café mit anderen Freunden treffen wollen. Jetzt gilt es die Freunde zu warnen. Aber das Telefon des Cafés kann unter Umständen angezapft sein. Mirthe wartet, also bis die Freunde eintreffen. Sie beschließen zusammen die Eltern von Abel und beschließen trotz allem weg zu gehen ins Kino zu gehen. Vor dem Nachhausegehen wollen sie noch kurz etwas trinken. Also gehen sie in ein Café in der Straße Lavalle gelegen, dort, wo sich die meisten Kinos befinden.

Ein Junge, ungefähr zwanzig Jahre alt, mit einem rosa gestreiften Pullover und einem hellblauen Hemd, geht aus dem Café zu schaut auf seine Uhr. Ein Polizeiauto fährt an ihm vorbei, er bemerkt es jedoch nicht. Er nimmt in dem Café Platz offensichtlich um auf jemanden zu warten. Wenige Minuten später wiederholt sich die Szene vom späten Nachmittag.

Die Polizisten gehen auf den Jungen zu: „Du dreckiger Schwule, wir werden es dir schon zeigen!“ muß er sich anhören. Hofflich versucht der Angesprochene die Polizisten aufzuklären: „Ich bin nicht schwul, ich wäre hier auf meine Verlobte und meine Schwägerinnen. Sie müssen jeden Moment hier aufkreuzen.“

Mirthe und ihre Freunde machen sich dazwischen, ebenso einige andere Gäste des Cafés: „Nein, er ist kein Schwule, wir haben alle gesehen, daß er auf jemanden wartet. Und im übrigen: Seit wann ist es verboten, einen rosa Pullover zu tragen?“ Fausthiebe gehen auf den Jungen nieder, auch er wird im Polizeiauto abgeführt. Seine Verlobte und deren Eltern, die gerade auf der Stelle eintreffen können ihm nicht helfen.

Drei Tage später wird Mario N. freigelassen mit Spuren am Körper, die von Misshandlungen zeugen. Von jetzt an ist auch er als Homosexueller bei den Behörden registriert. Dennoch, er hat Glück gehabt, er ist wieder frei.

Diese beiden Vorfälle habe ich von Mirthe erfahren, die wenige Tage später nach Sao Paulo abgereist ist, wo ich sie getroffen habe. Sie will weiterhin anonym bleiben, denn Eltern und Freunde von Abel und sie selbst leben weiterhin in Buenos Aires.

## Stellungnahme eines Argentiniers

Dieser Bericht ist, daran gibt es für mich keinen Zweifel, ziemlich realistisch. Es ist ein Fall, wie er sich derzeit alle Tage irgendwo in Argentinien wiederholen könnte. Meine eigenen Erfahrungen und die meiner Freunde lassen die Affäre Abels als glaubwürdig erscheinen.

Nur in einer Hinsicht bin ich etwas kritisch: die Schilderung der Verhaftung.

Nur in einer Hinsicht bin ich etwas skeptisch. Seitdem man dann aus gehen muß, daß Abel nicht mehr lebt (daß Militär und Polizei kurzen Prozeß machen, nicht nur mit Schwulen, sondern mit allen Verdächtigen hat sich mittlerweile herumgesprochen) habe ich Zweifel daran, ob Abel vor den Augen anderer umgebracht worden ist. Normalerweise ist die Polizei viel diskreter. Für ihre blutigen Geschäfte will sie keine unnötigen Zeugen. Ruhige abgeschirmte Orte sind ihr lieber.

Daß eine diejenige, die sich extrawagt, klandestine, die Interesse der Polizei auf sich ziehen, ist unbestritten. Ein grauer Pullover mag in Europa nichts anderes ungewöhnliches sein, aber in Buenos Aires fällt man damit schon auf. Besonders dann, wenn der Betreffende sich eine Tasche umhängt hat. Dann glaube die Polizei sicher zu sein, daß sie einen Homo vor sich hat. Genau so wie es sich um einen Drogensüchtigen oder einen schwulen „Taxi-Boy“ handeln muß, wie Jeans trägt und dazu vielleicht noch einen Schnauzbart. Für Europäer kaum vorstellbar, gewiß. Wer sich in Buenos Aires aufhält, muß wissen, daß die normale Kleidung – auch für Studenten und Schüler – viel formalierter ist als in europäischen Breiten. Ferner, daß sich die staats- und polizeiführende Einstellung schon in unkonventioneller Kleidung widerspiegelt und daß die Konventionen einem, gerade in faschistischen Zeiten wenig Raum lassen. Oder hätte es jemand gewagt, während der Nazi-Zeit mit lässigen Pullover, Lederjacks und Jeans durch die Straßen zu flanieren, ohne den Argwohn der Ordnungskräfte auf sich zu lenken?

Die Repression gegen Schwule muß in einem weiteren Zusammenhang gesehen werden, nämlich als ein Element einer Hysterie, die Polizei, Militär, Reaktionen und Opportunisten betreffen hat. Hysterie, als Terroristen oder deren Helfershelfer verdächtigt, oftmals ohne die Spur eines Beweises, ganz willkürlich verhaftet geht es kaum besser. Ich glaube es ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar, unter welchen Bedingungen man in Buenos Aires lebt, wo eine Schreckensnachricht die andere folgt, wo man sich tagtäglich kuscheln muß, gedemütigt wird, wo Drogen

zuletzt an der Tagesordnung ist und wo vor allem Resignation und nicht als Resignation sichtbar ist, worunter selbst die Freunde leiden.

Seit der Machtübernahme durch das Militär im März 1976 hat die Repression gegen Schwule ein neues Stadium erreicht. Die herrschenden Militärs kümmern es genauso wenig wie die meisten ihrer Vorgänger, daß es in Argentinien keine diskriminierenden Gesetze gegen Homosexuelle gibt. Selbst in Fragen der öffentlichen Sitten und Moral macht das Gesetz keinen Unterschied zwischen Heterosexuellen und Homosexuellen.

Unmittelbar nach ihrem Staatsstreich mit dem sie Isabel Peron von der Macht verjagten, trieben die Militärs ein besonders grauenhaftes Spiel mit den Schwulen. Sie machten Jagd auf alles, was ihnen verdächtig schien. Nach der Maxime „Ohne Rücksicht auf Verluste und Lieber einen Unschuldigen zuviel als einen Schuldigen zuwenig“ traf es neben Linken die im Jargon von Videla und seiner Chargin „Subversive Elemente“ Kommunisten und Terroristen hatten auch Schwule deren Existenz mit den Moralvorstellungen der strenggläubigen Katholiken im Militärkorps unvereinbar war.

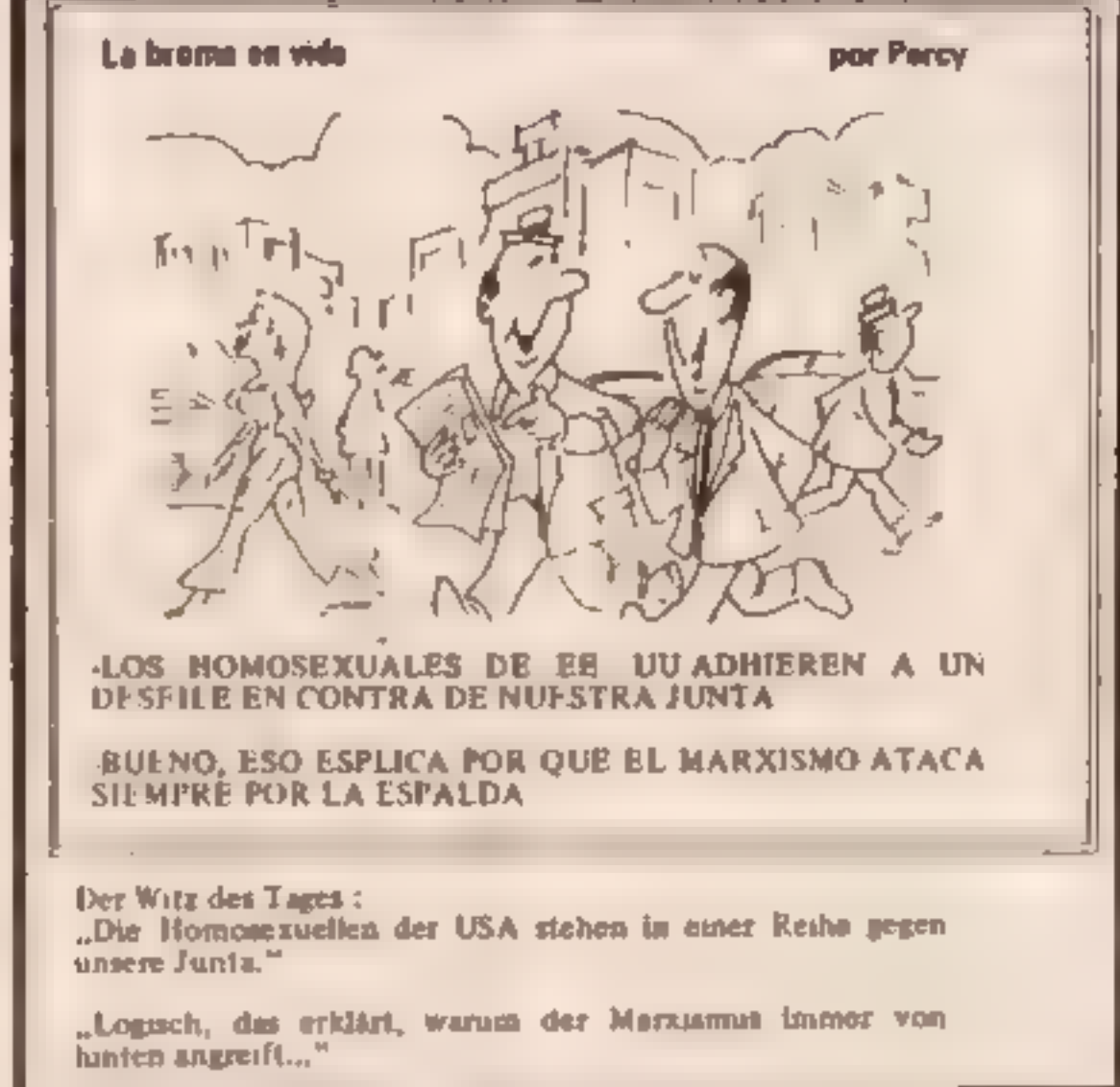
Die Einschüchterung und Angst nahm ein solches Ausmaß an, daß sich bald keine mehr auf Plätze wagte, die als Homotreffpunkte ausgewiesen waren. Eine zwespaltige Morde offenbarten die Militärs jedoch während des Fußballmundials.

Damit sich ein derartiger Vorfall nicht wiederholen arbeiteten die Militärs und Polizisten noch gründlicher. Kaum war eine Woche vergangen, ging die neu eröffnete Disco in Fiammas auf. Der lokale Polizeichef konnte nun zu Frieden sein. Er darf weiterhin allein das lukrative Geschäft betreiben.

Seitdem das Risiko für die Schwulen zu groß geworden ist, sich an einschlagnen Orten zu lassen, hat sich die Szene mehr auf die Cafés verlagert, die sich in der Lavalle-Straße im Herzen von Buenos Aires aneinanderreihen. Man trifft sich in einem Café solange, bis die Polizei ihre erste Razzia durchgeführt hat. Danach ist das heimgesuchte Café tabu. Man zieht in ein anderes in derselben Straße weiter.

Ein belastendes Element der staatlichen Repression stellen die Sittenbrigaden der argentinischen Polizei dar. deren Verhalten an Niederträchtigkeit kaum noch zu überbieten ist. Schwule die für ihre Dienste erpreßt und umgedreht wurden, stellen anderen auf Plätzen und Klappen nach. Doch diese haben wenigstens einen Vorteil: Sie lassen sich bestechen. Ich kenne keinen meiner Freunde, der nicht schon in die Hände dieser Typen geraten wäre. Mir selbst ist es auch schon passiert. Glücklicherweise hatte ich damals nur etwas mehr als zehn Dollar bei mir, die sie mir abknöpfen.

## Hetzkarikatur aus dem chilenischen Faschistenblatt „EL MERCURIO“



als sie die Eröffnung einer schwulen Disco im Stadtzentrum von Buenos Aires dulden. Schließlich wollte man ja den ausländischen Gästen deren heimische Freunde nicht vorenthalten. Und außerdem: Wenn das Interesse an Argentinien wieder steigt, wie nach dem Fußball-Spektakel, wird das Lokal wieder dicht gemacht.

Ist es möglich, daß eine Stadt wie Buenos Aires mit neun Millionen Einwohnern keine schwulen Bars kennt, geschweige denn Saunen? Soweit mir bekannt gibt es im Stadtzentrum keine einzige. Was es anders würde es sich in unseren Kreisen schnell herumgesprochen. Vielleicht existiert derartiges auf höherer Ebene in privaten Zirkeln. Das sind allerdings reine Spekulationen von mir.

Zwanzig Kilometer außerhalb von Buenos Aires, in einem der äußersten Vororte, kann man aber eine schwule Disco antreffen. Ihr Besitzer ist ein lokaler Polizeichef. Dieser Umstand garantiert wenigstens den Schutz vor Belästigungen seiner Kollegen.

Sollte es allerdings jemand wagen sein Monopol zu bedrohen, der kann sein blaues Wunder erleben. Vor einigen Monaten, noch im letzten Jahr, hatte ein Schwuler aus Buenos Aires die Frechheit besessen, ihm Konkurrenz mit einer Disco zu machen. Polizei und Militär holten zum gemeinsamen Gegenschlag aus. Alle zweihundert Homos, die sich an jenem Samstagabend dort vergnügten, wurden abgeführt und registriert. Schlimmer noch: Zwei Tage darauf konnten sie ihren Namen in einem Boulevard-Bleist wiederfinden. Was das für sie und nicht zuletzt für ihren Arbeitsplatz in einer schwulenfeindlichen Umwelt bedeutet, ist unsehbar zu erraten.

(Anmerkung AG Schwule: Wir wir aus Berichten von Schwulen wissen, die unter dem Hitler-Faschismus lebten, werden solche Lokale von der Polizei bewußt offen gehalten. Sie dienen als sog. „Mausefallen“ und werden in unregelmäßigen Abständen „geräumt“, alle Anwesenden verhaftet. Zweck: Kontrolle der „Szene“.)

den rechten Flügel des Peronismus Anlaß, selbst wieder nach der Macht zu greifen und die Linken in die Wüste zu schicken. Und mit ihrer Machtübernahme im September 1973 kehrte die Polizei zu ihrem traditionellen Repressionsinstrumentarium zurück.

Seitdem ging es immer mehr bergab, mit einem eindeutigen Höhepunkt unmittelbar im Anschluß an den Putsch des Militärs im Frühjahr des Jahres 1976. Daß es zu Zeiten von Peron nicht gerade repressivste zugang, kann ein kleines Ereignis aus dem Jahre 1974 veranschaulichen.

Eines Abends gehe ich an die Kasse eines Kinos, das in der Lavalle-Straße liegt, um mir ein Ticket für das Abendprogramm zu besorgen. Zusammen mit einem Bekannten, der wie ich schwul war, bummeln wir durch diese Straße, in der sich die Schwulen und auch die „Taxi-Boys“ treffen. Wir biegen in die Florida-Straße ein, schauen uns die Vitriole eines Bekleidungsgeschäfts an. Fünfzig Schritte weiter kreuzen wir zwei Typen, die uns fixieren, die uns anstarren. „Was schauen die so komisch?“ wollte ich gerade meinen Kumpel fragen, als die beiden auch schon unsere Ausweise sehen wollten.

Wir werden getrennt, unsere Identität überprüft und über den anderen ausgefragt. Glücklicherweise konnte ich meinen Partner gut, weil wir zusammen ein Geschäft betreiben. Dennoch behalten sie unsere Ausweise ein.

Wir werden zu einem Bus geführt, der ein paar hundert Meter oberhalb steht. Ungefähr zwanzig Typen haben dort Platz genommen. Meiner Schatzung nach waren die Hälfte darunter schwul, auch einige Mädchen waren dabei. Der Bus fuhr ab. An der Hauptpolizei mußten wir aussteigen, wo wir auf schätzungsweise fünf-hundert Jungens stießen. Je 150 teilten eine Zelle, fünf auf fünf Meter groß, während einer Nacht ohne Licht.

Mein Begleiter und ich wurden am nächsten Morgen freigelassen. Die Mehrheit der anderen, insbesondere die Schwulen, die ihren Partner weniger gut kannten, mußten weitere sechs Tage auf der Polizeiwache aushalten. Zum Abschied zwang man sie, ein Dokument zu unterschreiben, demzufolge sie ihre Homosexualität eingestehen.

Transsexuellen sehen wir auch auf der Polizeiwache. Diese waren aber schon längere Zeit dort und ganz zu Diensten der Polizisten. Ihre Aufgabe war es, Kaffee für ihre neuen „Herren“ vorzubereiten und zu servieren und sonstige Pflichten einer Haushälterin zu erfüllen.

Um das Klima zu charakterisieren, das zu Beginn der Militärdiktatur herrschte, haben wir den Freund eines Argentiniers befragt, der ganz besonders unter dem staatlichen Terror litt und seit einem Jahr illegal in Paris lebt. Der Argentinier, der das Opfer der Repression gegen Schwule war, wollte selbst nicht zu dem Vorfall Stellung nehmen, da er immer noch unter dem Trauma der Ereignisse von damals leidet. Obwohl ich ihn schon nahezu ein Jahr kenne, habe ich mich nicht getraut, ihm diesbezüglich eine Frage zu stellen, weil er dann sofort in Tränen ausbricht.

Vor ungefähr zwei Jahren war mein Freund mit drei anderen schwulen Freunden in Rosario, der drittgrößten Stadt von Argentinien mit 300 bis 400.000 Einwohnern, an einer Straßenkreuzung hatten sie eine Rast. Als sie aussteigen wollten, um das Rad zu wechseln, näherte sich ihnen ein Fahrzeug ohne Nummernschild. Die blaue und weiße Farbe des Ford Modells verriet ihnen sofort, mit wem sie es zu tun hatten: mit einer schwulen Sozialpolizei, die den Schutz des Militärs und der uniformierten Polizei genießt und als besonders bevorzugt gilt. Zur Überprüfung ihrer Personafilm wurden sie zur Polizeistation gebeten.

Hier wartete Schlimmes auf sie. Eine Woche lang wurden die festgehalten, die ganze Zeit über gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks. Dann wurden sie, mit den Füßen nach oben, an einer Wand festgehängt. Daß sie doch noch freikamen, ist einem besonderen Umstand zu verdanken. Einer der vier war Sohn eines höheren Militärs.

Cesar Figueredo

## Termine der Rosa Hilfe

Rosa Telefon  
Montags, 18 - 22 Uhr Tel. 279 36 98

Rosa Treff: Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, 15 - 17 Uhr, Bierstube „Maden“, Beim Schlump/Ecke Bundesstraße. Nächste Termine:  
21.1., 4.2., 18.2., 4.3., 18.3., 1.4.

Die AG Schwule im KB hat ein Inhaltsverzeichnis der seit 1976 geschriebenen Artikel fertiggestellt. Insgesamt liegen rund 140 Artikel zur Schwulen- und Lesbenunterdrückung vor. Das Inhaltsverzeichnis kann unter der Verlagsadresse angefordert werden.



# Mord ist nicht gleich Mord

In der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember wurde in Mainz der Gartengestalter Siegfried Haufe umgebracht. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ berichtete ausführlich darüber, u.a. auch, daß der Gartengestalter „sich zu den Homosexuellen zählte“ und diese „seine sexuelle Veranlagung ihm jetzt zum Verhängnis geworden ist.“ Zu diesem Vorfall erreichte uns ein Flugblatt von Viola Fliederwilt, Mitglied in der „Initiative Homosexualität Mainz“ (IHM). In ihm heißt es:

In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde der Gärtner Siegfried Haufe brutal umgebracht. Laut Bericht im „Mainzer Anzeiger“ war Herr Haufe ein „überaus zuvorkommender“ Nachbar. Bei seinem Einzug stellte er sich überall vor. Das haben wir hier noch nicht erlebt, meinte eine Nachbarin.

Der Gärtner Siegfried Haufe war homosexuell. Am dem Freitagabend nahm er zwei Strichjungen vom Mainzer Hauptbahnhof mit zu sich nach Hause und bewirtete sie. Sie fesselten ihn auf sein Bett und brachten ihn auf unbeschreiblich grausame Weise um. Auf Geheiß seines Hundes hin fand die Polizei sonntags die blutüberströmte Leiche.

Die übliche Reaktion auf solch einen Mord mit Homosexualität und Strichjungen ist Ekel und Abscheu. Ich stelle hier die Frage nach dem Hintergrund solcher Morde.

Da ist zum ersten der Ernordete, Gärtner Haufe. Er verhielt sich übernormal „nett“ und „freundlich“. Als Homosexueller hat er dieses nötig; er

muß ständig beweisen: „Der ist zwar schwul, aber sonst ein ganz netter Kerl!“ — Oder er muß sich verstecken, muß seine Mißwahrnehmung anerkennen, damit er ihrer Verachtung entgeht, denn er ist „anders“.

Für Homosexuelle ist es sehr schwer, einfach eine Beziehung zu finden — jemand zum Leben, Zusammensein, Zärtlichkeit usw. Es gibt wenige Homosexuelle, und die, die es gibt, zeigen sich meist nicht offen. Schwul sein gilt als „pervers“. Das wird dem Schwulen immer wieder gezeigt, überall. Er findet überall Angst. Diese Angst zeigt sich auch in den sich gelegentlich doch ergebenden Beziehungen Homosexueller immer wieder. Wäre diese Angst nicht, könnten diese Männer eher glücklich werden.

Siegfried Haufe war 43 Jahre alt. Mit 43 Jahren hat er es sicherlich schwer gehabt, homosexuelle Partner zu finden. Bei vielen Homosexuellen wirkt das unmenschliche Ideal der Jugend. Je älter sie werden, desto öfter erfahren sie Ablehnung, desto einsamer und schwieriger wird ihre Situation. Diese Einsamkeit und diese schwierige Situation treiben Homosexuelle dazu, an abstoßigen Orten nach einem verlockenden Moment Erfüllung und „Glück“ zu suchen. Diese Situation treibt sie dazu, „kaufliche Liebe“ bei Strichjungen zu suchen. Dies ist unnötig, wenn Homosexuelle keine Angst vor sich und anderen haben müssen — wenn sie ohne Unterdrückung selbstbewußt zueinander finden.

„Jedermann“ und jeder im einzelnen zwingt sie zu Angst und Selbstunterdrückung durch seinen Abscheu, sein Mißachten — Ausstoßen — Mißhandeln. Diese Unterdrückung der

Homosexuellen von „Jedermann“ entsteht aus „Jedermanns“ Angst vor Homosexualität, die ihm rundherum anerkennen ist. Nicht die Homosexualität ist das Problem, sondern die Angst vor ihr.

Zum zweiten sind da die Strichjungen. Meist sind sie nicht schwul und haben kein Geld, keine Arbeit. Einige Gründe treiben sie dazu, das ekelhafte Spiel der bezahlten Liebe mit Männern zu spielen. Ihre Situation zwingt sie dazu, daß sie versuchen, von ihren Freiern möglichst schnell, möglichst viel Geld zu bekommen.

Schiefe Beziehungen. Beide sind dann getrieben, sich gegenseitig auszunutzen und zu mißbrauchen. Ihre Beziehungen sind vom Geld und vom faulen Ekel bestimmt.

Eine Form, die krasseste, wie sich dieser Ekel ausdrückt, war wahr scheinlich der Mord an Siegfried Haufe in grausamer, blutiger, sadistischer Weise.

Die Angst und der Ekel sind nicht selbstverständlich, und sie müssen nicht sein. Sie entstehen aus der allgemeinen Unterdrückung der Homosexualität und der Homosexuellen.

Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt. Diese Situation ist zu ändern!

(Wir haben diesen Artikel aus der „Tageszeitung-Regionallblatt“ ungekürzt nachgedruckt, weil wir den Artikel von Viola Fliederwilt/IHM für besonders geeignet halten, den Zusammenhang von Homosexualität und Gewalt/Mord zu vermitteln).

AG Schwule im KB

## Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50  
Telefon Verlag: 43 53 08  
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund  
Buro  
Schluterstraße 4  
2000 Hamburg 13  
Telefon: 44 98 14

### Schleswig/Holstein

Fleburg  
Peter Petersen  
Postlagerkarte 098245 A  
239 Fleburg

Geesthacht  
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
vor Herl

Kappeln  
Dagmar Schneider  
Postlagerkarte  
234 Kappeln

Kiel  
H. Lankau  
Postlagerkarte 09 88 83 A  
2300 Kiel 1  
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr  
Buchertisch Universität/Mensa  
Jeden Freitag von 18 bis 18 Uhr  
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr  
Holtenstraße zwischen Kieler  
Nachrichten- und Buchladen „Monte-  
nut“

Lübeck  
ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro  
Postlagerkarte 01 11 11  
2353 Lübeck

Mölln/Ratzeburg  
M. Below  
Postfach 1111  
241 Mölln

Mühlstein

241 Mölln

Neumünster  
Angelika Schuknecht  
Postlagerkarte 29  
2350 Neumünster  
04 321 46 548

Oldenburg  
Günther Peter Mohr  
Postlagerkarte A 172 014  
2610 Oldenburg  
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
Kaufhaus Reinhold/West

Pinneberg  
Postlagerkarte A 072 021  
208 Pinneberg

Reinbek  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
Kaufhaus Reinhold/West

### Bremen

Bremerhaven  
A 11 11 11 AMPF Vertriebsbüro  
Postfach 14  
261 Bremerhaven  
Bürozeiten nur nach  
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr  
(nicht mehr Mittwoch)

Bremen  
ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro  
Am Schwarzen Meer 162  
2800 Bremen 1  
Tel. 44 36 74

### Niedersachsen

Braunschweig  
Postlagerkarte 081 378  
33 Braunschweig  
Verkauf jeden Sonnabend  
11 bis 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven  
Verkauf jeden Sonnabend  
10 bis 12 Uhr vor Karstadt  
Norderneustraße

Emden  
Postlagerkarte 0 674 58 A  
297 Emden

Göttingen  
Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10 z.Hd. KB  
34 Göttingen

Hannover  
V. Campen  
Postfach 1262  
3 Hannover 1

Hildesheim  
Postlagerkarte A 019 084  
32 Hildesheim  
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg  
Postlagerkarte A 017 890  
314 Lüneburg  
Bücherstr.  
11 bis 13 Uhr

Verkauf jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr  
am Pferdemarkt

Wasser-Emm-Gebiet  
Postlagerkarte 070 178 A  
29 Oldenburg

Wilhelmshaven  
Samstags in der Marktstraße  
AK Verkauf zwischen  
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg  
Verkauf jeden Sonnabend  
11 bis 13 Uhr Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz  
Südpfalz  
G. W. Immeier  
Postfach 22  
6748 Bad Bergzabern

### Nordrhein-Westfalen

Bielefeld  
J. Reents Vertriebsbüro  
Buddestr. 9  
48 Bielefeld  
Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Bochum  
Postlagerkarte A 056 071  
463 Bochum  
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr  
Kontumstr./Innenstadt  
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr  
Uni/Mensa

Bonn  
Dienstags 12 bis 14 Uhr  
Mensa Neuenstraße  
Sonntags 10.30 bis 12.30 Uhr  
Münsterplatz

Duisburg  
Postlagerkarte 080 180 A  
41 Duisburg

Essen  
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr  
Gesamthochschule Essen

Kamen  
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr  
Mittwochs von 18.30 bis 18 Uhr  
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2  
Postlagerkarte A 0087 48  
4050 Mönchengladbach  
Verkauf jeden Sonnabend  
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt  
(Fußgängerzone)

Köln  
Dienstags  
Buchertisch-Fachhochschule für  
Sozialarbeit  
Mittwoch Buchertisch – Uni  
Sozialarbeit  
Mittwoch Buchertisch – Uni

Hessen  
Darmstadt  
Edwin Herrmann  
Am Eichbaumack 82  
61 Darmstadt

Frankfurt  
J. Reents Vertriebsbüro  
Postfach 11  
6000 Frankfurt 1  
Tel. 191 1 50 21 1

Kassel  
P. Ruhn  
Postfach 10 31 43  
3500 Kassel

### Berlin Wittenberg

Freiburg  
Jeden Samstag Verkauf  
11 bis 12 Uhr  
Kaiser-Josef-Str./Ecke  
Rathausgasse

Heidelberg  
AK Verkauf jeden Montag und  
Buchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/  
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte  
0808458

Karlsruhe  
Heidi Zorn  
Humboldtstr. 13  
75 Karlsruhe

Pforzheim  
Zentrum Seltener Str. 59  
Jeden Freitag von 18 bis 17.30 Uhr  
Leopoldplatz

Stuttgart  
Postlagerkarte 824 B  
7000 Stuttgart 1

### Bayern

Bamberg  
Verkauf jeden Dienstag  
Buchertisch 11-13 Uhr  
Gesamthochschule

Landshut  
A. Fierbeck  
Postfach 2413,  
83 Landshut  
Verkauf jeden Sonnabend  
10 bis 12 Uhr  
Altstadt vorm Oberpaur

Münzberg  
Postlagerkarte 079303 A  
87 Würzburg  
Verkauf Mittwochs nach AK-Erscheinen  
alte Mensa

Nürnberg  
P. Tröstler  
Postfach 150472  
85 Nürnberg

Westberlin  
Andy Radke  
1 Berlin 12  
Postlagerkarte 008 128 B

# Schwule international

## Israel: Militanter Widerstand im Park

Ende letzten Jahres wurde ein Schwuler in einem Park in Tel Aviv einem bekannten Schwulen von zwei jungen Typen angegriffen.

Das wäre an sich nichts Neues. In letzter Zeit hatte sich aber die Zahl der Übergriffe gesteigert und darum hat die israelische Schwulenorganisation SPPR eigene „Parkwachen“ aufgestellt. Obwohl diese „Parkwachen“ anfänglich mit Skepsis oder gar Hohn von Seiten der Schwulen konfrontiert waren, wuchs die Zahl derer, die die schwule Selbstverteidigung als mögliche Alternative erkannten.

Und obwohl keine organisierten Patrouillen in der Nacht dieses Angriffs im Park waren, kamen andere Schwule spontan zur Hilfe, da durch die üblichen Patrouillen sich das Klima der Vereinzelung und Ohnmacht verzogen hatte.

Die Schwulen schlugen mit Stöcken und Zweigen auf die beiden Angreifer los. Der eine verlor in dem Tumult seine Schuhe, dafür bekam der andere einen Schock. Beide flüchteten schreiend vor den „schwulen Übergriffen im Park“ (Gay News, 24.1.79).

## Zensur in englischer Zeitung

In der „Mid Sussex Times“ sollte eine Anzeige der örtlichen Telefonberatung für Schwule erscheinen. Die Druckpresse war schon am Laufen, als die Herausgeber die Anzeige bemerkten.

## Aufruf der Gruppe „Fliederlich“ (Nürnberg)

„Wir, die Nürnberger Schwulen- und Lesbengruppe, nehmen im Sommer 1979 am evangelischen Kirchentag zu Nürnberg teil. Zu diesem Kirchentag hat sich die bundesweit organisierte AG Homosexuelle und Kirche dies-jährig fristgerecht angemeldet. Der Markt der Möglichkeiten, der im Rahmen des Kirchentages dazu dienen soll, der Öffentlichkeit ein Bild von der Arbeit der Kirche zu vermitteln, soll für diese AG jedoch gesperrt werden, da ihr vor kurzem hierfür offiziell die Genehmigung verweigert wurde. Münchens Oberkirchenrat Grenzstein sprach mittlerweile öffentlich vom Markt der Unmöglichkeiten für den Fall, daß sich Homosexuelle beteiligen sollten. Ein Vorfall des vergangenen Jahres: Die Berliner AFA (Allgemeine Arbeitsgemeinschaft Homosexualität – Ann. AG Schwule) wurde aus dem MdM hinausgeworfen. Nichtsdestotrotz und gerade deshalb beabsichtigen wir, uns nicht ausschließen zu lassen! Bitte macht euch Gedanken, ob und wie ihr euch an diesem Kirchentag beteiligen wollt, ab

Prompt wurde der Anzeigentext aus der Druckplatte herausgemeißelt, der Rest der Auflage erschien auf einer weißen Fläche statt der Anzeige. In „Mid Sussex Times“ wurde auch hartnäckig, zu begründen, warum der Abdruck ablehnt. Das stieß auf breite Empörung. Die örtliche Druckergewerkschaft, Parlamentsabgeordnete, Rechtsanwälte, kirchliche und Gemeindegruppen protestierten. („Gay News“, 25.1.79).

## Die schmutzige Fummeltrine

„Für einen Versicherten, der in kurzer Hose, Damenstrümpfen und Strumpfhutern zur Arbeit erscheint, gibt es keinen allgemeinen Grundsatz, daß männliche Personen, die Kleidungsstücke bevorzugen, die üblicherweise von Frauen getragen werden, nicht mehr als Arbeitnehmer zu vermitteln sind“. So lautet ein Urteil, das das Bundessozialgericht jüngst fällte. Somit scheint es weiterhin möglich, als angestellter Trime Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenrente zu beziehen. Laut Arbeitsförderungs-gesetz hat nur der/die Anspruch auf dieses Geld, der auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar ist. Aber schon im eben zitierten Urteil haben sich die Herren Richter Möglichkeiten offengelassen, zukünftig „Vernachlässigte“, die sich wie oben beschrieben kleiden, als nicht vermittelbar einzustufen und von der ALG bzw. ALG auszuschließen. Heißt es doch, daß es „keinen Grundsatz“ gebe. Das könnte wohl als Hinweis an die zuständigen Stellen gemeint sein.

Ihr kommen könnt, um uns zu unterstützen! Bitte schreibt uns Ideen und Vorschläge möglichst bald, spätestens bis 1.2.79. Je stärker ihr dort auf-treten könnt, desto größer sind unsere Chancen, uns beim Kirchentag einzumischen!

Parallelen zu den offiziellen Veran-staltungen wollen wir alternative Pro-gramme vorbereiten, d.h. Diskussio-nen organisieren und Feste feiern. Wir planen, Räume anzumieten, wo wir Filme zeigen und auch andere Dinge tun können. Bitte gebt uns bald Be-scheid, damit wir wenn möglich privat für Übernachtungen sorgen können. Termin für den Kirchentag: Beginn Mittwoch, den 13.6.79, Schlußveranstal-tung Sonntag, 17.6.79. Während die-ser Tage wird im Messezentrum des-gleichen „Markt der Möglichkeiten“ statt-finden. Kommt zahlreich!!!

Kontaktadresse für Briefe und Anrufe: „Fliederlich“ c/o Wolfgang Kaaden, Waldstr. 10, 85 Nürnberg 14, Tel. 0911/64 02 98 (0 - 24 Uhr).

wahre Grundsätze zu schaffen. Für das Recht auf Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenrente auch für Homosexuelle!

## Gay Pride Week

London: Der 10. Jahrestag der New Yorker Schwulen-Revolution (Stonewall) von 1969 soll zum „größten schwulen Ereignis“, das es jemals in Europa gegeben hat (H. Capital Radio) werden. Die Vorbereitungen nehmen Gestalt an.

Das Londoner „Gay Pride Comitee“ hat sich z.B. ein Büro gemietet, von wo aus die Planung und Mobilisierung für den zehnten „Geburtstag“ der Schwulenbewegung in die Hände genommen wird.

Das Vorbereitungs-komitee, das in „Gay News“ von sehr vielen schwulen und lesbischen Aktions- und Beratungsgruppen getragen wird, hat schon 20.000 Aufkleber vertrieben, die für die Gay Pride Week (etwa Woche des Stolzes der Schwulen) werben. Aufkleber, Anstecker und demnächst auch Plakate sind erhältlich bei der Kontaktadresse des Komitees.

Gay Pride Week  
5 Caledonian Road  
London N 19 DX

## Themenschwerpunkte der ROSA

Die „Rosa – Eine Zeitung der schwulen Bewegung“ teilt uns mit, daß für das laufende Jahr folgende Themenschwerpunkte geplant sind:

„Rosa“ 17: „Schwul leben“ zum Sommer 1979  
Autonome Projekte, gemeinsames Wohnen, Arbeiten und Freizeiten  
Wie warm leben „Nur“ schwul oder auch? schwul Schwule unter Normalen

„Rosa“ 18: „Schwule und Alter“ zum Herbst 1979  
Wie leben alte Schwule? Angst und Verdrängung der Altersfrage – Jugendfreizeitszenen – Gemeinsames Altern werden in der Bewegung

„Rosa“ 19: „Schwule und Medien“ zum Winter 1979  
Wie gehen wir mit Medien um? – Schwule Medien – Mehr Interesse der Medien an Schwulen?

Beiträge auch unabhängig vom Themenschwerpunkt, sollen möglichst frühzeitig an die „Rosa“ Adresse geschickt werden.

Die „Rosa“ 16 mit dem Schwerpunkt „Schwule und Sexualität“ erscheint im März.

Das zweite „Rosa“ Treffen wird im September 1979 in Hamburg stattfinden.

„Rosa“ c/o Schwul  
Postfach 10 16 43  
2800 Bremen



# Nachrichten aus Schule und Hochschule

## SP-Wahlen nach neuem Wahlrecht Erste Ergebnisse

In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Westfalen wurden im vergangenen Jahr neue, dem Hochschulrahmengesetz angepaßte Hochschulgesetze verabschiedet (die übrigen nördlichen Bundesländer hatten diese Anpassung schon früher vollzogen), die eine fortschrittliche Politik studentischer Vertretungsorgane stark erschweren. Das politische Mandat ist verboten, die Ästen werden ihrer Finanz- und Satzungsautonomie beraubt und damit zu Service-Unternehmen unter der Fuchtel der Hochschulbürokratie und des Staates degradiert. Wahlordnungen, die die Studentenschaft in demokratischen Verfahren beschließen hatte, werden für ungültig erklärt und per Gesetz durch neue ersetzt.

Die diessemestriigen Wahlen zum Studentenparlament (SP) stehen im Zeichen der Auseinandersetzung um das weitere Vorgehen der Studenten. Soll man sich an Wahlen unter diesen Bedingungen beteiligen oder den Boykott ausrufen und stattdessen ein unabhängiges Vertretungsorgan aufbauen?

An einer Reihe von Hochschulen in NRW wurden mutmaßlich von der Hochschulverwaltung — ohne Unterstützung der Studentenschaft — Zwangswahlen gemäß dem neuen Studentenschaftsgesetz (SSG) durchgeführt, was meist zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung führte. An anderen Hochschulen liefen neben diesen offiziellen Wahlen, unabhängige Wahlen der Studenten. In Bochum und Münster z.B. haben sich die Studenten entschlossen, an den offiziellen Wahlen teilzunehmen, da sonst dem RCDS Niedersachsen.

die Ästen und damit auch die Gelder in die Hände fallen würden. Im folgenden wollen wir — so weit möglich — einen Überblick über den Stand der SP-Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geben.

### Nordrhein-Westfalen

**FHS Aachen:** Das mit einer Wahlbeteiligung von nur 3,2 % gewählte Studentenparlament löste sich sehr schnell wieder auf und beauftragte die Hochschule, noch in diesem Semester Neuwahlen auszuschreiben. Die Linken hatten zum Boykott aufgerufen.

**FHS Düsseldorf:** Hier beteiligten sich nur 1,8 % an den Wahlen gemäß SSG. Die „gewählten“ Studenten traten nicht zurück.

**GHS Wuppertal:** Bei einer Wahlbeteiligung von 23,3 % entfielen folgende Sitze auf die einzelnen Listen:

**RCDS:** 487 Stimmen, 7 (—) Sitze  
**Jusos:** 330 Stimmen, 5 (4) Sitze  
**LUSt (Basisgruppen):** 294 St., 4 (3) Sitze  
**LHV:** 198 Stimmen, 2 (2) Sitze  
**Umorganisierte:** 181 St., 2 (—) Sitze  
**GO (MSB/SHB):** 106 St., 1 (13) Sitze

**GHS Paderborn:**  
Wahlbeteiligung 48 %.  
**RCDS:** 16 Sitze,  
**Jusos:** 10 Sitze  
**GEW, Stud. Gruppe:** 4 Sitze,  
**GO (MSB/SHB):** 2 Sitze

**FHS Köln:**  
Wahlbeteiligung 12 %  
**Jusos:** 2 (8) Sitze  
**MSB:** 6 (7)  
**SHB:** 6 (7)  
**GO:** 2 (7)  
**LHV:** 1 (—)  
**RCDS:** 4 (1)

**Bonn:** Die Rechten (RCDS und SLH) konnten bei einer Wahlbeteiligung von 52 % ihre Mehrheit mit geringem Stimmenzuwachs stabilisieren.  
**RCDS:** 13 (11) Sitze  
**Lib. Aktion:** 12 (12)  
**SLH:** 3 (3)  
**Jusos:** 10 (9)  
**SHB:** 3 (6)  
**MSB:** 3 (3)  
**LHV:** 1 (3)  
**Institutsg:** 2 (2)

**Bochum:** Hier ist es der Linken ein zweites Mal gelungen, diese traditionelle Hochburg des RCDS zu knacken. Die Basisgruppen, MSB, SHB, LHV und die LSG (KBW-dominant) erhielten gemeinsam 49,5 % der Stimmen, die Rechten nur 48 %. Stärkste Fraktion bilden die Basisgruppen, die ihren Stimmenanteil fast verdoppeln konnten, von 18 auf 31 %. Die Wahlbeteiligung sank von 40 auf 32 %. Der ASIA wird von einer Koalition aus BG, MSB, SHB und LHV getragen.

Um Münster Trotz aufwändiger Wahlkampfschlacht und massiver Unterstützung durch die Lokalpresse und die Stadtverwaltung hat es der

RCDS nicht geschafft, den ASIA der Uni zu erobern. Dieser Erfolg ist sicherlich der Tatsache zu verdanken, daß fast sämtliche fortschrittliche Kräfte gemeinsam gegen die Rechten Front gemacht haben. KB, MSB, Jusos u.a. konnten sich auf einen gemeinsamen Aufruf gegen die Wahl von RCDS und SLH einigen. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 % fiel das Ergebnis allerdings sehr knapp aus.

**RCDS:** 28,4 % 9 Sitze  
**Jusos:** 21,5 % 7  
**SHB:** 12 % 4  
**AUP (Rechte):** 10,4 % 3  
**MSB:** 10,3 % 3  
**SLH:** 9,8 % 3  
**(Rechte SPDler):**  
**LHV:** 6,7 % 2

**PH Münster:** Wahlbeteiligung 26 %  
**Basisgruppen:** 8 (6) Sitze  
**Jusos:** 4 (6)  
**GO:** 2 (—)  
**MSB:** 1 (2)  
**FDP:** 9 (8)  
**RCDS:** 3 (5)

An zahlreichen Fachhochschulen wurde unter sehr geringer Wahlbeteiligung gewählt.  
**HS Duisburg:** 8 % Wahlbeteiligung  
**FHS Lippe:** 2,4 %  
**FHS Niederrhein:** 7,9 %  
**FHS Hagen:** — %  
**FHS Köln:** — %

Alle bis hier erwähnten Wahlen wurden auf Grundlage des neuen Studentenschaftsgesetzes durchgeführt. **GHS Essen:** Auch hier wurden Wahlen gemäß SSG durchgeführt, an de-

nen sich allerdings nur 4 % der Studenten beteiligten. An den von den Studenten selber nach alter Wahlordnung durchgeführten Wahlen beteiligten sich dagegen 28 %.

Die Sitzverteilung:  
**MSB:** 27 (28)  
**SHB:** 12 (14)  
**GO:** 11 (—)  
Basidem Liste: 10 (9)  
Sonst: 2

Dem SSG-Studentenparlament ist es inzwischen gelungen, einen „ASIA“ zu konstituieren. 20 der 33 gewählten Kandidaten sind allerdings schon wieder zurückgetreten. Trotzdem, die Hochschulverwaltung will diesen KASTRA unbedingt ins Amt setzen. Sie droht dem auf Grundlage der Satzung der Studentenschaft gewählten ASIA mit Zwangsäumung, Strom und Telefon wurden bereits abgestellt.

**PH Dortmund:** An den Wahlen nach der alten Wahlordnung beteiligten sich 21,15 % der wahlberechtigten Studenten. Die Basisliste erhielt 54,4 % der Stimmen und

22 (18) Sitze  
**Jusos/SHB:** 4 (8)  
**MSB:** 2 (2)  
**LAUF (MSB-Fachschaffler):** 3 (7)  
**Institutsguppe (KBW):** 1 (2)  
Die offiziellen SSG-Zwangswahlen sind voll ins Wasser gefallen. Kein einziger Wahlvorschlag wurde von der Studentenschaft eingereicht. Lediglich 1 (dreißig) gültige Stimmen wurden abgegeben. Auch an der Universität Dortmund führten die Studenten eine unabhängige Wahl durch, während sich für die Zwangswahlen nicht mal ein Kandidat fand.

## Erfolge für die Linke

Niedersachsen.

## Erfolge für die Linke

### Hannover: Minister boykottiert Wahl

In einem Fernschreiben vom 26.1.79 hat Minister Pestel dem Präsident der Uni Hannover mitgeteilt, daß er die vom Präsident verfügte Änderung der Studentenschafts-Satzung nicht genehmigt. Damit existiert keine rechtliche Grundlage mehr für die ebenfallso oktroyierte Studentische Wahlordnung (SWO); die Wahlen vom Präsident bereits am 22.12.78 für die Woche vom 6.2. - 9.2.79 ausgeschrieben - fallen ins Wasser.

### Braunschweig: Boykott erfolgreich

An der TU und PH war per Urabstimmung beschlossen worden, die Wahlen nach der aufgeworfenen NHG-Ordnung zu boykottieren und eigenständige Fachschafts- und Studentenrat-Wahlen zu organisieren (siehe AK 145).

Dies ist vollständig gelungen. Lediglich der RCDS reichte eine Liste ein, allerdings mit zu wenigen Kandidaten, so daß es zum Wahlakt selbst gar nicht erst kam.

Abgerundet wurde diese Entwicklung mit den eigenständig organisierten Wahlen, an denen sich 34,3 % der Kommilitaten beteiligten, was besonders hoch zu bewerten ist, einmal weil die Beteiligung über der vom letzten Mal liegt (ca. 32 %), zum anderen weil die rechten Studenten diesmal nicht zur Urne gegangen sind.

**Das Wahlergebnis:**  
**Basisgruppen:** ca. 2.300 37 (26)  
**GO (MSB/SHB):** 497 (505) 8 (9)  
**Jusos:** 220 (337) 3 (4)  
**KSB:** 225 (118) 3 (13)  
**LHV:** 20 (—) 1 (1)

Ein überwältigender Sieg der Basisgruppen ist als klares Votum für die (BG)ASIA-Politik zu werten.

### Fachhochschule Braunschweig: Linke Liste endlich im ASIA

Die LiLi (BG und KB-Studenten) stand seit längerem vor dem Problem an dem fortschrittlichen Be-

reich Sozialwesen in Braunschweig politisch zu dominieren, bei Wahlen allerdings hinter den Jusos zurückzubleiben, die einen Großteil ihrer Stimmen aus der „rechteren“ Abteilung in Wolfenbüttel (Techniker) bekamen, wo die LiLi wenig verankert ist. Zusammen mit der Gruppe unabhängiger Sozialdemokraten (GUS) gelang es den Jusos die LiLi aus dem ASIA fernzuhalten.

**Das Wahlergebnis:**  
**Jusos:** 834 13 (13)  
**GUS:** 172 8 (8)  
**LGO:** 108 4 (13)  
**ULI:** 377 15 (11)

(LGO = MSB/SHB)  
(Daß die Jusos mehr Stimmen haben als die LiLi aber weniger Sitze liegt daran, daß sie nur 13 besetzen können, eigentlich stünden ihnen 21 zu.) Auch diesmal wollten die Jusos die LiLi wieder austricksen. Da die GUS nicht mehr im ASIA vertreten sein wollte, versuchten die Jusos mit dem MSB einen ASIA zu bilden. Doch damit kamen sie nicht durch: auch die GUS, im letzten Semester noch gemeinsam mit den Jusos im ASIA, wollte solche ein undemokratisches Spiel nicht mitspielen. So wurden zunächst die beiden Vertreter der Linken Liste in den ASIA gewählt, zwei weitere sollen zu Beginn nächsten Semesters nachgewählt werden.

### Göttingen: Leichte Gewinne für Bündnisliste

#### Die Ergebnisse:

Gruppierung	Stimmen	Prozent	Sitze
NHG-Holzhausen	98 (—)	1,2 (—)	1
MSB	287 (320)	4 (3,8)	3 (3)
GO (Braunschweig)	240 (254)	3,8 (2,8)	3 (3)
SB	722 (1277)	10 (12,8)	10 (12)
Jusos	1426 (1580)	21 (22)	20 (19)
LHV	871 (—)	8 (—)	7 (—)
Spezialgruppe	235 (—)	3,2	2
GO an der PH	133	1,8	1
RCDS	1182 (1530)	16 (17)	16 (16)
SLH	914 (1318)	12,6 (14,8)	12 (12)
KSB (Lehrer)	127 (218)	1,8 (2,4)	1 (2)
Fachschaffler	261 (208)	3,8 (3,2)	3 (3)
LDK/CISNU	948 (907)	13 (14)	13 (13)

7216 (31 %) Studenten beteiligten sich an der Wahl, im Gegensatz zu 9075 (44 %) im letzten Jahr. Dieses Absinken der Wahlbeteiligung ist wesentlich dem neuen Wahlverfahren geschuldet. Während früher mit den Wahlen durch die Lehrveranstaltungen gezogen wurde, darf jetzt pro Institut nur noch eine festinstallierte Urne stehen.

Die LDK (Liste Demokratischer Kampf) wird vom KHB (der Sympathisantenorganisation des KB) und unorganisierten Studenten gebildet. Die scheinbaren Ungerechtigkeiten in der Tabelle (weniger Stimmen mehr Sitze) kommen dadurch zustande, daß die Wahlen an der Uni und der PH zusammengelegt wurden und das SP entsprechend vergrößert wurde.

Die LDK/CISNU hat als einzige Liste trotz starken Rückgangs der Wahlbeteiligung Stimmen gewonnen. Teilweise haben Gruppierungen weit über das Maß des Rückgangs Stimmen verloren, wie z.B. das SB auf der linken und RCDS und SLH (Rechtssozialdemokraten) auf der

rechten Seite. Beim SB wirkte sich die politische „Abstimmung“ des vergangenen Semesters aus, bei RCDS und SLH waren dies wohl die Früchte des VS-Skandals, obwohl sich die Masse der rechten Wähler selbst davon nicht abschrecken ließ.

#### Oidenburg:

Der vom Jusos und Basisgruppen (BG) getragene und vom LHV politisch unterstützte bisherige ASIA, litt an chronischem Aktivistenmangel und hatte in der letzten Zeit offenbar auch einiges an politischer Substanz eingebüßt. Die starke GO-Opposition setzte dem ASIA ebenfalls zu und konnte sich z.B. bei einer VV-Abstimmung über die (MSB-) Aktionslage im Dezember durchsetzen.

Die BG meint mit ihrem Anspruch, eine stärkere Verbindung zwischen ASIA und Basispolitik (hier v.a. BI's etc.) herzustellen, gescheitert zu sein. Beide ASIA-Frakturen stellten sich infolgedessen nicht mehr zur Wahl. Ihr Wählerpotential wurde jetzt weitgehend von einer neuen, der „Öko-

logie-Liste“ gewonnen, die sich hochschulspezifisch allerdings nicht beteiligen, sondern ausschließlich um logie-Liste“ gewonnen, die sich hoch-

schulspezifisch allerdings nicht beteiligen, sondern ausschließlich um Fragen des Umweltschutzes kümmern will.

Mangels linker Alternativen konnten die GO-Listen (MSB/SHB) so bei insgesamt gesunkener Wahlbeteiligung (von 42 % auf 36 %) einige Stimmengewinne verbuchen; zudem hatten die Jusos auch zur Wahl des SHB aufgerufen.

Liste	Stimmen	Sitze
SHB	532 (481)	18 (18)
MSB	308 (228)	10 (7)
Öko-Liste (Jusos)	383 (—)	13 (—)
(BG)	—	— (8)
(BG)	—	— (10)
LHV	208 (178)	7 (8)
Freie Liste (RCDS)	71 (106)	2 (3)
KSB	28 (28)	— (—)
NHB	8 (7)	— (—)

Erstellt in Zusammenarbeit von Genossen des SSB/Hamburg und des KHB/Göttingen

## RCDS und SLH zum VS-Skandal

Unter der Überschrift „Von einem Skandal, der keiner ist!“ meldete sich die Hamburger Abteilung des RCDS zu Wort, um die Hintermänner des Verfassungsschutzaffäre zu erläutern. Endlich weiß die Studentenschaft, wenn sie es zu verdanken hat, daß die Finanzierung politischer Gruppen durch den Verfassungsschutz an's Licht der Öffentlichkeit gelangt ist dem MSB! Denn die ganze Kampagne ist nichts weiter als ein Ausdruck der „Wut über die eigene Unfähigkeit, die Finanzierung des MSB aus Ostberlin in der Öffentlichkeit zu vertreten.“ Vielleicht hat der MSB ja sogar vorher beim VS angeklingelt, um dafür zu sorgen, daß die Gelder auch wirklich ausgezahlt werden! Jedenfalls war alles „so schön vorbereitet.“ **RCDS, SLH, LHV und Jusos werden vom Verfassungsschutz finanziert, so sollte es heißen, der MSB/SHB würde als strahlender Märtyrer und Opfer einer Spitzelkampagne dastehen.** Nun, nach Ansicht des RCDS ist diese „geniale Strategie“ gescheitert, denn die „Bündnispartner“ des MSB

— Ann. AK) LHV und Jusos sind leider auch in den „Skandal“ verwickelt und „die Mähr vom Spitzelstaat“ ist viel zu abgedroschen, oft genug widerlegt.“ Zudem sei es „überraus üblich“ und „sinnvoll“, daß politische Gruppen vom Innenministerium finanziert werden. „Denn auch dieser freiheitliche Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ist berechnungstiefenjenigen Organisationen finanziell zu unterstützen, die sich innerhalb der Demokratie politisch engagieren.“ Gehen wir vom bekannten Demokratieverständnis des RCDS aus, heißt das im Klartext: Unterstützung für diejenigen, die sich für Zensur, Berufsverbote und Kontaktsperre einsetzen, keine Unterstützung für Linke, für Radikaldemokraten und Kommunisten. Allerdings meint der RCDS, mit der „Geheimniskrämerie im Bundesinnenministerium“ müsse Schluß sein. Was sollte auch schlecht daran sein, wenn die Gelder zum Schutze dieser „FDGO“ reichlich fließen?

(Flugblatt des RCDS/Hamburg)

Auch dem SLH sind die „konspirativen Umstände“, unter denen der VS seine Gelder verteilt hat, nicht angenehm. „Zwar ist es in politischen Kreisen nicht üblich, seine Geldgeber zu nennen, um nicht in den Verdacht zu kommen, Handlanger seines Finanziers zu sein, dennoch ist die derart mysteriöse Verteilung der Gelder völlig unverständlich.“ Der SLH „kommt sich ganz schön blöde vor, wenn man viel Freiheit, Idealismus und „Taschengeld“ ... in eine Hochschulgruppe investiert und dann aus heiterem Himmel mit dem Verfassungsschutz in Verbindung gebracht wird.“ Er fürchtet, daß „seine Arbeit nun in ein zweispaltiges Licht zu rücken droht.“ Er hat wohl die Aufbesserung seines „Taschengeldes“, das z.B. für dickleibige kostenlose Broschüren gegen den „Terrorismus“ ausgegeben wurde, dazu beigetragen, die eindeutigen Absichten dieser „sozial-liberalen“ Politik zu erhalten. (Flugblatt des SLH/Göttingen).

SSB/Hamburg



## „Arbeitskreis saubere Uni“

In unbekannter Nazi-Manier ruft in Frankfurt ein sogenannter „Arbeitskreis Saubere Universität“ dagegen auf, „daß unsere Stadt von schützenden Kindern bevölkert wird“. Anlaß ist ein westdeutsch-chinesisches Abkommen, das 450 Chinesen einen Studienplatz an bundesdeutschen Universitäten zusagt. „Nationalistische Kräfte“ in Wiesbaden und Göttingen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, um eine „Überfremdung unserer Hochschulen“ zu verhindern, vor allem, um zu verhindern, daß „Studenten unsere Hochschulen bevölkern, denen kommunistische Bekenntnis wichtiger ist als fachliche Qualifikation“. Wenn einzuwenden hätte dieses faschistische „Säuberungskommando“ nicht gegen Studenten aus dem Freundschafts- und Putsch-Abkommen eines Putschisten. Sollte die Regierung nicht geneigt sein, „chinesische Studenten von uns fernzuhalten“, will man ihnen „einen gebührenden Empfang bereiten“ (nach „Vorwärts“, 25.1.).

## SHB — unabhängig von der SPD?

Wir haben uns im letzten „Arbeiterkampf“ mit der Orientierung der Jungsozialisten-Hochschulgruppen auf die SPD und mit ihrer Funktion, Proteste der Studentenbewegung immer wieder in systemkonforme Bahnen zu lenken, auseinandergesetzt. Nun, wir hätten den SHB, den „Sozialistischen Hochschulbund“, gleich mit in diese Einschätzung einbeziehen sollen.

Einerseits ständig bemüht, seine Unabhängigkeit von der SPD hervorzuheben, legt der SHB andererseits auch sehr viel Wert darauf, seine Verbundenheit mit dieser Partei zu betonen. „Er ist mit der Sozialdemokratie dadurch verbunden, daß viele seiner Mitglieder in der SPD organisiert sind, und er seinen Standpunkt innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung hat“. Ziel des SHB ist es, „den Einfluß aller fortschrittlichen Sozialdemokraten in Hochschulen, Betrieben und in der Gesellschaft zu stärken, die sich entsprechend der sozialistischen Tradition der SPD für die Interessen der Arbeiterklasse, für Demokratie und sozialen Fortschritt einsetzen“. Schon vergessen, daß die Tradition der SPD im wesentlichen darin besteht, in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Arbeiterbewegung niedergehalten zu haben. Schon vergessen, daß die SPD-Fraktion 1914 geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte, daß ein führender SPDler namens Noske mit den Worten „Keiner muß der Bluthund sein!“ seine Polizei gegen demonstrierende Arbeiter schickte? Nicht wahrhaben zu wollen scheint der SHB, daß die heutige SPD-Führung konsequent im Sinne der sozialistischen Tradition, die alles andere als sozialistisch ist, handelt.

Der SHB geht nicht davon aus, „daß die SPD oder auch nur ihre Führung (!) insgesamt als Bestandteil der monopolkapitalistischen Herrschaftssysteme angesehen werden kann“. Die Namen haben sich geändert, doch auch heute zeichnen führende SPDler verantwortlich für brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten, für Berufsverbote gegen Linke usw.

Die Zusammenarbeit mit den „Bluthunden“ der Gegenwart hält der SHB für notwendig — die Zusammenarbeit mit einem großen Teil der Linken lehnt er prinzipiell ab, und zwar ausdrücklich mit all denjenigen, die sich nicht auf das Programm der „gewerkschaftlichen Orientierung“ stellen. „Auch von linken Gruppen ist die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung diffamiert worden. Mit ihnen gibt es keine Zusammenarbeit, da sie aufgrund falscher Analysen zu falschen Strategien und taktischen Schlußfolgerungen kommen“.

Zwar ist der SHB — im Gegensatz zu den Jungsozialisten — heute gewohnheitsmäßig organisatorisch unabhängig von der SPD, dies macht jedoch seine Dienste für diese Partei, und damit für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, nicht weniger wertvoll (alle Zitate aus „offensiv“, Zeitung des SHB/Hamburg).

SSB/Hamburg

## Lehrbeauftragter abgesägt — Studenten wehren sich

„Sie haben durch ihr Verhalten Ihre Beziehung zu unserer Abteilung so schwer belastet, daß wir die Grundlage für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen als nicht mehr gegeben ansehen.“ Mit dieser Erklärung der Direktoren des Germanistischen Instituts an der Uni Münster wurde Jörg Scheibe, seit fünf Jahren Lehrbeauftragter an diesem Institut, im Herbst 1978 aus dem „Wissenschaftsbetrieb“ entfernt.

Jörg Scheibe hatte im Wintersemester ein Seminar über Peter Paul Zahl durchführen wollen. Dieses Seminar wurde vom Institut kurzerhand aus dem Lehrangebot gestrichen. Begründung: Mangelnde „Relevanz“ von P. P. Zahl. Scheibe leitete daraufhin den Studenten per Aushang mit: „Die Veranstaltung „Literatur der Gegenwart — Peter Paul Zahl“ findet nicht statt“. Dieser Mitteilung fügte er die Kenner-Geschichte „Maßnahmen gegen die Gewalt“ von Brecht bei, um darauf aufmerksam zu machen, daß Gewalt gegen ihn ausgeübt wurde und warum er sich dieser Gewalt gebeugt hat. Das war für die Münsteraner Germanistikprofessoren zu viel. Scheibe floh.

In den vergangenen Wochen hat diese Affäre allerdings mehr Staub aufgewirbelt, als den „in ihrer Ehre gekränkten“ Professoren lieb sein konnte. Ein Tag Streik der Germanistik-Studenten, Solidaritätsveranstaltungen (eine davon mit Erich Fried und über 1.000 Teilnehmern), ein Go-in bei Institutsdirektor OHL, ausführliche Berichterstattung durch ASIA und Alternativpresse. Erich Fried schickte eine Solidaritätserklärung, die auf der Titelseite der ASIA-Zeitung verbreitet wurde: „Ich protestiere gegen die Erklärung der Direktoren des Germanistischen Instituts zum Fall Scheibe und zu Peter Paul Zahl. Das erbärmliche Deutsch ihrer Erklärung entspricht genau ihrem Inhalt. Es ist traurig, ja es ist eine Schande, daß in Münster die Verfasser eines solchen Textes die Macht haben sollen, über das Schicksal von Lehrbeauftragten und über die Relevanz eines Dichters zu entscheiden.“

Die weitere Entwicklung wird von Jörg Scheibe selbst folgendermaßen eingeschätzt: „Bei einer realistischen Einschätzung glaube ich, daß ich an diesem Institut keinen Lehrauftrag mehr kriegen werde. Andererseits finde ich es einfach schmerzhaft, wenn nach einer Zeit der Auseinandersetzung nach den Semesterferien nichts mehr passieren würde. Ich meine, daß das Armutszeugnis, das sich die Direktoren dieses Instituts mit ihren Begründungen über die Nichtrelevanz von Peter Paul Zahl ausgestellt haben, nicht so schnell vergessen werden dürfte.“

Die Kultusministerkonferenz (KMK) darum, den Einfluß des Staates bei Prüfungen festzuschreiben bzw. zu vergrößern. So heißt es in dem Beschluß: „Lehrmittelsprüfungen sind Staatsprüfungen, bei denen die Regierungsverantwortung durch abgestufte staatliche Aufsichtsmittel wahrzunehmen ist, die das erforderliche Maß an ministeriellem Einfluß und parlamentarischer Rückbindung gewährleisten.“ (Dieses wie folgende Zitate sind aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 25.1.79). Dementsprechend kann es nach Ansicht der KMK keine gleichberechtigte Teilnahme von Hochschullehrern an Ausbildungs- und Prüfungsämtern geben, diese müssen der Aufsicht des zuständigen Ministers unterstellt sein.

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

## Lehrerprüfung an kurzer staatlicher Leine

„Gemeinsame Regelungen zur Lehrmittelsprüfung“ haben die Kultusminister auf einer Konferenz am 20./21. Januar dieses Jahres beschlossen. Während bisher die einzelnen Bundesländer Lehrmittelsprüfungen unabhängig voneinander bestimmten, wurden hier nach mehrjährigem Gierangel Richthaus geschaffen, die für alle Länder verbindlich werden sollen. Die unterschiedlichen Prüfungsordnungen hätten dazu geführt, daß ein zentraler Bundesländer der Lehramtskandidaten aus anderen Bundesländern die Anerkennung ihres Exams verweigerten, vornehmlich lehnten CDU-regierte Länder Bewerber aus Bremen, Berlin oder Hessen ab.

Im Kern geht es bei dem Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) darum, den Einfluß des Staates bei Prüfungen festzuschreiben bzw. zu vergrößern. So heißt es in dem Beschluß: „Lehrmittelsprüfungen sind Staatsprüfungen, bei denen die Regierungsverantwortung durch abgestufte staatliche Aufsichtsmittel wahrzunehmen ist, die das erforderliche Maß an ministeriellem Einfluß und parlamentarischer Rückbindung gewährleisten.“ (Dieses wie folgende Zitate sind aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 25.1.79). Dementsprechend kann es nach Ansicht der KMK keine gleichberechtigte Teilnahme von Hochschullehrern an Ausbildungs- und Prüfungsämtern geben, diese müssen der Aufsicht des zuständigen Ministers unterstellt sein.

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Die Kultusminister sollen das Recht haben, Prüfer zu berufen: „Zu Prüfungen können in der Regel Hochschullehrer und fachkundige Vertreter aus dem öffentlichen Schul- und Verwaltungsdienst berufen werden. Die Berufung erfolgt ... durch den zuständigen Minister (Senator).“ Ein Minister wird sicherlich sehr wenig Sachgerechtigkeit bei der Beurteilung eines Prüfers beibringen können. (Frankfurter Rundschau vom 25.1.79).

Klartext heißt das wohl nicht anderes, als daß die Kommissionen nur den staatlichen Vertretern genehme Entscheidungen treffen können, sei es durch ein Vetorecht der Behördenvertreter oder ihre absolute Mehrheit in diesen Gremien.

„Der Aufsicht des Staates unterliegt auch die Beurteilung und Bewertung der wissenschaftlichen Prüfungsarbeit (Hausarbeit).“ Auch für sonstige Leistungskontrollen soll sichergestellt werden, „daß der Einfluß des Staates gewährleistet ist“. Jeder Schein, jedes Referat, das für die Prüfung relevant ist, fällt damit unter die Aufsicht staatlicher Organe.

Staatliche Zensur erstreckt sich damit nicht „nur“ auf Seminararbeiten, sondern auf jede Seminararbeit und sei das Seminar auch von einem fortschrittlichen Seminarleiter veranstaltet. Zur Gruppenprüfung heißt es: „Bei einer schriftlichen Hausarbeit als Gruppenarbeit und bei einer mündlichen Prüfung in Gruppen muß die selbständige Leistung jedes Prüfungskandidaten klar erkennbar sein.“

Ausgerechnet diejenigen, die ansonsten alle Anstrengungen unternehmen, die Studenten zu bevormunden, pochen hier auf die Selbständigkeit der Studenten. Der eigentliche Zweck der Gruppenarbeit, das gemeinsame Artikulieren von gemeinsamen Interessen zu fördern, wird mit dem KMK-Beschluß völlig zunichte gemacht, diesem geht es vielmehr um eine Förderung des Konkurrenzdenkens „Jeder gegen Jeden“ und um eine Verschärfung des Leistungsdrucks auf den Einzelnen.

Für einige Bundesländer, z.B. für Hamburg, wo schon 1972 eine äußerst repressive Lehrerprüfungsordnung vom SPD-Senat verabschiedet wurde, bedeutet der KMK-Beschluß „nur“ einen weiteren Schritt zur Verschärfung, aussondieren eine hochrangige Entscheidung der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft. In anderen Bundesländern, z.B. in Bayern, wird die Situation noch schlimmer.

Dem Biemer SPD-Senat scheint sein Reformprojekt sowieso nicht mehr am Herzen zu liegen, denn in Windeseile erklärte er sich zu einer Anpassung an die „gemeinsamen Regelungen“ bereit, nur dazu mit der Behauptung, „der Kern der Reformpositionen bleibt erhalten“. („FR“ 30.1.). Die Senatsbehörde für Wissenschaft und Kunst erdreistet sich sogar zu dem Eigenlob, es sei „gelingen, die KMK dazu zu bewegen, die beratende Mitgliedschaft von Studenten und Referendaren in den Prüfungskommissionen zu erhalten“. Wahrscheinlich eine Errungenschaft von unschätzbarem Wert für die Studenten!

Der zunehmende zentralisierte Einfluß des Staates kann nicht ausschließlich als Mittel zur politischen Zensur gewertet werden, er muß ebenso im Zusammenhang mit der herrschenden Lehrerbearbeitungslosigkeit betrachtet werden. Schon immer hatten Bildungspolitik größte Schwierigkeiten, die Zahl der Hochschulabsolventen mit dem „Bedarf des Arbeitsmarktes“ in Einklang zu bringen. Mit dem Beschluß der Kultusminister schafft sich der Staat die Möglichkeit, relativ flexibel auf die Zahl der Lehrer einzuwirken: Werden Lehrer gebraucht (bzw. sollen Lehrer eingestellt werden!) — läßt man die Züge etwas locker, will man keine mehr einstellen — werden dementsprechend mehr Studenten durch die Prüfung „gefallen“. Und dann kann sich keiner mehr beklagen, daß arbeitslose Lehrer nicht eingestellt werden, obwohl die Schulklassen viel zu groß sind. So einfach ist das.

SSB/Hamburg

**AUFRUF**  
AN ALLE  
MÄCHTIGEN  
LORDS  
DER  
SCH-  
RELIGION  
KOMMUNIS-  
SCHEN  
SCH-  
LAND  
PERSER  
POLIT-  
IDIOTEN

Nach Veröffentlichung seines ersten Schmierblattes („Aufruf an alle Perser...“) hatte der Frankfurter Faschismuskritiker (Faschist) auch nach die Stern, mit einem Nachwerk gleicher Farbe auf die massiven Proteste zu antworten. Manche Leute sind mit Worten kaum zu überzeugen!

**ERKLÄRUNG ZUM PERSERAUFRUF:**  
WER KRIEGE MUSS AUCH REVOLUTIONEN  
ACHTEN!  
DIE FALSCHEN WERDEN GETOTET.  
NIE DIE SCHARFMACHER ODER MACHTHABER  
AUF GEWALT FOLGT BRUTALERE GEWALT  
DIES WISSEN VIELE NUR NICHT  
SCHON SEHR VIELE DIE GLAUBIGEN JÜNGER  
DES HEILIGEN RAUSCHEBARTS VOR  
JAHRHUNDERT  
UND DER HEILIGEN SPITZBART-POLIT-  
MUMIE DER KREIMAUER. GILT:  
WER VIEL GLAUBT, DENKT WENIG!  
WIR SIND GEGEN  
AUSLÄNDISCHE ERST-REVOLUTIONEN  
AUF UNSEREM  
BODEN! AUCH DER ASTA DER FIS FFM  
SIE SEIN, WENN ES  
SEIN POLITISCHER KINDERGLOBE  
ZULIESSE.  
DIE SELTSAME FIS-LEITUNG  
MIT IHREM SEHR  
EINSEITIGEN FIS-SONDER-KASEBLATT-  
CHEN. MIT SOZIALISTISCHEM FREUNDCHAFTS-  
BETONDETS AUCH IM JAHR KINDEG JANUAR 79  
AN DEN NDR B. FIS



## SOLIDARITÄT Nr. 47

Aus dem Inhalt

- Interview mit der CISNU über die Studentenbewegung im Iran
- Restoration der Hochschulen nach 45 Über den Muff der braunen Jahre unter den Talaren der Professoren
- 3. Teil des Rechenschaftsberichts des SSB/Hamburg Zur Entwicklung der nationalen Studentenpolitik

## Zur Frauenpolitik des MSB

Preis: 1,50 DM 48 Seiten/A4

SOLIDARITÄT-Sondernummer Hochschulen und Faschismus

Nachdrucke aus bisher in der SOLIDARITÄT erschienenen Artikeln. Zwei Artikel zur faschistischen Tradition der Hochschulen in den dreißig

jahren und der Hochschulen als Stütze für den Faschismus. Ein Artikel über die ungebrochene Tradition faschistischer Professoren an den BRD-Hochschulen nach 1945. Ein Artikel über den „Bund Deutscher Mädel“ (BDM)

Preis: 1,50 DM 24 Seiten/A4

Bestellungen über Verl. Jürgen Reents, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50. Konten: Dresdner Bank 4518378/J Reents, PSchA Hamburg 240 595/J Reents











# Skandinavien

## Volksabstimmung auf Grönland

Am 17. Januar fand auf Grönland die Volksabstimmung über die Wahl eines „Landestings“ (Parlament) und die Bildung einer sog. „Heimregierung“ statt. Von den knapp 29.000 Wahlberechtigten (darunter auch die auf Grönland lebenden Dänen) nahmen über 18.000 an der Abstimmung teil, was ca. 63 % entspricht. Diese Wahlbeteiligung wird (im Vergleich zu früheren Abstimmungen) als durchschnittlich eingeschätzt. 70,1 % stimmten für eine „Heimregierung“, die am 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten soll. Der Plan einer Heimregierung wurde in den letzten Jahren von einer Grönlandkommission der dänischen Regierung entwickelt, die daran beteiligten Mitglieder grönlandischer Parteien waren praktisch ohne Einfluß und wohl auch mehr als Aushängeschild gedacht. Dieser Plan sieht vor, daß „Landesting“ und „Heimregierung“ den bisherigen, völlig bedeutungslosen „Landesrat“ absetzen, der keinerlei Rechte hatte. Die „Heimregierung“ soll bis 1984 eine Liste mit den Bereichen aufstellen, die sie selbst verwalten will. Bis 1981 soll die „Heimregierung“ Bereiche wie Schulwesen, Arbeits- und Sozialverwaltung selbst übernehmen. Nach „Kapitalzuschüssen“ während der ersten drei Jahre der „Heimregierung“ soll das grönlandische Volk die Kosten für die gesamte Verwaltung selbst tragen. Diese „Heimregierung“ hat nichts mit der vom grönlandischen Volk geforderten „Nationalen Unabhängigkeit“ zu tun. Alle „Diskussio-

nen“ wurden von Seiten der dänischen Regierung unter der Voraussetzung geführt, daß Grönland weiterhin zum „Königreich Dänemark“ gehört. In dem Plan der dänischen Grönlandkommission wird ebenfalls nicht auf die Forderung nach Eigentumsrecht des grönlandischen Volkes an Grund und Boden und damit allen Rohstoffen eingegangen.

### Die Stellungnahme der Parteien

Die SÍLMUT („Vorwärts“) gründete sich 1977 als Partei. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Diskussion um die „Heimregierung“ entfacht wurde. Ihre Hauptforderung war somit auch in den letzten Jahren für eine Heimregierung, für grönlandische Kontrolle über den Fischfang. Die SÍLMUT ist offensichtlich die Partei mit dem gegenwärtig größten Einfluß auf Grönland.

Die ATASSUT gründete sich im Frühjahr 1978 als Partei und ist als verlängerter Arm der dänischen Regierung einzuschätzen. So kritisierte sie SÍLMUT vor allem wegen ihrer „anti-dänischen“ Haltung, macht gegen eine „Heimregierung“ Front und spricht sich für die weitere Mitgliedschaft Grönlands in der EG aus.

Die INUIT ATAQATIGIIT (Inuit: „das vereinigte Volk der Eskimos“) gründete sich erst im Herbst 1978. Diese Partei hat gegen die „Heimregierung“ agitiert und

fordert „absolute nationale Unabhängigkeit“. „Mit der Zustimmung zur Heimregierung würden wir unsere Unterschrift geben, daß unser Land Dänemark gehört.“

Inuit Ataqatigiit ist gegen die EG und will alle Bestrebungen unterstützen, die die Föderation aller eskimischen Völker vorantreiben (Anm. AK: das Volk der Eskimos — Inuit — versteht sich als eine Nation, die durch den Imperialismus auseinandergerissen und in verschiedene Staaten „verstreut“ wurde).

### Im Hintergrund: EG- und US-Imperialismus

Durch den dänischen Kolonialismus ist das grönlandische Volk weitgehend seiner Kultur, Sprache und natürlichen Existenzbasis beraubt worden. Aus einer klassenlosen Gesellschaft wurde ein völlig entrechtetes Volk gemacht.

1972 fand auf Grönland eine „Volksabstimmung“ zur EG statt. Obwohl 70,8 % gegen die EG stimmten, wurde Grönland in die EG gezwungen. Das bedeutet z.B.: Wenn die EG-Länder beschließen, daß sie etwas von den 42.000 t Uran möchten, die auf Grönland lagern, was angesichts des beständigen Weiterbaus von AKWs ja nicht unwahrscheinlich ist, muß Grönland liefern. Der Wert des grönlandischen Urans beläuft sich auf 10 Milliarden DM und würde

10 % des EG-Bedarfs decken. Die erzwungene EG-Mitgliedschaft beginnt sich für den Imperialismus auszuzahlen. Grönland ist reich an Bodenschätzen. Neben Uran gibt es reiche Kohle- und Öl-Vorkommen sowie Fischgründe usw. Die Kryolithvorkommen machten sich schon während des Zweiten Weltkrieges bezahlt, als die gesamte Produktion in die USA wanderte (Anm.: Kryolith ist ein spezifisch grönlandisches Mineral, das besonders zur Aluminium- und Emailherstellung geeignet ist).

Vor einem Jahr wurden vor der grönlandischen Küste Ölbohrungen aufgenommen. Diese Bohrungen (es sind schon mehrere Unglücke passiert) sind hochgefährlich, da durch ein Öl-unglück die gesamte Nahrungskette an der Küste zerstört und damit den vom Fischfang lebenden Eskimos die Existenzgrundlage ganz zerstört werden kann. Konzessionen für die Erdölgewinnung sind bereits als „gerecht“ an amerikanische und europäische Konzerne verteilt. Die Vertreter des grönlandischen Volkes dürfen jetzt die Investitionen dieser Konzerne verwalten — so sieht die „Selbstbestimmung“ aus. Das Vorgehen bei der Vergabe der Konzessionen ist bei-

spielhaft für die Ausplünderung und Rechtlosigkeit des grönlandischen Volkes: Eine Kommission wurde ausschließlich mit dänischen Regierungsbeamten besetzt. Als alles unter Dach und Fach war, wurde als Aushängeschild ein von Grönländern besetzter „Rohstoffrat“ gegründet. Kommentar eines Mitglieds der dänischen Grönlandkommission: „Es ist nicht gesund für ein so kleines Volk, einen so großen Überfluß zu haben.“ In diesem Sinne ist auch von der dänischen Regierung die „Heimregierung“ geplant. Die Rechte dieser Regierung sind schon formal ein Witz, da sie sich im wesentlichen auf die Verwaltung beziehen und keinerlei für die Existenz des grönlandischen Volkes entscheidendes Gebiet einschließen. Aber, selbst wenn eine Entscheidung gefällt werden sollte, die nicht im Sinne der dänischen Regierung ist, bleibt das Mittel der ökonomischen Erpressung, was in der Vergangenheit bei zu weit gehenden Forderungen der Grönländer bereits eingesetzt wurde.

Skandinavienkommission

## Militärpolizei zum Schutz der U-Bahnen

Schweden Die Stadtverordneten der reaktionären Partei der Moderaten schloß dem Polizeichef von Stockholm vor, die U-Bahnen künftig an den Wochenenden und Feiertagen von Militärpolizei bewachen zu lassen.

Gewalttaten in der U-Bahn stellen nach seiner Ansicht ein wichtiges Problem der Stadt dar. Bisher werden die Bahnen von einer privaten Wachmannschaft bewacht, die äußerlich nur unwesentlich anders als Polizisten

gekleidet sind — und auch so auftreten. Diese privaten Wächter sollen nach Willen der Polizeiführung nicht mehr eingesetzt werden. Und auch hiergegen spricht sich der konservative Politiker aus, denn die Polizei hätte keine Reserven mehr, um „der berechtigten Forderung der Stockholmer nach Ruhe, Ordnung und gutem Benehmen“ in der U-Bahn Rechnung zu tragen („Dagens Nyheter“, 18.11.78).

Skandinavienkommission

## MOT TUNNELBANANI



„Auf zur U-Bahn“ aus „Dagens Nyheter“ 18.11.78

## Zentrumspartei immer offener auf Pro-AKW-Kurs

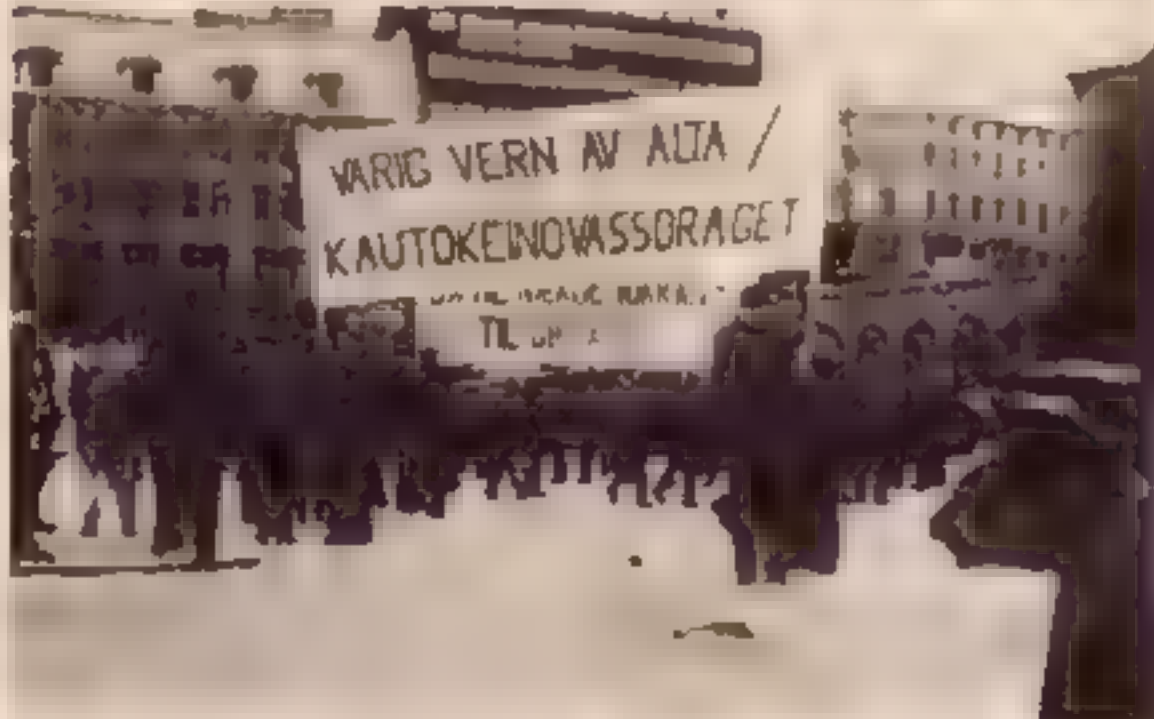
Der vor einigen Monaten als schwedischer Regierungschef zurückgetretene Vorsitzende der Zentrumspartei (Centern), Torbjörn Fälldin, kann sich neuerdings vorstellen, einen Atomstaat zu managen. Fälldin hatte die Reichstagswahl 1976 — nach vierzigjähriger Regierungszeit der Sozialdemokraten — vor allem als kompromißlos erscheinender AKW-Gegner gewonnen. Während seiner Amtszeit wurde allerdings das Atomprogramm trotzdem vorangetrieben, gegen den Willen der Parteibasis und vor allem

der Jugendorganisation von Centern. Im Herbst vergangenen Jahres mußte Fälldin die Koalitionsregierung platzieren lassen. Seine allmählich für die Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie geschlossenen „Kompromisse“ gefährdeten die Einheit der Partei (wir berichteten hierüber).

Centern fordert seit längerem eine Volksabstimmung über den weiteren Ausbau des Atomprogramms. Nun allerdings wird deutlich, welche Funk-

Fortsetzung nächste Seite

## Norwegen: Samen wollen nicht weichen!



Ende des vorigen Jahres beschloß das norwegische Storting mit großer Mehrheit, den Fluß Alta in Nord-Norwegen aufzustauen. Wodurch dieses Projekt tatsächlich durchgeführt, mußte die dort ansässige samische Bevölkerung dieses Gebiet verlassen. Der projektierte Staudamm würde nämlich die jetzige Lebensgrundlage der Samen zerstören, denn durch den Stausee wären das Rentierzuchtgebiet, die besten Bauernhöfe und der Lachsbestand des Flusses der Vernichtung preisgegeben. Aufgrund dessen führt die eingeborene Bevölkerung, die nur von den Kolonialisten abfällig „Lappen“ genannt wird, schon seit Jahren einen Kampf gegen den geplanten Staudamm. Noch mit legalen Mitteln. Am Tag vor der Abstimmung gingen 14.000 Proteststimmen aus dem Alta-Gebiet in den Storting ein. Auch die Kommunalverwaltungen des Gebietes protestierten aufs Schärfste. Selbst aus dem Ausland wurde gegen den Bau des Staudammes Protest erhoben — u.a. von der belgischen Naturschutz-Föderation, der Inter-Environment — einem Dachverband aus 16 Ländern — und der Internationalen Arbeitsgruppe für Eingeborene Völker. Doch dieser Protest nützte nichts, die Interessen der staatlichen Energiegesellschaft NVE setzten sich am Storting durch. Im Verlauf der letzten Jahre hat die NVE mit unläuterer Mitteln versucht, Wissenschaftler zu beeinflussen, um von ihnen für den Bau des Staudammes positive Untersuchungsergebnisse zu erhalten. So schrieb z.B. ein Biologe im Herbst 1976 in mehreren norwegischen Zeitungen: „...als die Ergebnisse meiner Untersuchungen im März 1973 vorlagen, führte das zu Wutausbrüchen bei einem gewissen Oberingenieur.“

Oder ein anderer Fall: Einem Botaniker wurde eine Untersuchung angeboten, diese wurde von ihm abgelehnt, weil er nicht willens war, Scheinuntersuchungen durchzuführen, er sollte während eines Sommers die botanischen Folgen des Staudammbaus erforschen.

Schon vor Jahren hatte der norwegische Staat einen Ausschuß damit beauftragt, Energieforschungen in der Finnmark zu betreiben. Wesentlicher Punkt in dem Forschungsbericht dieses Ausschusses bildete dann allerdings die Frage der Rechtsgrundlage. In bezug

auf das Gesetz vom 12.3.65 wurde über das Gebiet des geplanten Stauwerkes in der Finnmark festgestellt, daß der norwegische Staat, mit Ausnahme einiger kleiner Gebiete, frei über samisches Land verfügen könne. Fern rechtlichen Einspruch der ortsansässigen Bevölkerung gibt es also nicht.

Das samische Volk, ein Nomaden-volk in den skandinavischen Staaten und der UdSSR, verlangt die Durchsetzung seiner Rechte, Kultur und Sprache in seinem Lebensraum. Seit geraumer Zeit gehören die Samen der internationalen Minderheitenbewegung an. Die Samen sind nicht länger gewillt, die Unterdrückung, die ihnen seit Jahrzehnten widerfahren ist, immer noch widerstandslos hinzunehmen.

Für viele Samen ist der Bau des Staudammes gleichbedeutend mit der Vertreibung aus ihrem Lebensraum. Dagegen wollen sie den Kampf aufnehmen. Ein Führer der samischen Bewegung prophezeite eine Welle von Gewalttaten: „Menschen, denen die Lebensgrundlage genommen wird, werden sich durch nichts zurückhalten lassen. Ihnen ist es egal, ob sie leben oder sterben.“

Nach einem Bericht unseres Korrespondenten aus Norwegen und Skandinavienkommission. Solidaritätsadressen sind zu richten an: Tore Bongo — N 9510 Elvebakken (Postgirokonto 359 779 8) Norwegen.

## Kommando T für Schweden

Seit Januar 1979 werden in Stockholm 40 Polizisten in einem dreiwöchigen Kurs zu Anti-Terror-Spezialisten ausgebildet. Das gesamte Kommando soll 132 Männer umfassen und in zwei Gruppen mit je zwei Kommissaren, acht Inspektoren, 40 Polizisten und 16 „Reservisten“ gegliedert werden.

1975 wurde nach der Besetzung der westdeutschen Botschaft in Stockholm eine Arbeitsgruppe beim Polizeichef von Stockholm ins Leben gerufen, die — unter Mithilfe der Gewerkschaft der Polizei — die Ausbildung dieser Spezialisten ausarbeitete. Diese umfaßt Theorie und Praxis, d.h. zum Beispiel Waffenausstattung, Waffenübungen, „Behandlung“ von gefährlichen Personen, ob sie allein sind oder ob sie Geiseln genommen haben oder ob verletzte Personen mit im Spiel sind. Man übt die Behandlung von Situationen, in denen Bombendrohungen ausgesprochen werden ebenso wie die Verteidigung bei Unglücksfällen, deren Ursache umweltgefährdende

Güter waren.

Der theoretische Teil umfaßt Psychologie, Psychiatrie, Pädagogik, Menschenführung, Kenntnisse über die geltenden Gesetze, aber auch Diskussionen über die Rolle und das Ansehen der Polizei. Die Ausbildung schließt mit einer „Katastrophenübung“ ab.

Nach Aussagen der Polizeiführung liegt diese Aufgabe der Spezialinheit nicht vorrangig in der Bekämpfung von Terroristen, sondern im Eingreifen gegen „gefährliche Personen“, die z.B. Geiseln nehmen oder „grobe Gewalt gegen ihre Angehörigen“ anwenden („Dagens Nyheter“, 7.12.78).

Der Begriff der gefährlichen Personen ist so schön weit gefaßt, daß notfalls alle möglichen Menschen darunter zu verstehen sind. Offenbar bot die Besetzung der Botschaft Grund genug, um hieraus zu lernen (mit Hilfe der „Kollegen“ der GSG 9?).

Skandinavienkommission



# Frankreich

## Täglicher Polizeiterror

Dass die französische Polizei brutal foltert und gegen Demonstranten tödliche Handgranaten einsetzt, ist den LeserInnen und Lesern des AK spätestens seit der Folter an Hajdy und dem Tode und den Schwerverletzten der Anti-AKW-Demo in Malville bekannt. Dass es sich dabei nicht um besondere krasse Auswüchse, sondern um die tägliche Praxis der französischen Bullen handelt, beweist eine Untersuchung der Polizeieinsatz der letzten Zeit.

### Wieder Einsatz der mörderischen Offensivgranaten

Am 15.11.78 fand in Cean (Normandie) ein Aktionstag der Gewerkschaften gegen das Arbeitslosigkeit statt (allein in Cean gibt es 11.000 Arbeitslose), in dessen Verlauf die ca. 3.000 Demonstranten drei Brücken im Stadtzentrum blockierten. Bevor es zu einer größeren Behinderung des Verkehrs gekommen war, griffen CRS und Polizei die Demonstranten brutal an. Ein Demonstrant bekam eine Offensivgranate mitten ins Gesicht und verlor ein Auge!

Zwei Tage später protestierten fast 5.000 Menschen militant gegen den Polizeiterror, mehrere Hundert Demonstranten hatten sich mit Helmen und Knütteln ausgerüstet, die Scheiben verschiedener Banken, Luxusgeschäfte und Kaufhäuser wurden eingeschlagen („Libe“, 16., 17., 18.11.78).

Am 22.12.78 baton streikende Werftarbeiter in St. Nazaire (bei Nantes) vor Direktoren etwas unsanft, sie auf einer Demonstration in die Innenstadt zu begleiten. Dort funktionierten sie das Rathaus zum Volksgelächter um, in dem sie die Vier festhielten. Als die Bullen das Rathaus unter Einsatz von Tränengas- und Offensivgranaten stürmten, verletzten sie einen Arbeiter schwer an Kopf und Gehirn. Mehrere Tausend Arbeiter demonstrierten daraufhin ihren Protest unter der Parole „Der Faschismus wird nicht durchkommen!“ („Libe“, 23.12.78).

Ebenfalls kurz vor Weihnachten räumten Bullen in offener Gemeinheit mit einem kommerziellen paramilitärischen Kommando die Textilfabrik Martin in Saint Chamond (bei Lyon). Seit der Schließung am 1. August 1977 hatten 105 Arbeiter und Angestellte ihre Fabrik besetzt gehalten. Nach der nächtlichen Räumung besetzten am nächsten Tag ca. 3.000 Menschen erneut die Fabrik, die herbeigeeilte CRS hatte diesmal alle Hände voll zu tun, die gekauften Kommandomänner vor der Wut der Menge zu schützen.

Die Räumung besetzter Fabriken gehört zum Hauptaufgabengebiet der Bürgerkriegstruppe CRS; sie wird regelmäßig geübt und systematisch vorbereitet. So enthielt die „Rouge“ einen Befehl: „So enthält die CRS einen Polizeiplan für die Räumung der Großwerken in La Ciotat (bei Marseille). Der Plan sah im Falle einer eventuellen Besetzung den Einsatz von 2.000 Bullen und die Räumung innerhalb von 20 Minuten vor („Rouge“, 3.10.78). Im Juni letzten Jahres war bei Renault in Flins eine von streikenden ausländischen Arbeitern besetzte Abteilung zweimal von CRS geräumt worden. Die Arbeiter wurden unter Bewachung von bewaffneten CRS-Truppen gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen - das fand nicht im Chile Pinochet, sondern in Frankreich 1978 statt!

### Polizeiterror gegen Studenten

Am 14.11.78 unterbrachen Bullen gewaltsam eine Versammlung von autonomen Studenten und Schülern an

der Pariser Uni von Tolhuac und nahmen sämtliche Teilnehmer fest. Aus auf einer Protestversammlung am 15.11. fünf anwesende Zivilisten an die Luft gesetzt wurden, rächte sich die CRS mit einem Überfall, in dem gleich das gesamte Universitätsgebäude einbezogen wurde. Raum für Raum wurde das ganze Gebäude durchgeklüftet, einschließlich der Büro- und Verwaltungsgebäude, alle Anwesenden mußten durch ein Bullenspalier, „verdächtig“ Aussehende bekamen Hiebe mit dem Gummiknüppel.

Als Reaktion trat die gesamte Fakultät einschließlich der Angestellten in den Streik. 5.000 Menschen beteiligten sich an einer Protestdemonstration, die von einem provokatorischen

Am 27.12. kontrollierten neun Polizisten die Papiere der Gäste in der arabischen Bar „Lexicon“ in Paris. Alle Gäste wurden wie Vieh in einer Ecke zusammengetrieben. Der Hausbesitzer hatte seine Papiere in seiner Wohnung über der Bar. Zwei Bullen begleiteten ihn nach oben, traten die Tür ein und zwangen seine Freunde, im Nachthemd mit nach unten zu kommen. Dort legten die anderen „Helden“ in Uniform die Gläser von den Tischen und rissen Hilder von der Wand ab. Ein kranker junger Araber bekam einen Herzanfall. Alle wurden ohne Begründung zur Wache verschleppt, wo sie sich nackt ausziehen mußten. Es fand ein entwürdiges „Verhör“ mit Fragen wie „Was habt ihr hier in Frankreich verloren?“ und „Warum kritisiert uns Boumedienne?“ statt.

Am frühen Morgen wurden sie mit der Drohung, daß sich die Kontrollen jeden Abend wiederholen würden, entlassen. Nur mit Hemden bekleidet wurden sie in die kalte Kälte ge-

und klagte mit Unterstützung der Gewerkschaften CGT und CFDT sowie revolutionärer Organisationen.

Solche Klagen bleiben allerdings oft genug ohne Folgen für die Angreifer in Uniform. So wurde im Dezember 78 eine Klage verhandelt, die auf einen Bullenüberfall in der arabischen Bar „Thelome“ in Paris im Februar 1975 zurückging. Damals hatten Mitglieder der Spezialinheit „Brigade-anti-gang“ (entspricht etwa dem MEK in der BRD) sogar Schüsse auf die Araber abgegeben. Obwohl eines der Opfer, der schwer verletzte arabische Anwalt Benachhou, den Polizisten Bernard Pire identifiziert hatte, wurde keiner der beteiligten Bullen bestraft („Libe“, 15.12.78).

Wir haben hier nur wenige Fälle der letzten Zeit zusammengetragen, in denen die Betroffenen an die Öffentlichkeit gingen. Die tatsächliche Zahl liegt bei Sicherheit höher. Desgleichen sind uns etliche Fälle bekannt, in denen Franzosen Opfer von Polizeiwut wurden, insbesondere, wenn sie bei ähnlichen Kontrollen nach Dienstnummern fragten.

Ein Raubüberfall, bei dem am 16.11.78 ein Postbeamter in Marseille ermordet wurde, hatte damals zu einem Streik der Postangestellten für „mehr Sicherheit“ geführt. Im Dezember stellte sich heraus, daß einer der Mörder der CRS-ler Antoine

Riccone war! Flugs bemühten sich die Behörden, sich von diesem „schwarzen Schaf“ zu distanzieren, obwohl er nur ein gehorsamer Schüler bei der allfälligen Erziehung zur Gewalt war.

### Bullenkampagne für „mehr Sicherheit“

Eine Aktion von 131 Autonomen, bei der sie am 13.1.79 in einer Protestaktion gegen die Preisteigerung mehrerer Nobelpreise zerstörten, sowie die Erschießung eines Polizisten im Dienst dienen der Polizei jetzt als Vorwand für eine massive Kampagne zum weiteren Ausbau des Polizeiparates. Am 20.1. demonstrierten in Paris 15.000 Bullen unter Parolen wie „Die Sicherheit der Bevölkerung hängt von der Sicherheit der Polizei ab“. Sogar Polizeiminister Bonnet mußte jedoch in einem Radio-Interview am 22.1. zugeben, daß die Zahl der im Dienst getöteten Polizisten rückläufig ist. Das hinderte ihn jedoch nicht, die Bildung von „mobilen Sicherheits-Einheiten“ (=Fußpatrouillen) in jedem Pariser Stadtteil anzukündigen („Libe“, 23.1.79). Bereits im November hatte er die Schaffung von 1.000 neuen Stellen bei der Polizei verkündet („Lutis Ouvrier“, 18.11.78).

Frankreich-Kommission



Die französische Polizei verwendet weiter mörderische Handgranaten gegen Demonstranten: Ein verlorenes Auge und eine Hirnverletzung sind die jüngste Bilanz. Hier ein schwerverletzter auf der Demo in Cean im November.

Bullenaufgebot begleitet wurde neben jeder Demonstrationstreue patrouillierte ein Bulle („Libe“, „Etnicelle“).

### Besonders betroffen: die ausländischen Arbeiter

Die Kette der rassistischen Morde in Frankreich reißt nicht ab. Verhetzte Franzosen erschienen im Dezember in Strasbourg einen Algerier, im Januar in Toulon einen Algerier. Der bis zum Mord gehende Rassismus der Täter befindet sich in schönstem Einklang mit der Grundhaltung der „Ordnungskräfte“.

schickt, zwei Franzosen unter den Gästen wurden gewarnt, sich wieder in eine „stinkende Araberkneipe“ zu wagen („Liberation“, 28.12.). Ein Araber wurde auf der Wache zusammengeschlagen und erst später entlassen. Die Barbesitzer ließen sich jedoch nicht einschüchtern, hielten eine Pressekonferenz ab und erstatteten Anzeige („Libe“, 28.12.78).

Am 13.10.78 wurde ein senegalesischer Eisenbahnarbeiter in Strasbourg von drei brutalen Typen zusammengeschlagen und beschimpft. „Die Neger sollen zu sich nach Hause gehen.“ („Lutis Ouvrier“, 14.10.78). Die Angreifer waren Bullen in Zivil.

Am 18.12.78 ignorierte ein Araber eine Polizeisperrre. Auf der Flucht stieß er mit einem anderen Wagen zusammen. Die Bullen kamen dem Schwerverletzten nicht zu Hilfe, sondern beschimpften ihn nach Aussagen von Passanten mit rassistischen Sprüchen. Er starb, obwohl er bei rechtzeitiger Hilfe u.U. hätte gerettet werden können („Libe“, 19.12.78).

Am 29.12.78 wollte der tunesische Arbeiter Youssef Sassi in Marseille eine Fahrkarte mit einem Scheck bezahlen. Da er ein Scheck heft bei einem Araber „verdächtig“ fand, rief der Bahnbeamte die Polizei. Diese nahm Sassi ohne Begründung fest und folterte ihn auf der Wache schwer. Ein Arzt stellte später einen Kieferbruch sowie Folgen eines Tritts in Unterleib, Lunge und Genitalien fest. Die Polizeischläger bedrohten Sassi, daß seine Papiere nicht verlängert würden, wenn er klagt. Sassi ließ sich nicht einschüchtern.

unverbindlich (der Reichstag hat schon bei bedeutend weniger lebenswichtigen Fragen das Ergebnis einer Volksabstimmung mußachtet, z.B. bei der Einführung des Rechtsverkehrs).

Die Versicherung Fäldins, sich nach einer Volksabstimmung an das Ergebnis zu halten (wobei er offensichtlich davon ausgeht, daß die Abstimmung im Sinne der Atomindustrie ausgeht) scheint vordringlich das Ziel zu haben, sich beim Kapital wieder als salonfähig zu profilieren, wieder koalitionsfähig zu werden.

Ob allerdings die schwedischen Wähler einem Fäldin mit seinen Versprechen und den garantierten folgenden „Kompromissen“ in die entgegen gesetzte Richtung Glauben und die Stimme schenken werden, wird die Wahl im Herbst 1979 zeigen.

Skandinavienkommission

### Fortsetzung von S. 50

tion eine solche Abstimmung für Fäldin haben soll.

„Ist es Wille des Volkes, daß Schweden mehr als die bereits fertigen zehn Atomkraftwerke baut, so wird die Zentrumsparität das akzeptieren und sich in einer eventuellen Regierung daran richten.“

Einer der wichtigsten „Wahlschlager“ war 1976 der Plan der Zentrumsparität, bestehende AKWs stillzulegen. Dazu Fäldin: „Bedeutet der Beschluß der Volksabstimmung, daß weiter in die Kernkraft investiert wird, dann ist ein Stilllegungsplan nicht mehr aktuell.“ („Dagens Nyheter“, 19.1.79).

Nach schwedischem Gesetz werden Volksabstimmungen vom Reichstag beschlossen. Das Ergebnis einer Volksabstimmung gilt nur als Empfehlung für den Reichstag, ist also

### Stahlarbeiter:

## Der Protest weitet sich aus

Unter den von Arbeitslosigkeit bedrohten Stahlarbeitern in Lothringen und Nordfrankreich tut sich was. Ihre Aktionen werden immer kämpferischer und zwingen die Gewerkschaftsführer, radikalere Töne anzuschlagen. Einmalig gab es einen Polizeieinsatz gegen protestierende Arbeiter im Höhepunkt der Kampfaktionen vor einer Demonstration von 15.000 Kindern am 24.1. (zur Stahlkrisis siehe AK Nr. 146).

Am 29.1. haben Stahlarbeiter des Konzerns Chiers-Chatillon in Longwy eine Betriebsratssitzung verhindert und den Betriebsleiter, den Personalchef und dessen Stellvertreter eingeschlossen. Trotz der Ankündigung, die drei morgens wieder freizulassen, griff nachts die Polizei ein und befreite sie. Die Wut der Arbeiter war enorm: sie warfen mit Steinen und Flaschen nach den Bullen und schlugen Scheiben von Polizeifahrzeugen ein. 10 Bullen wurden verletzt. Am 31. folgte eine Protestdemonstration gegen den Polizeiangriff mit 5.000 Teilnehmern. Mehrere Hundert Demonstranten wollten das Polizeikommissariat stürmen, die Bullen gingen mit Tränengas gegen sie vor.

Am selben Tag stoppten Bergarbeiter auf dem Bahnhof von Jaruy einen Güterzug mit ausländischen Erzen, die in Lothringen verhüttet werden sollten. Sie leerten kurzerhand 1.500 Tonnen Eisenerz auf die Schienen und die benachbarte Straße, so daß der Verkehr zwischen Metz und Verdun zusammenbrach. Auch in Nordfrankreich blockierten Stahlarbeiter Straßen und Schienen. Seit sechs Wochen reißen die punktuellen Aktionen der Stahlarbeiter nicht mehr ab und werden zunehmend kämpferischer. Mit einer Welle von Besetzungen antworteten sie auf die „Augenwischerei“ (so ein Arbeiter laut „Liberation“ vom 24.1.) der Regierungserklärung zur Stahlkrisis, auf die sie lange verbrüstet worden waren. Danach soll es in Lothringen 20.000 neue Arbeitsplätze geben, über deren Schaffung jedoch nur Vages gesagt wird. Besetzt wurden u.a. die Telefonzentrale der Post in Longwy (die Leitungen der Stahlkonzerne waren tagelang unterbrochen), die Finanzämter in Longwy, Verdun und Hayange (Mosel), sowie die Verwaltungsgebäude von Sacilor in Hayange in Denain (Nordfrankreich) wurde ebenfalls das Finanzamt besetzt. Die Arbeiter verbrannten sämtliche Akten mit Steuerbescheiden.

Fast überall verhiinderten die Stahlarbeiter die Betriebsratssitzungen, auf denen die Entlassungen verhandelt werden sollten. So beim Stahlkonzern Sacilor in Hayange und bei Usinor in Longwy, wo sich an

wiederholten Sprengungen jeweils bis zu 2.000 Arbeiter beteiligten.

Am 24.1. demonstrierten in Longwy 15.000 Kinder von Stahlarbeitern mit Fackeln und Taschenlampen, mehr als die Hälfte von ihnen zwischen 4 und 11 Jahre alt. Der Rest älter. Journalisten, die besonders die Kleinen interviewten, um etwas über Indoktrination der Kinder fassen zu können, bekamen klare Auskunft über die Existenzbedrohung der Familien. Am 25.1. demonstrierten noch einmal 4.000 Demonstranten noch einmal 4.000 Gymnasiasten.

In Longwy spiegelt die ganze Stadt den Kampf der Stahlarbeiter wider, keine Mauer ohne Parolen, an vielen Häusern und Geschäften hängen Transparente. Auf der Erzhalde von Senelle, oberhalb Longwy, blinkt es Tag und Nacht „SOS“ in großen Leuchtbuchstaben.

Unter dem Druck der zunehmenden Kämpfe an der Basis sahen sich die Gewerkschaftsführungen genötigt, „Aktionen von einer gewissen Gewalt“ („Libe“, 19.1.) anzukündigen. Tatsächlich kündigten sie denn jedoch nur einen 24-stündigen Generalstreik für den 16. Februar an, eine Aktion, die von vielen Arbeitern als völlig unzureichend und abweglich angesehen wird.

Während der Kampf in der gesamten Region zunimmt, braucht ihr früherer Parlamentarabgordneter Jean-Jaques Servan-Schreiber (Vorsitzender der „Radikalsozialisten“, die weder radikal noch sozialistisch sind) nach seiner Niederlage bei einer kürzlichen Nachwahl keine Rücksichten mehr zu nehmen. Er verkündete offen die Pläne der Stahlkapitalisten: „Ich glaube ernsthaft, daß in 10 Jahren der Stahl kein europäisches Produkt mehr sein wird.“ und „Machen wir uns nicht vor! Es kann keine Rede davon sein, daß Longwy durch eine Fabrik von Ford (=Vorschlag der Regierung, den AK) gerettet werden kann, denn Longwy hat keine modernen Straßen, um die 40 km nach Thionville, Luxemburg und Deutschland zu überbrücken.“ („Le Monde“, 30.1.).

Im diese Pläne haben die Stahlarbeiter das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Frankreich-Kommission







# Italien

## Rücktritt Andreottis

Bemerkung pünktlich nach Jahresfrist tritt am 31.1.79 der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti zurück. Genau wie vor einem Jahr ließ er es nicht zur „Vertrauens-

frage“ kommen, sondern reichte gleich seinen Rücktritt beim Staatspräsidenten ein.

Anlaß war der Rückzug der PCI aus dem nach der letzten Krise ent-

standenen faktischen Regierungsbündnis. Dieses Bündnis war ein zweifelhafter Kompromiß, der der PCI so gut wie keinen Vorteil gegenüber der vorherigen Situation brachte. Von Ministeressen ist sie entfernt, denn je. Vor kurzem gaben die italienischen Christdemokraten (DC) gegenüber US-Präsident Carter die Versicherung, daß es zu keiner direkten Regierungsbeteiligung der PCI kommen werden. Noch am 31.1.79 gab der Vizepräsident der DC, Donat Cattin, der Zeitung „Repubblica“ ein Interview, in dem er erklärte: „Die PCI in der Regierung? Nie-mals“.

Diese eindeutigen Absagen sind Schläge ins Gesicht der PCI-Spitze, die insbesondere im letzten Jahr vehement ihre bürgerliche Staatstreue zur Schau gestellt hat. Angefangen bei ihren „Maßnahmenprogrammen, über ihre extrem „harte“ Haltung bei der Entführung Moros bis hin zu massiver Unterstützung repressiver Gesetze. Allerdings hat die DC nie ein Hehl daraus gemacht, daß von ihr keine direkten Zugeständnisse zu erwarten waren, sodaß zwar nicht die Frage bleibt, wieso die PCI die Regierungskrise verschärft hat (denn im Grunde handelt es sich ja um eine permanente), sondern wieso gerade jetzt?

Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist, daß am 22.7.79 der „Pando-Plan“ (ein Dreijahres-Sparprogramm des Schatzministers Pandolfi) mit einem Generalstreik „begrußt“ werden sollte. Dieser heißt umkämpfte Plan zur „Sanierung der Wirtschaft“, sprich Lohnraub und „Spar“-politik, ist natürlich für die PCI eine

extrem heikle Frage, da sie die Basis in diesem Punkt sehr viel schwerer ruhig halten kann, wenn überhaupt, als z.B. in ihrer Haltung zum Terrorismus. Durch den Rücktritt Andreottis verzögert sich nun das Inkrafttreten des Pandolfi-Planes

auf unbestimmte Zeit.

Darüber hinaus geht es der PCI offenbar auch darum, stärkeren Druck auf eine direkte Regierungsbeteiligung auszuüben.

Italien-Kommission



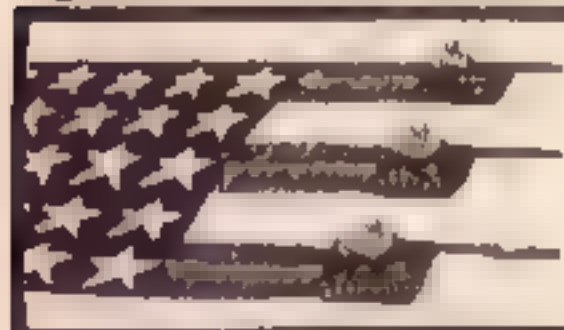
„Repubblica“, 27.1.79



Giulio Andreotti



Enrico Berlinguer



# USA

## Volkstempelsekte: War es Mord?



Nach der Entdeckung von ca. 900 Toten der Gruppe „Tempel des Volkes“ am 18.11.78 in Jonestown/Guyana waren die bürgerlichen Zeitungen voll von grauenhaften Geschichten über den Massen-Selbstmord und den Fanatismus von Sektenmitgliedern. Doch nach zwei Wochen blutdürstiger Artikel war das Thema auf einmal vom Tisch. Die Zeitung „Workers World“ bezweifelt die These vom „Massensuizid“ und stellt besonders kritische Fragen nach der Rolle des CIA in Jonestown.

Demnach gibt es einen Augenzeugenbericht des Massakers in Jonestown, von dem 25-jährigen Stanley Clayton, nach dessen Aussage bewaffnete Personen die Mitglieder der Gruppe „Tempel des Volkes“ z w a n g e n, das Gift zu nehmen. Teilweise sei es den Mitgliedern gelungen, das Gift zu vermeiden, bei denen das Gift nicht tödlich wirkte, seien erschossen worden (nach „Workers World“, 8.12.78).

Der guyanische Arzt Dr. C. Leslie Mootoo war einer der ersten, der nach dem Massaker in Jonestown befragt. Nach seiner Aussage haben höchstens 200 Gruppenmitglieder sich selbst getötet – also wurden 700 ermordet („Workers World“, 22.12.78).

Nach Aussage der guyanischen Regierung wurden bei ca. 70 Toten Einschußpunkte von Spritzen gefunden, außerdem Giftflaschen, die als Vakuum etikettiert waren – anscheinend um die Opfer zu täuschen.

Von der US-Regierung ist bekannt, daß sie ein Mordgesetz beginnt, wenn irgendwo in der Dritten Welt US-Bürger ums Leben kommen. Aber was war in Jonestown? Erst einen knappen Monat später wurden sieben halbwegs verwesene Leichen US-Arzt-

ten zur Autopsie übergeben. Es war natürlich keine Aussage mehr möglich über die Todesursache. Die erste Gruppe von 17 Überlebenden des Massakers wurden am New Yorker Flughafen von 80 FBI-Beamten in Empfang genommen und verhört. Dabei sind sie natürlich „an die richtige Adresse“ geraten.

Nicht nur Jimmy Carters Frau, auch US-Vizepräsident Mondale, Senator Hubert Humphrey u.a. hatten sich damals bei der guyanischen Regierung dafür ausgesprochen, daß Jonestown vom „Tempel des Volkes“ in Guyana gegründet werden darf und es gab einen regen Besucherverkehr zwischen Jonestown und dem US-Konsulat in Guyana, andererseits kamen einige Male amerikanische Regierungsbeamte nach Jonestown („Workers World“, 24.11.78). Von 1968 bis 1972 unterstützten die Anhänger von Jones aktiv die Republikanische Partei. 1974 schrieben sie Durchhaltebriefe an Nixon: „Sie waren traumhaft“, sagte die Parteifunktionärin Marge Boynton. „Sie taten alles, was du wolltest, und so schnell, es war nicht zu glauben.“ (Washington Post, 18.12.78). Wie kann eine als „weltfremde Sekte“ titulerte Gruppe zu solch mächtigen Freunden und Förderern kommen?

### Der CIA wühlt in Guyana

Der CIA selber hat den gegenwärtigen Präsidenten Guyanas, Forbes Burnham, in den Sessel gehievt, rechnete sich aber in dessen Willfährigkeit den USA gegenüber.

So unterhält Guyana relativ gute Beziehungen zu Kuba und gestattete kubanischen Truppen sogar, 1976 auf ihrem Weg nach Angola in Guyana Station zu machen. Das sind Gründe genug für den CIA, tätig zu wer-

den, was heißt, Guyana zu destabilisieren, Unruhe zu stiften, um so zu einer neuen Führung zu kommen. Eine legale amerikanische Kommando in Guyana, die für Rassenungleichheit und Solidarität eintritt, offizell von US-Politikern unterstützt wird und aufgrund dessen nahezu internationale Rechte genießt, das ist ein idealer Stützpunkt für CIA-Agenten, um von Jonestown aus zu operieren. Dafür spricht zumindest die enge Verbindung einiger schräger Vögel zur Volkstempelsekte.

Philip Blakey, seit 1970 Mitglied der Gruppe „Tempel des Volkes“, hat 1974 begonnen, die Gründung und Besiedelung Jonestowns zu organisieren. Der gleiche Blakey trat 1975 hervor als Anwerber von Soldaten für die UNITA, der vom CIA unterstützten konterrevolutionären Bande in Angola. Zur Zeit des Massenmordes war er bereits in See gewichen in Richtung Barbados („Chicago Defender“, 15.12.78).

Der Anwalt Joseph H. Blatchford – unter Nixon war er Direktor des Peace-Corps (CIA-Hilfsgruppe) – vertritt die Interessen von 13 ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Tempel des Volkes“, die Augenzeugen der Ermordung des Kongreßabgeordneten Ryan waren. Ryan wollte Vorwürfe gegen Jonestown an Ort und Stelle untersuchen. Blatchford schickt diese 13 erst einmal heimtückisch vor der Öffentlichkeit ab („Workers World“, 22.12.78).

Ein Begleiter des ermordeten Ryan war Richard Dwyer, der mutmaßliche CIA-Boss in Guyana („Workers World“, 8.12.78). Wurde der Abgeordnete Ryan vielleicht ermordet, damit er nicht hinter die verdeckten CIA-Aktivitäten in Jonestown kommt? Es wäre in der Tat peinlich gewesen, wenn nachdem die CIA-Direktoren ethischen Untersuchungsausschüssen des amerikanischen Parlaments Bescheinigung und demokratische Mäßigung versprochen hatten, jetzt öffentlich bekannt würde, daß sie ihre schweigsame Arbeit wie eh und je weiterbetreiben.

Die amerikanische Öffentlichkeit verlangte Aufklärung über Ryans Ermordung. Die bürgerlichen Medien beschuldigten die Mitglieder des „Tempels des Volkes“, aber bevor eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle möglich ist, findet das als Massen-Selbstmord getarnte Massaker statt. Zeugen, die über die Situation in Jonestown hätten aussagen können, sind so ausgeschaltet. Die wenigen Überlebenden werden in den USA vom FBI inhaftiert. Dies könnte nach „Workers World“ eine Erklärung für die Vorgänge in Guyana sein. Der CIA schweigt zu den Vorwürfen.

# CIA

Zu den erfreulichsten Neugierigkeiten zählt das regelmäßige Erscheinen eines (Anti-)CIA-Infus.

„Covert Action – Information Bulletin“ An ihm arbeiten neben dem Ex-CIA-Agenten Philip Agee die fortschrittlichen Wähler der Arbeiterpartei Ellen Ray, u.a. Es zeigt, wie weit man mit dem CIA und dem FBI. Aus dem „Counterparty“ der von Agee und Winlow Peck herausgegeben wurde, schied Agee nach Meinungsverschiedenheiten 1977 aus. Er lebt seit Nov. 1978 bei seiner Frau in Hamburg, nachdem er zuvor in einem ständigen Wechselbad von Ausweisungen und Einreiseverboten Westeuropas „kennengelernt“ konnte.

„Covert Action“ berichtet über CIA-Aktivitäten in einzelnen Ländern, beschreibt CIA-Agenten und bringt „Insider“-Berichte. Das Einzelheft kostet ca. DM 4,50 und ist u.a. im Arbeiterbuch, Grindelhof 45, 2000 Hamburg 13 erhältlich.

In der „Covert Action“ Nr. 2 vom Oktober 78 wird z.B. auf sieben Seiten berichtet: „Wie der CIA ausländische Diplomaten anwirbt“, ein Interview mit einem kubanischen Doppelagenten anlässlich dessen Auftretens während der Weltjugendfestspiele schildert 10 Jahre CIA-Erfahrungen, daneben zahlreiche Kurznachrichten. Zu den Reaktionen der US-Regierung, des CIA und der Presse nimmt ein Bericht in Nr. 3 vom Januar 79 Stellung. Außerdem wird ein Geheimdokument über die „Stabilisierung von gefährdeten verbündeten Ländern“ abgedruckt und kommentiert. Aus den Kurznachrichten einige Kostproben:

### War es wirklich Pandey?

„Als die Leiche des ehemaligen CIA-Analysten und späteren CIA-„Beters“ John A. Paisley am 1. Okt. 78

Bernard Fensterwald beauftragt, ihre überraschende Erkenntnis zu überprüfen, daß die gefundene Leiche nicht die ihres Mannes war. Sie erklärte, daß der CIA sie irgendwie nach dem Auffinden der Leiche dazu überredet habe, eine Fälschung zu veranlassen. Sie und ihr Anwalt enthüllten nun, daß der Leichnam weiter die Größe noch das Gewicht oder die Maße von Paisley hatte. Darüber hinaus wurden einige Totenscheine der Behörden des Bundesstaates Maryland vorgelegt, um die Unstimmigkeiten in den Maßen und Merkmalen zu vertuschen.

### Eine ganze Stadt im Test

Die Agency for International Development (AID – „Entwicklungshilfe“-Organisation der USA) hat angekündigt, daß die Scotland County in North Carolina untersucht wird, „um von Scotland zu lernen und dessen Fortschritte im Ausland zu kopieren“ (Laurinburg Exchange, 27.11.78).

Eine 25köpfige Mannschaft von AID-Spezialisten wird zwölf Wochen dort verbringen. Ironischerweise ist Scotland der ärmste Bezirk des Bundesstaates. Mehr Verständnis bringt die Tatsache, daß der Bezirk nahezu vollkommen (gewerkschaftlich) unorganisiert ist und in der Vergangen-

heit oft als Schrittmacher von antigerichtlichen Aktivitäten dieses gewerkschaftsfeindlichen Bundesstaates auftrat. So mußte der Handelskammer Rundbrief gerichtlich gezwungen werden, Listen mit Autokennzeichen und -beschreibungen von Gewerkschaftsorganisationsmitgliedern nicht weiter zu veröffentlichen. Wie es ein AID-Spezialist ausdrückte: „Ich meine, Scotland kann was einiges zeigen, und ich meine, es lohnt sich, dies zu lernen.“



mit einer Schußwunde am Kopf aus der Chesapeake Bay gefischt wurde, dreht sich alle Fragen um einen Punkt. Wurde er umgebracht oder beging er Selbstmord? Nun stellt sich heraus, daß das Geheimnis noch tiefer liegt. War es überhaupt Paisley?

Fast zwei Monate nach der Entdeckung der Leiche hat die Witwe, Maryann Paisley, einen Privatdetektiv und den Washingtoner Anwalt

Angesichts der Art und Weise, wie AID die US-Unterdrückungstechnologie anderen Ländern übermitteln könnten sie auch das Justizwesen in North Carolina studieren, wohl das schlimmste in den USA. Viele der von AID „bedienten“ Regierungen haben selbst ihre „Wilmington Ten“ (zehn Bürgerrechtler, die in einem Scheinprozeß zu insgesamt 282 Jahren verurteilt wurden – Anm. AK) in ihren Kerkern schmachten.



nahost

## Schah plant Massenmord



Der Mörder-Schah. Report in Washington: Carter kommen die Tränen angesichts der „schlechten Meldungen“ aus dem Iran

Wir drucken im folgenden eine Rede des Schahs ab, die er kurz vor Verlassen des Irans in einer geheimen Sitzung vor hohen Militärs hielt. Der vorliegende Text wurde von Genossen der CISNU direkt aus dem Persischen ins Deutsche übersetzt. Die Rede gelangte auf verschiedenen Wegen bisher ins Ausland, was darauf hinweist, daß sie auch im Iran verbreitet ist.

Nach der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS, die Auszüge aus der Rede nach zweiwöchiger Überprüfung durch mehrere Tonband- und Stimmentexten veröffentlichte, brachten auch die westdeutschen Massenmedien einige Zitate aus der Rede (auf Grund der verschiedenen Übersetzungen ergeben sich Formulierungsunterschiede).

Die Rede hat inzwischen viel Staub aufgewirbelt und sollte auch den letzten Zweifler davon überzeugen, daß es der Schah mit seinen „Liberalisierungsbestrebungen“ nie ernst gemeint hat, sondern daß alle Versprechungen in diese Richtung nur dazu dienten, das immer unruhiger werdende Volk zu täuschen. Wie der Schah als selbsternannter Kaiser „sein“ Volk zu behandeln gedenkt, kommt in der Rede in nie gekannter Offenheit zum Ausdruck. Falls es sich nicht widerspruchlos wie das Vieh für den Luxus und die Verschwendungssucht der wenigen ganz reichen Familien und die Interessen der Imperialisten ausbeuten lassen will, wird's halt solange hingeschlichtet, bis sich der Rest wieder angestört ausbeuten läßt.

Das iranische Regime, mit oder ohne Schah im Land, plant – mit den Imperialisten im Rücken – einen langdauernden Bürgerkrieg. Hunderttausende Tote sind einkalkuliert, auch teilweise taktische Zugeständnisse, um dem Widerstand erneut und auf Jahre hinaus das Rückgrat zu brechen. Der spanische Bürgerkrieg als Vorbild, nachdem ein spanisches „Demokratisierungsmodell“ nicht geklappt hat?

Aber auch die iranische Bevölkerung bereitet sich vor. Der Zersetzungsprozeß der Armee, von dem der Schah mit „Sorge“ spricht, ist seit dieser Rede weiter vorangeschritten. Waffen werden an die Bevölkerung verteilt. Die Spaltungsversuche zwischen den Ölarbeitern (die mit ihrem Streik das Regime am Nerv getroffen haben) und der iranischen Bevölkerung durch die künstliche Verknappung des Öls sind fehlgeschlagen. Die Bevölkerung organisiert ihr Leben selbst in „Kastan“ („Telefonbericht aus Teheran“). Tragen wir durch die Verstärkung unserer Solidarität dazu bei, daß es dem iranischen Volk gelingt, dem Schah und den Imperialisten einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Nahost-Kommission

### Schnh Rede

Wie Sie alle wissen, sind die letzten Vorfälle, die sich im Lande ereignet haben, und noch immer andauern, nicht zum ersten Mal in der Ära meiner Herrschaft geschehen. Wir hatten auch in den vorigen Jahren viele Zwischenfälle, wie das Zustandekommen der Vergeß Demokratis Partei in Aserbeidschan und Kurdistan,

wie die Machterlangung der Regierung Mosaddegh, die allgemeinen Kämpfe des Volkes für die Nationalisierung der Ölindustrie, die Befreiungskämpfe des Volkes usw. Wir konnten all die Aufstände und die ungeheuerlichen Ungehorsamkeiten, die seitens des Volkes für den Sturz des kaiserlichen Systems erfolgten, ungenutzten Chigoramkeiten, die seitens des Volkes für den Sturz des kaiserlichen Systems erfolgten, mit Nutzung der Erfahrungen meines Vaters und der aufrechten Zusammenarbeit der US Regierung zerschlagen und vernichten.

Aber die augenblickliche Lage unterscheidet sich gewissermaßen von der Vergangenheit. Dieses Mal sind wir mit einer größeren und bewußteren Masse konfrontiert. Der Erfolg der angewandten Taktiken zu ihrer Unterwerfung und die Wiederherstellung der früheren Lage bestätigt dieses Problem. Und wegen der außerordentlich erhöhten Gefahr der jetzigen Lage hielten wir die Einberufung dieser Sitzung für erforderlich, und es ist nötig, Maßnahmen und Beschlüsse für die Fortsetzung der Monarchie und meiner Herrschaft in diesem Lande zu ergreifen, deren Existenz vom Bestand und der Unterstützung der Armee abhängt.

Auf diesem Weg sind die Spuren der Spaltung und der Zwietracht im Innern dieser einzigen Kraft zum Schutz der Interessen und der Beständigkeit des kaiserlichen Systems sichtbar geworden, und es ist zu befürchten, daß wir nicht zu ihrer notwendigen Wiederherstellung fähig sind.

Täglich nimmt die Zahl der flüchtigen Soldaten und Aufrechter in den Garnisonen und Militärgebieten sowie die Niedermetzungen der Generäle durch die Anhänger zu. Die Widersetzung gegen die Befehle der Vorgesetzten und die Auslieferung der Waffen an das Volk sind Bestandteile der gewöhnlichen und alltäglichen Vorfälle in der Armee geworden. Wegen dieses Mißtrauens gegen die Militärs waren wir zur Unterwerfung der Volksbewegung gezwungen, in den weit entfernt gelegenen Städten Iran, bei Nomadenstämmen jener Gebiete, um Unterstützung zu suchen. Natürlich erforderte diese Arbeit, wie Sie wissen, die Vergabe von Konzessionen an sie, wie z.B. die Erlaubnis, Waren und Rauschgift über die Süd- und Westgrenzen des Landes zu schmuggeln, sowie den Empfang großer Geldbeträge von der Regierung.

Was zeigen all diese Gegebenheiten? Sie zeigen den Verfall der Ordnung in der Armee, wofür wir Jahre an Zeit und riesige Beträge an Geld verwandt haben. Am in solchen Augenblicken davon Nutzen ziehen zu können. Aber nun sind wir gezwungen, schnellstens die Personen und ihre Beziehungen zu überprüfen, und eine umgehende Säuberung in Angriff zu nehmen, damit die Armee von den unzufriedenen Elementen gereinigt wird. Es ist wahr, daß bei uns mehr Kräfte unsere Beherrschung der Lage desto besser sein wird, aber das Übermaß an Personen erschwert die Kontrolle und vermehrt auch die Möglichkeit des Aufruhrs. Infolgedessen nehmen Sie die Kündigungsversuche all der Unzufriedenen an, die bisher aus der Armee austreten wollten, aus welchem Grund es auch immer sein mag. Sorgen Sie für mehr Zufriedenheit der übrigen Personen, besonders im

Hinblick auf die materielle Sicherheit. Zeigen Sie ihnen Ihr Wohlwollen und stellen Sie es so dar, daß unser und ihr Interesse eins ist und daß das Volk mit Ihnen verfeindet ist. Selbstverständlich ist es möglich zu fragen, wie man ihre Zufriedenheit garantieren kann. Daher müssen wir die Streiks der Arbeiter in der Ölindustrie, die zur Entleerung der Staatskasse geführt haben, berücksichtigen. Vielleicht werden wir zur Auszahlung der Gehälter der Armeangehörigen nicht mehr in der Lage sein. Zur Bewältigung der Schwierigkeit wurde zuerst eine Anzahl der Organisatoren des Streiks und ihrer Anführer in den verschiedenen Abteilungen der Ölproduktion für die Ausfuhr festgenommen und ihnen die Möglichkeit genommen zu agieren. Die befreundeten Länder, USA, Israel und Südafrika, haben uns bisher bei der Niederwerfung der Bewegung viel geholfen. Wir haben das in den Vorratslagern vorhandene Öl, das für den inländischen Bedarf bestimmt war, in die ausländischen Länder ausgeführt. Dies führte dazu, daß diejenigen Mitarbeiter, die bis zu der Zeit für die Sicherung des Brennstoffs, des inländischen Brennstoffes, beschäftigt waren, die Arbeit niederlegten und sich den anderen

streikenden Angestellten anschlossen. Wir haben zur rechten Zeit unter Ausnutzung dieses Problems und breiter Propaganda damit begonnen, das Volk vor den Folgen der Ölknappeheit im Winter einzuschüchtern, um hiermit alle Beschäftigten in der Ölindustrie zu ihren Arbeitsplätzen zurückführen zu können und am letzten Ende zur Auszahlung der Gehälter für die Armee und für unsere anderen Regierungsangestellten in der Lage zu sein.

Nun weiß es das Volk zu gut, und es ist ihm bestätigt worden, daß der einzige Bestand unserer Interessen die Armee ist, und aus dem Grund ist es bestrebt, diese Kräfte an sich zu ziehen. Bedauerlicherweise ist auch die Armee dem Anschluß an das Volk nicht so sehr abgeneigt. Daher ist es ihre Pflicht, dieses Bündnis zu unterbinden. Nun, auf jede mögliche Weise, die Sie selbst kennen und wie es Ihnen auch vorher gezeigt worden ist. Durch Söden vom Haß und Abscheu zwischen dem Volk und ihnen auf verschiedene Art, u.a. durch das Erteilen von Schießbefehlen und das Töten des Volkes. Diese zwei Kräfte sind gegeneinander aufzubringen bis zur Verwirklichung eines lang an dauernden Bürgerkrieges, um genügend Zeit zur Überlegung und Er-

mächtigung einer Regierung, die gewissermaßen für das Volk annahmbar ist, zu haben. Wir können, so Gott will, danach allmählich aus dieser Zeitspanne mit Nutzung dieser erlangten Erfahrungen die Macht ergreifen. Natürlich sind wir diesmal bemüht, daß die vergangenen Irrtümer nicht wiederholt werden, ich meine, der Nation sollte man nicht ein Übermaß an Freiheit geben, da sie es bestätigt, daß sie nicht die Fähigkeit besitzt, das von mir gegebene Geschenk zu bekommen. Wir werden einen ausgedehnten Geheimdienst statt der SAVAK gründen. Trotz aller unserer Befehle an die ehemaligen Chefs dieser Organisation zur Festnahme und Liquidierung aller Elemente gegen das kaiserliche System – (unverständliches Sotzende, Übersetzung nicht möglich).

Trotz allem waren wir Zeuge von Wachstum und Formierung dieser Elemente, die all die letzten Ereignisse im Lande verursacht haben, und dies war nur wegen der Unfähigkeit der Personen dieser Organisation SAVAK. Dieses Mal werden wir dem Volk nicht einmal die kleinste Bewegung und keinen Funken, an dem sich etwas entzündet kann, erlauben.

### Telefonbericht

#### Telefonbericht aus Teheran (30.1.79)

„Die Lage im Iran ist unabsehbar, jeden Tag finden Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Armee statt. Die Regierung versucht, Zeit zu gewinnen und hofft, daß die Bevölkerung mude wird.“

Am vergangenen Freitag (26.1.), als Khomeini zurückkehrte, wollte er mindestens tausend Leute erschossen werden!

Viele Parlamentarier, darunter der ehemalige Ministerpräsident von 1962, Amni, und Generäle sind nach Paris geflogen, um mit Khomeini zu verhandeln. Der bewaffnete Kampf findet je den Tag mehr Anhänger. Auf Wandzeitungen auf Plakaten und in Broschüren werden der Umgang mit Waffen und Baupläne für Bomben erklärt. Die „Pedajin des Volkes“ haben vor ca. 3 Tagen einen Gendarmenposten überfallen und die Waffen mitgenommen. Alle Zeitungen erscheinen unzensuriert.

Die Linken sind in der Minderheit. Sie haben bisher fünf Flugblätter herausgegeben.

Der Großteil der Bevölkerung will jedoch weder eine linke noch eine islamische, sondern eine demokratische Republik.

An der Uni Teheran wird viel diskutiert. Werden Dias und Fume gezeigt?

Ein General ist von der Bevölkerung festgenommen worden. Er sollte vor ein Volksgericht gestellt werden. Der Ayatollah von Teheran (Taleghani) hat ihn jedoch wieder freigelassen.

Unprofessoren und der Ayatollah von Teheran haben sich in einer Moschee versammelt und fordern die ungehobene Rückkehr Khomeinis. In der Stadt Teheran ist das Militär abgezogen, die Bevölkerung hat durch die Selbstverwaltung einzelner Straßenzüge quasi die Kontrolle über die Stadt. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Diebstahlverbrechen nehmen zu. Die Polizei greift jedoch nicht ein, um die Bevölkerung durch das Treiben der Diebe zu verunsichern.

Sondereinheiten der Luftwaffe solidarisieren sich mit der Bevölkerung, nehmen an Demonstrationen teil oder streiken.

Die Bevölkerung hat kooperative Läden eingerichtet. Lebensmittel sind genug vorhanden. Nur Öl und Benzin gibt es auf Bezugsschein.

(Der Telefonbericht wurde uns vom Iran-Arbeitskreis Exen zugeschickt)



### ... und wie's die westdeutschen Imperialisten sehen!

Am 15. Januar wurde in den „Fuchsbrieffen“ (Aktuelle Informationen und Analysen aus Wirtschaft und Politik – kurz und knapp für die vielbeschäftigten westdeutschen Unternehmensorgane) eine Einschätzung der Situation im Iran veröffentlicht. Man kann diese Einschätzung fast als einen „Zusatz“ zur Rede des Schah auffassen. Was da – ganz zurückhaltend – als „aufrichtige Zusammenarbeit“ mit der US-Regierung bei der Zerschlagung und Vernichtung der „ungeheuerlichen Ungehorsamkeiten“ des Volkes bezeichnet wird, wird in den Fuchsbrieffen in schöner Offenheit ausgesprochen. Zusammenarbeit bis hin zur militärischen Intervention. Wir drucken den Text im Wortlaut.

„Es wird Zeit, sich an die Abkürzung „JRI“ zu gewöhnen. Denn von Tag zu Tag verbessern sich die Aussichten des Ayatollah Khomeini, die „Islamische Republik Iran“ zu proklamieren. Das „Wort Gottes“ – „Ayatollah“ hat in Paris schon die Bildung eines Schattenkabinetts bekanntgegeben. Schützliche Geldtische mit wirtschaftsförderlicher Qualifikation sind auch darunter. Es ist kein Scherz: Die Vorstellung, daß einmal ein leibhaftiger Mullah an Krupp-Aufsichtsratsitzungen teilnimmt, ist gar nicht so abwegig. Nach erfolgter Abreise des Schah können nur noch zwei Ereignisse den weißbärtigen Alten vom Griff nach der Macht abhalten: ein Tod oder ein Militärputsch nach chilenischem Vorbild. Die Regierung Bakhtiar ist nur eine hülflose, von den Generalen (vorläufig!) geduldete Übergangsregierung ohne Massenbasis, Unberechenbar. Klerus, Bauernschaft und Ölarbeiter hören nur auf Khomeini. Aber da ist noch der für die schiffliche Opposition gefährliche Unsicherheitsfaktor USA. 1. Ein Dutzend hochmoderner F-15-Kampfbomber der US-Air-Force ist überraschenderweise in Saudi Arabien zu „Schulungsfügen“ eingetroffen. 2. Ein US-Flugzeugträger mit 90 Maschinen an Deck nähert sich dem Golf. 3. Im Schwarzen Meer kreuzt neuerdings ein US-Raketenzerstörer. 4. Elf Kriegsschiffe der letzten US-Flotte halten Kurs auf den Golf, um ein dort bereits kreuzendes Geschwader zu verstärken. Sicherlich ist die Zeit unruhigster Kanonenbootpolitik vorbei. Jedoch kann man es einer Großmacht nicht verwehren, ihren im Ausland bedrohten Staatsbürgern aus humanitären Gründen zu Hilfe zu eilen (s. französisch-belgische Katanga-Expedition). Und daß eine solche Militärintervention nicht nur Tausenden von ausländischen Spezialisten zum schnellen Rückflug in die sichere Heimat verhilft, liegt auf der Hand. Denn auch das innenpolitische Kräfteverhältnis des von der Intervention betroffenen Landes wird durch einen solchen Eingriff verschoben. Nicht umsonst enthalten die jüngsten Kasstien-Predigten Khomeinis stets denselben eindringlichen Appell an die persischen Massen: Keine Übergriffe gegenüber Ausländern! Sicherlich Aufrufe, die die Angst vor einer US-Intervention diktiert.“



# Tagung des 14. Palästinensischen Nationalrates beendet

Vom 15. bis zum 23. Januar 1979 tagte in Damaskus (Syrien) der 14. Palästinensische Nationalrat, das oberste Organ der PLO, in dem alle Organisationen der palästinensischen Revolution, alle palästinensischen Massenorganisationen und Unabhängige vertreten sind. Schon der Tagungsort gibt einen Hinweis auf die völlig veränderte politische Situation, in der dieser Nationalrat stattfand.

Die Tagung des 13. Nationalrates war im März 1977 noch in Kairo abgehalten worden — ein halbes Jahr nach der syrischen Intervention im Libanon, die den Sieg der fortschrittlichen libanesischen Kräfte und der Palästinenser und damit einen demokratischen Libanon verhinderte, und in einer Situation, in der von einer erneuten Genfer Nahost Konferenz und einer möglichen Beteiligung der PLO gesprochen wurde, was die Politik der kapitulanten Kräfte innerhalb der PLO erleichterte. Im politischen Kommuniqué war damals nicht mehr explizit von der Befreiung ganz Palästinas die Rede gewesen, auch der Kampf gegen die reaktionären arabischen Regimes, insbesondere gegen Jordanien, wurde nicht mehr erwähnt. Abgesichert worden waren die Ergebnisse des 13. Nationalrates von vornherein durch eine veränderte Zusammensetzung. Zu den bisherigen 170 Vertretern kamen 120 neue, meist rechte Vertreter hinzu, u.a. war auch die A.S.S.I.K.A., die kurz vorher im Libanon gegen die fortschrittlichen Kräfte gekämpft hatte, stark vertreten. Die Vertreter der Ablehnungsfront hatten hingegen nur etwa 20 Sitze.

Der 14. Nationalrat stand, besonders von Seiten der Ablehnungsfront, ganz im Zeichen des Kampfes um die Stärkung der Nationalen Einheit. Mit dem Besuch Sadats in Jerusalem und mit dem Camp-David-Abkommen hatte sich gezeigt, daß für eine kapitulanten Lösung kein Raum mehr ist. Die imperialistische Lösung hatte alle Illusionen darüber zerstört, daß die Palästinenser ohne bewaffneten Kampf — in einer Verhandlungslösung — einen eigenen Staat erhalten könnten. Die PLO wurde als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes aber

lehnt. Dadurch hatten sich — verglichen mit der Situation zur Zeit des 13. Nationalrates — die Auseinandersetzungspositionen verschoben. Es ging nicht mehr um die Fragen, ob die PLO an einer politischen Regelung teilnimmt oder nicht, ob die PLO-Führung an der Genfer Konferenz mit einer eigenen Delegation oder als Teil einer arabischen Delegation teilnimmt oder nicht. Die imperialistische Lösung ebenso wie der von den Zionisten und libanesischen Faschisten im Libanon immer wieder angeheizte Krieg bedrohen die palästinensische Revolution.

Schon Wochen vor der Tagung des 14. Nationalrates wurden angesichts der politischen Entwicklung verschiedene Konferenzen mit vielen Organisationen abgehalten, auf denen die Stärkung der Nationalen Einheit diskutiert wurde.

In einem Interview äußert sich George Habash, Chef der PFLP, zum Thema der Nationalen Einheit folgendermaßen:

„Es gibt nicht mehr die politischen Probleme, die wir einmal als Grundlage für die nationale Einheit verstanden haben. Die Grundlagen der nationalen Einheit sind die Probleme, die jetzt die palästinensische Revolution bedrohen. Deshalb wird die PFLP intensiv arbeiten, um die nationale Einheit zu erreichen. Voraussetzung ist, daß das Tripolis-Abkommen als Grundlage genommen wird. Außerdem ist es notwendig, daß die palästinensischen Organisationen zu einer gleichen Position zu“

- Camp David
- der sogenannten Autonomie (der besetzten Gebiete, Anm. AK)
- der Einschätzung des jordanischen Regimes
- dem Krieg in Libanon kommen. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die PLO einen organisatorischen Aufbau nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus erhält und ein soziales Führungsprinzip beweist. Wenn diese drei Bedingungen erfüllt werden, werden wir intensiv arbeiten und uns voll einsetzen, die nationale Einheit zu erreichen“ („Al Hadaf“, Nr. 407).

Die in diesem Interview angesprochenen drei Bedingungen beinhalten

im wesentlichen die politischen Positionen der PFLP zum Nationalrat.

Das Palästinensische Manifest von Tripolis war auf der ersten Konferenz der Staaten der Ablehnungsfront in Tripolis, unmittelbar nach dem Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977, von allen acht Organisationen innerhalb der PLO unterzeichnet worden. Darin heißt es wörtlich: „Wir in der PLO, Vertreter aller ihrer Organisationen, erklären folgendes:

1. Wir kämpfen für den Aufbau einer fortschrittlichen, arabischen Front gegen jegliche Kapitulation und gegen die zionistischen und reaktionären Pläne der Imperialisten, die zur Kapitulantenlösung führen sollen und gegen die arabischen Instrumente der Lösung in diesem Gebiet

2. Wir bekräftigen unsere Ablehnung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338

3. Wir bekräftigen unsere Ablehnung gegenüber allen internationalen Verhandlungen und Abmachungen, die auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 beruhen einschließlich der Genfer Konferenz

4. Wir bekräftigen unser Recht, für die Durchsetzung der legitimen Rechte unseres Volkes zu arbeiten, das heißt das Recht der Rückkehr und Selbstbestimmungsrecht in der Heimat, einschließlich des Rechts, einen unabhängigen palästinensischen Staat aufzubauen, auf jedem Teil des Palästinensischen Bodens, der befreit wird ohne Anerkennung, Versöhnung und Verhandlungen

5. Wir verurteilen jeden Partner, der den Aufbau der fortschrittlichen arabischen Front ablehnt oder verhindert („Tal al Saatar“, 2/3)

Der Inhalt dieses Manifestes ist wenig bekannt, aus diesem Grunde seien Gerüchte über Änderungen der politischen Standpunkte der PFLP, die gerade während des Nationalrates in der bürgerlichen Presse lanciert wurden, und von „die PFLP sei jetzt auch für den Ministat“ bis „die PFLP wolle sich in die A.F. Fatah auflösen“, reichen auch unter Linken auf fruchtbarsten Boden. Es verhält sich also genau andersherum: Im Tripolis-Manifest konnten die Organisationen der Ablehnungsfront ihre Positionen durchsetzen und diese

schon einmal vereinbarten Standpunkte machten sie zur Grundlage der Auseinandersetzung um die nationale Einheit auch auf dem 14. Palästinensischen Nationalrat.

Die Betonung einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem jordanischen Regime hatte durch die in der letzten Zeit intensiv geführten Gespräche zwischen dem jordanischen Regime und der PLO-Führung besondere Aktualität gewonnen. Wieweit diese Gespräche tatsächlich gediehen sind und ob es schon zu einem Abkommen zwischen beiden gekommen ist, wie in der Presse z.T. berichtet wird, ist noch unklar. Die PFLP hatte sich jedenfalls in den Vorgesprächen zum Nationalrat der Stimme zu den jordanisch-palästinensischen Verhandlungen enthalten, mit der Begründung, daß sie die Aufnahme von Beziehungen an folgende Bedingungen knüpfte: die Existenz der palästinensischen Revolution auf jordanischem Boden müsse gesichert sein, wozu die Organisation und Bewaffnung der Massen gehörte (im Jordanien seit dem Septembermassaker von 1970 verboten), die politische Arbeit der PLO müsse umfassend möglich sein, ebenso die militärischen Aktionen von jordanischem Boden aus gegen den zionistischen Feind. Jordanien hatte gefordert, daß palästinensische Kämpfer in die jordanische Armee integriert werden müßten (!), daß alle Aktionen gegen den zionistischen Feind vorher angezeigt werden müßten (!!) und daß die Palästinenser innerhalb Jordaniens weder bewaffnet noch organisiert werden dürfen.

Zur Frage der Neuorganisation der PLO forderte die PFLP: Alle palästinensischen Organisationen sollten am Nationalrat und am Exekutivkomitee unter demokratischen Verhältnissen beteiligt werden (die bisher relativ willkürliche Zusammensetzung des Nationalrates ist oben angedeutet worden, in dieser Forderung kommt gleichzeitig der Wille der PFLP zum Ausdruck, sich wieder am Exekutivkomitee zu beteiligen, aus dem sie 1974 wegen der kapitulanten politischen Linie der PLO-Führung ausgetreten war), es solle keinen Alleingang von einzelnen Organisationen mehr geben (das ist wohl vor allem eine Anspre-

chung auf die Hausmacht Arafats und auf seinen schon in der Vergangenheit von verschiedenen Organisationen der PLO kritisierten „einsamen“ Führungstil), in den militärischen, organisatorischen und finanziellen Bereichen müssen alle palästinensischen Organisationen zusammenarbeiten, die Beziehungen zwischen den Organisationen, ihre Rechte und Pflichten müssen in klarer Form festgelegt werden. Außerdem wurde gefordert, daß eine militärische Führung von allen Organisationen gestellt werden müsse, die die Aufgabe habe, die Angriffe gegen den zionistischen Feind zu planen und koordinieren.

Betont wurde in diesem Zusammenhang — und dies besonders im Hinblick auf die blutigen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Organisationen in letzter Zeit, in denen durchaus der zionistische Geheimdienst seine Hände im Spiel gehabt haben kann — daß das Fehlen der organisatorischen Einheit die Nebenwidersprüche verstärkt und die Feinde ermutigt, sich in palästinensische Angelegenheiten einzumischen (Informationen nach den letzten Nummern der „Al Hadaf“).

Der 14. Palästinensische Nationalrat ist inzwischen zu Ende gegangen, über die Ergebnisse gibt es in der bürgerlichen Presse unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Verlautbarungen. Fest steht bisher: Die Organisationen der Ablehnungsfront sind nicht im Exekutivkomitee vertreten, unklar ist, ob dies die Folge unannehmbarer Bedingungen ist oder ob die Neuwahl verschoben wurde. Des weiteren scheint klar, daß weder in der Jordanienfrage noch in der Finanzfrage (innerhalb standen die 250 Mio. Dollar der Bagdad-Konferenz zur Verteilung an) die Organisation der Ablehnungsfront sich durchsetzen konnten.

Der Wortlaut des politischen Kommuniqués und der anderen Resolutionen sowie Stellungnahmen der palästinensischen Organisationen zu den Ergebnissen der Tagung des Nationalrates liegen uns noch nicht vor. Wir werden darüber berichten.

Nahostkommission

## Festigung des reaktionären ägyptisch-sudanesischen Bündnisses

Anlaßlich seines jüngsten Besuchs in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum hat Sadat vor internationalen Pressevertretern am 20. Januar wieder in Erinnerung gerufen, daß die beiden reaktionären Regime Ägyptens und Sudans die Bildung eines gemeinsamen Staates vorbereiten. Die enge Zusammenarbeit, die auf die Stärkung der rechten Kräfte im eigenen Land und in der gesamten arabischen Welt abzielt, nahm auf vertraglicher Ebene ihren Anfang im Februar 1974 mit ägyptisch-sudanesischen Abmachungen über die politische und wirtschaftliche Integration beider Länder in deren Folge ein gemeinsamer Wirtschaftsraum gebildet wurde, der bis heute arbeitet („Monitordienst“, 2.1.79). Institutionalisiert wurden in zwischen auch gemeinsame Sitzungen der beiden Parlamente; die zweite Sitzung war der Anlaß für den Sadat-Besuch in Khartoum Mitte Januar („Guardian“, 22.1.).

Längst vor den Integrationsabmachungen von 1974 hatte sich Sadat bereits im Juni 1971 als echter Freund von Präsident Numeiri erwiesen, als er ihm bei der Niederschlagung eines Aufstandes zuhelfe kam. Dieser Aufstand unter Führung linker Offiziere hatte sich gegen den pro-imperialistischen Kurs Numeiris gerichtet, der nicht langer verschleiern konnte, daß er das Bündnis mit den Linkskräften im Sudan, insbesondere der KP, nach seiner Machtergreifung 1969 nur aus taktischen Gründen gegen die absolute Macht der bis dahin herrschenden Feudalreaktoren eingegangen war. Sadat, der an einem sozialistischen oder demokratischen Nachbarstaat nicht interessiert sein konnte, beorderte damals zur Niederschlagung des Putsches die am Suezkanal unter seinem Kommando stehenden numeiritischen Truppen in den Sudan. Zum zweiten Mal bewährte sich das Bündnis im Juli 1976, als Sadat wiederum zur Niederschlagung eines Putsches die am Suezkanal stationierten sudanesischen Soldaten als „Eingreiftruppe“ in den Sudan schickte.

Die „innere Sicherheit“ im Sudan und in Ägypten, womit nach internationaler Sprachregelung unter den Reaktionen die Zerschlagung der demokratischen und linken oppositionellen Kräfte bezeichnet wird, ist eines der zentralen Anliegen der engen

ägyptisch-sudanesischen Zusammenarbeit. Mit der ehemals noch vorhandenen rechten Opposition haben sich beide Regime inzwischen arrangiert. So hat Numeiri gerade im letzten Jahr unter dem Schlagwort der „nationalen Versöhnung“ den Ägypter Sadiq al-Mahdi in den Sudan zurückgeholt, der — neben Qadafi — 1976 für den Putschversuch verantwortlich gemacht und in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war („Orient“, 1977/3). Mahdi ist der Führer der in der oppositionellen „Nationalen Front“ zusammengeschlossenen traditionellen-rechtlichen Rechtsparteien („Umma Partei“ von Sadiq al-Mahdi, „Ismaili Partei“ von Sharaf al-Hindi, der noch im Exil lebt, aber von Numeiri ebenfalls zur Rückkehr aufgefordert wurde und die „Muslimbrüder“). Ganz offensichtlich versucht Numeiri durch diese Art „nationaler Versöhnung“ seine seit Amtsantritt durch Opposition von rechts und links gefährdete Position zu retten, indem er sich mit den Rechten gegen die Linke verbündet, die trotz Massenverhaftungen und Hinrichtungen in den letzten Jahren nicht völlig liquidiert ist. Darüber können Numeiris Befürworter, daß es keine Kommunisten mehr im Sudan gäbe, weder in den Gefangenen noch sonst wo, nicht hinwegtäuschen (Interview mit Numeiri in „The Middle East“, Dez. 1978).

Den zweiten Eckpfeiler des sudanesisch-ägyptischen Bündnisses bildet das gemeinsame außenpolitische Interesse in der Roten Meerregion, in der Nahostfrage insgesamt und gegenüber den Imperialisten. Ihr engster Verbündeter und Mäzen im Nahen Osten ist Saudi-Arabien, das (zusammen mit den rechten arabischen Golfstaaten) Enkelführungsprogramme in Ägypten und Sudan die Waffenbeschaffung aus westlichen Quellen (USA und Frankreich), den Aufbau einer arabischen Rüstungsindustrie in Ägypten und den ägyptischen Staatshaushalt mitfinanziert. Saudi-Arabien wurde noch hinzugezogen zu den ägyptisch-sudanesischen Gesprächen im Juli '76 nach dem (u.a. Libyen in die Schuhe geschobenen) mißglückten Putschversuch gegen Numeiri; im Verlauf dieser Gespräche wurde ein Militärabkommen zwischen Ägypten und Su-

dan geschlossen und ein gemeinsamer Verteidigungsrat gebildet. Dieses Abkommen und der Vertrag vom Januar 1977 zum Kampf gegen die „Subversion“ durch Libyen zeugen auf eine gemeinsame reaktionäre Strategie im Roten Meer gegenüber der „Achse des Terrors“ („Jeune Afrique“, 13.5.77).

Ein weiterer enger Verbündeter war zeitweilig Syrien. Im Dezember 1976 beschloßen Syrien und Ägypten die Bildung eines „gemeinsamen politischen Kommandos“, in das der Sudan im Februar 1977 einbezogen wurde. In diesem Dreierbündnis ging es vor allem um das gemeinsame Ziel einer „friedlichen Lösung“ im Nahostkonflikt (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 101, Feb. 77). Auf diesem Feld konnte Numeiri sich nach dem Sadat-

### Abu Hassan ermordet

Noch während der Tagung des 13. Palästinensischen Nationalrates in Damaskus wurde Ali Hassan Salameh, Chef der Fatah-Abteilung für Spezialoperationen und einer der Verantwortlichen für die Sicherheit von Zionisten in Beirut ermordet. In einem parkenden Auto zündeten mit britischen Pässen in Libanon eingetragene Agenten mehr als 50 kg TNT, als der Wagen Abu Hassans vorbeifuhr. Er und vier Mitglieder seiner Leibwache wurden getötet, ebenso vier Passanten.

In der „Jerusalem Post“ (28.1.79) schildern die Zionisten genüßlich, wie alles schon als Abu Hassan ermordet wurde, bevor der wirkliche Abu Hassan in Beirut getötet wurde, hinterlassen Tod terroristische Quellen“ einen israelischen Stoßtrupp sehen würden 1973 in der norwegischen Stadt Lillehammer Ahmad Bouchiki, 1972 in Paris Mahmoud Hamshari.

Dieser Mord trägt deutlich die Handschrift der Zionisten — und auf ihr Konto gehen eine ganze Reihe ähnlicher Anschläge beispielsweise wurde im Juni 1972 der palästinensische Schriftsteller und Chefredakteur der „Al Hadaf“ (Zeitung der PFLP), Ghassan Khanafani durch eine Bombe, die in seinem Auto explodierte, ermordet. Nahostkommission

Besuch in Jerusalem im November 1977, der Syrien an die Seite der Staaten der Ablehnungsfront brachte, endlich erkenntlich zeugen für die bisherige Unterstützung durch Ägypten. Als Präsident eines „Arabischen Solidaritätskomitees“, das nach dem Jerusalem-Besuch eingerichtet wurde, reiste er in der Welt umher (Europa, USA, arabische Länder) und warb für die „Friedensinitiative“ Sadats.

Die verräterischen Abkommen von Camp David lobte er — außer Sultan Qabus wohl als einziger arabischer Staatsoberhaupt — ungeteilt und offen: „Aufgrund meiner Kenntnis der Geschichte, meines strategischen Wissens und der Analyse der heutigen Weltlage halte ich das, was in Camp David erreicht wurde, für die

beste der z.Z. möglichen Lösungen“ (Interview in „The Middle East“, Dez. 78).

Was Sadat jetzt im Januar in Khartoum zum Stand der ägyptisch-sudanesischen Beziehungen sagte, kann nur als Drohung aufgefaßt werden, die sich, wie die Erfahrung lehrt, nicht nur auf äußere Feinde sondern die demokratischen Kräfte im Sudan richtet: „Ich sage es für alle, die es betrifft, die Grenzen Sudans sind auch die Grenzen Ägyptens“ („Süddeutsche Zeitung“, 22.1.79). „Jede Aggression gegen den Sudan wird so betrachtet, als richte sie sich direkt gegen Ägypten“ („Le Monde“, 23.1.).

Nahostkommission

### Vietnamesische Flüchtlinge für zionistische Propaganda

Mitte Januar 79 wurden in Israel 103 vietnamesische Flüchtlinge mit großem Propaganda-Aufwand in Empfang genommen. 66 leben schon seit dem letzten Sommer in Israel. Einwanderungsminister David Levy kommentierte: „Mehr als jedes andere Volk haben wir Mitleid mit der Not von Flüchtlingen“ („Jerusalem Post“, 28.1.79). Was dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht für antikomunistische Hetze reicht ist, ist den Zionisten lange billig, wenn es darum geht, über die rassistische und unmenschenliche Politik in Israel und in den besetzten Gebieten hinwegzuzuschauen.

Es seien hier nur ein paar Beispiele aus den letzten Monaten angeführt: — 1978 wurden in den besetzten Gebieten 2.480 Palästinenser wegen „subversiver Tätigkeiten“ verhaftet („Le Monde“, 28.12.78).

Seit langem gibt es an der palästinensischen Universität Bir Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit der israelischen Besatzermacht. Immer wieder wurden in der letzten Zeit politisch aktive Studenten verhaftet, gefoltert und ohne Anklage in Haft gehalten („FR“, 17.1., „NZ“, 27.1.).

— Ausgewiesen wurde ein Universitätsangehöriger, weil er verdächtigt wird, arabische Israelis „aufgehetzt“ zu haben, dem Palästinensischen Na-

tionalrat eine Resolution geschickt zu haben, in der die PLO aufgefordert wird, ihren bewaffneten Kampf gegen Israel fortzuführen („Le Monde“, 31.1.79). (Die Resolution stammt von der Progressiven Nationalen Front Palästinas und fordert außerdem den Kampf gegen den Zionismus, warnt vor einer Annäherung an Jordanien und verurteilt die arabische Reaktion und den Verräter Sadat.) — Immer wieder werden die Häuser von Angehörigen zerstört, wenn ein Palästinenser in den Verdacht gerät, den Widerstand zu unterstützen. — Im Dezember wurden in der Gegend von Hebron, Ramallah und Sabur Landstriche enteignet und eingezäunt, um eine weitere Bebauung zu verhindern („L'Espresso“, 20.12.78). Bei Ramallah ist außerdem ein neues Militärlager geplant.

— 60.000 palästinensische Flüchtlinge aus dem Gaza-Streifen sind bis heute in eine Wüstengegend im Südwesten Israels zwangsumgesiedelt worden („Zeit“, 17.11.78).

In Israel selbst und auch in den besetzten Gebieten erlebt der Widerstand des palästinensischen Volkes wieder einen Aufschwung (besonders während des libanesischen Bürgerkrieges fanden in den besetzten Gebieten, aber auch in Galiläa im „Kernland“ Israels große Aufstände statt). Nahostkommission





## lateinamerika

# Frauen in Nicaragua: Der Kampf um unsere Emanzipation ist mit dem Kampf unseres Volkes für Freiheit heute besonders eng verknüpft

Eine nicaraguanische Frauenorganisation, AMPRONAC (Asociación de la mujer ante la problemática nacional), hat eine Dokumentation über ihre Entstehung und Entwicklung herausgegeben. Diese Organisation hat seit Ende 1977 versucht, die Beteiligung der Frauen an den Massenkämpfen zu stärken und in der Dokumentation erste Erfahrungen ausgewertet. Im folgenden geben wir die wesentlichen Aussagen zusammengefaßt wieder.

Die Frauen in Nicaragua sind in ihrer Mehrheit gezwungen, acht bis zwölf Stunden am Tag schwerste Arbeit zu leisten, in den Fabriken oder auf den kaffee- oder Zuckerfeldern. Hinzu kommen meistens noch Überstunden und dann der Haushalt. Die meisten Kinder müssen mitarbeiten, sie können nicht zur Schule gehen, sind unterernährt und anfällig für Krankheiten. Viele Kinder überleben das erste Lebensjahr nicht. Die Jahre 1974/1976 waren von totaler Repression gekennzeichnet, von der auch die Frauen betroffen waren. Hunderte von Bäuerinnen, Studentinnen, Arbeiterinnen wurden verhaftet, getötet und ermordet. Aus dieser Situation fand sich eine zunächst relativ kleine Gruppe von Frauen zusammen, die sich zum Ziel setzte, für die Einhaltung der Menschenrechte in Nicaragua zu kämpfen. Die Hauptforderungen der Gruppe waren:

Gesicherter sozialer Status für die Frauen

— Abschaffung von Folter und Unterdrückung  
Sehr bald entwickelten sich erste Diskussionen, daß die Arbeit sich nicht auf Menschenrechtsfragen beschränken sollte, sondern daß es darum gehen muß, eine alternative Organisation für alle Frauen zu schaffen und aktiv an den politischen Kämpfen teilzunehmen.

Ergebnis dieser Diskussionen war im September 1977 die Gründung von AMPRONAC. Rund 70 Frauen waren an dieser Gründung beteiligt, es wurde ein Führungsausschuß von neun bis zehn Frauen und Kommissionen für die Propagandaarbeit, die Finanzen etc. gebildet. AMPRONAC befaßt sich an den stattfindenden Aktionen, Demonstrationen, Streiks zu beteiligen. Im November 1977 unterstützte AMPRONAC die Kampagne für Verschwindene — vor allem aus den ländlichen Gebieten — unter der Parole: „Wo sind unsere Brüder, die campesinos. Was antworten die Ermordeten?“ Es fanden zahlreiche Veranstaltungen gegen die Unterdrückung statt, die teilweise brutal von der Nationalgarde aufgebrochen wurden. Im Dezember 1977 nahm AMPRONAC an dem großen Marsch teil, der von allen Organisationen des Volkes vorbereitet war und mit Hubwraubern und Schießbefehl von der Diktatur aufgelöst wurde. Nach der Ermordung des bürgerlichen Oppositionellen Chamorro im Januar 1978 beteiligte

sich AMPRONAC an den Massenmobilisierungen. Eine Gruppe von Frauen nahm an der Besetzung des UNO-Büros teil, eine Aktion, mit der Informationen über Verschwundene erwungen werden sollten.

Von Februar bis April 1978 wurden die Anstrengungen vergrößert, um zu einer Massenorganisation der nicaraguanischen Frauen zu werden.

Anfang März wurde eine Woche der Frau ausgerufen. Schwerpunkt der Propaganda war, die Frauen zur Beteiligung an den Kämpfen des Volkes aufzurufen. Dies ist Ausdruck erster Veränderungen in der Arbeit von AMPRONAC. Nachdem sich die ersten Aktionen auf die Denunziation der Diktatur beschränkt hatten, wurde jetzt zunehmend die aktive Teilnahme der Frauen an den Kämpfen des Volkes und das Eintreten für die allgemeinen Forderungen propagiert. Die Aktionen zur Woche der Frau waren zwar nicht vergleichbar mit den großen internationalen feministischen Bewegungen, aber auch erfolgreich. Aus wesentlichen Forderungen zum internationalen Tag der Frau wurden aufgestellt: Schluß mit der Repression, Organisationsfreiheit; Freiheit für die politischen Gefangenen, Befreiung derjenigen, die für Verbrechen und Barbarei verantwortlich sind, Aufhebung aller Gesetze, die die Frau diskriminieren, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schluß mit der Kommerzialisierung der Frau.

Die Veränderung in der Arbeit AMPRONACs drückte sich auch in den Kampfmethoden aus. Statt Besetzungen der Ministerien, statt Petitionen und Bittschriften wurden zunehmend Versammlungen, Demonstrationen, Kündigungen, Besetzungen veranstaltet. Konkret beteiligte sich AMPRONAC in dieser Zeit an den Kampftagen gegen die Diktatur, am Hungermarsch im April, der von besonderer Bedeutung ist, weil es die ersten gemeinsamen Aktionen von Stadt- und Landbevölkerung war. AMPRONAC organisierte Besetzungen von Rot Kreuz-Stationen, unterstützte aktiv die Streiks und Hungerstreiks, die zur Freilassung von inhaftierten Kämpfern der FSLN durchgeführt wurden. Aus den Aktionen für die Freilassung einer FSLN-Kämpferin, die im neunten Monat schwanger war, entwickelte sich eine breite Kampagne unter der Parole: „Jede Mutter hat das Recht, ihr Kind in Freiheit zu bekommen“. Diese Kampagne war Ausgangspunkt für die Schaffung von Basiskomitees in den Stadtteilen und Wohnvierteln.

AMPRONAC ist in diesen Monaten stark angewachsen, allerdings hauptsächlich durch die konsequente Beteiligung an den laufenden Kämpfen, weniger auf Grundlage eines Programms oder durch besonders gezielte, organisierte Arbeit. So war auch die aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Beschlußfassung über Aktionen noch auf einen relativ kleinen Kreis von Frauen begrenzt. Im Mai fanden deswegen 2 Seminare statt, um die Situation im Land einzuschätzen und die wichtigsten Aufgaben festzulegen. Wesentliches Ergebnis dieser Diskussion war eine differenziertere Einschätzung der Oppositionsbewegung, daß es nämlich zu unterscheiden gelte zwischen den Kräften des Volkes und denen, die eine Alternative der Bourgeoisie gegen den Somozismus ohne Somozas anstrebten. Diese Diskussion löste zunächst Unruhe und Widersprüche aus, weil AMPRONAC ein breites Spektrum von Frauen aus allen Schichten und allen Teilen der Opposition umfaßte. Bis Juli beherrschten diese inneren Diskussionen die Organisation, es gab kaum ein Auftreten nach außen. Ergebnis der internen Kämpfe, zahlreicher nationaler Treffen und Versammlungen war schließlich ein



Semana de la Mujer Nicaragüense  
Woche der nicaraguanischen Frau (März '78)

Minutalprogramm, das auf einem nationalen Treffen von 150 Delegierten die über 1.000 Mitglieder aus neun Städten vertraten, angenommen wurde. Die Hauptpunkte des Programms:

Informations- und Redefreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für alle politischen Gefangenen und Rückkehr aller Exilanten, bessere Lebensbedingungen, Abschaffung der Korruption und Verbrecher Verantwortlichen, die die Elenden die sie bearbeiten.

Dieses Minutalprogramm war der erste Schritt zur Vereinheitlichung und Festlegung der Organisation auf die „Alternative des Volkes“, in Abgrenzung zu der „Alternative“ der Bourgeoisie. Als 2. Schritt war ein Programm speziell für die Forderungen der Frauen geplant. Außerdem wurde auf dem Delegiertentreffen der Beschluß gefaßt, im September 78 einen ersten nationalen Kongreß durchzuführen, um das umfassende Programm, ein Statut etc. zu beschließen.

Mitte des Jahres wurde die Repression der Diktatur enorm gesteigert. Es begann die brutale Verfolgung und Ermordung von Jugendlichen, nur weil sie Jugendliche waren. Reihen wurden beschossen und zerstört. Hinzu kam das Dekret über Steuererhöhungen, die das Lebensniveau noch weiter drückten. Neben zahlreichen Demonstrationen und Streiks wurde der Kampf gegen diese Steuererhöhungen zu einem zentralen Schwerpunkt. Die Handelskammer protestierte dagegen, die MPU (Bewegung Vereinigtes Volk) rief zum Kampf auf. Seit August war AMPRONAC wieder voll an den Kämpfen beteiligt. Es wurde, ausgehend von Managua, eine nationale Kampagne gegen die Steuererhöhungen eingeleitet, die sich vor allem an die Frauen als besonders Betroffene wandte. In Managua wurden alle Basiskomitees in diese Arbeit einbezogen, überall gab es Parolen an den Wänden, Plakate, öffentliche Erklärungen usw. Im ganzen Land demonstrierten überwiegend Frauen gegen die Steuererhöhungen, Demonstrationen von 500 (in kleinen Städten) bis zu 8000 in Managua. Die Frauen trugen leere Einkaufskörbe, die das Zeichen der Kampagne geworden waren, als Symbol der Knappheit und des Mangels.

Die weitere Zuspitzung der Kämpfe und die Verschärfung der Repression zeichneten sich immer deutlicher ab. AMPRONAC versuchte deswegen sich auf nationalen Treffen auf eine Eskalation der Kämpfe vorzubereiten. Es wurden vor allem die Verbindungs- und Informationswege so organisiert, daß sie auch unter den Bedingungen schärfster Repression funktionieren konnten. Es wurde eine Infrastruktur geschaffen, um Verletzte versorgen zu können und weitere Bewohner Komitees gebildet, die die Bevölkerung in den Stadtvierteln und Häuserblocks

informieren und zusammenfassen konnten. Am 9. September begannen alle drei Tendenzen der FSLN die Offensive. Frauen bauten Barrikaden, sorgten für die Verpflegung der Kämpfer, kümmerten sich um Verletzte. Die Diktatur antwortete mit Völkermord und war dieses Mal noch überlegen. Der militärische Sieg der Nationalgarde konnte die Organisationen des Volkes nicht zerschlagen, konnte sie aber teilweise desorganisieren und zersplittern.

AMPRONAC z.B. konnte sich in den Gebieten, die bombardiert worden, in den Gebieten, die bombardiert worden waren (Estelí, Chinandega, Leon), nicht als geschlossene, aktionsfähige Organisation halten. Viele Genossinnen wurden verhaftet, gefoltert, ihre Häuser zerstört, die Ehepartner ermordet. In einigen Gebieten, vor allem in Managua, gelang es teilweise, die organisierte Arbeit aufrechtzuerhalten.

Es wurden auch während der Höhepunkte der Kämpfe und der Repression Flugblätter verteilt, ein zentrales Informationsnetz funktionierte weiter, die Kommunikation zwischen den Wohnvierteln blieb aufrecht.

Nach den Septemberkämpfen ist die Volksbewegung vor allem in ihrer organisierten Form geschwächt. Der Imperialismus und die Reaktionäre setzen verstärkt auf die „Lösung“ des Somozismus ohne Somozas.

Deswegen ist es dringend notwendig, an den Forderungen des Volkes festzuhalten, sie wieder stärker zur Geltung zu bringen. Deswegen arbeitet AMPRONAC schwerpunktmäßig daran, die Basiskomitees zu reorganisieren und neue zu schaffen. Gleichzeitig wird eine Kampagne vorbereitet, die vor allem die Frauen anspricht und die Notwendigkeit einer demokratischen und Volksregierung begründet und hervorheben soll. Außerdem hat AMPRONAC in mehreren Gesprächen begonnen, den Eintritt in die MPU vorzubereiten.

Eine der wichtigsten Erfahrungen der Septemberkämpfe ist jedenfalls, daß die Frauen einen ganz wesentlichen Teil im Kampf des Volkes bilden.

„Heute verknüpft sich mehr als je der Kampf um Gleichheit, um unsere Emanzipation mit dem Kampf unserer Söhne, unseres Volkes, ... die nicaraguanischen Frauen rufen Euch auf, Euch mit dem Kampf bis zum Tod zu solidarisieren, der das Volk Nicaragua gegen die Miltärdiktatur Somozas befreien wird. Heute ist für uns die Einheit der Volksbewegung und die Solidarität der Völker der Erde mehr als je die Garantie für unseren zukünftigen Sieg.“

Spendenkonto für die FSLN (Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas)  
Angelika Poppe Kto. 10 451 85 00  
Bank für Gemeinwirtschaft, Essen  
(BLZ 360 101 11)











# asien

## Kampuchea nach der Befreiung

Seit der vollständigen Befreiung durch die Streitkräfte der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für die Nationale Rettung (CNUFNS) und der Gründung der Volksrepublik Kampuchea (VRK) vor knapp einem Monat beginnt sich das Leben im Lande langsam zu normalisieren.

Der rasche Zusammenbruch des Pol-Pot-Regimes, der viele (nicht nur bürgerliche) Beobachter der Indochina-Szene zu dem Schluß verleitet, das könne eben nur mit vietnamesischer Hilfe zustande gekommen sein, zeigt sich jetzt immer deutlicher.

Es werden zwar in den bürgerlichen Zeitungen die wie ab und zu phantastischen Zahlen der Pol-Pot-Armee berichtet, aber doch mit einiger Skepsis. So wurde über den in Yunnan (Südchina) stationierten „Radio der Pol-Pot“ behauptet, seit Weihnachten hätten sie „mehr als 14 000 vietnamesische Soldaten getötet und 300 Panzer, 2 000 Lastwagen und zwölf Flugzeuge vernichtet“ („Süddeutsche Zeitung“, 22.1.79).

Auch wenn behauptet wird, „die zur Gegenoffensive an allen Fronten“ übergegangenen Verbände der Roten Khmer“ (gemeint ist die Pol-Pot-Armee - AK) „befänden sich nur noch zehn Kilometer vom Zentrum der eingeschlossenen Hauptstadt Phnom Penh entfernt“, so bezeichnen selbst Militäre in Bangkok, die nun gewiß keine Sympathie für die neue Führung Kampuchea liegen, diese Zahlen „als höchst übertrieben“, manche nannten sie völlig unwahr“ („SZ“, 30.1.79).

Ebenso wenig wie die Pol-Pot-Armee bisher auch nur ein einziges der immer wieder „abgeschossenen“ Flugzeuge vorweisen kann, sind auch Beweise über die Behauptung zu erwarten, „an den Kämpfen sollen auch Russen und Cubaner teilgenommen haben. Der Rundfunk der berichtete, es seien „Leichen von Russen und Cubanern“ in der Nähe eines Reis-Lagerhauses gesehen worden“ („SZ“, 29.1.79).

Scheint auch der militärische Widerstand des alten Regimes im Landesinnern weitgehend zusammengebrochen zu sein, so ist die Volksrepublik Kampuchea international immer noch weitgehend isoliert, nicht man einmal von den revisionistischen Staaten Osteuropas, den revisionistischen Parteien Westeuropas und von Laos und Kuba ab.

Anerkannt wurde die VR Kampuchea bisher (soweit uns bekannt) von Vietnam, Laos, der DDR, der Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR, der Mongolischen Volksrepublik, Afghanistan, Äthiopien und Kuba, Pakistan, das ursprünglich ebenfalls genannt wurde, „hat energisch Meldungen aus Hanoi dementiert, es habe das neue Regime in Kampodscha anerkannt. Die Regierung in Islamabad teile vielmehr

weiter die chinesische Auffassung über den Konflikt“ („SZ“, 24.1.79).

Die chinesische Kampagne gegen die angebliche „vietnamesische Invasion“ hat offensichtlich Früchte getragen. Rumänien, das als einer der ersten Staaten 1970 die kambodschanische Exzregierung in Peking anerkannte und den Befreiungskampf der indochinesischen Völker stets unterstützte, fordert „den Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium Kampodschas innerhalb kürzester Zeit“ („Le Monde“, 12.1.79).

Jugoslawien das „sich gehütet hatte, im somalisch-äthiopischen Konflikt und während der Ereignisse in Shaba Partei zu ergreifen“ („Le Monde“, 13.1.79), hatte die Befreiung Kampuchea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines blockfreien Landes verurteilt, den Aufmarsch der Sihanouk-Truppe vor der UNO als

Benminister, Hermann Cubillos und dem Botschafter der VRCh in Santiago, Hu Cheng-fang, in dessen Verlauf letzterer Möglichkeiten vorschlug, in welcher Weise die beiden Länder in der UNO zusammenarbeiten könnten, um der vietnamesischen Aggression Kampuchea entgegenzutreten“ („SWB“, 24.1.79).

Und Deng steigert die offene Knechtung gegen Vietnam unverändert weiter „Auf die Frage, ob seine Regierung in Peking angesichts der Entwicklung in Kampodscha eine Invasion Vietnams in Betracht ziehe erwiderte der stellvertretende Ministerpräsident: „Wir können Vietnam nicht überall den wilden Mann spielen lassen, im Interesse von Weltfrieden und Stabilität, und im Interesse unseres eigenen Landes können wir uns gezwungen sehen, gegen unseren Willen handeln zu müssen.“ („Frankfurter Rundschau“, 17.1.79).

So kommen denn die bürgerlichen Kommentatoren zu so akrobatischen Überlegungen. „Nach Thailand übergewechselte Zivilisten berichteten, ein großer Teil der kambodschanischen Bevölkerung arbeite unentschieden mit den Vietnamesen und der neuen Regierung zusammen. Beobachter werteten das Ausbleiben großer Flüchtlingsströme als Anzeichen dafür, daß die Kambodschaner ihre vietnamesischen Befreier“ zwar nicht lieben, andererseits aber wohl der Meinung sind, etwas schlimmeres als das Pol-Pot-Regime könne nicht kommen“ („SZ“, 24.1.79).

Inzwischen sind von der CNUFNS und anderen Stellen Berichte über das Leben unter dem Pol-Pot-Regime veröffentlicht worden, die es verständlich erscheinen lassen, daß das

aber nicht vergessen, daß gerade die Buddhisten im Befreiungskampf Kampuchea eine wichtige Rolle gespielt haben und die „Abschaffung der Religion“ in wenigen Jahren wohl nicht durch Überzeugung, sondern nur durch „Abschaffung“ (d. h. Vernichtung) der Gläubigen erreicht werden kann. So ist es auch bezeichnend, daß im Zentralkomitee der CNUFNS der Präsident der patriotischen Buddhisten Kampuchea vertreten ist. Diese Organisation „warf Pol Pot ‘Mastaker’ unter den Gläubigen vor“ und „erklärte sich bereit, aktiv am Wiederaufbau des Landes mitzuarbeiten“ („SZ“, 25.1.79).

Über den Aufbau neuer politischer und wirtschaftlicher Strukturen sind bisher nur wenige Einzelheiten bekannt.

In Phnom Penh wurden erst einmal die Voraussetzungen für die Rückkehr der 1975 ausgesiedelten Bevölkerung geschaffen. „Der Unrat, der seit Jahren in großen Haufen herumlag, wurde weggewaschen.“ (...) Die Stadtverwaltung hat die zurückkehrenden Landsleute, die vorbeiziehen, mit Nahrungsmitteln, Medizin und Kleidung versorgt, so daß sie ihre Reise fortsetzen können. Die unmittelbare Aufgabe, die sie in ihren Heimatstädten erwartet, besteht darin, sich in die Erntearbeit zu stürzen und die Vorbereitungen für die nächste Landwirtschaftssaison zu treffen“ (Khang Sarin, Vorsitzender des Revolutionären Volkskomitees von Phnom Penh, „VOX“, 24.1.79).

Eine andere wichtige Aufgabe, die uns derzeit erwartet und eine, die unsere revolutionäre Verwaltung in der allernächsten Zukunft durchführen muß, besteht darin, die Massen zu ermutigen, örtliche revolutionäre Verwaltungen durch Gründung von Selbstverwaltungskomitees in allen Dörfern, Kommunen, Distrikten und Städten aufzubauen.

Die Komitees werden eine vom Volk gewählte Verwaltung bilden, dem Volke treu und die Interessen und Sehnsüchte des Volkes repräsentierend. Die wahre Natur dieser Komitees ist vollständig verschieden von denen der verräterischen und reaktionären Pol-Pot/Jeng-Sary-Clique“ (ebenda).

In der Provinz Kompong Cham (nördlich des „Papageienschnabels“) wurden bereits „283 Volkskomitees für Selbstverwaltung und Solidarität“ für die Produktion gebildet“ („SPK“, 19.1.79).

Der neue „Volksbildungsminister Char Ven bezeichnete die „Liquidierung des Analphabetentums“ als eine der dringenden Aufgaben“ („SZ“, 24.1.79). „Erstmals seit vier Jahren erschien wieder eine Zeitung“ („SZ“, 27.1.79).

Asien-Australien Kommission



Heng Samrin vor Kämpfern der Befreiungsfront CNUFNS

Heng Samrin vor Kämpfern der Befreiungsfront CNUFNS

„legitim“ bezeichnet und die Frage gestellt „Wenn man ungestraft in Kampodscha einfallen kann, warum nicht auch im Iran?“ („SZ“, 29.1.79).

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik („Nordkorea“) hat die Befreiung Kampuchea als „Herausforderung an die nationale Unabhängigkeit, Sozialismus und Frieden“ verurteilt („Pyongyang Times“, 13.1.79) und Vietnam aufgefordert, seine Truppen zurückzuziehen.

Von der neuen chinesischen Regierung kann man ja mittlerweile immer noch eine Steigerung ihrer „blödsinnigsten Fähigkeiten“ erwarten, wie das Angebot Dengs zu einer „großen Allianz“ USA-EG-Japan-VRCh anlässlich seiner USA-Reise zeigte. Deswegen dürfte die folgende Meldung nicht mehr besonders überraschen: „Radio Santiago (15.1.16.30 GMT) berichtete über ein Treffen zwischen dem chilenischen Au-

Die Hinterlassenschaften des Pol-Pot-Regimes werden beseitigt

Wenn man sich noch an die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse nach der Befreiung Kampuchea vom US-Imperialismus erinnert, so ist man erstaunt, wie die Berichte der CNUFNS über die Verbrechen der Pol-Pot-Clique in Nebensätzen verbannt werden. Nach der ersten Befreiung wurde jede Meldung über Massaker und Hinrichtungen begierig aufgenommen und noch kräftig aufgeblasen - auch solche, die nachgewiesenmaßen erlogen und gefälscht waren, ging es doch um die Diskreditierung des Sozialismus. Heute würde ein Herausstellen solcher Berichte aber dazu führen, daß der These vom „vietnamesischen Einmarsch gegen den Willen der Bevölkerung“ einiger Boden entzogen würde. Und

Regime derart schnell zusammenbrach

So wurde berichtet, „die Regierung Pol-Pot habe die Schulen des Landes geschlossen und sie als Waffenslager und Gefängnisse benutzt, wo Menschen gefoltert worden seien. Ein Reporter habe in den Klassenräume einer Schule in Phnom Penh viele verweste und aufgedunsene Leichen von Regimegegnern gefunden“ („SZ“, 22.1.79).

In den Phnom Penh umgebenden Provinzen „sind erste Massengräber entdeckt worden“ (ebenda).

Besonderer Stolz des Pol-Pot-Regimes war die „Abschaffung der Religion“ gewesen und auch unter vielen Linken hierzulande hatte die Tatsache, daß Pagoden in Reisfeldern umgewandelt worden waren, Begeisterung ausgelöst. Dabei sollte man

Distrikten und Städten aufzubauen.

Diese Komitees werden eine vom Volk gewählte Verwaltung bilden, dem Volke treu und die Interessen und Sehnsüchte des Volkes repräsentierend. Die wahre Natur dieser Komitees ist vollständig verschieden von denen der verräterischen und reaktionären Pol-Pot/Jeng-Sary-Clique“ (ebenda).

In der Provinz Kompong Cham (nördlich des „Papageienschnabels“) wurden bereits „283 Volkskomitees für Selbstverwaltung und Solidarität“ für die Produktion gebildet“ („SPK“, 19.1.79).

Der neue „Volksbildungsminister Char Ven bezeichnete die „Liquidierung des Analphabetentums“ als eine der dringenden Aufgaben“ („SZ“, 24.1.79). „Erstmals seit vier Jahren erschien wieder eine Zeitung“ („SZ“, 27.1.79).

Asien-Australien Kommission



## Zur Innenpolitik des Pol-Pot-Regimes

Der Sturz des Pol-Pot-Regimes und damit die „2. Befreiung Kampodschas“ haben wie kaum zuvor die Frage nach dem Charakter dieses Regimes aufgeworfen. Auf die Frage nach der inneren Entwicklung Kampodschas kann selbstverständlich erst aufgrund genauerer Untersuchungen eingegangen werden. Fakten dazu werden erst heute bekannt, bzw. sind heute überhaupt erst einordbar. Demgegenüber steht das Herangehen der Revisionisten, die schlicht erklären, der „Macnamur“ hätte zum Terror geführt und andererseits behaupten die internationalen Pol-Pot-Freunde, daß das kambodschanische Volk in spontanen Erhebungen brutale Exzesse durchführte, die selbstverständlich von Pol Pot niemals beabsichtigt waren. Beide Haltungen zeigen, daß Kampodscha lediglich als Vehikel zur Propaganda der jeweiligen Position benutzt wird.

Wir wollen in diesem Artikel beginnen, die Entwicklung in Kampodscha seit der ersten Befreiung (1975) zu beleuchten. In diesem Teil soll auf die Frage der Machtergreifung Pol Pots eingegangen werden, auf den Terror im Land und den Widerstand dagegen und auf die chinesischen Drahtzieher, die den Konflikt kräftig anheizten.

Liquidierung der volkdemokratischen Macht in Kampodscha

Kampodscha war bekanntlich lange vor der Befreiung am 17.4.1975 weitgehend befreit. Bereits 1973 waren 4/5 des Landes in der Hand der FUNK (Befreiungsfront Kampodscha), Ende 1974 spricht die FUNK von 90% des Territoriums. Einzelne Provinzen, wie die an Vietnam angrenzenden Ratanakiri, Monduliri u.a. waren schon Ende der sechziger Jahre in Händen der FUNK. So wurde am 17.4.75 „nur“ noch die Hauptstadt Phnom Penh mit allerdings 3 Mio. Einwohnern (knapp 40%) der Herrschaft Lon Nols entrissen.

In den befreiten Gebieten bestand bereits vor dem Fall Phnom Penhs „eine demokratische und gesunde Macht“, existierte ein „rechtmäßiger und legaler Staat, der als solcher mit allen seinen Eigenschaften, mit seinen Planungs-, Leitungs- und Exekutivorganen funktionierte“ so die FUNK in einer Broschüre „Das befreite Gebiet Kampodscha“, 1974, S. 17).

Grundlage dieser Macht war ein System der Volksmacht. „Auf allen Verwaltungsebenen... wurden Komitees der FUNK gegründet“ (S. 17). Die Komitees arbeiteten als „Organe des Staatsapparates“, stellten die „Administration des befreiten Gebietes“ dar (S. 16). „Die Organe der Volksmacht“ wurden „demokratisch unter den Vertretern aller sozialen Schichten der Bevölkerung gewählt“ (S. 17).

Die damals existierende Volksdemokratie in Kampodscha hatte den

Fortsetzung nächste Seite



## Fortsetzung von S. 58

Charakter einer neudemokratischen Entwicklung, wie sie bereits 1970 im Programm der FUNK programmatisch festgelegt wurde (siehe auch „Peking Rundschau“ 19.5.70).

Entsprechend den 1975 bestehenden Errungenschaften, und im Einklang mit dem Programm der FUNK wurde Kambodscha nach der Befreiung 1975 kein sozialistischer, sondern ein demokratischer Staat. In der Erklärung des Nationalkongresses vom Februar 1975 heißt es entsprechend: „Im Innern des Landes nehmen die FUNK und die GRUNK (Regierung der FUNK, Red.) im Namen der Nation und des Volkes von Kambodscha das Schicksal in die Hand. Sie halten sich an die Politik der breiten Einheit der ganzen Nation und des ganzen Volkes ohne Unterschied der sozialen Klassen, politischen Tendenzen und Religionen und ohne Berücksichtigung der Vergangenheit jedes einzelnen mit Ausnahme der sieben Verräter Lon Nol...“ (S. 40).

Die Entwicklung nahm einen anderen Weg als die FUNK geplant hatte unter Führung Pol Pot's und Ieng Sary's wurden die oben skizzierten Errungenschaften liquidiert.

Schon die Evakuierung Phnom Penhs sofort nach der Befreiung April 1975 muß als ein wesentlicher Schritt zum Zwangsstaat gesehen werden. Ungefähr 3 Mio. Menschen wurden bei genauer Betrachtung grundlos umgesiedelt, gegen ihren Willen, wie sich heute zeigt (Zehntausende sind in Kambodscha unterwegs auf der Rückkehr in ihre Heimatorte, „SZ“, 29.1., unter Berufung auf Meldungen aus Kambodscha.). Es liegt auf der Hand und ist von den alten kambodschanischen Fahrern z.T. nicht bestritten worden, daß eine solche Evakuierung in kurzer Zeit (2-3 Wochen) nur mit Zwangsmaßnahmen und unter hohen Verlusten erreichbar ist. Ieng Sary selbst hat in einem Interview im „Spiegel“ vom 9.5.77 zugegeben, daß bei der Evakuierung Phnom Penhs mehrere Tausend Menschen unkannten Entscheidend scheint aber, daß systematisch die Bevölkerung in aller kürzester Zeit dezentralisiert wurde (auch andere Städte wurden offenbar evakuiert) und Ballungszentren durch Evakuierung beseitigt wurden.

Weitere entscheidende, für uns sichtbare Veränderungen fanden im Jahr nach der Befreiung, im April 1976, statt. 1976 wurde ein neuer Nationalkongreß gewählt. Die Regierungsbildung am 14.4.1976 brachte vor allem Veränderungen in der Staatsführung. Mit wenigen Ausnahmen wurde die gesamte alte Führungsmannschaft der FUNK/GRUNK abgelöst, selbst Kieu Samphan, bekannter Führer der FUNK, erhielt nur den nachlassenden Job des Staatspräsidenten; Sihanouk, Penn Nouth u.a. wurden abgesetzt oder auf untere Ränge versetzt. Der bis dahin unbekannte Pol Pot erhielt dagegen den höchsten Posten: Ministerpräsident. Einige Zahlen verdeutlichen die Kraftverschiebung: In der 1976 abge-

haltenen Posten. Ministerpräsident Ieng Sary, Son Sen, Nuon Ches und angeblich Pol Pot gingen ca. 1963 gemeinsam in den politischen Untergrund - zwei weitere gehören ebenfalls dazu, Ieng Thrit und Yun Yat, verheiratet mit Ieng Sary bzw. Son Sen (lt. „Far Eastern Economic Review“, 21.10.77). Dies verstärkt die Vermutung, daß bereits 1976 eine politisch überleitende Gruppe die Führung der FUNK übernahm. Sie mußte andere Zielsetzungen gehabt haben, sonst wäre ein Führungswechsel sicherlich überflüssig.

Nach der Ernennung dieser Regierung verschwand der Nationalkongreß mit seinen Gremien in der Versenkung. Obwohl wörtlich festgelegt ist, daß er „einmal im Jahr“ seine Plenartagung durchführen soll, „um die Linie der Innen- und Außenpolitik festzulegen“ („Pressecommuniqués...“) hat es nach dem 14.4.1976 bis zum 7.1.1979 keine weitere Sitzung gegeben. Es gibt ebenfalls keinen einzigen Hinweis darauf, daß irgendein anderes Gremium („Ständiger Ausschuss“ des Nationalkongresses etc.) jemals tagte.

## Herbst 1977: Putsch der Pol Pot-Clique

Nach Auseinandersetzungen innerhalb der kambodschanischen Führung (allerdings auf Ebenen unterhalb der Regierung) - im Juli 1977

wurde nach Angabe der „Liberation“ und W. Burchett „eine Fraktion ausgeschaltet“ („Liberation“, 2.7.78) - wurde eine neue Phase eingeleitet. Am 28.9.77 gab Pol Pot „die Phase der proletarischen Diktatur“ bekannt und stellte fest, daß es nur noch „Feinde in Form von verschiedenen Spionageringen“ und „eine Handvoll reaktionärer Elemente... ca. 1-2% der Bevölkerung“ gibt („Radio Phnom Penh“, 28.9.77 lt. „SWB“, 5.10.77). Da laut Pol Pot „98-99% der Bevölkerung die sozialistische Revolution führen“ ist es nur logisch, daß „gegen den Feind und die Handvoll reaktionärer Elemente“ die „proletarische Diktatur ernst und resolut“ angewandt wird („SWB“, 5.10.77). Machtorgan der „proletarischen Diktatur“ ist nunmehr die „KPP Kampuchea: es ist die „Proletarische Diktatur der Partei“ (wörtlich Pol Pot lt. „SWB“, 5.10.77). Die Partei wurde ebenfalls erst mit Einführung dieser neuen Phase der ersten Öffentlichkeit bekanntgegeben. Obwohl angeblich schon 1960 gegründet (so Pol Pot), existierte sie 17 Jahre lang (davon 2 Jahre nach der Befreiung!) in der Illegalität - ohne auch nur einen Ton von sich zu geben (wir haben auch hier unsere Radioberichte durchforstet und nichts gefunden, wir haben in Archiven deswegen Berichte von 1960, 1970 und 1975 durchgesehen - auch nichts gefunden - es gibt keinen Hinweis auf solche eine Partei!). Über diese Partei ist auch sonst nichts bekannt, keine programmatischen Aussagen, keine Führungsstruktur, keine personelle Zusammensetzung und das über einen Zeitraum von 17 Jahren!

Allerdings gab es revolutionäre Gruppierungen, die sich 1970 in der FUNK zusammengeschlossen hatten. Diese arbeiteten eng mit den vietnamesischen Genossen zusammen (so Sihanouk am 19.6.1969 lt. „SWB“, 20.6.69). Es liegt nahe, daß es sich bei den „Fraktionen“, die Pol Pot ausschaltete, um genau diese Kräfte handelte (die jetzt z.T. in der CNUFNS sind). Es wundert nicht, daß in der Führung dieser neuen „Partei“ Pol Pot, Ieng Sary und einige ihrer Männer sitzen (das sind auch die einzigen bekannten Funktionäre.). Pol Pot wurde kurzerhand auch ZK Sekretär und damit höchster Chef dieser „Partei“. Die Pol Pot Gruppe avanciert damit zum absoluten Machtorgan, das als Machtorgan dieser „proletarischen Diktatur“ an nichts mehr gebunden ist. Die Macht ergreifung, die infolge der Ausschaltung der Widermacher („Fraktionen“) als Putsch begriffen werden muß beinhaltet gleichsam eine mit sozialistischer Phrasenologie verbrämte Festnahme des Terrorismus (binnen als Mittel „der proletarischen Diktatur“ gegen „Spionageringe“).

Das Bild rundet sich ab. Nach der Ausschaltung der zentralen und lokalen Volksmachtstrukturen bis zum Herbst 1977 folgt die Ausschaltung der oppositionellen politischen Funktionäre und damit verbunden die absolute Macht ergreifung durch Pol Pot.

Die absolute Macht ergreifung durch Pol Pot & Co. Damit wurden die Errungenschaften der kambodschanischen Volksdemokratischen Revolution (vorher) vollständig beseitigt.

Es wird niemanden verwundern, daß diesem Putsch acht Wochen später die offene Eskalation des Grenzkrieges gegen Vietnam folgte. Die von Pol Pot bereits zur Macht ergreifung angekündigt wurde: „Kambodscha hat viel Territorium verloren“ und besteht „in reduzierten Grenzen“ (so Pol Pot in seiner Rede lt. „SWB“, 5.10.77). Damit konnten nur die schon von Sihanouk 1964 geforderten südvietnamesischen Gebiete des Mekong-Deltas gemeint sein („NZZ“, 7.1.1964).

Wilfred Burchett berichtet über dies in der Zeitschrift „Africa-Asie“ 179 (Januar 1979) davon, daß es „von Februar 1977 bis Mai 1978 in verschiedenen Landesteilen sechs große militärische Aufstände gegen Pol Pot“ gegeben habe. Auch die fortgesetzten Ausschaltungen von Fraktionen belegen die Existenz des Widerstandes. Das Pol Pot Regime gab alleine 1978 mehrere „Putschversuche“ bekannt, die mißglückt seien.

Insofern deutet dies auch darauf hin, daß sich Pol Pot nur durch brutale Unterdrückung des Widerstandes durchsetzen konnte, nur durch die Unterdrückung der Volksmachtstrukturen liquidieren und 1977 über seinen Putsch die absolute Macht ergreifen konnte.

Dieser Widerstand war es aber auch, der die „schnelle“ Befreiung Kambodschas erklärt. Burchett, der zu dem Zeitpunkt selbst in Indochina war, gibt z.B. an, daß bereits am 28. Mai 1978 mehrere Einheiten der Divisionen 280 und 290 in Phnom Penh meuterten und „die zu Vietnam benachbarten Ostprovinzen, insgesamt eine Fläche von 15.000 qkm befreiten“ („Africa-Asie“, No. 179, Januar 1979).

## Terror gegen das Volk

Es wäre unsinnig zu glauben, die Bevölkerung hätte eine solche Entwicklung freiwillig mitgemacht, oder gar die revolutionären, oppositionellen politischen Kräfte.

Bereits die Zwangsumsiedlungen müssen zu enormen Verlusten geführt haben. Die CNUFNS bzw. der „Revolutionäre Volksrat“ hat jetzt Massengräber in der Umgebung Phnom Penhs sowie als grausame Gefängnisse umgebaute Schulen (mit Zellen von 1,5 qm!) entdeckt. Diese Beweise zeigen, wie Pol Pot mit seinen „Widersachern“ umging.

Auch die Fluchtbewegung beweist dies. Anders als in Vietnam flüchteten Hunderttausende nicht ins westliche Ausland (Thailand), sondern nach Vietnam. Die Zahlen dieser Flüchtlinge schwanken zwischen 500.000 („FAZ“, 3.7.78) und mehreren Hunderttausend (W. Burchett in „Africa-Asie“, No. 179/1979). Die Flüchtlinge sind nicht vor einem fortschrittlichen Staat in „den Westen“ geflüchtet, sondern eben gerade in einen sozialistischen Staat!

Widerstand hat es in Kambodscha unseren Angaben nach in Hülle und Fülle gegeben - der allerdings brutal niedergeschlagen wurde. Bereits im Herbst 1977 rief die Pol Pot-Verwaltung zur Verteidigung der Provinzen Ratanakiri, Svay, Rong und Kampot Cham auf („SWB“, 28.6.77, 15.8.77 und 9.11.77). Dies sind bemerkenswerterweise die Provinzen, die 1979 als erste befreit wurden!

## Kambodscha - eine Provinz Chinas

Das Pol Pot Regime ist ohne die neuen Machthaber in China völlig undenkbar gewesen. Tatsache ist, daß sowohl die Machtergreifung Pol Pots als auch der Aufstand der Grenzprovinzen gegen die SR Vietnam in Peking besiegelt wurden!

Ende September 1977 war eine kambodschanische Delegation in Peking, die aus Pol Pot, Vorn Vet (ehemaliger Wirtschaftsminister) und Thounn Thounn (Minister für Gesundheit) bestand. Am 28.9. gab Pol Pot in Peking die Existenz der „KPP Kambodscha“ bekannt und stellte sich gleichzeitig als deren Vorsitzender vor („SWB“, 30.9.77). Kurze Zeit später traf Ieng Sary in Peking ein („SWB“, 9.10.77). Erst am 22.10.77 reist Pol Pot aus Peking wieder ab. Daraufhin trifft eine neue Delegation aus Kambodscha in Peking ein. Sie besteht aus Kieu Samphan, Nuon Ches, Son Sen, Mey Prang, Cheng Ang Thimh und Yun Yat. Die praktische Arbeit der Delegation ist teilweise nach der Machtergreifung der „KPP“ für Wochen in Peking! In der Folge sind sämtliche Auslandsbesuche kambodschanischer Führer mit den chinesischen Machthabern abgesprochen worden. Ieng Sary fährt vor seinem UNO-Auftritt nach Peking (9.10.) und erstattet hiervon Report (lt. „SWB“ vom 12.10. und 18.

9.10.) und erstattet hiervon Report (lt. „SWB“ vom 12.10. und 18.10.77), usw.

Die einzige (!) kambodschanische Auslandsbotschaft existiert seit 1977 in Peking. Selbst die UNO hatte keine direkte Anlaufstelle in Kambodscha, sondern besaß lediglich eine Anlaufstelle in Peking. Am 14.11. eröffnete Kambodscha seine einzige Auslandsfernverbindung - nach China („SWB“, 14.11.77).

Nach dem langen Besuch der kambodschanischen Staatsführung in Peking begann der offene Provokationskurs Kambodschas gegen Vietnam. Pol Pot hatte ja schon bei seinem langen Peking-Besuch erklärt, daß Kambodscha „viel Territorium“ verloren habe und jetzt nur noch „in reduzierten Grenzen“ bestehe („SWB“, 5.10.77). Eineinhalb Monate später begannen die Aggressionen gegen die SR Vietnam. Der Provokationskurs war seit längerem vorbereitet, wahrscheinlich aber auch mit den chinesischen Führern abgesprochen, wenn nicht von ihnen in Szene gesetzt!

Auch das direkte Engagement der VR China in Kambodscha - die bürgerliche Presse spricht von 20.000 chinesischen „Beratern“ bei rund 8 Millionen Einwohnern - spricht Bände über die Verantwortung Chinas für die Zustände in Kambodscha. Zweifellos ist es auch kein Zufall, daß diese Entwicklung kurz nach dem Rechtsputsch Huas und der erneuten Machtergreifung Teng's einsetzte.

Die Beteiligung der chinesischen Machthaber an diesem erneuten Indochina-Konflikt läßt sich schon deshalb nicht ableugnen, weil sie selbst die Aggressionen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze und „das Flüchtlingsproblem“ geschaffen haben, um die sozialistische Entwicklung in Vietnam aufzuhalten.

Asien-Australien Kommission

## „Dreißig Tage mit den Vietnamesen“

Eine Reportage von Wilfred Burchett



verwüstetes vietnamesisches Dorf an der Grenze zu Kambodscha

In der neuesten Nummer der „Africa-Asie“ (Nr. 179, 22.1. - 4.2.79) ist mit dem Abdruck einer Artikel-Serie des langjährigen Indochina-Kenners (und -Freundes) W. Burchett begonnen worden. Burchett ist erst vor kurzem von einer langen Reise aus Vietnam zurückgekehrt, berichtet als Augenzeuge also authentisch von der Situation. Wir geben den Text im Folgenden im wesentlichen in den Teilen wieder, die als direkter Augenzeugebericht zustande gekommen sind. Andere Teile und z.T. dem AK-Leser bekannt und die allgemeineren Teile zur Gesamteinschätzung lohnen nicht, da sich Burchett hier inzwischen so weit den Positionen der Sowjetunion angenähert hat (revisionistische „Maoismus-Kritik“), daß sie nur seine Meinung wiedergeben.

Wie die meisten fortschrittlichen Menschen auch, die den Kampf des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus und das widerwärtige Lon Nol Regime unterstützen, weigerte ich mich zuerst, die schrecklichen Geschichten zu glauben, die die kambodschanischen Flüchtlinge erzählten. Grausamkeiten, Massaker an ganzen Familien, Zwangsarbeit, das Ausplündern von Verwandten, Massenheiraten von Paaren, die gar nicht zustimmten, Hunger überall, die Liquidierung von Intellektuellen - das alles im Namen des Sozialismus!

Weniger als ein Jahr später konnte ich es glauben! Im Laufe der Monate jedoch häuften sich die Beweise. Flüchtlinge, die aus allen Provinzen Kambodschas und aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten kamen, erzählten Geschichten, die sich auf schreckliche Weise glichen. Zudem wurde eine Mauer des Schweigens über das Land verhängt, aus der keine Nachricht herauskommen konnte. Das gab zu Mißtrauen Anlaß.

man konnte. Das gab zu Mißtrauen Anlaß.

Ich hatte damit gerechnet, in das Land zurückkehren zu können, da ich einer der ersten und enthusiastischen Verteidiger der kambodschanischen Revolutionäre war. Ich war sicher, dort Fakten finden zu können, die das schreckliche Bild korrigieren konnten, das man überall von Kambodscha zeichnete. Aber meine unzähligen Vorstöße in dieser Richtung blieben ohne Antwort. Ich war darüber umso mehr überrascht, da ich Sihanouk im Oktober 1975, kurz vor seiner endgültigen Rückkehr nach Kambodscha noch getroffen hatte und er mir versprochen, daß ich „einer der ersten, wenn nicht der erste Journalist sein würde, der das Land betreten darf“.

Eine weitere Überraschung war, daß die ersten, die akzeptiert wurden, keine Kenner der kambodschanischen Probleme waren - mit der Ausnahme vielleicht von Vittorovich, einem jugoslawischen Dokumentarfilmer. 1978 drehte er einen Film über das Kambodscha Pol Pots, der ein düsteres Bild zeichnete, und eines Tages vertraute er mir an: „Ja, das ist schrecklich. Aber die Realität ist noch hundertmal schlimmer als ich sie jemals beschreiben könnte“.

Nachdem ich Dutzende kambodschanischer Flüchtlinge chin. oder vietn. Herkunft befragt hatte, bin ich selbst auch zu dem traurigen Schluß gekommen, daß die abstoßendsten Geschichten noch unterhalb der Wahrheit liegen. In 40 Jahren Journalismus haben ich etwas Ähnliches noch niemals gehört.

Wer die Präambel des 11-Punkte-Programms der CNUFNS, gegründet am 2. Dezember 1978, durchliest, kann sich ein Bild von dem machen, was Kambodscha seit dem 17.4.1975, am Tag des Sturzes des Lon Nol-Regimes, durchgemacht hat.

(Es folgen ausführliche Zitate aus dem auch im AK abgedruckten

Programms)...

Das Programm macht auch verstehen, daß die Bildung der CNUFNS kein Zufall war: sie ist die natürliche Konsequenz einer dreijährigen, ununterbrochenen Unterdrückung. Übrigens hat es von Februar 1977 bis Mai 1978 in verschiedenen Landesteilen sechs große militärische Aufstände gegen Pol Pot gegeben. Der wichtigste dieser Aufstände hatte am 28. Mai 1978 begonnen: mehrere Einheiten der Divisionen 280 und 290 aus Phnom Penh meuterten und befreiten die zu Vietnam benachbarten Ostprovinzen, insgesamt eine Fläche von 15.000 qkm.

Einer der Führer dieser Revolte war So Phim, (ehemaliger) Vizepräsident Kampuchas, Stellvertreter der Kommandant der Streitkräfte und Präsident des Politbüros der Partei in der Zone 203. 30 Bataillone nahmen am Aufstand teil. Sie wurden von zahlreichen Dörfern der Pol Pot-Armee und einer großen Anzahl der 400.000 kambodschanischen Flüchtlinge in Vietnam verstärkt.

Man wird sich nicht weiter verwundern, daß die 14 Mitglieder des Komitees der CNUFNS hochgestellte ehemalige politische oder militärische Führer der Khmer Rouges sind, die der Meinung waren, daß Pol Pot und Ieng Sary die Revolution verraten haben.

In der Tay Ninh Provinz in Süd-Vietnam bin ich während eines langen Aufenthaltes mit der CNUFNS in einer Basis der kambodschanischen Befreiungsarmee in Kontakt gekommen. Ich habe ausgelagerte Dörfer gesehen, andere waren evakuiert worden. Kambodschanische Kommandos führten nächtliche Überfälle auf vietnamesisches Gebiet durch. Huynh Van Luan, Mitglied des Volkskomitees der Provinz Tay Ninh, sagte mir damals: „Seit September 1977 haben wir 1181 Tote und fast ebensovielen Verletzte in unseren Grenzdörfern

wir 1181 Tote und fast ebensovielen Verletzte in unseren Grenzdörfern zu beklagen. Wir mußten die Regionen, wo es Bombenangriffe und Kommando-Überfälle gab, evakuieren. Wir mußten 15.000 Hektar Land aufgeben und 71.000 Personen umsiedeln“.

## Für das Recht der Völker

Das sind Zahlen nur für eine einzige Provinz. Später habe ich erfahren, daß entlang der gesamten Grenze zu Kambodscha 200.000 Hektar Land aufgegeben werden mußte und 1.250.000 Menschen evakuiert wurden.

Am 23. Dezember letzten Jahres gewährte Pol Pot ein Interview an Elizabeth Becker von der „Washington Post“ und an Richard Dudman von „Saint-Louis Post Dispatch“. Er erzählte ihnen: „Wir greifen sie an, um zu verhindern, daß sie in bestimmte Zonen unseres Territoriums einrücken. Aber wenn sie doch Erfolg in ihren Bemühungen hätten, dann werden sie es schwer haben, davonzukommen“ (nach „International Herald Tribune“ vom 3.1.79). Das beweist, daß es am 23. Dezember 1978 keine vietnamesischen Truppen auf kambodschanischem Gebiet gab, daß im Gegenteil die Kambodschaner „präventiv“ angriffen. Tatsache ist, daß es heute in Phnom Penh eine Regierung gibt, die für das kambodschanische Volk die elementaren Rechte wiederherstellen will und die bereit ist, einen Freundschafts- und Friedensvertrag mit Vietnam auszuhandeln. Wer ein Anhänger des Friedens ist und an die Menschenrechte glaubt, der kann die CNUFNS nur beglückwünschen. Und er kann die Vietnamesen beglückwünschen, die ihr Geholfen haben.“

Wilfred Burchett

Übersetzung: KB/Gruppe Bielefeld



# So sehen's die anderen

Poch (Schweiz)

In der PZ (Poch-Zeitung) vom 11. Januar wird eine noch recht vorsichtige Bewertung der „neuen Situation in Kampuchea“ vorgenommen. Es wird zunächst festgestellt: „Mit Hilfe Vietnams über deren Ausmaß liegen widersprüchliche Informationen vor - kontrolliert die Nationale Einheitsfront zur Rettung Kampuchea den größten Teil des Landes.“ Zwar will man sich auf das „Ausmaß“ der vietnamesischen Hilfe nicht festlegen, die Theorie von einer angeblichen vietnamesischen „Invasion“ oder „Aggression“ wird jedoch nicht vertzeten.

Nach einer etwas zaghaften Distanzierung von der Pol-Pot-Regierung wird ihr schneller Sturz auf den ausserordentlich „starken inneren Widerstand gegen das Regime“ zurückgeführt. Allgemeinere schätzt die Poch ein: „...beim neuen Konflikt um Kampuchea handelt es sich nicht allein um eine rein innere Angelegenheit dieses Landes und trotz des weit in die Geschichte zurückreichenden Konfliktes zwischen Vietnam und den Khmers um Territorien ist der ganze Problembereich überschattet von der Spaltung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, denn diese hat den Raum geschaffen, solche Auseinandersetzungen unter den ant imperialistischen Kräfte selber.“ Dafür werden die „Provokationen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, die Verleumdung Vietnams als „asiatisches Kuba“ (...) durch Pol-Pot und gewisse chinesische Veröffentlichungen“ angeführt.

Die Poch appelliert schließlich, den Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam auf Grundlage der Prinzipien der Blockfreiheit zu lösen.

## Vietnam

Ohne sich die Mühe eines konkreten Nachweises zu machen, wird in „Klassenstrid“ der Zeitung des Internationalen Kommunistenbundes (IV Internationale), eine „Besetzung (Kampuchea) mit regulären Truppen des Staates Vietnam“ behauptet. Bei aller Mühe, über eine Untersuchung des politischen Charakters von Vietnam und Kampuchea die Vorgänge begründlicher zu machen, landet der Artikel dann doch nur bei trozkistischen Ladehütern im Teil „Stalinismus hemmt den Aufbau des Sozialismus in Indochina“ war man eigentlich schon vorgewarnt, im Text selbst wird - nach richtiger Benennung der Kriegsfolgen wie des von der UdSSR und der VR China ausgeübten Druckes - dann kurzgeschlossen, daß alles am „stalinistischen Dogma vom Sozialismus in einem Land“ liegt. „Auch hier wieder wird der Kampf gehemmt durch die trau-

der Kampf gehemmt durch die trau-

rige Wirklichkeit des faktischen Zusammengehens von imperialistischen und stalinistischen Interessen gegenüber einer wirklich sozialistischen Revolution.“ Der Kommentar, der noch einmal breit die Probleme Vietnams aufzählt und hierbei besonders auf die von der VR China ausgehenden Pressionen eingeht, schließt mit den Worten: „Ohne auch nur im geringsten die vietnamesischen Schritte zu unterstützen, ist die permanente Solidarität in Wort und Tat mit unseren vietnamesischen und kambodschanischen Genossen im Kampf für den Sozialismus heute nötiger denn je“ („Klassenstrid“, Nr. 19, 27. 1. 79).

In „Bevrijding“, der Zeitung der Pacificistisch-Sozialistische Partei (PSP), wird die Entwicklung in Vietnam und Kampuchea in den letzten Jahren dargestellt und bezüglich der aktuellen Lage ausgeführt: „Gegen die rigorosen und blutigen Maßnahmen der Pol-Pot-Herrschaft in Kampuchea blieb der Widerstand nicht aus, Vietnam, das von Flüchtlingsströmen und Grenzkriegen durch von diesem Regime getroffen wurde, begann diesen Widerstand zu unterstützen. Die Opposition in Kampuchea wurde bewaffnet und militärisch unterstützt bei ihrem gelungenen Versuch, das Schreckenregime von Pol Pot zu verjagen. Die Schnelligkeit, womit dies möglich schien, sagt viel über die Unterstützung, die das Schreckenregime unter dem Volk hatte. Ob vietnamesische Truppen in Kampuchea mitgekämpft haben, steht noch nicht fest. Aber auch wenn vietnamesische Truppen mitgekämpft haben, ist das nicht ohne weiteres zu verurteilen. Im Rode Cirkel (ein Radioprogramm - Anm. AK) zog Karel Rostkam einen Vergleich mit dem Sturz des Regimes von Amin von ausen. Wer würde das verurteilen?“ - Weiter lehnt die PSP die Anerkennung Sihanouks als Vertreter Kampuchas ab, da dieser „nur den Standpunkt der neuen Aches Washington-Peking“ vertritt. Der Artikel schließt mit der Hoffnung nach „Aufhellung der wirklichen Geschehnisse in und um Vietnam, da dies nicht nur von Bedeutung für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes ist, sondern „auch für den sozialistischen Kampf in unserem eigenen Land.“

In einer „Erklärung“ der Parteiführung der PSP heißt es u.a.: Die Führung der PSP stellt fest, daß der kambodschanische Widerstand mit Unterstützung Vietnams das Regime von Pol Pot verjagt hat.

Die Probleme in Vietnam dürfen kein Aufli werden, um die Hilfe für dieses Land zu beenden.

Die PSP verlangt von der Regierung

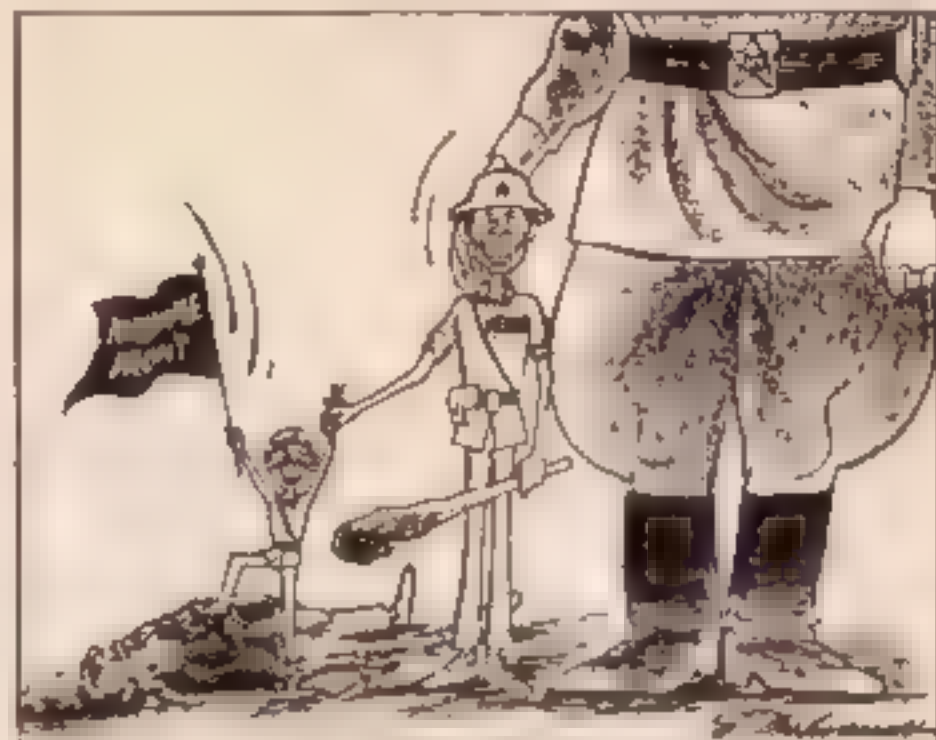
Anerkennung der neuen Regierung in Kampuchea und ein Angebot zur Hilfe beim Aufbau des Landes - mehr Entwicklungshilfe für Vietnam“ („Bevrijding“, Nr. 1, 20. 1. 79).

## Niederlande-Kommission

Lutte Ouvriere (Frankreich)

Beachtlich im insgesamt recht einseitigen Spektrum der „Internationalen“ ist die Stimme der französischen trotzkistischen Organisation Lutte Ouvriere. Es ist unmöglich, die Intervention vietnamesischer Truppen in Kampuchea einzuschätzen, ohne das Verhalten der kambodschanischen Bevölkerung dazu in Betracht zu ziehen. Was dies angeht, wird alles davon abhängen, wie sich die neuen Herrscher verhalten und welche Verbindungen sie zur Bevölkerung aufbauen.

Wenn das neue Regime keine allgemeine Unterstützung gewinnen kann und sich zur Erhaltung seiner Macht auf die vietnamesischen Truppen stützen muß, wird Vietnam selbst in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber wenn das neue Regime die Unterstützung des Volkes gewinnt, wird die vietnamesische Intervention gerechtfertigt sein, auch wenn Vietnam deshalb auf der internationalen Szene angeklagt wird... („Clam struggle“, Febr. 79).



„Vorwand“ (links: aus vor Bericht über Aufstände und Kämpfe in verschiedenen Teilen Kampuchas bekannt geworden, vor allem aus den Ostprovinzen. In der selben Richtung deuten die offiziellen Berichte der Pol-Pot-Regimes über eine „Säuberung“ des Parteiparates in den Ostprovinzen).

## Belgien

400 Teilnehmer verzeichnet nach eigenen Angaben eine „Solidaritätsdemonstration“ mit dem Pol Pot-Regime am 20. 1. in Brüssel.

Außerdem hatten die belgischen Vaterländischen Gruppen Amade, PCMLB, UCMLB, neben jeweiligen Bündnisorganisationen sowie eine türkische ML-Gruppe

Es war versucht worden, unter Zuhilfenahme eines Tricks, nämlich der Einbeziehung des antireichlichen Befreiungskampfes, die Beteiligung zu erweitern, was kaum gelungen ist (Zentrale Parole: „Kambodscha: Eritrea - Unabhängigkeit gegen die durch die Sowjet-Union organisierte Aggression“).

auch nicht gerade tiefgründig, aber angesichts des bisherigen totalen Schweigens des „Arbeiterbund“ zur chinesischen Außenpolitik immerhin als kühner Schritt zur Wiederinsetzung stillesgelegter Gehirnteile zu werten.

Insgesamt unterschiedener und fragender ist die Stellungnahme von E.P. in der selben „KAZ“. Ich selbst sehe mich noch nicht in der Lage, die Berechtigung des Sturzes der Regierung von Kampuchea zu beurteilen. Denn die wichtigste Frage ist für mich noch nicht geklärt: ob es ein gerechter Kampf war, der gegen die Regierung mit Pol Pot an der Spitze geführt wurde... E.P. läßt diese Frage völlig offen, meint dann aber doch:

„Ich finde es nicht verwunderlich, aber doch sehr falsch, daß jetzt viele fortschrittliche Menschen aufgrund der Zeitungsmeldungen die Sozialistische Republik Vietnam der Aggression bezichtigen, oder als die für die wesentliche Frage d. e. stellen, ob Streitkräfte Vietnams am Sturz der kambodschanischen Regierung beteiligt waren, ohne sich die Frage zu stellen, ob es ein gerechtes Ziel gewesen sein kann, die kambodschanische Regierung zu stürzen.“

Beim „Arbeiterbund“ geben traditionell die Uhren anders. Trotzdem ist die Vermutung wohl nicht allzu gewagt, daß die jetzige Diskussion endlich auch zu einer grundsätzlichen Neubewertung der gesamten chinesischen Politik durch den „Arbeiterbund“ führen könnte.

# Nochmals zur Kambodscha-Diskussion im KB

Wie im AK 146 bereits berichtet, haben die Berichterstatter im AK und die Stellungnahme des LG zu den Ereignissen in Kambodscha breiten Widerspruch im KB ausgelöst. Es soll darum nochmals auf einige Fragen eingegangen werden.

1. War es eine vietnamesische Invasion? Wenn es keine vietnamesische Invasion gab, stellt sich gar nicht erst die Frage, ob man eventuell eine solche verurteilen soll. Es gibt bisher keinen Beweis für eine solche Invasion, sodaß selbst die „Rote Fahne“ der „KPD“ nur mit indirekten Indizien-Hinweisen operiert.

Der üblichste Indizien-Beweis lautet: Die gerade erst im Dezember 1978 gegründete CNLFNS könne doch unmöglich innerhalb von nur einem Monat so stark geworden sein, um ohne fremde Hilfe das ganze Land zu befreien. Das ist zwar völlig richtig, nur hat das auch niemand be-

urteilt. Es waren schon Monate zu vor Berichte über Aufstände und Kämpfe in verschiedenen Teilen Kampuchas bekannt geworden, vor allem aus den Ostprovinzen. In der selben Richtung deuten die offiziellen Berichte der Pol-Pot-Regimes über eine „Säuberung“ des Parteiparates in den Ostprovinzen.

Bezeichnenderweise kann nicht einmal der einschlägige „KPD“-Spezialist Horlemann an diesen Tatsachen vorbei. So stellt er, wahrscheinlich zutreffend in der „Roten Fahne“ 3/78 von der historischen Entwicklung her dar, daß die kambodschanische Befreiungsbewegung im Osten Kampuchas traditionell eng mit Vietnam verbunden war. Was liegt also näher, als der Gedanke, daß erhebliche Teile des Partei- und Militärapparats in den Ostprovinzen in Opposition zur Politik des Pol-Pot-Regimes standen, insbesondere seit deren Überfällen auf Vietnam seit Ende 1977. Selbst Horlemann deutet das an, aber mit dem Unterton, daß diese Teile der kambodschanischen Befreiungsbewegung eben schon lange „gar keine richtigen Kambodschaner“ mehr gewesen seien.

Es war sicher insgesamt kein „klassischer“ Volkskrieg, wie er offensichtlich einigen Genossen aus der Ferne als sozusagen einzig legitime Version erscheint. Das wird aber gut verständlich, wenn man davon ausgeht, daß der militärisch-organisatorische Apparat zum Sturz des Pol-Pot-Regimes nicht völlig aus dem Nichts aufgebaut werden mußte, sondern sich zumindest in den östlichen Provinzen Kambodschas - weitgehend auf die seit langem bestehenden Strukturen stützen konnte.

2. Hätte Vietnam das Recht zu einer militärischen Intervention gegen das Pol-Pot-Regime gehabt? Diese Frage wurde im AK und in der Stellungnahme des LG bejaht. Sie wurde allerdings, und das bringen einige Genossen hartnäckig durch, nicht wegen der von uns vermuteten innenpolitischen Ausweitungen des Pol-Pot-Regimes bejaht, sondern allein wegen der aggressiven Politik dieses Regimes gegen Vietnam. Insofern ist die Frage, ob es sich - wie von uns behauptet - um ein volksfeindliches Regime handelte, in diesem konkreten Zusammenhang vollkommen bedeutungslos.

Es wäre beispielsweise etwas anderes, wenn Vietnam, wozu es freilich gar keine Anstalten macht, in Thailand einmarschieren würde, wo ja anerkanntermaßen ein extrem volksfeindliches Regime herrscht. Wir sind nicht davon ausgegangen, daß es das Recht relativ fortschrittlicher Staaten sei, reaktionäre Regierungen in ihren Nachbarländern auf kriegerischem Wege zu stürzen. Insofern er-

gleichzeitig an der Grenze zu Kambodscha in langwierige und nach außen hin undurchschaubare Auseinandersetzungen zu verwickeln, die schließlich den Vorwand für einen chinesischen Angriff auf Vietnam liefern sollten, mit dem Deng jetzt, nach dem Sturz seiner Marionetten in Pnom Penh, unverhohlen droht. Die chinesische Planung ging von der Annahme aus, Vietnam werde die ständigen Provokationen durch das Pol-Pot-Regime ertragen müssen, da es aus außenpolitischen Rücksichten gar keinen entscheidenden Schlag gegen Kambodscha führen könnte. Diese Rechnung ging nicht auf!

3. Wie war das Pol-Pot-Regime einzuschätzen? Das durchgängige Argument der Kritiker lautet, daß hierüber zu wenig bekannt sei, um eine Einschätzung als „Terror-Regime“ (LG-Erklärung, zu rechtfertigen, und daß eine solche Einschätzung auch aus der bisherigen AK-Berichterstattung nicht herzuhalten sei. Die Gertung nicht herzuhalten sei. Die Genossen(rinnen) weisen darauf hin, daß im AK nach der Befreiung Kampuchas 1975 zunächst alle westlichen Gerichte über Massaker etc. in Kambodscha als Lügen abgelehnt wurden und daß im AK 138 von einem Genossen der Asien-Australien-Kommission nochmals zur Vorsicht gegenüber solchen Geschichten geraten wurde.

Diese Kritik ist sachlich richtig. Zwar gab es bereits kurz nach der damaligen Befreiung Kampuchas eine erste interne Kontroverse über die Einschätzung der neuen Regierung, nämlich anlässlich der Evakuierung Pnom Penhs und der anderen Städte. Es setzte sich aber damals im AK als Argumentationslinie durch, die bürgerlichen Erzählungen insgesamt als Lügen, Fälschungen etc. anzusehen und sich eindeutig für die neue Regierung auszusprechen. Dies umso mehr, da von der internationalen Bourgeoisie tatsächlich, erwiesenermaßen, mit Fälschungen, Geheimdienst-Produkten usw. gegen Kambodscha gearbeitet wurde. Das beweist aber an sich noch nicht, daß es nicht trotzdem auch sehr schon damals volksfeindliche Maßnahmen der neuen Regierung gab. Auch die imperialistischen Erzählungen über Idi Amin und zu mindestens 50% Übertreibungen oder Erfindungen. Trotzdem bleibt für uns Amin ein volksfeindlicher Diktator.

Daß zu Beginn im AK sehr entschieden die neue Regierung Kampuchas gegen westliche Vorwürfe verteidigt wurde, muß im Rückblick als Fehler erscheinen. Aber wie hätte es anders sein können, da es für uns zu jener Zeit nicht die allerkleinste Möglichkeit gab, sich ein halbwegs realistisches Bild von den Verhältnissen

Fortsetzung nächste Seite

# „Arbeiterbund“ München: Zusammenbruch eines Weltbilds

Die jüngsten Ereignisse in Indochina haben beim „Arbeiterbund“ München offensichtlich die seit langem überfällige Krise seines schizophränen Weltbildes zum Ausbruch gebracht. Dieses Weltbild ergab sich aus dem Festhalten an der bedingungslosen Unterstützung der jeweils herrschenden chinesischen Führung, bei weitestgehender Anpassung an die DKP auf allen anderen Gebieten. Daß die „Arbeiterbund“-Führer diesen schrecklichen Konflikt bisher durchgehalten hatten, zeugt von einer bemerkenswerten naiven Robustheit. Nun aber scheint die äußerste Grenze erreicht. Über die jüngsten Ereignisse in Indochina war im ZK des „Arbeiterbund“ keine Einigkeit zu erzielen. Einigen konnte man sich lediglich darauf, „daß es zur Zeit keine Einschätzung dazu geben kann, weil die Klärung und sorgfältige Prüfung wesentlicher Fragen noch aussteht“, („KAZ“, 21. 1. 79). Es sollen nun einzelne Mitglieder des ZK des „Arbeiterbund“ in der „KAZ“ ihre unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema veröffentlichen.

Bisher sind zwei Stellungnahmen veröffentlicht worden („KAZ“, 21. 1.), eine von Thomas Schmitz-Bender (Mitbegründer des „Arbeiterbund“ bzw. von dessen Vorläufer, eine der obersten Autoritäten im „Arbeiterbund“), und eine von einem (einer?) E. P. Beide Stellungnahmen unterstützen, mit kleinen Nuancen und einigen offenen Fragen, im Wesentlichen die Position Vietnams. Das entspricht auch der Politik des „Arbeiterbund“ in den

letzten Monaten, der eine Solidaritätskampagne der DKP für Vietnam engagiert mitgetragen hatte. Es wird von Interesse sein, wenn die „KAZ“ demnächst auch Gegenstimmen aus dem Kreis der „Arbeiterbund“-Führung veröffentlicht. Eine besondere Rolle kommt dabei sicher der Stellungnahme der „Arbeiterbund“-Chefin Holge Sommerrock zu, die aus der „KAZ“ vom 21. 1. noch nicht ersichtlich ist.

Einige Punkte aus der Stellungnahme von Thomas S.-B.: ... Dieses Regime war es wert, von revolutionären Kräften gestützt zu werden! Die Frage nach dem Regime, das in Kampuchea herrschte, ist in der Tat von ausschlaggebender Bedeutung für die Stellung, die wir heute beziehen und beziehen müssen... „Niemand kann Vietnam das Recht streitig machen, Grenzübergänge zurückzuschließen und den Angreifer bis auf dessen Territorium zu verfolgen, soweit dies zur Unterbindung der Aggressionen notwendig ist...“ „Wer fragt, ob sich die Truppen der sozialistischen Republik Vietnam in Kampuchea befinden, hat zur Kenntnis zu nehmen, daß die vietnamesische Regierung dies ausdrücklich verneint.“ Thomas S.-B. schreibt zwar, er könne die Vorwürfe Vietnams gegen China noch nicht beurteilen, gibt jedoch unumwunden zu: „Tatsache ist allerdings, daß mit der ‚Drei-Welten-Theorie‘ von Führern der VR China seit einiger Zeit bürgerlich-nationalistische Auffassungen über das Verhältnis zu anderen Staaten vertreten werden.“ Das ist zwar nicht sensationell und



Fortsetzung von S. 60

# „Tauwetter“ und Krisen-Debatte in der „KPD“

sen in Kambodscha zu machen?

Eine Änderung trat erst ein, als das Pol-Pot-Regime die Feindseligkeiten gegen Vietnam begann und nunmehr auch aus vietnamesischen Quellen Berichte über die Politik des Pol-Pot-Regimes vorliegen – Berichte, die ernst genommen werden mußten als die früheren Meldungen aus den imperialistischen Kucheln. Allein die von Vietnam eindeutig dokumentierten Übergriffe und Massaker des Pol-Pot-Regimes gegen die vietnamesischen Grenzgebiete reichen aus, um von einem Terror-Regime zu sprechen. Daß dieser Konflikt nicht irgendwie „kompliziert“, „tragisch“ oder sonstwie undurchschaubar war, sondern daß er eindeutig von kambodschanischer Seite ausging, gibt sogar die „KPD“ zu, indem Horlemann in der „Roten Fahne“ 3/79 von umfangreichen Gebietsansprüchen des Pol-Pot-Regimes an Vietnam spricht.

In der Stellungnahme eines (!) Genossen der Asien-Australien-Kommission im AK 138 wurde die Kritik am Pol-Pot-Regime etwas relativiert und es wurde davor gewarnt, allen vietnamesischen Vorwürfen Glauben zu schenken. Viele Kritiker beziehen sich jetzt auf diese Stellungnahme im AK 138, wobei sie teilweise so tun, als sei das z. B. sozusagen „die Linie“ des AK bis zum Sturz des Pol-Pot-Regimes gewesen.

Man muß an dieser Stelle ein paar Worte zur Arbeitsweise der AK-Redaktion sagen, da dieser Punkt manchen Genoss(innen) unklar zu sein scheint: Ein Leserbrief oder eine individuelle Stellungnahme ist tatsächlich nur die Stellungnahme eines/ einer Einzelnen. Er kann unmöglich „die Linie“ des AK oder des KB authentisch wiedergeben. Die Aufgabe eines ausdrücklich so gekennzeichneten Leserbriefes oder einer individuellen Stellungnahme besteht gerade darin, eine Einzelmeinung zum Ausdruck zu bringen und damit auch zur Diskussion zu stellen. Ein typischer Irrtum ist allerdings folgender (Zitat aus der Stellungnahme der Hamburger Lehrer-Referendarratsstelle des KB): „Da diesem Beitrag kein einziger Diskussionsbeitrag folgte, durfte man angesichts dieser ungenügenden wichtigen Material annehmen, daß es dazu in der Organisation (und auch im LG) keine Widersprüche gäbe“. Dazu ist klar festzustellen: LG und AK sind zwei verschiedene Dinge. „Dazu ist klar festzustellen: LG und AK-Redaktion sind von der Arbeitsbelastung her keinesfalls in der Lage, zu jeder Frage, die im AK problematisiert wird, Stellung zu nehmen – was ja auch voraussetzen würde, sich einigermaßen umfassend das Material zu dem jeweiligen Thema zu erarbeiten, die Dinge dann zu diskutieren, Stellungnahmen abzugeben. Etwas anderes zu erwarten, ist Ausdruck jener Gedankenlosigkeit, mit der viele immer noch die Arbeit der „Leitenden“ Genossen betrachten. Andere Organisationen, „Jungen“ dieses Problem, indem sie von vornherein individuellen Stellungnahmen sehr wenig Platz einräumen und indem sie sich oft auf die Übernahme „offizieller“ Positionen zu zentralen Themen beschränken, die bloß noch aus der „Peking Rundschau“ etc. abgeschrieben werden müssen.

Es ist hinzuzufügen, daß auch die Artikel der einzelnen Kommissionen in erster Linie eben die Meinung dieser Kommissionen und nicht unbedingt auch „die Linie“ des AK und des KB zum Ausdruck bringen. So ist beispielsweise die Stoffrichtung des Kambodscha-Artikels im AK 143 erkennbar nicht völlig identisch mit der der Stellungnahme des LG (AK 146). Zwar gibt es immer wieder Absprachen und Diskussionen über die Artikel, aber keine garantierte, sozusagen „bombensichere“ Vereinheitlichung in allen Punkten. Vor allem dort, wo profunde Sachkenntnis gefordert ist, haben naturgemäß die Kommissionen ziemlich freies Spiel. Wäre es anders, müßte der AK erheblich ärmer aussehen.

(Wir sind an diesem Punkt nur auf die Arbeitsweise des AK eingegangen; auf die Politik des Pol-Pot-Regimes wird an anderer Stelle dieses AK eingegangen.)

4. Die Politik der Großmächte. Die „KPD“ hat in der „Roten Fahne“ 4/79 ihren Lesern sehr schadenfroh mitgeteilt, daß es im KB Weigerungen gegeben hat, die Stellungnahme des LG zu verteidigen. Vielleicht sollte die „Rote Fahne“ ihren Lesern auch noch mitteilen, daß bei dieser Weigerung (Bielefeld, Münster) eine entscheidende Rolle der Vorwurf spielte, in der Erklärung des LG würde z. T. die chinesische „Theorie der drei Welten“ vertreten! Auf diese Frage werden wir im nächsten AK eingehen. Übrigens: Vorliegende Stellungnahmen aus der Organisation hierzu werden von uns im Rahmen der Diskussionsmaterialien zum 1. Kongreß des KB veröffentlicht werden.

„Tauwetter-Periode“ nannte man eine politische Phase nach dem Tode Stalins, in der Künstler, Journalisten etc. zur Entfaltung von Kritik am „System“ behördlicher Bevormundung“ ermuntert wurden, wo von mehr künstlerischer Freiheit die Rede war, wo allgemein Kritik an „Mißständen“ gefordert wurde. Die Periode reichte ungefähr vom Sommer 1953 bis Sommer 1954. Dann wurde es wieder frostiger.

Alle „Tauwetter-Periode“ kann man auch die Entwicklung in China seit dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 bezeichnen: Alte Kunstwerke aus der Zeit vor der Kulturrevolution kommen wieder zu Ehren, es herrscht ein schon wieder naiver Glaube in die Freiheit von Forschung und Wissenschaft, die Zeitungen drucken kritische Leserbriefe, sensationelle Wandzeitungen erscheinen usw. Daß bei sozial pluralistischer Freiheit keine einzige linke kritische Stimme nach außen dringt, daß die Kampagne gegen die „Victor-bande“ im Stile mittelalterlicher Hexenjagden geführt wurde usw., wird die Freunde der jeweiligen chinesischen Parteilinie nicht besonders stören.

Es ist also kein Wunder, daß seit Monaten auch in der „KPD“ ein, wenn auch zaghaftes, Tauwetter vorherrscht. Vor allem äußert sich das im Abdruck von Leserbriefen in der „Roten Fahne“, wobei auch kritische Stimmen, Stimmen von Nicht-Mitgliedern u. ä. vorkommen. Sogar Frauen aus der „KPD“ haben sich in dieser Leserbrief-Ecke schon einmal zu Wort melden dürfen. Zwar kann man nicht gerade von einem Brechen des Eisens sprechen, aber wer genau hinhörte, vernahm doch schon ein Knistern.

Interessante Aspekte für den weiteren Gang der Dinge in der „KPD“ enthält eine Rede des „KPD“-Vorsitzenden Semler, die er am 15. oder 16. Januar in Westberlin gehalten hat, abgedruckt in der „Roten Fahne“ vom 25.1.79. Einige wesentliche Punkte:

+ Semler wirft der alten KPD vor, sie sei im Grunde seit ihrer Gründung 1918 nicht über ein „mechanisches Bild vom Ablauf der Revolution“ und über „sektiererische Haltungen“ hinaus gekommen. Als erstes Beispiel führt er die Weigerung der KPD an, sich 1919 an den Parlamentswahlen zu beteiligen und Arbeit in den Gewerkschaften zu leisten. „Auch im Verlauf der Linkenkämpfe der 20er Jahre“ sei es der KPD nicht gelungen, sich von den „mechanischen Vorstellungen“ zu befreien. Zwar habe Ernst Thälmann 1932 „erkannt, daß die Arbeiterklasse an der Revolution herangeführt werden muß. Aber die Vorstellung eines gradlinigen Radikalisierungprozesses, die Unfähigkeit, die reale Gefahr des Faschismus wirklich zu begreifen, machte der KPD eine wirksame Aktionsfähigkeit und Bündnispolitik unmöglich“. Was Semler hier als neueste Erkenntnis von sich gibt, war schon vor 10 Jahren genauso in x-beliebigen linkssozialdemokratischen oder revisionistischen Geschichtsbüchern zu lesen. Gar so dumm und oberflächlich kann man die gewiß fehlerhafte Politik der KPD vor 1933 denn doch nicht abtun!



C. Semler

Wie Semler weiter ausführte, habe eigentlich erst der VII. Weltkongreß der Komintern 1935 Abhilfe geschaffen. + Semler übte in seiner Rede in einem bisher bei der „KPD“ wohl nicht üblichen Umfang Kritik am „Genomen Stalin“, etwa an „schweren Fehlentwicklungen“ bei der Kollektivierung der Landwirtschaft oder an der „Verfolgung einer großen Zahl von Unschuldigen ... zu Ende der 30er Jahre“.

+ Wichtigste noch ist Semlers Kritik am Verhältnis Partei – Massen zur Zeit Stalins: „Die Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse wurden vorrangig als Erziehungsaufgaben gegenüber der Klasse bestimmt; daß die Partei gegenüber der Klasse ins Unrecht geraten könne, war der Ideologiemasse ausgeschlossen“. So sei letztlich Ende des revisionistischen Entwicklung begünstigt worden, nämlich: „Weil nicht jeder Kommunist zu einer aktiven ideologisch-politischen Haltung erzogen worden sei zu einer aktiven ideologisch-politischen Haltung erzogen worden war, weil die Gefolgschaft zur Führung und bedingt war, weil die Disziplin nicht mehr das Ergebnis einer bewußten Einsicht war ...“. Man konnte genau diese Auffassung vom KB schon 1972 hören („Unser Weg“ Nr. 16/17), aber deshalb braucht sie ja nicht falsch zu sein. Über die Politik der Komintern sagte Semler: „Wenn wir deshalb heute von unserem Verhältnis zur kommunistischen Internationale sprechen, so müssen wir sowohl Kontinuität als auch Bruch werten lassen. Wir müssen uns vor allem an jene politische Linie anschließen, die von Lenin zu Mao Tse-tung geht und die in Europa in den nationalen Befreiungskriegen gegen den Hitlerfaschismus kulminierte“.

Zwar redet Semler hier offensichtlich dummes Zeug, da es eine „Linie“ von Lenin zu Mao höchstens in Gedanken gibt und da der Widerstandskampf gegen Hitler konkret weder mit Lenin noch mit Mao etwas zu tun hatte, dafür aber ziemlich viel mit dem von Semler elegant aus der Szene katapultierten Stalin.

Was Semler aber meint, ist

klar: Man müsse sich aus den Texten, Beschlüssen etc. der Komintern eben das herausuchen, was sich von der „KPD“ heute im Sinne ihrer Vaterlandsverteidigung hinbiegen läßt. Lenin und Mao mögen ihm dafür verzeihen! + Recht ausführlich ging Semler in seiner Rede auf Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit der kommunistischen Organisation ein. Sogar von einer „Krise der Marxisten“ sprach Semler in diesem Zusammenhang, ohne inhaltlich wirklich etwas zu dem Problem zu sagen, außer daß man sich theoretisch mehr mit bestimmten linksbürgerlichen, reformistischen, revisionistischen etc. Theoretikern auseinandersetzen müsse. + Auch von Problemen mit der „Gegenüberstellung der Privatsphäre und der Sphäre der politischen Aufgaben“ sprach Semler und daß diese Gegenüberstellung falsch sei. So etwas habe es in der „KPD“ „vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jahre“ gegeben.

## Artikelaustausch mit der „KPD“: Nochmals Verzögerung

Wie im AK 146 berichtet, hatte die „KPD“ nach langem Sträuben mit Schreiben vom 19.1. doch noch zugestimmt, mit uns ein Gespräch zur Konkretisierung und Realisierung des bereits am 6.10.78 vereinbarten Artikelaustausches zwischen „Roter Fahne“ und AK zu führen. Vorgeschlagen wurden von der „KPD“ als mögliche Termine der 24.1. (in Köln, wo die „KPD“ ihre Zentrale hat) oder der 27.1. (in Hamburg). Wir teilten der „KPD“ mit, daß uns der 27.1. recht wäre. Am 25.1. meldete sich die „KPD“ erneut bei uns: Der Genosse, der mit uns das Gespräch machen sollte, sei erkrankt und lasse deshalb darum bitten, das Gespräch nicht in Hamburg, sondern in Köln zu führen. Wir stimmten zu. Als sich dann allerdings einer unserer Genossen in Köln meldete, um Uhrzeit und Ort des Gesprächs zu vereinbaren, traten neue Komplikationen auf: Da der Genosse z. u. krank sei, könne das Gespräch erst später stattfinden. Auch beharrliches Drängen auf einen raschen Termin konnte die „KPD“ nicht umstimmen. Nunmehr soll das Gespräch in den nächsten Tagen stattfinden.

Wir müssen es akzeptieren, wenn ein Genosse sich gesundheitlich nicht zu einem politischen Gespräch in der Lage sieht. Was uns aber nicht einleuchtet: Hätte denn statt des erkrankten Genossen wirklich niemand aus der „KPD“ das Gespräch führen können? Wir sehen die Sache daher unter dem Stichwort „unnötige Verzögerungen“ und sehen uns dadurch in unserer Befürchtung bestätigt, daß die „KPD“ in dem bevorstehenden Gespräch versuchen könnte, noch mehr Zeit herauszuschinden und den Beginn des Artikelaustausches auf die Lange Bank zu schieben.

## Revolte bei „Lotta Continua“?

Kommt die frühere kommunistische Organisation Lotta Continua (Italien), die sich nach ihrem Kongreß von Rimini weitgehend aufgelöst hatte, wieder auf die Beine? Ein kleines Hoffnungszeichen ist am Mailänder 1. a. d. zu melden. Dort besetzten im Januar Genossen der alten LC-Organisation mehrere Tage lang die Räume der örtlichen Redaktion der Tageszeitung „Lotta Continua“, um gegen die Einseitigkeit und Selbstherrlichkeit der zentralen Redaktion (Sitz in Rom) und gegen die Auflösung ihrer Organisation zu protestieren. Was sich nach Rimini ereignet hatte, war nämlich dies: Nachdem sich die alte LC-Führung an die Spitze organisationsfeindlicher und antikomunistischer Tendenzen gestellt hatte, fiel die LC-Organisation auseinander. Allerdings nicht völlig, da einige Ortsgruppen von LC aus eigener Initiative organisiert weiterarbeiteten. Von solchen Gruppen ging auch im wesentlichen die Initiative zu der Besetzungsaktion in Mailand aus. Irrendeweile zentralen Gremien von LC existieren seit Rimini nicht mehr. Die Redaktion der Tageszeitung „Lotta Continua“ hat sich von den

Resten der alten LC-Organisation total abgespalten und ganz in den Dienst der sogenannten „Bewegung“, d. h. des Spontaneismus und Individualismus, gestellt.

Dagegen richtete sich die Revolte von Mailand. Die LC-Redakteure, die ungeheuer überheblich zunächst von einem „Dutzend“ oder einer „Bande“ bezüglich der Besetzer sprachen und die über den „Sturm in unserem Kaffeestisch“ spotteten, sahen schnell recht alt aus. Denn die Basis der Besetzer war so stark, daß am 27. Januar, vier Tage nach Beginn der Besetzung, eine Art Mitglieder- und Sympathisantenveranstaltung von LC für Mailand und Umgebung stattfand. Ungefähr 1000 Genoss(innen) waren gekommen, um zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen. Die Mehrheit stimmte schließlich folgenden Forderungen zu:

1. Einräumung eines festen Platzes in der „Lotta Continua“ für die hegemonale Debatte und für die Stellungnahme aus der alten LC-Organisation. (Das sind so ziemlich die einzigen, für die bisher im pluralistischen Konzept

der „Lotta Continua“-Redaktion kein Platz war!). 2. Durchführung eines neuen (des Dritten) Nationalen Kongresses von LC nach vorheriger Diskussion im gesamten alten LC-Umfeld.

Die Herrschaften von der „Lotta Continua“-Redaktion scheint der ganze Vorfall unheimlich zu amüsieren. Angesichts von Arbeiter-Genossen, die auf der Versammlung am 27.1. in ganz einfachen und verständlichen Worten über ihre Erfahrung zur Notwendigkeit einer Organisation sprachen, druckt „Lotta Continua“ kackfreie Kommentare, wie etwa: „Ich fand die ganze Diskussion surrealistisch, wie zwischen Bewohnern eines anderen Planeten, die gar nicht die Probleme dieses Lebens in diesem Land erleben. Diese Besetzer können doch bloß das Wort „Organisation“ sprechen...“. Und die Mailänder Redaktion höhnt (LC 30.1.): „Einen Kongreß könnte doch bloß eine Organisation durchführen, und die gebe es doch gar nicht mehr. Hahaha! Da könnte ja jeder kommen und einen Kongreß machen wollen. Hihihi! – Ach, es ist ja auch wirklich

gar zu komisch ... Zum Hintergrund des Vorfalles, der hoffentlich nur ein Anfang war, ist folgendes zu ergänzen: Große Teile der italienischen „Neuen Linken“ haben sich in den letzten Jahren total auf die sogenannte „Bewegung“ konzentriert (kleinbürgerliche Randgruppen, zeitweise allenfalls noch ergänzt durch radikalisierte jugendliche Arbeitslose) und dies bereits mit der gesamten gesellschaftlichen Realität Italiens verwechselt. Sie haben aufgehört, sich überhaupt noch auf die Arbeiterbewegung zu beziehen – abgesehen von einer negativen Fixierung auf die PCI. Mit dem Zerfall der „Bewegung“ scheint mehr Platz für eine Rückbesinnung auf Erkenntnisse, die nicht einfach deshalb schon falsch zu sein brauchen, weil sie nicht neu sind. Indessen wäre es sicher falsch, die Mailänder LC-Revolte als Ausdruck einer einigermaßen einheitlichen Strömung zu verstehen. Sie bringt das anscheinend allgemeine Wiederwachstum Bedürfnis nach Organisiertheit zum Ausdruck, ist aber sehr heterogen hinsichtlich der vorgeschlagenen bzw. diskutierten politischen Linien.





## Leserbrief

# „1. Kongreß des KB für 1979 beschlossen“

Wir sind Genoss(inn)en des KB Hannover, die sich seit Beginn der Debatte um den Kongreß treffen, um durch gemeinsam erarbeitete Positionen in die Diskussion (für Hannover, aber auch anderswo) einzugreifen. Unsere eigenen Erfahrungen mit dem politischen Leben in der Organisation (Probleme des Konsumentenverhaltens und der Demokratie in der Organisation, des Eingehens auf Kritik, der eigenen Qualifikation zu selbständiger Arbeit und des Umgangs mit Bündnispartnern) zeigen uns, wie nötig eine gründliche Überprüfung der Grundlagen und Umsetzung unserer Politik ist.

Überregionale Erfahrungen, wie sie immer wieder im AK dokumentiert sind, bestätigen das. Sinkender AK-Verkauf, Rausgehen von ca. einem Drittel der Mitglieder im letzten Jahr und viele andere Anzeichen zeigen, daß es um nichts weniger geht als um die Zukunft unserer Organisation.

In dieser Situation halten wir Selbstgefälligkeit, ein selbstzufriedenes Maßnehmen an Organisationsmaßnahmen wie DKP oder KBW, statt an den von uns als nötig erkannten Ansprüchen, für äußerst gefährlich.

Genauso gefährlich ist die Reduktion der Krisenreaktion auf das Problem böser Annahme von „außen“ oder einer „Kritik- oder Boykottfraktion“ im Inneren.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen hat uns der AK-Artikel, dabei besonders der letzte Teil „Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des KB“ erstaut, aber auch sauer gemacht. Erstaunt, weil dieser Abschnitt, der doch den Stellenwert des Kongresses für uns darstellen sollte, so weit hinter das Niveau der bisherigen Diskussion zurückfällt. Sauer gemacht, weil hier nicht, wie vielleicht beabsichtigt, „Stärke“ demonstriert wird, sondern Pluspunkte, die wir durch die offene und selbstkritische Auseinandersetzung gewonnen haben, in Frage gestellt werden.

Der Artikel hilft kaum, die gerade erst begonnene und noch viel zu wenig geführte Debatte weiterzubringen, indem Fragen und Probleme aufgezeigt werden, sondern eher entsteht ein unkritisches harmonisiertes Bild der Situation, das dazu ansetzt, sich mit dem erreichten Stand zufriedenzugeben.

Nun zu den Kritikpunkten im einzelnen. Der/die Verfasser/in stellt sich rhetorisch die Frage, warum der Kongreß nicht eher stattgefunden hat und antwortet sich selbst, daß das wegen der „dichten demokratischen Strukturen“ und der regelmäßigen Delegiertenkonferenzen überflüssig war. (Anm. d. Verf.: nicht „überflüssig war“, sondern „überflüssig schien“ – vgl. AK 145.) Wir sind uns darüber einig, daß das jährliche Stattfinden von Kongressen nichts über die Demokratie in einer Organisation aussagt – man denke nur an die Parteitage der verschiedenen Parteien. Es geht also gar nicht um die Verteidigung gegen solche hypothetischen Angriffe, sondern um eine Antwort auf die Frage, warum denn jetzt der Kongreß nötig ist, und warum die bestehenden Strukturen zur Bewältigung der Aufgaben nicht ausreichen. Und da ist schon ein selbstkritisches Wort zur tatsächlichen Praxis der Delegiertenkonferenzen (DK) angebracht. So positiv einerseits die Diskussion der DKs ist – zentrale Konzeption, die die am jeweiligen Problem Arbeitenden einbezieht, so sind doch nach unserer Erfahrung erhebliche Mängel eingerissen: es mangelt an einer Vor- und Nachbereitung in breiteren

Kreisen der Organisation; teilweise war vielen gar nicht mehr bekannt, was da zu welchen Themen hinführt. In Hannover war i.A. glückliche Praxis, daß die Leitung selbst fuhr oder gezielt einzelne „Spezialisten“ hinzuzog.

So etwas kann natürlich nicht allein Leitungsgremien vorgeworfen werden, sondern ist ein Produkt davon, daß viele entweder konsumiert haben, was an sie herangetragen wurde, oder Mut und Energie nicht aufbrachten, Widersprüche offenzulegen und eigene Vorstellungen offensiv zu vertreten.

Schließlich müssen wir auch darauf hinweisen, daß wir in Hannover anfänglich Schwierigkeiten hatten, die Leitung davon zu überzeugen, daß auch Nicht-Leitungsmitglieder zu der Vorbereitungskonferenz (von der der Artikel berichtet) als gewählte Delegierte hinfahren sollten.

Kurz: Eigenlob ist weder nötig noch angebracht, gerade wenn wir nicht formale, sondern inhaltliche Maßstäbe von Demokratie anlegen.

Weiter wird im Artikel die Frage nach dem „Vertrauen“ in die Leitungsgremien und der Wahl von Leitungsmitgliedern gestellt – und auf

schon auf eine sehr oberflächliche, wenn nicht falsche Art beantwortet.

Es brauche angeblich „nicht ernsthaft bezweifelt zu werden, daß die Leitungsgremien das Vertrauen der Organisation hatten“, abgesehen von einem „sehr kleinen“ Teil der Organisation, der ein „prinzipielles Mißtrauen gegenüber Leitungsgremien“ hat. (Anm. des Verf.: Das steht überhaupt nicht so in dem Artikel. Bitte nachlesen!)

Es fragt sich natürlich nur, was hier unter Vertrauen verstanden wird. Vertrauen kann positiv doch nur bedeuten, daß man sich „traut“, Fragen, abweichende Meinungen, Kritiken vorzubringen, und daß man der Leitung ein konstruktives Eingehen darauf „zutraut“. Die Praxis dürfte oft eher darin bestanden haben, willig oder unwillig hinterherzutrotten oder sich aus der gemeinsamen Diskussion zurückzuziehen. Einige Absätze später bestätigt das der Artikel ja auch (indem er von nur äußerlicher Vereinheitlichung spricht), widerspricht sich allerdings damit selbst.

Aus dem Fehlen massenhafter Kritik an Leitungsgremien kann jedenfalls nicht auf „Vertrauen“ geschlossen werden.

„Vertrauen“ muß bestimmte Voraussetzungen haben, nämlich Erfahrungen, die es begründen, und Kontrollmöglichkeiten, die es bestätigen. Die Zwischenbilanz im AK 144 zeigt doch, daß ein Mehr an Transparenz von Diskussionen und Beschlüssen auch in Leitungsgremien nötig ist. Dazu gehört neben einer größeren Durchsichtigkeit (soweit das heute möglich ist) der personellen Zusammensetzung von Leitungsgremien eine stärkere Offenlegung von Diskussionsprozessen auf Leitungsebene. So haben wir z.B. die Erfahrung gemacht, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen örtlicher Leitung und ZRK nicht deutlich gemacht (und damit für alle diskutierbar) wurden, sondern sich höchstens in nicht recht verständlichen Positionsänderungen der betreffenden Personen niederschlugen.

Bis vor kurzer Zeit gab es auch keine Informationen bzw. Beschlüsse von Sitzungen der örtlichen Leitung.

Gerade weit ab von Hamburg wird LG und ZRK doch oft zu anonymen Instanzen, in die man entweder alles mögliche hineinheimelt oder von denen man alles mögliche erwartet, mit denen eine konkrete Auseinandersetzung aber erschwert ist.

In diesem Sinne ist die Wahl der Leitungsgremien durchaus eine Not-

wendigkeit für unsere Organisation (übrigens auch im Sinne leninischer Vorstellungen vom demokratischen Zentralismus, der doch sonst gern als formelhaftes Rezept zitiert wird), und nicht, wie es der Artikel darstellt, ein ZUGESTÄNDNIS an die Kritik von anderen Organisationen aus der ML- oder DKP-Ecke, von Sympathisanten oder von einer Minderheit Mißtrauischer. Dazu ist zuerst einmal zu sagen, daß es völlig unzulässig ist, die Kritik von Organisationen, die nur von der Scheiße in ihrem eigenen Laden ablenken wollen, in einen Topf zu schmeißen mit der Kritik von Sympathisanten.

Kritik letzterer beruht zum einen auf konkreten Erfahrungen mit dem KB, zum anderen auf einem durchaus gesunden Mißtrauen gegenüber Anpassung und Mißtrauen in allen Bereichen. Solche oberflächlichen Aussagen wie die des Artikels über die „reale Dichte der demokratischen Strukturen“ und die Unbezahlbarkeit des Vertrauens in die Leitungsgremien helfen da auch nicht weiter, wo Sympathisanten und Freunde des KB mit KBlern konfrontiert sind, die Widersprüche runterschlucken, ihnen selbst unklare Aufträge ausführen usw.

KB mit KBlern konfrontiert sind, die Widersprüche runterschlucken, ihnen selbst unklare Aufträge ausführen usw.

Daß hier im Artikel der Kongreß und die Wahlen schwerpunktmäßig als Reaktion auf Einflüsse von außen erscheinen, daß die Kennzeichnung der inneren Entwicklung unserer Organisation nicht da ist (bis auf eine Ausnahme, auf die wir noch zu sprechen kommen), kann nur dazu führen, ein harmonisiertes und damit ungläubiges Bild der Situation in unserer Organisation zu geben.

Es sei dabei an folgende Feststellung Macs über das Verhältnis innerer und äußerer Faktoren erinnert: „Die Grundursache für die Entwicklung eines Dings liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb desselben. Sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit, ... während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dings mit anderen Dingen sekundäre Ursachen darstellen... Sie (die materialistische Dialektik) betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken“ (Über den Widerspruch).

Im Artikel ist nun als Anlaß, die „bisherigen Zustände“ zu ändern, „insbesondere auch“ das „prinzipielle Mißtrauen“ einer winzigen Minderheit, die die KB-Politik boykottiere, gegen Leitungsgremien genannt. Angenommen, das Problem existiere in dieser simplen Form tatsächlich, würde es wohl nur ein Grund unter ferren liefern zur Änderung der bisherigen Zustände sein. Ferner stellt sich die Frage, zu welcher winzigen Minderheit die Ausgetretenen und Weggebliebenen gehören – deren gibt es auch in Hannover eine ganze Zahl.

Wir können es uns allerdings nicht vorstellen, daß es wirklich so einfach ist: hier die guten Vertrauensvollen, dort die bösen, boykottierenden Mißtrauischen. Erstmal ist Mißtrauen im allgemeinen durchaus anzuerkennen – jedenfalls, solange es dazu führt, das kritisch zu reflektieren, was einem vorgesetzt wird – immerhin hat man so erstmal die Möglichkeit, Erfahrungen zu machen, die Vertrauen begründen können. Wenn es allerdings dazu führt, die Auseinandersetzungs-bereitschaft mit der Organisation zu blockieren, ist das sicherlich ein schlechter Zustand, der allerdings mit Boykottvorfällen kaum zu lösen ist.

Wir müßten in Hannover selbst die Erfahrung machen, daß die Erstellung von Kritikpapieren zeitweise gar nicht in Gang kam – doch nicht, weil hier Boykotteure saßen oder weil es keine Widersprüche gäbe, sondern weil bestimmte Widersprüche auf Eis gelegt worden waren und sich nie-

mand mehr so richtig rantraute und bestimmte Diskussionen einfach festgerannt waren. Erst die Konstituierung unserer Gruppe, die gemeinsam ein Papier erstellte, brachte die Auseinandersetzung wieder in Gang.

Darum also: keine falschen Vereinfachungen und Verkürzungen in der Krisendiskussion. Die Änderung der bisherigen Zustände ist nicht die Sache weniger Kritiker oder geschieht, um sie zu beruhigen, sondern einer selbstkritischen Überprüfung der gesamten Organisation. Nicht Konsumhaltung oder Rückzug mit Vertrauen in die Leitung verwechseln; erst wenn wir alle selbständiger und kritischer geworden sind, kann Vertrauen einen positiven Sinn erhalten.

In der Hoffnung auf eine Antwort des/derjenigen, aus deren/dessen Feder der Artikel stammt, und mit solidarischen Grüßen: Die „Wellenlängengruppe“ (zehn Mitglieder und fünf Ehemalige des KB Hannover)

### Zur Beantwortung dieser Kritik

Den dargelegten Auffassungen der

### Zur Beantwortung dieser Kritik

Den dargelegten Auffassungen der Hannoveraner Genossen möchte ich im wesentlichen nicht widersprechen. Nur scheint mir der Zusammenhang zum Kongreß-Artikel im AK 145 unklar.

Ich bin mir in den kritischen Punkten nicht bewußt, daß es geschrieben zu haben, was die Genossen jetzt in den Artikel hineinlesen. Zumal die These, es solle durch den Artikel „ein harmonisiertes... Bild in unserer Organisation“ gegeben werden, geht offenbar von einem Vorurteil in den Köpfen der Genossen aus, statt von den Tatsachen. Es ist doch nicht von LG und AK-Redaktion eine öffentliche Debatte über mehrere AKs hin und in bisher zwei UW-Heften initiiert worden, um ein „harmonisiertes Bild“ vom inneren Zustand des KB zu geben! Es ist doch nicht auf unserem Vor-Kongreß ausdrücklich – wiederum auf Initiative des LG und der AK-Redaktion – festgelegt worden, daß bei der Delegierung zum 1. KB-Kongreß Minderheitstendenzen proportional berücksichtigt werden sollen, daß Minderheitstendenzen (bei der Abstimmung über die Resolutionen u.ä.) öffentlich dokumentiert werden sollen... weil wir ein „harmonisiertes Bild“ geben wollen! Ich gebe allerdings zu, daß man schon ziemlich schlechte Erfahrungen im KB gemacht haben muß, um auf eine derart unnütze Unterstellung zu verfallen.

Ich habe im AK 145 nicht behauptet, daß der Ablauf der DK's – um ein Beispiel zu nennen – von unserem Anspruch des demokratischen Zentralismus her zufriedenstellend war. Ich habe lediglich auf das Vorhandensein solcher und anderer demokratischer Strukturen verwiesen. Daß es Mängel gibt, ist nach dem Ausmaß der bisherigen Kritik anzunehmen. Allerdings werden solche Mängel nicht automatisch durch die Einsetzung neuer Strukturen – in diesem Fall durch die ordentliche Durchführung von Kongressen – behoben. Insofern ergibt sich meiner Meinung nach die Funktion des Kongresses nicht einfach aus den Mängeln der bisherigen Strukturen, sondern aus der Gesamtsituation der Organisation und der Linken, wozu bisher schon soviel gesagt worden ist, daß es hier nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht.

Ich habe mich im AK 145 auch nicht – wie man glatt vermuten muß, wenn man nur die Hannoveraner Kritik dazu liest – gegen ein Mißtrauen gegenüber den Leitungsgremien des

KB ausgesprochen. Mißtrauen, wie es die Genossen an einer Stelle interpretieren, im Sinne von Wachsamkeit und selbständigem Denken, ist nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Von diesem Mißtrauen war im AK 145 aber gar nicht die Rede, sondern von prinzipieller Mißtrauen gegenüber den leitenden Genossen. Auch dieses prinzipielle Mißtrauen habe ich im AK 145 nicht kritisiert, denn jeder(r) im KB hat selbstverständlich das Recht, die Leitungsgremien insgesamt oder einzelne Genossen der Leitung für unfähig zu halten. Gerade daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alle Leitungsgremien wählbar und abwählbar zu machen. Dies (die formale Wählbarkeit) war bisher meiner Meinung nach tatsächlich kein Problem, solange Leitungswahlen ohnehin nur eine formale Bestätigung der leitenden Genossen gebracht hätten. Es wird aber schon zum Problem, wenn wir, wie jetzt, ein Potential von vielleicht fünf oder zehn Prozent haben, die die gegenwärtigen Leitungsgremien insgesamt, und nicht bloß einzelne Entscheidungen und/oder Arbeitsmethoden ablehnen. Und es wird zum Problem, wenn einzelne (bisher kleine) Teile der Organisation Entscheidungen und/oder Arbeitsmethoden ablehnen. Und es wird zum Problem, wenn einzelne (bisher kleine) Teile der Organisation eine Zusammenarbeit mit den Leitungsgremien faktisch sabotieren. Diese Haltung greife ich in der Tat an, und man wird sich, wenn solche Widersprüche nicht lösbar sind, so oder so voneinander trennen müssen.

Die Hannoveraner Genossen schreiben, im AK 145 würden „der Kongreß und die Wahlen schwerpunktmäßig als Reaktion auf Einflüsse von außen erscheinen...“. Das ist schlicht falsch. Es ist noch nicht einmal so, daß ich als Hauptargument das „prinzipielle Mißtrauen“ einiger Genossen genannt hatte. Sondern, ich zitierte das mal: „Schwerer (Anm.: als das Problem des „prinzipiellen Mißtrauens“) wirkt sich aus, daß wichtige Aspekte unserer Politik zwar äußerlich „vereinheitlicht“ waren... in der Praxis aber diese Politik nicht oder nur unwillig durchgeführt wurde“.

Den 1. KB-Kongreß, wie die Hannoveraner Kritiker vorstellen, in erster Linie als „Zugeständnis“ an die „KB-Opposition“ oder gar an Kritik von außen zu interpretieren, wäre in der Tat total absurd. Ich verstehe auch die Logik der Genossen nicht: Warum sollte das LG das „Zugeständnis“ einer öffentlichen Debatte und eines öffentlichen Kongresses an die „KB-Opposition“ machen, wenn es ihr nur darum geht, „ein harmonisiertes Bild in unserer Organisation“ zu geben?

K., AK-Redaktion

## KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 25

### 1 KB-Kongreß für 1979 beschlossen

Seitliche und Diskussionsblätter des Kongresses im Dezember 1979

39 Seiten, DM 3.-



# Aus der „ML“-Szene

„Ein für alle deutschen Kommunisten und revolutionären Arbeiter bedeutsames Ereignis“ („Roter Morgen“, 5.1.79) hat Mitte Dezember stattgefunden: Der 4. Parteitag der „KPD/ML“ wurde „erfolgreich abgeschlossen“. Die Atmosphäre war enthusiastisch, kämpferisch und revolutionär. Der Parteitag war von einer außerordentlichen Geschlossenheit und Einheit geprägt; er eröffnete der „KPD/ML“ „neue, glänzende Perspektiven“ („Roter Morgen“, 5.1.79). Der 4. Parteitag bestätigte die Absetzung Mao Tse-tungs von allen Positionen im Programm und Statut der „KPD/ML“ sowie die vollständige Verdammlung der Mao Tse-tung-Ideen. Der 4. Parteitag bestätigte außerdem die Absicht der „KPD/ML“, das „linke“ Sektorium vollständig zu überwinden und mit der bisherigen Unterschätzung des Kampfes um Reformen Schluß zu machen.

Die CSU-nahe Provokationsgruppe MLD („Marxisten-Leninisten Deutschland“) trat Mitte November 78 an KPD und KBW mit dem Vorschlag heran, eine gemeinsame Liste zu den Europa-Wahlen zu bilden. Vorbild dieser Liste sollte die berühmte „Lissabonner Konferenz“ sein. Auch Konservative und Christdemokraten sollten aufgenommen werden („Neue Welt“, 16.11.78). Da KPD und KBW auf dieses heiße Angebot überhaupt nicht reagierten und auch sonst der Vorschlag keine öffentliche Resonanz fand, fackelte die MLD nicht lange, sondern gründete im MLD-Organ „Neue Welt“ vom 23.1.79 war zu lesen, daß im Dezember 78 ein Wahlbündnis namens „Vereinigt Europa gegen die sowjetische Bedrohung“ gegründet worden sei. Dies habe am 20.1.79 seine Kandidatenliste für die Europawahlen festgelegt. Spitzenkandidatin des Wahlbündnisses sei dessen Vorsitzende, Frau Dr. Gisela Klein, aus Offenbach. Pressesprecherin des Wahlbündnisses sei Renate Baumann aus Frankfurt. Frau Baumann ist zugleich Kontaktperson der MLD-nahen „Initiative für Unabhängigkeit und Demokratie“.

Die MLD hat, so muß man schlußfolgern, nicht einmal den Anspruch an echter Bemühungen um ein Wahlbündnis für nötig gehalten, sondern in aller Eile eine Wahlliste Marke Eigenbau zusammengestellt. Diese Wahlliste will nach eigenem Bekunden „ein Signal setzen für den breitestmöglichen Zusammenschluß all derer, die es sich ohne Rücksicht auf Weltanschauung und Parteizugehörigkeit zur Aufgabe gemacht haben, die Kernfrage für die Zukunft Westeuropas, wie der Bedrohung durch die Sowjetunion zu begegnen ist, auf die Tagesordnung auch dieses Wahlkampfes zu setzen“.

Eine politische Logik liegt für die MLD in dem Aufstellen eines solchen schwachbrüstigen, keineswegs breiten „Wahlbündnisses“ ganz gewiß nicht. Warum will die MLD nicht den einzig konsequenten Schritt tun, für die Wahl einer CSU-Liste mit dem Patrioten und Antihegemonisten Otto von Hebeburg aufzurufen?

Ziemlich unpräzise berichtet die MLD-Zeitung „Neue Welt“ vom 23.1.79, daß die Leitung des KABD „große Teile des Landesverbandes Bayern“ ausgeschlossen habe. Das habe, so spekuliert die „Neue Welt“, mit Sympathien der Ausgeschlossenen für die Herren in Peking zu tun. Aus demselben Grund habe es auch schon vor einiger Zeit Ausschüsse in Karlsruhe und Düsseldorf gegeben. Zu der Düsseldorfer Gruppe gehörte auch Gerd Flatow, Mitbegründer der KPD/ML, später führend aktiv im KABD und dessen Presseverantwortlicher für seine „Rote Fahne“ bis zum Herbst 78. Flatow ist seit Jahr und Tag im China-Geschäft aktiv. Sein Engagement für die jeweils vorherrschende Partei in Peking ist also ökonomisch wohlbegründet. Nicht alle „ML“-er können so vernünftige Gründe für ihre unvernünftige Politik anführen!

In Dänemark wurde als Filiale der pro-albanischen Internationale Ende Dezember die DKP/ML gegründet. „Die dänische Arbeiterklasse verfügt nun wieder über eine wahrhaft marxistisch-leninistische Vorhutpartei“ („Roter Morgen“, 26.1.79). Die Gründung war selbstverständlich „erfolgreich“, die Linie der neuen Partei ist „prinzipienhaft“ (ebenda). Gründerväter der neuen Partei sind die Gruppen MLF und KS/ML.

Ob diese Partei aus der albanischen Retorte eine ernsthafte Konkurrenz für die stramm vaterländische pro-chinesische KAP werden kann, ist wahrhaftig zu bezweifeln.

\*\*\*

Eine Neugründung ist auch aus der Schweiz zu melden. Dort haben die „Kommunistische Organisation Arbeiterpolitik“, der KB Basel und die „Organisation Communiste le Drapeau Rouge“ endlich ihren langwährenden Fusionsprozeß abgeschlossen. Der neue Verein nennt sich jetzt „Schweizerische Kommunistische Organisation“ (SKO). In der deutschsprachigen Schweiz wird die SKO eine Zeitschrift „Kämpfer“ herausgeben.

Die SKO vertritt die „Theorie der drei Welten“ und die Vaterlandsverteidigung. Unklar bleibt somit die Funktion der neuen Partei, da es in der Schweiz ohnehin schon zwei solche Organisationen gibt, die sich kaum unterscheiden:

- die KP der Schweiz (ML) ist die Bruderpartei der „KPD“. Sie tritt für Landesverteidigung und AKWs ein. Ihre Zeitung heißt „Oktober“.
- Die KPS gibt die „Rote Fahne“ heraus. Sie hat mit dem KB Basel zusammengearbeitet (der sich jetzt der SKO angeschlossen hat) und möchte nach eigenem Bekunden auch gern mit der „Oktober“-Gruppe zusammenarbeiten.

Eine dritte Organisation auf diesem Markt wird es schwer haben!

\*\*\*

Kleiner Zuwachs für die belgische Bruderpartei der „KPD“, die PCMLB. Ihr hat sich im Januar die kleine Gruppe LC/ML angeschlossen. Gemeinsam will man nun die neue Wochenzeitung „La Voix Communiste“ herausgeben. Die gleichfalls stramm vaterländische belgische Organisation AMADA baut derzeit ihre internationalen Kontakte aus. Mit der französischen PCRML (die ihrerseits Fusionsverhandlungen mit der Bruderpartei der „KPD“, der PCMLF, führt) veröffentlichte AMADA im Januar ein gemeinsames Kommuniqué: „... Es wurde die Entschlossenheit bekräftigt, die Verbindungen zu Organisationen, die sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen stellen, zu verstärken.“

Ja, es geht schon bunt zu in der Szene.

\*\*\*

Dichtgemacht hat dafür Ende Januar der Frankfurter Buchladen „Libresso“. Er war pluralistisch im Sortiment, stand aber bekanntermaßen der Gruppe MLD sehr nahe. Leider, so teilt das „Libresso“ in einer Erklärung zu seiner Schließung mit, habe sich der spezielle vaterländische Kundenkreis „nicht als groß genug erwiesen, um das Libresso weiterhin wirtschaftlich tragen zu können.“ Man sei aber überzeugt, so versichern die Ex-Libresso-Leute, daß zukünftig die Marktbedingungen für einen vaterländischen Buchladen wieder besser werden.

Die Gruppe „Revolutionärer Weg“ (Abspaltung vom KABD) hat den Weg in den Schoß des KBW gefunden. Die Gruppe hatte sich 1976 unter dem Namen „Kommunistischer Arbeiterbund/Revolutionärer Weg“ vom KABD getrennt und sich Anfang



1978 den neuen Namen gegeben, unter dem sie nun vom KBW eingesetzt wurde. Groß ist das Personal der Gruppe gerade nicht mehr: 45 Mitglieder und Sympathisanten, von denen 43 „ihre völlige oder weitgehende Übereinstimmung mit Programm und politischer Linie des KBW“ erklärten. Davon scheinen 10 aber noch zu schwanken, denn nur 33 Leute erklärten, daß sie jetzt Kandidaten des KBW werden wollen („KVZ“, 29.1.79).

## Leserbrief zu dem Artikel „Herr Matzen und seine Auftraggeber“

Eigentlich wollte ich nur eine kritische Ergänzung zu eurem Artikel über den VS-Dissidenten „Matzen“ schreiben, aber je mehr ich mich damit beschäftigte, umso mehr halte ich es für angebracht, daraus mehr zu machen.

Aber nun erst einmal zu „Matzen“! Da ich selbst einmal im KBW war und auch zur gleichen Zeitengruppe wie „Herr Matzen“ gehörte, glaube ich, mir ein Urteil bilden zu können, ob „Herr Matzen“ eingeschleppt wurde oder ob er „ausgeschlüpft“ ist. Ich tippe auf „ausgeschlüpft“. „Matzen“ ist noch relativ jung (21 Jahre), war also, als er den KBW verließ, 19 Jahre. Hierzu ist zu sagen, daß er zuvor kirchlich stark engagiert war und sich von daher mit seinem Anleiter (ein ehemaliger Pastor) auf dieser Ebene erstmal gut verständigen konnte.

Der innerorganisatorische Druck im KBW Bezirk Holstein führte dazu, daß Ende 77 ein großer Teil der Genossen, zumeist Leute mit 3 bis 4 Jahren Organisationserfahrung, aus dem KBW austraten. Was übrig blieb, waren ganz junge Genossen und ein Teil der „Roten-Zellen“-Riege in Kiel als Leitung.

Das war z.B. in Neumünster so, daß sich dort innerhalb kurzer Zeit 8 KBW-Genossen und ca. 10 Sympathisanten vom KBW absetzten und nur 2 übrig blieben, die etwas über ein halbes Jahr in der Organisation waren. Die Konsequenz der Leitung war nun nicht etwa, eine konstruktive Kritik an den „Strukturen“ der Organisation zu üben. Die verbliebenen Mitglieder und Sympathisanten wurden nur noch zu halbbrüchigen Aktionen aufgestellt. Man denke hier nur an die Marathon-Tour nach Bonn am 8.10.77 zur Demonstration gegen das K-Gruppen-Verbot. Die Genossen fuhren ohne zu schlafen am Freitag um 18 Uhr (Neumünster) weg und waren bis Sonntag ununterbrochen mit PKWs unterwegs. Dasselbe in „grün“ war am Wochenende darauf (15.10.77): eine Demonstration mit ca. 200 Leuten in Brokdorf, wo es dann zu einer vermeidbaren Auseinandersetzung mit der Polizei kam (die Polizei hatte ca. 1500 Mann aufgeföhren). Den ganzen Winter hindurch folgten ähnliche Aktionen, hauptsächlich mit den Soldaten- und Reservisten-Komitees.

Das Ende vom Lied: massenhafte Anklagen wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Wehrkraftzersetzung etc. Dies führte dazu, daß man, wollte man als „kritischer“ Genosse die Organisation verlassen, noch eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren am Hals hatte.

So auch „Herr Matzen“: er hatte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit Widerstand gegen die Staatsgewalt. Da braucht der Verfassungsschutz doch nur einzuhaken! Oder?

Ich habe „Matzen“ Mitte 78 aus den Augen verloren, aber die in der bürgerlichen Presse geschilderten Details ließen mich ziemlich schnell auf ihn stoßen; dasselbe dürfte für den KBW gelten. Ich habe dann versucht, zu ihm Kontakt aufzunehmen, was mir natürlich nicht gelungen ist.

Aus dieser ganzen Geschichte kann man aber etwas lernen. Eine kommunistische Organisation hat nicht nur eine abstrakte Verantwortung gegenüber der „Arbeiterklasse“ oder den „unterdrückten Völkern“, sondern in erster Linie auch eine Verantwortung gegenüber ihren eigenen Mitgliedern.

Der KBW (vor allem) hat immer wieder den Kampf zweier Linien beschworen, was abstrakt gesehen positiv zu bewerten ist. Aber dieser Kampf wurde nie so geführt, daß man um Einsichten rang – es wurde lediglich „gekuppelt“, jede Kleinigkeit wurde zur Frage für oder gegen den KBW umgemünzt und somit tabuisiert.

Gerade unsichere Genossen wurden auf eine rüde Art und Weise gedrückt. Das ging über Anschreiben, Bestrafen bis hin zu körperlichen Drohungen und teilweise auch regelrechten Prügeleien. Man könnte hier viele Beispiele bringen, aber das bringt glaube ich nichts.

Wichtig ist, wohin ein solches Verhalten, das nicht mehr zu verantworten ist, hinführt. Bei „Matzen“ führte es in die offenen Arme der Reaktion. Bei anderen führte es in die Isolation und politische Abstinenz. Bei mir selbst, nun, ich würde sagen, daß ich seit meinen KBW-Erfahrungen ziemlich zynisch geworden bin – ich messe nun alles und jedes an diesen Erfahrungen. Von daher halte ich es heute für wichtig, daß die Gefühlslage des einzelnen in einer Organisation ständig auf die Tagesordnung gehört, daß es wichtiger ist, ein Wohlfühlen des einzelnen in der Zelle zu erreichen, auch wenn dies auf Kosten der Arbeit geht. Langfristig wird sich eine Stabilität des einzelnen mehr auswirken als ein, zwei mehr besuchte Veranstaltungen etc.

Dies gilt meiner Ansicht nach nicht nur für den KBW, sondern auch für alle anderen kommunistischen Organisationen. Was den KBW selbst angeht, halte ich ihn im Augenblick für so verrottet, daß man ihm nur zur Selbstauflösung raten kann.

Ein AK-Leser

## „Ich glotz TV ...“

Wer folgende Geschichte für einen Witz hält, der kennt den KBW noch nicht richtig. Also: Im Bericht der Regionalleitung Nord an die 2. Delegiertenkonferenz der Region Nord des KBW (September 1977) wurde

der Bezirksleitung Holstein: „Zur Gewährleistung, daß alle Genossen die Nachrichten „heute“ sehen können, werden Veranstaltungen auf 20.00 Uhr angesetzt. Dafür gewinnen wir auch die Bürgerinitiativen. In den Büros und Wohnungen, wo Zellenbesprechungen stattfinden, werden Fernseher angeschafft.“

Wer den KBW kennt, kann sich denken, daß diesem Fernseh-Erlaß irgendeine entsprechende Anweisung des ZK vorausgegangen ist. So kann man sich vorstellen, daß im gesamten Bundesgebiet Schlag 19.00 Uhr sämtliche KBW-er vor der Glotze hockten.

Ob das jetzt immer noch so ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich ist diese Praxis inzwischen rationalisiert worden: Es gibt jetzt innerhalb des KBW zentralisierte Nachrichten-Dienste (regional organisiert), die täglich per Telex im gesamten KBW verbreitet werden und zu deren festem Bestandteil die 19.00 Uhr-Nachrichten des ZDF (in vollem Wortlaut) gehören. Auch das möge man nicht für einen Witz halten!

Diese Blüten kleinbürgerlicher Jugendsekterei haben allerdings einen ernsteren Hintergrund: Die Illusion einer Massenbewegung, die nur darauf wartet, vom KBW geführt zu werden. Für diese Führung, so meint man in den oberen Etagen der KBW-Zentrale, ist der modernste technische Apparat unerlässlich. So unterhält der KBW z.B. ein Fernschreiber-Netz, das hinsichtlich seiner Dichte und des Umfangs der übermittelten (weitgehend sinnlosen) Nachrichten selbst eine Partei wie die FDP weit in den Schatten stellen dürfte.

Wir sagten es schon, als der KBW ca. 1976 mit den Millionen-schweren Anschaffungen begann: Mit der Politik des KBW wird der supermoderne Maschinen-Park zu wertlosem Schrott!

folgende Anweisung erteilt: „Es gibt zwei Formen der Nachricht, die von der Bourgeoisie und die aus der Organisation. Die von der Bourgeoisie können wir uns einheitlich um 19.00 Uhr im Fernsehen ansehen in Form der Sendung „heute“. Dies macht die Organisation aber vielerorts nicht. Es müssen aber alle sein, die sich diese Sendung anschauen, damit wir ein einheitliches Bild haben.“ Hierzu gibt es, mit Datum vom 12.9.77, noch eine Ausführungsbestimmung



Hans Weingartz

# Rosa Luxemburg

## Gedanken zur aktuellen Bedeutung ihres Werkes anlässlich ihres 60. Todestages

Jahrzehntelang stand das Urteil in den Reihen der kommunistischen Bewegung über Rosa Luxemburg fest. Kein geringer als Josef Stalin hat es 1931 in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“ gefällt: „Dies (,Zahlreiche Verdienste‘ – d. Verf.) kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen und schafft sie auch nicht aus der Welt, daß die linken Sozialdemokraten in Deutschland (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht etc.) zugleich eine ganze Reihe ernstester politischer und theoretischer Fehler hatten, daß sie sich noch nicht von dem menschenwärtigen Ballast befreit hatten und daher eine ernste Kritik seitens der Bolschewiki brauchten.“

Was sprach mehr für die Richtigkeit dieses Urteils als der Verlauf der Geschichte selbst? Rosa Luxemburg hatte an der Spitze einer erfolglosen, niedergeschlagenen Revolution gestanden, während Lenin und Stalin eine so erfolgreiche Revolution wie die Oktoberrevolution geführt hatten. Wer sollte bezweifeln, daß es sich genauso verhielt, wie Josef Stalin es beschrieb? „Ernsteste Fehler“ konnten nur die linken deutschen Sozialdemokraten gemacht haben, Lehrer und „ernsteste“ Kritiker konnten nur die Bolschewiki sein.

Es brauchte einige Jahre und sogar Jahrzehnte, um Zweifel an dieser Sicht auf die Tagesordnung zu setzen: Waren nicht durch den Verlauf der russischen- und sowjetischen Revolution die Erscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft aufgetaucht, vor denen Rosa Luxemburg schon 1918 gewarnt hatte? War es nicht ihre Kritik, die sich als richtig erwies? Das sowjetische „Modell“ wurde in der kommunistischen Bewegung zunehmend in Frage gestellt und wie zahlreiche Urteile des Josef Wissarionowitsch Stalin, so kam auch das Urteil über Rosa Luxemburg ins Wanken.

In der BRD begann mit der Studentenbewegung die erste Verbreitung ihrer Werke. Das Interesse wuchs – nicht nur hier, sondern auch im Ausland. So wurde beispielsweise 1973 in Italien auf Initiative von Lelio Basso eine internationale Tagung unter dem Thema „Rosa Luxemburgs Beitrag zur Entwicklung des Marxismus“ durchgeführt. Das Ziel dieser Tagung sollte eine Antwort auf die Frage sein: „ob das in den letzten vierzig Jahren stieliche vernachlässigte intellektuelle Erbe Rosa Luxemburgs nicht brauchbare Elemente enthält, besonders für die westliche Arbeiterbewegung: als ein Bindeglied zwischen dem Marxismus und der Wirklichkeit der heutigen Welt“ (Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt 1974).

Dieses Interesse für Rosa Luxemburgs Werk steht nicht allein. So wie ihre Beiträge „ziemlich vernachlässigt“ worden sind, ist es anderen Theoretikern revolutionärer Bewegungen ebenfalls ergangen. Das breite Interesse, das Rosa Luxemburg und z.B. in Italien Antonio Gramsci heute finden, läßt sich nur vor dem Hintergrund der Krise erklären, in der sich die kommunistische Bewegung und die verschiedenen Versionen des „Marxismus-Leninismus“ befinden. Es ist aber auch Ausdruck des Prozesses der Erneuerung der kommunistischen Bewegung. Die Tatsache, daß es das „Modell“ nicht mehr gibt, hat die Chance eröffnet, die Geschichte der revolutionären Bewegung des eigenen Landes neu zu beurteilen. Das bedeutet auch, daß die Arbeiten und Ideen „vernachlässigter“ und verdammter Autoren, die diese Bewegung anführend – oder auch weniger führend – Stelle vertreten haben, heute mehr viel vorurteilsloser diskutiert und daraufhin überprüft werden können, welchen Beitrag sie zum Verständnis der hiesigen Verhältnisse und zur Lösung der vor uns liegenden gesellschaftlichen Fragen leisten können, als dies vor noch gar nicht so langer Zeit der Fall war.

Rosa Luxemburgs Werk enthält eine Menge Ideen, die es wert sind, sich mit ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen: Ihre Vorstellungen zur Organisationsfrage, ihre Arbeiten über die Akkumulation des Kapitals, ihre Kritik an den „revisionistischen“

Theorien Bernsteins, an der Haltung der SPD zum Krieg und an der gesamten Entwicklung der Partei bis 1918 usw. auf. Für diesen Beitrag ist eine Beschränkung notwendig. Wenn ich nun im folgenden einige Gedanken zu Rosa Luxemburgs theoretischen Beiträgen äußere, in denen es um ihre Auffassungen zum Kampf für die Republik in Deutschland und die Diktatur des Proletariats geht, dann geschieht das aus der Einschätzung heraus, daß hierbei Fragen behandelt werden, die für die kommunistische Bewegung ganz besonders wichtig und auch absolut ungeklärt sind.

### Der Kampf für die Republik

Zum Verständnis der Position der deutschen Sozialdemokratie und auch ihres linken Flügels mit Rosa Luxemburg an der Spitze im Kampf für die Republik ist es nötig, sich die politischen Zustände zu vergegenwärtigen, wie sie in Deutschland bis 1918 geherrscht haben. Marx hat dies auf die Formel gebracht, daß es sich in Deutschland um einen Staat handelt, „der nichts anderes (ist) als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischt und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratischer geheimer, politisch gehüteter Militärdespotismus“ (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 29). Drei-Klassen-Wahlrecht, ein einflussloses Parlament und eine Verfassung, mit der die Regierung in Krisenzeiten machen konnte, was sie wollte, das waren Erscheinungen, worin sich diese politischen Zustände ausdrückten.

Wie sich diese Zustände zu Lebzeiten Rosa Luxemburgs grundlegend nicht unterschieden von den Zuständen, unter denen Marx und Engels nach 1848 ihre Vorstellungen über den politischen Kampf entwickelt hatten, so beharrte sie darauf, deren Grundsätze zu verteidigen und zur Grundlage des Kampfes der Sozialdemokratie zu machen.

Dies belegt sehr deutlich die Kontroverse zwischen ihr und Karl Kautsky im Jahre 1910, mit dem sie

Dies belegt sehr deutlich die Kontroverse zwischen ihr und Karl Kautsky im Jahre 1910, mit dem sie bis zu diesem Zeitpunkt in wichtigen Fragen der Theorie und Praxis der SPD gemeinsam gekämpft hatte – gegen Bernstein und Anhang in der Partei und den Gewerkschaften. Hintergrund dieser Auseinandersetzung war ein Anwachsen von Streiks und Demonstrationen, in denen eine Änderung des Wahlrechts gefordert wurde. Sollte die Sozialdemokratie in dieser Situation Maßnahmen ergreifen, um den Kampf offensiv in allen Formen und ganz besonders mit dem Mittel des Massenstreiks zu führen oder sollte sie sich darauf beschränken, ihre Positionen in den kommenden Wahlkämpfen zu stärken, so lautete die Frage? Dabei waren nicht nur die Mittel Gegenstand der Kontroverse zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, sondern auch die Ziele.

Wie tief die Gegensätze an diesem Punkt entwickelt waren, äußert sich allein schon darin, daß der Artikel, in dem Rosa Luxemburg ihre Position darstellte, weder im VORWÄRTS, noch in der NEUEN ZEIT, für die Karl Kautsky als Herausgeber zeichnete, erscheinen durfte. „Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen“, hatte Rosa Luxemburg in diesem Artikel geschrieben, „ohne Unterschied des Geschlechts, ist das nächste Ziel, das uns die begeisterte Zustimmung der breitesten Schichten im gegenwärtigen Moment sichert. Aber dieses Ziel ist nicht das einzige, das wir jetzt predigen müssen. Indem wir in Beantwortung der infamen Wahlreformstümperei der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Lösung eines wahrhaft demokratischen Wahlsystems proklamieren, befinden wir uns immer noch – die politische Situation im ganzen genommen – in der Defensive. Gemäß dem alten guten Grundsatz jeder wirklichen Kampftaktik, daß ein kräftiger Hieb die beste Verteidigung ist, müssen wir die immer frecheren Provokationen der herrschenden Reaktion damit beantworten, daß wir in unserer Agitation den Spieß umdrehen und auf der ganzen Linie zum scharfen Angriff übergehen. Dies kann am

sichtbarsten, deutlichsten, sozusagen in lapidarer Form geschehen, wenn wir diejenige politische Forderung klar in der Agitation vertreten, die den ersten Punkt unseres politischen Programms ausmacht: die Forderung der Republik“ (Rosa Luxemburg, Bd. 2, S. 381).

Rosa Luxemburg knüpfte hier an die Ideen von Marx und Engels an. In der Diskussion um den Entwurf für das Erfurter Programm der SPD 1891 hatte zuletzt Engels nicht nur ausdrücklich kritisiert, daß die Forderung nach der demokratischen Republik in diesem Entwurf nicht enthalten war, er hatte auch festgestellt, daß „unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten wie Miquel.“ (MEW 22, S. 235).

Knüpfte Rosa Luxemburg mit der Losung der Republik an diese Überlegungen an, so läßt sich ohne weiteres sagen, daß Kautskys Argumente gegen diesen Beitrag in einer ganz anderen Tradition stehen. Für Kautsky war das eine „völlig neue Agitation und Aktion“, was Rosa Luxemburg hier proklamierte, eine Agitation und Aktion, „die die Partei stets verworfen“ hat und für sie „unabsehbare Folgen“ haben könnte (zitiert in „Theorie und Praxis“ in: Rosa Luxemburgs Werk Bd. 2, S. 380).

Mit solcherlei Argumenten stand Karl Kautsky in der Tradition eben solcher Sozialdemokraten, die aus dem Zugeständnis von Marx und Engels, daß es kurz vor und nach dem Sozialistengesetz schlecht angeging, die Forderung nach der Republik in das SPD-PROGRAMM aufzunehmen, die Rechtfertigung für die Aufgabe dieses Ziels zu ziehen suchten, die Rechtfertigung einer Art Republikanertums „innerhalb der Grenzen der politischen Erlaubnis und politischen Unzulässigkeiten“ (K. Marx, Kritik des Erfurter Programms, MEW 19, S. 29), für das Marx nur Spott und Hohn übte.

„Erlaubnis und politische Unzulässigkeiten“ (K. Marx, Kritik des Erfurter Programms, MEW 19, S. 29), für das Marx nur Spott und Hohn übrig hatte. Für Rosa Luxemburg konnte es an diesem Punkt kein Zaudern geben. „Die Losung der Republik“, schrieb sie in dem von Kautsky zensurierten Beitrag, „ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traumes vom demokratischen ‚Volksstaat‘ oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpeßung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilercheinungen der herrschenden Reaktion“ (Rosa Luxemburg, Bd. 2, S. 382).

Die Frage stellt sich, was für eine Bedeutung diese Gedanken Rosa Luxemburgs und die damalige Auseinandersetzung für die heutige revolutionäre kommunistische Bewegung haben? Daß wir nun ebenfalls die Losung der Republik aufstellen, darum kann es nicht gehen, denn die Republik haben wir, wenn auch in dieser und schäbiger Form. Erst einmal geht es darum, daß klar wird, wer in unserer Geschichte der Vorkämpfer der demokratischen Republik war: Die Arbeiterbewegung und der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie. Während Liberale und andere Bürgerliche und der rechte Flügel – ja sogar ab 1910 das sogenannte marxistische Zentrum der SPD um Karl Kautsky – die demokratische Republik ganz aufgegeben oder doch immer wieder zugunsten von Kompromissen mit dem halbabsolutistischen preussischen Staat zurückgestellt hatten, waren es Rosa Luxemburg und die Linken in der SPD, die in verschiedensten Formen für dieses Ziel kämpften – kompromißlos. Dies vor Augen macht eine bloß taktische Haltung zu den Rechten, die Bestandteil der demokratischen Republik sind – wie das allgemeine freie Wahlrecht, Meinungs- und Organisationsfreiheit – unmöglich, erst recht eine Haltung, diese Rechte zu geringerschätzen. Dies



gilt auch für heute, wenn es nicht mehr um die Erhaltung der demokratischen Republik geht – nicht nur in der Hinsicht, daß die demokratischen Rechte immer wieder bedroht sind, sondern auch im Hinblick auf das weitestgehende Ziel unseres Kampfes – den Sozialismus. Die Stalin'sche Herrschaft und das heutige System des „realen Sozialismus“ haben den Anschein der Unvereinbarkeit zwischen diesen Rechten und Sozialismus hervorgebracht. Ganz besonders Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit der russischen Revolution zeigt sehr deutlich, daß es für sie diese Unvereinbarkeit nicht gab – daß im Sozialismus, in der Diktatur des Proletariats, die demokratischen Freiheiten, für die sie im kaiserlichen Deutschland gekämpft hatte, aufgehoben sind und die Bedingung für die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse darstellen, wie sie aus der proletarischen Gesellschaft heute“ aufgehoben sind und die Bedingung für die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse darstellen, wie sie aus der Abschaffung des Lohnsystems und jeglicher Klassenherrschaft folgt.

Rosa Luxemburgs Schrift zur russischen Revolution läßt in keiner Weise die Interpretation zu, daß ihr Kampf für die Republik lediglich darauf berechnet war, Bedingungen zu schaffen, daß sich der Klassenkampf der Arbeiterklasse möglichst ungehindert entwickeln konnte, um schließlich die bürgerliche Herrschaft zu stürzen – und eben dann auch das allgemeine Wahlrecht, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit etc. abzuschaffen.

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf“, schreibt sie – und das ist nicht auf eine bürgerliche, sondern eine sozialistische Demokratie zugeschnitten, „erst stirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben.“ Die Aufgabe des Proletariats an der Macht ist es anstelle der bürgerlichen sozialistischen Demokratie zu schaffen, nicht aber, sagt Rosa Luxemburg in dieser Kritik an Auffassungen Lenins und Trotzki's, „jegliche Demokratie abzuschaffen.“ Genauer noch bestimmt sie das Verhältnis von bürgerlicher zu sozialistischer Demokratie, wo sie schreibt: „Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem Inhalt zu füllen.“

Es gibt nun Autoren, die die Meinung vertreten, als es um die Praxis der Revolution ging, sei Rosa Luxemburg von entscheidenden Positionen abgerückt, die sie in diesem Aufsatz bezogen hat. Sie habe die Entscheidung der Bolschewiki kritisiert, anstelle der aus allgemeinen Volksversammlungen hervorgehenden Vertretungskörperschaften – der Konstituierenden Versammlung in Russland – die Sowjets zu setzen, selbst habe

sich aber im November genauso verhalten wie Lenin; auch sei sie gegen die Einberufung der Nationalversammlung gewesen und habe an deren Stelle die Räte-macht gefordert, damit habe sich auch ihre Kritik an Lenin/Trotski erledigt.

Dem ist absolut nicht so. In ihrer Kritik geht es nicht in erster Linie um die Frage, Konstituierende Versammlung oder Sowjets, sondern um die Frage, welche Bedingungen vorhanden sein müssen, daß die Vertretungskörperschaften nach der Revolution wirklich Organe der sozialistischen Demokratie sind.

Selbst wenn die eine oder andere Kritik an Erscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft im Jahre 1918 zu scharf ausgefallen ist, hat sich in folgenden Jahren und Jahrzehnten nicht genau das eingestellt, was Rosa Luxemburg kritisiert hat? Wurden nicht die Wahlen zu den Sowjets in den nächsten Jahren und

„kenntlich“ nicht „genau“ als eingeführt, was Rosa Luxemburg kritisiert hat? Wurden nicht die Wahlen zu den Sowjets in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine reine Farce? Ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit? Wo war und ist die? Freier Meinungskampf? Den sollte es bald nicht mehr geben, weder in der Partei noch in der Gesellschaft; stattdessen sollte es nicht mehr allzu lange dauern und es genügt, eine andere Meinung als Stalin zu haben, um nach Sibirien verbannt oder Opfer eines Hinrichtungskommandos zu werden. Nicht das ist die Leistung, heute im nachhinein, solche Entwicklungen zu kritisieren und zu verurteilen, die wirklich großartige Leistung hat Rosa Luxemburg vor mehr als 60 Jahren vollbracht, als sie vor dieser Entwicklung warnte und sie in scheinbar unbedeutenden Erscheinungen angelegt sah, wie die, die Sowjetkongresse von drei auf sechs Monate zu verschieben. Dabei ist Rosa Luxemburg heute voll und ganz zuzustimmen, wenn sie schreibt, daß diese Entscheidungen noch nicht einmal die schwersten Fehler darstellen, die setzte sie richtig da an, „wo sie (Lenin und Genossen, der Verf.) aus der Not eine Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen (in der russischen Gesellschaft, d. Verf.) aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen (Proletariat) als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“

Hans Weingartz

Hans Weingartz gehört zur kommunistischen Gruppe Bonn, die die Zeitung „bonner volksblatt“ herausgibt. Besonders bekannt ist Hans Weingartz in der Palästina-Solidaritäts-Bewegung. Seit Jahren arbeitet er im Palästina-Komitee Bonn und zeichnet verantwortlich für die von mehreren Komitees herausgegebene Broschüre „Freies Palästina“. Die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes brachte Hans Weingartz 1976 ein Berufsverbot (er ist Lehrer).